

2011

PRODUKTPLAN **01**
Bürgerschaft

01.01 **Bürgerschaft**

- 01.01.01** **Sicherst./Unterstütz. der Arbeit der BB**
- 01.01.02** **Landesbehindertenbeauftragter**

Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:¹

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:

¹ z.B. gesetzliche Vorgaben, produktplanrelevante Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, des Senats sowie von Ausschüssen / Fachdeputationen etc.

Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	89	88	154	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	89	88	154	
Personalausgaben	11.501	10.398	10.177	
Sonst. konsumtive Ausgaben	8.375	7.701	7.735	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	355	355	351	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	355	
Gesamtausgaben	20.231	18.454	18.618	
Saldo	-20.142	-18.366	-18.464	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,44	0,48	0,83	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	58,0	55,2	56,4	
Personalbestand	50,7	55,3	57,1	
=> Netto-Personalbedarf	7,3	- 0,1	- 0,7	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,4	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	4,9	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	24,1	
Frauenquote	50,0	50,0	71,4	
Teilzeitquote	35,0	35,0	43,6	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	10,3	
C. Erläuterungen zu A-B				

Produktbereich: 01.01

Verantwortlich: Direktor Hage

Bürgerschaft

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Unterstützung der Bürgerschaft und des Vorstandes bei der Wahrnehmung ihrer parlamentarischen Pflichten und Aufgaben für die Bürgerschaft (Landtag) und die Stadtbürgerschaft

- Gesetzgebung
- Budgetrecht
- Kontrolle des Senats

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Durchführung von Bürgerschafts- und Ausschusssitzungen; Bearbeitung von Eingaben, Kleinen und Großen Anfragen; Festhalten und Weitergabe von Entscheidungen in Form von Protokollen, Berichten u.ä.; Berichterstattung an andere; Rechtliche und fachliche Beratung; Presse- und Öffentlichkeitsarbeit; Bürgerberatung; Beschaffung, Erschließung und Bereitstellung von parlamentsrelevanten Medien; Archivierung, Recherchen, Register und Kataloge; Veranstaltungen aller Art; Aufgaben- und Technikunterstützung; Interne Ressourcensteuerung; Umsetzung rechtlicher Ansprüche; Sonstige monetäre Angelegenheiten.

Langfristige Perspektiven:

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	89	88	154	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	89	88	154	
Personalausgaben	11.501	10.398	10.177	
Sonst. konsumtive Ausgaben	8.375	7.701	7.735	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	355	355	351	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	355	
Gesamtausgaben	20.231	18.454	18.618	
Saldo	-20.142	-18.366	-18.464	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,44	0,48	0,83	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	58,0	55,2	56,4	
Personalbestand	50,7	55,3	57,1	
=> Netto-Personalbedarf	7,3	- 0,1	- 0,7	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	4,9	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	24,1	
Frauenquote	50,0	50,0	71,4	
Teilzeitquote	35,0	35,0	43,6	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	10,3	

C. Erläuterungen zu 1. A-B

Der Einzelplan 01 "Bürgerschaft" beinhaltet die Einnahmen und Ausgaben der Verwaltung der Bürgerschaft (Landtag) und der Stadtbürgerschaft sowie die Einnahmen und Ausgaben des Landesbehindertenbeauftragten mit seiner Geschäftsstelle.

Der Bürgerschaft (Landtag) gehören 83 Abgeordneten an, von denen 68 im Wahlbereich Bremen und 15 im Wahlbereich Bremerhaven gewählt werden. Die im Wahlbereich Bremen gewählten 68 Bremer Abgeordneten bilden zugleich die Stadtbürgerschaft als kommunales Parlament der Stadt Bremen. Ein Abgeordneter gehört nur der Stadtbürgerschaft an. Gewählt wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl aufgrund von Listenvorschlägen von Parteien und Wählervereinigungen für die Dauer von vier Jahren.

Die derzeitige 17. Wahlperiode hat am 8. Juni 2007 mit dem Zusammentritt des am 13. Mai 2007 gewählten Parlaments begonnen.

Die Sitze verteilen sich wie folgt:

	Landtag	Stadtbürgerschaft
Fraktion der SPD	32 Sitze	27 Sitze
Fraktion der CDU	23 Sitze	18 Sitze
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	14 Sitze	13 Sitze
Fraktion DIE LINKE	7 Sitze	6 Sitze
Gruppe der FDP	4 Sitze	3 Sitze
Bürger in Wut	1 Sitz	
Parteilos	2 Sitze	

Die Fraktionen unterhalten ihre Geschäftsstellen mit eigenem Personal in angemieteten Immobilien außerhalb des Parlamentsgebäudes.

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Sitzungstage in der Bürgerschaft	[TAG]	30	30	34	
Betreute Ausschüsse	[ST]	24,000	24,000	26,000	
Petitionen	[ST]	400,000	400,000	200,000	
Größere Empfänge/Veranstaltungen	[ST]	90,000	90,000	104,000	
Ausstellungen	[ST]	8,000	8,000	9,000	
Besucherguppen mit Führung	[PRS]	1.600,000	1.600,000	1.790,000	
Besucher Plenarsitzungen	[PRS]	7.000,000	7.000,000	7.845,000	
Ausschusssitzungen	[ST]	180,000	180,000	222,000	

B. Erläuterungen zu 2.

Ständige Ausschüsse der Bürgerschaft (Landtag):
 Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss
 Staatlicher Haushalts- und Finanzausschuss
 Rechtsausschuss
 Petitionsausschuss
 Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen
 Staatlicher Rechnungsprüfungsausschuss
 Ausschuss für die Gleichstellung der Frau
 Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit
 Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten
 Ausschuss für Wissenschaft und Forschung
 Krankenhäuser im Land Bremen
 Kontrollausschuss nach dem Polizeigesetz
 Parlamentarische Kontrollkommission

Ständige Ausschüsse der Stadtbürgerschaft:
 Städtischer Haushalts- und Finanzausschuss
 Städtischer Rechnungsprüfungsausschuss
 Ausschuss Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten
 Ausschuss für die Krankenhäuser in der Stadtgemeinde Bremen

Produktgruppe: 01.01.01		Verantwortlich: Müller
Sicherst./Unterstütz. der Arbeit der BB		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 01.01	Verantwortlich: Direktor Hage
Bürgerschaft	
Produktplan: 01	Verantwortlich: Präs. Weber
Bürgerschaft	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Unterstützung der Bürgerschaft und des Vorstandes bei der Wahrnehmung ihrer parlamentarischen Pflichten und Aufgaben für die Bürgerschaft (Landtag) und die Stadtbürgerschaft - Gesetzgebung - Budgetrecht - Kontrolle des Senats	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Durchführung von Bürgerschafts- und Ausschusssitzungen; Bearbeitung von Eingaben, Kleinen und Großen Anfragen; Festhalten und Weitergabe von Entscheidungen in Form von Protokollen, Berichten u.ä.; Berichterstattung an andere; Rechtliche und fachliche Beratung; Presse- und Öffentlichkeitsarbeit; Bürgerberatung; Beschaffung, Erschließung und Bereitstellung von parlamentsrelevanten Medien; Archivierung, Recherchen, Register und Kataloge; Veranstaltungen aller Art; Aufgaben- und Technikunterstützung; Interne Ressourcensteuerung; Umsetzung rechtlicher Ansprüche; Sonstige monetäre Angelegenheiten.	
Auftragsgrundlage:	
Art. 77, 92 u. 148 Landesverfassung Bremisches Abgeordnetengesetz Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft Beschlüsse des Parlamentes und des Vorstandes	
Zuzuordnende Kapitel:	
0010; 3010	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerales Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	89	88	154	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	89	88	154	
Personalausgaben	11.317	10.220	10.004	
Sonst. konsumtive Ausgaben	8.365	7.691	7.732	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	355	355	351	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	355	
Gesamtausgaben	20.037	18.266	18.442	
Saldo	-19.948	-18.178	-18.288	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,44	0,48	0,84	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	55,0	52,2	53,4	
Personalbestand	47,8	52,3	54,1	
=> Netto-Personalbedarf	7,2	- 0,1	- 0,7	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	3,7	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	25,0	
Frauenquote	50,0	50,0	72,7	
Teilzeitquote	35,0	35,0	45,1	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,8	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

-9-

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	89	0
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	89	0
Personalausgaben	11.317	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	8.365	0
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	355	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	20.037	0
Saldo	-19.948	0
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	55,0	0,0
Personalbestand	47,8	0,0
=> Netto-Personalbedarf	7,2	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011
Ausstellungen [ST]	8,000	
Besucherguppen mit Führung [PRS]	1.600,000	
Besucher Plenarsitzungen [PRS]	7.000,000	
Größere Empfänge/Veranstaltungen [ST]	90,000	
Petitionen [ST]	400,000	
Sitzungstage in der Bürgerschaft [TAG]	30	
Betreute Ausschüsse [ST]	24,000	

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 01.01.02	Verantwortlich: Dr. Steinbrück
Landesbehindertenbeauftragter	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 01.01	Verantwortlich: Direktor Hage
Bürgerschaft	
Produktplan: 01	Verantwortlich: Präs. Weber
Bürgerschaft	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Der Bürgerschaft zugeordnet ist der Landesbehindertenbeauftragte. Seine Wahl erfolgt auf Vorschlag des Präsidenten der Bürgerschaft von der Bürgerschaft (Landtag) für sechs Jahre. Die beauftragte Person ist in der Wahrnehmung des Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Die für die Erfüllung der Aufgaben notwendigen Personal- und Sachmittel sind zur Verfügung zu stellen. Sie werden im Haushalt der Bürgerschaft veranschlagt. Die Aufgaben und Befugnisse des Landesbehindertenbeauftragten ergeben sich aus § 15 des Bremischen Behindertengleichstellungsgesetzes.	
Auftragsgrundlage:	
Bremisches Behindertengleichstellungsgesetz	
Zuzuordnende Kapitel:	
0010	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	184	177	173	
Sonst. konsumtive Ausgaben	10	10	3	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	194	187	176	
Saldo	-194	-187	-176	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	3,0	3,0	3,0	
Personalbestand	3,0	3,0	3,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	0,0	0,0	0,0	
Beschäftigte über 55 Jahre	0,0	0,0	0,0	
Frauenquote	0,0	0,0	0,0	
Teilzeitquote	0,0	0,0	0,0	
Schwerbehindertenquote	0,0	0,0	50,0	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							

2011

PRODUKTPLAN **02**
Rechnungshof

02.01 Rechnungsprüfung

02.01.01 Rechnungsprüfung

Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:¹

Die Umsetzung der in Art. 133a Abs. 1 LV und §§ 88 ff. LHO normierten Aufgaben.

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:

Prüfung, Überwachung und Beratung der Kernverwaltung einschließlich der Betriebe und Sondervermögen. Das schließt u. a. Prüfungen bei Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen ein.

Begleitung der Reformvorhaben und Umsteuerungsprozesse im Rahmen der Haushaltsreform. Ein Schwerpunkt wird das Projekt "Haushaltsreform" mit seinen Auswirkungen auf die Ressortabschlüsse und den Gesamtabschluss der Kernverwaltung sein. Erstes größeres Teilprojekt ist die lt. Koalitionsvereinbarung für die 17. Legislaturperiode vorgesehene Erarbeitung einer Eröffnungsbilanz.

Den eigenen Reformprozess voranzutreiben (Entwicklung eines Kennzahlensystems, das auf einer weiterentwickelten KLR beruht).

Verstärkung von Querschnitts- und Maßnahmeprüfungen.

Verstärkung gemeinsamer oder abgestimmter Prüfungen mit anderen Landesrechnungshöfen.

¹ z.B. gesetzliche Vorgaben, produktplanrelevante Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, des Senats sowie von Ausschüssen / Fachdeputationen etc.

Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	2	2	3	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	2	2	3	
Personalausgaben	2.836	2.705	2.367	
Sonst. konsumtive Ausgaben	361	368	320	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	13	13	23	
Verrechnungen/Erstattungen	2	2	2	
Gesamtausgaben	3.212	3.088	2.712	
Saldo	-3.210	-3.086	-2.709	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,06	0,06	0,11	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	42,3	41,8	41,3	
Personalbestand	37,0	36,7	38,8	
=> Netto-Personalbedarf	5,3	5,1	2,4	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	3,1	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	40,1	
Frauenquote	50,0	50,0	47,3	
Teilzeitquote	35,0	35,0	21,4	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	5,9	
C. Erläuterungen zu A-B				

Leistungsangaben

A. Strategische Leistungsziele/Kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Rechnungsprüfung
Bericht
Beratung
Äußerung
Anhörung gemäß Landeshaushaltsordnung
Prüfung der Rechnung von Land und Stadt
Überörtliche Gemeindeprüfung der Stadt Bremerhaven

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung von Land und Stadt einschließlich ihrer Betriebe und Sondervermögen auf Einhaltung der für die Haushalts- und Wirtschaftsführung geltenden Vorschriften und Gesetze im Wesentlichen:

- entlastungsbezogene Prüfung
- gegenwartsnahe, maßnahmebezogene Prüfung
- zukunftsorientierte Beratung u. a. auf Grund von Prüfungserfahrungen
- Beteiligung an der Haushaltsreform
- Beteiligung an weiteren Verwaltungsreformen

Langfristige Perspektiven:

Zeitnahe Prüfung von wirtschaftlich bedeutsamen Entwicklungen.

Den Prüfungsdienst neben outputorientierten Prüfungen zu einem Beratungsdienst u. a. auf Grund von Prüfungserfahrungen erweitern.

Mit Hilfe von verbesserter Technikunterstützung die Effizienz der Prüfungsarbeit verstärken.

Rechnungsprüfung

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	2	2	3	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	2	2	3	
Personalausgaben	2.836	2.705	2.367	
Sonst. konsumtive Ausgaben	361	368	320	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	13	13	23	
Verrechnungen/Erstattungen	2	2	2	
Gesamtausgaben	3.212	3.088	2.712	
Saldo	-3.210	-3.086	-2.709	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,06	0,06	0,11	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	42,3	41,8	41,3	
Personalbestand	37,0	36,7	38,8	
=> Netto-Personalbedarf	5,3	5,1	2,4	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	3,1	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	40,1	
Frauenquote	50,0	50,0	47,3	
Teilzeitquote	35,0	35,0	21,4	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	5,9	

C. Erläuterungen zu 1. A-B

B. Erläuterungen zu 2.

Weitere Ziele bei gleichbleibender Beschäftigungszielzahl:

1. Die Leistungsfähigkeit des Prüfungsdienstes insbesondere verstärken durch:
Zusammenarbeit mit anderen Rechnungshöfen durch insbesondere gemeinsame oder abgestimmte Prüfungen, Hospitationen an anderen Rechnungshöfen und Teilnahme an Prüfungen.
2. Die Aufgabenerfüllung des Rechnungshofes durch Kooperation mit Bereichen der Verwaltung im Wege eines zeitlich befristeten Personalaustausches fortführen.
3. Verstärken der Prüfungseffizienz durch Einsatz einer elektronischen Prüfungssoftware.
4. Die Effizienz des Rechnungshofes durch Querschnitts- und Maßnahmeprüfungen zu erhöhen.
5. Das Parlament, den Senat oder einzelne Ressortbereiche bei der Erfüllung ihrer Aufgaben beratend zu unterstützen.

Produktgruppe: 02.01.01

Verantwortlich: Präs. Sokol

Rechnungsprüfung

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 02.01

Verantwortlich: Präs. Sokol

Rechnungsprüfung

Produktplan: 02

Verantwortlich: Präs. Sokol

Rechnungshof

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Rechnungsprüfung
Bericht
Beratung
Äußerung
Anhörung gemäß Landeshaushaltsordnung
Prüfung der Rechnung von Land und Stadt
Überörtliche Gemeindeprüfung der Stadt Bremerhaven

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien Hansestadt Bremen auf Einhaltung der für die Haushalts- und Wirtschaftsführung geltenden Vorschriften und Gesetze im Wesentlichen:

- entlastungsbezogene Prüfung,
- gegenwartsnahe, maßnahmebezogene Prüfung,
- zukunftsorientierte Beratung u. a. auf Grund von Prüfungserfahrungen
- Beteiligung an der Haushalts- und Verwaltungsreform

Auftragsgrundlage:

Art. 133 a Landesverfassung,
§§ 73 f., 79 f., 85, 88 - 104 Landeshaushaltsordnung,
Gesetz über die Rechnungsprüfung

Zuzuordnende Kapitel:

0011; 3011

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)		Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen		2	2	3	
Investive Einnahmen		0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen		0	0	0	
Gesamteinnahmen		2	2	3	
Personalausgaben		2.836	2.705	2.367	
Sonst. konsumtive Ausgaben		361	368	320	
Zinsausgaben		0	0	0	
Tilgungsausgaben		0	0	0	
Investive Ausgaben		13	13	23	
Verrechnungen/Erstattungen		2	2	2	
Gesamtausgaben		3.212	3.088	2.712	
Saldo		-3.210	-3.086	-2.709	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %		0,06	0,06	0,11	
Verpflichtungsermächtigungen		Anschlag 2011			
Personal		0			
konsumtiv		0			
investiv		0			
B. Personaldaten		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl		42,3	41,8	41,3	
Personalbestand		37,0	36,7	38,8	
=> Netto-Personalbedarf		5,3	5,1	2,4	
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre		22,5	22,5	3,1	
Beschäftigte über 55 Jahre		17,5	17,5	40,1	
Frauenquote		50,0	50,0	47,3	
Teilzeitquote		35,0	35,0	21,4	
Schwerbehindertenquote		6,0	6,0	5,9	
C. Kapazitätsdaten		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C					

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011		Planung 2010		Ist 2009			
AZ-Vol. f. Prüfung u. Beratung	[STD]	23.728,0		23.728,0		48.346,5			
Qualifizierungsmaßnahmen	[STD]	2.785,0		2.785,0		3.333,0			

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	2	0
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	2	0
Personalausgaben	2.836	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	361	0
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	13	0
Verrechnungen/Erstattungen	2	0
Gesamtausgaben	3.212	0
Saldo	-3.210	0
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	42,3	0,0
Personalbestand	37,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	5,3	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Der Landesrechnungshof ist auch für die Stadtgemeinde Bremen zuständig. Die Präsidentin des Rechnungshofs ist darüberhinaus zuständig für die überörtliche Gemeindeprüfung Bremerhaven. Die Aufteilung entspricht dem Verhältnis der Haushaltsvolumen von Land und Stadt. Eine regelhafte Trennung der Tätigkeitsbereiche nach Landes- und Kommunalaufgaben geschieht nicht. Prüfungsthemen wählt der Rechnungshof mit dem Ziel einer hohen Wirksamkeit und Prävention aus.

2011

PRODUKTPLAN 03
Senat, Senatskanzlei, Kirchl.Angelegenh.

03.01 Senat, Senatskanzlei, Kirchl.Angelegenh.

- 03.01.01 Senat, Senatskanzlei, Kirchl.Angelegenh.**
- 03.01.02 Stadtteilmanagement**
- 03.01.03 Landeszentrale für politische Bildung**

Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:¹

Grundlagen:

Grundgesetz, Landesverfassung, Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, Beschlüsse des Senats, Geschäftsverteilung im Senat, Koalitionsvereinbarung.

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:

Zentrale Zielsetzung:

- Aufgabenwahrnehmung der Senatskanzlei als Dienststelle des Präsidenten des Senats sowie des Senats gem. Geschäftsverteilung im Senat.
- Wahrnehmung der Ressortaufgabe "Der Senator für kirchliche Angelegenheiten".
- Umsetzung der Koalitionsvereinbarung sowie der Regierungserklärung des Präsidenten des Senats.

Einzelne Zielsetzungen:

- Fortsetzung der begonnenen Reformen im Bereich der Verwaltungsmodernisierung und des Bürokratieabbaues.
- Fortsetzung und Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit den Religionsgemeinschaften auf der Grundlage der bestehenden Verträge.
- Anpassung des Radio-Bremen-Gesetzes an die staatsvertraglichen Regelungen.
- Fortsetzung der Umstrukturierung des Bürgerrundfunks.
- Fortsetzung der gemeinsamen Filmförderungseinrichtung "nordmedia" mit Niedersachsen.

Stadtteilmanagement:

- Stärkung der Beiratsrechte und Weiterentwicklung der Ortsämter zu Zentralen des Stadtteilmanagements.
- Folgeregelungen nach Novellierung des Gesetzes über die Ortsämter und Beiräte.
- Bildung von Stadtteilbudgets.
- Fortführung und Anschlussfinanzierung des "Impulsprogramms für lebenswerte Städte".
- Durchführung eines Pilotprojektes "Bürgerhaushalt in bremischen Quartieren".

Politische Bildung:

- Neue Schwerpunktsetzung und Konzentration unter Berücksichtigung der begrenzten Haushaltsmittel.
- Realisierung der Konzeption für die Gedenkstätte U-Boot-Bunker "Valentin" in Bremen-Farge als dauerhafte förderungsfähige Einrichtung.

¹ z.B. gesetzliche Vorgaben, produktplanrelevante Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, des Senats sowie von Ausschüssen / Fachdeputationen etc.

Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	225	223	781	
Investive Einnahmen	0	0	139	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	104	
Gesamteinnahmen	225	223	1.024	
Personalausgaben	7.700	7.348	7.739	
Sonst. konsumtive Ausgaben	4.708	5.342	9.551	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	2.845	2.924	2.714	
Verrechnungen/Erstattungen	7	7	990	
Gesamtausgaben	15.260	15.621	20.994	
Saldo	-15.035	-15.398	-19.970	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	1,47	1,43	4,88	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	104,3	110,6	111,7	
Personalbestand	107,9	103,8	110,1	
=> Netto-Personalbedarf	- 3,5	6,9	1,6	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	12,5	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	37,5	
Frauenquote	50,0	50,0	57,6	
Teilzeitquote	35,0	35,0	30,4	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	8,5	
C. Erläuterungen zu A-B				

Leistungsangaben

A. Strategische Leistungsziele/Kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009
Keine Angaben.			

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

- Unterstützung des Präsidenten des Senats sowie des Senats bei der Wahrnehmung der Regierungsaufgaben.
- Ressortkoordinierung und Gesamtsteuerung.
- Senatsangelegenheiten.
- Medienrecht, -politik und -wirtschaft.
- Protokoll und internationale Beziehungen.
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Senats.
- Verwaltungs- und Veranstaltungsaufgaben Rathaus.
- Kirchliche und kirchenrechtliche Angelegenheiten.
- Angelegenheiten der Beiräte, Ortsämter und des Stadtteilmanagements.
- Leistungen der Landeszentrale für politische Bildung.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Zentrale Zielsetzung:

- Aufgabenwahrnehmung der Senatskanzlei als Dienststelle des Präsidenten des Senats sowie des Senats gem. Geschäftsverteilung im Senat.
- Wahrnehmung der Ressortaufgabe "Der Senator für kirchliche Angelegenheiten".
- Umsetzung der Koalitionsvereinbarung sowie der Regierungserklärung des Präsidenten des Senats.

Einzelne Zielsetzungen:

- Fortsetzung der begonnenen Reformen im Bereich der Verwaltungsmodernisierung und des Bürokratieabbaues.
- Fortsetzung und Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit den Religionsgemeinschaften auf der Grundlage der bestehenden Verträge.
- Anpassung des Radio-Bremen-Gesetzes an die staatsvertraglichen Regelungen.
- Fortsetzung der Umstrukturierung des Bürgerrundfunks.
- Fortsetzung der gemeinsamen Filmförderungseinrichtung "nordmedia" mit Niedersachsen.

Stadtteilmanagement:

- Stärkung der Beiratsrechte und Weiterentwicklung der Ortsämter zu Zentralen des Stadtteilmanagements.
- Folgeregelungen nach Novellierung des Gesetzes über die Ortsämter und Beiräte.
- Bildung von Stadtteilbudgets.
- Fortführung und Anschlussfinanzierung des "Impulsprogramms für lebenswerte Städte".

Politische Bildung:

- Neue Schwerpunktsetzung und Konzentration unter Berücksichtigung der begrenzten Haushaltsmittel.
- Realisierung der Konzeption für die Gedenkstätte U-Boot-Bunker "Valentin" in Bremen-Farge als dauerhafte förderungsfähige Einrichtung.

Langfristige Perspektiven:

Stadtteilmanagement:

- Durchführung eines Pilotprojektes "Bürgerhaushalt in bremischen Quartieren".

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerales Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	225	223	781	
Investive Einnahmen	0	0	139	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	104	
Gesamteinnahmen	225	223	1.024	
Personalausgaben	7.700	7.348	7.739	
Sonst. konsumtive Ausgaben	4.708	5.342	9.551	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	2.845	2.924	2.714	
Verrechnungen/Erstattungen	7	7	998	
Gesamtausgaben	15.260	15.621	21.002	
Saldo	-15.035	-15.398	-19.978	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	1,47	1,43	4,88	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	104,3	110,6	111,7	
Personalbestand	107,9	103,8	110,1	
=> Netto-Personalbedarf	- 3,5	6,9	1,6	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	12,5	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	37,5	
Frauenquote	50,0	50,0	57,6	
Teilzeitquote	35,0	35,0	30,4	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	8,5	

C. Erläuterungen zu 1. A-B

B. Erläuterungen zu 2.

Produktgruppe: 03.01.01

Verantwortlich: Buhr

Senat, Senatskanzlei, Kirchl.Angelegenh.

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 03.01

Verantwortlich: Schulte

Senat, Senatskanzlei, Kirchl.Angelegenh.

Produktplan: 03

Verantwortlich: Bgm. Böhrnsen

Senat, Senatskanzlei, Kirchl.Angelegenh.

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

- Unterstützung des Präsidenten des Senats sowie des Senats bei der Wahrnehmung der Regierungsaufgaben.
- Ressortkoordinierung und Gesamtsteuerung.
- Senatsangelegenheiten.
- Medienrecht, -politik und -wirtschaft.
- Protokoll und internationale Beziehungen.
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Senats.
- Verwaltungs- und Veranstaltungsaufgaben Rathaus.
- Kirchliche und kirchenrechtliche Angelegenheiten.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Zentrale Zielsetzung:

- Aufgabenwahrnehmung der Senatskanzlei als Dienststelle des Präsidenten des Senats sowie des Senats gem. Geschäftsverteilung im Senat.
- Wahrnehmung der Ressortaufgabe "Der Senator für kirchliche Angelegenheiten".
- Umsetzung der Koalitionsvereinbarung sowie der Regierungserklärung des Präsidenten des Senats.

Einzelne Zielsetzung:

- Durchführung und Koordinierung von Verfahren zur Verleihung der Rechte von Körperschaften des öffentlichen Rechts an Religionsgemeinschaften auf Grund entsprechender Anträge.
- Bau einer Trauerhalle auf dem neuen Jüdischen Friedhof in Bremen (Mitfinanzierung).
- Fortführung der Konzeption "Offenes Rathaus".

Auftragsgrundlage:

Grundlagen:

Grundgesetz, Landesverfassung, Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, Beschlüsse des Senats, Geschäftsverteilung im Senat, Koalitionsvereinbarung.

Zuzuordnende Kapitel:

0020; 3020; 3025

D. Erläuterungen zu 2. A-C

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Senatsveranstaltungen	[ST]	400,000		400,000		440,521	
Drittveranstaltungen	[ST]	70,000		70,000		85,133	
Eheschließungen im Rathaus	[ST]	120,000		120,000		151,000	
Belegungswochen der Unteren Rathauhalle	[ST]	25,000		25,000		26,000	
Ehrungen f. Jubilare/ Orden	[ST]	3.500,000		3.500,000		5.488,000	
Veröffentlichungen im Verkündungswesen	[ST]	300,000		300,000		120,000	
Medienwert Fotoservice	[EUR]	20.000,00		20.000,00		15.378,12	
Ausgaben elektronischer Pressespiegel	[ST]	250,000		250,000		251,000	
Vorbereitung u. Begleitung v. Pressekonf	[ST]	40,000		40,000		28,000	
Anzahl Pressemitteilungen	[ST]	1.500,000		1.500,000		1.844,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Präsidialangelegenheiten u. Ressortkoord	[%]	25,00		25,00			
Staats- u. Zentral-Angelegenheiten	[%]	29,00		29,00			
Medien-Angelegenheiten	[%]	3,00		3,00			
Presse- u. Öffentlichkeitsarbeit	[%]	12,50		12,50			
Kirchliche Angelegenheiten	[%]	9,50		9,50			
Protokoll u. Veranstaltungswesen	[%]	21,00		21,00			
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							
Zu B.: Die Budgetanteile der Kostenträgergruppen aus der KLR sind aufgeführt. Aus den KLR-Informationen auf der Basis der Istkostenrechnung lassen sich Planungsdaten nur bedingt ableiten. Eine Plankostenrechnung ist noch nicht eingeführt.							

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamernale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	123	54
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	123	54
Personalausgaben	3.996	450
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.479	1.086
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	398	264
Verrechnungen/Erstattungen	1.062	0
Gesamtausgaben	7.935	1.800
Saldo	-7.812	-1.746
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	46,5	6,8
Personalbestand	50,8	6,0
=> Netto-Personalbedarf	- 4,3	0,8
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 03.01.02	Verantwortlich: Kammeyer
Stadtteilmanagement	
Stadtgemeinde	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 03.01	Verantwortlich: Schulte
Senat, Senatskanzlei, Kirchl.Angelegenh.	
Produktplan: 03	Verantwortlich: Bgm. Böhrnsen
Senat, Senatskanzlei, Kirchl.Angelegenh.	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Betreuung der Beiräte und der Bürger der jeweiligen Stadt-/Ortsteile durch die Ortsämter; Stadtteilmanagement	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Auftrag: -Betreuung der Beiräte und Umsetzung deren kommunalpolitischer Ziele. -Förderung der Kontakte zwischen Einwohnern, Beiräten und stadtbremischen Behörden. -Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Erweiterung bürgerschaftlicher Mitverantwortung. -Bewirtschaftung der Globalmittel für orts- und stadtteilbezogene Maßnahmen. -Bewirtschaftung der Mittel des "Impulsprogramms für lebenswerte Städte"	
Ziele / Perspektiven: -Stärkung der Beiratsrechte und Weiterentwicklung der Ortsämter zu Zentralen des Stadtteilmanagements. -Folgeregelungen nach Novellierung des Gesetztes über Beiräte und Ortsämter. -Bildung von Stadtteilbudgets. -Qualifizierung und Fortbildung der Beschäftigten in den Ortsämtern und der Mitglieder der Beiräte.	
Auftragsgrundlage:	
Ortsgesetz über die Beiräte und Ortsämter, Koalitionsvereinbarung, Regierungserklärung des Präsidenten des Senats. Geschäftsverteilung im Senat.	
Zuzuordnende Kapitel:	
3041	

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	11	11	22	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	1.055	859	963	
Gesamteinnahmen	1.066	870	985	
Personalausgaben	2.735	2.641	2.558	
Sonst. konsumtive Ausgaben	864	619	1.033	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	2.127	1.930	1.650	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	346	
Gesamtausgaben	5.726	5.190	5.587	
Saldo	-4.660	-4.320	-4.602	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	18,62	16,76	17,63	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	47,0	48,8	47,3	
Personalbestand	45,2	42,5	45,0	
=> Netto-Personalbedarf	1,8	6,3	2,3	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5		
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5		
Frauenquote	50,0	50,0		
Teilzeitquote	35,0	35,0		
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0		
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anzahl Beiratssitzungen	[ST]	230,000	230,000	213,000	
Anzahl Sitzungen d. Beiratsausschüsse	[ST]	748,000	748,000	740,000	
Anzahl Einwohnerversammlungen	[ST]	42,000	42,000	34,000	
Anzahl Bürgeranträge	[ST]	88,000	88,000	136,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
zu A: -Hinweis auf Historie zu 07.90.05 -Die Kennzahlen wurden nach Zuordnung zum PPL 03 neu definiert.					

Produktgruppe: 03.01.03	Verantwortlich: Wulfekuhl
Landeszentrale für politische Bildung	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 03.01	Verantwortlich: Schulte
Senat, Senatskanzlei, Kirchl.Angelegenh.	
Produktplan: 03	Verantwortlich: Bgm. Böhrnsen
Senat, Senatskanzlei, Kirchl.Angelegenh.	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Entwicklung, Beratung und Durchführung von wissenschaftlich fundierten Maßnahmen im Rahmen der politischen Bildungsarbeit im öffentl. Auftrag wie z.B. Kongresse, Vorträge, Lesungen, Diskussionsforen, Kurse, Seminare, Arbeitstagungen, Wettbewerbe, Studienreisen und Exkursionen zu historischen Stätten, Ausstellungen, Steuerung von Begleitprogrammen in vernetzten Projekten mit Kooperationspartnern, Kulturveranstaltungen; Ausgabe von Publikationen zur politischen Bildung; Gedenkstättenarbeit.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Verankerung der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Rahmen des Bildungsauftrages - Maßnahmen der politischen Bildung gegen politischen Extremismus von Links und Rechts (Konzept der wehrhaften Demokratie) - Erinnerungsarbeit zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert - Verwirklichung des Gleichheitsgebots des Grundgesetzes - Bildungsangebote zum Stand der europäischen politischen Integration und zur europäischen Wirtschafts- und Sicherheitspolitik - Vermittlung internationaler Prozesse und Konflikte - Interkulturelle Begegnungen zum Abbau von ausländerfeindlichen Einstellungen, inkl. jährlichem Jugendpreis des Senats "Dem Hass keine Chance" - Einsatz kultureller Medien für die Vermittlung gesellschaftspolitischer Prozesse - Realisierung der Gedenkstättenkonzeption für den U-Boot-Bunker "Valentin" in Bremen-Farge	
Auftragsgrundlage:	
Beschluss der MPK vom Februar 1954 zur Errichtung von Landeszentralen für politische Bildung. Organisationsverfügung des Präsidenten des Senats vom 11. Dezember 1967. Organisationserlass, beschlossen von der Deputation für Bildung am 8. März 2007. Geschäftsverteilung im Senat.	
Zuzuordnende Kapitel:	
0257	

-42-

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anzahl der eingesetzten Referenten	[PRS]	80,000	80,000	52,014	
Studienfahrten	[ST]	10,000	10,000	3,000	
Vernetzte u. koordinierte Projekte	[ST]	15,000	15,000	16,000	
Gedenkstättenprojekte	[ST]	1,000	1,000	1,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

2011

PRODUKTPLAN **05**
Bundesangelegenheiten

05.01 Bundesangelegenheiten

05.01.01 Vertretung brem. Interessen beim Bund

Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:¹

Gesetzl. Grundlagen: Grundgesetz, Landesverfassung und Geschäftsverteilung im Senat. Bezüglich der Aufgabenbeschreibung, der strategischen Vorgaben und deren Umsetzung wird auf die folgenden Ausführungen und auf die im Produktbereich 05.01 verwiesen.

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:

Die Mitwirkung Bremens an dem Gesetzgebungsverfahren des Bundes im Rahmen des Bundesrates ist wahrzunehmen. Dies ist für das Land Bremen im föderativen System von elementarer Bedeutung. Bremen muss seine Position gegenüber dem Bund und den anderen Ländern wahren und auf Dauer sichern. Ausdruck für die aktive Rolle im föderativen System ist der Vorsitz im Vermittlungsausschuss des Präsidenten des Senats, der Vorsitz der Bevollmächtigten Bremens im Ständigen Beirat der Bevollmächtigten der Länder und die Koordination der A-geführten Länder im Bereich der Bundesgesetzgebung durch die Bevollmächtigte beim Bund in Berlin. Dies alles ist durch die Landesvertretung Bremen entsprechend zu begleiten.

Neben der Wahrnehmung bremischer Interessen im Rahmen der Gesetzgebungsarbeit muss Bremen weiterhin als Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturstandort in der Bundeshauptstadt präsent sein. Die spezifischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen Bremens und Bremerhavens sind zu sichern. Das Profil des Zwei-Städte-Staates z. B. im Bereich der Raumfahrt, der maritimen Technologien und der Wissenschaft ist zu stärken. Die direkte und netzwerkorientierte Zusammenarbeit mit anderen Ländern ist weiter zu intensivieren. Gleiches gilt für die Zusammenarbeit mit Partnern aus der Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Mittel- und langfristig sind die Interessen des Landes Bremen auf Bundesebene zu sichern; die Position Bremens gegenüber dem Bund und den anderen Ländern ist zu stärken. Dies bekommt besondere Bedeutung vor dem Hintergrund der sich aus der Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen (FöKo II) ergebenden und langfristig angelegten Konsequenzen für das Land Bremen.

¹ z.B. gesetzliche Vorgaben, produktplanrelevante Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, des Senats sowie von Ausschüssen / Fachdeputationen etc.

Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	350	338	352	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	350	338	352	
Personalausgaben	1.376	1.387	1.493	
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.684	1.688	1.721	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	61	63	45	
Verrechnungen/Erstattungen	1	1	0	
Gesamtausgaben	3.122	3.139	3.259	
Saldo	-2.772	-2.801	-2.907	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	11,21	10,77	10,80	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	21,8	22,9	23,5	
Personalbestand	23,7	23,3	25,5	
=> Netto-Personalbedarf	- 1,8	- 0,4	- 2,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	2,8	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	12,0	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	29,0	
Frauenquote	50,0	50,0	68,6	
Teilzeitquote	35,0	35,0	18,5	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,3	
C. Erläuterungen zu A-B				

Leistungsangaben

A. Strategische Leistungsziele/Kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	IST 2009
Interessenwahrnehmung Bundesgesetzgebung [ST]	400	400	428
Info.beschaff.zum polit.Gescheh.in Berl. [ST]	250	250	155
Öffentlichkeitsarbeit [ST]	260	260	294
Meinungsbildungsprozesse [ST]	249	249	282
Erhalt und Ausbau v. Netzwerken [ST]	215	215	260
Repräsentanz [ST]	11	11	12
Zielgruppenorient. Werbung f. HB [ST]	15	15	13
Übernachtungen im Gästehaus [ST]	800	750	1114

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Beteiligung Bremens an der bundespolitischen Willensbildung, Wahrnehmung und Vertretung bremischer Interessen auf Bundesebene und die Darstellung Bremens u.a. als Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturstandort in Berlin.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Die Mitwirkung Bremens an dem Gesetzgebungsverfahren des Bundes im Rahmen des Bundesrates ist wahrzunehmen. Dies ist für das Land Bremen im föderativen System von elementarer Bedeutung. Bremen muss seine Position gegenüber dem Bund und den anderen Ländern wahren und auf Dauer sichern. Ausdruck für die aktive Rolle im föderativen System ist der Vorsitz im Vermittlungsausschuss des Präsidenten des Senats, der Vorsitz der Bevollmächtigten Bremens im Ständigen Beirat der Bevollmächtigten der Länder und die Koordination der A-geführten Länder im Bereich der Bundesgesetzgebung durch die Bevollmächtigte beim Bund in Berlin. Dies alles ist durch die Landesvertretung Bremen entsprechend zu begleiten.

Neben der Wahrnehmung bremischer Interessen im Rahmen der Gesetzgebungsarbeit muss Bremen weiterhin als Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturstandort in der Bundeshauptstadt präsent sein. Die spezifischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen Bremens und Bremerhavens sind zu sichern. Das Profil des Zwei-Städte-Staates z. B. im Bereich der Raumfahrt, der maritimen Technologien und der Wissenschaft ist zu stärken. Die direkte und netzwerkorientierte Zusammenarbeit mit anderen Ländern ist weiter zu intensivieren. Gleiches gilt für die Zusammenarbeit mit Partnern aus der Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Langfristige Perspektiven:

Dauerhafte Sicherung der Länderinteressen auf Bundesebene, Stärkung und Verstetigung der Position Bremens gegenüber dem Bund und den anderen Ländern.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	350	338	352	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	350	338	352	
Personalausgaben	1.376	1.387	1.493	
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.684	1.688	1.721	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	61	63	45	
Verrechnungen/Erstattungen	1	1	0	
Gesamtausgaben	3.122	3.139	3.259	
Saldo	-2.772	-2.801	-2.907	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	11,21	10,77	10,80	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	21,8	22,9	23,5	
Personalbestand	23,7	23,3	25,5	
=> Netto-Personalbedarf	- 1,8	- 0,4	- 2,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	3,2	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	12,0	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	29,0	
Frauenquote	50,0	50,0	68,6	
Teilzeitquote	35,0	35,0	18,5	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,3	

C. Erläuterungen zu 1. A-B

Bezüglich der gebildeten Vergleichskennzahlen wird auf die Ausführungen auf der Produktgruppenebene verwiesen.

Produktgruppe: 05.01.01	Verantwortlich: Brandstaeter
Vertretung brem. Interessen beim Bund	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 05.01 Bundesangelegenheiten	Verantwortlich: Dr. Kießler
Produktplan: 05 Bundesangelegenheiten	Verantwortlich: Bgm. Böhrnsen
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Vertretung der Interessen des Landes Bremen in der Bundeshauptstadt.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Mitwirkung bei der Bundesgesetzgebung, Wahrnehmung von Ausschuss- und Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates. Allgemeine Vertretung bremischer Interessen gegenüber Bundesorganen, Bundesbehörden, ausländischen Missionen, wirtschaftlichen Interessenvertretern und anderer zentraler Einrichtungen am Sitz der Bundesregierung; Verbindung zu Parteien und Fraktionen des Deutschen Bundestages, Zusammenarbeit mit den Vertretungen anderer Länder beim Bund, Verbindung zur deutschen und internationalen Presse. Die Freie Hansestadt Bremen steht bei der Außenvertretung ihrer Interessen im Wettbewerb mit den anderen deutschen Ländern. Dies verlangt eine selbstbewusste Darstellung eigener Stärken und Potenziale und eine zielgerichtete Wahrnehmung der eigenen Interessen auch im Zusammenwirken mit Partnern. Vor dem Hintergrund, dass sich die bisherige Wahrnehmung der Aufgaben bewährt hat, muss Bremen seine Position gegenüber dem Bund und den anderen Ländern stärken und auf Dauer sichern. Dies gilt insbesondere für die Wahrung bremischer Interessen und Werbung um weitere Unterstützung der eigenen Anstrengungen zur Haushaltssanierung des Landes durch Bund und Länder. Die projektbezogene Zusammenarbeit mit den Vertretungen der andern Länder in Berlin ist weiter zu intensivieren. Gleiches gilt für die Zusammenarbeit mit Partnern aus Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.	
Auftragsgrundlage:	
Grundgesetz, Landesverfassung und Geschäftsverteilung im Senat	
Zuzuordnende Kapitel:	
0028	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Wahrnehmung Bundesrat (Sitzungen)	[ST]	200,000	200,000	223,000	
Beobachtung Dt. Bundestag (Sitzungen)	[ST]	200,000	200,000	205,000	
Kontakte zu Ressorts Bund.u.-Landesebene	[ST]	250,000	250,000	155,000	
Pressekontakte, Publikationen	[ST]	15,000	15,000	9,000	
Presseveranstaltungen	[ST]	5,000	5,000	4,000	
Konferenzen,Tagungen,Sitzg.,Gespräche	[ST]	200,000	200,000	247,000	
Treffen mit Vertretern dipl.Missionen	[ST]	4,000	4,000	1,000	
Besuchergruppen	[ST]	25,000	25,000	21,000	
Landestypische Veranstaltungen	[ST]	2,000	2,000	4,000	
Kulturelle Verant., Ausstellungen	[ST]	3,000	3,000	4,000	
Parlamentarische Abende	[ST]	5,000	5,000	4,000	
Anzahl der Übernachtungen Berlin	[ST]	800,000	750,000	1.114,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Kooperationsveranstaltungen	[ST]	100,000	100,000	96,000	
Veranstaltungen von/für brem. Ressorts	[ST]	15,000	15,000	18,000	
Besucher- und Gästezahlen	[PRS]	9.000,000	8.500,000	7.457,000	
Beratungsgegenst. TOP' s d. Bundesrates	[ST]	600,000	600,000	653,000	
Leitungsbesprechungen im Ressort	[ST]	40,000	40,000	24,000	
Bürgeranfragen	[ST]	1,000	1,000		
Anzahl der Übernachtungen Berlin	[ST]	800,000	750,000	1.114,000	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Zu C. Der Vergleich Bremens mit anderen Ländern ist nur bedingt aussagefähig. Die Leitung des Ressorts wird in Berlin wahrgenommen. Die Angaben zur Landesvertretung Berlin selbst sind nicht aufgeführt, da diese aufgrund des Standortvorteils als Abteilung (beschränkt auf die Bundesgesetzgebung) in die Senatskanzlei Berlin integriert ist.					

2011

PRODUKTPLAN **06**
Datenschutz und Informationsfreiheit

06.01 Datenschutz und Inform. im Lande Bremen

06.01.01 Beratung / Kontrolle / Berichterstellung

Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:¹

Kontrolle und Gewährleistung der Einhaltung des verfassungsrechtlich garantierten informationellen Selbstbestimmungsrechts nach Maßgabe der Datenschutzbestimmungen des Bundes und des Landes Bremen in Wirtschaft und Verwaltung sowie der Bestimmungen des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes.

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:

Schutz des informationellen Selbstbestimmungsrechts und der Informationsfreiheit; Kontrolle der Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen in Wirtschaft und Verwaltung sowie des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes in der Verwaltung; Initiativen zur Fortentwicklung des Datenschutzrechts und des Rechts auf Informationsfreiheit; Stellungnahmen zu Entwürfen von Rechts- und Verwaltungsvorschriften; Erstattung von Gutachten für Bürgerschaft und Senat; Begleitung der Tätigkeit des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten; Beratung von Behörden, Unternehmen, Bürgern sowie interessierten Institutionen und Gruppen; Beratung bei Planung und Einführung automatisierter Informationssysteme; Technische Analyse und Bewertung von Hard-, Software und Netzen; Beratung und Kontrolle von Tele- und Mediendiensten; Bürgerinformation und Öffentlichkeitsarbeit durch Referate, Broschüren und Internet-Auftritt; Bearbeitung von Bürgeranfragen, Eingaben und Beschwerden; Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Verwaltung und Unternehmen; Beratung der betrieblichen und behördlichen Datenschutzbeauftragten sowie der behördlichen Kontaktpersonen für die Informationsfreiheit; Aufsichtsbehörde für die Privatwirtschaft; Registerführung der meldepflichtigen Unternehmen; Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten; Anordnung von Maßnahmen nach § 38 BDSG; Jährliche Erstellung von Tätigkeitsberichten; Zusammenarbeit mit den Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder sowie mit den Datenschutzaufsichtsbehörden, u. a. bei länderübergreifender Datenverarbeitung sowie mit den Informationsfreiheitsbeauftragten des Bundes und der Länder.

¹ z.B. gesetzliche Vorgaben, produktplanrelevante Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, des Senats sowie von Ausschüssen / Fachdeputationen etc.

Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	654	604	616	
Sonst. konsumtive Ausgaben	132	126	98	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	14	14	1	
Verrechnungen/Erstattungen	1	1	0	
Gesamtausgaben	801	745	715	
Saldo	-801	-745	-715	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	11,5	10,5	10,5	
Personalbestand	11,2	10,3	11,6	
=> Netto-Personalbedarf	0,3	0,2	- 1,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	21,6	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	24,4	
Frauenquote	50,0	50,0	71,0	
Teilzeitquote	35,0	35,0	39,8	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	0,0	
C. Erläuterungen zu A-B				

Leistungsangaben

A. Strategische Leistungsziele/Kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009
Stellungn./Berat. öffentl./priv. Stellen (%)	35,00	35,00	33,04
Bürgereingaben/-beschwerden (%)	20,00	20,00	17,86
Kontrolltätigkeiten (%)			
Andere Datenschutz- und IFG-Tätigkeiten (%)	20,00	20,00	13,34
	25,00	25,00	35,76

B. Erläuterungen zu den Leistungsangaben

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Kontrolle und Gewährleistung der Einhaltung des verfassungsrechtlich garantierten informationellen Selbstbestimmungsrechts nach Maßgabe der Datenschutzbestimmungen des Bundes und des Landes Bremen in Wirtschaft und Verwaltung sowie der Bestimmungen des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Schutz des informationellen Selbstbestimmungsrechts und der Informationsfreiheit; Kontrolle der Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen in Wirtschaft und Verwaltung sowie des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes in der Verwaltung; Initiativen zur Fortentwicklung des Datenschutzrechts und des Rechts auf Informationsfreiheit; Stellungnahmen zu Entwürfen von Rechts- und Verwaltungsvorschriften; Erstattung von Gutachten für Bürgerschaft und Senat; Begleitung der Tätigkeit des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten; Beratung von Behörden, Unternehmen, Bürgern sowie interessierten Institutionen und Gruppen; Beratung bei Planung und Einführung automatisierter Informationssysteme; Technische Analyse und Bewertung von Hard-, Software und Netzen; Beratung und Kontrolle von Tele- und Mediendiensten; Bürgerinformation und Öffentlichkeitsarbeit durch Referate, Broschüren und Internet-Auftritt; Bearbeitung von Bürgeranfragen, Eingaben und Beschwerden; Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Verwaltung und Unternehmen; Beratung der betrieblichen und behördlichen Datenschutzbeauftragten sowie der behördlichen Kontaktpersonen für die Informationsfreiheit; Aufsichtsbehörde für die Privatwirtschaft; Registerführung der meldepflichtigen Unternehmen; Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten; Anordnung von Maßnahmen nach § 38 BDSG; Jährliche Erstellung von Tätigkeitsberichten; Zusammenarbeit mit den Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder sowie mit den Datenschutzaufsichtsbehörden, u. a. bei länderübergreifender Datenverarbeitung sowie mit den Informationsfreiheitsbeauftragten des Bundes und der Länder.

Langfristige Perspektiven:

1. Ressourceneinsatz

A. Kamurale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	654	604	616	
Sonst. konsumtive Ausgaben	132	126	98	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	14	14	1	
Verrechnungen/Erstattungen	1	1	0	
Gesamtausgaben	801	745	715	
Saldo	-801	-745	-715	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	11,5	10,5	10,5	
Personalbestand	11,2	10,3	11,6	
=> Netto-Personalbedarf	0,3	0,2	- 1,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	21,6	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	24,4	
Frauenquote	50,0	50,0	71,0	
Teilzeitquote	35,0	35,0	39,8	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	0,0	

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Stellungen./Berat. öffentl./priv. Stellen	[%]	35,00	35,00	33,04	
Bürgereingaben/-beschwerden	[%]	20,00	20,00	17,86	
Kontrolltätigkeiten	[%]	20,00	20,00	13,34	
Andere Datenschutz- und IFG-Tätigkeiten	[%]	25,00	25,00	35,76	

B. Erläuterungen zu 2.

Produktgruppe: 06.01.01

Verantwortlich: Tiedge

Beratung / Kontrolle / Berichterstellung

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 06.01

Verantwortlich: Tiedge

Datenschutz und Inform. im Lande Bremen

Produktplan: 06

Verantwortlich: Dr. Sommer

Datenschutz und Informationsfreiheit

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Kontrolle und Gewährleistung der Einhaltung des verfassungsrechtlich garantierten informationellen Selbstbestimmungsrechts nach Maßgabe der Datenschutzbestimmungen des Bundes und des Landes Bremen in Wirtschaft und Verwaltung sowie der Bestimmungen des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes;

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Schutz des informationellen Selbstbestimmungsrechts und der Informationsfreiheit; Kontrolle der Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen in Wirtschaft und Verwaltung sowie des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes in der Verwaltung; Initiativen zur Fortentwicklung des Datenschutzrechts und des Rechts auf Informationsfreiheit; Stellungnahmen zu Entwürfen von Rechts- und Verwaltungsvorschriften; Erstattung von Gutachten für Bürgerschaft und Senat; Begleitung der Tätigkeit des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten; Beratung von Behörden, Unternehmen, Bürgern sowie interessierten Institutionen und Gruppen; Beratung bei Planung und Einführung automatisierter Informationssysteme; Technische Analyse und Bewertung von Hard-, Software und Netzen; Beratung und Kontrolle von Tele- und Mediendiensten; Bürgerinformation und Öffentlichkeitsarbeit durch Referate, Broschüren und Internet-Auftritt; Bearbeitung von Bürgeranfragen, Eingaben und Beschwerden; Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Verwaltung und Unternehmen; Beratung der betrieblichen und behördlichen Datenschutzbeauftragten sowie der behördlichen Kontaktpersonen für die Informationsfreiheit; Aufsichtsbehörde für die Privatwirtschaft; Registerführung der meldepflichtigen Unternehmen; Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten; Anordnung von Maßnahmen nach § 38 BDSG; Jährliche Erstellung von Tätigkeitsberichten; Zusammenarbeit mit den Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder sowie mit den Datenschutzaufsichtsbehörden, u. a. bei länderübergreifender Datenverarbeitung sowie mit den Informationsfreiheitsbeauftragten des Bundes und der Länder.

Auftragsgrundlage:

EG-Datenschutzrichtlinie, Bremisches Datenschutzgesetz, Bundesdatenschutzgesetz und bereichsspezifische Datenschutzregelungen auf Bundes- und Landesebene; Bremer Informationsfreiheitsgesetz und spezielle Regelungen zum Informationszugang in anderen Gesetzen.

Zuzuordnende Kapitel:

0029

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Stellungn./Berat. öffentl./priv. Stellen	[%]	35,00	35,00	33,04	
Bürgereingaben/-beschwerden	[%]	20,00	20,00	17,86	
Kontrolltätigkeiten	[%]	20,00	20,00	13,34	
Andere Datenschutz- und IFG-Tätigkeiten	[%]	25,00	25,00	35,76	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

07.01 Polizei

- 07.01.01 Polizei (Vollzugsbereich)
- 07.01.02 Polizei (Nicht Vollzugsbereich)
- 07.01.03 Ressourcensteuerung Polizei Bremerhaven

07.02 Feuerwehr

- 07.02.01 Gefahrenabwehr, Brand-/Katastrophenschutz
- 07.02.02 Rettungsdienst
- 07.02.03 Zentr. Angelegenheiten Feuerwehr Bremen
- 07.02.04 Landesfeuerweherschule
- 07.02.05 Zentr. Angeleg. Zivil-u. Katastrophenschutz

07.03 Öffentliche Ordnung

- 07.03.01 Zentrale Angelegenheiten Stadtamt
- 07.03.02 Verkehrsüberwachung/Ordnungswidrigkeiten
- 07.03.03 Kfz-Zulassung und Führerscheine
- 07.03.04 Ausländer- und asylrechtliche Angelegenheiten
- 07.03.05 Allgemeine Ordnungsangelegenheiten
- 07.03.06 Marktangelegenheiten
- 07.03.07 Personenstandsangelegenheiten
- 07.03.18 Bürgerservice

07.90 Sonstiges Inneres

- 07.90.01 Statistiken
- 07.90.02 Wahlen
- 07.90.03 Angelegenheiten des Verfassungsschutzes
- 07.90.04 Zentrale Steuerung Inneres

Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:¹

Die Ressortstrategie zielt darauf ab, die Innere Sicherheit zu gewährleisten und Kriminalität zu vermeiden und zu bekämpfen, damit das demokratische Gemeinwesen in seiner Funktionsfähigkeit nicht beeinträchtigt wird. Die Leistungsfähigkeit von Polizei, Feuerwehr, Verfassungsschutz und Stadtamt steht dabei im Vordergrund und ist zu gewährleisten. Das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung ist ganz wesentlich verknüpft mit dem Gefühl des Wohlbefindens in unserem Gemeinwesen. Dieses zu verbessern, daran wirken diese Sicherheitseinrichtungen mit. Auch im interkommunalen Wettbewerb um Standortvorteile spielt die Sicherheit in der Stadt und damit das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung eine große Rolle.

Bremen soll sich als Standort mit einer hohen Lebensqualität für alle Einwohner, aber auch für potentielle Neubürger, so interessant und lebenswert fortentwickeln, dass die Gewinnung neuer Bürger und Bürgerinnen erleichtert und die Abwanderung ins Umland reduziert bzw. aufgehalten werden kann. Die bürgerorientierten Aufgaben des Stadtmtes mit seinen unzähligen täglichen Bürgerkontakten sind daher eine Visitenkarte, die jederzeit vorzeigbar sein muss.

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit setzt in den unterschiedlichen Aufgabenbereichen eine Kontinuität in der personellen Ausstattung voraus. Auf die personellen Herausforderungen, die sich aufgrund der demografischen Entwicklung ergeben, ist daher angemessen und zeitnah zu reagieren. Dies setzt Einstellungen in die spezifischen Ausbildungsgänge von Polizei und Feuerwehr ebenso voraus, wie zeitnahe Besetzungen frei werdender Stellen im Bürgerservice.

Inhaltlich stehen nachfolgende Aufgaben im Vordergrund der nächsten Jahre:

- Verbesserung der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung in den Stadtteilen als bürgernahe Polizei,
- Erhöhung der Ausbildung bei der Polizei um 20 auf 100 sowie Ausbildungskontingente für die Feuerwehr zur Erreichung der Zielzahl.
- Fortentwicklung ressortübergreifender Präventionsstrategien,
- Ausweitung der bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Verfolgung von Intensivtätern,
- Weiterentwicklung von Strategien zur delikts- und täterorientierten Kriminalitätsbekämpfung,
- konsequente Rückführung straffällig gewordener Ausländer,
- Fortsetzung der erfolgreichen polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit,
- Verstärkung der Zusammenarbeit der Polizei Bremen im Verbund der Norddeutschen Küstenländer im Bereich der Informationstechnik und der Aus- und Fortbildung,
- Erhaltung der Qualität der Brandsicherheit, des Rettungsdienstes und Anpassung des Katastrophenschutzes an eine sich verändernde Gesamtsicherheitsstrategie, einschl. der Ausbildungskomponente.
- Die Durchführung der Aufgaben setzt in vielen Bereichen die Erhaltung und Anpassung von Technik voraus; dies wird in den nächsten Jahren mit unterschiedlicher Intensität sichergestellt, so z.B. auch durch den Austausch von bisher zwei Booten durch ein neues für Polizei und Feuerwehr vorgesehenes Kombiboot oder auch die Beschaffung von Fahrzeugen für Polizei und Feuerwehr.
- Ein besonderer Schwerpunkt wird mit der Bildung des Produktplanes 96 beim Austausch sowie der Erneuerung von IT-Geräten gesetzt.

Der Dienstleistungsgedanke soll konsequent fortentwickelt werden. Im besonderen Fokus steht dabei das Stadtamt mit seinen unterschiedlichen Aufgabenbereichen. Leider entstandene Rückstände sollen konsequent und zielgerichtet abgebaut werden; die Sanierung des Standesamtes soll 2011 begonnen werden. Die Weiterentwicklung wird für Bremen-Nord dazu führen, auch dort ein Bürgerservice-Center im Planungszeitraum zu eröffnen. Damit wird dann das 3-Standortmodell umgesetzt sein.

Die Durchführung der Bürgerschaftswahl nach veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahre 2011 wird trotz gestiegenem Aufwand sichergestellt.

¹ z.B. gesetzliche Vorgaben, produktplanrelevante Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, des Senats sowie von Ausschüssen / Fachdeputationen etc.

Inneres

Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	28.280	30.571	33.040	
Investive Einnahmen	0	0	97	
Verrechnungen/Erstattungen	4.437	4.421	3.898	
Gesamteinnahmen	32.717	34.992	37.035	
Personalausgaben	153.793	147.611	152.577	
Sonst. konsumtive Ausgaben	73.450	65.425	69.835	
Zinsausgaben	10	16	51	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	5.234	6.073	9.565	
Verrechnungen/Erstattungen	43	43	3.597	
Gesamtausgaben	232.530	219.168	235.625	
Saldo	-199.813	-184.176	-198.590	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	14,07	15,97	15,72	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	25			
investiv	1.600			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	3.437,1	3.461,8	3.507,5	
Personalbestand	3.442,2	3.460,8	3.468,2	
=> Netto-Personalbedarf	- 5,1	1,0	39,3	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	23,6	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	14,8	
Frauenquote	50,0	50,0	26,4	
Teilzeitquote	35,0	35,0	9,9	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	3,1	
C. Erläuterungen zu A-B				

Leistungsangaben

A. Strategische Leistungsziele/Kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009
Erreichen einer Aufklärungsquote von	45%	45 %	50,1 %
Erreichung des 8-Minuten-Standards bei der Polizei	80%	80 %	77,9 %
Reduzierung der Verkehrsunfälle	um 2%	um 2 %	Erhöhung um 6,1 %
Einhaltung der 10-Minuten Fahrzeit im Lösch- und Hilfeleistungsdienst	95%	95 %	94,1 %
Wartezeit Terminkunden im Bürgerservice < 20 Min.	83%	83 %	84,03 %
Erfolgreich erledigte Rechtsbehelfe im Ordnungsbereich	90%	90 %	91,61 %
Erwerb des kombinierten Polizei- und Feuerlöschbootes	1	0	
Durchführung Bürgerschaftswahl	1	0	
Durchführung Zensus	1	0	
Realisierung des BSC-Standortes Bremen-Nord	0	1	
Sanierung des Standesamtes Bremen-Mitte	1	0	
B. Erläuterungen zu den Leistungsangaben			
Die Leistungsangaben korrespondieren in Einzelfällen mit Angaben aus den Produktgruppen; sie haben darüber hinaus für das Ressort aber eine besondere Bedeutung, daher werden sie hier beschrieben. Bei anderen Einzel-(fällen), z.B. Standesamt, soll mit der Aufnahme in die Leistungsangaben auf Produktplanebene der besondere <u>einmalige</u> Stellenwert in 2010 herausgestellt werden.			

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Angelegenheiten der Landespolizei Bremen

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Kriminalitätsbekämpfung

- Senken der Kriminalitätsbelastung; Verbessern der objektiven Sicherheit
- Aufrechterhalten/ Steigern des Kontrolldrucks in der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität
- Reduzierung der Jugendkriminalität

Verkehr

- Verbesserung der Verkehrssicherheit

bürgernahe Aktivitäten

- Schnellstmögliche und verlässliche Hilfeleistung nach "110-Anrufen"
- Verbesserung/ggf. Erhalt der Kundenzufriedenheit

Wasserschutzpolizeiliche Angelegenheiten

- Verbesserung/Erhalt der Sicherheit auf den Schifffahrtswegen und in den Häfen durch Erhöhung/Erhalt des Kontrolldrucks

Langfristige Perspektiven:

Fortsetzung der Polizeireform mit dem Ziel, den Personaleinsatz im Polizeivollzugsdienst weiter zu optimieren und damit die Polizeipräsenz zu verstärken.

Bestimmung und Optimierung der Abarbeitung der Grundlasten im Einsatzdienst und in der Kriminalitätssachbearbeitung nach Qualität, Zeit und Leistung mit dem Ziel, den Ressourceneinsatz für Aktivitäten in der Gefahrenabwehr, der Kriminalitätsbekämpfung und der Verkehrsunfallbekämpfung erhöhen zu können.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	4.805	4.716	6.134	
Investive Einnahmen	0	0	3	
Verrechnungen/Erstattungen	1.214	1.214	1.316	
Gesamteinnahmen	6.019	5.930	7.453	
Personalausgaben	108.377	103.592	107.155	
Sonst. konsumtive Ausgaben	54.743	52.558	52.431	
Zinsausgaben	10	16	50	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	3.809	4.032	5.466	
Verrechnungen/Erstattungen	43	43	1.868	
Gesamtausgaben	166.982	160.241	166.970	
Saldo	-160.963	-154.311	-159.517	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	3,60	3,70	4,46	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	600			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	2.464,0	2.475,8	2.500,2	
Personalbestand	2.445,2	2.471,1	2.466,2	
=> Netto-Personalbedarf	18,8	4,7	34,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	25,3	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	12,0	
Frauenquote	50,0	50,0	21,3	
Teilzeitquote	35,0	35,0	6,7	
Schwerbehindertenquote	2,0	2,0	1,7	

C. Erläuterungen zu 1. A-B

A. Leistungsziele/-kennzahlen

B. Erläuterungen zu 2.

Produktgruppe: 07.01.01

Verantwortlich: Münch

Polizei (Vollzugsbereich)

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 07.01

Verantwortlich: Schittkowski

Polizei

Produktplan: 07

Verantwortlich: Senator Mäurer

Inneres

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Angelegenheiten der Polizei Bremen

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Kriminalitätsbekämpfung

- Verbesserung/Erhalt der objektiven Sicherheit
- Reduzierung der Jugendkriminalität; Unterbrechung krimineller Karrieren
- Reduzierung der Kriminalität; Schutz der Bevölkerung vor Intensivtätern; Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls

Verkehr

- Reduzierung der Verkehrsunfälle mit schweren Folgen; Verbesserung der Verkehrssicherheit

bürgernahe Aktivitäten

- Schnellstmögliche und verlässliche Hilfeleistung nach "110-Anrufen"
- Verbesserung ggf. Erhalt der Kundenzufriedenheit

Wasserschutzpolizeiliche Angelegenheiten

- Verbesserung/Erhalt der Sicherheit auf den Schifffahrtswegen und in den Häfen durch Erhöhung/Erhalt des Kontrolldrucks

Auftragsgrundlage:

StGB, StPO, BremPolG, OWiG u.a.

Zuzuordnende Kapitel:

0034

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	4.790	4.661	6.079	
Investive Einnahmen	0	0	3	
Verrechnungen/Erstattungen	1.214	1.214	1.316	
Gesamteinnahmen	6.004	5.875	7.398	
Personalausgaben	99.336	94.510	97.813	
Sonst. konsumtive Ausgaben	18.438	17.423	17.742	
Zinsausgaben	10	16	50	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	3.225	3.463	4.850	
Verrechnungen/Erstattungen	43	43	1.868	
Gesamtausgaben	121.052	115.455	122.323	
Saldo	-115.048	-109.580	-114.925	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	4,96	5,09	6,05	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	600			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	2.288,0	2.291,3	2.312,3	
Personalbestand	2.270,5	2.291,1	2.282,8	
=> Netto-Personalbedarf	17,5	0,2	29,6	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	27,3	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	10,6	
Frauenquote	50,0	50,0	18,5	
Teilzeitquote	35,0	35,0	4,9	
Schwerbehindertenquote	2,0	2,0	0,9	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				
Die Reduzierung der Beschäftigungszielzahl bleibt nicht ohne Einfluss auf die Aufgaben und Ziele.				

3. Leistungsangaben

[illegible]

Produktgruppe: 07.01.02		Verantwortlich: Münch
Polizei (Nicht Vollzugsbereich)		
Land		

1. Basisinformationen

Produktbereich: 07.01		Verantwortlich: Schittkowski
Polizei		
Produktplan: 07		Verantwortlich: Senator Mäurer
Inneres		
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:		
Angelegenheiten der Polizei Bremen		
Auftrag/Ziele/Perspektiven:		
Diese Produktgruppe ist den gleichen Zielen wie die Produktgruppe 07.01.01 verpflichtet und unterstützt Produktgruppe 07.01.01 bei der Zielerreichung. Die Zielsetzungen und Kennzahlen werden daher nicht separat ausgewiesen.		
Auftragsgrundlage:		
StGB, StPO, BremPolG, OWiG u.a.		
Zuzuordnende Kapitel:		
0034		

2. Ressourceneinsatz

A. Kamurale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	15	15	16	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	15	15	16	
Personalausgaben	9.041	9.081	9.342	
Sonst. konsumtive Ausgaben	46	47	49	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	9.087	9.128	9.391	
Saldo	-9.072	-9.113	-9.375	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,17	0,16	0,17	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	176,0	184,5	187,8	
Personalbestand	174,6	180,0	183,4	
=> Netto-Personalbedarf	1,3	4,6	4,4	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	4,3	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	26,6	
Frauenquote	50,0	50,0	51,4	
Teilzeitquote	35,0	35,0	25,6	
Schwerbehindertenquote	2,0	2,0	10,8	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							
In dieser Produktgruppe ist der Nichtvollzugsbereich innerhalb der Polizei Bremen dargestellt. Ohne deren Mitwirkung können die vollzugspolizeilichen Ziele nicht erreicht werden. Eigene Leistungsangaben erübrigen sich hier.							

Produktgruppe: 07.01.03

Verantwortlich: Schittkowski

Ressourcensteuerung Polizei Bremerhaven

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 07.01

Verantwortlich: Schittkowski

Polizei

Produktplan: 07

Verantwortlich: Senator Mäurer

Inneres

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Polizeiliche Aufgabenwahrnehmung Bremerhaven

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Kriminalitätsbekämpfung

- Verbesserung/Erhalt der objektiven Sicherheit
- Reduzierung der Jugendkriminalität; Unterbrechung krimineller Karrieren
- Reduzierung der Kriminalität; Schutz der Bevölkerung vor Intensivtätern; Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls

Verkehr

- Reduzierung der Verkehrsunfälle mit schweren Folgen; Verbesserung der Verkehrssicherheit

bürgernahe Aktivitäten

- Schnellstmögliche und verlässliche Hilfeleistung nach "110-Anrufen"
- Verbesserung ggf. Erhalt der Kundenzufriedenheit

Wasserschutzpolizeiliche Angelegenheiten

- Verbesserung/Erhalt der Sicherheit auf den Schifffahrtswegen und in den Häfen durch Erhöhung/Erhalt des Kontrolldrucks

Auftragsgrundlage:

Gesetz über Finanzaufweisungen an die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven vom 27.04.1971 in der Neufassung vom 30. April 2007. StGB, StPO, BremPolG, OWiG u.ä.

Zuzuordnende Kapitel:

0031

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)		Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen		0	40	40	
Investive Einnahmen		0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen		0	0	0	
Gesamteinnahmen		0	40	40	
Personalausgaben		0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben		36.258	35.087	34.639	
Zinsausgaben		0	0	0	
Tilgungsausgaben		0	0	0	
Investive Ausgaben		584	569	616	
Verrechnungen/Erstattungen		0	0	0	
Gesamtausgaben		36.842	35.656	35.255	
Saldo		-36.842	-35.616	-35.215	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %		0,00	0,11	0,11	
Verpflichtungsermächtigungen		Anschlag 2011			
Personal		0			
konsumtiv		0			
investiv		0			
B. Personaldaten		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl		0,0	0,0	0,0	
Personalbestand		0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf		0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre					
Beschäftigte über 55 Jahre					
Frauenquote					
Teilzeitquote					
Schwerbehindertenquote					
C. Kapazitätsdaten		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C					
Für die personellen Angelegenheiten der OPB Bremerhaven ist der Magistrat der Seestadt Bremerhaven verantwortlich. Weitere Personaldaten entfallen daher.					

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anzahl der Straftaten -gesamt-	[ST]	15.130,000	15.130,000	14.203,000	
Rauschgiftdelikte	[ST]	600,000	600,000	644,000	
Ant. d. Tatverd. unter 21 J. an allen TV	[%]	29,70	29,70	27,20	
Anz. der Verkehrsunfälle gesamt	[ST]	3.893,000	3.893,000	3.922,000	
Verkehrsunfälle mit Personenschäden	[ST]	570,000	570,000	571,000	
Anzahl der 110-Notrufe	[ST]	48.000,000	60.500,000	49.385,000	
Arb.zeit f. zielger. Präs./Schwerpunktm.	[STD]	45.400,0	45.400,0	41.741,0	
Aufklärungsquote	[%]	51,00	50,00		
Gewaltdelikte	[ST]	690,000	690,000		
Diebstahl unter erschwerenden Umständen	[ST]	3.600,000	3.600,000		
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Gefahrenabwehr, Brand- und Katastrophenschutz

Rettungsdienst

Landesfeuerweherschule

Zentrale Angelegenheiten Zivil- und Katastrophenschutz

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Erhaltung der Qualität der Brandsicherheit, des Rettungsdienstes und Anpassung des Katastrophenschutzes an eine sich verändernde Gesamtsicherheitsstrategie, einschließlich der Ausbildungskomponente.

Langfristige Perspektiven:

Weiterentwicklung des Schutzzielkonzeptes.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	5.263	5.046	5.612	
Investive Einnahmen	0	0	94	
Verrechnungen/Erstattungen	2.615	2.556	1.904	
Gesamteinnahmen	7.878	7.602	7.610	
Personalausgaben	21.215	20.108	20.440	
Sonst. konsumtive Ausgaben	5.230	4.314	5.207	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	1.241	1.562	2.999	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	1.147	
Gesamtausgaben	27.686	25.984	29.793	
Saldo	-19.808	-18.382	-22.183	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	28,45	29,26	25,54	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	1.000			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	509,4	508,1	510,0	
Personalbestand	501,4	497,2	497,1	
=> Netto-Personalbedarf	8,1	10,9	12,9	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	31,1	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	15,3	
Frauenquote	50,0	50,0	5,5	
Teilzeitquote	35,0	35,0	1,5	
Schwerbehindertenquote	2,0	2,0	0,3	

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Einhaltung einer 10-Minuten Fahrzeit	[%]	95,00	95,00	94,10	
durchschnittlich besetzte Funktionen	[ST]	65,000	65,000	64,420	
Baugenehm., Gutacht., Beratg., Begeh.	[ST]	3.000,000	3.000,000	4.997,000	
Brandsicherheitswachen	[ST]	150,000	500,000	1.044,000	
Brandschutzerziehung	[ST]	120,000	100,000	64,000	
Landesfeuerwehersch. Lehrgangsteilnehmer	[PRS]	0,000	0,000	235,000	
Landesfeuerwehersch. geleistete Stunden	[STD]	0,0	0,0	8.062,0	
RTW Notfallrettung	[ST]	11.500,000	10.500,000	11.490,000	
RTW Krankentransport	[ST]	40,000	20,000	42,000	
RTW Fehleinsätze	[ST]	2.000,000	2.000,000	2.203,000	
NEF Einsätze	[ST]	12.200,000	12.200,000	12.089,000	
NEF Fehleinsätze	[ST]	1.800,000	1.800,000	1.910,000	
Unterrichtsausfall pro Jahr	[%]	5,00	5,00		
Abdeckung des Ausbildungsbedarfs	[%]	95,00	95,00		
Bestandene Abschlussprüfungen	[%]	95,00	95,00		
Abschlprüf. nicht schlechter als Note 3	[%]	80,00	80,00		

B. Erläuterungen zu 2.

Die Aussagen zur Landesfeuerwehrschule stehen in Abhängigkeit zur Weiterentwicklung des Schutzzielkonzeptes.

Produktgruppe: 07.02.01	Verantwortlich: Knorr
Gefahrenabwehr, Brand-/Katastrophenschutz	
Stadtgemeinde	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 07.02	Verantwortlich: Heins
Feuerwehr	
Produktplan: 07	Verantwortlich: Senator Mäurer
Inneres	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Leistungen der Feuerwehr auf dem Gebiet der Brandbekämpfung, technischen Hilfeleistung, Bekämpfung von Großschadenslagen und Katastrophen; Vorbeugender Gefahrenschutz	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Abwehr von Gefahren für Leib und Leben aller sich auf dem Gebiet der Stadtgemeinde Bremen aufhaltenden Personen, insbesondere Gefahren, die durch Schadenfeuer drohen; technische Hilfeleistung bei Unglücksfällen und öffentlichen Notständen, die durch Naturereignisse, Explosionen, Gebäudeeinstürze etc. verursacht werden; Schutz der Allgemeinheit vor Gefahren und Schäden im Zusammenarbeit mit dem Träger des Katastrophenschutzes; Vorbereitung der Katastrophenabwehr und Bekämpfung von Katastrophen.	
Auftragsgrundlage:	
Bremisches Hilfeleistungsgesetz v. 18.06.2002, Brem.GBL. S. 189. - Bremische Hafenordnung vom 24.04.2001, Brem.GBL. S.91.	
Zuzuordnende Kapitel:	
3054	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Einhaltung einer 10-Minuten-Eintreffzeit	[%]	95,00	95,00	94,096	
Baugenehm.verf., Beratungen, Gutachten	[ST]	3.000,000	3.000,000	4.997,000	
Durchschnittlich besetzte Funktionen	[ST]	65,000	65,000	64,420	
Brandschutzerziehung	[ST]	120,000	100,000	64,000	
Brandsicherheitswachen (Einsatzstunden)	[STD]	150,0	500,0	1.044,0	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Leistungsziel ist eine mittlere Eintreffzeit der Einsatzkräfte am Einsatzort in 10 Minuten. Die durchschnittliche Besetzung der Funktionen der Einsatzkräfte ist für die Einhaltung des Schutzziels Voraussetzung. Brandschutzerziehung: Ziel ist der Aufbau einer kontinuierlichen Brandschutzerziehung.					

Produktgruppe: 07.02.02	Verantwortlich: Knorr
Rettungsdienst	
Stadtgemeinde	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 07.02	Verantwortlich: Heins
Feuerwehr	
Produktplan: 07	Verantwortlich: Senator Mäurer
Inneres	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Notfallrettung (mit/ohne Arzt), qualifizierter Krankentransport (mit/ohne Arzt), Krankentransport.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Versorgung aller sich auf dem Gebiet der Stadtgemeinde Bremen aufhaltenden Personen mit Leistungen der Notfallrettung einschließlich intensivmedizinischer Versorgung zur Abwehr schwerster Gesundheitsgefahren. Krankentransporte mit Begleitung qualifizierten Personals und qualifizierter medizinisch/technischer Ausstattung (qualifizierte Krankentransporte).	
Auftragsgrundlage:	
Bremisches Hilfeleistungsgesetz v. 18.06.2002, Brem.GBl. S. 189	
Zuzuordnende Kapitel:	
3054	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	4.075	3.875	4.408	
Investive Einnahmen	0	0	64	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	4.075	3.875	4.472	
Personalausgaben	3.105	2.921	2.925	
Sonst. konsumtive Ausgaben	552	541	1.514	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	1.087	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	3.657	3.462	5.526	
Saldo	418	413	-1.054	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	111,43	111,93	80,93	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	75,4	75,3	75,3	
Personalbestand	67,9	68,6	72,7	
=> Netto-Personalbedarf	7,5	6,7	2,6	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	32,5	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	14,0	
Frauenquote	50,0	50,0	3,8	
Teilzeitquote	35,0	35,0	0,4	
Schwerbehindertenquote	2,0	2,0	0,1	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
RTW-Feuerwehr Notfalleinsätze	[ST]	11.500,000	10.500,000	11.490,000	
RTW-Feuerwehr Krankentransporte	[ST]	40,000	20,000	42,000	
RTW-Feuerwehr Fehleinsätze	[ST]	2.000,000	2.000,000	2.203,000	
NEF-Feuerwehr Einsätze	[ST]	12.200,000	12.200,000	12.089,000	
NEF-Feuerwehr Fehleinsätze	[ST]	1.800,000	1.800,000	1.910,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Das Leistungsziel bezieht sich auf die gesamte Notfallrettung und schließt somit die Einsätze anderer Leistungserbringer ein. Die Einsatzdaten für RTW beziehen sich nur auf den Leistungserbringer Feuerwehr und enthalten nicht die Einsätze der am Rettungsdienst beteiligten Hilfsorganisationen.					

Produktgruppe: 07.02.03

Verantwortlich: Knorr

Zentr. Angelegenheiten Feuerwehr Bremen

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Produktbereich: 07.02

Verantwortlich: Heins

Feuerwehr

Produktplan: 07

Verantwortlich: Senator Mäurer

Inneres

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Unter "Zentrale Angelegenheiten der Feuerwehr" sind Haushaltstitel zusammengefasst, die Einnahmen und Ausgaben der beiden anderen eingerichteten Produktgruppen "Brandschutz" und "Rettungsdienst" betreffen und im Haushalt nicht getrennt zugeordnet werden können (Beispiel: Bewirtschaftungskosten) - "Zentrale Angelegenheiten" sind also nicht ein weiteres Produkt, sondern beinhalten die beiden anderen Feuerwehrprodukte "Brandschutz" und "Rettungsdienst".

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Auftrag und Ziele sind unter den Produktgruppen "Brandschutz" und "Rettungsdienst" beschrieben.

Auftragsgrundlage:

Bremisches Hilfeleistungsgesetz v. 18.06.2002, Brem.GBl. S. 189.

Zuzuordnende Kapitel:

3054

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	88	88	131	
Investive Einnahmen	0	0	4	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	88	88	135	
Personalausgaben	954	933	729	
Sonst. konsumtive Ausgaben	3.427	2.320	2.365	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	168	299	178	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	1.147	
Gesamtausgaben	4.549	3.552	4.419	
Saldo	-4.461	-3.464	-4.284	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	1,93	2,48	3,05	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre			0,0	
Beschäftigte über 55 Jahre			0,0	
Frauenquote			0,0	
Teilzeitquote			0,0	
Schwerbehindertenquote			0,0	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				
In dieser Produktgruppe gibt es kein kernfinanziertes Personal und daher keine Beschäftigungszielzahlen und keine Darstellung des Personalbestands. Die Personalausgaben i.H.v. 954 Tsd. Euro beinhalten die Position Heilfürsorge für die Feuerwehr.				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							
Für die Produktgruppe "Zentrale Angelegenheiten" können keine eigenen Leistungsziele oder Kennzahlen entwickelt werden.							

Produktgruppe: 07.02.04	Verantwortlich: Kück
Landesfeuerweherschule	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 07.02	Verantwortlich: Heins
Feuerwehr	
Produktplan: 07	Verantwortlich: Senator Mäurer
Inneres	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Aus- und Fortbildungseinrichtung für Berufs- und Freiwillige Feuerwehren im Lande Bremen, Ausbildung von Werkfeuerwehrangehörigen und Feuerwehrpersonal der Bundeswehr.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Aufrechterhaltung des laufenden Lehrbetriebes, wie: Durchführung von Laufbahnausbildungen für den mittleren und gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst, Rettungsassistentenausbildung, Taucherausbildung, Sonderlehrgänge (Motorsägenführerausbildung u.a.); Ausbildung von Gruppenführern, Zugführern, Maschinisten, Sprechfunkern, Bereitschaftsführern, Führern von Führungsgruppen und -verbänden, Atemschutzgeräteträgern, Grundausbildungen, insbesondere durch verstärkten Ausbau der Kooperation mit anderen Landesfeuerwehrschulen.	
Auftragsgrundlage:	
Bremisches Hilfeleistungsgesetz vom 18.06.2002, Brem.GBl.S.189.	
Zuzuordnende Kapitel:	
0038	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	5	5	40	
Investive Einnahmen	0	0	26	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	5	5	66	
Personalausgaben	338	338	415	
Sonst. konsumtive Ausgaben	221	221	262	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	25	25	62	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	584	584	739	
Saldo	-579	-579	-673	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,86	0,86	8,93	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	6,3	6,6	7,0	
Personalbestand	7,2	7,1	7,3	
=> Netto-Personalbedarf	- 0,9	- 0,5	- 0,2	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	0,0	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	25,0	
Frauenquote	50,0	50,0	37,5	
Teilzeitquote	35,0	35,0	25,0	
Schwerbehindertenquote	2,0	2,0	0,0	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							

Produktgruppe: 07.02.05

Verantwortlich: Marks

Zentr.Angeleg.Zivil-u.Katastrophenschutz

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Produktbereich: 07.02

Verantwortlich: Heins

Feuerwehr

Produktplan: 07

Verantwortlich: Senator Mäurer

Inneres

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Zentrale Angelegenheiten des Zivil- und Katastrophenschutzes der Stadtgemeinde Bremen.
Träger des Katastrophenschutzes in der Stadtgemeinde Bremen.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Abwehr von Katastrophenlagen.
Schutz der Bevölkerung.
Koordination der Katastrophenabwehr und Bekämpfung von Katastrophen.
Wahrnehmung der Aufgaben des HVB gem. Zivilschutzgesetz (ZSG) des Bundes vom 25. März 1997.

Auftragsgrundlage:

Bremisches Hilfeleistungsgesetz (BremHilfeG) vom 18. Juni 2002 und Zivilschutzgesetz (ZSG) des Bundes vom 25. März 1997.

Zuzuordnende Kapitel:

3032

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							
Aufgrund der Aufgabenstellung wird auf eine Darstellung der Leistungsangaben verzichtet.							

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

07.03.01 Zentrale Angelegenheiten Stadtamt
07.03.02 Verkehrsüberwachung
07.03.03 Kraftfahrzeugzulassungen und Führerscheine
07.03.04 Ausländer- und asylrechtliche Angelegenheiten
07.03.05 Allgemeine Ordnungsangelegenheiten
07.03.06 Marktangelegenheiten
07.03.07 Personenstandsangelegenheiten
07.03.18 Bürgerservice

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- Zusammenführung und Weiterentwicklung der Dienstleistungsstrukturen an drei Standorten.
- Wahrnehmung, Herstellung und Weiterentwicklung von bürgerorientierten Dienstleistungen bei gleichzeitiger Optimierung des Kosten-/Leistungsfaktors.
- Verstärkte Durchsetzung gesellschafts- und ordnungspolitischer Anliegen in den verschiedenen Aufgabenfeldern, z.B. Waffenrecht.
- Modernisierung des Standesamtes und dessen Arbeitsabläufe (z.B. Online-Dienste)

Langfristige Perspektiven:

Mitarbeit bei Deutschland online in den Feldern Melde- und Personenstandswesen, Ausländerangelegenheiten und KfZ-Wesen. Ziel ist die Entwicklung von einsetzbaren eGovernmentlösungen in Bereichen mit struktureller Bedeutung für die Verwaltung. Fortentwicklung der Arbeitsabläufe im Rahmen von Benchmarking, Best-Practice-Vergleichen sowie Teilnahme an kommunalen Vergleichsringen.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	17.027	20.407	18.633	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	18	
Gesamteinnahmen	17.027	20.407	18.651	
Personalausgaben	14.453	14.176	14.667	
Sonst. konsumtive Ausgaben	6.079	6.282	8.243	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	81	381	707	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	125	
Gesamtausgaben	20.613	20.839	23.742	
Saldo	-3.586	-432	-5.091	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	82,60	97,93	78,56	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	293,9	301,2	313,9	
Personalbestand	322,8	312,5	321,4	
=> Netto-Personalbedarf	- 28,8	- 11,3	- 7,4	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	12,7	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	21,0	
Frauenquote	50,0	50,0	71,6	
Teilzeitquote	35,0	35,0	33,7	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	11,2	

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Terminvereinbarung	[%]	43,00	41,00		
Wartezeit < 20 Minuten f. Terminkunden	[%]	83,00	83,00		
Verhältnis gewerblicher Kunden zu privat	[%]	53,00	53,00	54,06	
erfolgreich erledigte Rechtsbehelfe	[%]	90,00	90,00	91,61	
Telefonische Beratungen	[ST]	45.600,000	45.600,000	32.852,000	
Wartezeit <30 Min. für KfZ	[%]	55,00	55,00		

B. Erläuterungen zu 2.

Produktgruppe: 07.03.01	Verantwortlich: Wilkens
Zentrale Angelegenheiten Stadtamt	
Stadtgemeinde	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 07.03	Verantwortlich: Pape-Post
Öffentliche Ordnung	
Produktplan: 07	Verantwortlich: Senator Mäurer
Inneres	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Diese Produktgruppe dient der Aufnahme der Haushaltsstellen, die sonst keiner anderen Produktgruppe im Stadtamt eindeutig zugeordnet werden können.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Entfällt	
Auftragsgrundlage:	
Entfällt	
Zuzuordnende Kapitel:	
3051	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	78	78	92	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	78	78	92	
Personalausgaben	89	73	24	
Sonst. konsumtive Ausgaben	3.283	3.559	4.888	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	30	180	681	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	15	
Gesamtausgaben	3.402	3.812	5.608	
Saldo	-3.324	-3.734	-5.516	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	2,29	2,05	1,64	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	1,9	2,0	2,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	1,9	2,0	2,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	0,0	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	0,0	
Frauenquote	50,0	50,0	0,0	
Teilzeitquote	35,0	35,0	0,0	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	0,0	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				
Es können keine Angaben zu B. vorgenommen werden, weil diese Produktgruppe der Aufnahme der Haushaltsstellen dient, die sonst keiner anderen Produktgruppe im Stadtamt eindeutig zugeordnet werden können. Personalkosten sind den anderen tragenden Produktgruppen im Stadtamt bereits zugeordnet.				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Es können keine Leistungsangaben definiert werden. Diese Produktgruppe dient der Aufnahme der Haushaltsstellen, die sonst keiner anderen Produktgruppe im Stadttamt eindeutig zugeordnet werden können. Aus diesem Grund können keine Leistungsziele, Kennzahlen oder Vergleichskennzahlen gebildet werden.					

Produktgruppe: 07.03.02	Verantwortlich: Wilkens
Verkehrsüberwachung/Ordnungswidrigkeiten	
Stadtgemeinde	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 07.03	Verantwortlich: Pape-Post
Öffentliche Ordnung	
Produktplan: 07	Verantwortlich: Senator Mäurer
Inneres	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Überwachung des ruhenden Verkehrs Bearbeitung aller Verkehrsordnungswidrigkeiten (ruhender und fließender Verkehr) Abschleppmaßnahmen	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Verbesserung der Verkehrssicherheit im ruhenden Verkehr - Kundenservice	
Auftragsgrundlage:	
StVG, StVO, OWiG, BremVwVG, BremPolG Gemeinsame Dienstanweisungen der Polizei Bremen und des Stadtamtes für das Abschleppen und Verwahren von Fahrzeugen; Dienstanweisungen für den Verkehrsüberwachungsdienst des Stadtamtes	
Zuzuordnende Kapitel:	
3051	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	7.781	10.581	8.895	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	7.781	10.581	8.895	
Personalausgaben	3.665	3.600	3.045	
Sonst. konsumtive Ausgaben	776	781	830	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	4.441	4.381	3.875	
Saldo	3.340	6.200	5.020	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	175,21	241,52	229,55	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	47,0	47,9	49,5	
Personalbestand	43,4	45,0	45,7	
=> Netto-Personalbedarf	3,6	2,9	3,7	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	9,1	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	21,9	
Frauenquote	50,0	50,0	73,8	
Teilzeitquote	35,0	35,0	39,4	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	13,0	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Dschn. Anz. Verw. je Mon. je Verk.überw.	[ST]	800,000	800,000	823,167	
Durchschn. eingesetzte VÜ in Vollzeit	[PRS]	22,500	22,500	18,500	
Quote Bußgeldverfahren nach Verwarnungen	[%]	13,00	13,00	11,028	
Einspruchsquote nach Bußgeldbescheid	[%]	5,00	5,00	4,665	
Einstellungsquote intern	[%]	5,50	5,50	4,864	
Gerichtliche Einst. von Einspruchsverf.	[%]	18,00	18,00	25,492	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Produktgruppe: 07.03.03	Verantwortlich: Wilkens
Kfz-Zulassung und Führerscheine	
Stadtgemeinde	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 07.03	Verantwortlich: Pape-Post
Öffentliche Ordnung	
Produktplan: 07	Verantwortlich: Senator Mäurer
Inneres	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
1. Zulassung, Umschreibung, Außerbetriebsetzung von Kraftfahrzeugen, Überwachung der Kraftfahrzeughalter, Erstbesteuerung der Kraftfahrzeughalter. 2. Erteilung, Versagung, Entzug von Fahrerlaubnissen bzw. Fahrerlaubnissen zur Fahrgastbeförderung; Eignungsüberprüfungen bei Erlaubnisinhabern.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
1. Verringerung der Bearbeitungszeit der Anträge < 3 Wochen 2. Verringerung der Rückstände bei den Eignungsprüfungen 3. Verringerung der Wartezeit in der Zulassungstelle 4. Kundenservice	
Auftragsgrundlage:	
StVG, StVO, FeV, FZV, BremBEHG, Kraftfahrzeugsteuergesetz	
Zuzuordnende Kapitel:	
3051	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Bearb.dauer Eignungsprüf. Fahrerl.recht	[WCH]	8	8	34	
Bearbeitungsdauer Führerscheinanträge	[WCH]	3	3	6,083	
Widerspruchsquote Fahrerlaubnisbehörde	[%]	7,00	7,00	4,252	
Verhältnis gewerblicher Kunden zu privat	[%]	53,00	53,00	54,059	
Stilllegungen und Betriebsuntersagungen	[ST]	6.100,000	6.100,000	6.113,000	
Wartezeit <30 Min. für KfZ	[%]	55,00	55,00		
Vorgänge der KFZ-Zul.stelle je MA	[ST]	8.706,000	8.706,000		
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anträge gewerbliche Kunden	[ST]	61.000,000	61.000,000	45.545,000	
Anträge Privatkunden	[ST]	40.500,000	40.500,000	38.947,000	
MA der KFZ-Zulassungsstelle in Vollzeit	[ST]	28,000	28,000		
Zulassungsvorgänge insgesamt	[ST]	243.780,000	243.780,000		
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Produktgruppe: 07.03.04	Verantwortlich: Wilkens
Ausländer- und asylrechtliche Angelegenheiten	
Stadtgemeinde	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 07.03	Verantwortlich: Pape-Post
Öffentliche Ordnung	
Produktplan: 07	Verantwortlich: Senator Mäurer
Inneres	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
- Entscheiden über die Einreise, über den Aufenthalt, über die Niederlassung und über die Beschäftigung von ausländischen Staatsangehörigen - Einleiten und Durchführen von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Durchführung ausländerrechtlicher Regelungen; Entscheidung und Beratung über den Aufenthaltsstatus - Bürgerfreundlichkeit - Mitarbeitermotivation	
Auftragsgrundlage:	
Aufenthaltsgesetz Freizügigkeitsgesetz / EU Asylverfahrensgesetz Rechtsverordnungen mit ausländerrechtlichem Bezug (z.B. AufenthV, Beschäftigungsverordnung) Sonstiges internationales Recht und sonstige europa- und völkerrechtliche Regelungen. Verwaltungsvorschriften und Erlasse	
Zuzuordnende Kapitel:	
3051	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerales Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	680	680	633	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	680	680	633	
Personalausgaben	1.723	1.777	2.079	
Sonst. konsumtive Ausgaben	223	243	241	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	1.946	2.020	2.320	
Saldo	-1.266	-1.340	-1.687	
Deckungsgrad (Ist. Rechnung) in %	34,94	33,66	27,28	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	40,2	41,7	41,6	
Personalbestand	50,6	52,1	52,9	
=> Netto-Personalbedarf	- 10,4	- 10,5	- 11,3	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	15,3	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	19,8	
Frauenquote	50,0	50,0	61,1	
Teilzeitquote	35,0	35,0	22,3	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	8,3	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Zahl der Abschiebungen	[PRS]	60,000	60,000	51,000	
Zahl der erteilten Duldungen	[ST]	4.200,000	4.200,000	4.659,000	
Zahl der ert./verl. Aufenthaltsgestatt.	[ST]	480,000	480,000	671,000	
Zahl der Ablehnungsbescheide	[ST]	840,000	840,000	793,000	
Zahl der Reiseausweise für Ausländer	[ST]	1.080,000	1.080,000		
Zahl der Einbürgerungen	[ST]	1.200,000	1.200,000		
Zahl der abgel. Einbürgerungen	[ST]	60,000	60,000		
Anzahl ert. Aufenth.titel (FreizügG/EU)	[ST]	2.400,000	2.400,000		
Anzahl ert. Aufenth.titel (AufenthG)	[ST]	16.800,000	16.800,000		
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Gesamtbestand der erfassten Ausländer	[PRS]	69.000,000	69.000,000	68.796,167	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Soweit unter A. keine Werte für die Leistungsziele/-kennzahlen eingetragen wurden, wurden diese entweder verändert und z.T. neu eingebracht oder waren in den Folgejahren redundant.					

Produktgruppe: 07.03.05	Verantwortlich: Wilkens
Allgemeine Ordnungsangelegenheiten	
Stadtgemeinde	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 07.03	Verantwortlich: Pape-Post
Öffentliche Ordnung	
Produktplan: 07	Verantwortlich: Senator Mäurer
Inneres	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Meldeangelegenheiten; Personalausweise u. Reisepässe; Ausstellung von Lohnsteuerkarten; Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nichtverkehrsrechtl. Art; Beglaubigungen; Fundsachen; Maßnahmen nach dem JugendschutzG; Gewerbezulassungen und -überwachung; marktrechtl. Festsetzungen; Schornsteinfegeraufsicht; ordnungsrechtl. Gesundheitsschutz; Gefahrenabwehr und Ordnung; Feststellung von Reinigungspflichten; straßenverkehrsrechtl. Sondernutzungen.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung - Kundenzufriedenheit - Verbesserung des Kostendeckungsgrades	
Auftragsgrundlage:	
MeldeG, PersonalausweisG, PassG, BZR-Gesetz, WehrpflichtG, EStG, BremVwVfG, BGB, Gewerberecht, BremVwVG, OWiG, BremLStrG, BremPolG, WaffenG u. v. m.	
Zuzuordnende Kapitel:	
3051	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

C. Vergleichskennzahlen							

Produktgruppe: 07.03.06	Verantwortlich: Wilkens
Marktangelegenheiten	
Stadtgemeinde	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 07.03	Verantwortlich: Pape-Post
Öffentliche Ordnung	
Produktplan: 07	Verantwortlich: Senator Mäurer
Inneres	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Planung und Durchführung der kommunalen Volksfeste und Jahrmärkte	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Schaffung eines attraktiven Veranstaltungsangebots - Niedrighalten der veranstaltungsbezogenen Kosten - Vermeidung von Kostensteigerungen - Durchsetzung von Markenrechten - Werbung und Marketing	
Auftragsgrundlage:	
-Marktrechtliche Festsetzungen -Marktordnung für die Jahrmärkte der Stadt Bremen -Gewerbeordnung	
Zuzuordnende Kapitel:	
3052	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerales Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	650	650	680	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	650	650	680	
Personalausgaben	84	76	147	
Sonst. konsumtive Ausgaben	422	420	440	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	26	26	19	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	532	522	606	
Saldo	118	128	74	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	122,18	124,52	112,21	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	1,7	1,9	3,0	
Personalbestand	3,0	3,0	3,0	
=> Netto-Personalbedarf	- 1,3	- 1,1	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	0,0	0,0	0,0	
Beschäftigte über 55 Jahre	0,0	0,0	0,0	
Frauenquote	0,0	0,0	0,0	
Teilzeitquote	0,0	0,0	0,0	
Schwerbehindertenquote	0,0	0,0	0,0	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Für die Marktangelegenheiten wird neben der kameralen Darstellung im Haushalt des Kapitels 3052 auch eine betriebswirtschaftliche Jahresrechnung vorgenommen, die je nach Betriebsergebnis einen negativen Deckungsgrad aufweisen kann. Dies ergibt sich aus Kosten, die in der kameralen Darstellung nicht anfallen sowie aus Ausgaben / Kosten, die in anderen Kapiteln im kameralen Haushalt dargestellt werden. Darüber hinaus wird jährlich eine Kostenprognose für die kommenden Jahre für diesen Betrieb gewerblicher Art erstellt.

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anzahl der vertretenen Schausteller	[ST]	890,000	930,000	746,000	
Anz. der vertr. Branchen Volksf. und Jah	[ST]	54,000	66,000	38,000	
erfolgreich erledigte Rechtsbehelfe	[%]	95,00	95,00	100,00	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Anzahl Branchen - Es handelt sich um einen monatlich nicht zu untergliedernden Summenwert für alle drei kommunalen Fest und repräsentiert den für eine optimale Gestaltung erfahrungsgemäß notwendigen Branchenmix.					
Anzahl Schausteller - Es handelt sich um einen monatlich nicht zu untergliedernden Summenwert für alle drei kommunalen Feste und indiziert die für eine attraktive Gestaltung notwendige Anzahl der Schaustellerbetriebe.					

Produktgruppe: 07.03.07

Verantwortlich: Wilkens

Personenstandsangelegenheiten

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Produktbereich: 07.03

Verantwortlich: Pape-Post

Öffentliche Ordnung

Produktplan: 07

Verantwortlich: Senator Mäurer

Inneres

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Beurkundung von Geburten, Eheschließungen und Sterbefällen; Ausstellung von Personenstandsurkunden; Anlegung und Fortführung von Familienbüchern; Entgegennahme von Namenserkklärungen.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Modernisierung der Arbeitsabläufe (z.B. Einführung elektronisches Personenstandsregister, Online-Dienste).

Die telefonische Erreichbarkeit ist zu verbessern und die Bearbeitungszeiten zu verringern.

Weitere Perspektiven:

- Sanierung des Gebäudes Hollerallee 79
- Räumliche Integration des Standesamtes Bremen-Nord in das BSC-Nord (Sedanplatz)

Auftragsgrundlage:

Bürgerliches Gesetzbuch (BGB); Personenstandsgesetz (PStG); Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (PStV); Bundesvertriebenengesetz (BVFG); Internationale Abkommen zum Eheschließungs-, Kindschafts-, Namens- und Personenstandsrecht.

Zuzuordnende Kapitel:

3050

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)		Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen		462	462	623	
Investive Einnahmen		0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen		0	0	0	
Gesamteinnahmen		462	462	623	
Personalausgaben		1.206	1.153	1.210	
Sonst. konsumtive Ausgaben		293	202	195	
Zinsausgaben		0	0	0	
Tilgungsausgaben		0	0	0	
Investive Ausgaben		26	176	7	
Verrechnungen/Erstattungen		0	0	91	
Gesamtausgaben		1.525	1.531	1.503	
Saldo		-1.063	-1.069	-880	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %		30,30	30,18	41,45	
Verpflichtungsermächtigungen		Anschlag 2011			
Personal		0			
konsumtiv		0			
investiv		0			
B. Personaldaten		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl		28,2	28,5	30,0	
Personalbestand		33,3	28,3	30,4	
=> Netto-Personalbedarf		- 5,1	0,2	- 0,3	
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre		22,5	22,5	15,4	
Beschäftigte über 55 Jahre		17,5	17,5	23,3	
Frauenquote		50,0	50,0	66,1	
Teilzeitquote		35,0	35,0	21,1	
Schwerbehindertenquote		6,0	6,0	11,6	
C. Kapazitätsdaten		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C					

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Verlängerung der Öffnungszeiten (Wchstd)	[STD]	24,0	24,0	23,0	
Eheschließungen Gesamt	[ST]	2.297,000	2.297,000	2.366,000	
Eingetragene Lebenspartnerschaften Ges.	[ST]	44,000	44,000	66,000	
Eheschl.außerh.Standesamt,Ant.v.Gesamt	[%]	20,00	20,00	22,446	
Eingetr.Lebenspartnersch.,Verh.z.Eheschl	[%]	2,067	2,067	3,192	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Geburtbeurkundungen insgesamt	[PRS]	6.844,000	6.844,000	6.585,000	
Kinder von nicht miteinander verh.Eltern	[PRS]	2.020,000	1.930,000	1.839,000	
Kinder ausländischer Eltern	[PRS]	845,000	845,000	1.592,000	
Erwerb dt.Staatsangeh.Kinder ausl.Eltern	[PRS]	435,000	435,000	439,000	
Sterbefallbeurkundungen	[PRS]	6.730,000	6.640,000	7.055,000	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Produktgruppe: 07.03.18	Verantwortlich: Wilkens
Bürgerservice	
Stadtgemeinde	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 07.03	Verantwortlich: Pape-Post
Öffentliche Ordnung	
Produktplan: 07	Verantwortlich: Senator Mäurer
Inneres	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Wahrnehmung von bürgerorientierten Dienstleistungen des allgemeinen Ordnungsrechts aus dem Stadtamt und anderen Fachämtern, z.B.: - Meldeangelegenheiten - Gewerbemeldungen - Besuchereinladungen - Beglaubigungen - Fahrerlaubnisangelegenheiten (eingeschränkt) - Kfz-Zulassungen (eingeschränkt) - Antragsannahme in Wohngeldangelegenheiten und bei Wohnberechtigungsscheinen - Qualifizierte Telefondienste im Bürgerservice.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Auftrag: Zusammenführung und Weiterentwicklung der Bürgerservicedienstleistungen an drei Standorten.	
Ziele: Wahrnehmung, Herstellung und Weiterentwicklung von bürgerorientierten Dienstleistungen in modernen Arbeitsformen.	
Auftragsgrundlage:	
Zuzuordnende Kapitel:	
3051	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	2.110	2.295	2.412	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	18	
Gesamteinnahmen	2.110	2.295	2.430	
Personalausgaben	3.260	3.144	3.277	
Sonst. konsumtive Ausgaben	555	550	601	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	3.815	3.694	3.878	
Saldo	-1.705	-1.399	-1.448	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	55,31	62,13	62,66	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	72,6	74,3	75,3	
Personalbestand	77,3	72,6	74,1	
=> Netto-Personalbedarf	- 4,8	1,7	1,2	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	17,1	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	12,0	
Frauenquote	50,0	50,0	81,1	
Teilzeitquote	35,0	35,0	40,5	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	7,4	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Terminvereinbarung	[%]			43,00	41,00	37,833	
Wartezeit < 20 Minuten f. Terminkunden	[%]			83,00	83,00	84,025	
Telefonische Beratungen	[ST]			45.600,000	45.600,000	32.852,000	
Qual.grad außer Meldeang. BSC	[%]			75,25	72,333	66,583	
Qual.grad außer Meldeang. SC	[%]			52,417	48,333	46,167	
Qual.grad außer Meldeang. BSC-Nord	[%]			51,167	45,083	0,00	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							
Die Darstellung der Leistungsziele/-kennzahlen steht in direkter Abhängigkeit zur Umsetzung des BSC-Konzeptes an drei Standorten. Sie werden in den Planjahren lfd. angepasst. Soweit unter A. keine Werte für die Leistungsziele/-kennzahlen eingetragen wurden, wurden diese entweder verändert und z.T. neu eingebracht oder waren in den Folgejahren redundant.							

Produktbereich: 07.90

Verantwortlich: Pape-Post

Sonstiges Inneres

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Der Produktbereich enthält die Produktgruppen 07.90.01 Statistiken, 07.90.02 Wahlen, 07.90.03 Verfassungsschutz und 07.90.04 Zentrale Steuerung Inneres.

Er ist weder nach fachlichen Gesichtspunkten noch nach Zuständigkeitsebenen Land/Stadt gegliedert. Der Produktbereich fasst die Produktgruppen zusammen, die den übrigen Bereichen nicht zugeordnet werden können.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- Fortentwicklung gemeinsamer Kooperationsfelder mit anderen Landesstatistikämtern
- Umsetzung der neuen wahlrechtlichen Maßgaben zur Bürgerschaftswahl (Mehrstimmenwahlrecht)
- Optimierung der Analyse- und Auswertungskompetenzen des Landesamtes für Verfassungsschutz
- Ausbau der operativen Kompetenzen des Landesamtes für Verfassungsschutz

Langfristige Perspektiven:

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	1.185	403	2.661	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	608	651	720	
Gesamteinnahmen	1.793	1.054	3.381	
Personalausgaben	9.748	9.736	10.315	
Sonst. konsumtive Ausgaben	7.398	2.270	3.954	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	103	98	394	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	516	
Gesamtausgaben	17.249	12.104	15.179	
Saldo	-15.456	-11.050	-11.798	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	10,39	8,71	22,27	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	25			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	169,7	176,7	183,4	
Personalbestand	172,8	180,0	183,6	
=> Netto-Personalbedarf	- 3,1	- 3,3	- 0,2	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	9,0	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	34,5	
Frauenquote	50,0	50,0	42,2	
Teilzeitquote	35,0	35,0	18,6	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	10,1	
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Termintreue	[%]	85,00	85,00	89,93	

B. Erläuterungen zu 2.

Produktgruppe: 07.90.01	Verantwortlich: Wayand
Statistiken	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 07.90	Verantwortlich: Pape-Post
Sonstiges Inneres	
Produktplan: 07	Verantwortlich: Senator Mäurer
Inneres	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Durchführung der amtlichen Statistik und von Geschäftsstatistiken	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Durchführung von EU-, Bundes-, Landes- und Kommunalstatistiken; Durchführung von Geschäftsstatistiken; Veröffentlichung und Darstellung statistischer Ergebnisse; Einrichtung und Pflege einer Statistischen Datenbank; Beratung/Unterstützung von Behörden und sonst. öffentl. Stellen in statistischen Fragen; Durchführung von Prognose- und Modellrechnungen für Planungs- und Entscheidungszwecke; Untersuchungen und Umfragen zu Stadtentwicklung und Stadtforschung; Verstärkung kundenorientierter und kostendeckender Serviceleistungen. Fortentwicklung gemeinsamer Kooperationsfelder mit anderen Statistischen Landesämtern.	
Auftragsgrundlage:	
Grundgesetz, Landesverfassung, Bundesstatistikgesetz, Landesstatistikgesetz, Spezialgesetze und Verordnungen, Erlasse und Vereinbarungen.	
Zuzuordnende Kapitel:	
0036	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	931	154	196	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	931	154	196	
Personalausgaben	3.546	3.532	3.739	
Sonst. konsumtive Ausgaben	4.126	497	583	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	5	5	69	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	226	
Gesamtausgaben	7.677	4.034	4.617	
Saldo	-6.746	-3.880	-4.421	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	12,13	3,82	4,25	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	64,1	67,6	70,3	
Personalbestand	62,2	68,1	69,4	
=> Netto-Personalbedarf	1,8	- 0,5	0,9	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	2,4	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	46,4	
Frauenquote	50,0	50,0	41,9	
Teilzeitquote	35,0	35,0	19,8	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	14,8	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Terminstreue [%]				85,00	85,00	89,933	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							

Produktgruppe: 07.90.02

Verantwortlich: Wayand

Wahlen

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 07.90

Verantwortlich: Pape-Post

Sonstiges Inneres

Produktplan: 07

Verantwortlich: Senator Mäurer

Inneres

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Durchführung von Wahlen und Abstimmungen

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Europa-, Bürgerschafts- und Beirätewahlen sowie von Abstimmungen; Vorbereitung von Schöffengewahlen.

Auftragsgrundlage:

Europawahlgesetz und Europawahlordnung, Bundeswahlgesetz und Bundeswahlordnung, Landeswahlgesetz und Landeswahlordnung, Gesetz über das Verfahren beim Volksentscheid, Gerichtsverfassungsgesetz, Senatsbeschluss.

Zuzuordnende Kapitel:

0036

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	994	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	994	
Personalausgaben	312	297	702	
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.501	201	1.153	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	1.813	498	1.855	
Saldo	-1.813	-498	-861	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	0,00	53,58	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	6,4	4,4	6,0	
Personalbestand	6,2	5,3	6,2	
=> Netto-Personalbedarf	0,2	- 0,9	- 0,2	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	19,9	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	29,2	
Frauenquote	50,0	50,0	36,4	
Teilzeitquote	35,0	35,0	4,7	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,7	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				
Der Produktgruppe "Wahlen" sind neben den Wahlkräften im engeren Sinne Personalanteile aus den Bereichen Amtsleitung, Abteilungs- und Referatsleitung, Verwaltung, System- und Medientechnik in Höhe eines Beschäftigungsvolumens von insgesamt 5,5 Personen zugeordnet worden.				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							

Produktgruppe: 07.90.03	Verantwortlich: von Wachter
Angelegenheiten des Verfassungsschutzes	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 07.90	Verantwortlich: Pape-Post
Sonstiges Inneres	
Produktplan: 07	Verantwortlich: Senator Mäurer
Inneres	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Auftragsgrundlage:	
Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Bremen.	
Zuzuordnende Kapitel:	
0032	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Aufgrund der Aufgabenstellung des Amtes wird auf eine Darstellung von Leistungsangaben verzichtet.					

Produktgruppe: 07.90.04

Verantwortlich: Facklam

Zentrale Steuerung Inneres

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 07.90

Verantwortlich: Pape-Post

Sonstiges Inneres

Produktplan: 07

Verantwortlich: Senator Mäurer

Inneres

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Steuerung der der senatorischen Dienststelle Inneres und Sport - Bereich Inneres - zugewiesenen fachlichen Aufgaben einschließlich Ressourcensteuerung.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Dauerhafte Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.
- Entwicklung des Ressorts zu einem leistungsstarken Dienstleister unter Inanspruchnahme von eGovernment.

Auftragsgrundlage:

Geschäftsverteilung im Senat.

Zuzuordnende Kapitel:

0030; 0031; 3030; 3031

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)		Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen		254	249	1.452	
Investive Einnahmen		0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen		608	651	720	
Gesamteinnahmen		862	900	2.172	
Personalausgaben		4.090	4.128	4.174	
Sonst. konsumtive Ausgaben		1.217	1.013	1.624	
Zinsausgaben		0	0	0	
Tilgungsausgaben		0	0	0	
Investive Ausgaben		35	35	240	
Verrechnungen/Erstattungen		0	0	288	
Gesamtausgaben		5.342	5.176	6.326	
Saldo		-4.480	-4.276	-4.154	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %		16,14	17,39	34,33	
Verpflichtungsermächtigungen		Anschlag 2011			
Personal		0			
konsumtiv		0			
investiv		0			
B. Personaldaten		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl		61,7	64,6	66,2	
Personalbestand		67,6	68,6	69,9	
=> Netto-Personalbedarf		- 6,0	- 4,0	- 3,7	
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre		22,5	22,5	5,6	
Beschäftigte über 55 Jahre		17,5	17,5	26,1	
Frauenquote		50,0	50,0	45,8	
Teilzeitquote		35,0	35,0	22,4	
Schwerbehindertenquote		6,0	6,0	6,8	
C. Kapazitätsdaten		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C					

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009				
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009				
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamernale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	254	0
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	608	0
Gesamteinnahmen	862	0
Personalausgaben	3.729	361
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.193	25
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	35	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	4.957	386
Saldo	-4.095	-386
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	61,7	0,0
Personalbestand	67,6	0,0
=> Netto-Personalbedarf	- 6,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

2011

PRODUKTPLAN **08**
Gleichberechtigung der Frau

08.01 Gleichberechtigung

08.01.01 Gleichstellungs-/berechtigungsfragen

Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:¹

Die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) hat die Aufgabe, im Lande Bremen darüber zu wachen und darauf hinzuwirken, dass das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichberechtigung der Frau in Arbeitswelt, Bildung und Gesellschaft erfüllt wird. Dies erfolgt insbesondere durch:

1. Anregungen und Vorschläge zu Entwürfen sowie Prüfung von Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen des Senats sowie des Bundes, an denen der Senat mitwirkt, soweit diese Auswirkungen auf die Gleichberechtigung der Frau haben.
2. Zusammenarbeit mit gesellschaftlich relevanten Frauenorganisationen, Frauenbewegungen, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen und Verbänden, die mit Frauenfragen und Frauenproblemen befasst sind.
3. Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit mit entsprechenden Stellen des Bundes und der Länder.
4. eigenständige Öffentlichkeitsarbeit, die die Gleichberechtigung der Frau fördert.
5. Unterstützung benachteiligter Frauen bei der Durchsetzung ihrer Interessen.
6. Bereitstellung von Expertinnenwissen im Rahmen der Implementierung von Gender Mainstreaming.

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:

Die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) wird sich mit folgenden Arbeitsfeldern befassen:

- Arbeitsmarkt
- Berufliche Bildung
- Wirtschaft
- Frauenförderung im Öffentlichen Dienst, Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetz
- Frauenförderung in den Bremischen Gesellschaften
- Familienpolitik/Familienrecht
- Mädchen im Erziehungs- und Bildungswesen
- Gesundheit
- Gewalt gegen Mädchen und Frauen
- Alterssicherung
- Stadtentwicklung
- Gender Mainstreaming

Die ZGF wird in diesen Feldern Konzepte entwickeln, Arbeitszusammenhänge (MultiplikatorInnen) bilden, Veranstaltungen durchführen, den Senat und andere beraten zur Implementierung gleichstellungsrelevanter Ziele.

¹ z.B. gesetzliche Vorgaben, produktplanrelevante Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, des Senats sowie von Ausschüssen / Fachdeputationen etc.

Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	66	81	75	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	167	167	147	
Gesamteinnahmen	233	248	222	
Personalausgaben	715	677	726	
Sonst. konsumtive Ausgaben	217	226	229	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	4	3	4	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	11	
Gesamtausgaben	936	906	970	
Saldo	-703	-658	-748	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	24,89	27,37	22,89	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	11,0	11,2	11,7	
Personalbestand	8,4	10,1	10,6	
=> Netto-Personalbedarf	2,7	1,1	1,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	0,0	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	45,6	
Frauenquote	50,0	50,0	100,0	
Teilzeitquote	35,0	35,0	70,9	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	0,0	
C. Erläuterungen zu A-B				

Leistungsangaben

A. Strategische Leistungsziele/Kennzahlen	Planung 2011	2010	Ist 2009

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:**Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:**

Die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) hat die Aufgabe, im Lande Bremen darüber zu wachen und darauf hinzuwirken, dass das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichberechtigung der Frau in Arbeitswelt, Bildung und Gesellschaft erfüllt wird. Dies erfolgt insbesondere durch:

1. Anregungen und Vorschläge zu Entwürfen sowie Prüfung von Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen des Senats sowie des Bundes, an denen der Senat mitwirkt, soweit diese Auswirkungen auf die Gleichberechtigung der Frau haben.
2. Zusammenarbeit mit gesellschaftlich relevanten Frauenorganisationen, Frauenbewegungen, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen und Verbänden, die mit Frauenfragen und Frauenproblemen befasst sind.
3. Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit mit entsprechenden Stellen des Bundes und der Länder.
4. eigenständige Öffentlichkeitsarbeit, die die Gleichberechtigung der Frau fördert.
5. Unterstützung benachteiligter Frauen bei der Durchsetzung ihrer Interessen.
6. Bereitstellung von Expertinnenwissen im Rahmen der Implementierung von Gender Mainstreaming.

Langfristige Perspektiven:

Die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) wird sich mit folgenden Arbeitsfeldern befassen: Arbeitsmarkt, Berufliche Bildung, Wirtschaft, Frauenförderung im Öffentlichen Dienst, Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetz, Frauenförderung in den Bremischen Gesellschaften, Familienpolitik/Familienrecht, Mädchen im Erziehungs- und Bildungswesen, Gesundheit, Gewalt gegen Mädchen und Frauen, Alterssicherung, Stadtentwicklung, Gender Mainstreaming. Die ZGF wird in diesen Feldern Konzepte entwickeln, Arbeitszusammenhänge (MultiplikatorInnen) bilden, Veranstaltungen durchführen, den Senat und andere beraten zur Implementierung gleichstellungsrelevanter Ziele.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	66	81	75	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	167	167	147	
Gesamteinnahmen	233	248	222	
Personalausgaben	715	677	726	
Sonst. konsumtive Ausgaben	217	226	229	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	4	3	4	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	11	
Gesamtausgaben	936	906	970	
Saldo	-703	-658	-748	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	24,89	27,37	22,89	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	11,0	11,2	11,7	
Personalbestand	8,4	10,1	10,6	
=> Netto-Personalbedarf	2,7	1,1	1,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	0,0	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	45,6	
Frauenquote	50,0	50,0	100,0	
Teilzeitquote	35,0	35,0	70,9	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	0,0	

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beratungen	[ST]	1.100,000	1.400,000	1.368,000	
Vorträge	[ST]	500,000	50,000	54,000	
Veröffentlichungen	[ST]	5,000	6,000	6,000	
Veranstaltungen	[ST]	15,000	17,000	18,000	
Arbeitskreismitglieder	[PRS]	40,000	40,000	40,000	
Fortbildung	[ST]	5,000	5,000		
Arbeitskreise, leitend	[ST]	7,000	7,000		

B. Erläuterungen zu 2.

Produktgruppe: 08.01.01	Verantwortlich: Hauffe
Gleichstellungs-/berechtigungsfragen	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 08.01	Verantwortlich: Hauffe
Gleichberechtigung	
Produktplan: 08	Verantwortlich: Hauffe
Gleichberechtigung der Frau	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) hat die Aufgabe, im Lande Bremen darüber zu wachen und darauf hinzuwirken, dass das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichberechtigung der Frau in Arbeitswelt, Bildung und Gesellschaft erfüllt wird. Dies erfolgt insbesondere durch: 1. Anregungen und Vorschläge zu Entwürfen sowie Prüfung von Gesetzen ,Verordnungen und Maßnahmen des Senats sowie des Bundes, an denen der Senat mitwirkt, soweit diese Auswirkungen auf die Gleichberechtigung der Frau haben. 2. Zusammenarbeit mit gesellschaftlich relevanten Frauenorganisationen, Frauenbewegungen, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen und Verbänden, die mit Frauenfragen und Frauenproblemen befasst sind. 3. Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit mit entsprechenden Stellen des Bundes und der Länder. 4. eigenständige Öffentlichkeitsarbeit, die die Gleichberechtigung der Frau fördert. 5. Unterstützung benachteiligter Frauen bei der Durchsetzung ihrer Interessen. 6. Bereitstellung von Expertinnenwissen im Rahmen der Implementierung von Gender Mainstreaming. Die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) wird sich mit folgenden Arbeitsfeldern befassen: Arbeitsmarkt, Berufliche Bildung, Wirtschaft, Frauenförderung im Öffentlichen Dienst, Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetz, Frauenförderung in den Bremischen Gesellschaften, Familienpolitik/Familienrecht, Mädchen im Erziehungs- und Bildungswesen, Gesundheit, Gewalt gegen Mädchen und Frauen, Alterssicherung, Stadtentwicklung, Gender Mainstreaming. Die ZGF wird in diesen Feldern Konzepte entwickeln, Arbeitszusammenhänge (MultiplikatorInnen) bilden, Veranstaltungen durchführen, den Senat und andere beraten zur Implementierung gleichstellungsrelevanter Ziele.	
Auftragsgrundlage:	
Art. 3 Grundgesetz; Errichtungsgesetz vom 30.12.1980; Landesgleichstellungsgesetz vom 29.11.1990	
Zuzuordnende Kapitel:	
0045	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							
Die Leistungsziele werden auf der Produktbereichsebene dargestellt.							

2011

PRODUKTPLAN **09**
Staatsgerichtshof

09.01 **Angelegenheiten des Staatsgerichtshofs**

09.01.01 **Verfassungsmäßigkeit Gesetzgeb./Verwalt.**

Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:¹

Die Aufgaben des Staatsgerichtshofs ergeben sich ausschließlich aus der in der Landesverfassung und in Landesgesetzen festgelegten Zuständigkeitsordnung. Danach ist der Staatsgerichtshof zuständig für die Entscheidung von Zweifelsfragen über die Auslegung der Verfassung und andere staatsrechtliche Fragen, die ihm der Senat, die Bürgerschaft oder ein Fünftel der gesetzlichen Mitgliederzahl der Bürgerschaft oder eine öffentlich-rechtliche Körperschaft des Landes Bremen vorlegt sowie in den anderen durch Verfassung oder Gesetz vorgesehenen Fällen (Art. 140 BremLV).

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:

¹ z.B. gesetzliche Vorgaben, produktplanrelevante Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, des Senats sowie von Ausschüssen / Fachdeputationen etc.

Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	39	39	37	
Sonst. konsumtive Ausgaben	5	6	10	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	44	45	47	
Saldo	-44	-45	-47	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Erläuterungen zu A-B				

Leistungsangaben

A. Strategische Leistungsziele/Kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009
Keine Angaben.			

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Der Staatsgerichtshof ist zuständig für Verhandlungen und Entscheidungen in Verfassungsstreitfragen (Details siehe Produktgruppe 09.01.01)

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Wahrnehmung der Aufgabe

Langfristige Perspektiven:

Wahrnehmung der Aufgabe

1. Ressourceneinsatz

A. Kamurale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	39	39	37	
Sonst. konsumtive Ausgaben	5	6	10	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	44	45	47	
Saldo	-44	-45	-47	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Erläuterungen zu 2.				
siehe Produktgruppe 09.01.01				

Produktgruppe: 09.01.01

Verantwortlich: Prof. Dr. Rinken

Verfassungsmäßigkeit Gesetzgeb./Verwalt.

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 09.01

Verantwortlich: Prof. Dr. Rinken

Angelegenheiten des Staatsgerichtshofs

Produktplan: 09

Verantwortlich: Prof. Dr. Rinken

Staatsgerichtshof

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Der Staatsgerichtshof ist zuständig für Verhandlungen und Entscheidungen 1. über Anklagen der Bürgerschaft gegen Mitglieder des Senats wegen vorsätzlicher Verletzung der Verfassung (Artikel 111 der Landesverfassung), 2. von Zweifelsfragen über die Auslegung der Verfassung und andere staatsrechtliche Fragen (Artikel 140 Abs.1 der Landesverfassung), 3. über die Vereinbarkeit eines Landesgesetzes mit der Landesverfassung (Artikel 142 der Landesverfassung) und 4. in den anderen durch Verfassung oder Gesetz vorgesehenen Fällen.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Wahrnehmung der unter Kurzbeschreibung enthaltenen Aufgaben.

Auftragsgrundlage:

Landesverfassung; Gesetz über den Staatsgerichtshof; weiterhin wird der Staatsgerichtshof aufgrund von Anträgen, Anklageschriften, Vorlagebeschlüssen und Beschwerden tätig.

Zuzuordnende Kapitel:

0012

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	39	39	37	
Sonst. konsumtive Ausgaben	5	6	10	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	44	45	47	
Saldo	-44	-45	-47	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anzahl Verfahren [ST]				3,000	3,000	3,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							

11.01 Fachgerichtsbarkeit

- 11.01.01 Finanzgericht
- 11.01.02 Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen
- 11.01.03 Sozialgericht
- 11.01.04 Oberverwaltungsgericht
- 11.01.05 Verwaltungsgericht
- 11.01.06 Landesarbeitsgericht Bremen
- 11.01.07 Arbeitsgericht Bremen - Bremerhaven

11.02 Ordentliche Gerichtsbarkeit

- 11.02.01 Hanseatisches Oberlandesgericht Bremen
- 11.02.02 Justizprüfungsamt
- 11.02.03 Landgericht Bremen
- 11.02.04 Amtsgericht Bremen
- 11.02.05 Amtsgericht Bremerhaven
- 11.02.06 Amtsgericht Bremen-Blumenthal

11.03 Staatsanwaltschaft

- 11.03.01 Generalstaatsanwaltschaft
- 11.03.02 Staatsanwaltschaft Bremen

11.04 Justizvollzug

- 11.04.01 Justizvollzugsanstalt Bremen

11.90 Sonstiges Justiz

- 11.90.01 Senatorische Angelegenheiten Justiz
- 11.90.02 Soziale Dienste der Justiz

Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:¹

Eine moderne und leistungsfähige Justiz gehört zu den Eckpfeilern der Demokratie. Dies wird in der Koalitionsvereinbarung der laufenden Legislaturperiode hervorgehoben. Wie schon zum vorangegangenen Produktgruppenhaushalt 2008/2009 dargelegt - besteht die Kernaufgabe der Justiz in der Gewährung individuellen Rechtsschutzes und der damit verbundenen Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit. Eine bürgerfreundliche und effiziente Rechtspflege ist nicht nur wesentliche Voraussetzung für ein funktionierendes Gemeinwesen und für die Gewährleistung der inneren Sicherheit. Sie stellt darüber hinaus einen wichtigen Standortfaktor im wirtschaftlichen Wettbewerb dar.

Die eingeleiteten Maßnahmen zur Modernisierung der Justiz sind daher auch im Haushaltsjahr 2011 weiter fortzusetzen, um den Geschäftsanfall trotz der reduzierten finanziellen und personellen Ressourcen in einer Weise zu bewältigen, die den verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Gewährung effektiven Rechtsschutzes gerecht wird. Die Leistungsfähigkeit der Bremer Justiz ist in Relation zu ihrem Ressourcenverbrauch und im Vergleich mit den anderen Bundesländern als überaus positiv zu bewerten. Um den hohen Leistungsstand aufrecht zu erhalten, bedarf es auch weiterhin einer kritischen Überprüfung der aktuellen Leistungsdaten und eines Austausches im Rahmen länderübergreifender Vergleichsrings. Die Fortsetzung der begonnenen Personalmanagementstrategien ist dabei ein wichtiger Teil der Modernisierung der Justiz.

Auch im Bereich des Justizvollzuges sind die Modernisierungsanstrengungen weiter fortzusetzen. Ein umfassendes Projekt der JVA widmet sich vielfältigen Fragen des Qualitätsmanagements im Strafvollzug. Zentrales Vorhaben bleibt die Sanierung der Justizvollzugsanstalt. Der Senat hat ein umfassendes Gesamtkonzept zur Sanierung und Modernisierung der Justizvollzugsanstalt Bremen beschlossen. Es beruht im Wesentlichen auf drei Kernelementen:

- Die gesamte Infrastruktur der Anstalt wird grundlegend modernisiert. Die wesentlichen Funktionen werden in einem Zentralgebäude gebündelt.
 - Die Gefangenenebewegungen werden nachhaltig reduziert und die Bediensteten von reinen Bewachungs- und Vorführaufgaben entlastet.
- siehe weiter unten...

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:

weiter mit Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:

- Die technischen Anlagen werden erneuert und auf den heutigen Stand gebracht.
- Die Unterbringung der Gefangenen wird durch die Sanierung der Hafthäuser und den Umbau der Hafträume auf das Niveau der nach der Rechtsprechung gebotenen Mindestanforderungen gebracht.
- Die Sicherheit der Anstalt wird durch den detektierten Innenzaun und weitere Maßnahmen dem bundesweit üblichen Mindeststandard angepasst. Damit werden dem Strafvollzug im Land Bremen zukünftig erheblich verbesserte Rahmenbedingungen zur Verfügung stehen, um die Gefangenen auf ein Leben in sozialer Verantwortung vorzubereiten und gleichzeitig die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zu schützen.

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:

Unter dem Oberbegriff der Modernisierung der Justiz werden in 2011 schwerpunktmäßig die folgenden Maßnahmen vorangetrieben werden:

- Fortsetzung und weiterer Ausbau der Teilnahme bremischer Gerichte und Staatsanwaltschaften an länderübergreifenden Vergleichsrings (Prinzip des Lernens von anderen - best practice) mit dem Schwerpunkt der Kooperation mit Niedersachsen
- Umsetzung der Konzepte zur systematischen Führungskräfteentwicklung und Stärkung der Managementkompetenz bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften
- Einführung eines automatisierten Führungsinformationssystems nach dem Vorbild eingeführter Modelle in anderen Bundesländern, gepaart mit der Optimierung des sog. Justiz Controlling
- Weiterentwicklung der Methoden der Personalauswahl
- Umsetzung und Weiterentwicklung des Konzepts zur Fortbildungsoffensive für den Service-Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften
- Fortführung des Projekts zur Analyse der Auslagen in Rechtssachen. Erste Ergebnisse in den Teilbereichen Betreuungssachen und Insolvenzrecht liegen vor. Für Betreuungssachen sind konkrete Maßnahmen zur Reduzierung der Berufsbetreuerkosten in Abstimmung mit dem Sozialressort eingeleitet worden. Bei den Insolvenzverfahren kann auf Grund von gesetzlichen Änderungen mit einer gewissen Kostenentlastung gerechnet werden. Weitere Untersuchungen werden sich mit den Kosten in Unterbringungssachen und mit Prozesskostenhilfe-Verfahren befassen.
- Durchführung von Organisationsuntersuchungen in den Gerichten und im Justizvollzug
- Einführung der elektronischen Akte in die Verwaltung und Integration von Dokumenten-Management-Systemen in die EDV-Fachverfahren
- Weiterentwicklung der Zusammenarbeit und Aufgabenbündelung der Gerichte nach der Verwirklichung der zweiten Stufe des Justizzentrums
- Abschluss der Planungen und Beginn der ersten Bauphase zur Sanierung der JVA Bremen

Gender Budgeting Pilotprojekte:

Zur Implementierung des Gender Budgeting ist im Produktplan Justiz mit zwei Pilotprojekten im Bereich der öffentlichen Finanzierungen durch Zuwendungen begonnen worden.

Ziel der Pilotprojekte ist die Einbeziehung geschlechterspezifischer Aspekte und Zielsetzungen in die Förderung durch Zuwendungen.

Die beiden Pilotprojekte betreffen Zuwendungen für Zwecke

- des Täter-Opfer-Ausgleichs sowie
- der Vermeidung der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen durch Ableistung gemeinnütziger Arbeit und weitere Möglichkeiten.

Die für den Aufbau einer geschlechterspezifischen Nutzungsstruktur erforderlichen Bestandsermittlungen und -analysen sind zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltes 2011 noch nicht abgeschlossen. Eine Konkretisierung der Zielsetzungen mit entsprechender Kennzahlenbildung steht daher noch aus.

¹ z.B. gesetzliche Vorgaben, produktplanrelevante Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, des Senats sowie von Ausschüssen / Fachdeputationen etc.

Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	35.147	39.820	34.569	
Investive Einnahmen	0	0	13	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	168	
Gesamteinnahmen	35.147	39.820	34.750	
Personalausgaben	64.817	61.584	64.416	
Sonst. konsumtive Ausgaben	43.646	41.777	38.718	
Zinsausgaben	6	7	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	4.612	4.935	5.329	
Verrechnungen/Erstattungen	1.214	1.214	5.046	
Gesamtausgaben	114.295	109.517	113.509	
Saldo	-79.148	-69.697	-78.759	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	30,75	36,36	30,61	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	1.247,0	1.182,3	1.198,8	
Personalbestand	1.215,0	1.234,0	1.234,9	
=> Netto-Personalbedarf	32,0	- 51,7	- 36,1	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	15,7	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	20,4	
Frauenquote	50,0	50,0	54,0	
Teilzeitquote	35,0	35,0	25,9	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	4,6	
C. Erläuterungen zu A-B				

Leistungsangaben

A. Strategische Leistungsziele/Kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009
Landgericht Bremen:			
Zivil- u. K.f.H.sachen (Erledig.) [ST]	3.400	3.400	3.261
Richter in Zivil- u. K.f.H.sachen [VK]	20,000	20,000	21,133
Strafsachen (Erledigungen) [ST]	400	400	440
Richter in Strafsachen [VK]	22,500	22,500	24,658
Amtsgerichte:			
Zivil- u. Familiensachen (Erledig.) [ST]	17.550	17.650	17.151
Richter in Zivil- u. Familiensachen [VK]	31,200	31,200	30,416
Straf- u. Bußgeldverf. (Erledig.) [ST]	16.000	16.000	15.694
Richter in Straf- u. Bußgeldverf. [VK]	29,700	29,700	28,471
Staatsanwaltschaft Bremen:			
Ermittlungsverf. - Js - (Erledig.) [ST]	56.500	56.500	59.053
Staats-/ Amtsanwält/innen [VK]	60,650	60,650	58,552
Justizvollzugsanstalt Bremen:			
Belegungs-/Auslastungsgrad [%]	85,000	85,000	81,178
B. Erläuterungen zu den Leistungsangaben			
Mehr als die Hälfte der Ausgaben im Produktplan Justiz sind Personalausgaben. Die Kennzahlen auf Produktplanebene bilden wesentliche Leistungsdaten für diejenigen Bereiche ab, in denen ein großer Teil des Justizpersonals beschäftigt ist. Neben den Erledigungszahlen der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden Daten zum geplanten Einsatz von Richtern/Richterinnen und staatsanwaltschaftlichen Dezernenten/Dezernentinnen dargestellt.			

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Finanzgericht Bremen

Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen

Sozialgericht

Oberverwaltungsgericht

Verwaltungsgericht

Landesarbeitsgericht Bremen

Arbeitsgericht Bremen-Bremerhaven

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Positionierung der bremischen Fachgerichte im oberen Bereich des bundesweiten Ranking

Bewältigung der sozialgerichtlichen Hartz-IV-Verfahren nach Übergang von der Verwaltungsgerichtsbarkeit auf die Sozialgerichtsbarkeit

Bewältigung der angewachsenen arbeitsgerichtlichen Verfahren auf Grund der Konjunkturkrise

Prüfung weiterer Vereinfachungen in der Haushaltsabwicklung durch Zusammenfassung gemeinsamer Ausgaben und Zentralisierung der Beschaffung.

Einführung des elektronischen Sitzungssaalmanagements

Prüfung weiterer Aufgabenbündelungen, z. B. Aufgaben der Rechtsantragstellen (auch produktbereichsübergreifend)

Langfristige Perspektiven:

Auch in Zeiten der Ressourcenknappheit sollen die bremischen Fachgerichte ihre Aufgaben so erfüllen, dass sie den Vergleich mit anderen Bundesländern nicht zu scheuen brauchen. Die Binnenreform der Justiz ist weiter voran zu treiben mit dem Ziel, Kräfte zu wecken und Energien zu bündeln.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	1.009	999	1.025	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	1.009	999	1.025	
Personalausgaben	6.820	6.064	6.811	
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.870	2.904	2.805	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	18	17	69	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	3	
Gesamtausgaben	9.708	8.985	9.688	
Saldo	-8.699	-7.986	-8.663	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	10,39	11,12	10,58	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	117,0	110,3	110,5	
Personalbestand	115,6	113,6	118,3	
=> Netto-Personalbedarf	1,4	- 3,3	- 7,7	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	11,8	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	26,8	
Frauenquote	50,0	50,0	57,9	
Teilzeitquote	35,0	35,0	25,4	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,5	

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Finanzgericht: Klagverfahren (Erledig.)	[ST]	650,000	650,000	417,000	
Finanzgericht: richterliches Personal	[VK]	5,100	5,100	3,638	
Sozialgericht: Klagverfahren (Erledig.)	[ST]	2.400,000	2.400,000	1.891,000	
Sozialgericht: richterliches Personal	[VK]	12,000	12,000	10,337	
OVG: Hauptsacheverfahren (Erledigungen)	[ST]	130,000	130,000	153,001	
OberverwG: richterliches Personal	[VK]	5,300	5,300	5,842	
VerwG: Hauptsacheverfahren (Erled.)	[ST]	1.120,000	1.120,000	1.651,000	
VerwG: richterliches Personal	[VK]	16,700	16,900	14,592	
LAG: Erledigte Rechtsstreitigkeiten	[ST]	375,000	375,000	306,000	
LandesArbeitsG: richterliches Personal	[VK]	3,000	3,000	2,833	
ArbG: erledigte Rechtsstreitigkeiten	[ST]	4.888,000	4.888,000	4.801,000	
Arbeitsgericht: richterliches Personal	[VK]	9,250	9,250	7,671	

B. Erläuterungen zu 2.

Aufgrund Inanspruchnahme der gesetzlichen Öffnungsklausel wurden die Zuständigkeiten für die aus Hartz IV resultierenden Verfahren in Bremen befristet bis 2008 durch die Verwaltungsgerichtsbarkeit wahrgenommen. Die Zuständigkeiten für neue Verfahren sind ab 2009 auf die Sozialgerichtsbarkeit übergegangen.

Weitere Kennzahlen sind in den jeweiligen Produktgruppenblättern wiedergegeben.

OVG/ OberverwG = Oberverwaltungsgericht
 VerwG = Verwaltungsgericht
 LAG/ LandesArbeitsG = Landesarbeitsgericht
 ArbG = Arbeitsgericht

Produktgruppe: 11.01.01

Verantwortlich: Hoffmann

Finanzgericht

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 11.01

Verantwortlich: Stauch

Fachgerichtsbarkeit

Produktplan: 11

Verantwortlich: Senator Günthner

Justiz

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Wahrnehmung der dem Finanzgericht zugewiesenen Aufgaben, insbesondere Rechtsprechung in steuerrechtlichen Verfahren

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Gewährung von individuellem Rechtsschutz,
- Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung in finanzgerichtlichen Verfahren,
- Rechtsgewährung im Zuständigkeitsbereich des Finanzgerichts in angemessener Zeit,
- Wahrnehmung von Justizverwaltungsaufgaben, Leitungsunterstützung und Service-Leistungen

Auftragsgrundlage:

1. Grundgesetz
2. Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen
3. Finanzgerichtsordnung, u.a.

Zuzuordnende Kapitel:

0160

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	158	156	129	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	158	156	129	
Personalausgaben	592	562	634	
Sonst. konsumtive Ausgaben	103	104	96	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	1	1	7	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	696	667	737	
Saldo	-538	-511	-608	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	22,70	23,39	17,50	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	8,6	9,1	9,7	
Personalbestand	8,9	8,9	9,0	
=> Netto-Personalbedarf	- 0,3	0,2	0,7	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	20,7	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	10,4	
Frauenquote	50,0	50,0	62,2	
Teilzeitquote	35,0	35,0	0,0	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	11,9	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Bürofläche je Mitarbeiter/in [M2]	20,59	20,29		
Aktenlagerfläche [M2]	34,30	34,30		
DV-Ausstattungsgrad [%]	100,00	100,00		
Hauptnutzfläche [M2]	497,03	497,03		
D. Erläuterungen zu 2. A-C				
Zu den Kapazitätsdaten: - Bürofläche je Mitarbeiter/in netto, ohne Nebenräume/-flächen. - DV-Ausstattungsgrad: Prozentsatz der mit PC (vernetzt oder unvernetzt) ausgestatteten Arbeitsplätze, gemessen an der Gesamtzahl der einer EDV-Unterstützung zugänglichen Arbeitsplätze.				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Klagverfahren (Eingänge)	[ST]	600,000	600,000	440,000	
Klagverfahren (Erledigungen)	[ST]	650,000	650,000	417,000	
Verf.z.Gewäh.v.vorl.Rechtsschutz (Eing.)	[ST]	115,000	115,000	81,000	
Verf.z.Gewäh.v.vorl.Rechtsschutz(Erled.)	[ST]	100,000	100,000	83,000	
richterliches Personal	[VK]	5,100	5,100	3,638	
		</			

Produktgruppe: 11.01.02	Verantwortlich: Heine
Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 11.01	Verantwortlich: Stauch
Fachgerichtsbarkeit	
Produktplan: 11	Verantwortlich: Senator Günthner
Justiz	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Wahrnehmung der dem Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen zugewiesenen Aufgaben, insbesondere die Rechtsprechung in sozialgerichtlichen Verfahren der 2. Instanz	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Gewährung von individuellem Rechtsschutz in Berufungs- und Beschwerdeverfahren gegen Entscheidungen der Sozialgerichte Bremen und Niedersachsen, - Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung, - Wahrnehmung von Justizverwaltungsaufgaben, Leitungsunterstützung und Service-Leistungen - Ausbildung des Juristennachwuchses,	
Auftragsgrundlage:	
1. Grundgesetz 2. Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen 3. Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen (Brem.GBl. 7/2002) 4. Sozialgerichtsgesetz, u.a.	
Zuzuordnende Kapitel:	
0170	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	668	628	622	
Sonst. konsumtive Ausgaben	315	342	400	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	983	970	1.022	
Saldo	-983	-970	-1.022	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	10,5	10,6	9,5	
Personalbestand	10,0	9,8	10,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,5	0,9	- 0,5	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	0,0	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	22,4	
Frauenquote	50,0	50,0	46,6	
Teilzeitquote	35,0	35,0	28,0	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	0,0	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Frühere Produktgruppe 11.01.02 Landessozialgericht, jetzt: Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen:
 Der Haushalt des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen ist gemäß Art. 9 Abs. 1 des Gesetzes zum Staatsvertrag (Brem.GBl. 7/2002) im Einzelplan "Justizministerium" von Niedersachsen veranschlagt. Im bremischen Haushalt werden die Stellen, Personal- und Personalnebenkosten der bremischen Beschäftigten sowie die an Niedersachsen nach Verteilungsschlüssel zu zahlenden Zuschüsse veranschlagt. Kapazitätsdaten für das Landessozialgericht Bremen (jetzt: Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen, Zweigstelle Bremen) werden nach In-Kraft-Treten des Staatsvertrages nicht mehr ausgewiesen.

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Leistungsangaben für das Landessozialgericht Bremen (jetzt: Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen, Zweigstelle Bremen) werden nach In-Kraft-Treten des Staatsvertrages nicht mehr ausgewiesen.					

Produktgruppe: 11.01.03

Verantwortlich: Holst

Sozialgericht

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 11.01

Verantwortlich: Stauch

Fachgerichtsbarkeit

Produktplan: 11

Verantwortlich: Senator Günthner

Justiz

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Wahrnehmung der dem Sozialgericht zugewiesenen Aufgaben, insbesondere die Rechtsprechung in sozialgerichtlichen Verfahren der 1. Instanz

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Gewährung von individuellem Rechtsschutz als Klageinstanz gegen Entscheidungen von Versicherungsträgern sowie Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts,
- Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung,
- Wahrnehmung von Justizverwaltungsaufgaben, Leitungsunterstützung und Service-Leistungen
- Ausbildung des Juristennachwuchses,

Auftragsgrundlage:

1. Grundgesetz
2. Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen
3. Sozialgerichtsgesetz, u.a.

Zuzuordnende Kapitel:

0171

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	197	195	244	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	197	195	244	
Personalausgaben	1.536	1.046	1.313	
Sonst. konsumtive Ausgaben	725	724	621	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	1	1	15	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	1	
Gesamtausgaben	2.262	1.771	1.950	
Saldo	-2.065	-1.576	-1.706	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	8,71	11,01	12,51	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	27,6	19,6	17,4	
Personalbestand	27,2	24,7	24,5	
=> Netto-Personalbedarf	0,3	- 5,1	- 7,1	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	9,2	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	30,5	
Frauenquote	50,0	50,0	66,3	
Teilzeitquote	35,0	35,0	30,0	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	11,2	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Bürofläche je Mitarbeiter/in [M2]	16,74	16,74		
Aktenlagerfläche [M2]	82,88	82,88		
DV-Ausstattungsgrad [%]	100,00	100,00		
Hauptnutzfläche [M2]	1.068,96	1.068,96		
D. Erläuterungen zu 2. A-C				
Zu den Kapazitätsdaten: - Bürofläche je Mitarbeiter/in netto, ohne Nebenräume/-flächen. - DV-Ausstattungsgrad: Prozentsatz der mit PC (vernetzt oder unvernetzt) ausgestatteten Arbeitsplätze, gemessen an der Gesamtzahl der einer EDV-Unterstützung zugänglichen Arbeitsplätze.				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011		Planung 2010		Ist 2009		
Klagverfahren (Eingänge)	[ST]	3.100,000		3.100,000		3.270,000		
Klagverfahren (Erledigungen)	[ST]	2.400,000		2.400,000		1.891,000		
Verf. im einstweil. Rechtsschutz (Eing.)	[ST]	900,000		900,000		1.125,000		
Verf. im einstweil.Rechtsschutz (Erled.)	[ST]	900,000		900,000		1.054,000		
Beschwerde- und Nebenverfahren (Erled.)	[ST]	1.400,000		1.400,000		696,000		
richterliches Personal	[VK]	12,000		12,000		10,337		

Produktgruppe: 11.01.04	Verantwortlich: Meyer
Oberverwaltungsgericht	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 11.01	Verantwortlich: Stauch
Fachgerichtsbarkeit	
Produktplan: 11	Verantwortlich: Senator Günthner
Justiz	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Wahrnehmung der dem Oberverwaltungsgericht zugewiesenen Aufgaben, insbesondere die Rechtsprechung in öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Gewährung von individuellem Rechtsschutz als Klageinstanz gegen Entscheidungen von Versicherungsträgern sowie Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, - Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung, - Wahrnehmung von Justizverwaltungsaufgaben, Leitungsunterstützung und Service-Leistungen - Ausbildung des Juristennachwuchses,	
Auftragsgrundlage:	
Grundgesetz, Landesverfassung, Verwaltungsgerichtsordnung mit Ausführungsgesetz.	
Zuzuordnende Kapitel:	
0180	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	35	34	62	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	35	34	62	
Personalausgaben	650	597	740	
Sonst. konsumtive Ausgaben	162	164	161	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	1	1	9	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	813	762	910	
Saldo	-778	-728	-848	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	4,31	4,46	6,81	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	9,6	9,3	8,7	
Personalbestand	9,0	9,0	9,9	
=> Netto-Personalbedarf	0,6	0,3	- 1,2	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	9,0	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	50,6	
Frauenquote	50,0	50,0	37,3	
Teilzeitquote	35,0	35,0	15,3	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	9,6	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Bürofläche je Mitarbeiter/in [M2]	22,02	22,02		
Aktenlagerfläche [M2]	20,60	20,60		
DV-Ausstattungsgrad [%]	100,00	100,00		
Hauptnutzfläche [M2]	652,30	652,30		

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Zu den Kapazitätsdaten:

- Bürofläche je Mitarbeiter/in netto, ohne Nebenräume/-flächen.
- DV-Ausstattungsgrad: Prozentsatz der mit PC (vernetzt oder unvernetzt) ausgestatteten Arbeitsplätze, gemessen an der Gesamtzahl der einer EDV-Unterstützung zugänglichen Arbeitsplätze.

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Hauptsacheverfahren (Eingänge)	[ST]	130,000	130,000	128,000	
Hauptsacheverfahren (Erledigungen)	[ST]	130,000	130,000	153,000	
Eilverfahren (Eingänge)	[ST]	120,000	120,000	226,000	
Eilverfahren (Erledigungen)	[ST]	125,000	125,000	158,000	
sonstige Nebenverfahren (Eingänge)	[ST]	85,000	85,000	140,000	
richterliches Personal	[VK]	5,300	5,300	5,842	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

Produktgruppe: 11.01.05

Verantwortlich: Sperlich

Verwaltungsgericht

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 11.01

Verantwortlich: Stauch

Fachgerichtsbarkeit

Produktplan: 11

Verantwortlich: Senator Günthner

Justiz

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Wahrnehmung der dem Verwaltungsgericht zugewiesenen Aufgaben, insbesondere die Rechtsprechung in öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Gewährung von individuellem Rechtsschutz als Klageinstanz gegen Entscheidungen von Versicherungsträgern sowie Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts,
- Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung,
- Wahrnehmung von Justizverwaltungsaufgaben, Leitungsunterstützung und Service-Leistungen
- Ausbildung des Juristennachwuchses,

Auftragsgrundlage:

Grundgesetz,
Landesverfassung,
Verwaltungsgerichtsordnung mit Ausführungsgesetz.

Zuzuordnende Kapitel:

0181

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	343	339	302	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	343	339	302	
Personalausgaben	1.641	1.470	1.764	
Sonst. konsumtive Ausgaben	405	406	407	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	2	2	20	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	1	
Gesamtausgaben	2.048	1.878	2.192	
Saldo	-1.705	-1.539	-1.890	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	16,75	18,05	13,78	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	28,6	27,5	29,9	
Personalbestand	27,0	29,7	30,6	
=> Netto-Personalbedarf	1,6	- 2,3	- 0,7	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	19,5	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	21,4	
Frauenquote	50,0	50,0	59,5	
Teilzeitquote	35,0	35,0	19,7	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	7,2	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Bürofläche je Mitarbeiter/in [M2]	19,06	19,06		
Aktenlagerfläche [M2]	134,27	134,27		
DV-Ausstattungsgrad [%]	100,00	100,00		
Hauptnutzfläche [M2]	1.810,63	1.810,63		
D. Erläuterungen zu 2. A-C				
Zu den Kapazitätsdaten: - Bürofläche je Mitarbeiter/in netto, ohne Nebenräume/-flächen. - DV-Ausstattungsgrad: Prozentsatz der mit PC (vernetzt oder unvernetzt) ausgestatteten Arbeitsplätze, gemessen an der Gesamtzahl der einer EDV-Unterstützung zugänglichen Arbeitsplätze.				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011		Planung 2010		Ist 2009		
Hauptsacheverfahren (Eingänge)	[ST]	1.050,000		1.050,000		1.010,000		
Hauptsacheverfahren (Erledigungen)	[ST]	1.120,000		1.120,000		1.651,000		
Eilverfahren (Eingänge)	[ST]	710,000		710,000		833,000		
Eilverfahren (Erledigungen)	[ST]	710,000		710,000		943,000		
sonstige Nebenverfahren (Eingänge)	[ST]	60,000		60,000		214,000		
richterliches Personal	[VK]	16,700		16,900		14,592		
								</

Produktgruppe: 11.01.06	Verantwortlich: Kallmann
Landesarbeitsgericht Bremen	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 11.01	Verantwortlich: Stauch
Fachgerichtsbarkeit	
Produktplan: 11	Verantwortlich: Senator Günthner
Justiz	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Wahrnehmung der dem Landesarbeitsgericht zugewiesenen Aufgaben, insbesondere die Rechtsprechung in arbeitsgerichtlichen Verfahren der 2. Instanz	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Gewährung von individuellem Rechtsschutz als Klageinstanz gegen Entscheidungen von Versicherungsträgern sowie Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, - Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung, - Wahrnehmung von Justizverwaltungsaufgaben, Leitungsunterstützung und Service-Leistungen - Ausbildung des Juristennachwuchses	
Auftragsgrundlage:	
1. Grundgesetz 2. Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen 3. Arbeitsgerichtsgesetz, u.a.	
Zuzuordnende Kapitel:	
0150	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	65	64	54	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	65	64	54	
Personalausgaben	449	470	463	
Sonst. konsumtive Ausgaben	155	156	137	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	3	5	5	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	607	631	605	
Saldo	-542	-567	-551	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	10,71	10,14	8,93	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	7,2	8,5	8,7	
Personalbestand	7,2	7,1	7,3	
=> Netto-Personalbedarf	- 0,0	1,4	1,4	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	9,7	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	35,9	
Frauenquote	50,0	50,0	48,3	
Teilzeitquote	35,0	35,0	19,3	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	0,0	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Hauptnutzfläche [M2]	278,47	278,47		
Bürofläche je Mitarbeiter/in [M2]	22,44	22,44		
Aktenlagerfläche [M2]	20,00	20,00		
DV-Ausstattungsgrad [%]	100,00	100,00		

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Zu den Kapazitätsdaten:

- Bürofläche je Mitarbeiter/in netto, ohne Nebenräume/-flächen.
- DV-Ausstattungsgrad: Prozentsatz der mit PC (vernetzt oder unvernetzt) ausgestatteten Arbeitsplätze, gemessen an der Gesamtzahl der einer EDV-Unterstützung zugänglichen Arbeitsplätze.

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
richterliches Personal	[VK]	3,000	3,000	2,833	
Eingegangene Rechtsstreitigkeiten	[ST]	375,000	375,000	299,000	
Erledigte Rechtsstreitigkeiten	[ST]	375,000	375,000	306,000	

Produktgruppe: 11.01.07

Verantwortlich: Claussen

Arbeitsgericht Bremen - Bremerhaven

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 11.01

Verantwortlich: Stauch

Fachgerichtsbarkeit

Produktplan: 11

Verantwortlich: Senator Günthner

Justiz

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Wahrnehmung der dem Arbeitsgericht zugewiesenen Aufgaben, insbesondere Rechtsprechung in erstinstanzlichen arbeitsgerichtlichen Streitigkeiten.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Gewährung von individuellem Rechtsschutz als Klageinstanz gegen Entscheidungen von Versicherungsträgern sowie Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts,
- Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung,
- Wahrnehmung von Justizverwaltungsaufgaben, Leitungsunterstützung und Service-Leistungen
- Ausbildung des Juristennachwuchses,

Auftragsgrundlage:

1. Grundgesetz
2. Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen
3. Arbeitsgerichtsgesetz, u.a.

Zuzuordnende Kapitel:

0151

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	213	210	235	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	213	210	235	
Personalausgaben	1.283	1.290	1.276	
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.006	1.008	984	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	10	8	13	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	2.299	2.306	2.273	
Saldo	-2.086	-2.096	-2.038	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	9,26	9,11	10,34	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	25,0	25,7	26,7	
Personalbestand	26,3	24,4	27,0	
=> Netto-Personalbedarf	- 1,3	1,3	- 0,4	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	8,3	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	22,5	
Frauenquote	50,0	50,0	53,4	
Teilzeitquote	35,0	35,0	34,3	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	0,5	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Hauptnutzfläche [M2]	783,13	783,13		
Bürofläche je Mitarbeiter/in [M2]	19,95	19,95		
Aktenlagerfläche [M2]	81,24	81,24		
DV-Ausstattungsgrad [%]	100,00	100,00		

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Zu den Kapazitätsdaten:

- Bürofläche je Mitarbeiter/in netto, ohne Nebenräume/-flächen.
- DV-Ausstattungsgrad: Prozentsatz der mit PC (vernetzt oder unvernetzt) ausgestatteten Arbeitsplätze, gemessen an der Gesamtzahl der einer EDV-Unterstützung zugänglichen Arbeitsplätze.

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011		Planung 2010		Ist 2009			
richterliches Personal	[VK]	9,250		9,250		7,671			
Eingegangene Rechtsstreitigkeiten	[ST]	4.856,000		4.856,000		6.141,000			
Erledigte Rechtsstreitigkeiten	[ST]	4.888,000		4.888,000		4.801,000			
		</							

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Hanseatisches Oberlandesgericht in Bremen
Landgericht Bremen
Amtsgerichte
- Bremen
- Bremerhaven
- Bremen-Blumenthal

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Positionierung der bremischen Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit im oberen Bereich des bundesweiten Ranking.
Stärkung der Leistungsfähigkeit der Strafgerichtsbarkeit, insbesondere des Landgerichts im Interesse einer effektiven und beschleunigten Kriminalitätsbekämpfung. Weitere Verkürzung der Verfahrensdauer, insbesondere in Jugendstrafverfahren.
Umsetzung der Reform des Familienrechts einschließlich EDV-technischer Unterstützung
Umsetzung des Projekts zur Qualifizierungsoffensive für den Bereich der Service-Kräfte Intensivierung der Führungskräfteentwicklung im gehobenen Dienst nach Maßgabe der hierfür geltenden Allgemeinen Verfügung Managementkompetenzen stärken: Für die Amtsgerichte ist ein Konzept zur stärkeren Einbindung der Richterinnen und Richter in die Personalverantwortung zu entwickeln.
Eingehende Fortbildung und Begleitung der Proberichterinnen und Proberichter durch Intervention.
Weiterführung des Projekts zur Analyse der Auslagen in Rechtssachen.

Langfristige Perspektiven:

Die Gerichte leisten einen wesentlichen Beitrag zur inneren Sicherheit im Lande Bremen. Eine am Schutz der Bevölkerung orientierte Kriminalitätsbekämpfung steht im Mittelpunkt.

Auch in Zeiten der Ressourcenknappheit sollen die bremischen Gerichte ihre Aufgaben so erfüllen, dass sie den Vergleich mit anderen Bundesländern nicht zu scheuen brauchen. Die Binnenreform der Justiz ist weiter voran zu treiben mit dem Ziel, Kräfte zu wecken und Energien zu bündeln.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	27.514	32.253	26.502	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	27.514	32.253	26.502	
Personalausgaben	28.880	28.845	30.433	
Sonst. konsumtive Ausgaben	28.163	28.624	25.660	
Zinsausgaben	6	7	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	263	347	783	
Verrechnungen/Erstattungen	381	381	2.306	
Gesamtausgaben	57.693	58.204	59.182	
Saldo	-30.179	-25.951	-32.680	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	47,69	55,41	44,78	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	564,8	562,9	570,7	
Personalbestand	537,1	585,8	597,4	
=> Netto-Personalbedarf	27,7	- 23,0	- 26,7	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	17,2	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	22,9	
Frauenquote	50,0	50,0	63,6	
Teilzeitquote	35,0	35,0	33,4	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	4,6	
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Hans.OLG: Zivil- u.Familiensachen (Erl.)	[ST]	570,000	570,000	614,000	
Hans.OLG: Richter in Zivil- u.Familiens.	[VK]	12,000	12,000	11,617	
Landgericht: Zivil-u.K.f.H.sachen (Erl.)	[ST]	3.400,000	3.400,000	3.261,000	
Landger: Richter in Zivil-u.K.f.H.Sachen	[VK]	20,000	20,000	21,133	
Landgericht: Strafsachen (Erledigungen)	[ST]	400,000	400,000	440,000	
Landgericht: Richter in Strafsachen	[VK]	22,500	22,500	24,658	
LG:Bewährungshilfen/Führungsaufsichten	[ST]	0,000	2.400,000	2.444,000	
LG:Gerichtshilfesachen	[ST]	0,000	950,000	881,000	
AGe:Zivil- und Familiensachen (Erledig.)	[ST]	17.550,000	17.650,000	17.151,000	
AGe: Richter in Zivil- u.Familiensachen	[VK]	31,200	31,200	30,416	
AGe: Straf- und Bußgeldverf. (Erledig.)	[ST]	16.000,000	16.000,000	15.694,000	
AGe: Richter in Straf- u. Bußgeldsachen	[VK]	29,700	29,700	28,471	
AGe: Urkunden in Grundbuchsachen	[ST]	35.245,000	35.245,000	34.000,000	
AGe: Rechtspfleger in Grundbuchsachen	[VK]	12,000	12,000	12,571	

B. Erläuterungen zu 2.

Die Leistungskennzahlen bilden wesentliche, in das Controlling des Produktbereichs aufgenommene Kennzahlen in aggregierter Form ab. Weitere Kennzahlen sind in den jeweiligen Produktgruppenblättern wiedergegeben.

Hanseatisches Oberlandesgericht in Bremen (Hans. OLG)

Zivil- und Familiensachen: Berufungen in Zivil- und Familiensachen sowie Beschwerden in Familiensachen (UF-Sachen).

Landgericht Bremen (LG)

Verfahren der Zivil- und Kammern für Handelssachen: Erstinstanzliche und Berufungsverfahren.

Strafsachen: Erstinstanzliche und Berufungsverfahren.

Bewährungshilfen/ Führungsaufsichten sowie Gerichtshilfesachen: Siehe dazu ab 2011 den Produktbereich 11.90 und die neue Produktgruppe 11.90.02 Soziale Dienste der Justiz.

AGe = Amtsgerichte Land Bremen zusammen (Bremen, Bremerhaven, Bremen-Blumenthal)

Produktgruppe: 11.02.01	Verantwortlich: Arenhövel
Hanseatisches Oberlandesgericht Bremen	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 11.02	Verantwortlich: Stauch
Ordentliche Gerichtsbarkeit	
Produktplan: 11	Verantwortlich: Senator Günthner
Justiz	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Wahrnehmung der dem Oberlandesgericht zugewiesenen Aufgaben, insbesondere Rechtsprechung in zivil- und familienrechtlichen Berufungsverfahren sowie in strafrechtlichen Revisionsverfahren	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Gewährung von individuellem Rechtsschutz, - Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung bzw. Maßnahmen in Zivil- und Familienrechtsstreitigkeiten, Strafverfahren u. Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit, - Durchsetzung des festgestellten Rechtsanspruchs, Teilaspekte der Strafvollstreckung, - Wahrnehmung von Justizverwaltungsaufgaben, Leitungsunterstützung und Service-Leistungen - Ausbildung des Juristennachwuchses,	
Auftragsgrundlage:	
1. Grundgesetz 2. Landesverfassung 3. GVG, ZPO, StPO, FGG, u.a.	
Zuzuordnende Kapitel:	
0130	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	869	860	548	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	869	860	548	
Personalausgaben	2.129	2.080	2.071	
Sonst. konsumtive Ausgaben	600	589	737	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	10	4	15	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	1	
Gesamtausgaben	2.739	2.673	2.824	
Saldo	-1.870	-1.813	-2.276	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	31,73	32,17	19,41	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	37,4	36,1	31,9	
Personalbestand	32,4	35,6	38,8	
=> Netto-Personalbedarf	5,0	0,5	- 6,9	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	6,7	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	26,8	
Frauenquote	50,0	50,0	54,5	
Teilzeitquote	35,0	35,0	30,7	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	1,4	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Bürofläche je Mitarbeiter/in [M2]	21,61	21,61		
Aktenlagerfläche [M2]	82,54	82,54		
DV-Ausstattungsgrad [%]	97,30	97,30		
Hauptnutzfläche [M2]	904,44	904,44		

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Zu den Kapazitätsdaten:

- Bürofläche je Mitarbeiter/in netto, ohne Nebenräume/-flächen.
- DV-Ausstattungsgrad: Prozentsatz der mit PC (vernetzt oder unvernetzt) ausgestatteten Arbeitsplätze, gemessen an der Gesamtzahl der einer EDV-Unterstützung zugänglichen Arbeitsplätze.

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Zivilsachen - Berufungsverfahren (Eing.)	[ST]	360,000	360,000	358,000	
Zivilsachen - Berufungsverfahren(Erled.)	[ST]	360,000	360,000	388,000	
Zivilsachen - Beschwerdeverfahren(Eing.)	[ST]	320,000	320,000	275,000	
richterliches Personal in Zivilsachen	[VK]	7,500	7,500	7,325	
Familiensachen - UF-Sachen (Eingänge)	[ST]	210,000	210,000	204,000	
Familiensachen - UF-Sachen(Erledigungen)	[ST]	210,000	210,000	226,000	
Familiensachen - WF-Sachen (Eingänge)	[ST]	250,000	250,000	234,000	
richterliches Personal in Familiensachen	[VK]	4,500	4,500	4,292	
Strafsachen - Revisionen (Eingänge)	[ST]	18,000	18,000	24,000	
Strafsachen - Revisionen (Erledigungen)	[ST]	18,000	18,000	23,000	
Strafsachen - Rechtsbeschwerden (Eing.)	[ST]	50,000	50,000	29,000	
Strafsachen - Rechtsbeschwerden (Erled.)	[ST]	50,000	50,000	30,000	
Strafsachen - sonstiger Geschäftsanfall	[ST]	240,000	240,000	266,000	
richterliches Personal in Strafsachen	[VK]	1,500	1,500	1,500	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Prüflinge pro Jahr (2. Staatsexamen)	[PRS]	85,000	85,000	89,000	
Erfolgr.Abschlüsse in %(2. Staatsexamen)	[%]	85,00	85,00	85,39	
C. Vergleichskennzahlen					
	Bremen	BuGebiet			
Zivilsachen: Erledigungen je Richter	[ST]	60,3	67,3		
Zivilsachen: durchschn. Verfahrensdauer	[MON]	5,7	7,5		
Zivils.: Quote Vergleiche Erledigungen	[%]	24,4	17,0		
Zivils.: Quote streitige Urteile Erled.	[%]	33,2	27,3		
Familiensachen: Erledigungen je Richter	[ST]	53,9	76,7		
Familiensachen: durchschn. Verf.dauer	[MON]	4,0	5,1		
Familiensachen: Quote Vergleiche Erled.	[%]	42,9	41,4		
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
- Familiensachen - UF-Sachen: Berufungen und Beschwerden gegen Endentscheidungen; WF-Sachen: sonstige Beschwerden. - Strafsachen - Rechtsbeschwerdeverfahren einschließl. Anträgen auf Zulassung der Rechtsbeschwerde; sonst. Geschäftsanfall: Beschwerdeverfahren in Strafsachen, Anträge auf Haftentscheidungen nach §§ 121 ff StPO, Anträge auf gerichtl. Entscheidung im Klagerzwangsverfahren, Auslieferungsverfahren, Verfahren nach § 23 EGGVG, Anträge nach § 99 BRAGebO. - Prüflinge pro Jahr (2. Staatsexamen): Berücksichtigt werden nur die im laufenden Jahr abgeschlossenen Prüfungen. - Erfolgreiche Abschlüsse in % (2. Staatsexamen): Anzahl erfolgreicher Abschlüsse im Verhältnis zu den abgelegten Prüfungen insgesamt in %. Zu den Vergleichskennzahlen: Vergleichsdaten des Jahres 2007. Familiensachen = Berufungen und Beschwerden gegen Endentscheidungen. Die Vergleichsquote bezieht sich in Familiensachen auf abgetrennte Folgesachen und allein anhängige andere Familiensachen.					

Produktgruppe: 11.02.02

Verantwortlich: Arenhövel

Justizprüfungsamt

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 11.02

Verantwortlich: Stauch

Ordentliche Gerichtsbarkeit

Produktplan: 11

Verantwortlich: Senator Günthner

Justiz

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Wahrnehmung der dem Justizprüfungsamt zugewiesenen Aufgaben im Zusammenhang mit der Abnahme der ersten juristischen Staatsprüfung.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Vorbereitung und Durchführung der ersten juristischen Staatsprüfung.

Auftragsgrundlage:

Gesetz über die erste juristische Staatsprüfung und den juristischen Vorbereitungsdienst (JAPG).

Zuzuordnende Kapitel:

0141

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	1	1	1	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	1	1	1	
Personalausgaben	224	204	158	
Sonst. konsumtive Ausgaben	6	6	6	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	1	2	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	230	211	166	
Saldo	-229	-210	-165	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,43	0,47	0,60	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	3,2	3,0	3,0	
Personalbestand	1,9	1,9	2,0	
=> Netto-Personalbedarf	1,3	1,2	1,1	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	8,3	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	45,4	
Frauenquote	50,0	50,0	42,4	
Teilzeitquote	35,0	35,0	22,7	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	0,0	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Bürofläche je Mitarbeiter/in [M2]	22,21	22,21		
Aktenlagerfläche [M2]	10,00	10,00		
DV-Ausstattungsgrad [%]	100,00	100,00		
Hauptnutzfläche [M2]	44,42	44,42		
D. Erläuterungen zu 2. A-C				
Zu den Kapazitätsdaten: - Bürofläche je Mitarbeiter/in netto, ohne Nebenräume/-flächen. - DV-Ausstattungsgrad: Prozentsatz der mit PC (vernetzt oder unvernetzt) ausgestatteten Arbeitsplätze, gemessen an der Gesamtzahl der einer EDV-Unterstützung zugänglichen Arbeitsplätze.				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Prüflinge pro Jahr (1. Staatsexamen) [PRS]				200,000	200,000	235,000	
Erfolgr.Abschlüsse in %(1. Staatsexamen) [%]				65,00	65,00	74,47	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							
- Prüflinge pro Jahr (1. Staatsexamen): Berücksichtigt werden nur die im laufenden Jahr abgeschlossenen Prüfungen. - Erfolgreiche Abschlüsse in % (1. Staatsexamen): Anzahl erfolgreicher Abschlüsse im Verhältnis zu den abgelegten Prüfungen insgesamt in %.							

Produktgruppe: 11.02.03	Verantwortlich: Goldmann
Landgericht Bremen	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 11.02	Verantwortlich: Stauch
Ordentliche Gerichtsbarkeit	
Produktplan: 11	Verantwortlich: Senator Günthner
Justiz	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Wahrnehmung der dem Landgericht zugewiesenen Aufgaben, insbesondere Rechtsprechung in zivil- und strafrechtlichen Verfahren erster und zweiter Instanz	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Gewährung von individuellem Rechtsschutz, - Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung bzw. Maßnahmen in Zivil- und Familienrechtsstreitigkeiten, Strafverfahren u. Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit, - Durchsetzung des festgestellten Rechtsanspruchs, Teilaspekte der Strafvollstreckung, Wahrnehmung der Aufgaben der Sozialen Dienste der Justiz (Bewährungs-/ Gerichtshilfe), - Wahrnehmung von Justizverwaltungsaufgaben, Leitungsunterstützung und Service-Leistungen, - Ausbildung des Juristennachwuchses, Ausbildung des mittleren Justizdienstes	
Auftragsgrundlage:	
1. Grundgesetz 2. Landesverfassung 3. GVG, ZPO, StPO, FGG, u.a.	
Zuzuordnende Kapitel:	
0131	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	5.632	6.145	5.564	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	5.632	6.145	5.564	
Personalausgaben	4.620	5.627	6.657	
Sonst. konsumtive Ausgaben	5.101	5.515	4.607	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	10	18	190	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	636	
Gesamtausgaben	9.731	11.160	12.090	
Saldo	-4.099	-5.015	-6.526	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	57,88	55,06	46,02	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	83,1	105,0	112,3	
Personalbestand	90,3	119,7	118,8	
=> Netto-Personalbedarf	- 7,1	- 14,7	- 6,5	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	15,5	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	25,2	
Frauenquote	50,0	50,0	62,1	
Teilzeitquote	35,0	35,0	27,1	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	4,9	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Bürofläche je Mitarbeiter/in [M2]	20,30	18,00		
Aktenlagerfläche [M2]	645,18	770,00		
DV-Ausstattungsgrad [%]	100,00	100,00		
Hauptnutzfläche [M2]	5.469,48	6.700,00		

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Zu den Kapazitätsdaten:

- Bürofläche je Mitarbeiter/in netto, ohne Nebenräume/-flächen.
- DV-Ausstattungsgrad: Prozentsatz der mit PC (vernetzt oder unvernetzt) ausgestatteten Arbeitsplätze, gemessen an der Gesamtzahl der einer EDV-Unterstützung zugänglichen Arbeitsplätze.
- Ab 2011 sind die bisher hier mitberücksichtigten Sozialen Dienste der Justiz in der neuen Produktgruppe 11.90.02 veranschlagt.

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Zivilsachen - erstinst.Verfahren (Eing.)	[ST]	3.000,000	3.000,000	2.894,000	
Zivilsachen - erstinst. Verfahren (Erl.)	[ST]	3.000,000	3.000,000	2.833,000	
Zivilsachen - Berufungsverfahren (Eing.)	[ST]	420,000	420,000	371,000	
Zivilsachen - Berufungsverfahren(Erled.)	[ST]	400,000	400,000	428,000	
Zivilsachen - Beschwerdeverfahren(Eing.)	[ST]	750,000	750,000	920,000	
Richter in Zivilsachen	[VK]	20,000	20,000	21,133	
Strafsachen - erstinst.Verfahren (Eing.)	[ST]	150,000	150,000	130,000	
Strafsachen - erstinst. Verfahren (Erl.)	[ST]	150,000	150,000	125,000	
Strafsachen - Berufungsverfahren (Eing.)	[ST]	250,000	250,000	250,000	
Strafsachen - Berufungsverfahren(Erled.)	[ST]	250,000	250,000	315,000	
Strafsachen - Beschwerdeverfahren(Eing.)	[ST]	530,000	530,000	397,000	
Verfahren v.d.Strafvollstreckungskammern	[ST]	950,000	950,000	982,000	
Richter in Strafsachen	[VK]	22,500	22,500	24,658	
LG:Bewährungshilfen/Führungsaufsichten	[ST]	0,000	2.400,000	2.444,000	
LG:Gerichtshilfesachen	[ST]	0,000	950,000	881,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen		Bremen	BuGebiet		
Zivils. I. Instanz: Erled. je Richter	[ST]	220,8	173,1		
Zivils. I. Instanz: durchschn. Dauer	[MON]	9,8	8,2		
Zivils. I. Instanz: Vergleichsquote	[%]	25,1	24,2		
Zivils. II. Instanz: Erled. je Richter	[ST]	208,1	179,3		
Zivils. II. Instanz: durchschn. Dauer	[MON]	5,5	5,5		
Zivils. II. Instanz: Vergleichsquote	[%]	9,0	12,1		
Strafs. I. Instanz: Erled. je Richter	[ST]	9,4	14,4		
Strafs. I. Instanz: durchschn. Dauer	[MON]	6,8	6,3		
Strafs. II. Instanz: Erled. je Richter	[ST]	112,8	163,3		
Strafs. II. Instanz: durchschn. Dauer	[MON]	9,9	4,2		
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
- Zivilsachen einschließlich Verfahren der Kammern für Handelssachen. - Strafsachen einschließlich Verfahren der Strafkammer Bremerhaven. - Bewährungshilfen und Führungsaufsichten: Zahl der unterstellten Probanden. - Bewährungshilfen/ Führungsaufsichten sowie Gerichtshilfesachen: Siehe dazu ab 2011 die neue Produktgruppe 11.90.02. Erläuterungen zu 3. C "Vergleichskennzahlen": Vergleichsdaten des Jahres 2007.					

Produktgruppe: 11.02.04

Verantwortlich: Schlüter

Amtsgericht Bremen

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 11.02

Verantwortlich: Stauch

Ordentliche Gerichtsbarkeit

Produktplan: 11

Verantwortlich: Senator Günthner

Justiz

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Wahrnehmung der dem Amtsgericht zugewiesenen Aufgaben, insbesondere Rechtsprechung in zivil-, familien- und strafrechtlichen Verfahren erster Instanz

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Gewährung von individuellem Rechtsschutz
Ausübung der Rechtsprechung in Zivil- und Familienrechtsstreitigkeiten, Strafverfahren und Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
Durchsetzung des festgestellten Rechtsanspruchs durch Zwangsvollstreckung
Wahrnehmung von Justizverwaltungsangelegenheiten
Ausbildung von Referendaren, des gehobenen Justizdienstes und der Justizfachangestellten
Allgemeine Verwaltung, Ressourcensteuerung, Leitungsunterstützung
Betreiben der öffentlichen Register
Zentrales Mahngericht für das Land Bremen

Auftragsgrundlage:

1. Grundgesetz
2. Landesverfassung
3. GVG, ZPO, StPO, FGG, u.a.

Zuzuordnende Kapitel:

0132

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	15.353	18.626	14.747	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	15.353	18.626	14.747	
Personalausgaben	15.138	14.472	14.772	
Sonst. konsumtive Ausgaben	14.662	15.093	13.247	
Zinsausgaben	6	7	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	187	247	440	
Verrechnungen/Erstattungen	381	381	1.319	
Gesamtausgaben	30.374	30.200	29.778	
Saldo	-15.021	-11.574	-15.031	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	50,55	61,68	49,52	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	307,9	292,1	298,8	
Personalbestand	288,6	294,5	299,2	
=> Netto-Personalbedarf	19,3	- 2,5	- 0,3	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	20,3	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	21,3	
Frauenquote	50,0	50,0	66,4	
Teilzeitquote	35,0	35,0	35,6	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	3,4	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Bürofläche je Mitarbeiter/in [M2]	16,33	16,10	2,014	
Aktenlagerfläche [M2]	2.285,80	2.285,80		
DV-Ausstattungsgrad [%]	100,00	100,00		
Hauptnutzfläche [M2]	11.138,33	11.138,33	924,294	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				
Zu den Kapazitätsdaten: - Bürofläche je Mitarbeiter/in netto, ohne Nebenräume/-flächen. - DV-Ausstattungsgrad: Prozentsatz der mit PC (vernetzt oder unvernetzt) ausgestatteten Arbeitsplätze, gemessen an der Gesamtzahl der einer EDV-Unterstützung zugänglichen Arbeitsplätze.				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009				
Zivilsachen - C-Sachen (Eingänge)	[ST]	8.000,000	8.150,000	7.912,000				
Zivilsachen - C-Sachen (Erledigungen)	[ST]	8.100,000	8.200,000	7.845,000				
Richter in Zivilsachen	[VK]	12,500	12,500	11,958				
Familiensachen - F-Sachen (Eingänge)	[ST]	3.500,000	3.500,000	3.806,000				
Familiensachen - F-Sachen (Erledigungen)	[ST]	3.500,000	3.500,000	3.525,000				
Richter in Familiensachen	[VK]	8,500	8,500	8,042				
Strafverfahren (Eingänge)	[ST]	7.500,000	7.500,000	7.669,000				
Strafverfahren (Erledigungen)	[ST]	7.500,000	7.500,000	7.634,000				
Bußgeldverfahren (Eingänge)	[ST]	4.900,000	4.800,000	4.827,000				
Bußgeldverfahren (Erledigungen)	[ST]	4.800,000	4.800,000	4.565,000				
Richter in Straf- u. Bußgeldsachen	[VK]	22,000	22,000	20,863				
GBA: Urkunden Eigentum/Erbbauerecht	[ST]	7.000,000	7.000,000	6.568,000				
GBA: Urkunden Abt. II und III	[ST]	17.000,000	17.000,000	16.473,000				
GBA: Urkunden Wohnungs-/Teileigentum	[ST]	200,000	200,000	170,000				
Rechtspfleger in Grundbuchsachen	[VK]	8,000	8,000	8,813				
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009				
Mahnsachen	[ST]	33.000,000	34.000,000	32.151,000				
öffentl. Register (einger. Urkunden)	[ST]	7.000,000	7.000,000	7.787,000				
Betreuungen und Vormundschaften	[ST]	6.200,000	6.000,000	5.976,583				
Anord.der Unterbringung nach dem PsychKG	[ST]	800,000	800,000	700,000				
Nachlasssachen	[ST]	6.600,000	6.600,000	4.204,000				
Zwangsversteigerungs- und -verwaltungss.	[ST]	650,000	600,000	607,000				
Sonstige Vollstreckungssachen (M-Sachen)	[ST]	17.500,000	17.500,000	16.568,000				
Gerichtsvollzieheraufträge	[ST]	33.000,000	34.000,000	33.359,000				
eröffnete Unternehmensinsolvenzen	[ST]	420,000	380,000	384,000				
eröffnete Verbraucher- u. Kleininsolvenz	[ST]	1.100,000	1.000,000	1.430,000				
Kosten je Zivilsache	[EUR]	442,88	442,88					
Kosten je Familiensache	[EUR]	1.314,95	1.314,95					
Zahlung je Betreuung	[EUR]	751,18	751,18					
C. Vergleichskennzahlen		Bremen	BuGebiet					
Zivilsachen: Erledigungen je Richter	[ST]	745,4	616,0					
Zivilsachen: durchschn. Verfahrensdauer	[MON]	4,3	4,5					
Zivils.: Quote Vergleiche Erledigungen	[%]	15,5	14,2					
Zivils.: Quote streitige Urteile Erled.	[%]	13,9	25,0					
Familiensachen: Erledigungen je Richter	[ST]	426,7	411,3					
Familiensachen: durchschn. Verf.dauer	[MON]	9,9	10,1					
Familiensachen: Quote Vergleiche Erled.	[%]	50,5	42,8					
Strafsachen: Erledigungen je Richter	[ST]	457,3	414,6					
Strafsachen: durchschn. Verfahrensdauer	[MON]	5,1	4,0					
D. Erläuterungen zu 3. A-C								
Registersachen: Die Kennzahl beinhaltet die gezählten Urkunden aller öffentlichen Register. Gerichtsvollzieheraufträge = Vollstreckungsaufträge. Nachlasssachen: Die Kennzahl beinhaltet beginnend mit den Plandaten 2011 auch die Testamentssachen. Bei den Kennzahlen "Kosten je Zivilsache", "Kosten je Familiensache" und "Zahlung je Betreuung" entsprechen die Planwerte 2011 den Ist-Werten des Jahres 2008. Vergleichskennzahlen = Amtsgerichte Land Bremen zusammen, Vergleichsdaten des Jahres 2007. Kennzahl "Familiensachen: durchschn. Verf.dauer" = Durchschnittliche Verfahrensdauer in Scheidungssachen. Kennzahl "Familiensachen: Quote Vergleiche/Erled.": Die Vergleichsquote bezieht sich auf abgetrennte Folgesachen und allein anhängige andere Familiensachen. Vergleichskennzahlen in Strafsachen: Spruchkörper insgesamt.								

Produktgruppe: 11.02.05	Verantwortlich: Lissau
Amtsgericht Bremerhaven	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 11.02	Verantwortlich: Stauch
Ordentliche Gerichtsbarkeit	
Produktplan: 11	Verantwortlich: Senator Günthner
Justiz	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Wahrnehmung der dem Amtsgericht zugewiesenen Aufgaben, insbesondere Rechtsprechung in zivil-, familien- und strafrechtlichen Verfahren erster Instanz	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Gewährung von individuellem Rechtsschutz Ausübung der Rechtsprechung in Zivil- und Familienrechtsstreitigkeiten, Strafverfahren und Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit Durchsetzung des festgestellten Rechtsanspruchs durch Zwangsvollstreckung Wahrnehmung von Justizverwaltungsangelegenheiten Ausbildung von Referendaren, des gehobenen Justizdienstes und der Justizfachangestellten Allgemeine Verwaltung, Ressourcensteuerung, Leitungsunterstützung Betreiben der öffentlichen Register	
Auftragsgrundlage:	
1. Grundgesetz 2. Landesverfassung 3. GVG, ZPO, StPO, FGG, u.a.	
Zuzuordnende Kapitel:	
0133	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	3.638	4.301	3.474	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	3.638	4.301	3.474	
Personalausgaben	4.282	4.149	4.294	
Sonst. konsumtive Ausgaben	4.976	4.696	4.330	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	36	58	104	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	265	
Gesamtausgaben	9.294	8.903	8.993	
Saldo	-5.656	-4.602	-5.519	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	39,14	48,31	38,63	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	84,4	80,1	79,8	
Personalbestand	75,9	83,3	87,0	
=> Netto-Personalbedarf	8,5	- 3,2	- 7,2	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	12,6	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	25,8	
Frauenquote	50,0	50,0	59,9	
Teilzeitquote	35,0	35,0	34,2	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	8,6	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Bürofläche je Mitarbeiter/in [M2]	17,35	17,35	18,00	
Aktenlagerfläche [M2]	1.342,00	1.342,00	1.265,00	
DV-Ausstattungsgrad [%]	100,00	100,00	97,93	
Hauptnutzfläche [M2]	3.750,00	3.750,00	3.750,00	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Zu den Kapazitätsdaten:

- Bürofläche je Mitarbeiter/in netto, ohne Nebenräume/-flächen.
- DV-Ausstattungsgrad: Prozentsatz der mit PC (vernetzt oder unvernetzt) ausgestatteten Arbeitsplätze, gemessen an der Gesamtzahl der einer EDV-Unterstützung zugänglichen Arbeitsplätze.

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009				
Zivilsachen - C-Sachen (Eingänge)	[ST]	2.600,000	2.600,000	2.605,000				
Zivilsachen - C-Sachen (Erledigungen)	[ST]	2.700,000	2.700,000	2.469,000				
Richter in Zivilsachen	[VK]	3,500	3,500	3,800				
Familiensachen - F-Sachen (Eingänge)	[ST]	1.100,000	1.100,000	1.192,000				
Familiensachen - F-Sachen (Erledigungen)	[ST]	1.100,000	1.100,000	1.066,000				
Richter in Familiensachen	[VK]	2,800	2,800	2,867				
Strafverfahren (Eingänge)	[ST]	1.800,000	1.800,000	1.442,000				
Strafverfahren (Erledigungen)	[ST]	1.800,000	1.800,000	1.397,000				
Bußgeldverfahren (Eingänge)	[ST]	500,000	500,000	495,000				
Bußgeldverfahren (Erledigungen)	[ST]	500,000	500,000	419,000				
Richter in Straf- u. Bußgeldsachen	[VK]	5,000	5,000	4,933				
GBA: Urkunden Eigentum/Erbbauerecht	[ST]	1.900,000	1.900,000	1.506,000				
GBA: Urkunden Abt. II und III	[ST]	4.200,000	4.200,000	4.028,000				
GBA: Urkunden Wohnungs-/Teileigentum	[ST]	20,000	20,000	15,000				
Rechtspfleger in Grundbuchsachen	[VK]	2,000	2,000	1,767				
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009				
öffentl. Register (einger. Urkunden)	[ST]	1.200,000	1.200,000	1.199,000				
Betreuungen und Vormundschaften	[ST]	3.000,000	2.900,000	2.840,833				
Anord.der Unterbringung nach dem PsychKG	[ST]	410,000	410,000	383,000				
Nachlasssachen	[ST]	1.400,000	1.400,000	1.382,000				
Zwangsversteigerungs- und -verwaltungss.	[ST]	300,000	300,000	313,000				
Sonstige Vollstreckungssachen (M-Sachen)	[ST]	7.000,000	7.000,000	6.658,000				
Gerichtsvollzieheraufträge	[ST]	15.000,000	15.000,000	12.874,000				
eröffnete Unternehmensinsolvenzen	[ST]	60,000	60,000	66,000				
eröffnete Verbraucher- u. Kleininsolvenz	[ST]	120,000	120,000	145,000				
Kosten je Zivilsache	[EUR]	448,55	448,55					
Kosten je Familiensache	[EUR]	1.515,53	1.515,53					
Zahlung je Betreuung	[EUR]	519,75	519,75					
C. Vergleichskennzahlen		Bremen	BuGebiet					
Zivilsachen: Erledigungen je Richter	[ST]	745,4	616,0					
Zivilsachen: durchschn. Verfahrensdauer	[MON]	4,3	4,5					
Zivils.: Quote Vergleiche Erledigungen	[%]	15,5	14,2					
Zivils.: Quote streitige Urteile Erled.	[%]	13,9	25,0					
Familiensachen: Erledigungen je Richter	[ST]	426,7	411,3					
Familiensachen: durchschn. Verf.dauer	[MON]	9,9	10,1					
Familiensachen: Quote Vergleiche Erled.	[%]	50,5	42,8					
Strafsachen: Erledigungen je Richter	[ST]	457,3	414,6					
Strafsachen: durchschn. Verfahrensdauer	[MON]	5,1	4,0					
D. Erläuterungen zu 3. A-C								
Registersachen: Die Kennzahl beinhaltet die gezählten Urkunden aller öffentlichen Register. Gerichtsvollzieheraufträge = Vollstreckungsaufträge.								
Bei den Kennzahlen "Kosten je Zivilsache", "Kosten je Familiensache" und "Zahlung je Betreuung" entsprechen die Planwerte 2011 den Ist-Werten des Jahres 2008.								
Vergleichskennzahlen = Amtsgerichte Land Bremen zusammen, Vergleichsdaten des Jahres 2007. Kennzahl "Familiensachen: durchschn. Verf.dauer" = Durchschnittliche Verfahrensdauer in Scheidungssachen. Kennzahl "Familiensachen: Quote Vergleiche/Erled.": Die Vergleichsquote bezieht sich auf abgetrennte Folgesachen und allein anhängige andere Familiensachen. Vergleichskennzahlen in Strafsachen: Spruchkörper insgesamt.								

Produktgruppe: 11.02.06	Verantwortlich: Lütke
Amtsgericht Bremen-Blumenthal	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 11.02	Verantwortlich: Stauch
Ordentliche Gerichtsbarkeit	
Produktplan: 11	Verantwortlich: Senator Günthner
Justiz	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Wahrnehmung der dem Amtsgericht zugewiesenen Aufgaben, insbesondere Rechtsprechung in zivil-, familien- und strafrechtlichen Verfahren erster Instanz	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Gewährung von individuellem Rechtsschutz Ausübung der Rechtsprechung in Zivil- und Familienrechtsstreitigkeiten, Strafverfahren und Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit Durchsetzung des festgestellten Rechtsanspruchs durch Zwangsvollstreckung Wahrnehmung von Justizverwaltungsangelegenheiten Ausbildung von Referendaren, des gehobenen Justizdienstes und der Justizfachangestellten Allgemeine Verwaltung, Ressourcensteuerung, Leitungsunterstützung Betreiben der öffentlichen Register	
Auftragsgrundlage:	
1. Grundgesetz 2. Landesverfassung 3. GVG, ZPO, StPO, FGG, u.a.	
Zuzuordnende Kapitel:	
0134	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	2.022	2.320	2.167	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	2.022	2.320	2.167	
Personalausgaben	2.487	2.313	2.481	
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.818	2.724	2.733	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	20	20	32	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	85	
Gesamtausgaben	5.325	5.057	5.331	
Saldo	-3.303	-2.737	-3.164	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	37,97	45,88	40,65	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	48,7	46,5	44,9	
Personalbestand	48,0	50,8	51,7	
=> Netto-Personalbedarf	0,7	- 4,3	- 6,8	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	17,6	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	20,3	
Frauenquote	50,0	50,0	62,0	
Teilzeitquote	35,0	35,0	35,9	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	7,3	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Bürofläche je Mitarbeiter/in [M2]	18,00	18,00		
Aktenlagerfläche [M2]	451,00	451,00		
DV-Ausstattungsgrad [%]	100,00	100,00		
Hauptnutzfläche [M2]	1.797,00	1.797,00		
D. Erläuterungen zu 2. A-C				
Zu den Kapazitätsdaten: - Bürofläche je Mitarbeiter/in netto, ohne Nebenräume/-flächen. - DV-Ausstattungsgrad: Prozentsatz der mit PC (vernetzt oder unvernetzt) ausgestatteten Arbeitsplätze, gemessen an der Gesamtzahl der einer EDV-Unterstützung zugänglichen Arbeitsplätze.				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Zivilsachen - C-Sachen (Eingänge)	[ST]	1.400,000	1.400,000	1.375,000	
Zivilsachen - C-Sachen (Erledigungen)	[ST]	1.400,000	1.400,000	1.452,000	
richterliches Personal in Zivilsachen	[VK]	2,200	2,200	1,875	
Familiensachen - F-Sachen (Eingänge)	[ST]	750,000	750,000	890,000	
Familiensachen - F-Sachen (Erledigungen)	[ST]	750,000	750,000	794,000	
richterliches Personal in Familiensachen	[VK]	1,700	1,700	1,875	
Strafverfahren (Eingänge)	[ST]	1.200,000	1.200,000	1.324,000	
Strafverfahren (Erledigungen)	[ST]	1.200,000	1.200,000	1.463,000	
Bußgeldverfahren (Eingänge)	[ST]	200,000	200,000	209,000	
Bußgeldverfahren (Erledigungen)	[ST]	200,000	200,000	216,000	
Richter in Straf- u. Bußgeldsachen	[VK]	2,700	2,700	2,675	
GBA: Urkunden Eigentum/Erbbbaurecht	[ST]	1.400,000	1.400,000	1.381,000	
GBA: Urkunden Abt. II und III	[ST]	3.500,000	3.500,000	3.845,000	
GBA: Urkunden Wohnungs-/Teileigentum	[ST]	25,000	25,000	14,000	
Rechtspfleger in Grundbuchsachen	[VK]	2,000	2,000	1,992	

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Betreuungen und Vormundschaften	[ST]	1.900,000	1.900,000	2.110,333	
Nachlasssachen	[ST]	800,000	800,000	949,000	
Zwangsversteigerungs- und -verwaltungss.	[ST]	110,000	110,000	112,000	
Sonstige Vollstreckungssachen (M-Sachen)	[ST]	3.800,000	3.800,000	4.147,000	
Gerichtsvollzieheraufträge	[ST]	13.000,000	12.500,000		
Kosten je Zivilsache	[EUR]	338,16	338,16		
Kosten je Familiensache	[EUR]	1.403,80	1.403,80		
Zahlung je Betreuung	[EUR]	504,64	504,64		

C. Vergleichskennzahlen		Bremen	BuGebiet					
Zivilsachen: Erledigungen je Richter	[ST]	745,4	616,0					
Zivilsachen: durchschn. Verfahrensdauer	[MON]	4,3	4,5					
Zivils.: Quote Vergleiche Erledigungen	[%]	15,5	14,2					
Zivils.: Quote streitige Urteile Erled.	[%]	13,9	25,0					
Familiensachen: Erledigungen je Richter	[ST]	426,7	411,3					
Familiensachen: durchschn. Verf.dauer	[MON]	9,9	10,1					
Familiensachen: Quote Vergleiche Erled.	[%]	50,5	42,8					
Strafsachen: Erledigungen je Richter	[ST]	457,3	414,6					
Strafsachen: durchschn. Verfahrensdauer	[MON]	5,1	4,0					

D. Erläuterungen zu 3. A-C								
Gerichtsvollzieheraufträge = Vollstreckungsaufträge.								
Bei den Kennzahlen "Kosten je Zivilsache", "Kosten je Familiensache" und "Zahlung je Betreuung" entsprechen die Planwerte 2011 den Ist-Werten des Jahres 2008.								
Vergleichskennzahlen = Amtsgerichte Land Bremen zusammen, Vergleichsdaten des Jahres 2007.								
Kennzahl "Familiensachen: durchschn. Verf.dauer" = Durchschnittliche Verfahrensdauer in Scheidungssachen.								
Kennzahl "Familiensachen: Quote Vergleiche/Erled.": Die Vergleichsquote bezieht sich auf abgetrennte Folgesachen und allein anhängige andere Familiensachen.								
Vergleichskennzahlen in Strafsachen: Spruchkörper insgesamt.								

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Generalstaatsanwaltschaft Bremen
Staatsanwaltschaft Bremen

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Erhaltung des sehr guten Leistungsstandes der Staatsanwaltschaft im bundesweiten Ranking
Qualitätsmanagement im Zusammenhang mit der Auswertung der Ergebnisse des länderübergreifenden Vergleichsrings
Schwerpunktsetzung durch Bildung von Sonderdezernaten insbesondere zur Bekämpfung der Jugendkriminalität, der Wirtschaftskriminalität, der organisierten Kriminalität sowie zur Verfolgung von Sexualstraftaten
Umsetzung des Projekts zur Qualifizierungsoffensive für den Bereich der Service-Kräfte

Langfristige Perspektiven:

Die Staatsanwaltschaft leistet einen wesentlichen Beitrag zur inneren Sicherheit im Lande Bremen. Eine am Schutz der Bevölkerung orientierte Kriminalitätsbekämpfung steht im Mittelpunkt.

Auch in Zeiten der Ressourcenknappheit soll die Staatsanwaltschaft in Bremen ihre Aufgaben so erfüllen, dass sie den Vergleich mit anderen Bundesländern nicht zu scheuen braucht. Die Binnenreform der Justiz ist weiter voran zu treiben mit dem Ziel, Kräfte zu wecken und Energien zu bündeln.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	5.720	5.660	5.585	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	5.720	5.660	5.585	
Personalausgaben	7.930	7.416	7.921	
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.859	1.343	1.441	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	27	33	34	
Verrechnungen/Erstattungen	819	819	1.415	
Gesamtausgaben	10.635	9.611	10.811	
Saldo	-4.915	-3.951	-5.226	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	53,78	58,89	51,66	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	166,3	155,8	157,8	
Personalbestand	161,4	158,8	159,6	
=> Netto-Personalbedarf	4,9	- 2,9	- 1,8	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	21,2	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	15,5	
Frauenquote	50,0	50,0	63,4	
Teilzeitquote	35,0	35,0	26,3	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,5	

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
GenStA:Revisionen und Rechtsbeschwerden	[ST]	85,000	85,000	62,000	
GenStA:Beschw.gg.gerichtl.Entscheid.u.a.	[ST]	500,000	500,000	582,000	
GenStA:Ermittlungsverf. gg.Rechtsanwälte	[ST]	75,000	75,000	82,000	
GenStA: Staats-Amtsanwälte/innen	[VK]	1,000	1,000	1,200	
StA:Ermittlungsverf. -Js- (Erledigungen)	[ST]	56.500,000	56.500,000	59.053,000	
StA:Ermittlungsverf. gg. Unbek. (Eing.)	[ST]	58.000,000	58.000,000	55.384,000	
StA:Ordnungswidrigkeitenverf. (Eingänge)	[ST]	5.000,000	5.000,000	5.526,000	
StA: Einleitung: Strafvollstreckung	[PRS]	10.000,000	10.000,000	14.612,000	
StA:Sitzungsstunden	[STD]	10.000,0	10.000,0	9.983,0	
StA: Staats-Amtsanwälte/innen	[VK]	60,650	60,650	58,552	

B. Erläuterungen zu 2.

Die Leistungskennzahlen bilden wesentliche, in das Controlling des Produktbereichs aufgenommene Kennzahlen in aggregierter Form ab. Weitere Kennzahlen sind in den jeweiligen Produktgruppenblättern wiedergegeben.

Generalstaatsanwaltschaft:

Kennzahl "Revisionen und Rechtsbeschwerden" einschließlich Haftprüfungen.

Die Kennzahl "Beschwerden gg. gerichtl.Entscheid. u.a." erfasst die Beschwerden gegen gerichtliche Entscheidungen sowie die Beschwerden gegen Staats- und Amtsanwälte.

Produktgruppe: 11.03.01

Verantwortlich: Prof. Dr. Graalmann

Generalstaatsanwaltschaft

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 11.03

Verantwortlich: Stauch

Staatsanwaltschaft

Produktplan: 11

Verantwortlich: Senator Günthner

Justiz

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Wahrnehmung der der Generalstaatsanwaltschaft zugewiesenen Aufgaben im Rahmen der Strafverfolgung und Strafvollstreckung.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Gewährleistung der Sicherheit der Bürger mittels Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs,
- Dienst- u. Fachaufsicht über die Staatsanwaltschaften,
- Wahrnehmung von Justizverwaltungsaufgaben, Leitungsunterstützung und Service-Leistungen
- Ausbildung des Juristennachwuchses,

Auftragsgrundlage:

1. Grundgesetz
2. Landesverfassung
3. StGB, StPO u.a.

Zuzuordnende Kapitel:

0110

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	4	4	1	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	4	4	1	
Personalausgaben	420	403	420	
Sonst. konsumtive Ausgaben	69	70	54	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	3	3	2	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	492	476	476	
Saldo	-488	-472	-475	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,81	0,84	0,21	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	7,0	7,2	7,4	
Personalbestand	7,0	5,6	5,7	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	1,5	1,7	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	0,0	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	3,3	
Frauenquote	50,0	50,0	56,0	
Teilzeitquote	35,0	35,0	16,7	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	0,0	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Bürofläche je Mitarbeiter/in [M2]	22,00	22,00	22,00	
Aktenlagerfläche [M2]	90,00	90,00	90,00	
DV-Ausstattungsgrad [%]	100,00	100,00	100,00	
Hauptnutzfläche [M2]	327,00	327,00	327,00	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Zu den Kapazitätsdaten:

- Bürofläche je Mitarbeiter/in netto, ohne Nebenräume/-flächen.
- DV-Ausstattungsgrad: Prozentsatz der mit PC (vernetzt oder unvernetzt) ausgestatteten Arbeitsplätze, gemessen an der Gesamtzahl der einer EDV-Unterstützung zugänglichen Arbeitsplätze.

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
GenStA:Revisionen und Rechtsbeschwerden	[ST]	75,000	75,000	59,000	
Haftprüfungen	[ST]	10,000	10,000	3,000	
GenStA:Beschw.gg.gerichtl.Entscheid.u.a.	[ST]	500,000	500,000	582,000	
GenStA:Ermittlungsverf. gg.Rechtsanwälte	[ST]	75,000	75,000	82,000	
Berufgerichtliche Verfahren	[ST]	40,000	40,000	34,000	
Strafentschädigungsverfahren	[ST]	60,000	60,000	81,000	
Staats-/ Anwälte/innen	[VK]	1,000	1,000	1,200	
Aus- und Durchlieferungsverfahren	[ST]	40,000	40,000		
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Die Kennzahl "Beschwerden gg. gerichtl. Entscheid. u.a." erfasst die Beschwerden gegen gerichtliche Entscheidungen sowie die Beschwerden gegen Staats- und Amtsanwälte.					

Produktgruppe: 11.03.02	Verantwortlich: Klein
Staatsanwaltschaft Bremen	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 11.03	Verantwortlich: Stauch
Staatsanwaltschaft	
Produktplan: 11	Verantwortlich: Senator Günthner
Justiz	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Wahrnehmung der der Staatsanwaltschaft zugewiesenen Aufgaben im Rahmen der Strafverfolgung und Strafvollstreckung.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Gewährleistung der Sicherheit der Bürger mittels Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs, - Wahrnehmung von Justizverwaltungsaufgaben, Leitungsunterstützung und Service-Leistungen - Ausbildung des Juristennachwuchses, - Ausbildung des mittleren und gehobenen Justizdienstes,	
Auftragsgrundlage:	
1. Grundgesetz 2. Landesverfassung 3. StGB, StPO u.a.	
Zuzuordnende Kapitel:	
0111	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	5.716	5.656	5.584	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	5.716	5.656	5.584	
Personalausgaben	7.511	7.013	7.500	
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.790	1.273	1.387	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	25	30	31	
Verrechnungen/Erstattungen	819	819	1.415	
Gesamtausgaben	10.145	9.135	10.333	
Saldo	-4.429	-3.479	-4.749	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	56,34	61,92	54,04	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	159,3	148,7	150,4	
Personalbestand	154,4	153,1	153,9	
=> Netto-Personalbedarf	4,9	- 4,5	- 3,5	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	22,0	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	16,0	
Frauenquote	50,0	50,0	63,7	
Teilzeitquote	35,0	35,0	26,6	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,7	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Bürofläche je Mitarbeiter/in [M2]	15,00	15,00		
Aktenlagerfläche [M2]	2.625,00	2.625,00		
DV-Ausstattungsgrad [%]	100,00	100,00		
Hauptnutzfläche [M2]	5.391,00	5.391,00		

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Zu den Kapazitätsdaten:

- Bürofläche je Mitarbeiter/in netto, ohne Nebenräume/-flächen.
- DV-Ausstattungsgrad: Prozentsatz der mit PC (vernetzt oder unvernetzt) ausgestatteten Arbeitsplätze, gemessen an der Gesamtzahl der einer EDV-Unterstützung zugänglichen Arbeitsplätze.

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009				
StA:Ermittlungsverf. - Js - (Eingänge)	[ST]	56.000,000	56.000,000	58.522,000				
StA:Ermittlungsverf. -Js- (Erledigungen)	[ST]	56.500,000	56.500,000	59.053,000				
StA:Ermittlungsverf. gg. Unbek. (Eing.)	[ST]	58.000,000	58.000,000	55.384,000				
StA:Ordnungswidrigkeitenverf. (Eingänge)	[ST]	5.000,000	5.000,000	5.526,000				
StA: Einleitung: Strafvollstreckung	[PRS]	10.000,000	10.000,000	14.612,000				
StA:Sitzungsstunden	[STD]	10.000,0	10.000,0	9.983,0				
Staats-/ Anwält/innen	[VK]	60,650	60,650	58,552				
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009				
C. Vergleichskennzahlen		Bremen	BuGebiet					
Erledigungen je Dezernent (StA/ AA)	[ST]	1.085,2	1.051,6					
Durchschnittliche Verfahrensdauer	[MON]	2,1	1,7					
D. Erläuterungen zu 3. A-C								
Kennzahl "Einleitung Strafvollstreckung": Zahl der Personen, gegen die eine Strafvollstreckung eingeleitet wurde.								
Vergleichskennzahlen = Vergleichsdaten des Jahres 2007.								

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

- Strafhaft und Untersuchungshaft für männliche erwachsene Gefangene
- Offener Vollzug für Männer, Frauen und Jugendliche
- Jugendvollzug (Untersuchungs- u. Strafhaft)
- Frauenvollzug (Untersuchungs- u. Strafhaft)
- Vollzug von Ersatzfreiheitsstrafen

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Erste Bauphase zur Sanierung der JVA Bremen mit der Errichtung des neuen Zentralgebäudes, der Innenzaunanlage und der Brandschutzmaßnahmen in Bremerhaven
Durchführung eines umfassenden Projektes zum Qualitätsmanagement im Strafvollzug
Neuausrichtung der Werkbetriebe und Erhöhung der Beschäftigungsquote
Erweiterung der erzieherischen Behandlungsmöglichkeiten des Jugendvollzuges im Rahmen des Konzepts "Stopp der Jugendgewalt"
Halten des guten Standes der durchschnittlichen Haftkosten pro Tag sowie der Effizienz des Personaleinsatzes im bundesweiten Vergleich, insb. im Vergleich mit den anderen beiden Stadtstaaten

Langfristige Perspektiven:

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der JVA Bremen verfolgen eine gemeinsam entwickelte Leitlinie und machen so die JVA Bremen zu einer Marke, die im bundes-deutschen Justizvollzug für Qualität und Transparenz steht.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	680	675	691	
Investive Einnahmen	0	0	13	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	680	675	704	
Personalausgaben	14.377	13.833	14.002	
Sonst. konsumtive Ausgaben	8.199	6.776	6.720	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	4.298	4.538	4.139	
Verrechnungen/Erstattungen	14	14	1.320	
Gesamtausgaben	26.888	25.161	26.181	
Saldo	-26.208	-24.486	-25.477	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	2,53	2,68	2,69	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	333,8	328,3	334,3	
Personalbestand	340,6	345,4	329,5	
=> Netto-Personalbedarf	- 6,8	- 17,2	4,8	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	12,8	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	15,5	
Frauenquote	50,0	50,0	28,6	
Teilzeitquote	35,0	35,0	10,9	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	2,7	
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Belegung (Anzahl der Hafttage)	[TAG]	233.235	233.235	221.620	
Belegungs- / Auslastungsgrad	[%]	85,00	85,00	81,178	
Beschäftigungsgrad der Insassen	[%]	55,00	55,00	60,406	
Insassen in Qualifizierungsmaßnahmen	[%]	15,00	15,00	12,203	
Jugendliche in Qualifizierungsmaßn.	[%]	47,00	47,00	42,162	
Sexualstraftäter in sozialth. Anst. Nds.	[PRS]	10,000	10,000	10,000	
Insassen im geschlossenen Vollzug	[PRS]	464,000	464,000	468,667	
Insassen im offenen Vollzug	[PRS]	66,000	66,000	59,750	
Insassen in Untersuchungshaft	[PRS]	109,000	109,000	78,667	
Ausländische Insassen	[%]	25,00	25,00	28,05	

B. Erläuterungen zu 2.

Belegungs- / Auslastungsgrad:
Eine 90%ige Belegung gilt im Justizvollzug als Vollbelegung.

Beschäftigungsgrad der Insassen:
Prozentsatz gemessen an der Gesamtzahl der zur Arbeit verpflichteten Insassen (ohne erwachsene Untersuchungsgefangene und Rentner) sowie der freiwillig in Arbeit befindlichen Insassen.

Produktgruppe: 11.04.01	Verantwortlich: Dr. Bauer
Justizvollzugsanstalt Bremen	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 11.04	Verantwortlich: Stauch
Justizvollzug	
Produktplan: 11	Verantwortlich: Senator Günthner
Justiz	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Sicherung, Betreuung und Versorgung von Gefangenen im Erwachsenen- und Jugendvollzug.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Erwachsene Strafgefangene sollen befähigt und jugendliche Strafgefangene dazu erzogen werden, künftig ein Leben in sozialer Verantwortung ohne Straftaten zu führen. - Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten, - Ausbildung des mittleren Justizvollzugsdienstes, - Allgemeine Verwaltung, Ressourcensteuerung, Leitungsunterstützung. - Behandlung von Sexualstraftätern im Rahmen des Kooperationsabkommens mit Niedersachsen.	
Auftragsgrundlage:	
Grundgesetz, Strafvollzugsgesetz, Untersuchungshaftvollzugsanordnung, Bremisches Jugendstrafvollzugsgesetz, Dienst- und Sicherheitsvorschriften für den Strafvollzug, u.a.	
Zuzuordnende Kapitel:	
0120	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	680	675	691	
Investive Einnahmen	0	0	13	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	680	675	704	
Personalausgaben	14.377	13.833	14.002	
Sonst. konsumtive Ausgaben	8.199	6.776	6.720	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	4.298	4.538	4.139	
Verrechnungen/Erstattungen	14	14	1.320	
Gesamtausgaben	26.888	25.161	26.181	
Saldo	-26.208	-24.486	-25.477	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	2,53	2,68	2,69	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	333,8	328,3	334,3	
Personalbestand	340,6	345,4	329,5	
=> Netto-Personalbedarf	- 6,8	- 17,2	4,8	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	12,8	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	15,5	
Frauenquote	50,0	50,0	28,6	
Teilzeitquote	35,0	35,0	10,9	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	2,7	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Belegungsfähigkeit [PRS]	748,000	748,000	748,000	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Belegung (Anzahl der Hafttage)	[TAG]	233.235	233.235	221.620	
Belegungs- / Auslastungsgrad	[%]	85,00	85,00	81,178	
Beschäftigungsgrad der Insassen	[%]	55,00	55,00	60,406	
Insassen in Qualifizierungsmaßnahmen	[%]	15,00	15,00	12,203	
Jugendliche in Qualifizierungsmaßn.	[%]	47,00	47,00	42,162	
Sexualstraftäter in sozialth. Anst. Nds.	[PRS]	10,000	10,000	10,000	
Insassen im geschlossenen Vollzug	[PRS]	464,000	464,000	468,667	
Insassen im offenen Vollzug	[PRS]	66,000	66,000	59,750	
Insassen in Untersuchungshaft	[PRS]	109,000	109,000	78,667	
Ausländische Insassen	[%]	25,00	25,00	28,05	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

1. Allgemeine Steuerung und Verwaltungsservice
2. Justizaufsicht, Justizgesetzgebung, Rechtsprüfung, Gnadenwesen, Justitiariat, Angelegenheiten der Rechtsanwälte und Notare
3. Angelegenheiten der Sozialen Dienste der Justiz und der Freien Träger im Bereich der Straffälligenhilfe, Konzeptionierung der Straffälligenhilfe.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Umsetzung des Gesamtkonzepts zur Sanierung und Modernisierung der JVA Bremen
Konzentration der Übergangsangebote nach Haftentlassung im Kompetenzzentrum
Umsetzung des Konzepts "Stopp der Jugendgewalt" in enger Kooperation mit den anderen beteiligten Ressorts
Verbesserung der Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörde im Bereich der Wirtschaftskriminalität
Reduzierung der Verfahrensdauer in Strafsachen, insbesondere in Jugendstrafverfahren
Sicherung zügiger Entscheidungen in der Sozialgerichtsbarkeit nach Übergang der Hartz IV-Verfahren
Aufbau eines IT-gestützten Controllingsystems und Zusammenführung der umfangreichen Justizdaten
Schrittweise Einführung einer gerichtsnahen Mediation in allen Gerichtsbarkeiten
Fortsetzung der Modernisierung der Justiz durch Fortsetzung einer intensiven Personalentwicklung
Optimierung der Übergänge an den Schnittstellen zwischen stationärer und ambulanter Straffälligenhilfe

Langfristige Perspektiven:

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	222	234	766	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	168	
Gesamteinnahmen	222	234	934	
Personalausgaben	6.810	5.427	5.250	
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.555	2.130	2.092	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	6	0	304	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	2	
Gesamtausgaben	9.371	7.557	7.648	
Saldo	-9.149	-7.323	-6.714	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	2,37	3,10	12,21	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	65,1	25,0	25,5	
Personalbestand	60,3	30,4	30,1	
=> Netto-Personalbedarf	4,8	- 5,4	- 4,7	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	3,2	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	18,6	
Frauenquote	50,0	50,0	41,0	
Teilzeitquote	35,0	35,0	18,5	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	3,7	
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

[illegible]

B. Erläuterungen zu 2.

Bewährungshilfen und Führungsaufsichten: Zahl der unterstellten Probanden.

Produktgruppe: 11.90.01	Verantwortlich: Stauch
Senatorische Angelegenheiten Justiz	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 11.90	Verantwortlich: Stauch
Sonstiges Justiz	
Produktplan: 11	Verantwortlich: Senator Günthner
Justiz	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
1. Allgemeine Steuerung und Verwaltungsservice 2. Justizaufsicht, Justizgesetzgebung, Rechtsprüfung, Gnadenwesen, Justitiariat, Angelegenheiten der Rechtsanwälte und Notare	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
1. Ressourcensteuerung, Aufgaben- u. Leitungsunterstützung, Modernisierung der Verwaltungen im Justizbereich, Steigerung der Wirksamkeit u. Wirtschaftlichkeit, Stärkung der Kunden- und Bedarfsorientierung, Schaffung von mehr Kostentransparenz und -bewusstsein, Dezentralisierung der Ressourcenverantwortung, ergebnisorientierte Verwaltungssteuerung, Personalentwicklung, Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung. 2. Gewährleistung der Dienstaufsicht über die Gerichte und der Dienst- und Fachaufsicht über die Staatsanwaltschaften, rechtliche Beratung des Senats, Juristenaus- u. -fortbildung, Mitgestaltung der Bundes- u. Landesgesetzgebung, Gewährung von Gnade in Strafrechtsangelegenheiten, Kriminalpolitik, Aufsicht über den Justizvollzug, Entwicklung von Alternativen zum Freiheitsentzug, Angelegenheiten der Rechtsanwälte, Notare und ehrenamtlichen Richter.	
Auftragsgrundlage:	
Landesverfassung, Geschäftsverteilung im Senat und weitere Landesvorschriften.	
Zuzuordnende Kapitel:	
0100; 0101	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	222	234	766	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	168	
Gesamteinnahmen	222	234	934	
Personalausgaben	4.988	5.427	5.250	
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.123	2.130	2.092	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	5	0	304	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	2	
Gesamtausgaben	7.116	7.557	7.648	
Saldo	-6.894	-7.323	-6.714	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	3,12	3,10	12,21	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	30,1	25,0	25,5	
Personalbestand	29,4	30,4	30,1	
=> Netto-Personalbedarf	0,7	- 5,4	- 4,7	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	3,2	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	18,6	
Frauenquote	50,0	50,0	41,0	
Teilzeitquote	35,0	35,0	18,5	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	3,7	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Bürofläche je Mitarbeiter/in [M2]	18,60	18,60		
Aktenlagerfläche [M2]	160,00	160,00		
DV-Ausstattungsgrad [%]	100,00	100,00		
Hauptnutzfläche [M2]	1.050,00	1.050,00		

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Zu den Kapazitätsdaten:

- Bürofläche je Mitarbeiter/in netto, ohne Nebenräume/-flächen.
- DV-Ausstattungsgrad: Prozentsatz der mit PC (vernetzt oder unvernetzt) ausgestatteten Arbeitsplätze, gemessen an der Gesamtzahl der einer EDV-Unterstützung zugänglichen Arbeitsplätze.

In der Berechnung der Plandaten zur Kennzahl "Bürofläche je Mitarbeiter/in" sind auch diejenigen Mitarbeiter/innen berücksichtigt, die nicht aus Haushaltszuschüssen, sondern aus Drittmitteln finanziert werden.

Produktgruppe: 11.90.02

Verantwortlich: N.N.

Soziale Dienste der Justiz

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 11.90

Verantwortlich: Stauch

Sonstiges Justiz

Produktplan: 11

Verantwortlich: Senator Günthner

Justiz

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Wahrnehmung der Aufgaben der Sozialen Dienste der Justiz (Bewährungs- und Gerichtshilfe sowie Führungsaufsicht)

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Inhalt der Bewährungshilfe sind Hilfestellungen zur Verbesserung der Lebenslage der Betroffenen. Die Bewährungshilfe steht ihren Klienten und Klientinnen während der Bewährungszeit helfend, beratend und unterstützend zur Seite. Ziel dieser Tätigkeit ist es, diesem Personenkreis zu ermöglichen, in Zukunft ohne erneute Straffälligkeit zu leben. Vorrang hat der Grundsatz: ""Hilfe zur Selbsthilfe"". Darüber hinaus überwacht die Bewährungshilfe im Auftrage der erkennenden Gerichte die Erfüllung von Auflagen und Weisungen, Zusagen und Anerbieten, die im Rahmen der Strafaussetzung zur Bewährung vom Gericht festgelegt wurden. Zu diesem Zweck erstellt sie regelmäßig Berichte ans Gericht. Zur Erfüllung dieser Aufgaben arbeitet die Bewährungshilfe eng mit allen staatlichen Institutionen und insbesondere mit den Trägern der freien Straffälligenhilfe zusammen. Gleiches gilt für den Bereich der Führungsaufsicht. Eine Besonderheit der Führungsaufsicht liegt darin, dass der Verstoß gegen Weisungen eine Verurteilung zu Geld- oder Freiheitsstrafe nach sich ziehen kann. Aufgabe der Gerichtshilfe ist es, die Entwicklung der Persönlichkeit eines/einer Straffälligen sowie sein/ihr soziales Umfeld und seine/ihre wirtschaftlichen Verhältnisse darzulegen. Soweit möglich und erforderlich soll der Bericht der Gerichtshilfe auch Empfehlungen für die Bestimmung der Rechtsfolgen der Tat enthalten. Wird während der Tätigkeit der Gerichtshilfe ein Hilfebedarf des/der Betroffenen erkennbar, so leitet die Gerichtshilfe unabhängig vom Fortgang des Ermittlungs- oder Strafverfahrens die erforderlichen Hilfen ein. Das Arbeitsfeld der Gerichtshilfe läßt sich in zwei Schwerpunkte unterteilen: Berichterstattung vor einem Urteil und Berichterstattung nach dem Urteil. Die Berichterstattung vor dem Urteil enthält einen detaillierten Abriss des Lebenslaufes und der derzeitigen Situation. Darüber hinaus werden Ansatzpunkte für erforderliche Maßnahmen und Hilfestellungen aufgezeigt, die der Verhinderung zukünftigen kriminellen Verhaltens dienen können. Der Bericht im Vollstreckungsverfahren beschränkt sich auf Faktoren, die für Richter oder Staatsanwälte/Rechtspfleger von Bedeutung für die zu treffende Entscheidung sein können. Im Jahre 2009 waren insgesamt ca. 2700 Aufträge von den SDdJ zu bearbeiten. Der trotz hoher Arbeitsbelastung hohe Qualitätsstandard soll auch für die Zukunft erhalten bleiben. Die einzelnen Arbeitsbereiche und Arbeitsabläufe werden auch zukünftig einer Bestandaufnahme unterzogen.

Auftragsgrundlage:

Die gesetzlichen Grundlagen für die Arbeit der Bewährungshilfe für Erwachsene befinden sich im Strafgesetzbuch, in der Strafprozessordnung und den Gnadensordnungen der Länder. Die gesetzliche Grundlage für die Tätigkeit der Bewährungshilfe für Jugendliche und Heranwachsende ergibt sich aus dem Jugendgerichtsgesetz. Die Beauftragung der Gerichtshilfe für Erwachsene in einem Strafverfahren liegt im Ermessen des jeweils zuständigen Staatsanwaltes oder Richters auf der Grundlage der Strafprozessordnung. Die gesetzlichen Grundlagen für die Arbeit der Führungsaufsichten befinden sich im Strafgesetzbuch und in der Strafprozessordnung.

Zuzuordnende Kapitel:

0102

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2012	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	Ist 2008
Konsumtive Einnahmen	0	1	0	0	0
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	0	1	0	0	0
Personalausgaben	0	1.822	0	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	0	432	0	0	0
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	0	1	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	0	2.255	0	0	0
Saldo	0	-2.254	0	0	0
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,04	0,00	0,00	0,00
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011			
Personal	0	0			
konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2012	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	Ist 2008
Beschäftigungszielzahl	0,0	35,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	30,9	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	4,1	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre		22,5			
Beschäftigte über 55 Jahre		17,5			
Frauenquote		50,0			
Teilzeitquote		35,0			
Schwerbehindertenquote		6,0			
C. Kapazitätsdaten	Planung 2012	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	Ist 2008
Hauptnutzfläche [M2]		1.230,52			
Bürofläche je Mitarbeiter/in [M2]		21,36			
Aktenlagerfläche [M2]		124,82			
DV-Ausstattungsgrad [%]		100,00			
D. Erläuterungen zu 2. A-C					
Zu den Kapazitätsdaten: - Bürofläche je Mitarbeiter/in netto, ohne Nebenräume/ -flächen - DV-Ausstattungsgrad: Prozentsatz der mit PC (vernetzt oder unvernetzt) ausgestatteten Arbeitsplätze, gemessen an der Gesamtzahl der einer EDV-Unterstützung zugänglichen Arbeitsplätze					

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2012	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	Ist 2008
Gerichtshilfesachen [ST] Bewährungshilfen/Führungsaufsichten [ST]		990,000 2.450,000			

12.01	Sport
12.01.01	Allgemeine Sportangelegenheiten
12.01.02	Bäder

Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:¹

Attraktive Sport- und Freizeitangebote tragen erheblich zur Lebensqualität, zur Bindung von Einwohnern und Unternehmen an Bremen bei. Sport ist somit ein wichtiger Standortfaktor. Sport leistet einen maßgeblichen Beitrag zur Integration, zur Gewaltprävention und erfüllt dadurch eine wichtige sozialpolitische Aufgabe. Ziel ist daher die unverzichtbare ideelle und materielle Förderung dieser gesellschaftspolitischen Querschnittsaufgabe.

Zentrales sportpolitisches Ziel des Senators für Inneres und Sport ist es daher, die Erhaltung attraktiver Rahmenbedingungen für den Sport als gesellschaftspolitische Querschnittsaufgabe weiter auszubauen.

Die Sportverwaltung versteht sich als Dienstleistungszentrum, das den Sport durch die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen auch praktisch unterstützt.

Die Steuerung des Sportbereiches mit den Schwerpunkten Sportinfrastruktur, Sportförderung und Sportbetrieb und die Gewährleistung des Bäderbetriebes durch die Bremer Bäder GmbH werden vom Sportressort mit Vorrang verfolgt.

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:

Die Sportverwaltung ist der Vermittler zwischen den Vereinen und Verbänden des Sports und der Stadt. Das geltende Sportförderungsgesetz muss auch künftig die Rahmenbedingungen für den Sport in Bremen sichern.

Aufgabe des Sportressorts ist es insbesondere, die Sportverbände und Sportvereine, die Schulen und die Öffentlichkeit mit ausreichenden Sportstätten zur Durchführung des Trainings- und Spielbetriebes zu versorgen. Dabei besteht zunehmend die Notwendigkeit, die Sportvereine bei der Bewirtschaftung und Pflege der Sportanlagen einzubeziehen, um deren Betrieb weiter zu optimieren und dadurch Mittel freizusetzen, die zielgerichtet für die Modernisierung von Sportflächen und Sportgebäuden verwendet werden.

Darüber hinaus wird die Sportinfrastruktur und die Nutzungsintensität von Sportstätten u.a. unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung kontinuierlich weiterentwickelt.

Ein weiteres Ziel ist die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Vereine durch die Überlassung der Organisation und Bewirtschaftung der kommunalen Sportplätze und Sporthallen.

Die Gewährung von Zuschüssen durch die Verteilung der Zweckabgaben der Bremer Toto- und Lottogesellschaft (auch Wettmittel genannt) an den Leistungs- und Breitensport erfolgt schwerpunktorientiert auf der Basis von Richtlinien, die der Senator für Inneres und Sport an aktuelle Entwicklungen (z.B. den demographischen Wandel) anpasst. Über die Vergabe der Mittel entscheidet die Sportdeputation der Bremischen Bürgerschaft.

Folgende Ziele bestimmen den Bäderbereich des Produktplanes:

- Erreichen eines hohen Kostendeckungsgrades
- Sicherung des Schwimmangebotes
- Konsolidierung und Ausbau des Besucheraufkommens
- Anpassung des konsumtiven Zuschussbedarfes.

Für den Bäderbereich ist an einer sehr günstigen Position Bremens mit einem großen Angebot bei vergleichsweise geringen Ausgaben festzuhalten.

Für den Sportbereich ist festzustellen, dass Bremen im Vergleich zu den anderen Städten mit relativ geringen Haushaltsmitteln ein quantitativ gutes Angebot an Sport-Infrastruktur zur Verfügung stellt. Langfristige Perspektive ist es folglich, den derzeitigen Spitzenplatz im Benchmarking der Vergleichsstädte zu erhalten und auszubauen.

¹ z.B. gesetzliche Vorgaben, produktplanrelevante Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, des Senats sowie von Ausschüssen / Fachdeputationen etc.

Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	389	348	5.378	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	389	348	5.378	
Personalausgaben	1.006	1.011	982	
Sonst. konsumtive Ausgaben	10.788	8.686	11.090	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	2.705	2.369	4.054	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	2.087	
Gesamtausgaben	14.499	12.066	18.213	
Saldo	-14.110	-11.718	-12.835	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	2,68	2,88	29,53	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	22,4	24,0	24,5	
Personalbestand	20,6	20,4	22,2	
=> Netto-Personalbedarf	1,8	3,5	2,3	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	2,1	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	35,8	
Frauenquote	50,0	50,0	40,3	
Teilzeitquote	35,0	35,0	24,2	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	18,6	
C. Erläuterungen zu A-B				

Leistungsangaben

A. Strategische Leistungsziele/Kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	IST 2009
Ausgaben Sport je Einwohner (ohne Bäder) (EUR) *	14,26	13,77	20,01
Ausgaben Bäder je Einwohner (EUR)*	8,31	8,31	9,43
Besucherzahl Bremer Bäder (PERS.)	1.790.000	1.770.000	1.772.786
Lfd. Zuschuss je Besucher der Bremer Bäder (EUR) **	1,62	1,64	1,85

B. Erläuterungen zu den Leistungsangaben

- * Grundlage der Jahresplanwerte 2011 Ausgaben Sport je Einwohner / Bäder war die Einwohnerzahl zum Stichtag 31.08.2008 (546.728 Einwohner).
- * Grundlage der Jahresplanwerte 2009 Ausgaben Sport je Einwohner / Bäder war die Einwohnerzahl zum Stichtag 31. 12.2007 (547.769 Einwohner).
- ** Der „lfd. Zuschuss je Besucher“ im Planwert ist das Ergebnis aus dem lfd. Zuschuss an die Bremer Bäder GmbH (lt. Haushaltsplan) geteilt durch die Besucherzahl der Bremer Bäder (ohne Paradise).

Produktbereich: 12.01

Verantwortlich: Buse

Sport

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Für den Produktplan Sport existiert nur ein Produktbereich, so dass die Beschreibungen und Ziele etc. des Produktbereiches mit denen des Produktplanes identisch sind.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- identisch mit Produktplan -

Langfristige Perspektiven:

- identisch mit Produktplan -.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	389	348	5.378	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	389	348	5.378	
Personalausgaben	1.006	1.011	982	
Sonst. konsumtive Ausgaben	10.788	8.686	11.090	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	2.705	2.369	4.054	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	2.087	
Gesamtausgaben	14.499	12.066	18.213	
Saldo	-14.110	-11.718	-12.835	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	2,68	2,88	29,53	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	22,4	24,0	24,5	
Personalbestand	20,6	20,4	22,2	
=> Netto-Personalbedarf	1,8	3,5	2,3	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	2,1	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	35,8	
Frauenquote	50,0	50,0	40,3	
Teilzeitquote	35,0	35,0	24,2	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	18,6	

C. Erläuterungen zu 1. A-B

A. Leistungsziele/-kennzahlen

B. Erläuterungen zu 2.

Produktgruppe: 12.01.01

Verantwortlich: Dr. Mix

Allgemeine Sportangelegenheiten

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 12.01

Verantwortlich: Buse

Sport

Produktplan: 12

Verantwortlich: Senator Mäurer

Sport

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

- Leistungen des Sports gemäß der Landesverfassung, dem Sportförderungsgesetz sowie der daraus abgeleiteten politischen Vorgaben
- Verwaltung und Betrieb der Sporthallen, Sportplätze und Sondersportanlagen, Vergabe der Nutzungszeiten
- Bezuschussung von Sportvereinen und -verbänden, Beratung und Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Gruppen
- Planung von Sportanlagen, Sichern der Funktionsfähigkeit der Sportanlagen, Modernisierung und Attraktivitätssteigerung der Sportanlagen

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Unterstützung der Vereine bei neuen gesellschaftlichen Aufgaben: Sport gegen Gewalt; Sport im Rahmen der Gesundheitsvorsorge; Sport im Rahmen der Rehabilitation, Sport als Integration für ausländische Mitbürger. Schaffen von Rahmenbedingungen und einer Sportinfrastruktur. Unterstützung des Ehrenamtes. Unterstützung der Vereine, die mit ehrenamtlichen Kräften Sportprogramme für die Bevölkerung anbieten.

Versorgung der Sportvereine und -verbände, Schulen, Öffentlichkeit mit ausreichenden Sportstätten zur Durchführung des Trainings- und Spielbetriebes; Anpassung der Sportanlagen an geänderte Regeln. Unterstützung von Sportvereinen und -verbänden und der Öffentlichkeit zur Durchführung des Sportbetriebes.

Aufgabe des Sportressorts ist es insbesondere, die Sportvereine und Sportverbände, die Schulen und die Öffentlichkeit mit ausreichenden Sportstätten zur Durchführung des Trainings- und Spielbetriebes zu versorgen. Dabei besteht zunehmend die Notwendigkeit, die Sportvereine bei der Bewirtschaftung und Pflege der Sportanlagen einzubeziehen, um deren Betrieb weiter zu optimieren und dadurch Mittel freizusetzen, die zielgerichtet für die Modernisierung von Sportflächen und Sportgebäuden verwendet werden. Darüberhinaus wird die Sportinfrastruktur und die Nutzungsintensität von Sportstätten u.a. unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung kontinuierlich weiterentwickelt.

Ein weiteres Ziel ist die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Vereine durch die Überlassung der Organisation und Bewirtschaftung von kommunalen Sportplätzen und Sporthallen.

Auftragsgrundlage:

Landesverfassung; Gesetz zur Förderung des Sports; Sportstättenordnung; Richtlinien für die Sportförderung; Beschlüsse der Bürgerschaft und der Deputation für Sport; Beschlüsse des Senats; Beschlüsse der Sportministerkonferenz; Beschlüsse des Landesbeirats für Sport; Sportentwicklungsplan

Zuzuordnende Kapitel:

0030; 0031; 0191; 3191; 3192

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	389	348	5.378	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	389	348	5.378	
Personalausgaben	956	961	912	
Sonst. konsumtive Ausgaben	7.548	5.447	7.543	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	1.594	1.120	2.508	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	2.087	
Gesamtausgaben	10.098	7.528	13.050	
Saldo	-9.709	-7.180	-7.672	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	3,85	4,62	41,21	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	21,7	23,3	23,8	
Personalbestand	19,6	19,5	21,2	
=> Netto-Personalbedarf	2,1	3,8	2,6	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	2,2	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	37,2	
Frauenquote	50,0	50,0	41,8	
Teilzeitquote	35,0	35,0	25,1	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	16,0	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				
Die konsumtiven Einnahmen bestehen größtenteils aus den sogenannten Wettmitteln sowie aus den Entgelten für die Benutzung der Sportanlagen.				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Geförderte Übungs- und Organis.-Leiter	[PRS]	2.500,000	2.500,000	2.473,000	
Ausgaben je Übungs- und Organis.-Leiter	[EUR]	440,00	440,00	444,89	
kons. Ausg. je Einwohner (ohne Bäder)	[EUR]	15,55	11,72	13,79	
inv. Ausgaben je Einwohner (ohne Bäder)	[EUR]	2,91	2,05	4,59	
Anzahl der Kunstrasenplätze	[ST]	21,000	21,000		
Pflege der Sportanlagen d. die Vereine	[ST]	10,000	10,000		

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamernale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	0	389
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	0	389
Personalausgaben	76	880
Sonst. konsumtive Ausgaben	202	7.346
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	1.594
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	278	9.820
Saldo	-278	-9.431
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	1,4	20,3
Personalbestand	3,4	16,2
=> Netto-Personalbedarf	- 2,0	4,2
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 12.01.02

Verantwortlich: Dr. Mix

Bäder

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 12.01

Verantwortlich: Buse

Sport

Produktplan: 12

Verantwortlich: Senator Mäurer

Sport

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

- Umsetzung politischer Vorgaben und Beschlüsse
- Fortschreibung und Umsetzung des Bäderkonzeptes
- Bezuschussung des BgA Bädervermögen und der Bremer Bäder GmbH

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Versorgung der Sportvereine und -verbände, Schulen, Öffentlichkeit mit ausreichenden Schwimmsportstätten zur Durchführung des Trainings- und allgemeinen Badebetriebes.

Vorrangiges Ziel ist die Sicherung des Schwimmangebotes für die Einwohner der Freien Hansestadt Bremen. Das Besucheraufkommen soll konsolidiert und ausgebaut werden. Der konsumtive Zuschussbedarf muss laufend angepasst werden.

Die Kennzahlen zum Bäderbereich beziehen sich auf die Bäder, die von der Bremer Bäder GmbH bzw. dem Produktplan Sport verantwortet werden. Vergleichsdaten wurden von der Bremer Bäder GmbH eingebracht. In Bremen ist es in den vergangenen Jahren gelungen, mit vergleichsweise geringen Zuschüssen ein relativ großes Angebot an Bädern und Schwimminfrastruktur mit 5 Hallen-, 2 Frei- und 3 Kombibäder vorzuhalten. Vor allem aufgrund des vielseitigen, attraktiven Gesamtangebotes in den Bädern gelingt es, mit vergleichsweise geringen öffentlichen Zuschüssen das Schwimmangebot zu sichern.

Das Sportressort wird im Bäderbereich das quantitative Angebot bei hoher Effizienz auch in Zukunft anbieten. Für die Jahre 2010/2011 wird ein Kostendeckungsgrad in Höhe von 75% angestrebt.

Auftragsgrundlage:

Landesverfassung, Gesetz zur Förderung des Sports, Sportstättenordnung, Beschlüsse des Senats, Beschlüsse der Deputation für Sport

Zuzuordnende Kapitel:

0030; 3191

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	49	50	71	
Sonst. konsumtive Ausgaben	3.239	3.239	3.547	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	1.111	1.248	1.546	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	4.399	4.537	5.164	
Saldo	-4.399	-4.537	-5.164	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,7	0,7	0,7	
Personalbestand	1,0	1,0	1,0	
=> Netto-Personalbedarf	- 0,3	- 0,3	- 0,3	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre			0,0	
Beschäftigte über 55 Jahre			0,0	
Frauenquote			0,0	
Teilzeitquote			0,0	
Schwerbehindertenquote			0,0	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				
Es existieren in dieser Produktgruppe keine Einnahmen.				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011		Planung 2010		Ist 2009		
Lfd. Zuschuss an die Bremer Bäder GmbH	[EUR]	3.034.650,00		3.031.650,00		3.285.000,00		
Besucherzahl der Bremer Bäder	[PRS]	1.825.000,000		1.805.000,000		1.772.786,000		
Bäderkosten gesamt	[EUR]	11.490.250,00		11.359.250,00		11.559.000,00		
lfd. Zuschuss je Besucher	[EUR]	1,66		1,68		1,85		
Kostendeckungsgrad	[%]	75,00		76,00				

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamernale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	0	0
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	0	0
Personalausgaben	49	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	0	3.239
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	1.111
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	49	4.350
Saldo	-49	-4.350
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,7	0,0
Personalbestand	1,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	- 0,3	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

21.01 Öffentl. Schulen d. Stadtgemeinde Bremen

- 21.01.01 Schulen der Primarstufe
- 21.01.03 Förderzentren
- 21.01.05 Gesamtsch./Integr. Stadtteilsch.
- 21.01.07 Schulzentren der Sekundarstufe I
- 21.01.09 Schulen d. Sek.-Stufe II-GyO
- 21.01.11 Schulen d. Sek.-Stufe II-BS
- 21.01.13 Schulen d. Sek.-Stufe II-BS
- 21.01.15 Schule für Erwachsene
- 21.01.17 Oberschule

21.02 Öffentl. Schulen d. Stadtgem. Bremerhaven

- 21.02.01 Kostenerst. PersAusg. Lehrkr. u. Sonst.

21.03 Sonstige Bildungseinrichtungen

- 21.03.01 Schulen in freier Trägerschaft
- 21.03.02 Berufsbildungswerk

21.04 Schulbezogene Förderungen

- 21.04.02 Landesinstitut für Schule
- 21.04.03 Sonst. schulische Leist. u. Fördermaßn.

21.05 Schülerbezogene Förderungen

- 21.05.01 Schüler BAFöG
- 21.05.02 Schülerbeförderung
- 21.05.03 Ass. f. behind. Schülerinnen u. Schüler

21.90 Sonstiges Bildung

- 21.90.01 Senatorische Angelegenheiten
- 21.90.02 Abordnungen von Lehrkr. an Institutionen
- 21.90.04 Weiterbildung nach WBG

Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:¹

Maßgebliche Zielvorgaben sind für die Bereiche

- schulische Bildung einschl. Berufsqualifizierung der Lehrerschaft
- außerschulische Berufsbildung
- allgemeine Weiterbildung

in der Regierungserklärung vom 11. Juli 2007 formuliert.

Die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen dürfen nicht von der finanziellen und sozialen Situation der Eltern abhängen. Aus diesem Grund werden die Angebote der Schulen Zug um Zug im Hinblick auf ihren Beitrag zur Zielerreichung überprüft und gegebenenfalls umgesteuert.

Bildungschancen unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sozialer Stellung stellen die Grundlage für soziale Gerechtigkeit und eine erfolgreiche Entwicklung unserer Gesellschaft dar. Hier müssen auch die Schulen ihren Beitrag leisten, insbesondere bei der sozialen Integration.

Ein längeres gemeinsames Lernen ist dabei ein wichtiger Schritt.

In der Umsetzung erfolgt eine Konzentration auf die Quartiere, in denen besondere Handlungs- und Integrationsbedarfe oder besondere Problemlagen bestehen. Ein wirklicher und dauerhafter Erfolg gelingt nur, wenn das Ergebnis in der Fläche bzw. in der Summe besser wird und die Benachteiligten nach vorne gebracht werden.

In der beruflichen Bildung liegt ein Schwerpunkt in der Verbesserung der Berufsorientierung in der Sek. I und der Verbesserung des Übergangs zwischen der beruflichen Erstausbildung, der beruflichen Weiterbildung und der Durchlässigkeit zur hochschulischen Bildung.

Im Bereich der Weiterbildung sind die Aktivitäten der einzelnen Ressorts effektiv zu bündeln und die Förderstrukturen neu zu ordnen, um zu einem kostengünstigen, qualitativ verbesserten und transparenten Gesamtangebot zu kommen.

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:

In Konkretisierung der Strategie zur Anpassung der Leistungserstellung sind die begonnenen inhaltlichen Überprüfungen und angeschobenen Umbaumaßnahmen voranzubringen, also in der Regel Novellierung gesetzlicher Regelungen und sonstiger Ordnungsmittel, aber auch die Verteilung der Finanzmittel.

Die Beschlüsse zum Finanzplan (Haushaltskonsolidierung) und zur Gestaltung des Haushalts 2011 sehen durch die Mittel für die Schulentwicklung und die Personalkostenerstattung für Bremerhaven eine Ausweitung des Mittelrahmens vor. Die weiteren Ausgaben des Bildungshaushaltes sind von einer Reduzierung des Mittelrahmens betroffen, so dass in den einzelnen Produktbereichen und -gruppen Veränderungen im Leistungsumfang bzw. ggf. in der Form der Aufgabenerledigung und Umsteuerungen anzugehen sind.

¹ z.B. gesetzliche Vorgaben, produktplanrelevante Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, des Senats sowie von Ausschüssen / Fachdeputationen etc.

Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	15.867	14.803	14.198	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	222	
Gesamteinnahmen	15.867	14.803	14.420	
Personalausgaben	297.006	285.456	288.132	
Sonst. konsumtive Ausgaben	255.718	205.017	204.268	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	21.118	22.215	23.558	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	44.449	
Gesamtausgaben	573.842	512.688	560.407	
Saldo	-557.975	-497.885	-545.987	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	2,77	2,89	2,57	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	1.800			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	4.915,3	4.938,3	4.838,5	
Personalbestand	4.594,0	4.574,4	4.725,0	
=> Netto-Personalbedarf	321,2	363,9	113,6	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	9,9	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	42,5	
Frauenquote	50,0	50,0	64,4	
Teilzeitquote	35,0	35,0	50,2	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	3,8	
C. Erläuterungen zu A-B				

Leistungsangaben

A. Strategische Leistungsziele/Kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009
Personalausgaben je Schüler/in	4.500	4.400	4.400
Sachausgaben je Schüler/in	700	700	600
Schüler/innen je Lehrkraft an allg.bildenden Schulen	14,0	14,5	15
Schüler/innen je Lehrkraft an beruflichen Schulen	25,6	25,9	25
Abgänger/innen der allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss: Anteil an der altersgleichen Bevölkerung	6,8%	7,1%	7,4%

B. Erläuterungen zu den Leistungsangaben

Die dargestellten Kennzahlen sind Landesangaben -mit Ausnahme der Abgängerdaten für öffentliche Schulen-, für die beiden Stadtgemeinden sind sie in den jeweiligen Produktbereichen zu finden.

Bei den Kennzahlen „Schüler/innen je Lehrkraft an allg.bildenden Schulen“ bzw. „... an beruflichen Schulen“ und „Abgänger/innen der allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss: Anteil an der altersgleichen Bevölkerung“ handelt es sich beim Ist 2009 um das Ist des Schuljahres 2008/09 und bei Planung 2010 um das Ist des Schuljahres 2009/ 10. Die Kennzahlen „Schüler/innen je Lehrkraft...“ des Schuljahres 2010/11 für das Land sind noch nicht vollständig ausgewertet.

Im Rahmen der Qualifizierungsoffensive für Deutschland ist vereinbart worden, die Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss bis 2015 möglichst zu halbieren; diese Zielvorgabe ist in die Plandaten aufgenommen worden.

Zur Unterstützung der Datenlage im Rahmen des Gender Budgetings sind folgende Verhältniszahlen nachrichtlich (bezogen auf das Jahr 2009) dargestellt.

	Grundschule		GS (inkl. Freie Waldorf)		Gymnasium		sonst. Schulen im Sekundarbereich I		Förderschulen		Berufliche Schulen	
SchülerInnen	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
Bremen	50,9%	49,1%	52,4%	47,6%	48,4%	51,6%	53,8%	46,2%	60,6%	39,4%	54,5%	45,5%
Bund	50,9%	49,1%	49,9%	50,1%	47,1%	52,9%	52,8%	47,2%	63,6%	36,4%	54,8%	45,2%
LehrerInnen	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
Bremen	11,7%	88,3%	39,0%	61,0%	45,9%	54,1%	41,9%	58,1%	30,3%	69,7%	58,0%	42,0%
Bund	11,7%	88,3%	39,2%	60,8%	44,9%	55,1%	34,3%	65,7%	24,1%	75,9%	53,9%	46,1%
Schul-leitungen	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
Bremen	20,8%	79,2%	62,5%	37,5%	71,4%	28,6%	45,0%	55,0%	57,1%	42,9%	90,9%	9,1%

	ohne Abschluss		Hauptschulabschluss		Mittlerer Bildungsabschluss		allgemeine Hochschulreife (Abitur)	
AbsolventInnen	m	w	m	w	m	w	m	w
Bremen	58,5%	41,5%	55,1%	44,9%	51,6%	48,4%	45,0%	55,0%
Bund	60,8%	39,2%	57,3%	42,7%	49,8%	50,2%	44,3%	55,7%

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Leistungen des Personals sowie Einsatz konsumtiver und investiver Mittel in den Schulen der Stadtgemeinde Bremen zur Erfüllung ihres Auftrags gemäß Landesverfassung, Schulgesetz, Schulverwaltungsgesetz und der daraus abgeleiteten politischen Vorgaben.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- Aufrechterhaltung des Schulbetriebes (Schulverwaltung, Bewirtschaftung, Sachkosten für den Unterricht, für weitere Lernzeiten im Ganztagsbetrieb und in der verlässlichen Grundschule)
- Fortschreibung eines Personalmixes in den Bereichen Grundschule, Zentren für unterstützende Pädagogik und in der Sekundarstufe I durch eine Ausdifferenzierung in die Kernbereiche "Unterricht" (Lehrkräfte) und "unterrichtsergänzende und -unterstützende sowie sozial- und heilpflegerische Maßnahmen"
- Fortschreibung einer Innovations- und Qualitätsentwicklung, in der alle Maßnahmen der Standardsicherung (z.B. Vergleichsarbeiten), der Eigenverantwortung der Schulen, der internen und externen Evaluation und der Bildungsberichterstattung gezielt gesteuert werden
- Systematische Personalentwicklung
- Qualifizierung und Motivationsförderung sowie Nachwuchsförderung der Leitungskräfte

Schulstrukturelle Weiterentwicklungen:

- Einrichtung weiterer Ganztagsschulen
- schrittweise Umwandlung offener Formen des Ganztagsschulbetriebs in gebundene Formen
- Weiterentwicklung der Sekundarstufe I hin zu einem zweisäuligen System von Gymnasium und Oberschule
- Aufbau von Schulstufen übergreifenden System- und Standortstrukturen, die längeres gemeinsames Lernen ermöglichen
- Fortschreibung der Verkürzung des gymnasialen Bildungsganges auf 8 Jahre
- Weiterentwicklung des beruflichen Schulwesens in Richtung auf regionale Bildungszentren
- Aufbau stadtteilbezogener Vernetzung der Schulen mit Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zur Umsetzung integrierter Handlungskonzepte, insbesondere in sozialen Brennpunkten
- Aufbau eines Systems durchgängiger Sprachförderung, im vorschulischen Bereich beginnend
- Verstärkung der Berufsvorbereitung für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen I und II
- Ausbau der Bildungswege zur Hochschulreife über berufliche Bildungsgänge

Langfristige Perspektiven:

- Weiterentwicklung der Eigenverantwortung/Budgetierung von Schulen (wirtschaftlich und inhaltlich) auf der Grundlage von Ziel- und Leistungsvereinbarungen
- Effizienterer Ressourceneinsatz (Personal, Gebäude), Senkung der Betriebskosten durch Standortoptimierungen im Schulbereich
- Umsetzung von Maßnahmen zur Schulentwicklung mit den Zielen:
 - Entkoppelung von sozialer Herkunft und Schulerfolg
 - Verbesserung der Qualität von Schule
 - Weiterentwicklung integrativer Pädagogik und Unterrichtsorganisation
 - Reduzierung der Wiederholerquoten
- Verzahnung der Aus- und Weiterbildung der beruflichen Schulen mit den Betrieben zur Steigerung des Ausbildungsplatzangebotes bei gleichzeitiger Rücknahme von Bildungsangeboten im Vollzeitbereich

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	3.197	3.102	2.422	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	911	
Gesamteinnahmen	3.197	3.102	3.333	
Personalausgaben	245.072	232.937	234.306	
Sonst. konsumtive Ausgaben	96.290	52.549	58.093	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	8.467	11.140	10.131	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	43.775	
Gesamtausgaben	349.829	296.626	346.305	
Saldo	-346.632	-293.524	-342.972	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,91	1,05	0,96	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	1.800			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	4.543,4	4.550,4	4.443,5	
Personalbestand	4.227,2	4.206,9	4.104,6	
=> Netto-Personalbedarf	316,2	343,5	338,9	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	8,0	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	45,1	
Frauenquote	50,0	50,0	64,5	
Teilzeitquote	35,0	35,0	53,0	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	3,6	

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Schüler an allg.bildenden Schulen	[PRS]	48.597,000	49.339,000	50.263,000	
Schüler an beruflichen Schulen (VZ)	[PRS]	5.658,000	5.706,000	6.059,000	
Schüler/Innen an berufl. Schulen (TZ)	[PRS]	15.057,000	15.055,000	14.991,000	
KLV an allg. bildenden Schulen *	[ST]	2.028,000	2.060,000	2.096,000	
KLV an beruflichen Schulen (VZ)	[ST]	283,000	285,000	292,000	
KLV im Teilzeitbereich	[ST]	717,000	717,000	726,000	
Schüler-Lehrer-Relation	[PRS]	16,700	16,900	17,100	
Wiederholerquote	[%]	2,50	2,50	2,603	
Personalausgaben pro Schüler	[EUR]	4.300,00	4.300,00	4.300,00	
Sachausgaben pro Schüler	[EUR]	650,00	650,00	700,00	
Schüler/innen in Ganztagschulen	[PRS]	12.615,000	10.950,000	10.130,000	
Teilnehm. Mittagessen in Ganztagschulen	[PRS]	8.890,000	7.390,000	7.011,000	

B. Erläuterungen zu 2.

KLV = Klassenverbände

*) ohne Gymnasiale Oberstufe

In der Spalte "Planung 2011" sind Prognosen für das Schuljahr 2011/2012 dargestellt. Die Ist-Daten werden einmal jährlich im Rahmen der Bundesstatistik ermittelt.

Die Kennzahlen "Schüler/innen in Ganztagschulen" und "Teilnehm. Mittagessen in Ganztagschulen" wurden ab 2008 zur Verdeutlichung der politischen Schwerpunktsetzung neu aufgenommen.

Produktgruppe: 21.01.01

Verantwortlich: Buck

Schulen der Primarstufe

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Produktbereich: 21.01

Verantwortlich: Othmer

Öffentl. Schulen d. Stadtgemeinde Bremen

Produktplan: 21

Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper

Bildung

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Leistungen des Personals sowie Einsatz investiver und konsumtiver Mittel in den Schulen der Primarstufe gemäß Landesverfassung, Schulgesetz, Schulverwaltungsgesetz sowie den daraus abgeleiteten politischen Vorgaben.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Vermittlung von Grundkenntnissen und Grundfertigkeiten, Entwicklung der verschiedenen Fähigkeiten (§18 Abs. 2 Brem.SchulG)
- Förderung der Schülerinnen und Schüler im Lebensraum Schule durch Unterricht, unterrichtsergänzende Angebote, Erziehung und Schulleben
- vorschulische Sprachförderung von Kindern, die keine Kita besuchen / und schulische Sprachförderung
- Förderdiagnostische Beobachtungen zum Schulanfang
- Förderdiagnostik und Förderung bei LRS und Dyskalkulie
- Vorkurse für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund
- Muttersprachlicher Unterricht
- Qualitätsentwicklung als Unterrichts-, Personal- und Organisationsentwicklung
- Verbindlicher Unterrichts- und Betreuungsrahmen von 8 - 13 Uhr (Verlässliche Grundschule)
- Einrichtung und Betreibung jahrgangsübergreifender Klassen
- Integration von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf
- Einrichtung, Aufbau und Betreibung von Ganztagsgrundschulen in gebundener Form
- Entwicklung von Verbünden mit Schulen der Sekundarstufe I
- Zusammenarbeit mit Schulen der Sekundarstufe I zur Gestaltung des Übergangs von Klasse 4 nach 5
- Qualitätssicherung und Profilbildung
- Durchführung von Vergleichsarbeiten VERA 3
- Optimierung der personellen und sächlichen Ausgaben durch Stärkung der Eigenverantwortung der Einzelschulen
- Einrichtung von Netzwerken zwischen Grundschulen und Diensten und Tageseinrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe

Auftragsgrundlage:

- §§ 18, 36 BremSchulG (i.V.m. §§ 4 - 6 und 9 - 14 BremSchulG)
- Beschlüsse des Senats, der Bürgerschaft und der Deputation für Bildung
- Empfehlungen der KMK

Zuzuordnende Kapitel:

3210; 3239

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	791	781	553	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	791	781	553	
Personalausgaben	46.939	44.793	44.223	
Sonst. konsumtive Ausgaben	32.269	19.287	20.871	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	3.150	5.027	3.881	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	12.961	
Gesamtausgaben	82.358	69.107	81.936	
Saldo	-81.567	-68.326	-81.383	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,96	1,13	0,67	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	1.800			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	924,5	924,5	763,6	
Personalbestand	853,2	840,4	762,8	
=> Netto-Personalbedarf	71,3	84,1	0,8	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	7,9	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	43,7	
Frauenquote	50,0	50,0	89,2	
Teilzeitquote	35,0	35,0	67,2	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	2,6	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anzahl der Unterrichtsräume [ST]	1.404,000	1.404,000		
Fläche der Unterrichtsräume in qm [M2]	91.116,00	91.116,00		
Anzahl der Turnhallen [ST]	78,000	77,000		
D. Erläuterungen zu 2. A-C				
Die Kapazitätsdaten enthalten die Flächen des Primarbereiches ohne die Kooperationsbereiche				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011		Planung 2010		Ist 2009		
Anzahl Schüler/Innen Klasse 5+6	[PRS]	0,000		0,000		198,000		
Anzahl Klassenverbände Klassen 5+6	[ST]	0,000		0,000		13,000		
Anzahl der Schulstandorte	[ST]	73,000		73,000		74,000		
Anzahl der Schüler/Innen	[PRS]	14.704,000		15.143,000		16.084,000		
Schüler/Innen im Betr.Bereich Verl. GS	[PRS]	14.704,000		15.143,000		16.084,000		
Anzahl der Klassenverbände	[PRS]	700,000		721,000		777,000		
Schüler/innen in Ganztagsschulen	[PRS]	4.000,000		3.500,000		3.399,000		
Teilnehm. Mittagessen in Ganztagsschulen	[PRS]	8.290,000		3.500,000		3.399,000		

Produktgruppe: 21.01.03	Verantwortlich: Hohenhinnebusch
Förderzentren	
Stadtgemeinde	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 21.01	Verantwortlich: Othmer
Öffentl. Schulen d. Stadtgemeinde Bremen	
Produktplan: 21	Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper
Bildung	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Leistungen des Personals in den Zentren für unterstützende Pädagogik sowie Einsatz investiver und konsumtiver Mittel zur Erfüllung ihrer Aufträge gemäß Landesverfassung, Schulgesetz, Schulverwaltungsgesetz sowie den daraus abgeleiteten politischen Vorgaben.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Unterrichtung, Erziehung und Betreuung von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen, sonderpädagogischem Förderbedarf und individuellen Problemlagen - Hinführung zu den bildungsgangspezifischen Abschlüssen - Beratung und Unterstützung der allgemeinen Schulen bei Behinderungen, sonderpädagogischem Förderbedarf und individuellen Problemlagen, auch in direkter Zusammenarbeit mit dem Zentrum für schülerbezogene Beratung und der Kinder- und Jugendhilfe - Integrierte sonderpädagogische und unterstützende Förderung von Schülerinnen und Schülern in allgemeinen Schulen der Primarstufe und der Sekundarstufe I - Aufbau von Zentren für unterstützende Pädagogik an allgemeinen Schulen - Quantitative und qualitative Gewährleistung des Unterrichts-, Förderungs-, Beratungs- und Betreuungsangebots der Schulen - Einrichtung und Betreibung von Zentren für unterstützende Pädagogik mit Ganztagsbetrieb - Teilhabe der Kooperationslerngruppen der Zentren für unterstützende Pädagogik mit dem sonderpädagogischen Schwerpunkt Wahrnehmung und Entwicklung am Ganztagsbetrieb der kooperierenden allgemeinen Schulen - Maßnahmen zur Berufsorientierung und Berufswahlvorbereitung - Qualitätssicherung und Profilbildung - Qualitätsentwicklung als Unterrichts-, Personal- und Organisationsentwicklung	
Auftragsgrundlage:	
- Art. 27 Landesverfassung - §§ 22 und 23 BremSchulG (i.V.m. §§ 4-14 und 35 BremSchulG) - Beschlüsse des Senats, der Bürgerschaft und der Deputationen für Bildung - Rahmenvorgaben der KMK - Verordnung über die Sonderpädagogische Förderung in den öffentlichen Schulen	
Zuzuordnende Kapitel:	
3211; 3239	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerales Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	19	20	69	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	19	20	69	
Personalausgaben	27.260	26.109	25.945	
Sonst. konsumtive Ausgaben	4.812	2.577	3.310	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	425	509	240	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	2.236	
Gesamtausgaben	32.497	29.195	31.731	
Saldo	-32.478	-29.175	-31.662	
Deckungsgrad (Ist. Rechnung) in %	0,06	0,07	0,22	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	504,4	505,8	462,6	
Personalbestand	485,5	483,0	470,4	
=> Netto-Personalbedarf	18,9	22,7	- 7,8	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	10,8	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	32,8	
Frauenquote	50,0	50,0	76,8	
Teilzeitquote	35,0	35,0	47,8	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	5,3	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anzahl der Unterrichtsräume [ST]	279,000	283,000		
Fläche der Unterrichtsräume in qm [M2]	16.189,00	16.379,00		
Anzahl der Turnhallen [ST]	19,000	19,000		

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anzahl der Schulstandorte	[ST]	0,000	0,000	19,000	
Anzahl der Schüler/Innen	[PRS]	1.864,000	1.903,000	1.872,000	
Anzahl der Klassenverbände	[PRS]	242,000	245,000	254,000	
Schüler/innen in Ganztagschulen	[PRS]	240,000	240,000	239,000	
Teilnehm. Mittagessen in Ganztagschulen	[PRS]	240,000	240,000	200,000	
		</			

Produktgruppe: 21.01.05	Verantwortlich: Feuser
Gesamtsch./Integr. Stadtteilsch.	
Stadtgemeinde	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 21.01	Verantwortlich: Othmer
Öffentl. Schulen d. Stadtgemeinde Bremen	
Produktplan: 21	Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper
Bildung	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Leistungen des Personals sowie Einsatz investiver und konsumtiver Mittel in den Gesamtschulen / Integr. Stadtteilschulen gemäß Landesverfassung, Schulgesetz, Schulverwaltungsgesetz sowie den daraus abgeleiteten politischen Vorgaben. Nach dem neuen Schulgesetz werden diese Schulen zu Oberschulen umgewandelt, die ersten Schulen beginnen im Schuljahr 2009/2010. Später kann diese Produktgruppe entfallen.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Förderung der Schülerinnen und Schüler im Lebensraum Schule durch Unterricht, Erziehung und Schulleben - Quantitative und qualitative Gewährleistung des Unterrichts-, Förderungs-, Beratungs- und Betreuungsangebots der Schulen - Hinführung zum Schulabschluss mit den daraus erwachsenden Berechtigungen - An einzelnen Standorten Hinführung zur Allg. Hochschulreife; Vergabe der Allg. Hochschulreife - Durchführung von Maßnahmen der Studien- und Berufsorientierung - Durchführung von Maßnahmen der Lernausgangslagenbestimmung in der 5. Jahrgangsstufe - Durchführung von Parallel- und Vergleichsarbeiten und teilzentralen Abschlussprüfungen - Qualitätssicherung und Profilbildung / Qualitätsentwicklung als Unterrichts-, Personal- und Organisationsentwicklung - Einrichtung, Ausbau und Betreibung von Ganztagschulen - Entwicklung von Verbünden mit Schulen der Primarstufe und der Sekundarstufe II - Umwandlung in Oberschulen / Aufbau Gymnasialer Oberstufen an einzelnen Standorten - Kooperation mit und Aufbau von Zentren für unterstützende Pädagogik - Aufbau von inhaltlichen und sächlichen Voraussetzungen für einen integrativen/inklusiven Umgang mit Behinderungen, sonderpädagogischem Förderbedarf und besonderen Problemlagen - Entwicklung zur Schwerpunktschule für die Integration spezifischer Förderbedarfe und Behinderungen an einzelnen Standorten - Weiterentwicklung oder Aufbau von festen Teamstrukturen mit dazu gehöriger Leitungsstruktur - Optimierung der personellen und sächlichen Ausgaben für die Schulen durch Stärkung der Eigenverantwortung der Einzelschulen	
Auftragsgrundlage:	
- §§ 16 und 17, 20 - 23, 70 BremSchulG (i.V.m. §§ 4 - 14 BremSchulG) - §§ 6, 6a, 20 BremSchulVerwG - Beschlüsse des Senats, der Bürgerschaft und der Deputationen für Bildung - Rahmenvorgaben der KMK	
Zuzuordnende Kapitel:	
3214	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	414	378	317	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	100	
Gesamteinnahmen	414	378	417	
Personalausgaben	31.952	30.385	30.917	
Sonst. konsumtive Ausgaben	13.000	8.446	8.762	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	682	1.662	609	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	4.548	
Gesamtausgaben	45.634	40.493	44.836	
Saldo	-45.220	-40.115	-44.419	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,91	0,93	0,93	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	583,5	585,2	560,3	
Personalbestand	556,0	538,6	545,9	
=> Netto-Personalbedarf	27,5	46,7	14,3	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	4,3	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	54,8	
Frauenquote	50,0	50,0	61,0	
Teilzeitquote	35,0	35,0	49,6	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	5,3	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anzahl der Unterrichtsräume [ST]	714.000	720.000		
Fläche der Unterrichtsräume in qm [M2]	47.155,00	47.465,00		
Anzahl der Turnhallen [ST]	39.000	39.000		
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011		Planung 2010		Ist 2009		
Anzahl der Schulstandorte	[ST]	13,000		13,000		13,000		
Anzahl der Schüler/Innen GyO	[PRS]	650,000		650,000		770,000		
Anzahl der Hauptschüler/Innen	[PRS]	0,000		0,000		0,000		
Anzahl Gym-Schüler/Innen (5-10)	[PRS]	0,000		0,000		169,000		
Anzahl der Realschüler/Innen	[PRS]	0,000		0,000		0,000		
Anzahl der Schüler/Innen	[PRS]	7.857,000		8.024,000		8.606,000		
Anzahl der Klassenverbände	[PRS]	349,000		357,000		356,000		
Schüler/innen in Ganztagsschulen	[PRS]	3.600,000		3.400,000		3.168,000		
Teilnehm. Mittagessen in Ganztagsschulen	[PRS]	1.700,000		1.650,000		1.565,000		

Produktgruppe: 21.01.07	Verantwortlich: Feuser
Schulzentren der Sekundarstufe I	
Stadtgemeinde	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 21.01	Verantwortlich: Othmer
Öffentl. Schulen d. Stadtgemeinde Bremen	
Produktplan: 21	Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper
Bildung	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Leistungen des Personals sowie Einsatz investiver und konsumtiver Mittel in den Schulzentren der Sekundarstufe I gemäß Landesverfassung, Schulgesetz, Schulverwaltungsgesetz sowie den daraus abgeleiteten politischen Vorgaben. Nach dem neuen Schulgesetz werden diese Schulen zu Oberschulen umgewandelt, die ersten Schulen beginnen im Schuljahr 2009/2010. Später kann diese Produktgruppe entfallen.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Förderung der Schülerinnen und Schüler im Lebensraum Schule durch Unterricht, Erziehung und Schulleben - Quantitative und qualitative Gewährleistung des Unterrichts-, Förderungs-, Beratungs- und Betreuungsangebots der Schulen - Hinführung zu den bildungsgangspezifischen Abschlüssen - An einzelnen Standorten Hinführung zur Allg. Hochschulreife; Vergabe der Allg. Hochschulreife - Durchführung von Maßnahmen der Studien- und Berufsorientierung - Durchführung von Maßnahmen der Lernausgangslagenbestimmung in der 5. Jahrgangsstufe - Durchführung von Parallel- und Vergleichsarbeiten und teilzentralen Abschlussprüfungen - Qualitätssicherung und Profilbildung - Qualitätsentwicklung als Unterrichts-, Personal- und Organisationsentwicklung - Einrichtung, Ausbau und Betreibung von Ganztagschulen - Einrichtung und Betreibung von Verbünden mit Schulen der Primarstufe und der Sekundarstufe II - Umwandlung in Oberschulen / Aufbau Gymnasialer Oberstufen an einzelnen Standorten - Kooperation mit und Aufbau integrierter Zentren für unterstützende Pädagogik - Aufbau von inhaltlichen und sächlichen Voraussetzungen für einen integrativen/inklusive Umgang mit Behinderungen, sonderpädagogischem Förderbedarf und besonderen Problemlagen - Entwicklung zur Schwerpunktschule für die Integration spezifischer Förderbedarfe und Behinderungen an einzelnen Standorten - Weiterentwicklung oder Aufbau von festen Teamstrukturen mit dazu gehöriger Leitungsstruktur - Optimierung der personellen und sächlichen Ausgaben für die Schulen durch Stärkung der Eigenverantwortung der Einzelschulen	
Auftragsgrundlage:	
- §§ 16, 17, 20 - 23, 70 BremSchulG (i.V.m. §§ 4 - 14 BremSchulG) - §§ 6, 6a, 20 BremSchulVerwG - Beschlüsse des Senats, der Bürgerschaft und der Deputationen für Bildung - Rahmenvorgaben der KMK	
Zuzuordnende Kapitel:	
3215	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	482	442	223	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	482	442	223	
Personalausgaben	41.892	39.871	40.871	
Sonst. konsumtive Ausgaben	22.281	11.467	11.481	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	2.171	1.262	2.570	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	10.848	
Gesamtausgaben	66.344	52.600	65.770	
Saldo	-65.862	-52.158	-65.547	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,73	0,84	0,34	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	766,8	768,2	753,1	
Personalbestand	734,1	728,4	756,8	
=> Netto-Personalbedarf	32,8	39,8	- 3,7	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	5,8	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	52,1	
Frauenquote	50,0	50,0	62,0	
Teilzeitquote	35,0	35,0	53,2	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	2,7	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anzahl der Unterrichtsräume [ST]	1.013,000	1.029,000		
Fläche der Unterrichtsräume in qm [M2]	68.080,00	69.153,00		
Anzahl der Turnhallen [ST]	47,000	47,000		

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anzahl Schüler/Innen der Sekundarschule	[PRS]	0,000	0,000	5.359,000	
Anzahl der Schulstandorte	[ST]	18,000	18,000	19,000	
Anzahl der Schüler/Innen der SEK I	[PRS]	11.093,000	11.517,000	11.520,000	
Anzahl der Hauptschüler/Innen	[PRS]	0,000	0,000	91,000	
Anzahl der Realschüler/Innen	[PRS]	0,000	0,000	0,000	
Anzahl Gym-Schüler/Innen (5-10)	[PRS]	0,000	0,000	5.271,000	
Anzahl der ausl. Schüler/Innen	[PRS]	0,000	0,000	199,583	
Anzahl der Klassenverbände	[PRS]	472,000	490,000	509,000	
Schüler/innen in Ganztagschulen	[PRS]	4.200,000	3.350,000	2.923,000	
Teilnehm. Mittagessen in Ganztagschulen	[PRS]	1.950,000	1.650,000	1.517,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

Produktgruppe: 21.01.09

Verantwortlich: Dr. Fiedler

Schulen d. Sek.-Stufe II-GyO

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Produktbereich: 21.01

Verantwortlich: Othmer

Öffentl. Schulen d. Stadtgemeinde Bremen

Produktplan: 21

Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper

Bildung

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Leistungen des Personals in den Schulen der Sekundarstufe II - Gymnasiale Oberstufe - gemäß Landesverfassung, Schulgesetz, Schulverwaltungsgesetz sowie den daraus abgeleiteten politischen Vorgaben.
Für den Fall der flächendeckender Verbindung von Sek I und Sek IIA zu durchgängigen Oberschulen kann diese Produktgruppe in den Folgejahren entfallen.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Vermittlung einer vertieften allgemeinen Grundbildung mit individueller Schwerpunktbildung als Studien- und Berufsvorbereitung durch ein System von verbindlichen und fakultativen Unterrichtsveranstaltungen
- Förderung der Schülerinnen und Schüler im Lebensraum Schule durch Unterricht, Erziehung und Schulleben
- Durchführung von Maßnahmen der Studien- und Berufsorientierung
- Vergabe der Allgemeinen Hochschulreife
- Quantitative und qualitative Gewährleistung des Unterrichts-, Förderungs-, Betreuungs- und Beratungsangebots der Schulen
- Umsetzung der Schulzeitverkürzung
- Gestaltung und Organisation der Einführungsphase als Scharnier zwischen den Sekundarstufen und den Bildungsgängen
- Zusammenarbeit mit den Schulen des Sekundarbereichs I
- Qualitätssicherung und Profilbildung
- Qualitätsentwicklung als Unterrichts-, Personal- und Organisationsentwicklung
- Gestaltung von Verbünden und Kooperationen mit Schulen der Sekundarstufe I
- Optimierung der personellen und sächlichen Ausgaben für die Schulen durch Stärkung der Eigenverantwortung der Einzelschulen
- Quantitative und qualitative Gewährleistung des Förderungs-, Beratungs- und Betreuungsangebots der Schulen

Auftragsgrundlage:

- § 20 Abs. 4 BremSchulG (i.V.m. §§ 4 - 14 BremSchulG)
- Beschlüsse des Senats, der Bürgerschaft und der Deputationen für Bildung
- Rahmenvorgaben der KMK

Zuzuordnende Kapitel:

3216

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	13.418	12.579	10.807	
Sonst. konsumtive Ausgaben	0	0	0	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	13.418	12.579	10.807	
Saldo	-13.418	-12.579	-10.807	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	244,1	244,5	191,1	
Personalbestand	203,4	191,2	203,6	
=> Netto-Personalbedarf	40,6	53,3	- 12,6	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	11,1	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	55,8	
Frauenquote	50,0	50,0	45,0	
Teilzeitquote	35,0	35,0	53,0	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	2,1	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				
Konsumtiven und investiven Einnahmen und Ausgaben siehe 21.01.11				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011		Planung 2010		Ist 2009		
Anzahl der Schulstandorte	[ST]	0,000		0,000		7,000		
Anzahl der Schüler/Innen	[PRS]	3.636,000		3.530,000		3.105,000		

Produktgruppe: 21.01.11		Verantwortlich: Platter
Schulen d. Sek.-Stufe II-BS		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 21.01		Verantwortlich: Othmer
Öffentl. Schulen d. Stadtgemeinde Bremen		
Produktplan: 21		Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper
Bildung		
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:		
Leistungen der Lehrkräfte, des Personals für die fachpraktische Unterweisung und des nichtunterrichtlichen Einsatzes sowie des Einsatzes investiver und konsumtiver Mittel in den Schulen der Sekundarstufe II - Berufsbildende Schulen zur Erfüllung ihres Auftrages gemäß Landesverfassung, Schulgesetz, Schulverwaltungsgesetz sowie den daraus abgeleiteten politischen Vorgaben.		
Auftrag/Ziele/Perspektiven:		
- Vermittlung bzw. Mitwirkung bei der Vermittlung allgemeiner und fachlicher Lerninhalte unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen der Berufsausbildung, der Berufsvorbereitung, der Vermittlung schulischer Abschlüsse und der berufsbezogenen Weiterqualifikation - Hinführung zu berufsfeld-, bildungsgangspezifischen und weiterführenden Abschlüssen - Förderung der Schülerinnen und Schüler im Lebensraum Schule durch Unterricht, Erziehung und Schulleben - Innovative Veränderung der beruflichen Bildung in der Schule - Quantitative und qualitative Gewährleistung des Unterrichts-, Förderungs- und Betreuungsangebots der Schulen - Kooperation der Schulen mit allen an der beruflichen Bildung beteiligten Betrieben und Institutionen - Entwicklung der Beruflichen Schulen zu Regionalen Berufsbildungszentren - Verstärkung der Lernortkooperation Schule - Betrieb - Vergrößerung der Durchlässigkeit beruflicher Bildungswege: Durchgängigkeit von der Erstausbildung zum Studium - Kooperation mit der Sekundarstufe I und dem tertiären Bildungsbereich zur Verbesserung der Ausbildungs- und Berufsorientierung - Optimierung der personellen und sächlichen Ausgaben für die Schulen durch Stärkung der Eigenverantwortung der Einzelschulen (Pädagogische, personelle, organisatorische und wirtschaftliche Eigenverantwortung)		
Auftragsgrundlage:		
- §§ 25 - 33 BremSchulG (i.V.m. §§ 4 - 14 BremSchulG) - §§ 7 (und weitere) BBiG - Beschlüsse des Senats, der Bürgerschaft und der Deputationen für Bildung - Rahmenvorgaben der KMK und des BMWi		
Zuzuordnende Kapitel:		
0201; 3216		

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerales Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	1.472	1.462	1.217	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	811	
Gesamteinnahmen	1.472	1.462	2.028	
Personalausgaben	57.067	54.168	56.755	
Sonst. konsumtive Ausgaben	18.565	7.563	10.261	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	1.563	2.128	2.199	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	11.057	
Gesamtausgaben	77.195	63.859	80.272	
Saldo	-75.723	-62.397	-78.244	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	1,91	2,29	2,53	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	1.035,6	1.037,4	903,6	
Personalbestand	960,7	988,3	898,1	
=> Netto-Personalbedarf	74,9	49,1	5,5	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	8,1	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	46,2	
Frauenquote	50,0	50,0	41,3	
Teilzeitquote	35,0	35,0	38,1	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	3,0	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anzahl der Unterrichtsräume [ST]	1.076,000	1.076,000		
Fläche der Unterrichtsräume in qm [M2]	80.505,00	80.505,00		
Anzahl der Turnhallen [ST]	34,000	34,000		

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Die Kameralen Finanzdaten enthalten alle Einnahmen/Ausgaben des Kapitels 3216 (d.h. auch die der Gymnasialen Oberstufen und der Schule für Erwachsene).

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009				
Anzahl der Schulstandorte	[ST]	16,000	16,000	16,000				
Anzahl der Schüler/Innen in Teilzeit	[PRS]	15.057,000	15.055,000	14.991,000				
Anzahl der Schüler/Innen in Vollzeit	[PRS]	5.658,000	5.706,000	6.059,000				
Anzahl der Klassenverbände	[PRS]	1.000,000	1.002,000	1.018,000				
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009				
C. Vergleichskennzahlen								
Schüler-Lehrer-Relation		Bremen	Hamburg	Berlin	BaWü	Bayern	Nieders.	NRW
S-L-R 2005/2006 Berufliche Schulen	[PRS]	24,1	21,7	21,9	20,0	26,3	22,1	25,8
S-L-R 2006/2007 Berufliche Schulen	[PRS]	24,6	21,7	21,8	19,8	26,1	21,9	25,8
S-L-R 2007/2008 Berufliche Schulen	[PRS]	25,3	22,1	21,9	20,2	26,0	20,7	26,3
Unterrichtsausfall (Stadtgem. Bremen)		SJ 2007/08	SJ 2006/07	SJ 2005/06	SJ 2004/05			
Unterrichtsausfall Sek.-Stufe II/BS	[%]	1,9	1,9	1,7	1,7			
D. Erläuterungen zu 3. A-C								
In der Spalte "Planung 2011" sind Prognosen für das Schuljahr 2011/2012 dargestellt. Die Ist-Daten werden einmal jährlich im Rahmen der Bundesstatistik ermittelt.								
Die Vergleichskennzahlen stellen die S-L-R bezogen auf öffentliche und private Schulen der Bundesländer dar.								

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	0	1.472
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	0	1.472
Personalausgaben	0	57.067
Sonst. konsumtive Ausgaben	0	18.565
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	1.563
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	0	77.195
Saldo	0	-75.723
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	1.035,6
Personalbestand	0,0	960,7
=> Netto-Personalbedarf	0,0	74,9
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011
Anzahl der Klassenverbände [PRS]		1.000,000
Anzahl der Schüler/Innen in Teilzeit [PRS]		15.057,000
Anzahl der Schüler/Innen in Vollzeit [PRS]		5.658,000
Anzahl der Schulstandorte [ST]		16,000

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 21.01.13	Verantwortlich: Dr. Fiedler
Durchgängige Gymnasien	
Stadtgemeinde	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 21.01	Verantwortlich: Othmer
Öffentl. Schulen d. Stadtgemeinde Bremen	
Produktplan: 21	Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper
Bildung	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Leistungen des Personals sowie Einsatz investiver und konsumtiver Mittel in den Schulen der Sekundarstufe II - Gymnasiale Oberstufe - gemäß Landesverfassung, Schulgesetz, Schulverwaltungsgesetz sowie den daraus abgeleiteten politischen Vorgaben.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Vermittlung einer allgemeinen Grundbildung mit individueller Schwerpunktbildung in den Jahrgangsstufen 5 bis 12 im verkürzten gymnasialen Bildungsgang (Gy 8) bzw. Jahrgangsstufen 11 bis 13 (Gy 9; bis 2012 auslaufend) und Studien- und Berufsvorbereitung durch ein System von verbindlichen und fakultativen Unterrichtsveranstaltungen in der Qualifikationsphase der GYO - Vergabe der Allgemeinen Hochschulreife - Quantitative und qualitative Gewährleistung des Unterrichts-, Förderungs-, Betreuungs- und Beratungsangebots der Schulen, Qualitätssicherung und Profilbildung - Durchführung von Maßnahmen der Studien- und Berufsorientierung in beiden Stufen - Qualitätsentwicklung als Unterrichts-, Personal- und Organisationsentwicklung - Durchführung von Parallel- und Vergleichsarbeiten und Abschlussprüfungen - Umsetzung des verkürzten gymnasialen Bildungsganges in der Regelform - Gestaltung und Organisation der Einführungsphase der Gymnasialen Oberstufe als Scharnier zwischen den Sekundarstufen und den Bildungsgängen - Abbau der Wiederholerquoten - Optimierung der personellen und sächlichen Ausgaben für die Schulen durch Stärkung der Eigenverantwortung der Einzelschulen - Quantitative und qualitative Gewährleistung des Förderungs-, Beratungs- und Betreuungsangebots der Schulen - Einrichtung von Netzwerken zwischen Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe an einzelnen Standorten	
Auftragsgrundlage:	
- § 20 Abs. 3 und 4 BremSchulG (i.V.m. §§ 4 - 14 BremSchulG) - Beschlüsse des Senats, der Bürgerschaft und der Deputationen für Bildung - Rahmenvorgaben der KMK	
Zuzuordnende Kapitel:	
3217	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	19	19	43	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	19	19	43	
Personalausgaben	22.914	21.603	21.519	
Sonst. konsumtive Ausgaben	5.364	3.209	3.409	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	477	553	632	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	2.126	
Gesamtausgaben	28.755	25.365	27.686	
Saldo	-28.736	-25.346	-27.643	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,07	0,07	0,16	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	424,1	424,4	396,6	
Personalbestand	388,2	387,6	411,8	
=> Netto-Personalbedarf	35,9	36,8	- 15,3	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	15,5	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	40,7	
Frauenquote	50,0	50,0	53,8	
Teilzeitquote	35,0	35,0	47,2	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	2,5	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anzahl der Unterrichtsräume [ST]	287,000	287,000		
Fläche der Unterrichtsräume in qm [M2]	18.816,00	18.816,00		
Anzahl der Turnhallen [ST]	12,000	12,000		

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011		Planung 2010		Ist 2009		
Anzahl der Schulstandorte	[ST]	8,000		8,000		8,000		
Anzahl der Schüler/Innen 5-10	[PRS]	4.190,000		4.270,000		4.305,000		
Anzahl der Schüler/Innen GyO	[PRS]	4.552,000		4.251,000		4.012,000		
Anzahl der Klassenverbände 5-10	[ST]	155,000		156,000		156,000		
Schüler/innen in Ganztagschulen	[PRS]	575,000		460,000		401,000		
Teilnehm. Mittagessen in Ganztagschulen	[PRS]	400,000		350,000		330,000		

D. Erläuterungen zu 3. A-C

Die Vergleichskennzahlen stellen die S-L-R bezogen auf öffentliche und private Schulen der Bundesländer dar.

Produktgruppe: 21.01.15

Verantwortlich: Dr. Fiedler

Schule für Erwachsene

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Produktbereich: 21.01

Verantwortlich: Othmer

Öffentl. Schulen d. Stadtgemeinde Bremen

Produktplan: 21

Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper

Bildung

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Leistungen des Personals in der Erwachsenenenschule gemäß Landesverfassung, Schulgesetz, Schulverwaltungsgesetz sowie den daraus abgeleiteten politischen Vorgaben.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Erwachsenengemäße Bildungswege zur Erreichung der Ziele von Oberschule und Gymnasium
- Hinführung zu den bildungsgangspezifischen Abschlüssen
- Durchführung von Externenprüfungen zur Erlangung allgemeinbildender Schulabschlüsse
- Optimierung der personellen und sächlichen Ausgaben für die Schule durch Stärkung der Eigenverantwortung der Schule
- Quantitative und qualitative Gewährleistung des Unterrichts-, Förderungs- und Beratungsangebots der Schule
- Qualitätsentwicklung als Unterrichts-, Personal- und Organisationsentwicklung

Auftragsgrundlage:

- §§ 24, 39 und 40 BremSchulG (i.V.m. §§ 4 - 14 BremSchulG)
- Beschlüsse des Senats, der Bürgerschaft und der Deputationen für Bildung
- Rahmenvorgaben der KMK

Zuzuordnende Kapitel:

3216

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	3.630	3.429	3.269	
Sonst. konsumtive Ausgaben	0	0	0	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	3.630	3.429	3.269	
Saldo	-3.630	-3.429	-3.269	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	60,5	60,5	56,1	
Personalbestand	46,1	49,5	55,1	
=> Netto-Personalbedarf	14,3	11,0	1,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	0,7	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	82,8	
Frauenquote	50,0	50,0	52,2	
Teilzeitquote	35,0	35,0	40,5	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,9	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Fläche der Unterrichtsräume in qm [M2]	2.519,00	2.519,00		
Anzahl der Unterrichtsräume [ST]	41,000	41,000		
D. Erläuterungen zu 2. A-C				
Konsumtive und investive Einnahmen und Ausgaben (siehe 21.01.11).				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011		Planung 2010		Ist 2009			
Anzahl der Schulstandorte [ST]		1,000		1,000		1,000			
Anzahl der Schüler/Innen [PRS]		701,000		701,000		759,000			
Anzahl der Klassenverbände [PRS]		36,000		36,000		42,000			

Produktgruppe: 21.01.17	Verantwortlich: Feuser
Oberschule	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 21.01	Verantwortlich: Othmer
Öffentl. Schulen d. Stadtgemeinde Bremen	
Produktplan: 21	Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper
Bildung	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Leistungen des Personals sowie Einsatz investiver und konsumtiver Mittel in den Oberschulen gemäß Landesverfassung, Schulgesetz, Schulverwaltungsgesetz sowie den daraus abgeleiteten politischen Vorgaben. Aufbauend im Umwandlungsprozess von Schulzentren der Sekundarstufe I oder Gesamtschulen / Integr. Stadtteilschulen sowie in Abwicklung der Bildungsgänge gem. BrSchG v. 28.06.05	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Aufbau von Oberschulstrukturen und -merkmalen - Vermittlung einer gemeinsamen Grundbildung bei zunehmender Differenzierung - Förderung der Schülerinnen und Schüler durch Unterricht, Erziehung, Betreuung und Schulleben - Quantitative und qualitative Gewährleistung des Unterrichts-, Förderungs-, Beratungs- und Betreuungsangebots der Schulen - Hinführung zur Berufsbildungsreife, zum Mittleren Schulabschluss und zur Allg. Hochschulreife - Vorbereitung und Einrichtung eines integrierten Bildungsgangs zur Erreichung der Allg. Hochschulreife nach 8 Jahren an einzelnen Standorten - Aufbau Gymnasialer Oberstufen an einzelnen Standorten - Durchführung von Maßnahmen der Studien- und Berufsorientierung - Durchführung von Maßnahmen der Lernausgangslagenbestimmung in der 5. Jahrgangsstufe - Durchführung von Parallel- und Vergleichsarbeiten und teilzentralen Abschlussprüfungen - Qualitätssicherung und Profilbildung / Qualitätsentwicklung als Unterrichts-, Personal- und Organisationsentwicklung - Einrichtung, Ausbau und Betreibung von Ganztagschulen - Einrichtung und Betreibung von Verbünden mit Schulen der Primarstufe und der Sekundarstufe II - Kooperation mit Zentren für unterstützende Pädagogik - Aufbau von inhaltlichen und sächlichen Voraussetzungen für einen integrativen/inklusiven Umgang mit Behinderungen, sonderpädagogischem Förderbedarf und besonderen Problemlagen - Weiterentwicklung oder Aufbau von festen Teamstrukturen mit dazu gehöriger Leitungsstruktur - Optimierung der personellen und sächlichen Ausgaben für die Schulen durch Stärkung der Eigenverantwortung der Einzelschulen	
Auftragsgrundlage:	
- §§ 16, 17, 20 - 23 BremSchulG (i.V.m. §§ 4 - 14 BremSchulG) - §§ 6, 6a, 20 BremSchulVerwG - Beschlüsse des Senats, der Bürgerschaft und der Deputationen für Bildung - Rahmenvorgaben der KMK	
Zuzuordnende Kapitel:	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	0	0	0	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	0	0	0	
Saldo	0	0	0	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Der Ressourceneinsatz der künftigen Oberschulen wird in diesem Aufstellungsverfahren noch bei den bisherigen Produktgruppen (21.01.05, 21.01.07) dargestellt.

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anzahl der Schüler/Innen der SEK I	[PRS]	18.252,000	18.745,000		
Anzahl der Schüler/Innen GyO	[PRS]	3.997,000	4.090,000		
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Die Kennzahl unter A. beruht auf der Schülerzahlprognose für die Oberschulen, vorausgesetzt das geplante Zweisäulensystem wäre bereits umgesetzt. Im Schuljahr 2009/2010 wurde mit 10 Schulen ein Anfang gemacht; es werden voraussichtlich 840 Schüler/Innen den 5. Jahrgang an den Oberschulen besuchen.					

Produktbereich: 21.02

Verantwortlich: Othmer

Öffentl. Schulen d.Stadtgem. Bremerhaven

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Kostenerstattung des Landes Bremen an die Stadtgemeinde Bremerhaven für Personalausgaben der Lehrkräfte und zur Erfüllung von Landesaufgaben entsprechend dem Finanzaufweisungsgesetz.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Versorgung (Lehrer) der Schulen der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven entsprechend den vom Parlament im Haushaltsgesetz festgelegten Parametern für die Gemeinden.

Langfristige Perspektiven:

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	93.911	92.462	88.436	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	93.911	92.462	88.436	
Saldo	-93.911	-92.462	-88.436	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Schüler an allg.bildenden Schulen	[PRS]	11.475,000	11.746,000	12.115,000	
Schüler an beruflichen Schulen (VZ)	[PRS]	1.388,000	1.437,000	1.508,000	
Schüler/Innen an berufl. Schulen (TZ)	[PRS]	4.293,000	4.432,000	4.245,000	
KLV an allg. bildenden Schulen *	[ST]	450,000	460,000	468,000	
KLV an beruflichen Schulen (VZ)	[ST]	75,000	75,000	82,000	
KLV im Teilzeitbereich	[ST]	210,000	210,000	220,000	
Schüler-Lehrer-Relation	[PRS]	16,100	16,300	16,500	
Wiederholerquote	[%]	2,00	2,00	3,30	
Personalausgaben pro Schüler	[EUR]	4.600,00	4.490,00	4.486,00	
Sachausgaben pro Schüler	[EUR]	210,00	200,00	153,00	
Schüler/innen in Ganztagschulen	[PRS]	1.900,000	1.900,000	1.900,000	
Teilnehm. Mittagessen in Ganztagschulen	[PRS]	1.500,000	1.500,000	1.500,000	

B. Erläuterungen zu 2.

KLV = Klassenverbände

*) ohne Gymnasiale Oberstufe

In der Spalte "Planung 2011" sind Prognosen für das Schuljahr 2011/2012 dargestellt.

Die Ist-Daten werden einmal jährlich im Rahmen der Bundesstatistik ermittelt.

Produktgruppe: 21.02.01		Verantwortlich: Moning
Kostenerst. PersAusg. Lehrkr. u. Sonst.		
Land		

1. Basisinformationen

Produktbereich: 21.02		Verantwortlich: Othmer
Öffentl. Schulen d.Stadtgem. Bremerhaven		
Produktplan: 21		Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper
Bildung		
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:		
Kostenerstattung des Landes Bremen an die Stadtgemeinde Bremerhaven für Personalausgaben der Lehrkräfte entsprechend Finanzzuweisungsgesetz und zur Erfüllung von Landesaufgaben.		
Auftrag/Ziele/Perspektiven:		
Gleichwertige Versorgung mit Lehrkräften in den Schulen der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven		
Auftragsgrundlage:		
- Bremisches Finanzzuweisungsgesetz (FZG)		
Zuzuordnende Kapitel:		
0201		

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerales Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	93.911	92.462	88.436	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	93.911	92.462	88.436	
Saldo	-93.911	-92.462	-88.436	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Siehe Anlage zum kameralen Haushalt zur Berechnung der Personalkostenerstattung für Lehrkräfte in Bremerhaven.

C. Vergleichskennzahlen

Produktbereich: 21.03

Verantwortlich: Othmer

Sonstige Bildungseinrichtungen

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Zuschuss zu den Leistungen der Träger privater Schulen im Lande Bremen zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäß Schulgesetz, Schulverwaltungsgesetz und Privatschulgesetz, Leistungen des Berufsbildungswerks im Rahmen der berufsschulischen Ausbildung behinderter Jugendlicher

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Einbeziehung der Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulen) in verbindliche Elemente der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung: Vergleichsarbeiten, teilzentrale Abschlussprüfungen

Langfristige Perspektiven:

Beibehaltung des erreichten Niveaus

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	700	675	598	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	700	675	598	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	25.073	25.073	23.672	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	25.073	25.073	23.672	
Saldo	-24.373	-24.398	-23.074	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	2,79	2,69	2,53	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	0,0		
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	0,0		
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	0,0		
Frauenquote	50,0	0,0		
Teilzeitquote	35,0	0,0		
Schwerbehindertenquote	6,0	0,0		
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Schulstandorte Privatschulen (Land)	[ST]	20,000	20,000	19,000	
Schüler/Innen an Privatschulen (Land)	[PRS]	6.574,000	6.481,000	6.629,000	
Schüler/Innen an allg.bildend. Privatsch	[PRS]	5.562,000	5.469,000	5.660,000	
KLV an allg.bildend. Privatschulen (HB)*	[ST]	203,000	200,000	192,000	
Schüler/In allg.bild.Privatsch. (BHV)	[PRS]	1.012,000	1.012,000	969,000	
KLV an allg.bildend. Privatschulen (BHV)	[ST]	40,000	40,000	40,000	
Schüler/Innen am Berufsbildungswerk	[PRS]	440,000	440,000	449,000	
KLV im Berufsbildungswerk	[ST]	40,000	40,000	44,000	

B. Erläuterungen zu 2.

KLV = Klassenverbände

*) ohne Gymnasiale Oberstufe

In der Spalte "Planung 2011" sind Prognosen für das Schuljahr 2011/2012 dargestellt.
Die Ist-Daten werden einmal jährlich im Rahmen der Bundesstatistik ermittelt.

Produktgruppe: 21.03.01		Verantwortlich: Henschen
Schulen in freier Trägerschaft		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 21.03		Verantwortlich: Othmer
Sonstige Bildungseinrichtungen		
Produktplan: 21		Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper
Bildung		
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:		
Bezuschussung der Leistungen der Träger von Ersatzschulen in freier Trägerschaft im Lande Bremen zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäß Landesverfassung, Schulgesetz, Schulverwaltungsgesetz und dem Privatschulgesetz.		
Auftrag/Ziele/Perspektiven:		
Ausführung des Brem. Privatschulgesetzes Ziele: - Einbeziehung der Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulen) in verbindliche Elemente der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung: Vergleichsarbeiten, teilszentrale Abschlussprüfungen; - Mitwirkung der privaten Ersatzschulen in der 2. Phase der Lehrerbildung - Festlegung bestimmter Verpflichtungen der Schulen in freier Trägerschaft im Rahmen der Weiterentwicklung des Privatschulgesetzes: Förder- und Halteverpflichtung; Migrantenquote		
Auftragsgrundlage:		
- Brem. Privatschulgesetz - § 1 Abs. 2 BremSchulG		
Zuzuordnende Kapitel:		
0201; 3239		

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	700	675	598	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	700	675	598	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	23.221	23.221	21.909	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	23.221	23.221	21.909	
Saldo	-22.521	-22.546	-21.311	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	3,01	2,91	2,73	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal konsumtiv investiv	0 0 0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

C. Vergleichskennzahlen

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	470	230
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	470	230
Personalausgaben	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	23.170	51
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	23.170	51
Saldo	-22.700	179
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 21.03.02	Verantwortlich: Ewert
Berufsbildungswerk	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 21.03	Verantwortlich: Othmer
Sonstige Bildungseinrichtungen	
Produktplan: 21	Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper
Bildung	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Leistungen zur Finanzierung der Ausgaben für die berufsschulische Ausbildung behinderter Jugendlicher	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Verwirklichung des Rechtes auf Bildung für behinderte Jugendliche in den Ausbildungsmaßnahmen des Berufsbildungswerkes und Erfüllung ihrer Verpflichtung zum Berufsschulbesuch - Quantitative und qualitative Vergleichbarkeit der Schulversorgung mit den Standards öffentlicher beruflicher Schulen - Bedarfsorientierter Zuschuss zum Ressourceneinsatz gemäß dem jährlichen Wirtschaftsplan - Unterstützung des Berufsbildungswerkes bei der Erfüllung gesetzlich übertragener und vertraglich übernommener Aufgaben - Transparenz und Vergleichbarkeit der Ausgaben und Leistungen mit denen der öffentlichen beruflichen Schulen	
Auftragsgrundlage:	
- Art. 29 Brem. Landesverfassung - §§ 25 und 30 BremSchulG - Vertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen (Land) und dem Berufsbildungswerk v. 18.9.1979	
Zuzuordnende Kapitel:	
0201	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.852	1.852	1.763	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	1.852	1.852	1.763	
Saldo	-1.852	-1.852	-1.763	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Das Berufsbildungswerk erhält eine institutionelle Förderung.

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anzahl der Schulstandorte	[ST]	1,000	1,000	1,000	
Anzahl der Schüler/Innen in Teilzeit	[PRS]	440,000	440,000	449,000	
Anzahl der Klassenverbände (TZ)	[ST]	40,000	40,000	44,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
In der Spalte "Planung 2011" sind Prognosen für das Schuljahr 2011/2012 dargestellt. Die Ist-Daten werden einmal jährlich im Rahmen der Bundesstatistik ermittelt.					

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Landesinstitut für Schule:

- Leistungen des Landesinstituts für Schule in den Bereichen Lehrerbildung und -fortbildung, Schulentwicklung, Medienerziehung und -service, zentrale Abschlussarbeiten und Curriculumentwicklung
- Leistungen im Rahmen der schülerbezogenen Beratung

Sonstige schulbezogene Förderungen:

Aufwendungen und Zuschüsse für Leistungen der Schulen der Stadtgemeinde Bremen zur Erfüllung besonderer Aufgaben in Unterricht und Schulleben wie

- Schulsport, Sportprofile, Musikprofile
- Koordinierung großer Schülerwettbewerbe
- schulübergreifende Veranstaltungen zu Projekten der demokratischen und ästhetischen Erziehung
- Drittmittelprojekte
- Schüleraustausch
- Sozialintegrative Fördermaßnahmen und unterrichtsergänzende Maßnahmen
- Mobile Schulausstattung

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Sonstige schulbezogene Maßnahmen:

- Weiterführung des Programms "Ausstattung der Schulen im Bereich Informationstechnologie und Neue Medien"
- Weiterführung der Sondermaßnahmen zur Stützung der Innovation im Schulbereich nach aufgabenkritischer Wirkungsanalyse

Maßnahmen im Rahmen der "Schulentwicklung"

Am 30.10.2008 haben der Fachausschuss Schulentwicklung und die Deputation für Bildung Empfehlungen zur Schulentwicklung beschlossen.

Der Bremer Schulentwicklungsplan ist Grundlage für die Haushaltsaufstellung 2010. Die Verbesserung der Qualität von Schule und Unterricht sowie Entkopplung von sozialer Herkunft und Schulerfolg sind die formulierten Ziele für die Weiterentwicklung des Schulsystems. Im Rahmen der "Schwerpunktmittel" des Senats wurden die Ressourcen für die entsprechende Umsetzung zur Verfügung gestellt.

Langfristige Perspektiven:

- Verstärkte Ausrichtung des Dienstleistungsangebots des LIS entsprechend der tatsächlichen Nachfrage/Bedarfslage in den Schulen bei gleichzeitiger Umstellung der Budgetierung ("Einkauf nach Bedarf")
- Umsetzung der Maßnahmen der "Schulentwicklung"

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	1.673	1.672	1.543	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	122	
Gesamteinnahmen	1.673	1.672	1.665	
Personalausgaben	31.086	31.833	33.392	
Sonst. konsumtive Ausgaben	16.568	13.719	12.049	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	11.594	10.018	12.175	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	363	
Gesamtausgaben	59.248	55.570	57.979	
Saldo	-57.575	-53.898	-56.314	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	2,82	3,01	2,87	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	151,4	158,4	157,9	
Personalbestand	146,2	145,8	160,0	
=> Netto-Personalbedarf	5,2	12,6	- 2,1	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	27,0	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	19,0	
Frauenquote	50,0	50,0	65,3	
Teilzeitquote	35,0	35,0	33,2	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	3,7	
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Teilnehmer/in an Qualifiz. u. Beratung	[PRS]	10.300,000	10.300,000	7.976,000	
Anzahl der Modellversuche	[ST]	0,000	0,000	2,000	
Ausgabe von Verleihmedien	[ST]	10.800,000	13.000,000	12.897,000	
Abgänge Referendare	[PRS]	316,000	301,000	311,000	
Nutzer der Bibliothek im LIS	[PRS]	10.500,000	10.500,000	9.612,000	

B. Erläuterungen zu 2.

Die Modellversuche liefen nur bis 2009, da seit den 01.01.2007 der Bund Mittel für die neue Gemeinschaftsaufgabe "Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesen im nationalen Vergleich" den Ländern zur Verfügung stellt.

Produktgruppe: 21.04.02		Verantwortlich: Fleischer-Bickmann
Landesinstitut für Schule		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 21.04		Verantwortlich: Othmer
Schulbezogene Förderungen		
Produktplan: 21		Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper
Bildung		
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:		
Leistungen des LIS		
Auftrag/Ziele/Perspektiven:		
Wahrnehmung von Aufgaben wie: -Lehrerausbildung -fortbildung -Schulentwicklung und Maßnahmen der Personalentwicklung -Entwicklung von Bildungsplänen -Qualitätssicherung und Innovationsförderung -Medienpädagogik und -didaktik -Schülerbezogene Beratung -Bibliothek für Lehrerinnen und Lehrer Zur Durchführung der veränderten Steuerungsstruktur sind die geeigneten haushaltsrechtlichen Instrumente einzusetzen		
Auftragsgrundlage:		
- Lehrerausbildungsgesetz der Senatorin für Bildung - Ziel- und Leistungsvereinbarung mit der Senatorin für Bildung und Wissenschaft		
Zuzuordnende Kapitel:		
0230; 3230		

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	116	115	148	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	116	115	148	
Personalausgaben	15.121	14.813	15.530	
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.632	1.285	1.579	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	23	23	69	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	363	
Gesamtausgaben	16.776	16.121	17.541	
Saldo	-16.660	-16.006	-17.393	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,69	0,71	0,84	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	140,0	146,2	149,1	
Personalbestand	140,0	138,8	152,6	
=> Netto-Personalbedarf	- 0,0	7,5	- 3,5	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	6,8	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	47,5	
Frauenquote	50,0	50,0	56,0	
Teilzeitquote	35,0	35,0	34,4	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	8,1	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Nutzer der Bibliothek im LIS	[PRS]	10.500,000	10.500,000	9.612,000	
Medienverleih an Schulen	[ST]	900,000	1.000,000	1.473,000	
Ausgabe von Verleihmedien	[ST]	10.800,000	13.000,000	12.897,000	
Teilnehmer an Qualifizierung u. Beratung	[PRS]	10.300,000	10.300,000	7.976,000	
Abgänge Referendare	[PRS]	316,000	301,000	311,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Die aufgeführten Kennzahlen stellen lediglich Ausschnitte aus dem Arbeitsbereich des LIS dar. Für Bereiche wie z. B. Suchtprävention, Schullaufbahnberatung, Schulpsychologischer Dienst und Curriculumentwicklung/Innovationsförderung können noch keine steuerungsrelevanten Leistungskennzahlen genannt werden.					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	95	22
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	95	22
Personalausgaben	14.298	823
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.508	124
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	21	2
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	15.827	949
Saldo	-15.732	-927
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	126,8	13,1
Personalbestand	118,8	21,3
=> Netto-Personalbedarf	8,1	- 8,1
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 21.04.03		Verantwortlich: Bothmann
Sonst. schulische Leist. u. Fördermaßn.		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 21.04		Verantwortlich: Othmer
Schulbezogene Förderungen		
Produktplan: 21		Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper
Bildung		
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:		
Aufwendungen und Zuschüsse für Leistungen von und für Schulen zur Erfüllung besonderer Aufgaben gemäß Landesverfassung, Schulgesetz, Schulverwaltungsgesetz sowie den daraus abgeleiteten politischen Vorgaben.		
Auftrag/Ziele/Perspektiven:		
- Förderung besonderer Angebote in Unterricht und Schulleben (Schulsport, musisch-kulturelle Bildung, Schulfahrten/Schullandheimaufenthalte, internationaler Schüleraustausch, muttersprachliche Angebote, sonstige Förderangebote, etc.) - Maßnahmen und Programme der Innovation und Kooperation - Akquirierung von Drittmitteln über EU-Programme u.a. - Mobilisierung von Mitteln und Möglichkeiten der Drittmittelfinanzierung bes. Maßnahmen - Synergieeffekte durch Kooperationen - Betreuung und Unterstützung der Schülerinnen und Schüler zur erfolgreichen Beteiligung am Unterricht		
Auftragsgrundlage:		
- §§ 3ff. BremSchulG - §§ 3ff. Schulverwaltungsgesetz - Beschlüsse des Senats, der Bürgerschaft und der Deputationen für Bildung - Rahmenvorgaben der KMK		
Zuzuordnende Kapitel:		
0200; 0201; 0230; 3210; 3211; 3214; 3215; 3216; 3217; 3239; 3240		

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	1.557	1.557	1.395	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	122	
Gesamteinnahmen	1.557	1.557	1.517	
Personalausgaben	15.965	17.020	17.862	
Sonst. konsumtive Ausgaben	14.935	12.434	10.469	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	11.571	9.995	12.107	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	42.471	39.449	40.438	
Saldo	-40.914	-37.892	-38.921	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	3,67	3,95	3,75	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	11,5	12,1	8,8	
Personalbestand	6,2	7,0	7,4	
=> Netto-Personalbedarf	5,2	5,1	1,4	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	34,5	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	8,4	
Frauenquote	50,0	50,0	68,8	
Teilzeitquote	35,0	35,0	32,7	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	2,1	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Die Produktgruppe enthält alle Kosten der Schulen der Stadtgemeinde Bremen, die noch nicht direkt den einzelnen Schularten im Produktbereich 21.01. zugeordnet werden können, wie z. B. Schulsport, internationaler Schüleraustausch, Schullandheimförderung, Zuschuss an die Stadtteilschule e. V., Schulfrühstück, unterrichtsergänzende Projekte.

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anzahl der Modellversuche	[ST]	0,000	0,000	2,000	
Anzahl der geförderten Schullandheime	[ST]	14,000	14,000	14,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Die Finanzierung der Modellversuche über den Bund ist ausgelaufen.					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamernale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	661	896
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	661	896
Personalausgaben	0	15.965
Sonst. konsumtive Ausgaben	876	14.059
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	11.571
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	876	41.595
Saldo	-215	-40.699
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	11,5
Personalbestand	0,0	6,2
=> Netto-Personalbedarf	0,0	5,2
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011
Anzahl der geförderten Schullandheime [ST]		14,000

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Personenbezogene Leistungen der Betreuung und Unterstützung für Schülerinnen und Schüler in besonderen Bedarfslagen:

- Schüler-BAföG/Auslands-BAföG
- Schülerbeförderung
- Persönliche Assistenz
- Betreuung schwerstmehrfachbehinderter Schülerinnen und Schüler

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- Sozialpflegerische Unterstützung und Betreuung von behinderten Schülerinnen und Schülern zur Ermöglichung des Besuchs einer allgemeinen Schule
- Verzahnung der Leistungen des Sozial- und Bildungsbereichs zur Ermöglichung der Teilnahme von behinderten Schülerinnen und Schülern am Schulleben auch in der Verlässlichen Grundschule und in Ganztagschulen
- Nutzung von Synergieeffekten durch Vergabe der Maßnahmen im Behindertenbereich an freie Träger

Langfristige Perspektiven:

Nutzung von Synergieeffekten und Eingrenzung der Kostensteigerungen im Rahmen der Betreuung behinderter Schülerinnen und Schüler.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamernale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	6.155	5.213	5.155	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	6.155	5.213	5.155	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	18.573	16.350	16.936	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	18.573	16.350	16.936	
Saldo	-12.418	-11.137	-11.781	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	33,14	31,88	30,44	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anzahl der Fälle im Pers. Assist.Progr.	[PRS]	133,000	125,000	134,000	
Anzahl der Betreuungsstd. im PA	[STD]	151.884,0	146.304,0	153.941,0	
Anzahl d. Fälle i.d. Krankenpfl.-Assist.	[PRS]	168,000	161,000	170,000	
Anzahl d.Std. i.d. Krankenpflege	[STD]	187.689,0	179.869,0	201.087,0	
Schülerförderung (Inland), Geförderte	[PRS]	1.570,000	1.550,000	1.522,000	
durchschn. Förderbetrag (Schüler Inland)	[EUR]	338,00	331,00	398,00	
Auslandsförderung (Geförderte)	[PRS]	340,000	335,000	373,000	
durchschn. Förderbetrag (Ausland)	[EUR]	690,00	690,00	675,00	
Anz. d. beförderten beh. Schüler/innen	[PRS]	620,000	610,000	628,000	
Anz. d. Beförder. behind. Schüler/innen	[ST]	120.280,000	116.510,000	119.320,000	
Betreuungszeit/Lerngruppe	[STD]	32,5	32,5		
B. Erläuterungen zu 2.					

Produktgruppe: 21.05.01

Verantwortlich: von Lührte

Schüler BAföG

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 21.05

Verantwortlich: Othmer

Schülerbezogene Förderungen

Produktplan: 21

Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper

Bildung

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

- a) Leistungen zur Förderung von Auszubildenden an Schulen und Einrichtungen im Sekundarbereich
- b) Leistungen zur Förderung von Studierenden, Praktikanten und Schüler/innen für eine im Ausland besuchte Ausbildungsstätte

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Finanzielle Unterstützung zum Besuch weiterführender Schulen für Schülerinnen und Schüler, denen die dazu erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung stehen
- Verbesserung der wirtschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen für die Verwirklichung des individuellen Bildungsanspruchs, Förderung von Chancengleichheit. Zur Verwirklichung dieser politischen Ziele enthält das 22. BAföG-Änderungsgesetz im Wesentlichen folgende Verbesserung:
 - Erleichterung der Vereinbarkeit zwischen Ausbildung und Kinderbetreuung durch Einführung eines Kinderbetreuungszuschlags
 - Verbesserte Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund durch Förderung von Ausländern mit dauerhafter Bleibeperspektive, unabhängig von der Mindesterwerbsdauer der Eltern
 - Erweiterung der Auslandsförderung
 - Diese Leistungsverbesserungen führen auch in den kommenden Jahren zu einer Steigerung der Anzahl der Geförderten und zu einer dauerhaften Erhöhung der Ausgaben
- Der Leistungsumfang ist bundesgesetzlich festgelegt und daher nicht disponibel

Auftragsgrundlage:

- Bundesausbildungsförderungsgesetz

Zuzuordnende Kapitel:

0201

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	6.155	5.213	5.155	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	6.155	5.213	5.155	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	9.450	8.000	7.791	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	9.450	8.000	7.791	
Saldo	-3.295	-2.787	-2.636	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	65,13	65,16	66,17	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				
Der Anschlag bezieht sich auf die Schülerförderung (Sekundarbereich II) und die Auslandsförderung (Studenten)				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anträge Schülerförderung	[ST]	0,000	0,000	3.600,000	
Geförderte Schüler	[PRS]	1.570,000	1.550,000	1.522,000	
durch.Förderungsbetrag Schüler (Inland)	[ST]	338,000	331,000	398,000	
Bafög-Auslandsförderung	[ST]	0,000	0,000	1.850,000	
Auslandsförderung (Geförderte)	[PRS]	340,000	335,000	373,000	
durchschn. Förderungsbetrag (Ausland)	[ST]	690,000	690,000	675,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Produktgruppe: 21.05.02	Verantwortlich: Bothmann
Schülerbeförderung	
Stadtgemeinde	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 21.05	Verantwortlich: Othmer
Schülerbezogene Förderungen	
Produktplan: 21	Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper
Bildung	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Beförderung von Schülerinnen und Schülern mit Schulbussen und Taxen sowie Übernahme von Fahrkosten bei Benutzung des ÖPNV	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Übernahme der Fahrkosten für sozialbedürftige oder wesentlich behinderte Schülerinnen und Schüler und für Schülerinnen und Schüler aus schulfernen Gebieten für den Weg von der Wohnung zur Schule und zurück - Übernahme der Fahrkosten für den Weg zur nächstgelegenen geeigneten Schule für die o.g. Schülergruppen, um ihnen die Realisierung ihres Bildungsanspruches zu ermöglichen	
Auftragsgrundlage:	
- § 53 SGB XII - § 6 BremSchulVerwG - Beschlüsse des Senats, der Bürgerschaft und der Deputationen für Bildung - Richtlinien für die Übernahme von Fahrkosten für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel für Schülerinnen und Schüler allgemein bildender Schulen und bestimmter Förderzentren in der Stadtgemeinde Bremen vom 17.02.2005	
Zuzuordnende Kapitel:	
3211; 3239	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	3.080	3.080	3.413	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	3.080	3.080	3.413	
Saldo	-3.080	-3.080	-3.413	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

A. Leistungsziele/-kennzahlen

C. Vergleichskennzahlen

Produktgruppe: 21.05.03

Verantwortlich: Hohenhinnebusch

Ass. f. behind. Schülerinnen u. Schüler

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Produktbereich: 21.05

Verantwortlich: Othmer

Schülerbezogene Förderungen

Produktplan: 21

Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper

Bildung

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Personenbezogene Leistungen der sozialpflegerischen Betreuung und Unterstützung für behinderte Schülerinnen und Schüler

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Sozialpflegerische Betreuung und Unterstützung von körperbehinderten Schülerinnen und Schülern in der allgemeinen Schule, damit ein Schulbesuch überhaupt ermöglicht wird (SGB XII §§ 53 u. 54)
- Optimierung der personellen Ausgaben für die Schulen durch Vergabe der Maßnahme an einen freien Träger
- Sicherung und Stärkung der Leistungsfähigkeit des Schulpersonals

Auftragsgrundlage:

- Art. 3 Abs. 3 S. 2 GG i.V.m. §§ 1 ff. Bremisches Behindertengleichstellungsgesetz
- Art. 27 Landesverfassung
- § 22 BremSchulG (i.V.m. §§ 4 - 14, 35 BremSchulG)
- Beschlüsse des Senats, der Bürgerschaft und der Deputationen für Bildung
- Verordnung über die Sonderpädagogische Förderung in den öffentlichen Schulen

Zuzuordnende Kapitel:

3211; 3239

A. Kämmerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	6.043	5.270	5.732	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	6.043	5.270	5.732	
Saldo	-6.043	-5.270	-5.732	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal konsumtiv investiv	0 0 0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %) (Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anzahl der Fälle im PA	[ST]	133,000	125,000	134,000	
Anzahl der Assistenzstunden	[STD]	151.884,0	146.304,0	153.941,0	
durchschn. Kosten pro Assistenzfall (PA)	[EUR]	24.205,00	24.883,00	24.479,00	
Anz. Fälle in d. Krankenpflegeass. (smf)	[ST]	168,000	161,000	170,000	
Anzahl der Stunden in Krankenpflege	[ST]	187.689,000	179.869,000	201.087,000	
durch.Kosten pro Krankenpfl.-Ass. (smf)	[EUR]	21.807,00	21.807,00	22.496,00	
Betreuungszeit/Lerngruppe	[STD]	32,5	32,5		
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

- Leistungen der senatorischen Behörde
- Leistungen des Weiterbildungsbereichs

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Die Aufgabe des in diesem Produktbereich zusammengefassten senatorischen Bereichs zur Erfüllung der Ziele des Produktplans orientieren sich im Schulbereich an den vier Säulen einer systematischen Qualitäts- und Innovationsentwicklung:

- Systematische Umstellung der Ressourcensteuerung für die verstärkt eigenverantwortlich arbeitenden Schulen auf Budgetierung
- Verstärkung des Personalmanagements im Bereich Personalförderung und -entwicklung
- Förderung von Unterrichts-/Schulentwicklung in jeder Schule
- Aufbau eines Qualitätsmanagements einschl. Rechenschaftslegung zur Sicherung von Leistungszielen

Für die außerschulische Berufsbildung steht weiterhin die Ermöglichung des Übergangs von Schulabgängern des allgemeinbildenden Bereichs in die Berufswelt und die dazu notwendige Qualifizierung im Vordergrund.

Langfristige Perspektiven:

Einsatz/Nutzung von geeigneten Steuerungsinstrumenten zur Bereitstellung der Informationen über Zielerreichungsgrade als Basis bildungspolitischer Entscheidungen (Management)

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	4.142	4.141	4.480	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	4.142	4.141	4.480	
Personalausgaben	20.848	20.686	20.434	
Sonst. konsumtive Ausgaben	5.302	4.863	5.083	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	1.058	1.058	1.252	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	1.123	
Gesamtausgaben	27.208	26.607	27.892	
Saldo	-23.066	-22.466	-23.412	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	15,22	15,56	16,06	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	220,5	229,6	237,2	
Personalbestand	220,6	221,7	460,4	
=> Netto-Personalbedarf	- 0,2	7,9	- 223,2	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	7,4	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	47,7	
Frauenquote	50,0	50,0	57,1	
Teilzeitquote	35,0	35,0	34,2	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	7,7	
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anzahl der gef. Weiterbildungseinrichtg. [ST]	16,000	16,000	16,000	

B. Erläuterungen zu 2.

Für die senatorische Behörde stehen bisher keine Leistungskennzahlen zur Verfügung.

Produktgruppe: 21.90.01

Verantwortlich: Othmer

Senatorische Angelegenheiten

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 21.90

Verantwortlich: Othmer

Sonstiges Bildung

Produktplan: 21

Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper

Bildung

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Leistungen der senatorischen Behörde im Bereich Bildung zur Erfüllung des staatlichen Erziehungs- und Bildungsauftrages sowie in der kommunalen Schulträgerschaft

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Planung, Gestaltung, Beaufsichtigung und Entwicklung des Schulwesens in der Stadtgemeinde Bremen (Schulträgerschaft), u.a.
- Überprüfung des Leistungsangebots in den Quartieren mit besonderem Handlungs- und Integrationsbedarf bzw. besonderen Problemlagen
- Integration von Betreuungsangeboten in das schulische Angebot (Ganztagsschulen)
- Erhöhung des Praxisbezugs der Lehrerbildung
- Verbesserung der Einbeziehung elektronischer Medien in das unterrichtliche Geschehen
- Ergreifen von Maßnahmen, um die zur Erhöhung von Effizienz und Flexibilisierung des gesamten Personal- und Ressourceneinsatzes tradierten Organisationsprozesse zugunsten von flexibleren und auch kostengünstigeren Erledigungsformen abzulösen (u.a. Ausweitung des Einkaufs von jeweils bedarfsgerecht einzusetzendes Personals insbesondere in den Bereichen mit erheblichen Nachfrageschwankungen)
- Schulrechtliche Angelegenheiten des Landes
- Schulaufsichtliche Angelegenheiten des Landes in Ausfüllung des Privatschulgesetzes

Auftragsgrundlage:

- Art. 26 bis 33 Landesverfassung
- §§ 1 bis 6 SchVwG
- §§ 3 bis 5 BremSchulG
- Beschlüsse der Bürgerschaft, des Senats und der Deputationen für Bildung
- Beschlüsse und Rahmenvorgaben von KMK, BMWI

Zuzuordnende Kapitel:

0200; 0201; 3200; 3239

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)		Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen		4.142	4.141	4.467	
Investive Einnahmen		0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen		0	0	0	
Gesamteinnahmen		4.142	4.141	4.467	
Personalausgaben		17.386	17.580	17.685	
Sonst. konsumtive Ausgaben		3.752	3.413	3.769	
Zinsausgaben		0	0	0	
Tilgungsausgaben		0	0	0	
Investive Ausgaben		1.058	1.058	1.252	
Verrechnungen/Erstattungen		0	0	1.123	
Gesamtausgaben		22.196	22.051	23.829	
Saldo		-18.054	-17.910	-19.362	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %		18,66	18,78	18,75	
Verpflichtungsermächtigungen		Anschlag 2011			
Personal		0			
konsumtiv		0			
investiv		0			
B. Personaldaten		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl		165,1	174,2	186,8	
Personalbestand		184,9	179,9	190,3	
=> Netto-Personalbedarf		- 19,8	- 5,7	- 3,5	
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre		22,5	22,5	8,9	
Beschäftigte über 55 Jahre		17,5	17,5	39,2	
Frauenquote		50,0	50,0	62,4	
Teilzeitquote		35,0	35,0	32,6	
Schwerbehindertenquote		6,0	6,0	9,7	
C. Kapazitätsdaten		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C					

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamernale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	4.067	75
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	4.067	75
Personalausgaben	9.548	7.838
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.695	1.058
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	1.058	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	13.301	8.896
Saldo	-9.234	-8.821
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	165,1	0,0
Personalbestand	184,9	0,0
=> Netto-Personalbedarf	- 19,8	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 21.90.02

Verantwortlich: Meinken

Abordnungen von Lehrkr. an Institutionen

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Produktbereich: 21.90

Verantwortlich: Othmer

Sonstiges Bildung

Produktplan: 21

Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper

Bildung

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Einsatz von Lehrkräften aus Schulen der Stadtgemeinde Bremen in außerschulischen Einrichtungen (außerhalb und innerhalb des Produktplans Bildung) auf der Grundlage von Voll- und Teilabordnung

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Ein großer Teil der abgeordneten Lehrkräfte ist bereits den jeweiligen Produktplänen und -bereichen, in denen auch die Leistung erbracht wird, zugeordnet worden

Auftragsgrundlage:

- § 28 BremBG
- § 10 BremLAG
- Beschlüsse des Senats, der Bürgerschaft und der Deputationen für Bildung

Zuzuordnende Kapitel:

3210; 3211; 3214; 3215; 3216; 3217

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							

Produktgruppe: 21.90.04	Verantwortlich: Seevers
Weiterbildung nach WBG	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 21.90	Verantwortlich: Othmer
Sonstiges Bildung	
Produktplan: 21	Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper
Bildung	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
- Anerkennung von Einrichtungen der Weiterbildung nach dem BremWBG - Förderung der nach dem BremWBG staatlich anerkannten Weiterbildungseinrichtungen zur Aufrechterhaltung eines koordinierten und öffentlich geförderten Weiterbildung-Gesamtangebots - Koordinierung der weiterbildungspolitischen Aktivitäten des Landes - Anerkennung von Veranstaltungen nach dem BremBUG - Förderung und Koordinierung von Aktivitäten im Rahmen des Lebenslangen Lernens Erwachsener	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Sicherung eines öffentlich zugänglichen Weiterbildungsangebots in einem pluralen System von Einrichtungen durch Förderung, Steuerung und Evaluierung der Weiterbildungseinrichtungen und -angebote: - Anerkennung (Qualitätssicherung) von WB-Einrichtungen - Gewährung von Zuschüssen für Veranstaltungen der pol., berufl. und allgem. Weiterbildung nach dem BremWBG insbesondere für Arbeitnehmer - Anerkennung von Bildungsurlaubsveranstaltungen als Bildungsurlaub (BU) insbesondere für Arbeitnehmer - Entwicklung von Vorgaben für eine abgestimmte Weiterbildungspolitik des Senats - Beteiligung an der Entwicklung und Durchführung von nationalen und europäischen Programmen zur Förderung des Lebenslangen Lernens Erwachsener	
Auftragsgrundlage:	
- Art. 35 der Bremischen Landesverfassung - Gesetz über die Weiterbildung im Lande Bremen (BremWBG) i. d. F. vom 02.07.1996 - Bremisches Bildungsurlaubsgesetz i. d. F. vom 05.06.1985 (BUG) - Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft - Beschlüsse der Europäischen Kommission und der KMK	
Zuzuordnende Kapitel:	
0255	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	12	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	12	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.550	1.450	1.314	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	1.550	1.450	1.314	
Saldo	-1.550	-1.450	-1.302	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,91	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Einrichtungen	[ST]	16,000	16,000	16,000	
Veranstaltungen	[ST]	4.000,000	4.000,000		
Unterrichtsstunden	[ST]	200.000,000	200.000,000		
Teilnehmer/innen	[PRS]	55.000,000	55.000,000		
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

22.01 Kommunale Kulturarbeit

- 22.01.01 Kult.Stadtteilarbeit/Kultur-u.Veranst.z.
- 22.01.02 Kulturelle Medienarbeit
- 22.01.03 Bürgerhäuser

22.02 Theater und Musik

- 22.02.01 Theater
- 22.02.02 Orchester
- 22.02.03 Kunst- und Künstlerförderung

22.03 Museen

- 22.03.01 Stadt- und kulturhistorische Museen
- 22.03.02 Nationales Deutsches Schiffahrtsmuseum
- 22.03.03 Kunst u. kunstgeschichtl. Einrichtungen

22.04 Kulturelle Bildung

- 22.04.01 Stadtbibliothek
- 22.04.02 Einr. der Kulturverm./Kult.Bildungsarb.

22.90 Sonstiges (Allg. Kulturpflege)

- 22.90.01 Senatorische Angelegenheiten Kultur
- 22.90.02 Denkmalschutz / -pflege
- 22.90.03 Staatsarchiv

Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:¹

- Die gezielte Profilierung von Bremen als Kulturstadt ist durch differenzierte Angebote und hochwertige Projekte in allen Feldern der Kulturförderung bis 2011 zu stärken und weiterzuentwickeln.
Kulturentwicklung in Bremen umfasst gemäß einem weiten Kulturverständnis nicht nur sämtlich Sparten - also Theater, Tanz, klassische wie neue Musik, Literatur, Bildende (und angewandte) Kunst, Film - und spartenübergreifende Angebote. Sie nimmt überdies die Bezüge etwa zu Wissenschaft, Stadtgeschichte, Stadtentwicklung, (Kultur-)Wirtschaft, Sport und Bildung mit in den Fokus. Eine besondere Herausforderung der Kulturentwicklung stellt dabei der notwendige Dialog der Kulturen dar.
- Die Ausstrahlungs-, Anziehungs-, und Bindungskräfte Bremens sollen durch das kulturelle Angebot gestärkt werden. Kultur ist als potentiell Zukunfts-labor der Stadt zu verstehen, als eine innovative, produktive Kraft, von der für die weitere Modernisierung wesentliche Impulse ausgehen können. Ziel ist es, durch Kooperationen und Netzwerke Kultur zu einem Katalysator in der Stadt werden zu lassen.
- Die Vermittlung kultureller Bildung soll verstärkt gefördert werden. Sie hat den Anspruch auf die Schaffung von Zugängen zu Kunst und Kultur, unabhängig von der Zugehörigkeit zu sozialen oder ethnischen Gruppen, weswegen ihr eine besondere Bedeutung zuzumessen ist.
- Die Entwicklung von programmatischen Förderschwerpunkten und nachhaltigen Prioritätensetzungen muss den Rahmen enger finanzieller Rahmenbedingungen angemessen berücksichtigen

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:

- Die im Haushalt 2008-2009 bereits begonnenen und teilweise umgesetzten Maßnahmen zur haushaltskonsolidierenden Stabilisierung der Arbeitsfähigkeit Bremer Kultureinrichtungen sollen fortgesetzt werden.
- Die in der Koalitionsvereinbarung für Kultur bis 2011 vereinbarten Maßnahmen und Projekte in den Feldern der Kultur- und Kreativwirtschaft, der Kinder- und Jugendkulturarbeit, der überregionalen Zusammenarbeit und der mittelfristigen Kulturplanungsarbeit sollen weiterentwickelt werden.

¹ z.B. gesetzliche Vorgaben, produktplanrelevante Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, des Senats sowie von Ausschüssen / Fachdeputationen etc.

Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	3.119	3.087	5.843	
Investive Einnahmen	81	81	117	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	3.200	3.168	5.960	
Personalausgaben	6.690	6.164	6.690	
Sonst. konsumtive Ausgaben	67.927	67.091	67.513	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	7.918	10.698	7.926	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	1.147	
Gesamtausgaben	82.535	83.953	83.276	
Saldo	-79.335	-80.785	-77.316	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	3,88	3,77	7,16	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	1.790			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	84,5	69,1	70,9	
Personalbestand	75,2	82,5	96,9	
=> Netto-Personalbedarf	9,3	- 13,4	- 26,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	8,1	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	37,9	
Frauenquote	50,0	50,0	49,4	
Teilzeitquote	35,0	35,0	27,5	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	4,5	
C. Erläuterungen zu A-B				

Leistungsangaben

A. Strategische Leistungsziele/Kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009
Auswahl an Kennzahlen aus den einzelnen Produktbereichen			
Besuche Bürgerhäuser	704.100	698.100	703.965
Besuche Kultur- u. Veranstaltungszentren	490.000	490.000	654.190
Besuche Theater	248.000	248.000	286.812
Besuche Orchester	84.700	84.200	108.120
Besuche stadt- und kulturhist. Museen	240.000	240.000	203.591
Besuche Deutsches Schiffahrtsmuseum	142.000	142.000	149.038
Besuche kunst- und kunstgesch. Einricht.	325.000	155.000	129.183
Besuche Stadtbibliothek	1.250.000	1.250.000	1.309.419
Belegungen Volkshochschule	58.050	57.250	58.872
Schülerbelegungen Musikschule	2.450	2.430	2.499
Auswahl an Kennzahlen aus dem Benchmarking			
Stadtbibliothek: Ausleihen je Einwohner/in	6,5	6,5	6,5
Musikschule: Zuschuss je Belegung	650	623	558
Volkshochschule: Zuschuss je Belegung	55	55	61
Gender-Informationen (Es liegen derzeit noch keine Daten vor; die Grundlagen werden im Laufe des Jahres 2011 entwickelt)			
KLR-Daten (Es liegen derzeit noch keine Daten vor; die Grundlagen werden im Laufe des Jahres 2011 entwickelt)			

B. Erläuterungen zu den Leistungsangaben

Bei den kunst- und kunstgeschichtlichen Einrichtungen werden ab dem Jahr 2011 wieder steigende Besuchszahlen erwartet, da der Kunsthallenumbau dann abgeschlossen und die Kunsthalle im gewohnten Umfang geöffnet sein wird. Die Stadtbibliothek rechnet aufgrund des zunehmenden Online-Geschäfts mit sinkenden Besucherzahlen, aber mit stabilen Ausleihen je Einwohner. Im Bereich der Volkshochschule wird auf Basis des Strukturkonzeptes mit veränderten Belegungen geplant.

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Im Produktbereich Kommunale Kulturarbeit sind Kultur- und Veranstaltungszentren, Einrichtungen der kulturellen Medienarbeit und Bürgerhäuser enthalten.

Es handelt sich um gemeinwesen- und beteiligungsorientierte, nicht kommerzielle, vor allem dezentral, aber auch zentral organisierte Kultureinrichtungen.

Ein anspruchsvolles Kulturangebot in den Stadtteilen ist identitätsstiftende kulturelle Ressource, da kulturelle Bildung und kulturelle Stadtentwicklung wesentlich die Identifikation der Menschen mit ihrem Lebensraum und damit ihr Weltbild von sich und anderen prägen.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- Ziel des Produktbereiches "Kommunale Kulturarbeit" ist es, die gerechte Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen am kulturellen Leben zu garantieren, dadurch Lebensqualität und Chancengleichheit des Einzelnen in der Gesellschaft zu sichern, und gleichzeitig Orte interkultureller Verständigung zu schaffen.

Langfristige Perspektiven:

- Die Einrichtungen sollen ihre Angebote weiter professionalisieren und dabei den vor allem durch die modernen Medien geprägten Wandel der kulturellen Bedürfnisse der Bürger auch in ihren stadträumlichen Besonderheiten berücksichtigen.
- Die Leistungen der Kultureinrichtungen, die der Unterstützung der kulturellen Identität der Bürger dienen, sollen in den Einrichtungsprofilen deutlicher werden.
- Ehrenamtlichkeit, bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenarbeit zur Unterstützung der Kommunalen Kulturarbeit sollen nachhaltig gestärkt werden.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamernale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	6.225	5.417	6.167	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	350	350	71	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	817	
Gesamtausgaben	6.575	5.767	7.055	
Saldo	-6.575	-5.767	-7.055	
Deckungsgrad (Ild. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Besuche	[PRS]	1.219.100,000	1.213.100,000	1.382.880,000	
Besuche Bürgerhäuser	[PRS]	704.100,000	698.100,000	703.965,000	
Besuche Kultur- u. Veranstaltungszentren	[PRS]	490.000,000	490.000,000	654.190,000	
Zuschuss je Besuch Bürgerhäuser	[EUR]	4,45	4,49		
Eigenfinanzierungsquote Bürgerhäuser	[%]	23,53	23,45		
Zuschuss je Besuch Verant. Zentren	[EUR]	3,76	3,76		

B. Erläuterungen zu 2.

Bemessungsgrundlage für den "Zuschuss je Besuch" ist die Summe aller bremischer Zuschüsse, nicht nur des Senators für Kultur.

In den Planzahlen "Besuche" und "Besuche Kultur- u. Veranstaltungszentren" ist nun auch das Kulturbüro Bremen Nord enthalten.

Produktgruppe: 22.01.01	Verantwortlich: Emigholz
Kult.Stadtteilarbeit/Kultur-u.Veranst.z.	
Stadtgemeinde	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 22.01	Verantwortlich: Emigholz
Kommunale Kulturarbeit	
Produktplan: 22	Verantwortlich: Senator Böhrnsen
Kultur	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
In der Produktgruppe "Kulturelle Stadtteilarbeit, Kultur- und Veranstaltungszentren" sind das Kulturzentrum Lagerhaus, das Kulturzentrum Schlachthof, die Kulturwerkstatt Westend, das Kulturbüro Bremen Nord inkl. dem Bürgerhaus Vegesack, die Kulturinitiative Brodelpott /das Stadtteilarchiv Brodelpott, der Kulturladen Pusdorf, der Kulturladen "Aktion, Kultur und Freizeit" Huchting, das DOKUMENTATIONSZENTRUM Blumenthal, Kultur vor Ort und die Quartier gGmbH enthalten. Kulturelle Stadtteilarbeit engagiert sich für kulturelle Vielfalt. Sowohl die Stärkung der kulturellen Bildung, des Selbstausdrucks als auch der vitalen kulturellen Stadtentwicklung dienen diesem Ziel.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Die Herstellung eines zentralen grenz- und spartenübergreifenden Kultur- und Veranstaltungsprogramms soll gefördert werden. - Der Anstoß von Innovationsprozessen und die Entwicklung von Projektideen soll gefördert werden. - Die kulturelle Praxis der BürgerInnen und ihre Teilhabe am kulturellen Leben der Stadt soll gefördert werden. - Die kulturelle Kommunikation unter Berücksichtigung der Bedürfnisse verschiedener Generationen und Ethnien und ihrer Lebenslagen soll gefördert werden. - Die kulturelle Belebung der Quartiere und der städtischen Teilregionen durch vernetzte Kooperationen soll gefördert werden.	
Auftragsgrundlage:	
- Masterplan für die Kulturentwicklung Bremens 2006-2011 - Beschlüsse der Fachdeputationen	
Zuzuordnende Kapitel:	
3288	

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.757	2.727	3.022	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	150	150	66	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	30	
Gesamtausgaben	2.907	2.877	3.118	
Saldo	-2.907	-2.877	-3.118	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Besuche Kultur-u. Veranstaltungszentren	[PRS]	490.000,000	490.000,000	654.190,000	
Eigenfinanzierungsquote	[%]	33,27	33,07	34,10	
Veranstaltungen Kultur-u. Veranstalt.	[ST]	4.220,000	4.220,000	6.493,000	
Besuche je 1000 Einwohner	[PRS]	897,000	897,000	1.198,000	
Zuschuss je Besuch	[EUR]	3,76	3,76	3,71	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Bemessungsgrundlage für den "Zuschuss je Besuch" ist die Summe aller bremischer Behörden, nicht nur des Senators für Kultur.					
In den Planzahlen "Besuche" und "Besuche Kultur- u. Veranstalt." ist nun auch das Kulturbüro Bremen Nord enthalten. Die Planzahlen beziehen sich auf die Einrichtungen Kulturbüro Bremen-Nord, Kulturzentrum Schlachthof, Quartier gGmbH und Kulturzentrum Lagerhaus.					

Produktgruppe: 22.01.02	Verantwortlich: Emigholz
Kulturelle Medienarbeit	
Stadtgemeinde	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 22.01	Verantwortlich: Emigholz
Kommunale Kulturarbeit	
Produktplan: 22	Verantwortlich: Senator Böhrnsen
Kultur	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
In der Produktgruppe "Kulturelle Medienarbeit" sind das Virtuelle Literaturhaus, das Kommunale Kino (Kino46), das Filmbüro Bremen, der Verein zur Förderung der Film- und Medienkultur, das Tanzfilminstitut und die Kulturelle Filmförderung enthalten. Mit professionellen medienpädagogischen Konzepten soll vor allem Kindern- und Jugendlichen gezeigt werden, wie eine kritisch-bewusste Haltung gegenüber Film und anderen Medien eingeübt werden kann. Aufgabe des Kommunalen Kinos ist die Vermittlung von Film als Kulturgut.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Das Angebot des Medienzentrums wird derzeit umstrukturiert, damit der Standort aufgegeben und die öffentlichen Zuschüsse reduziert werden können. Beabsichtigt ist, die Stärkung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Film- und Medienproduzenten zu fördern. - Die durch das Filmbüro geleistete kulturelle Filmförderung und Nachwuchsförderung von Filmschaffenden wird fortgesetzt und regelmäßig auf ihre Wirksamkeit überprüft. Die Möglichkeiten einer Optimierung der kulturellen Filmförderung durch eine Zusammenarbeit mit der Filmförderungseinrichtung "nordmedia" wird geprüft. - Die Förderung innovativer Modelle der Medienvermittlung und ein Ausbau der Angebote zur Vermittlung von Medienkompetenz sind Ziele kultureller Medienarbeit.	
Auftragsgrundlage:	
- Masterplan für die Kulturentwicklung Bremens 2006-2011, - Beschlüsse der Fachdeputationen - Koalitionsvereinbarung vom 17.06.2007 für 2007-2011, Bereich Medienpolitik	
Zuzuordnende Kapitel:	
3288	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	361	361	758	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	361	361	758	
Saldo	-361	-361	-758	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
(Kino-)Besuche je 1.000 Einwohner	[PRS]	45,770	45,770	45,270	
Anträge auf Filmförderung	[ST]	190,000	190,000	95,000	
Eigenfinanzierungsquote	[%]	34,94	29,33	23,23	
Kinobesuche	[PRS]	25.000,000	25.000,000	24.725,000	
Veranstaltungen/ Vorstellungen	[ST]	700,000	700,000	611,000	
Zuschuss je (Kino-)Besuch	[EUR]	14,31	14,31	12,63	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Bemessungsgrundlage für den "Zuschuss je (Kino)-Besuch" ist die Summe aller bremischer Behörden, nicht nur des Senators für Kultur.					

Produktgruppe: 22.01.03

Verantwortlich: Emigholz

Bürgerhäuser

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Produktbereich: 22.01

Verantwortlich: Emigholz

Kommunale Kulturarbeit

Produktplan: 22

Verantwortlich: Senator Böhrnsen

Kultur

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

In der Produktgruppe "Bürgerhäuser" sind das Nachbarschaftshaus Helene-Kaisen, das Bürger- und Sozialzentrum Huchting, das Bürgerhaus Weserterrassen, das Bürgerhaus Mahndorf, das Bürgerhaus Hemelingen, das Bürgerhaus Gemeinschaftszentrum Obervieland, das Bürgerhaus Oslebshausen und das Bürgerzentrum Neue Vahr enthalten.

Bürgerhäuser haben die Aufgabe, als urbane, mit den jeweiligen Stadtteilen verwachsene Orte die Teilhabe aller Bevölkerungsschichten am öffentlichen Leben zu sichern. Diese Partizipation, die auf Eigeninitiative der Bürger beruht und alle Generationen einbezieht, ermöglicht kulturelle Stadtentwicklung über ehrenamtliche Selbstorganisation in den Stadtteilen.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Die Stärkung der dezentralen kulturellen Gemeinwesenarbeit durch Qualifizierung ehrenamtlicher und freiwilliger Arbeit soll vermehrt unterstützt werden.
- Die Teilnahme und Teilhabe am kulturellen Leben, insbesondere im Rahmen kulturpädagogischer Projekte für Kinder- und Jugendliche zur Entwicklung kulturell-ästhetischer Kompetenzen im Rahmen der Gemeinwesenarbeit, soll gestärkt werden.
- Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und wachsender gesellschaftlicher Herausforderungen soll eine Weiterentwicklung und Profilierung der Angebotsstruktur der Bremischen Bürgerhäuser vorgenommen werden, es soll ein Konzept zur Optimierung der Arbeit der Bürgerhäuser entwickelt werden.

Auftragsgrundlage:

- Art. 11 und 26 der bremischen Landesverfassung
- Einrichtungsbeschlüsse von Bürgerschaft und Senat (seit 1977)
- Masterplan für die Kulturentwicklung Bremens 2006 - 2011
- Koalitionsvereinbarung vom 17.06.2007 für 2007-2011, Bereich Kultur (Einrichtungsbezogene Maßnahmen)

Zuzuordnende Kapitel:

3288

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)		Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0		
Investive Einnahmen	0	0	0		
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0		
Gesamteinnahmen	0	0	0		
Personalausgaben	0	0	0		
Sonst. konsumtive Ausgaben	3.107	2.329	2.387		
Zinsausgaben	0	0	0		
Tilgungsausgaben	0	0	0		
Investive Ausgaben	200	200	5		
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	788		
Gesamtausgaben	3.307	2.529	3.180		
Saldo	-3.307	-2.529	-3.180		
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00		
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011				
Personal	0				
konsumtiv	0				
investiv	0				
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009		
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0		
Personalbestand	0,0	0,0	0,0		
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0		
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre					
Beschäftigte über 55 Jahre					
Frauenquote					
Teilzeitquote					
Schwerbehindertenquote					
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009		
D. Erläuterungen zu 2. A-C					

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Besuche	[PRS]	704.100,000	698.100,000	703.965,000	
Besuche je 1000 Einwohner	[PRS]	1.289,000	1.278,000	1.289,000	
Eigenfinanzierungsquote	[%]	23,53	23,45	22,28	
Zuschuss je Besuch	[EUR]	4,45	4,49	5,56	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Bemessungsgrundlage für den "Zuschuss je Besuch" ist die Summe aller bremischer Behörden, nicht nur des Senators für Kultur.					

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Im Produktbereich Theater, Musik sowie Kunst- und Künstlerförderung sind die Förderfelder Theater, Orchester, Bildende Kunst, KünstlerInnenförderung für Literatur, Musik, Tanz und Theater, Kunst im öffentlichen Raum sowie die Vergabe von Preisen und Stipendien an KünstlerInnen enthalten.

Kunst und Kultur prägen wesentlich die Identifikation der Menschen mit ihrem Lebensraum. Dies zeigt sich auch und vor allem an der Tatsache, dass urbane Attraktivität eng mit einem anspruchsvollen Kulturangebot verbunden ist. Unabhängig davon besitzt Kultur einen Eigenwert.

Klassische große Einrichtungen wie Theater und Orchester sowie die freie Kulturszene sollen daher gezielt gefördert werden. Sie sind es, die "Kulturvermittlung" im Sinne von Begegnung und Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur als Chance zur individuellen Persönlichkeitsentwicklung genauso wie als Chance zu gesellschaftlichen Veränderungsprozessen anbieten können.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Ziele des Produktbereichs "Theater, Musik, Kunst- und KünstlerInnenförderung" sind

- die Vermittlung von Theater und Musik durch Veranstaltungen und Projekte, um sowohl kulturelle Bildungsprozesse zu initiieren, als auch die wirksame Kommunikation des Angebots in die Öffentlichkeit über professionelle Marketingmaßnahmen vorzunehmen.
- die Förderung kultureller Innovation und innovativer Künstler, d.h. die Entwicklung sowohl neuer künstlerischer Konzepte als auch die kritische Überprüfung und Weiterentwicklung des klassischen Repertoires.
- die Profilierung der Stadt nach innen und außen u.a. auch durch überregionale bis hin zu internationalen Kooperationen.
- die Stärkung von Kooperationen mit der freien Kulturszene und die Einzelförderung von Künstlern.
- der Ausbau von "private-public-partnership"-Modellen, um Privaten Anreize zu bieten, sich an der Finanzierung von Kultur zu beteiligen.

Langfristige Perspektiven:

- Ehrenamtlichkeit und bürgerschaftliches Engagement zur Unterstützung der Einrichtungen sollen gestärkt werden.
- Die Orchester Bremer Philharmoniker GmbH und die Deutsche Kammerphilharmonie im Rahmen ihrer jeweiligen zeitlichen Verfügbarkeit sollen zu einer Kooperation verpflichtet werden, welche die unterschiedlichen Identitäten bewahrt, aber zugleich Synergieeffekte bewirkt.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	9	9	316	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	9	9	316	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	32.820	32.941	35.179	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	1.258	1.405	1.528	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	47	
Gesamtausgaben	34.078	34.346	36.754	
Saldo	-34.069	-34.337	-36.438	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,03	0,03	0,86	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	0,0	0,0		
Beschäftigte unter 35 Jahre	0,0	0,0		
Beschäftigte über 55 Jahre	0,0	0,0		
Frauenquote	0,0	0,0		
Teilzeitquote	0,0	0,0		
Schwerbehindertenquote	0,0	0,0		

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Besuche Bremer Theater	[PRS]	217.000,000	217.000,000	286.812,000	
Besuche Shakespeare Company	[PRS]	31.000,000	31.000,000	38.001,000	
Zuschuss je Besuch Bremer Theater	[EUR]	109,13	109,13		
Zuschuss je Besuch Shakespeare Company	[EUR]	26,97	26,97		
Besuche Orchester	[PRS]	72.500,000	72.000,000		
Zuschuss je Besuch Orchester	[EUR]	71,40	71,83		

B. Erläuterungen zu 2.

Bemessungsgrundlage für den "Zuschuss je Besuch" ist die Summe aller bremischer Behörden, nicht nur des Senators für Kultur.

Produktgruppe: 22.02.01

Verantwortlich: Emigholz

Theater

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Produktbereich: 22.02

Verantwortlich: Emigholz

Theater und Musik

Produktplan: 22

Verantwortlich: Senator Böhrnsen

Kultur

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

In der Produktgruppe "Theater" sind das Theater Bremen, die Bremer Shakespeare Company, das Theatrium und das Schnürschuh-Theater enthalten.

Die Vermittlung von Theater durch die Präsentation von prägenden, repräsentativen Werken in einer breit gefächerten Werkauswahl ist Aufgabe der Produktgruppe Theater.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Die Theater leisten einen wichtigen Beitrag zur Innovation durch Präsentation eines zeitgenössischen Repertoires und die kontinuierliche Erneuerung des klassischen Repertoires. Ziel ist die Gewährleistung der hohen künstlerischen Qualität der Theater.
- Mit der Präsentation von nationalen und internationalen Werken soll zum Verständnis der eigenen sowie von fremden Kulturen beigetragen werden (Theater Bremen).
- Die Profilierung der Stadt nach innen und außen (Theater Bremen und Bremer Shakespeare Company) soll gefördert werden, denn damit wird die Anziehungskraft Bremens gestärkt, es werden neue Zielgruppen von Städte- und Kulturtouristen angezogen und die oberzentrale Funktion Bremens wird hervorgehoben.
- Die Stärkung der Zuschauerbindung und die Erschließung von neuen Besucherschichten, insbesondere die Gewinnung eines jüngeren Publikums (von Kindern bis hin zu jungen Erwachsenen) hat zum Ziel, Traditionen und Werte weiterzugeben und dabei möglichst an der "Basis" zu beginnen.

Auftragsgrundlage:

- Gesellschaftsverträge
- Vereinssatzungen
- Zuwendungsrahmenvertrag (Theater Bremen)
- Masterplan für die Kulturentwicklung Bremens 2006-2011
- Koalitionsvereinbarung vom 17.06.2007 für 2007-2011, Bereich Kultur (Einrichtungsbezogene Maßnahmen)

Zuzuordnende Kapitel:

3271

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	75	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	75	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	24.013	23.985	25.037	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	1.198	1.345	1.415	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	47	
Gesamtausgaben	25.211	25.330	26.499	
Saldo	-25.211	-25.330	-26.424	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,28	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Aufführungen (Veranstaltungen)	[ST]	849,000	849,000	1.005,000	
Besuche	[PRS]	248.000,000	248.000,000	324.813,000	
Besuche Bremer Theater	[PRS]	217.000,000	217.000,000	286.812,000	
Besuche je 1000 Einwohner	[PRS]	454,000	454,000	595,000	
Besuche Shakespeare Company	[PRS]	31.000,000	31.000,000	38.001,000	
Eigenfinanzierungsquote	[%]	24,32	23,30	25,82	
Gastspiele (auswärts)	[ST]	40,000	40,000	30,000	
Neuinszenierungen	[ST]	34,000	34,000	35,000	
Zuschuss je Besuch	[EUR]	99,20	99,20	77,47	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Bemessungsgrundlage für den "Zuschuss je Besuch" ist die Summe aller bremischer Behörden, nicht nur des Senators für Kultur.					

Produktgruppe: 22.02.02	Verantwortlich: Emigholz
Orchester	
Stadtgemeinde	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 22.02	Verantwortlich: Emigholz
Theater und Musik	
Produktplan: 22	Verantwortlich: Senator Böhrnsen
Kultur	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
In der Produktgruppe "Orchester" sind die Bremer Philharmoniker, die Deutsche Kammerphilharmonie Bremen und das Musikfest Bremen enthalten. Die Vermittlung eines breit gefächerten Konzertrepertoires im Bereich der klassischen und zeitgenössischen Musik ist Aufgabe der Produktgruppe Orchester.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Die Profilierung der Stadt nach innen und außen soll gefördert werden, denn damit wird die Anziehungskraft Bremens gestärkt, es werden neue Zielgruppen von Städte- und Kulturtouristen angezogen und die oberzentrale Funktion Bremens wird hervorgehoben. - Die Förderung musikpädagogischer Angebote für Kinder und Jugendliche, wie etwa die Initiative der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen, die der Belebung von Stadtteilen dient, soll gestärkt werden. - Die Orchester Bremer Philharmoniker GmbH und die Deutsche Kammerphilharmonie im Rahmen ihrer jeweiligen zeitlichen Verfügbarkeit sollen zu einer Kooperation verpflichtet werden, welche die unterschiedlichen Identitäten bei eigenständiger Profilbildung bewahrt, aber zugleich Synergieeffekte bewirkt. - Zum Profil der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen sollen die Durchführung von Kammermusikkonzerten im regionalen Bereich, stadtteilbezogene Auftritte von Kammermusikformationen sowie öffentliche Proben gehören. - Zum Profil der Bremer Philharmoniker sollen die Durchführung eigener Konzerte in der Besetzungstärke eines klassischen Sinfonieorchesters und die Bespielung der Sparte Musiktheater des Theaters Bremen gehören.	
Auftragsgrundlage:	
- Gesellschaftsverträge - Zuwendungsrahmenverträge - Masterplan für die Kulturentwicklung Bremens 2006-2011 - Koalitionsvereinbarung vom 17.06.2007 für 2007-2011, Bereich Kultur (Einrichtungsbezogene Maßnahmen)	
Zuzuordnende Kapitel:	
3272	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	80	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	80	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	6.554	6.704	6.786	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	6.554	6.704	6.786	
Saldo	-6.554	-6.704	-6.706	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	0,00	1,18	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	0,0	0,0		
Beschäftigte über 55 Jahre	0,0	0,0		
Frauenquote	0,0	0,0		
Teilzeitquote	0,0	0,0		
Schwerbehindertenquote	0,0	0,0		
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Besuche in Bremen	[PRS]	84.700,000	84.200,000	108.120,000	
Besuche je 1000 Einwohner	[PRS]	133,000	132,000	198,000	
Eigenfinanzierungsquote	[%]	52,48	51,93	57,87	
Gastspiele (auswärts)	[ST]	36,000	36,000	57,000	
Konzerte in Bremen (Veranstalt.)	[ST]	89,000	89,000	104,000	
Zuschuss je Besuch	[EUR]	71,40	71,83	43,38	
Zuschuss je Einwohner	[EUR]	11,07	11,07	9,68	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Bemessungsgrundlage für den "Zuschuss je Besuch" und "Zuschuss je Einwohner" ist die Summe aller bremischer Behörden, nicht nur des Senators für Kultur.					

Produktgruppe: 22.02.03

Verantwortlich: Emigholz

Kunst- und Künstlerförderung

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 22.02

Verantwortlich: Emigholz

Theater und Musik

Produktplan: 22

Verantwortlich: Senator Böhrnsen

Kultur

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

In der Produktgruppe "Kunst- und Künstlerförderung" sind zum Beispiel die Bereiche Bildende Kunst (u.a. Gesellschaft für aktuelle Kunst; Berufsverband bildender Künstler, Bildhauerwerkstatt der Justizvollzugsanstalt), KünstlerInnenförderung für Literatur, Musik, Tanz und Theater (u.a. Schwankhalle, steptext dance project, Tanz Bremen, Verein TheaLit, belladonna, Musikerinitiative Bremen), Preise und Stipendien (u.a. Literaturpreis, Bremer Bildhauerpreis/Rolandpreis für Kunst im Öffentlichen Raum, Förderpreis für Bildende Kunst), Kunst im öffentlichen Raum sowie Kulturaustausch und Städtepartnerschaften enthalten.

Aufgabe der Kunst- und Künstlerförderung ist es, neben den institutionell geförderten Kultureinrichtungen auch temporäre Förderungen (Projektförderungen) zu gewähren. Dies geschieht als Förderung einzelner KünstlerInnen (Individualförderung), als Förderung einzelner Aktivitäten (Produktions- oder Veranstaltungsförderung, zusätzliche Sonderveranstaltungen institutionell geförderter Einrichtungen) oder als befristete Förderung einer gesamten Künstler- oder Projektgruppe (Konzeptförderung).

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Ziel ist es, Freiräume für Experimente zu öffnen. Die Förderung der Künste gewährleistet innovative künstlerische Produktionen und Positionen als Grundlage für deren Weiterentwicklung sowie der künstlerischen Szenen durch die freie Kulturarbeit, deren Qualität gezielt gestärkt werden soll.

- Die Vermittlung von aktueller und tradierter Kunst soll den Anspruch verfolgen, Zugänge zur Kunst - unabhängig von der Zugehörigkeit zu sozialen oder ethnischen Gruppen - zu schaffen. Künstlerische Anliegen sollen in den Fokus des öffentlichen Interesses geraten, sollen zur Auseinandersetzung auffordern.

Auftragsgrundlage:

- Förderrichtlinien und Beschlüsse der Deputation
- Masterplan für die Kulturentwicklung Bremens 2006-2011

Zuzuordnende Kapitel:

0251; 3288

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamernale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	0	9
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	0	9
Personalausgaben	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	1	2.251
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	60
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	1	2.311
Saldo	-1	-2.302
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Im Produktbereich "Museen" sind Stadt- und kulturhistorische Museen, das Nationale Deutsche Schiffahrtsmuseum sowie die Kunst- und kunstgeschichtlichen Einrichtungen enthalten.

Kunst und Kultur prägen wesentlich die Identifikation der Menschen mit ihrem Lebensraum. Dies zeigt sich auch und vor allem an der Tatsache, dass urbane Attraktivität eng mit einem anspruchsvollen Kulturangebot verbunden ist. Unabhängig davon besitzt Kultur einen Eigenwert.

Klassische große Einrichtungen wie Museen sollen gezielt gefördert werden: Die Museen führen auf die historischen Wurzeln der eigenen Herkunft zurück, bewahren das kulturelle Erbe und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur ästhetisch-historischen (Identitäts-)Bildung der Bevölkerung über die heutige Zeit hinaus.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- Die Sicherung von Lebensqualität und Chancengleichheit des Einzelnen in der Gesellschaft erfolgt in hohem Maße über die Beteiligung am kulturellen Leben. Daher ist die Sicherung der Teilhabe am musealen kulturellen Erbe für alle Bevölkerungsgruppen wichtiges Ziel im Produktbereich "Museen".
- Zur Unterstützung der Einrichtungen soll außerdem das bürgerschaftliche Engagement und die Freiwilligenarbeit gestärkt werden.

Langfristige Perspektiven:

- Die Sicherung der Bildungsfunktion der Museen durch eine verstärkte Orientierung an Vermittlungsformen des Edutainments sowie des "Public Understanding of Science" ist anzustreben.
- Eine Profilierung der Museen als Zentren der Verbindung von Kultur und Wissenschaft auf der Grundlage von Originalsammlungen durch eine Intensivierung sammlungsbezogener Forschung ist empfehlenswert.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	2.276	2.252	2.312	
Investive Einnahmen	81	81	106	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	2.357	2.333	2.418	
Personalausgaben	2.266	2.407	2.418	
Sonst. konsumtive Ausgaben	12.133	12.527	11.603	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	5.572	8.204	5.422	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	19.971	23.138	19.443	
Saldo	-17.614	-20.805	-17.025	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	11,80	10,08	12,44	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	1.157			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	14,4	17,2	17,2	
Personalbestand	13,2	16,9	17,6	
=> Netto-Personalbedarf	1,2	0,3	- 0,4	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	6,4	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	38,0	
Frauenquote	50,0	50,0	44,7	
Teilzeitquote	35,0	35,0	23,8	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	2,9	
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Besuche	[PRS]	707.000,000	537.000,000	481.812,000	
Besuche Deutsches Schiffahrtsmuseum	[PRS]	142.000,000	142.000,000	149.038,000	
Besuche Focke-Museum	[PRS]	90.000,000	90.000,000	53.540,000	
Besuche Kunsthalle	[PRS]	170.000,000	0,000	0,001	
Besuche Neues Museum Weserburg	[PRS]	60.000,000	60.000,000	39.182,000	
Besuche Übersee-Museum	[PRS]	150.000,000	150.000,000	150.051,000	
Zuschuss je Besuch DSM	[EUR]	26,68	26,68		
Zuschuss je Besuch Focke Museum	[EUR]	24,68	24,68		
Zuschuss je Besuch Kunsthalle	[EUR]	12,38	0,00		
Zuschuss je Besuch Neues Museum Weserb.	[EUR]	17,94	25,44		
Zuschuss je Besuch Überseemuseum	[EUR]	33,46	33,46		

B. Erläuterungen zu 2.

Bemessungsgrundlage für den "Zuschuss je Besuch" ist die Summe aller bremischer Behörden, nicht nur des Senators für Kultur.

Die Kunsthalle ist in den Jahren 2009/2010 wegen Erweiterung und Umbau geschlossen.

Produktgruppe: 22.03.01	Verantwortlich: Emigholz
Stadt- und kulturhistorische Museen	
Stadtgemeinde	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 22.03	Verantwortlich: Emigholz
Museen	
Produktplan: 22	Verantwortlich: Senator Böhrnsen
Kultur	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Die Produktgruppe "Stadt- und kulturhistorische Museen" beinhaltet das Übersee Museum, das Focke Museum, das Schloss Schönebeck und das Rundfunkmuseum. Aufgabe der Stadt- und kulturhistorischen Museen ist es, das kulturelle Erbe der Regional- und Kulturgeschichte sowie der Völker- Handels- und Naturkunde zu bewahren, zu erforschen und zu vermitteln.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Die Identität und das historische Bewusstsein der Bremer Bevölkerung sollen durch die Weiterentwicklung qualifizierter Vermittlungsformen der Regional- und Kulturgeschichte sowie der Völker- Handels- und Naturkunde gestärkt werden. - Die Herstellung einer kulturellen Öffentlichkeit für aktuelle Themen der Stadt- und Regionalentwicklung in Verbindung mit den überregionalen sowie internationalen Beziehungen Bremens wird angestrebt. - Die bisherigen Ausstellungskonzepte sollen modernisiert werden, um das bestehende Publikum an die Museen zu binden und neue Publikumsschichten dazu zu gewinnen. Ergänzend sollen kulturtouristisch attraktive Sonderausstellungen in die Konzeption eingebunden werden, wo es sinnvoll ist. - Die Profilierung des jeweiligen Sammlungskonzeptes unter Berücksichtigung vergleichbarer Sammlungen in Stadt und Region soll der Unverwechselbarkeit des einzelnen Museums dienen und das zukunftsweisende kulturelle Erbe der Stadt Bremen überregional verdeutlichen.	
Auftragsgrundlage:	
- Gesetz zur Errichtung von Museumsstiftungen (BremMusStG) - Masterplan für die Kulturentwicklung Bremens 2006 - 2011 - Koalitionsvereinbarung vom 17.06.2007 für 2007-2011, Bereich Kultur (Einrichtungsbezogene Maßnahmen)	
Zuzuordnende Kapitel:	
3288; 3289	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Besuche	[PRS]	240.000,000	240.000,000	203.591,000	
Besuche Focke-Museum	[PRS]	90.000,000	90.000,000	53.540,000	
Besuche Übersee-Museum	[PRS]	150.000,000	150.000,000	150.051,000	
Eigenfinanzierungsquote	[%]	18,98	17,98	17,48	
Führungen	[ST]	2.500,000	2.500,000	2.256,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Produktgruppe: 22.03.02

Verantwortlich: Emigholz

Nationales Deutsches Schiffahrtsmuseum

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 22.03

Verantwortlich: Emigholz

Museen

Produktplan: 22

Verantwortlich: Senator Böhrnsen

Kultur

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

In der Produktgruppe "Nationales Deutsches Schiffahrtsmuseum" ist die Stiftung Deutsches Schiffahrtsmuseum enthalten.

Die Stiftung Deutsches Schiffahrtsmuseum hat als einziges nationales Forschungsmuseum zur deutschen Schiffahrtsgeschichte einen internationalen Stellenwert und wird auf der "Blauen Liste" geführt. Durch die Bewertungs- und Evaluierungsverfahren der Wissenschaftsgemeinschaft Leipzig in den Jahren 2006/07 wurde die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit der Stiftung erfolgreich nachgewiesen.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Die überregionale Teilhabe am musealen, nationalen kulturellen Erbe soll durch die modernisierten Dauerausstellungen und eine attraktivere Gestaltung des Museums gestärkt werden.
- Das Deutsche Schiffahrtsmuseum soll als Forschungsmuseum der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) durch die weitere Profilierung einer sammlungsbezogenen Forschung in gesamtstaatlichem Interesse langfristig gesichert werden.
- Die Akquisition von Drittmitteln (Forschungsmitteln) soll kontinuierlich gesteigert werden.

Auftragsgrundlage:

- Stiftungsverfassung / Leistungen der Stifter
- Forschungsmuseum der Wissenschaftsgemeinschaft Leipzig
- Koalitionsvereinbarung vom 17.06.2007 für 2007-2011, Bereich Kultur (Einrichtungsbezogene Maßnahmen)

Zuzuordnende Kapitel:

0261

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Besuche	[PRS]	142.000,000	142.000,000	149.038,000	
Eigenfinanzierungsquote	[%]	14,53	14,53	10,38	
Führungen	[ST]	450,000	450,000	373,000	
Zuschuss je Besuch	[EUR]	26,68	26,68	35,07	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Bemessungsgrundlage für den "Zuschuss je Besuch" ist die Summe aller bremischer Behörden, nicht nur des Senators für Kultur.					

Produktgruppe: 22.03.03	Verantwortlich: Emigholz
Kunst u. kunstgeschichtl. Einrichtungen	
Stadtgemeinde	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 22.03	Verantwortlich: Emigholz
Museen	
Produktplan: 22	Verantwortlich: Senator Böhrnsen
Kultur	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
In der Produktgruppe "Kunst- und kunstgeschichtliche Einrichtungen" sind der Kunstverein (Kunsthalle Bremen), die Kunstsammlungen Böttcherstrasse (Paula Modersohn Becker Museum), das Museum Weserburg, die Gerhard Marcks Stiftung und die Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung enthalten. Die professionelle Präsentation und Vermittlung relevanter künstlerischer Positionen auf der Grundlage des jeweiligen Sammlungskonzeptes ist Grundlage der Arbeit der kunst- und kunstgeschichtlichen Einrichtungen. Die kontinuierliche Pflege und Modernisierung der Dauerausstellungen ist eine wichtige Voraussetzung dafür.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Das Museum Weserburg soll als Museum für moderne Kunst mit dem Charakter eines Sammlungsmuseums fortgeführt werden, d.h. denkbar sind überregional attraktive und thematisch aktuelle Sonderausstellungen mit inhaltlichem Bezug zu Sammlungskonzept und Sammlungsbestand. - Künstlerische Anliegen, Positionen der zeitgenössischen Kunst, sollen in den Fokus des öffentlichen Interesses geraten, sollen zur Auseinandersetzung auffordern. Daher sind innovative Formen der museumspädagogischen Vermittlung, die jene Zugänge zur Kunst ermöglichen, gezielt zu fördern. Kooperationen mit anderen kulturellen Einrichtungen und Bildungsinstitutionen sind in dieser Hinsicht hilfreich und wünschenswert. - Die Gewinnung neuer, vor allem auch jüngerer Besuchergruppen soll unterstützt werden, da ein Schwerpunkt der Förderziele die künstlerisch-kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen ist.	
Auftragsgrundlage:	
- Stiftungsurkunden, Verträge, - Masterplan für die Kulturentwicklung Bremens 2006 - 2011 - Koalitionsvereinbarung vom 17.06.2007 für 2007-2011, Bereich Kultur (Einrichtungsbezogene Maßnahmen)	
Zuzuordnende Kapitel:	
3270	

-376-

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Besuche	[PRS]	325.000,000	155.000,000	129.183,000	
Besuche je 1000 Einwohner	[PRS]	595,000	284,000	237,000	
Eigenfinanzierungsquote	[%]	50,91	27,31	37,00	
Führungen	[ST]	3.320,000	1.320,000	1.300,000	
Zuschuss je Besuch	[EUR]	13,71	31,60	35,91	
Besuche Kunsthalle	[PRS]	170.000,000	0,000	0,001	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Bemessungsgrundlage für den "Zuschuss je Besuch" ist die Summe aller bremischer Behörden, nicht nur des Senators für Kultur. Die Kunsthalle ist in den Jahren 2009/2010 wegen Erweiterung und Umbau geschlossen.					

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Im Produktbereich "Kulturelle Bildung" sind die drei Eigenbetriebe der Stadt Bremen, die Stadtbibliothek Bremen, die Bremer Volkshochschule und die Musikschule Bremen enthalten.

Kulturelle Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für die kulturelle Teilhabe an der Gesellschaft. Der Begriff von "Kultur" ist hier weit gefasst und schließt als Querschnittsaufgabe die Bereiche Bildung, Wissenschaft, Stadtentwicklung, Wirtschaft und Soziales mit ein.

Lebenslanges Lernen ist ein Schlüsselfaktor für die Entwicklungen in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen, etwa der Arbeitswelt oder der Medienwelt. Die Eigenbetriebe bieten ein breites Angebot an kulturellen Inhalten und Lernangeboten für unterschiedliche Altersgruppen sowie den offenen Zugang zu Information und Bildung als wichtige Stützen für den Prozess des lebenslangen Lernens, sowohl im allgemeinen als auch im kulturellen Kontext.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- Die kontinuierliche Grundversorgung der Bevölkerung mit Angeboten und Maßnahmen der allgemeinen, beruflichen, politischen, persönlichen, gesellschaftlichen und künstlerisch - kulturellen, außerschulischen Aus- und Weiterbildung soll gewährleistet werden.
- Der Zugang zur kulturellen und künstlerischen Bildung soll insbesondere Kindern und Jugendlichen sowie spezifischen Bevölkerungsgruppen ermöglicht werden, um die gerechte Partizipation aller Bevölkerungsgruppen sicherzustellen.

Langfristige Perspektiven:

- Die Optimierung von zentralen und dezentralen Dienstleistungsangeboten der Einrichtungen der kulturellen Bildung ist anzustreben.
- Ehrenamtlichkeit und bürgerschaftliches Engagement zur Unterstützung der Einrichtungen sollen gestärkt werden.
- Die Kooperation und Vernetzung mit anderen Kultur-, Forschungs- und Bildungseinrichtungen ist wünschenswert.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	275	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	275	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	12.367	12.376	12.493	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	718	718	743	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	13.085	13.094	13.236	
Saldo	-13.085	-13.094	-12.961	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	2,08	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	633			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Zuschuss je Einwohner	[EUR]	24,67	24,67	25,22	
Belegungen VHS	[ST]	58.050,000	57.250,000		
SchülerInnen Musikschule	[PRS]	2.330,000	2.300,000		
Ausweisinhaber (BibCard)	[PRS]	54.550,000	54.050,000		
Ausleihen	[ST]	3.550.000,000	3.550.000,000		
Veranstaltungen Volkshochschule	[ST]	4.200,000	4.150,000		
Schülerbelegungen Musikschule	[ST]	2.450,000	2.430,000		

B. Erläuterungen zu 2.

Bemessungsgrundlage für den "Zuschuss je Einwohner" ist die Summe aller bremischer Behörden, nicht nur des Senators für Kultur.

Produktgruppe: 22.04.01	Verantwortlich: Emigholz
Stadtbibliothek	
Stadtgemeinde	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 22.04	Verantwortlich: Emigholz
Kulturelle Bildung	
Produktplan: 22	Verantwortlich: Senator Böhrnsen
Kultur	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
In der Produktgruppe " Stadtbibliothek" ist die Stadtbibliothek Bremen enthalten. Die Stadtbibliothek ermöglicht mit ihrem Angebot, Zugänge zum literarischen Erbe zu schaffen, die der persönlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Orientierung dienen und damit zur Lebensgestaltung und Alltagsbewältigung beitragen.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Die Entwicklung und Stärkung der Lese- und Medienkompetenz in der Bevölkerung soll gefördert werden. Dabei liegen die Schwerpunkte bei der Vermittlung von Medienkompetenz im Umgang mit elektronischen Medien sowie der Vermittlung von Lesekompetenz durch intensive außerschulische Leseförderung. - Die Stadtbibliothek soll mit einem öffentlichen, allgemein zugänglichen, zentralen sowie dezentralen Medienangebot einen nachhaltigen Beitrag zur Erfüllung des Bildungs- und Informationsauftrags der Stadtgemeinde Bremen leisten. Diese wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe wird u.a. dadurch unterstützt, dass alle derzeitigen Bibliotheksstandorte beibehalten werden.	
Auftragsgrundlage:	
- Ortsgesetz über die Stadtbibliothek Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde - Masterplan für die Kulturentwicklung Bremens 2006 - 2011 - Koalitionsvereinbarung vom 17.06.2007 für 2007-2011, Bereich Kultur (Einrichtungsbezogene Maßnahmen)	
Zuzuordnende Kapitel:	
3289	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	200	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	200	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	8.261	8.266	8.266	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	498	498	498	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	8.759	8.764	8.764	
Saldo	-8.759	-8.764	-8.564	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	0,00	2,28	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	427			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Ausleihen	[ST]	3.550.000,000	3.550.000,000	3.572.008,000			
Ausleihen je 1.000 EW	[ST]	6.500,000	6.500,000	6.540,000			
Ausweisinhaber (BibCard)	[PRS]	54.550,000	54.050,000	52.062,000			
Ausweisinhaber je 1.000 EW	[PRS]	100,000	99,000	95,000			
Besuche	[PRS]	1.250.000,000	1.250.000,000	1.309.419,000			
Eigenfinanzierungsquote	[%]	10,09	10,00	10,83			
Veranstaltungen	[ST]	1.700,000	1.700,000	1.866,000			
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							

Produktgruppe: 22.04.02

Verantwortlich: Emigholz

Einr. der Kulturverm./Kult.Bildungsarb.

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Produktbereich: 22.04

Verantwortlich: Emigholz

Kulturelle Bildung

Produktplan: 22

Verantwortlich: Senator Böhrnsen

Kultur

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

In der Produktgruppe "Einrichtungen der Kulturvermittlung" sind die Bremer Volkshochschule und die Musikschule Bremen enthalten.

Aufgabe der Bremer Volkshochschule ist die Bereitstellung eines außerschulischen Weiterbildungsprogramms zur allgemeinen beruflichen, politischen sowie kulturellen Bildung der Bevölkerung.

Aufgabe der Musikschule Bremen ist die Bereitstellung eines Angebotes der außerschulischen Aus- und Weiterbildung zur musikalischen Bildung der Bevölkerung.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Durch organisiertes Lernen sollen Teilnehmer für die wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe, die Idee des "lebenslangen Lernens", begeistert werden.
- Die gerechte Partizipation aller Bevölkerungsgruppen am Angebot kultureller Bildung ist anzustreben und soll über die Verbesserung des Zugangs vor allem von besonders förderungswürdigen Bevölkerungsgruppen erreicht werden.
- Die Förderung musikalischer Talente und das Heranführen vor allem von Kindern und Jugendlichen, aber auch von Erwachsenen an das aktive Musizieren sollen gestärkt werden.

Auftragsgrundlage:

- Ortsgesetze, Eigenbetriebe der Stadtgemeinde
- Masterplan für die Kulturentwicklung Bremens 2006 - 2011
- Koalitionsvereinbarung vom 17.06.2007 für 2007-2011, Bereich Kultur (Einrichtungsbezogene Maßnahmen)

Zuzuordnende Kapitel:

3288; 3289

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Unterrichtsstunden Volkshochschule	[STD]	114.000,0	113.000,0	119.907,0	
Veranstaltungen Volkshochschule	[ST]	4.200,000	4.150,000	4.583,000	
Belegungen VHS	[ST]	58.050,000	57.250,000	58.872,000	
Jahreswochenstunden Musikschule	[STD]	1.140,0	1.110,0	1.065,0	
Schülerbelegungen Musikschule	[ST]	2.450,000	2.430,000	2.499,000	
SchülerInnen Musikschule	[PRS]	2.330,000	2.300,000	2.198,000	
Eigenfinanzierungsquote	[%]	54,37	53,75	53,13	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Schülerbelegungen Musikschule: Anzahl der Teilnahmen am Musikunterricht der Musikschule (1 Schüler z.B.: Klavierunterricht a 20 Unterrichtsstunden = 1 Teilnahme)					
Belegungen Volkshochschule: Anzahl der Teilnahmen an Kursen der Volkshochschule (1 Kursteilnehmer z.B.: Englischkurs a 15 Abende = 1 Teilnahme)					

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Im Produktbereich "Sonstiges (Allgemeine Kulturpflege)" sind die Bereiche senatorische Angelegenheiten Kultur (inklusive der überregionalen Beteiligungen), Denkmalschutz und Denkmalpflege sowie Staatsarchiv enthalten.

Aufgabe einer zeitgemässen Kulturadministration ist es, kulturelle Prozesse aus einer kulturpolitischen Gesamtsicht zu betrachten. Dies erfolgt auf Grundlage des "Neuen Steuerungsmodells" durch Vereinigung der Kompetenzfelder kulturelle, betriebswirtschaftliche und administrative Fachlichkeit sowie Methoden- und Systemwissen.

Für die politischen Mandatsträger erstellen Kulturverwalter Entscheidungsgrundlagen und setzen deren Entscheidungen um. Im Miteinander mit den Kulturschaffenden erfüllen sie die Rolle eines partnerschaftlichen Beraters, der Ideen aufnimmt, entwickelt, kommuniziert und im Rahmen der politisch vorgegebenen Setzungen zu realisieren hilft.

Eine weitere wichtige Aufgabe der Kulturbehörde ist die Entwicklung argumentativer Grundlagen, um die notwendige Finanzierung sicherzustellen. Hierzu gehört eine transparente und nachhaltige Haushaltsplanung und eine dienstleistungsorientierte Umsetzung der beschlossenen Haushalte. Dazu gehört außerdem die Steuerung der größtenteils autonomen Kultureinrichtungen im Sinne zielorientierter Förderung mittels geeigneter Instrumente, beispielsweise mit Zielvereinbarungen.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- Die Koordination und Steuerung der Kulturförderung und kulturorientierter Dienstleistungen sollen kontinuierlich verbessert werden.
- Die gesetzlichen Aufgaben im Geschäftsbereich des Senators für Kultur sollen in vollem Umfang wahrgenommen werden, dazu ist eine Personal- und Organisationsentwicklung im Rahmen des Reorganisationsprozesses erforderlich.

Langfristige Perspektiven:

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	834	826	2.940	
Investive Einnahmen	0	0	11	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	834	826	2.951	
Personalausgaben	4.424	3.757	4.273	
Sonst. konsumtive Ausgaben	4.382	3.830	2.070	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	19	20	162	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	283	
Gesamtausgaben	8.825	7.607	6.788	
Saldo	-7.991	-6.781	-3.837	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	9,45	10,86	43,47	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	70,1	51,9	53,6	
Personalbestand	62,0	65,6	79,2	
=> Netto-Personalbedarf	8,1	- 13,7	- 25,6	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	9,2	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	37,8	
Frauenquote	50,0	50,0	52,2	
Teilzeitquote	35,0	35,0	29,7	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	3,9	

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Erläuterungen zu 2.				

Produktgruppe: 22.90.01

Verantwortlich: Emigholz

Senatorische Angelegenheiten Kultur

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 22.90

Verantwortlich: Emigholz

Sonstiges (Allg. Kulturpflege)

Produktplan: 22

Verantwortlich: Senator Böhrnsen

Kultur

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

In der Produktgruppe "Senatorische Angelegenheiten Kultur" ist das Kulturressort inklusive der zugeordneten Dienststelle "Kultureinrichtungsförderung Bremen" enthalten.

Aufgabe des Senators für Kultur ist es, die Steuerung der Kulturförderung und kulturorientierter Dienstleistungen zu koordinieren. Im Kulturressort wird gemäß dem Ein-Säulen-Modell eine "schlanke" und effizient arbeitende, kulturfachlich und betriebswirtschaftlich ausgerichtete Kulturabteilung entwickelt. Die Kultureinrichtungsförderung Bremen wird in die Kulturabteilung integriert.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Die Kulturplanung wird insbesondere vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen wie der Veränderung der Anforderungen an kulturelle Bildung, gewachsene Beteiligungsansprüche, Integration unterschiedlicher Kulturen etc. neu ausgerichtet. Ziel ist es, die dynamische Entwicklung von Gesellschaft und Kultur frühzeitig in der strategischen Arbeit der Kulturverwaltung widerzuspiegeln.
- Wettmittel sollen als gezieltes Instrument für Projektförderung eingesetzt werden, die Vergabe erfolgt auf Basis transparenter Kriterien und Verfahren, alle AntragstellerInnen sollen einen einfachen und gleichberechtigten Zugang zu Fördermöglichkeiten und diesbezüglichen Informationen erhalten.

Auftragsgrundlage:

- Geschäftsverteilung und Beschlüsse des Senats, Beschluss vom 15. März 2005
- Masterplan für die Kulturentwicklung Bremens 2006-2011 mit Beschluss vom 11.06.2006
- Koalitionsvereinbarung vom 17.06.2007 für 2007-2011, Bereich Kultur (Reorganisation der Kulturverwaltung)

Zuzuordnende Kapitel:

0250; 0251; 3289

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	806	798	2.791	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	806	798	2.791	
Personalausgaben	2.802	2.544	2.607	
Sonst. konsumtive Ausgaben	3.470	3.198	1.500	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	1	3	7	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	6.273	5.745	4.114	
Saldo	-5.467	-4.947	-1.323	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	12,85	13,89	67,84	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	38,8	27,0	27,3	
Personalbestand	30,7	34,1	35,2	
=> Netto-Personalbedarf	8,1	- 7,1	- 7,9	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	11,9	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	43,3	
Frauenquote	50,0	50,0	49,4	
Teilzeitquote	35,0	35,0	20,3	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	4,1	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamernale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	214	591
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	214	591
Personalausgaben	2.544	258
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.364	2.107
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	1	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	3.909	2.365
Saldo	-3.695	-1.774
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	38,8	0,0
Personalbestand	30,7	0,0
=> Netto-Personalbedarf	8,1	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 22.90.02

Verantwortlich: Emigholz

Denkmalschutz / -pflege

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 22.90

Verantwortlich: Emigholz

Sonstiges (Allg. Kulturpflege)

Produktplan: 22

Verantwortlich: Senator Böhrnsen

Kultur

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Die Produktgruppe Denkmalschutz/ -pflege umfasst die Bereiche Denkmalschutz, Denkmalpflege sowie die Landesarchäologie, d.h. den Bodendenkmalschutz und die Bodendenkmalpflege.

Es handelt sich um Pflichtaufgaben in hoheitlichem Auftrag, die der Bewahrung dienen.

Sie gehen als kulturelles Angebot auf die Bedürfnisse der Bürger, der Träger von Bildung und Forschung, der Verwaltung und der Wirtschaft ein.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Ziel ist die Wahrnehmung des gesetzlichen Auftrags zum Schutz der Kultur- und Baudenkmäler gemäß dem Gesetz zu Pflege und Schutz der Kulturdenkmäler.

- Ziel ist die Wahrnehmung des gesetzlichen Auftrags zum Schutz der Bodendenkmäler gemäß dem Denkmalschutzgesetz des Landes Bremen.

Auftragsgrundlage:

- Gesetz zur Pflege und Schutz der Kulturdenkmäler

- Denkmalschutzgesetz des Landes Bremen (BremDSchG)

Zuzuordnende Kapitel:

0256; 0259; 3289

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)		Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	3	3	108		
Investive Einnahmen	0	0	11		
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0		
Gesamteinnahmen	3	3	119		
Personalausgaben	739	463	799		
Sonst. konsumtive Ausgaben	412	359	278		
Zinsausgaben	0	0	0		
Tilgungsausgaben	0	0	0		
Investive Ausgaben	8	8	116		
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	61		
Gesamtausgaben	1.159	830	1.254		
Saldo	-1.156	-827	-1.135		
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,26	0,36	9,49		
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011				
Personal	0				
konsumtiv	0				
investiv	0				
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009		
Beschäftigungszielzahl	11,6	7,8	8,4		
Personalbestand	5,0	12,1	12,1		
=> Netto-Personalbedarf	6,6	- 4,3	- 3,7		
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	3,1		
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	33,5		
Frauenquote	50,0	50,0	54,0		
Teilzeitquote	35,0	35,0	39,5		
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	9,6		
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009		
D. Erläuterungen zu 2. A-C					

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	3	0
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	3	0
Personalausgaben	739	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	412	0
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	8	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	1.159	0
Saldo	-1.156	0
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	11,6	0,0
Personalbestand	5,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	6,6	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 22.90.03

Verantwortlich: Emigholz

Staatsarchiv

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 22.90

Verantwortlich: Emigholz

Sonstiges (Allg. Kulturpflege)

Produktplan: 22

Verantwortlich: Senator Böhrnsen

Kultur

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Die Produktgruppe Staatsarchiv umfasst das Staatsarchiv Bremen.

Das Staatsarchiv hat die Aufgabe, Unterlagen von Behörden, Gerichten und sonstigen Stellen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen auf ihre Archivwürdigkeit hin zu werten und die als archivwürdig erklärten Teile als Archivgut zu übernehmen, zu verwahren und zu ergänzen, zu erhalten und instand zu setzen, zu erschließen und für die Benutzung bereitzustellen sowie zu erforschen und zu veröffentlichen. Diese Aufgabe erstreckt sich auch auf Unterlagen der Rechtsvorgänger des Landes und der Stadtgemeinde Bremen und der Funktionsträger der in Satz 1 genannten Stellen.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Ziel ist die Wahrnehmung des gesetzlichen Auftrags zur Archivierung gemäß dem Bremischen Archivgesetz.

Auftragsgrundlage:

- Gesetz über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivguts im Lande Bremen (Bremisches Archivgesetz)

Zuzuordnende Kapitel:

0258

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)		Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	26	26	41		
Investive Einnahmen	0	0	0		
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0		
Gesamteinnahmen	26	26	41		
Personalausgaben	883	750	867		
Sonst. konsumtive Ausgaben	499	273	292		
Zinsausgaben	0	0	0		
Tilgungsausgaben	0	0	0		
Investive Ausgaben	10	10	39		
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	222		
Gesamtausgaben	1.392	1.033	1.420		
Saldo	-1.366	-1.007	-1.379		
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	1,87	2,52	2,89		
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011				
Personal	0				
konsumtiv	0				
investiv	0				
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009		
Beschäftigungszielzahl	19,7	17,1	18,0		
Personalbestand	18,9	19,4	19,9		
=> Netto-Personalbedarf	0,8	- 2,3	- 1,9		
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5			
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5			
Frauenquote	50,0	50,0			
Teilzeitquote	35,0	35,0			
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0			
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009		
D. Erläuterungen zu 2. A-C					

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Benutzer (=Neubenutzer) Staatsarchiv	[PRS]	2.200,000	2.200,000	1.501,000	
Benutze Archivalien Staatsarchiv	[ST]	19.000,000	19.000,000	13.934,000	
Herausgegebene Druckseiten Staatsarchiv	[ST]	600,000	600,000	1.071,000	
Schriftliche Auskünfte Staatsarchiv	[ST]	1.300,000	1.300,000	1.591,000	
Zugang an Akten	[M]	100	100	194	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

24.01 Hochschulen (Sonderhaushalte)

- 24.01.01 Universität Bremen
- 24.01.02 Hochschule Bremen
- 24.01.03 Hochschule für Künste
- 24.01.04 Hochschule Bremerhaven
- 24.01.05 Staats- und Universitätsbibliothek
- 24.01.06 Hochschulübergreifende Angelegenheiten

24.02 Hochschulbauförderung

- 24.02.01 Übergreifende Baumaßnahmen
- 24.02.02 Bau- und Erstaussstattung d. Universität
- 24.02.03 Bau- u. Erstaussstattung Hochsch. Bremen
- 24.02.04 Bau-u.Erstaussstatt. Hochschule f. Künste
- 24.02.05 Bau-u.Erstaussstatt. Hochschule Bhv.

24.03 Forschungsförderung

- 24.03.01 Gemeins. Forschungsförderung Bund/Länder
- 24.03.02 Institutionelle Förderungen in Bremen
- 24.03.03 Sonstige Förderung

24.04 Studenten

- 24.04.01 Studentenwerk Bremen
- 24.04.02 Finanziellen Leistungen a.Student(inn)en

24.90 Sonstiges Wissenschaft

- 24.90.01 Senatorische Angelegenh. Wissenschaft

Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:¹

Bremisches Hochschulgesetz
Wissenschaftsplan 2010 und Hochschulgesamtplan V für das Land Bremen
Koalitionsvereinbarung 17. Legislaturperiode

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:

Konsequente Förderung der Etablierung und des Ausbaus der international sichtbaren Wissenschaftsschwerpunkte einerseits und Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft durch Ausbildung hochqualifizierter Arbeitskräfte, Drittmittelerfolge, Wissenschaftstransfer und Innovation andererseits durch

- > Bündelung der innerbremischen Ressourcen zur Stärkung der Wissenschaftsschwerpunkte des Landes
- > Weiterentwicklung der bestehenden Kooperationen der bremischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen miteinander und mit außerbremischen Institutionen, insbesondere der Universität Oldenburg
- > Intensivierung der regionalen Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft
- Positionierung der Universität Bremen als eine international anerkannte Forschungsuniversität

Ausbildung hoch qualifizierter Nachwuchskräfte für Wirtschaft und Gesellschaft durch

- > Beteiligung an der Bewältigung der hohen Studierendennachfrage in Deutschland in den nächsten Jahren durch Erhalt der hohen Anzahl von Studienplätzen im Lande Bremen
- > Weiterentwicklung der Chancengerechtigkeit für Frauen und Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen, insbesondere Professuren
- > Verbesserung der Chancengleichheit beim Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte und Menschen mit Migrationshintergrund
- > Profilbildung und Kooperation der Hochschulen auch über Bremen hinaus
- > Stabilisierung der Absolventenzahlen der Hochschulen auf dem derzeitigen hohen Niveau.

Verbesserung des Arbeitskräftepotenzials und Gewinnung neuer Einwohner durch

- > Förderung der nationalen und internationalen Vernetzung in der Forschung
- > Erhöhung der Attraktivität für auswärtige und ausländische Wissenschaftler/innen und bereits graduierte Studienbewerber/innen.

¹ z.B. gesetzliche Vorgaben, produktplanrelevante Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, des Senats sowie von Ausschüssen / Fachdeputationen etc.

Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	19.275	17.104	14.173	
Investive Einnahmen	15.221	15.140	17.125	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	222	
Gesamteinnahmen	34.496	32.244	31.520	
Personalausgaben	2.317	2.214	2.505	
Sonst. konsumtive Ausgaben	281.607	276.960	279.600	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	44.381	43.834	48.261	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	328.305	323.008	330.366	
Saldo	-293.809	-290.764	-298.846	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	10,51	9,98	9,54	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	500			
investiv	1.000			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	31,5	33,5	35,0	
Personalbestand	31,5	31,2	32,7	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	2,3	2,3	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	0,0	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	49,5	
Frauenquote	50,0	50,0	65,7	
Teilzeitquote	35,0	35,0	36,5	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	3,2	

C. Erläuterungen zu A-B

Der weitaus größere Teil der Einnahmen im Wissenschaftsbereich entsteht außerhalb des Landeshaushalts in den Erfolgs- und Vermögensplänen der Hochschulen, im Sonderhaushalt "BAföG-Darlehen" und in den Wirtschaftsplänen der außeruniversitären Forschungsinstitute. Im Jahr 2007 wurden fast die Hälfte der Gesamtausgaben im Wissenschaftsbereich durch Mittel des Bundes, der Länder sowie andere Drittmittel getragen.

Leistungsangaben

A. Strategische Leistungsziele/Kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009
A.1 Hochschulen			
- Absolventen	4.215	4.185	5.000
- Studienanfänger	4.923	4.865	
- Drittmittelanteil an Gesamtfinanzierung	27%	27%	33%
A.2 Außeruniversitäre Forschung (Bremer Institute)			
- Drittmittelanteil an Gesamtfinanzierung	73,7%	73,6%	73,8%

B. Erläuterungen zu den Leistungsangaben

Die Schwerpunkte im Produktplan 24 liegen sowohl hinsichtlich des Ausgabevolumens, als auch bezogen auf die Leistungserwartungen bei den Hochschulen und den außeruniversitären Forschungsinstituten.

Hochschulen

Lehre und Studium gehören zu den zentralen Aufgaben der Hochschulen. Hier sind zwei Entwicklungen von großer Bedeutung:

- **Qualität der Lehre**
Seit 2008 wird die Verbesserung der Lehrqualität durch Schwerpunktmittel gefördert, die ab 2010 integraler Bestandteil des Wissenschaftsbudgets geworden sind. Es wird weiterhin darauf ankommen, durch konkrete Programme dieses Ziel weiter zu verfolgen. Entsprechend wurden die Zielzahlen für die Absolventen angehoben.
- Bundesweit werden für die Jahre 2011-2015 ca. 275.420 zusätzliche Studienanfänger erwartet. Im Rahmen des Hochschulpaktes II wird der Bund dafür insgesamt rd. 3,5 Mrd. Euro zur Verfügung stellen. Oberhalb einer definierten Referenzlinie von 4.859 Studienanfängern erhält Bremen Bundesmittel. Die endgültige Höhe hängt entscheidend von der Einhaltung der Gesamtverpflichtung durch die Länder ab und ist derart nur schwer zu beziffern.

Die Qualität der Hochschulforschung, und hier insbesondere die der Universität, findet ihren Ausweis in dem erzielten Drittmittelvolumen. Mit einem Drittmittelanteil an der Gesamtfinanzierung von inzwischen 33% liegt Bremen auch bundesweit an der Spitze. Trotz der immer noch schwierigen wirtschaftlichen Situation und der problematischen Finanzlage der wichtigsten Drittmittelgeber soll der Drittmittelanteil weiter gesteigert werden. Diese Zielsetzung bedingt ein Halten der Grundfinanzierung.

Außeruniversitäre Forschung

Neben den überregionalen Forschungsinstituten, die in 2008/09 durch das ZMT, MEVIS und IWES zahlenmäßig verstärkt wurden, spielen die überwiegend sehr drittmittelstarken Bremer Forschungsinstitute eine große Rolle im bremischen Wissenschaftssystem. Der Erfolg dieser Einrichtungen spiegelt sich insbesondere in den erreichten Drittmittelvolumen wieder.

Die Erfolge des Wissenschaftsbereichs in Bremen werden nur dann zu halten sein, wenn es gelingt, eine abgestimmte und durchfinanzierte mittelfristige Planung (bis 2020) auf den Weg zu bringen.

Berücksichtigung des Gender-Budgeting im Wissenschaftsbudget

- Gender Budgeting wird im Bereich Hochschulen durch entsprechende quantitative Zielsetzungen in der Hochschulgesamtp lanung und durch konkrete Vereinbarungen mit den Hochschulen in den Kontrakten, die die Grundlage für die Zuweisung der Mittel für den Globalhaushalt sind, verfolgt. Es obliegt dann den Hochschulen, im Rahmen ihrer Autonomie Maßnahmen zu ergreifen, wie diese Ziele erreicht werden können. Darüber hinaus werden systematisch Sondermittel, wie z.B. das Programm zur Verbesserung von Lehre und Studium oder der Hochschulpakt, genutzt, um die Hochschulen zu verpflichten, einen Teil der Mittel für Maßnahmen zur tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und zur Beseitigung bestehender Nachteile einzusetzen und darüber Bericht zu erstatten.

Statistische Kennzahlen aus dem Hochschulbereich

Geschlechterverhältnis (Anteile in %) in den unterschiedlichen Phasen und Bereichen der wissenschaftlichen Ausbildung 2006¹

	Studienanfänger/innen		Studierende		Absolventen/innen		Promotionen		Professuren	
	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.
Bremen	48,9	51,1	48,0	52,0	52,3	47,7	40,6	59,4	18,9	81,1
Durchschnitt	50,1	49,9	49,2	50,8	53,2	46,8	43,0	57,0	17,0	83,0

- Ebenso wie bei den Hochschulen wird das Gender Budgeting im Bereich der Forschungsförderung (Bremer Institute) durch Kontrakte verwirklicht. Der sehr hohe Frauenanteil des Verwaltungspersonals macht einen Sollwert entbehrlich. Beim technischen Personal orientiert sich die Kennzahl der Institute am jeweiligen Ist der Universität. Im Bereich des wissenschaftlichen Personals kommt das Kaskadenmodell des Wissenschaftsrats² zur Anwendung, um geeignete Referenzwerte zu erhalten. Ansonsten obliegt es den Forschungseinrichtungen im Rahmen ihrer Autonomie ihre Forschungs- bzw. die wirtschaftliche Geschäftstätigkeit zu gestalten.

Statistische Kennzahlen aus dem Bereich der Forschungseinrichtungen

Geschlechterverhältnis (Anteile in %) in den unterschiedlichen Beschäftigungsgruppen der bremischen Forschungsinstitute 2008

Beschäftigungsgruppe	Soll		Ist		Abweichung in %	
	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.
Verwaltung			88,1	11,9		
Technischer Dienst	39,0	61,0	29,4	70,6	- 24,6	15,7
Wissenschaftliche Mitarbeiter	33,2	66,8	22,6	77,4	- 31,9	15,9

¹) In der Hochschulstatistik ist 2006 das aktuellste Jahr.

Der Durchschnitt wurde gebildet aus den Städten, die auch im Benchmarking herangezogen werden (Bremen, Hamburg, Berlin, Dortmund, Essen, Düsseldorf, Frankfurt, Hannover, Köln, Leipzig, München, Stuttgart).

² Der Wissenschaftsrat hat in seinem Papier „Empfehlungen zur Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern“ (2007) ein Quotenmodell (sog. „Kaskadenmodell“) vorgestellt. Danach dient als Bezugsgröße bei der Besetzung von Stellen jeweils mindestens der Anteil von Frauen auf der direkt vorhergehenden Qualifikationsstufe. So soll sich z.B. die Anzahl der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen am Frauenanteil der BA/MA- bzw. Diplom-Absolventinnen orientieren.

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Universität, Kunsthochschule und zwei Fachhochschulen mit grundständigen und postgradualen Studiengängen in natur-, ingenieur-, wirtschafts-, rechts-, sozial-, geisteswissenschaftlichen und künstlerischen Fächern, Nachwuchsförderung (Universität).
Forschung und Entwicklung, Technologie- und Wissenstransfer, wissenschaftliche Weiterbildung u.a. Dienstleistungen.
Staats- und Universitätsbibliothek als wissenschaftliche Bibliothek für alle Hochschulen mit entsprechendem Literaturangebot und Informationsdienstleistungen.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- > Entwicklung Bremens/Bremerhavens zu einem profilierten und exzellenten Wissenschaftsstandort sowie Erschließung und Nutzung des Potentials der Metropolregion Bremen - Oldenburg.
- > Stärkung der exzellenten und transferrelevanten Bereiche in den Wissenschaftsschwerpunkten.
- > Ausbildung hoch qualifizierter Nachwuchskräfte in exzellenten und innovativen Wissenschaftsfeldern.
- > Stabilisierung des hohen Drittmittelvolumens und Verstärkung der Transferleistungen.
- Beteiligung an der 2. Runde der Exzellenzinitiative im Jahr 2011
- > Effizienzsteigerung und Qualitätssicherung der Hochschulen insbesondere durch eine Stabilisierung der Absolventenzahlen auf dem derzeit erreichten hohen Niveau.
- > Weiterentwicklung der innovativen wissenschaftlichen Kernbereiche mit den stärksten Wachstums- und Beschäftigungseffekten.
- > Schaffung zukunfts-trächtiger neuer Arbeitsplätze durch Wissenschaft und Wissenstransfer als Voraussetzung zur Bewältigung des Strukturwandels und der demographischen Entwicklung.
- > Bereitstellung eines Arbeitskräftepotentials mit hohem Qualifikationsniveau und Gewinnung neuer Einwohner/innen.
- > Beteiligung am Hochschulpakt 2020.

Langfristige Perspektiven:

International sichtbare Positionierung der Universität Bremen.
Erfüllung der Ziele des Wissenschaftsplans.
Steigerung des Studienerfolgs.
Entwicklung eines klaren Profils der bremischen Hochschullandschaft.
Ausbau der Kooperation mit und Stärkung der Innovationskraft für die regionale Wirtschaft. Analyse und Abbau von Defiziten bei den Erfolgsquoten und der Studiendauer.
Profilierung der Wissenschaftsschwerpunkte zu international anerkannten Exzellenzkernen.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	3.546	3.546	2.492	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	3.546	3.546	2.492	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	207.395	205.489	210.794	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	16.807	16.772	17.078	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	224.202	222.261	227.872	
Saldo	-220.656	-218.715	-225.380	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	1,58	1,60	1,09	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	500			
investiv	1.000			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Absolventen	[PRS]	4.215,000	4.185,000	5.000,000	
Drittmittelausgaben zu Gesamtausgaben	[%]	27,00	27,00	33,00	
Studierende in RSZ zu Gesamtstudierende	[%]	75,00	75,00	72,00	
Entleihungen einschl. Verlängerungen	[ST]	2.350.000,000	2.300.000,000	2.486.173,000	
Medienzugänge	[ST]	77.000,000	82.000,000	93.562,000	
elektron. verfügbare Zeitschriften	[ST]	15.000,000	15.500,000	15.681,000	
Promotionen	[PRS]	265,000	265,000	319,000	
Studienanfänger/-innen 1. HS	[PRS]	4.923,000	4.865,000		

B. Erläuterungen zu 2.

Die Zielzahlen werden beim Abschluss der Kontrakte mit den Hochschulen und der Staats- und Universitätsbibliothek durch weitere Kennzahlen ergänzt.

Absolventen: Summe Studienjahr

Anteil Drittmittelausgaben an Gesamtausgaben: Drittmittel: inkl. Entgelte, ohne Schwerpunkt- und sonstige Sondermittel; Jahressumme

Entleihungen: Entlehene Medien inkl. Verlängerungen und passive Fernleihe; Jahressumme

Medienzugänge: physische Medieneinheiten; Jahressumme

elektronisch verfügbare Zeitschriften: Elektronische Zeitschriften, für die eine lizenzierte Zugriffsberechtigung besteht, oder die von der Bibliothek selber bereitgestellt bzw. aufgrund des Pflichtexemplargesetzes erworben werden; Jahressumme

E-Books: Bereitgestellte Verlags-Buchtitels in elektronischer Form durch (gesonderte und u.U. zeitlich begrenzte) Lizenz mit dem jeweiligen Verlag; Summe am Jahresende.

Promotionen: Summe Studienjahr

Anteil der Studierenden in der Regelstudienzeit an der Gesamtzahl der Studierenden: Studierende nach Köpfen gemäß Schnellmeldung,

Wintersemester des ablaufenden Jahres.

Studienanfänger/-innen 1. HS: Studienanfänger/-innen im ersten Hochschulsemester, Summe des Studienjahres entsprechend der Zählweise des Hochschulpaktes; neue Kennzahl ab 2010.

Inhaltliche Erläuterungen der Zielwerte sind z.T. bei der jeweiligen Produktgruppe angegeben.

Produktgruppe: 24.01.01	Verantwortlich: Walter
Universität Bremen	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 24.01	Verantwortlich: Walter
Hochschulen (Sonderhaushalte)	
Produktplan: 24	Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper
Hochschulen und Forschung	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Forschungsuniversität mit wissenschaftlicher Ausbildung in grundständigen und postgradualen forschungsorientierten Studiengängen in natur-, ingenieur-, wirtschafts-, rechts-, sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächern. Grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung mit hoher Transferrelevanz. Interdisziplinäre Forschung (Sonderforschungsbereiche, zentrale wissenschaftliche Einrichtungen, Forschungsverbünde und -zentren) in Kooperation mit außeruniversitären Instituten (siehe Produktgruppe 24.03.02). Auftragsforschung, wissenschaftliche Weiterbildung, Technologietransfer, Vortragsveranstaltungen u.a. Dienstleistungen.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Qualitätssicherung in der Lehre und in der Lehramtsausbildung, Gewährleistung einer hohen Ausbildungsqualität und der Wettbewerbsfähigkeit der Absolventinnen und Absolventen auf den Arbeitsmärkten. Stabilisierung der Zahl der Absolventinnen und Absolventen auf dem derzeitigen hohen Niveau, Verkürzung der Studienzeiten und Senkung der Studienabbrecherquoten. Stabilisierung bzw. Erhöhung der Zahl der Promotionen u.a. durch Ausweitung der strukturierten Doktorandenausbildung. Schaffung der strukturellen und organisatorischen Voraussetzungen zur Weiterentwicklung der Universität als international sichtbare Forschungsuniversität mit klarer Profilierung und exzellenten Forschungsbereichen, Herausbildung von Forschungscustern mit überregionaler und internationaler Ausstrahlung, Ausbau der Kooperation mit der Jacobs University und der Universität Oldenburg zur Verbreiterung der Forschungsbasis, Ausbau der Kooperation mit der regionalen Wirtschaft, Wissens- und Technologietransfer in die Region, Beteiligung an der Netzwerk- und Clusterbildung Stabilisierung des Drittmittelniveaus. Stärkung der Attraktivität von Stadt und Region durch Tagungen, Veranstaltungen etc. Beteiligung am Hochschulpakt 2020.	
Auftragsgrundlage:	
Bremisches Hochschulgesetz (BremHG) und Wissenschaftsplan 2010, Hochschulgesamtplan V	
Zuzuordnende Kapitel:	
0274	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Absolventen	[PRS]	2.650,000	2.600,000	3.035,000	
Drittmittelausgaben zu Gesamtausgaben	[%]	31,00	31,00	33,00	
Studierende in RSZ zu Gesamtstudierende	[%]	72,00	72,00	67,00	
Promotionen	[PRS]	265,000	265,000	319,000	
Studienanfänger/-innen 1. HS	[PRS]	2.558,000	2.500,000		
				</	

Produktgruppe: 24.01.02

Verantwortlich: Kormann

Hochschule Bremen

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 24.01

Verantwortlich: Walter

Hochschulen (Sonderhaushalte)

Produktplan: 24

Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper

Hochschulen und Forschung

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Fachhochschule mit internationalem Profil,
Anwendungsorientierte wissenschaftliche Ausbildung in 64 überwiegend internationalen Studiengängen in ingenieur-, natur-, wirtschafts-, sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächern, Angewandte Forschung und Entwicklung, wissenschaftliche Weiterbildung, Beratung, Dienstleistungen.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Vermittlung praxisorientierter fachwissenschaftlicher Kenntnisse und Fähigkeiten sowie von Schlüsselqualifikationen,
Technologietransfer / Erschließung wissenschaftlicher Erkenntnisse und ihrer Anwendungsmöglichkeiten für die Praxis mit besonderer Berücksichtigung des regionalen Bedarfs.
Einbindung von anwendungsbezogenen Forschungskernen in die Wissenschaftsschwerpunkte des Landes,
Stärkung der Internationalisierung, des Praxisbezugs und der Qualitätssicherung in Lehre und Studium.
Stärkung der wissenschaftlichen Infrastruktur und der Wirtschafts- und Finanzkraft des Landes.
Beratung, wissenschaftliche Weiterbildung, Förderung internationaler Beziehungen, Stabilisierung des hohen Drittmittelniveaus,
Stärkung der Attraktivität von Stadt und Region durch Tagungen, Veranstaltungen etc..
Beteiligung am Hochschulpakt 2020.

Auftragsgrundlage:

Bremisches Hochschulgesetz (BremHG) und Wissenschaftsplan 2010, Hochschulgesamtplan V.

Zuzuordnende Kapitel:

0274

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	35.919	35.451	36.676	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	2.000	2.000	2.218	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	37.919	37.451	38.894	
Saldo	-37.919	-37.451	-38.894	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011		Planung 2010		Ist 2009		
Absolventen	[PRS]	1.150,000		1.150,000		1.509,000		
Drittmittelausgaben zu Gesamtausgaben	[%]	17,00		17,00		16,00		
Studierende in RSZ zu Gesamtstudierende	[%]	79,00		79,00		81,00		
Studienanfänger/-innen 1. HS	[PRS]	1.700,000		1.700,000				
				</				

Produktgruppe: 24.01.03	Verantwortlich: von Helden
Hochschule für Künste	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 24.01	Verantwortlich: Walter
Hochschulen (Sonderhaushalte)	
Produktplan: 24	Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper
Hochschulen und Forschung	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Künstlerische Hochschule mit fünf Studiengängen für Musik, Freie Kunst und Design sowie einem hochschulübergreifenden konsekutiven Bachelor-Masterstudiengang Digitale Medien sowie mehreren Zusatzstudiengängen. Beteiligung in der Lehramtsausbildung im Fach Musik sowie im Bachelorstudiengang Musikwissenschaft der Universität Bremen.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Vermittlung künstlerischer und fachwissenschaftlicher Fähigkeiten, zur Vorbereitung der Ausübung einer professionellen künstlerischen Berufstätigkeit durch die Hochschulabsolventinnen und -absolventen. Weiterentwicklung des interdisziplinären Profils durch Bereitstellung innovativer Lehrangebote insbesondere in und an den Schnittstellen der Fächer. Kulturtransfer in Stadt und Region mit zahlreichen Veranstaltungen in Musik, Kunst, Design oder Wissenschaft. Internationales Profil durch vielfältige Kooperationen mit ausländischen Hochschulen und hohen Ausländeranteil des Lehrkörpers und der Studierenden. Impulsgeber für die Entwicklung der Kreativwirtschaft.	
Auftragsgrundlage:	
Bremisches Hochschulgesetz (BremHG) und Wissenschaftsplan 2010, Hochschulgesamtplan V	
Zuzuordnende Kapitel:	
0274	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	11.715	11.604	12.066	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	500	500	529	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	12.215	12.104	12.595	
Saldo	-12.215	-12.104	-12.595	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011		Planung 2010		Ist 2009			
Absolventen	[PRS]	115,000		115,000		130,000			
Drittmittelausgaben zu Gesamtausgaben	[%]	2,60		2,60		3,30			
Studierende in RSZ zu Gesamtstudierende	[%]	83,00		83,00		80,00			
Studienanfänger/-innen 1. HS	[PRS]	100,000		100,000					

Produktgruppe: 24.01.04

Verantwortlich: von Helden

Hochschule Bremerhaven

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 24.01

Verantwortlich: Walter

Hochschulen (Sonderhaushalte)

Produktplan: 24

Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper

Hochschulen und Forschung

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Fachhochschule mit maritimer und internationaler Ausrichtung,
Anwendungsbezogene wissenschaftliche Ausbildung in derzeit 23 Studiengängen in ingenieur- und wirtschaftswissenschaftlichen Fächern sowie in
LuK-Technologien.
Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung in allen an der Hochschule vertretenen Fachrichtungen; Technologietransfer;
Erbringung wissenschaftlicher Dienstleistungen; wissenschaftliche Weiterbildung.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Vermittlung praxisorientierter fachwissenschaftlicher Kenntnisse und Fähigkeiten sowie von Schlüsselqualifikationen
Technologietransfer / Erschließung wissenschaftlicher Erkenntnisse und ihrer Anwendungsmöglichkeiten für die Praxis mit besonderer
Berücksichtigung des regionalen Bedarfs.
Stärkung der wissenschaftlichen Infrastruktur, der Wirtschafts- und Finanzkraft des Landes sowie der Qualität in Lehre und Studium.
Beratung, wissenschaftliche Weiterbildung, Förderung internationaler Beziehungen,
Stärkung der Attraktivität von Stadt und Region durch Tagungen, Veranstaltungen etc.
Beteiligung am Hochschulpakt 2020.

Auftragsgrundlage:

Bremisches Hochschulgesetz (BremHG) und Wissenschaftsplan 2010, Hochschulgesamtplan V

Zuzuordnende Kapitel:

0274

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	11.837	11.713	12.098	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	3.120	3.110	3.100	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	14.957	14.823	15.198	
Saldo	-14.957	-14.823	-15.198	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011		Planung 2010		Ist 2009		
Absolventen	[PRS]	300,000		320,000		326,000		
Drittmittelausgaben zu Gesamtausgaben	[%]	6,00		6,00		5,34		
Studierende in RSZ zu Gesamtstudierende	[%]	76,00		76,00		74,00		
Studienanfänger/-innen 1. HS	[PRS]	565,000		565,000				

Produktgruppe: 24.01.05	Verantwortlich: Walter
Staats- und Universitätsbibliothek	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 24.01	Verantwortlich: Walter
Hochschulen (Sonderhaushalte)	
Produktplan: 24	Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper
Hochschulen und Forschung	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Wissenschaftliche Bibliothek für die Hochschulen im Land Bremen. Erwerb, Erschließung und Bereitstellung von Literatur (auf verschiedenen Datenträgern) und anderen Medien. Ermöglichung und Vermittlung des Zugangs zu Datenbanken und Informationsnetzen. Ausleihe der Medien und Beschaffung von nicht am Ort vorhandener Literatur. Archivierungs- und Restaurierungsleistungen. Entwicklung neuer nutzerorientierter Dienste in überregionaler und internationaler Kooperation. Archiv- und Landesbibliothek der Freien Hansestadt Bremen.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Bibliothekarische Versorgung und serviceorientierte Unterstützung der Mitglieder der bremischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen bei der Durchführung ihrer Aufgaben in Forschung, Lehre, Studium und Dienstleistung durch Versorgung mit Medien in Form von Printmedien und neuen Medien in elektronischer Form. Wahrnehmung landesbibliothekarischer Aufgaben, z.B. Pflichtexemplarrecht und Pflege des historischen Handschriften- und Literaturbestandes. Entwicklung eines Open-access-Systems (Verminderung der Abhängigkeit von Verlagen) gemeinsam mit der Universität Bremen. Ausbau der sog. Hybriden Bibliothek (Nebeneinander von gedruckten und elektronischen Medien). Ausbau der "Teaching Library" zur Vermittlung von Informationskompetenz in Kooperation mit den Hochschulen.	
Auftragsgrundlage:	
Bremisches Hochschulgesetz (BremHG) und Wissenschaftsplan 2010, Hochschulgesamtplan V	
Zuzuordnende Kapitel:	
0274	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011		Planung 2010		Ist 2009		
Entleihungen einschl. Verlängerungen	[ST]	2.350.000,000		2.300.000,000		2.486.173,000		
Medienzugänge	[ST]	77.000,000		82.000,000		93.562,000		
elektron. verfügbare Zeitschriften	[ST]	15.000,000		15.500,000		15.681,000		

Produktgruppe: 24.01.06	Verantwortlich: Walter
Hochschulübergreifende Angelegenheiten	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 24.01	Verantwortlich: Walter
Hochschulen (Sonderhaushalte)	
Produktplan: 24	Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper
Hochschulen und Forschung	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Hochschulübergreifende Angelegenheiten, die nicht den einzelnen Produktgruppen der Hochschulen zugeordnet werden können wie z.B. das Haus der Wissenschaft, die Umsetzung des Hochschulpaktes 2020 und die Umsetzung der in der Koalitionsvereinbarung für die 17. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft enthaltene Schwerpunktsetzung zur Verbesserung der Qualität der Lehre an den Hochschulen.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Unterstützungsleistungen für die Produktgruppen 24.01.01 bis 24.01.04 insbesondere in den Bereichen der Stabilisierung der Studienanfängerzahlen (Hochschulpakt 2020) und Verbesserung der Qualität der Lehre.	
Auftragsgrundlage:	
Bremisches Hochschulgesetz (BremHG), Wissenschaftsplan 2010 - Hochschulgesamtplan V, Koalitionsvereinbarung für die 17. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft	
Zuzuordnende Kapitel:	
0273	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Die Freie Hansestadt Bremen stellt den Hochschulen die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Grundstücke und Einrichtungen zur Verfügung. Der Bund stellt nach Beendigung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau zum 31.12.2006 jährlich einen Festbetrag nach Art. 143c GG in Höhe von 12,843 Mio. Euro zweckgebunden für den bisherigen Aufgabenbereich der Gemeinschaftsaufgabe zur Verfügung. Des Weiteren stellt der Bund nach Art. 91b GG Mittel für die Förderung von Forschungsbauten und Forschungsgroßgeräten bereit. Der Einsatz dieser Mittel ist in einem Verwaltungsabkommen zwischen dem Bund und den Ländern geregelt.

Die Landesmittel der Vorhaben werden im Grundhaushalt (Kapitel 0270) veranschlagt.
Die Bundesmittel nach Art 143c und Art. 91b GG werden ebenfalls im Kapitel 0270 veranschlagt.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Auf der Grundlage des HGP V und des Wissenschaftsplans Bremen und Bremerhaven 2010 - Neufassung 2007 - sollen die nachstehenden Bauprojekte umgesetzt werden:

Das beschlossene Vorhaben der Universität ingenieurwissenschaftliches Forschungsgebäude Photec wird voraussichtlich Ende 2011 fertig gestellt und ausfinanziert sein. Damit verbunden ist ein Zuwachs an Flächen für die Drittmittelforschung.

Die beschlossenen Sanierungsvorhaben Sanierung und Anpassung der Sicherheitsstromversorgung auf dem Campus, Sanierung und Ergänzung des Technischen Zentrums der Universität, Technische Erneuerung der Ver- und Entsorgungstrassen Ost und West befinden sich in der Ausführungsphase. Mit diesen Sanierungsvorhaben soll die Substanz der Bauten gesichert und gleichzeitig eine Entlastung des Universitätshaushaltes von laufenden Unterhaltungs- und Betriebsausgaben erreicht werden.

Als dringend notwendiges Vorhaben für die Hochschule Bremen ist das Vorhaben energetische Sanierung und Nutzungsanpassung des Gebäudes AB festgelegt worden. Mit der energetischen Sanierung und Überarbeitung der Grundriss- bzw. Nutzungskonzeption sollen die Betriebskosten optimiert und eine in die Zukunft gerichtete, flexible Raumnutzung ermöglicht werden. Diese ist insbesondere wegen der organisatorischen Erfordernisse der Bachelor- und Masterstudiengänge erforderlich.

Für die Hochschule Bremerhaven wird das beschlossene Vorhaben 2. Bauabschnitt der Erweiterung auf dem ehemaligen Stadtbadgelände voraussichtlich Ende 2011 fertig gestellt und ausfinanziert sein. Damit werden der Hochschule Bremerhaven zum Ende des Aufstellungszeitraumes zusätzliche Flächen und Studienplätze zur Verfügung stehen.

Langfristige Perspektiven:

Der zukünftige Schwerpunkt im Bereich Hochschulbau liegt neben der Sanierung der Hochschulbauten zur Sicherung der vorhandenen Bausubstanz und Entlastung der Hochschulhaushalte von laufenden Unterhaltungs- und Betriebsausgaben in der Planung und dem Bau eines neuen Forschungsgebäudes für die Logistik unter 50%-iger Mitfinanzierung des Bundes. Durch den Bau eines weiteren Forschungsgebäudes soll dazu beigetragen werden, durch Abmietungen den Globalhaushalt der Universität zu entlasten.

Die Hochschulen werden weiterhin die Flächennutzung optimieren, um so die wirtschaftliche Nutzung dieser Ressource sicher zu stellen.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	14.843	14.765	16.768	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	14.843	14.765	16.768	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	0	0	0	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	9.618	11.066	16.749	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	9.618	11.066	16.749	
Saldo	5.225	3.699	19	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	154,33	133,43	100,11	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				

C. Erläuterungen zu 1. A-B

Die Mittel für den Bremer Hochschulbau sind im Kapitel 0270 veranschlagt.

Produktgruppe: 24.02.01

Verantwortlich: Schütte-Thuy

Übergreifende Baumaßnahmen

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 24.02

Verantwortlich: Schütte-Thuy

Hochschulbauförderung

Produktplan: 24

Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper

Hochschulen und Forschung

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

In der Produktgruppe 24.02.01 sind im wesentlichen die Finanzpositionen des Einnahmebereichs für die Vorhaben zusammengefasst, deren Ausgaben in den nach Hochschulen gegliederten übrigen Produktgruppen der Hochschulbauförderung veranschlagt sind.

Im Ausgabebereich sind hier die Finanzpositionen zugeordnet, die hochschulübergreifend sind.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Die veranschlagten Mittel stellen eine sachgerechte Projektsteuerung und Projektentwicklung sicher.

Darüber hinaus sichern die Anschläge für Großgeräte die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen im Bereich der Großgeräteausrüstung.

Auftragsgrundlage:

Art. 91b GG, Art. 143c GG,
Bremisches Hochschulgesetz (BremHG)
Hochschulgesamtplan V (HGP V) im Wissenschaftsplan 2010 - Neufassung 2007

Zuzuordnende Kapitel:

0270

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Die Finanzierungsverflechtung der Hochschulbauvorhaben erfordert die Fortführung der produktgruppenübergreifenden gegenseitigen Deckungsfähigkeit aller investiver Ausgaben im Produktbereich 24.02 (=Kapitel 0270).

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							
Siehe Erläuterungen zum Produktbereich 24.02 und zu den Produktgruppen 24.02.02 bis 24.02.05.							

Produktgruppe: 24.02.02	Verantwortlich: Schütte-Thuy
Bau- und Erstausrüstung d. Universität	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 24.02	Verantwortlich: Schütte-Thuy
Hochschulbauförderung	
Produktplan: 24	Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper
Hochschulen und Forschung	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Die Freie Hansestadt Bremen stellt den Hochschulen die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Grundstücke und Einrichtungen zur Verfügung. Der Bund stellt nach Beendigung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau zum 31.12.2006 jährlich einen Festbetrag nach Art. 143c GG in Höhe von 12,843 Mio. Euro zweckgebunden für den bisherigen Aufgabenbereich der Gemeinschaftsaufgabe zur Verfügung. Des Weiteren stellt der Bund nach Art. 91b GG Mittel für die Förderung von Forschungsbauten und Forschungsgroßgeräten bereit. Der Einsatz dieser Mittel ist in einem Verwaltungsabkommen zwischen dem Bund und den Ländern geregelt. In der Produktgruppe 24.02.02 werden alle Baumaßnahmen und Erstausrüstungen für die Universität zusammengeführt.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Für die Universität ist die Fertigstellung des nach Art. 91b GG vom Bund zur Hälfte mitfinanzierten ingenieurwissenschaftlichen Forschungsgebäudes Photec bis Ende 2011 vorgesehen. Die beschlossenen Sanierungsvorhaben Sanierung und Anpassung der Sicherheitsstromversorgung auf dem Campus, Sanierung und Ergänzung des Technischen Zentrums der Universität, Technische Erneuerung der Ver- und Entsorgungstrassen Ost und West befinden sich in der Ausführungsphase. Mit diesen Sanierungsvorhaben soll die Substanz der Bauten gesichert und gleichzeitig eine Entlastung des Universitätshaushaltes von laufenden Unterhaltungs- und Betriebsausgaben erreicht werden.	
Auftragsgrundlage:	
Art. 91b GG, Art. 143c GG, Bremisches Hochschulgesetz (BremHG), Hochschulgesamplan V (HGP V) im Wissenschaftsplan 2010 - Neufassung 2007	
Zuzuordnende Kapitel:	
0270	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Kapazitätswirksame Fläche	[M2]	85.111,00	85.111,00	84.378,00	
Flächen für Drittmittelforschung	[M2]	56.237,00	53.217,00	48.715,00	
Zentrale Einrichtungen	[M2]	47.803,00	47.803,00	46.589,00	
Flächenbezogene Studienplätze	[ST]	9.146,00	9.146,00	9.101,00	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Mit der Fertigstellung des ingenieurwissenschaftlichen Forschungsgebäudes Photec wird ein Zuwachs an Flächen für die Drittmittelforschung verbunden sein.					

Produktgruppe: 24.02.03

Verantwortlich: Schütte-Thuy

Bau- u. Erstaussstattung Hochsch. Bremen

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 24.02

Verantwortlich: Schütte-Thuy

Hochschulbauförderung

Produktplan: 24

Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper

Hochschulen und Forschung

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Die Freie Hansestadt Bremen stellt den Hochschulen die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Grundstücke und Einrichtungen zur Verfügung. Der Bund stellt nach Beendigung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau zum 31.12.2006 jährlich einen Festbetrag nach Art. 143c GG in Höhe von 12,843 Mio. Euro zweckgebunden für den bisherigen Aufgabenbereich der Gemeinschaftsaufgabe zur Verfügung. Des Weiteren stellt der Bund nach Art. 91b GG Mittel für die Förderung von Forschungsbauten und Forschungsgroßgeräten bereit. Der Einsatz dieser Mittel ist in einem Verwaltungsabkommen zwischen dem Bund und den Ländern geregelt.

In der Produktgruppe 24.02.03 werden alle Baumaßnahmen und Erstaussstattungen der Hochschule Bremen zusammengeführt.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Für die Hochschule Bremen soll die energetische Sanierung und Nutzungsanpassung des Gebäudes AB durchgeführt werden. Mit der energetischen Sanierung und Überarbeitung der Grundriss- bzw. Nutzungskonzeption sollen die Betriebskosten optimiert und eine in die Zukunft gerichtete, flexible Raumnutzung ermöglicht werden. Dies ist insbesondere wegen der organisatorischen Erfordernisse der Bachelor- und Masterstudiengänge erforderlich.

Auftragsgrundlage:

Art. 91b GG, Art. 143c GG,
Bremisches Hochschulgesetz (BremHG), Hochschulgesamtplan V (HGP V) im Wissenschaftsplan 2010 - Neufassung 2007

Zuzuordnende Kapitel:

0270

D. Erläuterungen zu 2. A-C

-438-

Produktgruppe: 24.02.04	Verantwortlich: Schütte-Thuy
Bau-u.Erstaussstatt. Hochschule f. Künste	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 24.02 Hochschulbauförderung	Verantwortlich: Schütte-Thuy
Produktplan: 24 Hochschulen und Forschung	Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Die Freie Hansestadt Bremen stellt den Hochschulen die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Grundstücke und Einrichtungen zur Verfügung. Der Bund stellt nach Beendigung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau zum 31.12.2006 jährlich einen Festbetrag nach Art. 143c GG in Höhe von 12,843 Mio. Euro zweckgebunden für den bisherigen Aufgabenbereich der Gemeinschaftsaufgabe zur Verfügung. Des Weiteren stellt der Bund nach Art. 91b GG Mittel für die Förderung von Forschungsbauten und Forschungsgroßgeräten bereit. Der Einsatz dieser Mittel ist in einem Verwaltungsabkommen zwischen dem Bund und den Ländern geregelt. In der Produktgruppe 24.02.04 werden alle Baumaßnahmen und Erstaussstattungen für die Hochschule für Künste zusammengeführt.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Mit der Konzentration der Musikausbildung der Hochschule für Künste unter Einbeziehung der universitären Musikausbildung am Standort Dechanatstraße in 2005 ist der Ausbaubedarf der Hochschule gegenwärtig abgeschlossen.	
Auftragsgrundlage:	
Art. 91b GG, Art. 143c GG, Bremisches Hochschulgesetz (BremHG), Hochschulgesamplan V (HGP V) im Wissenschaftsplan 2010 - Neufassung 2007	
Zuzuordnende Kapitel:	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	0	0	0	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	0	0	0	
Saldo	0	0	0	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				
Keine Anschläge, da der Ausbaubedarf der Hochschule gegenwärtig abgeschlossen ist.				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Kapazitätswirksame Fläche	[M2]	8.650,00	8.650,00	8.650,00	
Zentrale Einrichtungen	[M2]	1.141,00	1.141,00	1.141,00	
Flächenbezogene Studienplätze	[ST]	683,00	683,00	683,00	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Insgesamt hat die Hochschule durch die beiden Vorhaben "Konzentrierung der Musikausbildung an der Dechanatstraße" und "Speicher XI im Hafen" zwei effiziente und leistungsfähige Standorte erhalten.					

Produktgruppe: 24.02.05

Verantwortlich: Schütte-Thuy

Bau-u.Erstaussstatt. Hochschule Bhv.

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 24.02

Verantwortlich: Schütte-Thuy

Hochschulbauförderung

Produktplan: 24

Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper

Hochschulen und Forschung

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Die Freie Hansestadt Bremen stellt den Hochschulen die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Grundstücke und Einrichtungen zur Verfügung. Der Bund stellt nach Beendigung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau zum 31.12.2006 jährlich einen Festbetrag nach Art. 143c GG in Höhe von 12,843 Mio. Euro zweckgebunden für den bisherigen Aufgabenbereich der Gemeinschaftsaufgabe zur Verfügung. Des Weiteren stellt der Bund nach Art. 91b GG Mittel für die Förderung von Forschungsbauten und Forschungsgroßgeräten bereit. Der Einsatz dieser Mittel ist in einem Verwaltungsabkommen zwischen dem Bund und den Ländern geregelt.

In der Produktgruppe 24.02.05 werden alle Baumaßnahmen und Erstaussstattungen für die Hochschule Bremerhaven zusammengeführt.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Für die Hochschule Bremerhaven soll der 2. Bauabschnitt der Erweiterung auf dem ehemaligen Stadtbadgelände in 2011 fertig gestellt sein. Die Hochschule hat erfolgreich die Studentenzahlen gesteigert, sie befindet sich mit innovativen Studiengängen auf einem guten Weg. Die Hochschule wird in der Sanierungsstrategie für Bremerhaven und bei den Überlegungen der wirtschaftsstrukturpolitischen Anstrengungen des Senators für Wirtschaft und Häfen als wichtiger Kern angesehen.

Auftragsgrundlage:

Art. 91b GG, Art.143c GG,
Bremisches Hochschulgesetz (BremHG), Hochschulgesamtplan V (HGP V) im Wissenschaftsplan 2010 - Neufassung 2007

Zuzuordnende Kapitel:

0270

A. Kameratele Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	0	0	0	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	1.405	1.234	1.256	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	1.405	1.234	1.256	
Saldo	-1.405	-1.234	-1.256	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal konsumtiv investiv	0 0 0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %) (Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Kapazitätswirksame Fläche	[M2]	16.432,00	14.413,00	14.413,00	
Flächen für Drittmittelforschung	[M2]	1.755,00	1.635,00	1.635,00	
Zentrale Einrichtungen	[M2]	3.815,00	3.247,00	3.247,00	
Flächenbezogene Studienplätze	[ST]	1.307,00	1.065,00	1.065,00	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Mit der Fertigstellung des 2. Bauabschnitts der Erweiterung der Hochschule Bremerhaven wird eine Steigerung aller Leistungskennzahlen verbunden sein.					

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Bremische Beteiligung an der gemeinsamen Förderung der Forschung durch Bund und Länder (Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung), Grundfinanzierung von außerhochschulischen Forschungseinrichtungen im Lande Bremen sowie zusätzliche projektbezogene Maßnahmen zur Stärkung der Forschungsinfrastruktur im Lande Bremen. Umsetzung des Kontingents Wissenschaft im EFRE-Programm Bremen 2007 - 2013 mit dem Ziel der verstärkten Förderung des Wissens- und Technologietransfers in die Region.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Durch den Einsatz von Landesmitteln und dadurch gewonnene überregionale ergänzende Finanzierung sind in Bremen und Bremerhaven der Ausbau und die Ansiedlung außerhochschulischer Forschungseinrichtungen gelungen. Durch gezielte Fördermaßnahmen im Hochschulbereich neben der Grundfinanzierung konnte insbesondere in der Universität Bremen die Exzellenz der Grundlagenforschung weiter gesteigert und eine regional wirksame anwendungsnahe Forschung aufgebaut werden. Bremen verfügt über eine leistungsfähige und erfolgreiche Forschungsinfrastruktur mit überregionaler Ausstrahlung und Anerkennung.

Diesen erreichten Stand gilt es unter bestmöglicher Nutzung von Mitteln Dritter zu sichern. Zielsetzung ist es, insbesondere Bundesmittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung einzuwerben. Ergänzend soll der Wissens- und Technologietransfer in die regionale Wirtschaft mit Hilfe des Kontingents Wissenschaft im Rahmen des EFRE-Programms Bremen 2007 - 2013 verstärkt werden, um im Wirtschaftssektor die FuE-Aufwendungen zu erhöhen und dadurch die Zukunftsfähigkeit zu stärken. Investitionen in Köpfe im Wissenschaftsbereich haben sich als ganz entscheidende, die Wirtschaftsstruktur zukunftsfähig mitgestaltende Maßnahme herausgestellt. Die Wissenschafts- und Innovationschwerpunkte des Landes sollen weiter entwickelt und der Wissenstransfer in die Region intensiviert werden. Diese Forschungsinfrastruktur soll weiterhin eine besonders wichtige Voraussetzung für die Schaffung neuer und die Sicherung bestehender Arbeitsplätze sein und die Stärkung der Wirtschafts- und Steuerkraft im Lande Bremen mit unterstützen.

Langfristige Perspektiven:

Das FuE-Potential einer Region trägt in erheblicher Weise zur Wirtschaftskraft der Region bei. Der Sicherung und Stärkung von anwendungs- und transferorientierten Forschungseinrichtungen, dem Ausbau technologischer Kapazitäten und dem Technologietransfer kommt somit auch in Zukunft ein strategisch relevanter Stellenwert zu. Hier sind weiterhin erhebliche Anstrengungen erforderlich, die die gezielte Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft in den gemeinsamen innovativ orientierten Technologiefeldern/Clustern erforderlich macht.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	3.551	3.343	1.938	
Investive Einnahmen	378	375	357	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	222	
Gesamteinnahmen	3.929	3.718	2.517	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	50.886	51.208	48.620	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	13.284	12.504	10.931	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	64.170	63.712	59.551	
Saldo	-60.241	-59.994	-57.034	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	6,12	5,84	4,23	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigte in den Bremer Instituten	[VK]	500,000	500,000	445,300	
Geplante Drittmittel der Brem. Institute	[TEU]	28.500,00	28.500,00	25.966,00	
Zuschussanteil an Ausg. Bremer Institute	[%]	26,31	26,42	26,233	

B. Erläuterungen zu 2.

Zum 01.01.2009 wurden die MeVis Research GmbH in ein Institut der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) und das Zentrum für Marine Tropenökologie (ZMT) in die Wissensgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) überführt sowie das Zentrum für Neurowissenschaften (ZeN) und das Zentrum für Europäische Rechtspolitik (ZERP) in die Universität integriert und sind deshalb in dieser Produktgruppe nicht mehr zu berücksichtigen. Neu hinzugekommen ist das Institut für marine Ressourcen (IMARE), das in 2009 gegründet wurde.

Dennoch bleiben sowohl die für 2010 und 2011 prognostizierten Drittmittel mit 28,5 Mio. Euro als auch die Planwerte für die Personaldaten mit 500 Vollzeitkräften gegenüber 2009 aufgrund der sehr ehrgeizigen Zielsetzung der bremischen Institute konstant.

Der Zuschussanteil Bremens an den Gesamtdrittmittelausgaben der Institute liegt in 2010 und 2011 nur noch bei rund 26 %, da sich bei gleichbleibenden Drittmiteinnahmen der jährliche Zuschuss an die Institute von bisher ca. 13 Mio. Euro auf rund 10 Mio. Euro reduziert.

Produktgruppe: 24.03.01

Verantwortlich: Saß

Gemeins. Forschungsförderung Bund/Länder

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 24.03

Verantwortlich: Kleinen

Forschungsförderung

Produktplan: 24

Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper

Hochschulen und Forschung

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Bremen fördert gemeinsam mit dem Bund und den anderen Ländern als Gemeinschaftsaufgabe Einrichtungen und Vorhaben der wissenschaftlichen Forschung von überregionaler Bedeutung. Das sind insbesondere: Großforschungseinrichtungen (HGF-Zentren), die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die Max-Planck-Gesellschaft (MPG), die Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und die Einrichtungen der Wissensgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e.V. (WGL).

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Zum Einen geht es um die Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen Bremens aus der Gemeinschaftsaufgabe, zum Anderen um die Gewinnung und Erhaltung des Standortes Bremen/Bremerhaven für so geförderte Einrichtungen. Derzeit sind dies das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung in Bremerhaven, sechs DFG-geförderte Sonderforschungsbereiche und zwei Graduiertenkollegs sowie das DFG-Forschungszentrum "Ozeanränder" in der Universität Bremen, das Max-Planck-Institut für marine Mikrobiologie in Bremen, das Fraunhofer-Institut für Fertigungstechnik und angewandte Materialforschung in Bremen, die MeVis Research GmbH, das Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik, das Institut für Raumfahrtssysteme des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt in Bremen und das Deutsche Schifffahrtsmuseum in Bremerhaven, das Zentrum für Marine Tropenökologie und das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz.

Auftragsgrundlage:

Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Art. 91 b GG und insbesondere dazu beschlossene Ausführungsvereinbarungen.

Zuzuordnende Kapitel:

0290; 0291; 0292

-449-

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Produktgruppe: 24.03.02	Verantwortlich: Kleinen
Institutionelle Förderungen in Bremen	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 24.03	Verantwortlich: Kleinen
Forschungsförderung	
Produktplan: 24	Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper
Hochschulen und Forschung	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Grundfinanzierung außerhochschulischer Forschungsinstitute	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Auftrag: Forschungsförderung; Stärkung der anwendungsorientierten Forschung; Auf- und Ausbau von Kooperationsbeziehungen und Transferleistungen für die Region Bremen Ziele: Leistungsoptimierung und Verstärkung von Synergien; Optimierung der Drittmittelquote; Erhöhung der regionalen Wirksamkeit von Forschungs- sowie Transfer- und Beratungsleistungen; Verstärkung des hochqualifizierten Arbeitskräftepotentials in der Region; Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts Bremen Perspektiven: Anbindung der Region an den internationalen Standard von Forschung und Entwicklung; Weiterentwicklung von FuE-Kapazitäten sowie von FuE-Transfer und Verstärkung von Innovationsaktivitäten in der Region.	
Auftragsgrundlage:	
Beschlüsse des Senats, des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung und der Bremischen Bürgerschaft Stiftungsurkunden	
Zuzuordnende Kapitel:	
0290; 0292	

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	9.578	9.672	8.849	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	575	589	708	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	10.153	10.261	9.557	
Saldo	-10.153	-10.261	-9.557	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigte in den Bremer Instituten	[VK]	500,000	500,000	445,300	
Geplante Drittmittel der Brem. Institute	[TEU]	28.500,00	28.500,00	25.966,00	
Zuschussanteil an Ausg. Bremer Institute	[%]	26,31	26,42	26,233	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Zum 01.01.2009 wurden die MeVis Research GmbH in ein Institut der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) und das Zentrum für Marine Tropenökologie (ZMT) in die Wissensgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) überführt sowie das Zentrum für Neurowissenschaften (ZeN) und das Zentrum für Europäische Rechtspolitik (ZERP) in die Universität integriert und sind deshalb in dieser Produktgruppe nicht mehr zu berücksichtigen. Neu hinzugekommen ist das Institut für marine Ressourcen (IMARE), das in 2009 gegründet wurde. Dennoch bleiben sowohl die für 2010 und 2011 prognostizierten Drittmittel mit 28,5 Mio. Euro als auch die Planwerte für die Personaldaten mit 500 Vollzeitkräften gegenüber 2009 aufgrund der sehr ehrgeizigen Zielsetzung der bremischen Institute konstant. Der Zuschussanteil Bremens an den Gesamtdrittmittelausgaben der Institute liegt in 2010 und 2011 nur noch bei rund 26 %, da sich bei gleichbleibenden Drittmittelaufnahmen der jährliche Zuschuss an die Institute von bisher ca. 13 Mio. Euro auf rund 10 Mio. Euro reduziert.					

Produktgruppe: 24.03.03	Verantwortlich: Kleinen
Sonstige Förderung	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 24.03	Verantwortlich: Kleinen
Forschungsförderung	
Produktplan: 24	Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper
Hochschulen und Forschung	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Maßnahmen zur Stärkung der Forschungsinfrastruktur	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Auftrag: Befristete Unterstützung beim Aufbau neuer und bei der Weiterentwicklung vorhandener Forschungspotentiale insbesondere durch: Kofinanzierung von Sonderforschungsbereichen und Graduiertenkollegs; Drittmittelergänzungsfinanzierung bei für die Region bedeutsamen Drittmittelvorhaben; Anschubfinanzierung von FuE-Maßnahmen zum Aufbau bedeutender Verbund- oder Netzwerkstrukturen; Unterstützung bei der Gewinnung von hochqualifizierten Wissenschaftlern. Ziele: Qualitätssteigerung der bremischen Forschung; Bündelung und Konzentration; Stärkung von Synergieeffekten; Profilierung des bremischen Wissenschaftsbereiches; Schärfung und Arrondierung brem. FuE-Potentiale in der Wssenschaft, Unterstützung des FuE-Potentials der regionalen Wirtschaft. Perspektiven: Weitere Stabilisierung und verbesserte Positionierung des Wissenschaftsstandorts Bremen im nationalen und internationalen Wettbewerb.	
Auftragsgrundlage:	
Beschlüsse des Senats, des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung und der Bremischen Bürgerschaft	
Zuzuordnende Kapitel:	
0290; 0292	

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)		Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0		
Investive Einnahmen	0	0	0		
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0		
Gesamteinnahmen	0	0	0		
Personalausgaben	0	0	0		
Sonst. konsumtive Ausgaben	12.252	12.759	13.550		
Zinsausgaben	0	0	0		
Tilgungsausgaben	0	0	0		
Investive Ausgaben	2.751	2.252	1.293		
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0		
Gesamtausgaben	15.003	15.011	14.843		
Saldo	-15.003	-15.011	-14.843		
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00		
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011				
Personal	0				
konsumtiv	0				
investiv	0				
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009		
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0		
Personalbestand	0,0	0,0	0,0		
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0		
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre					
Beschäftigte über 55 Jahre					
Frauenquote					
Teilzeitquote					
Schwerbehindertenquote					
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009		
D. Erläuterungen zu 2. A-C					

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							
Gegenwärtig sind keine quantitativen Kennzahlen verfügbar. Es handelt sich in dieser Produktgruppe um Anschub- und Ergänzungsfinanzierungen, die für sich quantitativ schwer überprüfbar sind, da sie in andere Produktgruppen, insbesondere in die Hochschulen, wirken.							

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Finanzielle Leistungen im Rahmen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) zur Förderung von Studierenden an den bremischen Hochschulen.
Studentenwerk Bremen (siehe 24.04.01)

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Die finanzielle Unterstützung von Studierenden im Rahmen des Bundesausbildungs-förderungsgesetzes (BAföG) erfolgt nach Vorgabe der bundesgesetzlichen Regelungen und ist damit nicht disponibel. Es wird von einer weiteren Steigerung des Anteils der geförderten Studierenden auf bis zu 19,5 % ausgegangen.

Für das Studentenwerk siehe Produktgruppe 24.04.01.

Langfristige Perspektiven:

Laufende Überprüfung und Weiterentwicklung des Dienstleistungsangebotes des Studentenwerks; weitere Steigerung der Eigenfinanzierungsquote des Studentenwerks.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	12.158	10.195	9.723	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	12.158	10.195	9.723	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	22.981	19.919	19.180	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	4.672	3.492	3.502	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	27.653	23.411	22.682	
Saldo	-15.495	-13.216	-12.959	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	43,97	43,55	42,87	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Erläuterungen zu 1. A-B				
Die aus der Darlehensgewährung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) resultierenden Einnahmen und Ausgaben werden seit dem Haushaltsjahr 2003 netto ausgewiesen. Der Haushalt für BAföG-Darlehen (Kapitel 2524) ist als Erläuterung zur Nettoveranschlagung Bestandteil des Haushaltsplans.				

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anteil Zuschuss an Betriebskosten	[%]	14,80	15,30	14,30	
Geförderten-Quote -Bafög-	[%]	19,50	19,30	19,00	
Umsatzerlöse pro Bedienstetem (VZÄ)	[EUR]	60.000,00	60.000,00	59.374,00	
Geförd. Studierende Tertiärbereich Bafög	[PRS]	5.550,000	5.450,000	5.452,000	
Vollportionen an Studierende (pro Stu.)	[ST]	86,000	86,000		

B. Erläuterungen zu 2.

Produktgruppe: 24.04.01

Verantwortlich: Liermann

Studentenwerk Bremen

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 24.04

Verantwortlich: Walter

Studenten

Produktplan: 24

Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper

Hochschulen und Forschung

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Hochschulübergreifende Sozialeinrichtung, zuständig für die wirtschaftliche, soziale, gesundheitliche und kulturelle Betreuung und Förderung der rund 29.000 Studierenden an den staatlichen Hochschulen im Lande Bremen.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Bewirtschaftung von zurzeit 5 Verpflegungsbetrieben und einer Cafeteria an den verschiedenen Hochschulstandorten in Bremen und Bremerhaven.
Betrieb von neun Wohnheimen in Bremen und zwei Studierendenwohnanlagen in Bremerhaven mit insgesamt über 1.850 Wohnplätzen.
Inbetriebnahme von 62 neuen Wohneinheiten auf dem Gelände des früheren Wohnheims Geschwornenweg frühestens zum WS 2010/2011
Betrieb einer privaten Zimmervermittlung.
Entgegennahme und Bearbeitung der Anträge auf Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) für die Studierenden der landesbremischen Hochschulen als Auftragsangelegenheit.
Übertragung der noch bei der Senatorin für Bildung und Wissenschaft angegliederten Zuständigkeit für die Bearbeitung des Schüler- und Auslands-BAföG auf das Studentenwerk.
Betrieb der Psychologisch-Therapeutischen Beratungsstelle
.

Auftragsgrundlage:

Studentenwerksgesetz (StWG) und Wissenschaftsplan 2010, Hochschulgesamtplan V

Zuzuordnende Kapitel:

0273

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011		Planung 2010		Ist 2009		
Anteil Zuschuss an Betriebskosten	[%]	14,80		15,30		14,30		
Umsatzerlöse pro Bedienstetem (VZÄ)	[EUR]	60.000,00		60.000,00		59.374,00		
Vollportionen an Studierende (pro Stu.)	[ST]	86,000		86,000				

Produktgruppe: 24.04.02	Verantwortlich: von Lürthe
Finanziellen Leistungen a.Student(inn)en	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 24.04	Verantwortlich: Walter
Studenten	
Produktplan: 24	Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper
Hochschulen und Forschung	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Finanzielle Leistungen im Rahmen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) zur Förderung von Studierenden an den bremischen Hochschulen.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Finanzielle Unterstützung für Studierende, denen die für die Sicherung ihres Lebensunterhalts erforderlichen Mittel nicht oder nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Der Leistungsumfang erfolgt nach Vorgabe der bundesgesetzlichen Regelungen und ist damit nicht disponibel. Verbesserung der wirtschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen für die Verwirklichung des individuellen Bildungsanspruchs, Förderung von Chancengleichheit.	
Auftragsgrundlage:	
Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	
Zuzuordnende Kapitel:	
0273	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerales Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	12.158	10.195	9.723	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	12.158	10.195	9.723	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	18.700	15.680	14.983	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	4.472	3.292	3.202	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	23.172	18.972	18.185	
Saldo	-11.014	-8.777	-8.462	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	52,47	53,74	53,47	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Die aus der Darlehensgewährung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) resultierenden Einnahmen und Ausgaben werden seit dem Haushaltsjahr 2003 netto ausgewiesen. Der Haushalt für BAföG-Darlehen (Kapitel 2524) ist als Erläuterung zur Nettoveranschlagung Bestandteil des Haushaltsplans.

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011		Planung 2010		Ist 2009	
Geförd. Studierende Tertiärbereich Bafög Geförderten-Quote -Bafög-	[PRS] [%]	5.550,000 19,50		5.450,000 19,30		5.452,000 19,00	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011		Planung 2010		Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							

Produktbereich: 24.90

Verantwortlich: Goma

Sonstiges Wissenschaft

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Senatorische / ministerielle Angelegenheiten des Wissenschaftsbereichs:
Planung, Controlling und Verwaltung
Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Infrastruktur für Forschung und Entwicklung, Lehre, Transfer, wissenschaftliche Weiterbildung und
Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Bremen und Bremerhaven
Aufsicht über die Hochschulen
Vertretung des Landes in überregionalen wissenschaftsbezogenen Gremien
Koordination und Einsatz von Sonderprogrammen des Bundes bzw. des Bundes und der Länder zur Förderung von Lehre und Forschung

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Umsetzung des Wissenschaftsplans 2010
Umsetzung des Hochschulgesamtplans V (HGP V)
Effizienzsteigerung bei der Aufgabenwahrnehmung des Wissenschaftsressorts
Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit in Lehre und Forschung
Aktive Frauenförderung
Verstärkter Hochschulzugang für Nichtabiturienten und Migranten
Ausbau der Kooperation in Lehre und Forschung
Unterstützung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen bei der Aufgabenwahrnehmung

Langfristige Perspektiven:

Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Infrastruktur als wichtige Grundlage für die Steigerung der Wirtschafts- und Finanzkraft der Region
Arrondierung des bremischen Wissenschaftsstandortes
Kooperation zwischen der Universität Bremen und der Universität Oldenburg zur Stärkung der Metropolregion Nordwest

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	20	20	19	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	20	20	19	
Personalausgaben	2.317	2.214	2.505	
Sonst. konsumtive Ausgaben	345	345	1.006	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	2.662	2.559	3.511	
Saldo	-2.642	-2.539	-3.492	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,75	0,78	0,54	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	31,5	33,5	35,0	
Personalbestand	31,5	31,2	32,7	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	2,3	2,3	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	0,0	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	49,5	
Frauenquote	50,0	50,0	65,7	
Teilzeitquote	35,0	35,0	36,5	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	3,6	
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

B. Erläuterungen zu 2.

Produktgruppe: 24.90.01	Verantwortlich: Gomaa
Senatorische Angelegenh. Wissenschaft	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 24.90	Verantwortlich: Gomaa
Sonstiges Wissenschaft	
Produktplan: 24	Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper
Hochschulen und Forschung	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Hochschul- und Forschungsplanung, Rechts- und Fachaufsicht über die Hochschulen und die außerhochschulischen Forschungseinrichtungen in Bremen und Bremerhaven. Vorbereitung von hochschul- und forschungspolitischen Entscheidungen in Senat und Bürgerschaft. Vertretung Bremens in den überregionalen wissenschaftlichen Gremien.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Infrastruktur für Forschung und Entwicklung, Lehre, Transfer, wissenschaftliche Weiterbildung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Bremen und Bremerhaven. Verbesserung des Qualitätsmanagements in Hochschulen und Forschungseinrichtungen Controlling der Mittelverwendung und der Ergebnisse der Einrichtungen auch im überregionalen Vergleich. Sicherstellung der überregionalen Vergleichbarkeit. Mitgestaltung der Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems in der Bundesrepublik und in Europa und Vertretung bremischer Interessen in überregionalen Gremien.	
Auftragsgrundlage:	
GG, Landesverfassung, Bremisches Hochschulgesetz (BremHG), Studienkontengesetz, Koalitionsvereinbarung, Beschlüsse des Senats, der Bürgerschaft und des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung, Bund-Länder-Vereinbarungen	
Zuzuordnende Kapitel:	
0200; 0201; 0273	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

- 31.01 Beschäftigungspolitisches Aktionsprog.**
 - 31.01.01 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogr.
- 31.02 Soziale Sicherheit**
 - 31.02.01 Versorgungsamt
 - 31.02.03 Lastenausgleich, Wiedergutmachung
- 31.90 Sonstiges Arbeit**
 - 31.90.01 Senatorische Angelegenheiten Arbeit

Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:¹

Im Produktplan Arbeit steht die Gestaltung des Arbeitsmarktes und der Arbeitsmarktpolitik, über das Arbeitsrecht, die Aufgaben des Schwerbehindertenrechts und des sozialen Entschädigungsrechts im Vordergrund.

Gesetzliche Vorgaben und Beschlüsse sind u.a. Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz, Deputationsvorlagen zum Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm (u.a. 23/07 vom 4.9.2007, 100/08 vom 3.4.2008), Operationelles Programm Europäischen Sozialfonds im Lande Bremen, Bundesversorgungsgesetz (BVG) mit den Nebengesetzen, die das BVG für anwendbar erklären (insbesondere Soldatenversorgungsgesetz, Opferentschädigungsgesetz, Zivildienstgesetz, Infektionsschutzgesetz, SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, Häftlingshilfegesetz), SGB IX Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, Richtlinien zur Bremer Härteregelung für vergessene Opfer des NS-Regimes. Lastenausgleichsrechtliche Gesetze

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:

Der Arbeitsmarkt in Bremen und Bremerhaven soll mit den zur Verfügung stehenden Instrumenten unterstützt werden, damit jene, die einen Arbeitsplatz suchen qualifizierte Beratungs- Weiterbildungs- oder auch befristete Beschäftigungsangebote erhalten, damit sich ihre Beschäftigungschancen verbessern. Daneben wird die Bremische Wirtschaft bei der Fortbildung ihrer Mitarbeiter/innen unterstützt und tragen damit zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei. Insbesondere tun wir dies in Feldern, die für den fortlaufenden Strukturwandel der Wirtschaft im Lande Bremen von zentraler Bedeutung sind.

Um Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden und ihre Verfestigung zu verhindern, sollen für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz, für ältere Arbeitslose, für Migrantinnen und Migranten aber auch für Existenzgründer/innen spezifische Instrumente zur Verfügung stehen. Die nachhaltige Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt ist dabei vorrangig, notwendige Zwischenschritte zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit einkalkuliert. Für schwerbehinderte Menschen sollen Arbeitsplätze zugänglich gemacht werden, behindertengerecht gestaltet und erhalten werden.

Das soziale Entschädigungsrecht sieht Leistungen für Menschen vor, die Gesundheitsschäden erlitten haben, etwa weil der Staat von ihnen Sonderopfer aufgrund von Wehrdienst /Kriegsdienst/ Wehrersatzdienst abverlangt hat oder Opfer von Gewalttaten nicht genügend schützen konnte.

¹ z.B. gesetzliche Vorgaben, produktplanrelevante Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, des Senats sowie von Ausschüssen / Fachdeputationen etc.

Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	24.143	23.953	31.271	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	26	
Gesamteinnahmen	24.143	23.953	31.297	
Personalausgaben	6.626	6.411	6.777	
Sonst. konsumtive Ausgaben	34.860	34.666	31.491	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	912	972	833	
Verrechnungen/Erstattungen	6	6	566	
Gesamtausgaben	42.404	42.055	39.667	
Saldo	-18.261	-18.102	-8.370	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	56,94	56,96	78,90	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	12.950			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	125,6	130,5	135,7	
Personalbestand	115,9	122,4	129,9	
=> Netto-Personalbedarf	9,8	8,0	5,8	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	8,2	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	37,6	
Frauenquote	50,0	50,0	64,2	
Teilzeitquote	35,0	35,0	35,4	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	13,0	
C. Erläuterungen zu A-B				

Leistungsangaben

A. Strategische Leistungsziele/Kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009
Zu 31.01 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (neue Kennzahlen ab 2010)			
Geförderte Beschäftigte	1.200	1.200	
Weitergebildete Arbeitslose	450	450	
Langzeitarbeitslose in Beschäftigungsmaßnahmen	2.500	2.500	
Beratene Personen in Beratungsprozessen	300	300	
Beratene potentielle Existenz-Gründer	400	400	
Beratene Betriebe (BAP gesamt)	400	400	
Zu 31.02 Soziale Sicherheit			
Feststellungsverfahren (Schwerbehinderte)	14.700	14.500	15.042
Bestandsfälle (Schwerbehinderte)	99.200	99.000	98.996
Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben	1.876	1.876	1.683

B. Erläuterungen zu den Leistungsangaben

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Durchführung der regionalen aktiven Arbeitsmarktförderung mit dem Ziel, Eintritt von Arbeitslosigkeit zu vermeiden bzw. Arbeitslosigkeit schnell zu beenden und Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zum Ausgleich zu bringen.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Verstetigung der präventiven und aktivierenden Arbeitsmarktförderung - Sicherung vorhandener und Schaffung zusätzlicher Beschäftigung, Flankierung des Strukturwandels, Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer/innen, Deckung des Fachkräftebedarfs - Verringerung der Zugänge zur Langzeitarbeitslosigkeit, nachhaltige Integration Langzeitarbeitsloser Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt - Senkung der Sozialhilfelasten

Langfristige Perspektiven:

Im Hinblick auf die absehbare demographische Entwicklung wird die Deckung des Fachkräftebedarfs zunehmend in den Mittelpunkt der Arbeitsmarktpolitik rücken. Die Förderung der Qualifizierung wird damit ein immer größeres Gewicht einnehmen.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	14.224	13.892	20.907	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	26	
Gesamteinnahmen	14.224	13.892	20.933	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	18.825	18.678	17.540	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	38	97	420	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	263	
Gesamtausgaben	18.863	18.775	18.223	
Saldo	-4.639	-4.883	2.710	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	75,41	73,99	114,87	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	12.950			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote			0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre			0,0	
Beschäftigte über 55 Jahre			0,0	
Frauenquote			0,0	
Teilzeitquote			0,0	
Schwerbehindertenquote			0,0	

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
geförd. Pers.-aktivierende AM-Pol.(Land)	[PRS]	0,000	0,000	6.844,000	
Frauenquote aktivi. Arb.marktpol. (Land)	[%]	0,00	0,00	41,25	
Pers.aktivier. AM-Pol zu Arb.losen(Land)	[%]	0,00	0,00	18,00	
geförd. Pers.- präventive AM-Pol.(Land)	[PRS]	0,000	0,000	3.948,000	
Frauenquote prävent.Arb.marktpol. (Land)	[%]	0,00	0,00	50,25	
Prs.präv.AM-P.zu soz.vers.pflBesch(Land)	[%]	0,00	0,00	1,40	
Erreichte Betriebe (Land)	[ST]	0,000	0,000	3.712,000	
Betriebsquote (Land)	[%]	0,00	0,00	23,00	
Mitteleinsatz aktivierend (für Land)	[EUR]	0,00	0,00	17.960,00	
Mitteleinsatz SfA pro Person (für Land)	[EUR]	0,00	0,00	166,00	
Geförderte Beschäftigte	[PRS]	1.150,000	1.200,000		
Geförderte Beschäftigte, Frauenquote	[%]	45,00	40,00		
Weitergebildete Arbeitslose	[PRS]	2.200,000	450,000		
Weitergebildete Arbeitslose, Frauenqu.	[%]	50,00	39,00		
Langz.arbeitslose in Beschäftg.maßn.	[PRS]	2.200,000	2.500,000		
Langz.arbeitslose in Bm., Frauenquote	[%]	45,00	45,00		
Beratene Pers. in Beratungsprozessen	[PRS]	10.000,000	300,000		
Beratene Pers. in Ber.pr., Frauenqu.	[%]	60,00	75,00		
Beratene potentielle Existenz-Gründer	[PRS]	600,000	400,000		
Beratene potentielle Gründer, Fr.qu.	[%]	50,00	45,00		
Beratene Betriebe (BAP gesamt)	[ST]	280,000	400,000		

B. Erläuterungen zu 2.

Für das BAP wurden neue Kennzahlen gebildet. Begründet ist dies durch die EU-Förderphase 2007-2013.
 Langz.arbeitslose in Beschäftg.maßn. = Langzeitarbeitslose in Beschäftigungsmaßnahmen
 Langz.arbeitslose in Bm., Frauenquote = Langzeitarbeitslose in Beschäftigungsmaßnahmen, Frauenquote
 Beratene Pers. in Ber.pr, Frauenquote = beratene Personen in Beratungsprozessen, Frauenquote
 Beratene potentielle Gründer, Fr.qu. = Beratene potentielle Existenz-Gründer, Frauenquote

Produktgruppe: 31.01.01	Verantwortlich: Jansen
Beschäftigungspolitisches Aktionsprogr.	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 31.01	Verantwortlich: Jansen
Beschäftigungspolitisches Aktionsprog.	
Produktplan: 31	Verantwortlich: Sen. Rosenkötter
Arbeit	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Durchführung der regionalen aktiven Arbeitsmarktförderung mit dem Ziel, Eintritt von Arbeitslosigkeit zu vermeiden bzw. Arbeitslosigkeit schnell zu beenden und Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zum Ausgleich zu bringen.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Verstetigung der präventiven und aktivierenden Arbeitsmarktförderung - Sicherung vorhandener und Schaffung zusätzlicher Beschäftigung, Flankierung des Strukturwandels, Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer/innen, Deckung des Fachkräftebedarfs - Verringerung der Zugänge zur Langzeitarbeitslosigkeit, nachhaltige Integration Langzeitarbeitsloser Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt - Senkung der Sozialhilfelasten	
Auftragsgrundlage:	
- Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz, Deputationsvorlagen zum Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm, Operationelles Programm Europäischer Sozialfonds im Lande Bremen	
Zuzuordnende Kapitel:	
0301; 0305; 0308	

A. Kämmerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	14.224	13.892	20.907	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	26	
Gesamteinnahmen	14.224	13.892	20.933	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	18.825	18.678	17.540	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	38	97	420	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	263	
Gesamtausgaben	18.863	18.775	18.223	
Saldo	-4.639	-4.883	2.710	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	75,41	73,99	114,87	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	12.950			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre			0,0	
Beschäftigte über 55 Jahre			0,0	
Frauenquote			0,0	
Teilzeitquote			0,0	
Schwerbehindertenquote			0,0	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
geförd. Pers.-aktivierende AM-Pol.(Land)	[PRS]	0,000	0,000	6.844,000	
Frauenquote aktivi. Arb.marktpol. (Land)	[%]	0,00	0,00	41,25	
Pers.aktivier. AM-Pol zu Arb.losen(Land)	[%]	0,00	0,00	18,00	
geförd. Pers.- präventive AM-Pol.(Land)	[PRS]	0,000	0,000	3.948,000	
Frauenquote prävent.Arb.marktpol. (Land)	[%]	0,00	0,00	50,25	
Prs.präv.AM-P.zu soz.vers.pflBesch(Land)	[%]	0,00	0,00	1,40	
Erreichte Betriebe (Land)	[ST]	0,000	0,000	3.712,000	
Betriebsquote (Land)	[%]	0,00	0,00	23,00	
Mitteleinsatz aktivierend (für Land)	[EUR]	0,00	0,00	17.960,00	
Mitteleinsatz SfA pro Person (für Land)	[EUR]	0,00	0,00	166,00	
Geförderte Beschäftigte	[PRS]	1.150,000	1.200,000		
Geförderte Beschäftigte, Frauenquote	[%]	45,00	40,00		
Weitergebildete Arbeitslose	[PRS]	2.200,000	450,000		
Weitergebildete Arbeitslose, Frauenqu.	[%]	50,00	39,00		
Langz.arbeitslose in Beschäftg.maßn.	[PRS]	2.200,000	2.500,000		
Langz.arbeitslose in Bm., Frauenquote	[%]	45,00	45,00		
Beratene Pers. in Beratungsprozessen	[PRS]	10.000,000	300,000		
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
</					

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Durchführung der Aufgaben des sozialen Entschädigungsrechts, Sicherung der Eingliederung schwerbehinderter Menschen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft, des Lastenausgleichs und der Wiedergutmachung

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- Konzentration der Aufgaben im Versorgungsamt und deren Weiterentwicklung
- Vorbereitung des Abschlusses des Lastenausgleichs (verstärkte Archivierung)
- Fortführung der Aktivitäten des Landes im Bereich "Wiedergutmachung"

Langfristige Perspektiven:

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerales Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	9.919	10.060	10.364	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	9.919	10.060	10.364	
Personalausgaben	4.259	4.094	4.350	
Sonst. konsumtive Ausgaben	16.036	15.988	13.951	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	875	875	413	
Verrechnungen/Erstattungen	6	6	342	
Gesamtausgaben	21.176	20.963	19.056	
Saldo	-11.257	-10.903	-8.692	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	46,84	47,99	54,39	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	90,8	93,7	97,3	
Personalbestand	84,4	88,2	92,9	
=> Netto-Personalbedarf	6,4	5,5	4,4	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	10,3	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	30,3	
Frauenquote	50,0	50,0	68,9	
Teilzeitquote	35,0	35,0	35,4	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	14,7	

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Empfänger von KOF-Leistungen (ambulant)	[PRS]	100,000	125,000		
Empfänger von KOF-Leistungen (stationär)	[PRS]	130,000	145,000		
Kriegsopferfürsorge, ambulante Kosten	[EUR]	854.000,00	860.000,00		
Kriegsopferfürsorge, stationäre Kosten	[EUR]	3.448.000,00	3.558.000,00		
Feststellungsverfahren (SB)	[ST]	14.700,000	14.500,000	15.042,000	
Bestandsfälle (SB)	[ST]	99.200,000	99.000,000	98.996,000	
Sozi.Entschäd.recht (KOV) Bestandsfälle	[ST]	2.550,000	3.200,000	3.799,000	
Soz. Entschäd.recht (NG) Bestandsfälle	[ST]	446,000	415,000		
Anträge im NG-Bereich	[ST]	550,000	550,000	447,000	
Empfänger von KOF-Leistungen	[PRS]	230,000	270,000	358,000	
Förd.d.Teilhabe schw.beh.Men.a.Arb.leben	[PRS]	1.876,000	1.876,000	1.683,000	
Bremer Härteregelung (eingesetzteMittel)	[EUR]	77.000,00	91.680,00	84.990,00	
OpferentschädGes (Kosten pro Fall)	[EUR]	11.000,00	10.000,00		
OpferentschädGes (Anzahl der Fälle)	[ST]	255,000	235,000		

B. Erläuterungen zu 2.

SB = Schwerbehindertenrecht
 KOV = Kriegsopferversorgung
 KOF = Kriegsopferfürsorge
 NG = Nebengesetze (z.B. Soldatenversorgungsgesetz, Opferentschädigungsrecht, Häftlingshilfegesetz)

Produktgruppe: 31.02.01

Verantwortlich: H. Spradau

Versorgungsamt

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 31.02

Verantwortlich: Jansen

Soziale Sicherheit

Produktplan: 31

Verantwortlich: Sen. Rosenkötter

Arbeit

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Erbringung von Leistungen nach dem Sozialen Entschädigungsrecht (SER) im Rahmen der Kriegsopferversorgung (KOV) (u.a. Renten, Heilbehandlung) und der Kriegsopferfürsorge (KOF). Feststellung einer Behinderung, des Grades der Behinderung, des Vorliegens von Voraussetzungen für Nachteilsausgleiche sowie Verfahren der Ausweiserteilung nach dem Schwerbehindertenrecht - SGB IX. Durchführung des Schwerbehindertenrechts bezogen auf die Aufgaben des Integrationsamtes, wie begleitende Hilfe im Arbeitsleben, Kündigungsschutz, Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation, Strukturverantwortung für die Integrationsfachdienste, Arbeitsmarktprogramme für schwerbehinderte Menschen. Erstattungen von Fahrgeldausfällen im Nahverkehr.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Erbringung von Leistungen der Versorgung einschl. Kriegsopferfürsorge an Beschädigte und Hinterbliebene, um die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen einer erlittenen Schädigung oder des Verlustes des Ernährers angemessen auszugleichen oder zu mildern. Förderung der Eingliederung schwerbehinderter Menschen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft. Schaffung und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für schwerbehinderte Menschen durch Erbringung von persönlichen Hilfen und finanziellen Leistungen aus der Ausgleichsabgabe. Ausgleichen der Einnahmausfälle durch die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personennahverkehr.

Auftragsgrundlage:

Bundesversorgungsgesetz (BVG) mit den Nebengesetzen, die das BVG für anwendbar erklären (insbesondere Soldatenversorgungsgesetz, Opferentschädigungsgesetz, Zivildienstgesetz, Infektionsschutzgesetz, SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, Häftlingshilfegesetz),

SGB IX

Zuzuordnende Kapitel:

0304; 0307; 0331; 3307

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	9.919	10.060	10.356	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	9.919	10.060	10.356	
Personalausgaben	4.259	4.094	4.350	
Sonst. konsumtive Ausgaben	14.059	13.955	12.165	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	875	875	413	
Verrechnungen/Erstattungen	6	6	342	
Gesamtausgaben	19.199	18.930	17.270	
Saldo	-9.280	-8.870	-6.914	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	51,66	53,14	59,97	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	90,8	93,7	97,3	
Personalbestand	84,4	88,2	92,9	
=> Netto-Personalbedarf	6,4	5,5	4,4	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	10,3	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	30,3	
Frauenquote	50,0	50,0	68,9	
Teilzeitquote	35,0	35,0	35,4	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	14,7	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				
Der Ressourceneinsatz dient zum großen Teil der Ausführung von Bundesgesetzen mit Leistungen aus dem Bundeshaushalt. Das Ausgabevolumen bei den Leistungen nach den Nebengesetzen ist abhängig von der Zahl der Anträge und der Schadenshöhe. Daher ist der Mittelbedarf nur bedingt schätzbar. Die Ressourcen dienen auch zur Erledigung der Streitverfahren nach dem Sozialgerichtsgesetz und zur Durchsetzung privatrechtlicher Ansprüche aus übergegangenem Recht.				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
OpferentschädGes (Anzahl der Fälle)	[ST]	255,000	235,000		
OpferentschädGes (Kosten pro Fall)	[EUR]	11.000,00	10.000,00		
Kriegsopferfürsorge, stationäre Kosten	[EUR]	3.448.000,00	3.558.000,00		
Kriegsopferfürsorge, ambulante Kosten	[EUR]	854.000,00	860.000,00		
Empfänger von KOF-Leistungen (stationär)	[PRS]	130,000	145,000		
Empfänger von KOF-Leistungen (ambulant)	[PRS]	100,000	125,000		
Feststellungsverfahren (SB)	[ST]	14.700,000	14.500,000	15.042,000	
Bestandsfälle (SB)	[ST]	99.200,000	99.000,000	98.996,000	
Sozi.Entschäd.recht (KOV) Bestandsfälle	[ST]	2.550,000	3.200,000	3.799,000	
Soz. Entschäd.recht (NG) Bestandsfälle	[ST]	446,000	415,000	437,000	
Anträge im NG-Bereich	[ST]	550,000	550,000	447,000	
Förd.d.Teilhabe schw.beh.Men.a.Arb.leben	[PRS]	1.876,000	1.876,000	1.683,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
					</

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	9.501	418
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	9.501	418
Personalausgaben	4.259	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	13.562	497
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	875	0
Verrechnungen/Erstattungen	6	0
Gesamtausgaben	18.702	497
Saldo	-9.201	-79
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	90,8	0,0
Personalbestand	84,4	0,0
=> Netto-Personalbedarf	6,4	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011
Förd.d.Teilhabe schw.beh.Men.a.Arb.leben [PRS]	1.876,000	
Bestandsfälle (SB) [ST]	99.200,000	
Sozi.Entschäd.recht (KOV) Bestandsfälle [ST]	2.550,000	
Soz. Entschäd.recht (NG) Bestandsfälle [ST]	446,000	
Feststellungsverfahren (SB) [ST]	14.700,000	
Anträge im NG-Bereich [ST]	550,000	

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 31.02.03	Verantwortlich: Ötting
Lastenausgleich, Wiedergutmachung	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 31.02	Verantwortlich: Jansen
Soziale Sicherheit	
Produktplan: 31	Verantwortlich: Sen. Rosenkötter
Arbeit	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Wiedergutmachung: Fachaufsicht über das Niedersächsische Landesamt für Besoldung und Versorgung (NLBV) zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes für Verfolgte des NS-Regimes (BEG). Geschäftsführung für den Beirat zur Vergabe von Leistungen nach der Bremer Härteregelung für vergessene Opfer des NS-Regimes. Lastenausgleich: Durchführung der lastenausgleichsrechtlichen Gesetze.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Betreuung der Entschädigungsberechtigten des BEG hinsichtlich ihrer Ansprüche wie Rentenbezug, Heilverfahren u.a. Vorbereitung und Vollzug der Entscheidungen des Beirates zur Bremer Härteregelung für vergessene Opfer des NS-Regimes. Aufbau und Pflege von Kontakten zu jüdischen ehemaligen Mitbürgern. Betreuung der Lastenausgleichsberechtigten hinsichtlich ihrer Ansprüche auf Abgeltung von Schäden und Verlusten. Rückforderung von Lastenausgleichsleistungen für Wirtschaftsgüter nach deren Rückgabe oder Entschädigung im Zuge der deutschen Einigung. Fachaufsicht über das NLBV bezüglich der Betreuung der Entschädigungsberechtigten des BEG hinsichtlich ihrer Ansprüche wie Rentenbezug, Heilverfahren u.a. Vorbereitung und Vollzug der Entscheidungen des Beirates zur Bremer Härteregelung für vergessene Opfer des NS-Regimes. Pflege von Kontakten zu jüdischen ehemaligen Mitbürgern. Betreuung der Lastenausgleichsberechtigten hinsichtlich ihrer Ansprüche auf Abgeltung von Schäden und Verlusten. Rückforderung von Lastenausgleichsleistungen für Wirtschaftsgüter nach deren Rückgabe oder Entschädigung im Zuge der deutschen Einigung. Archivierung und Vorbereitung der teilweisen Aktenabgabe an das Bundesausgleichsamt.	
Auftragsgrundlage:	
Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung. Richtlinien zur Bremer Härteregelung für vergessene Opfer des NS-Regimes. Lastenausgleichsrechtliche Gesetze.	
Zuzuordnende Kapitel:	
0301	

A. Kämmerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	8	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	8	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.976	2.033	1.786	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	1.976	2.033	1.786	
Saldo	-1.976	-2.033	-1.778	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,45	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal konsumtiv investiv	0 0 0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %) (Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Wiedergutmachung - Rentenfälle	[ST]	62,000	72,000	77,500	
Bremer Härteregelung (eingeg. Anträge)	[ST]	0,000	0,000	0,001	
Bremer Härteregelung (eingesetzteMittel)	[EUR]	77.000,00	91.680,00	84.990,00	
Lastenausgl. (Schadenausgl. unerl.Fälle)	[ST]	0,000	0,000	45,000	
Bremer Härteregelung (lfd.Zuwendungen Fä	[ST]	26,000	30,000	30,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Produktbereich: 31.90

Verantwortlich: Jansen

Sonstiges Arbeit

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Im Produktbereich werden ausschließlich Personalausgaben für die Steuerungsunterstützung für die Ressortleitung und für die Steuerung des Produktplanes Arbeit nachgewiesen.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Langfristige Perspektiven:

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	30	
Gesamteinnahmen	0	0	30	
Personalausgaben	2.367	2.317	2.427	
Sonst. konsumtive Ausgaben	0	0	0	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	2.367	2.317	2.427	
Saldo	-2.367	-2.317	-2.397	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	0,00	1,24	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	34,8	36,8	38,4	
Personalbestand	31,5	34,2	37,0	
=> Netto-Personalbedarf	3,3	2,6	1,4	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	4,4	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	54,3	
Frauenquote	50,0	50,0	61,5	
Teilzeitquote	35,0	35,0	37,8	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	10,2	

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Erläuterungen zu 2.				

Produktgruppe: 31.90.01

Verantwortlich: Jansen

Senatorische Angelegenheiten Arbeit

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 31.90

Verantwortlich: Jansen

Sonstiges Arbeit

Produktplan: 31

Verantwortlich: Sen. Rosenkötter

Arbeit

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

In der Produktgruppe werden ausschließlich Personalausgaben für die Steuerungsunterstützung für die Ressortleitung und für die Steuerung des Produktplanes Arbeit nachgewiesen.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Auftragsgrundlage:

Geschäftsverteilungen des Senats und der senatorischen Behörde.

Zuzuordnende Kapitel:

0301; 0400; 0401

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							

41.01 Hilfen für junge Menschen und Familien

- 41.01.01 Förderung v. Familien u. jungen Menschen
- 41.01.02 Tagesbetreuung
- 41.01.03 Wiederherst./Stärk. d. Fam. a. Lebensort
- 41.01.04 Betreuung u. Unterbring. außerh. d. Fam.
- 41.01.06 Andere Aufgaben der Jugendhilfe
- 41.01.07 Unterhaltsvorschuss

41.02 Hilfen und Leistungen für Erwachsene

- 41.02.01 Hilfen für Erwachsene mit Behinderungen
- 41.02.02 Leistungen zur rechtlichen Betreuung
- 41.02.03 Hilfen für Wohnungsnotfälle
- 41.02.04 Förderung des bürgerschaftl. Engagements

- 41.02.06 Zuwendungen der offenen Behindertenhilfe

41.03 Hilfen und Leistungen für Zuwanderer

- 41.03.01 Hilfen für Asylbewerber und Flüchtlinge
- 41.03.02 Hilfen für Spätaussiedler
- 41.03.03 Leistungen für Migranten

41.04 Hilfen und Leistungen f. ältere Menschen

- 41.04.01 Präventive und offene Altenhilfe
- 41.04.02 Hilfen zur Pflege
- 41.04.03 Blindenhilfe und Landespflegegeld
- 41.04.04 Investitionsförderung für Einrichtungen
- 41.04.05 Sonstige Leistungen für ältere Menschen

41.05 Leist. z. Existenzsich. n. SGB XII u. II

- 41.05.03 Leistungen zur Existenzsich.nach SGB XII
- 41.05.04 Komm.Leist. zur Existenzsich.nach SGB II

41.06 Hilfe bei Krankheit u.a.bes. Lebenslagen

- 41.06.01 Hilfen zur Gesundheit
- 41.06.02 Hilfe bei anderen besonderen Lebenslagen

41.07 Hilfen f. Sucht-, Drogen-, psych. Kranke

- 41.07.01 Leistungen für Sucht- und Drogenkranke**
- 41.07.02 Sozialpsychiatrische Leistungen**
- 41.07.03 Kosten des Maßregelvollzuges**

41.90 Sonstiges Jugend und Soziales

- 41.90.01 Sen. Angelegenheiten - Zentrale Dienste**
- 41.90.02 Senator. Angelegenheiten Junge Menschen**
- 41.90.03 Senatorische Angelegenheiten - Soziales**
- 41.90.04 Amt f. Soziale Dienste/Zentrale Steuerung**

Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:¹**Jugend**

Ziel der Jugend- und Familienpolitik ist es, Beiträge für ein familien- u. kinderfreundliches Bremen zu leisten. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, leistungsfähige Angebote der Kinderbetreuung, familienfreundliche Wohn- und Lebensverhältnisse sowie Fragen der Bildung, Förderung und Ausbildung stehen dabei besonders im Mittelpunkt. Um Kinder altersgerecht zu betreuen und zu fördern, sollen die Betreuungsangebote ausgeweitet und qualitativ verbessert werden. Im Mittelpunkt steht die Bereitstellung von neuen Plätzen vorrangig für Kinder unter 3 Jahren und der Ausbau der Kindertagesheime zu frühkindlichen Bildungseinrichtungen.

Soziales

Soziale Leistungen prägen die Lebenssituation von mehr als 100.000 Menschen im Land Bremen. Ob zum Ausgleich bei zu geringem Einkommen oder in bes. Lebenslagen wie bei Behinderung oder Pflegebedürftigkeit dienen sie dem Ziel, ein menschenwürdiges Leben zu sichern. Die öff. Sozial- und Daseinsvorsorge orientiert sich in Bremen am Leitbild des aktivierenden Staates u. d. Grundsatz von Fördern und Fordern. Integration, Effizienz, Effektivität, Bürgernähe, Selbstverantwortung sowie Hilfe zur Selbsthilfe sind dabei grundlegende Ziele. Ziel der aktivierenden Politik ist es weiterhin, die Bürgerinnen u. Bürger zu ermuntern und zu unterstützen, aktiv an der Lösung der eigenen aber auch der gesellschaftlichen Probleme mitzuarbeiten. Fördern und Fordern steht für Leistung und Gegenleistung, Partnerschaft statt Bevormundung u. Hilfe f. diejenigen, die darauf angewiesen sind. Die Gegenleistung ist d. verbindliche aktive Mitwirkung. Soziale Maßnahmen dienen auch der soz. Integration d. unterschiedl. gesellschaftl. Gruppen bis hin in die einzelnen Quartiere. Sozialpolitik ist sich aber auch ihrer ökonomischen Folgen bewusst, sie schafft Transfereinkommen und Arbeitsplätze, und durch eine positive Gestaltung der örtlichen Lebensqualität trägt sie zur Einwohnerentwicklung Bremens bei. Für das soziale u. wirtschaftl. Leben einer Stadt sind gerade ältere Menschen von wachsender Bedeutung. Zu den Strategien der Einwohnergewinnung gehört auch, für diese Gruppen bes. Programme zu entwickeln.

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:**Jugend**

Da für die Wohnortentscheidung von Eltern die Infrastruktur der Kinderbetreuung wesentlich ist, soll durch verlässliche Kinderbetreuungsangebote die gleichzeitige Berufs- und Erziehungstätigkeit von Männern und Frauen ermöglicht und die Attraktivität der Stadt als Arbeitsort erhöht werden. Angestrebt wird die Entwicklung der Kindertagesheime zu Einrichtungen frühkindlicher Bildung, Umsetzung des Rahmenbildungsplanes zur Bildung und Erziehung von Kindern, Entwicklung flexibler Betreuungszeiten, Absicherung von Plätzen für Kinder unter drei Jahren einschließlich Einrichtung weiterer Betriebskindergärten, schrittweise Einführung von Zweitkräften (in diesem Zusammenhang Erarbeitung eines Modells zur strategischen Neuausrichtung/Finanzierung der Kinderbetreuung in Bremen), Systematisierung des Übergangs Kindergarten zur Grundschule. Besonders für Kinder aus bildungsfernen Familien soll die Sprachkompetenz im Rahmen eines Programms zur Sprachförderung in Kindergärten für alle Kinder bis zum Alter von 6 Jahren zielgenau verbessert werden. Entsprechend der Ergebnisse der PISA-Untersuchungen werden gezielte Maßnahmen umgesetzt, um die Beteiligungsquote von Kindern mit Migrationshintergrund in den Kindertagesheimen zu erhöhen. Die berufliche Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher wird neu gestaltet. Das Ziel einer kontinuierlichen Qualifizierung und Fortbildung soll trägerübergreifend sichergestellt werden. Für die stadtteilbezogene Kinder- und Jugendarbeit in Bremens Stadtteilen bleiben die Eckpunkte des Anpassungskonzeptes maßgebend. Durch stärkere Zusammenarbeit der Jugendarbeit mit der Schule werden neue Lernorte für formelle und informelle Bildung erschlossen.

Soziales

Sozialleistungen beruhen zum großen Teil auf individuellen Rechtsansprüchen. Sie entstehen - vereinfacht ausgedrückt -, wenn Personen Leistungen benötigen und ihr Einkommen und Vermögen nicht ausreicht, diese selbst zu finanzieren. Der Umfang der Sozialleistungen ist also von der Entwicklung der Bedarfslagen (Pflegebedarf etc.) - diese ist wiederum stark von der demographischen Entwicklung geprägt - und von der Einkommenssituation der Menschen abhängig.

Eine erste Steuerungsstrategie besteht vor diesem Hintergrund darin, Bedarfe an Sozialleistungen durch eine präventiv ausgerichtete Politik zu verringern. Die Bremer Sozialpolitik versucht daher z.B. Wohnungsverluste zu vermeiden statt Obdachlosigkeit zu finanzieren, älteren Menschen werden Hilfen zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit angeboten etc.. Selbsthilfestrukturen und Nachbarschaftshilfen werden unterstützt. Vorrangige Hilfesysteme (z.B. Pflegeversicherung) sind vorrangig zu nutzen.

Eine zweite Ebene der Steuerung ist die Gestaltung der jeweiligen Hilfesysteme. Hier sollen ambulante Angebote vorrangig entwickelt und angesprochen werden, denn stationäre Hilfen sind nicht nur teurer, sondern schränken auch die Selbständigkeit und Selbstbestimmungsmöglichkeiten ein. Die Hilfesysteme werden zudem differenziert und als gestuftes System konstruiert, um bedarfsgerechte Hilfen bieten zu können und Überversorgungen zu vermeiden. Die einzelnen Angebote sind dann mit den Trägern so zu verhandeln, dass sie möglichst hohe Qualität zu günstigen Preisen bieten.

Als dritte Steuerungsebene ist die Fallsteuerung zu nennen. Hier geht es darum, den einzelnen Anspruchsberechtigten die notwendige und geeignete Hilfe zu vermitteln, Selbsthilfemöglichkeiten auszuloten und ggf. zu aktivieren.

Neben diesen Steuerungsstrategien bemüht sich das Land Bremen bei der Weiterentwicklung der Rechtsgrundlagen im Rahmen der Gesetzgebung um Lösungen, die eine zusätzliche Belastung der Länder und Kommunen vermeiden.

¹ z.B. gesetzliche Vorgaben, produktplanrelevante Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, des Senats sowie von Ausschüssen / Fachdeputationen etc.

Ressourceneinsatz

A. Kamurale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	106.525	101.388	106.916	
Investive Einnahmen	2.716	2.771	3.921	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	470	
Gesamteinnahmen	109.241	104.159	111.307	
Personalausgaben	54.750	49.394	55.174	
Sonst. konsumtive Ausgaben	831.030	806.885	748.836	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	5.997	5.863	7.018	
Verrechnungen/Erstattungen	167	167	3.352	
Gesamtausgaben	891.944	862.309	814.380	
Saldo	-782.703	-758.150	-703.073	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	12,25	12,08	13,67	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	818,0	700,9	711,9	
Personalbestand	756,7	793,3	993,4	
=> Netto-Personalbedarf	61,3	- 92,4	- 281,5	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	14,7	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	27,6	
Frauenquote	50,0	50,0	65,8	
Teilzeitquote	35,0	35,0	31,6	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,1	
C. Erläuterungen zu A-B				

Leistungsangaben

A. Strategische Leistungsziele/Kennzahlen	Planung 2011	Anschlag 2010	IST 2009
Jugend			
1.1 Tagesbetreuungsplätze für Kinder zwischen 3 bis unter 6 Jahren	14.082	13.586	13.271
1.2 Tagesbetreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren	2.867	2.583	1.732
Soziales			
1.3 Fallzahl Stationäres Wohnen von Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung (Land)	1.442	1.464	1.435
1.4 Fallzahl Betreutes Wohnen von Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung (Land)	346	356	318
1.5 Fallzahl Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung in Werkstätten (Land)	1.664	1.645	1.606
1.6 Fallzahl Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung in Tagesförderstätten (Land)	550	597	572
2.1 Personen im Leistungsbezug nach dem AsylbLG (Land)	3.050	2.950	2.934
3.1 Anzahl Personen mit stationären Pflegeleistungen (Land)	2.785	2.775	2.693
3.2 Anzahl Personen mit ambulanten Pflegeleistungen (Land)	1.515	1.635	1.461
3.3 Anzahl Personen mit Landespflegegeld (Land)	740	800	714
4.1 Anzahl Personen mit Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt (Stadt Bremen)	10.200	9.849	9.258
4.2 Fälle mit Leistungen nach SGB II	41.066	41.402	38.079
4.3 Durchschnittlich anerkannte Unterkunftskosten pro Monat und Leistungsempfänger in Euro (Stadt)	190	188	194
5.1 Anzahl der Krankenhilfeberechtigten nach dem SGB XII (Land)	1.702	1.736	1.824

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Absicherung materieller und sozialer Rahmenbedingungen für junge Menschen und deren Familien (Schaffung einer familienfreundlichen Umwelt).
Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern und Sorgeberechtigten.
Hilfen zur Entwicklung von Eigenständigkeit und Eigenverantwortung junger Menschen.
Verhinderung von sozialer Ausgrenzung von jungen Menschen und deren Familien.
Sicherstellung eines dauerhaften Lebensortes für junge Menschen außerhalb der Familie beim Ausfall von Familiensystemen.
Verbesserung der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Sicherstellung eines nachfragegerechten Tagesbetreuungsangebots.
Umsetzung des "Rahmenplans für Bildung und Erziehung im Elementarbereich", insbesondere Ausweitung der Sprachförderung in der Stadtgemeinde Bremen. Stufenweiser Ausbau des Betreuungsangebots für Kinder unter 3 Jahren im Land Bremen mit dem Ziel einer 35 prozentigen Versorgung im Jahr 2013. Darüber hinaus soll in der Stadtgemeinde Bremen die Personalausstattung in den Tagesbetreuungseinrichtungen verbessert und es soll der tägliche Betreuungsumfang ausgeweitet werden.
Sicherstellung und Gestaltung von öffentlichem Raum zur Nutzung von Kindern und Jugendlichen.
Bei Gefährdung des Wohles junger Menschen Einsatz von effektiven Interventionen zum Erhalt der Familie als Lebensort des jungen Menschen.
-Verbesserung und Weiterentwicklung der sozialen Dienstleistungen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe für Kinder, Jugendliche und Familien (Ausbau und Stärkung niedrigschwelliger Regelsysteme insbesondere im Bereich der Tagesbetreuung für unter 3-Jährige und Schulkinder).
-Aufbau von Netzwerken im Sinne eines sozialen Frühwarnsystems in den Stadtteilen; und Entwicklung von Instrumenten der Qualitätssicherung und des Risikomanagements in der Kinderschutzarbeit
-Qualifizierte Umsetzung der Vereinbarungen zur Wahrnehmung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung mit den Trägern von Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe und den Schulen.
-Schutz von Minderjährigen, Minimierung von Entwicklungsrisiken, Sicherstellung einer dem Wohl des Jungen Menschen entsprechenden Erziehung und Erhalt der Familie als Lebensort im Rahmen präventiver und unterstützender Maßnahmen.
-Sicherung des Kindeswohls durch unabwiesbare vorübergehende oder dauerhafte Unterbringung außerhalb der Herkunftsfamilie in Pflegefamilien, Heimen und betreuten Wohnformen; bei akuter Gefährdung durch Inobhutnahme

Schaffung von Lebensorten außerhalb der Herkunftsfamilien in Bremen als vorübergehenden oder dauerhaften Familienersatz für Kinder und Jugendliche.
Förderung von Kindern und Jugendlichen in Gruppen und offenen Einrichtungen (Stichworte: Partizipation, Demokratie, Menschenrechte, Toleranz).
Stärkung von frühkindlichen Bildungsangeboten für alle Kinder.

Langfristige Perspektiven:

Beschränkung der Unterbringungszahlen von Kindern und Jugendlichen außerhalb ihrer Herkunftsfamilie.
Absenkung der Zahlen vernachlässigter und misshandelter Kinder.
Entwicklung einer demokratischen Haltung von Jugendlichen.
Verbesserung der Möglichkeiten von Müttern und Vätern, einen Beruf auszuüben.
Stärkung Bremens als attraktiver Lebensort für Familien.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	13.331	13.732	14.284	
Investive Einnahmen	2.716	2.771	3.921	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	38	
Gesamteinnahmen	16.047	16.503	18.243	
Personalausgaben	15.291	12.735	13.738	
Sonst. konsumtive Ausgaben	278.101	262.562	234.029	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	3.011	3.081	4.374	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	1.619	
Gesamtausgaben	296.403	278.378	253.760	
Saldo	-280.356	-261.875	-235.517	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	5,41	5,93	7,19	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	301,0	217,5	208,5	
Personalbestand	228,3	228,3	230,5	
=> Netto-Personalbedarf	72,7	- 10,8	- 22,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	14,9	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	31,8	
Frauenquote	50,0	50,0	68,5	
Teilzeitquote	35,0	35,0	40,7	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	4,7	
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Tagesbetr.plätze f. Ki. zw. 3- <6 Jahren	[ST]	14.082,000	13.111,000	13.271,000	
Tagesbetr.plätze f. Ki. unter 3 Jahre	[ST]	2.915,000	2.586,000	1.732,000	
Angem. Anteil 41.01.01 an d. Ges.aufw.PB	[%]	5,72	5,73	4,66	
Jahresganztagspl.(JGP)f. Ki. zw. 0-14 J.	[ST]	256.992,000	244.408,000	224.670,000	
Referenzwert je JGP f. Ki. zw. 0-14 J.	[ST]	506,770	506,770	484,720	
Erziehungsbeist. Modul III / 1000 JEW	[PRS]	3,850	3,790	3,650	
Soz.Päd.Familienhilfe / 1000 JEW	[ST]	10,940	10,760	10,340	
Fälle Vollzeitpflege	[PRS]	561,000	552,000	542,700	
Belegtage Notaufneinr. und Übergpfl/1000	[TAG]	495	487	560	
Fremdplatzierende Maßn. / 1000 JugendEW	[PRS]	15,080	14,670	13,200	
HzE-Quotient Neufälle	[ST]	1,600	1,600		

B. Erläuterungen zu 2.

JEW= Jugendeinwohner

Leistungskennzahl "Angem. Anteil 41.01.01 an d. Gesamtaufw. PB":

Der Planwert ist gem. § 33 (4) BremKJFFöG bei der Haushaltsaufstellung von den Jugendhilfeausschüssen zu beraten.

Leistungskennzahlen "Fremdplatzierende Maßnahmen je 1000 JEW":

Bei den Hilfen gem. § 34 SGB VIII (Heimerziehung, sonstige betreute Wohnformen), § 35 SGB VIII (intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung) und § 35 a SGB VIII (Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche) wurden alle stationären Maßnahmen erfasst. Das strategische Ziel ist der Abbau stationärer Maßnahmen zugunsten ambulanter Maßnahmen.

JGP = Jahresganztagsplätze. JGP dienen der Kostenermittlung.

Berechnung der JGP: Die in den jeweiligen Angebotsformen vorhandenen Plätze werden mit der Zahl der Monate eines Kindergartenjahres multipliziert (Ergebnis sind "Jahresplätze"). Die so ermittelte Zahl der Jahresplätze wird dann mit einer für die jeweilige Angebotsform (unterschiedlich) je nach Betreuungszeit und -art festgelegten Relation zu einem Ganztagsplatz (=1) multipliziert (z. B. Kostenfaktor eines Halbtagsplatzes = 0,53). Das Ergebnis sind JGP (z. B. 580 Halbjahresplätze X 0,53 = 307 JGP). Diese JGP werden zur Kostenermittlung dann mit dem Referenzwert multipliziert.

Produktgruppe: 41.01.01		Verantwortlich: Dr. Schwarz
Förderung v. Familien u. jungen Menschen		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.01		Verantwortlich: Dr. Rose
Hilfen für junge Menschen und Familien		
Produktplan: 41		Verantwortlich: Sen. Rosenkötter
Jugend und Soziales		
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:		
1. Stadtteilbezogene Kinder- und Jugendförderung 2. Jugendbildung/ Jugendverbände/ Jugendinformation 3. Kinder- und Jugendschutz 4. Kinder-, Jugend- und Familienerholung 5. Beratung, Information und Förderung von jungen Menschen und Familien Die Jugendhilfesaufgaben nach SGB VIII (KJHG) werden von der senatorischen Behörde und dem AfSD in Kooperation mit freien Trägern wahrgenommen.		
Auftrag/Ziele/Perspektiven:		
Ausführung der im SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) und im BremKJFFöG festgelegten Aufträge.		
Auftragsgrundlage:		
SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz), insbesondere §§ 11 bis 16 und 79 bis 81 Konzeptionen, fachliche Weisungen, insbesondere kleinräumige (regionale) Jugendhilfeplanung Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses Beschlüsse der Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration. Bremisches Kinder-, Jugend- und Familienförderungsgesetz (BremKJFFöG)		
Zuzuordnende Kapitel:		
0402; 3402; 3431; 3445; 3496		

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	65	289	3.549	
Investive Einnahmen	0	0	515	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	38	
Gesamteinnahmen	65	289	4.102	
Personalausgaben	1.533	1.365	1.176	
Sonst. konsumtive Ausgaben	11.564	9.962	11.311	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	295	310	936	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	1.619	
Gesamtausgaben	13.392	11.637	15.042	
Saldo	-13.327	-11.348	-10.940	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,49	2,48	27,27	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	23,9	23,9	17,6	
Personalbestand	17,6	17,0	16,7	
=> Netto-Personalbedarf	6,4	7,0	0,9	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	1,5	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	21,8	
Frauenquote	50,0	50,0	48,2	
Teilzeitquote	35,0	35,0	60,2	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	0,0	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				
.				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Aufw. PG f. Bezugszielgr.0-21J./1000 JEW	[EUR]	127,97	125,08	106,51	
Angem. Anteil 41.01.01 an d. Ges.aufw.PB	[%]	5,72	5,73	4,66	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	65	0
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	65	0
Personalausgaben	0	1.533
Sonst. konsumtive Ausgaben	472	11.092
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	295
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	472	12.920
Saldo	-407	-12.920
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	23,9
Personalbestand	0,0	17,6
=> Netto-Personalbedarf	0,0	6,4
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011
Aufw. PG f. Bezugszielgr.0-21J./1000 JEW [EUR]		127,97
Angem. Anteil 41.01.01 an d. Ges.aufw.PB [%]		5,72

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Rd. 95 % der für diese Produktgruppe veranschlagten Aufwendungen sind dem kommunalen Bereich zuzuordnen. Soweit die Zuständigkeit des Landes gegeben ist, erfolgte die Aufteilung nach Maßgabe des Schlüssels 20:80 (Bremerhaven : Bremen).

Produktgruppe: 41.01.02		Verantwortlich: Dr. Bollinger
Tagesbetreuung		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.01	Verantwortlich: Dr. Rose
Hilfen für junge Menschen und Familien	
Produktplan: 41	Verantwortlich: Sen. Rosenkötter
Jugend und Soziales	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
1. Tagesbetreuung in Kindertagespflege (aus Versorgungsgründen) 2. Tagesbetreuung in Einrichtungen (inkl. Einrichtungen von Elternvereinen und anrechenbaren Spielkreisen) Die Jugendhilfaufgaben nach SGB VIII werden von der senatorischen Behörde und dem AfSD in Kooperation mit freien Trägern wahrgenommen.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Förderung von Kindern durch Bildung, Erziehung und Betreuung in der Kindertagesbetreuung und in der Kindertagespflege in enger Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten. Ziel ist es, die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit durch den Erwerb von Kompetenzen zu fördern und es so zum Leben in sozialen Zusammenhängen außerhalb der Familie zu befähigen. Umsetzung des "Rahmenplans für Bildung und Erziehung im Elementarbereich", insbesondere Ausweitung der Sprachförderung in der Stadtgemeinde Bremen. Stufenweiser Ausbau des Betreuungsangebots für Kinder unter 3 Jahren im Land Bremen mit dem Ziel einer 35 prozentigen Versorgung im Jahr 2013. Darüber hinaus soll in der Stadtgemeinde Bremen die Personalausstattung in den Tagesbetreuungseinrichtungen verbessert und es soll der tägliche Betreuungsumfang ausgeweitet werden.	
Auftragsgrundlage:	
SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz), insbesondere §§ 22 bis 26; siehe i. Ü. auch §§ 35, 35a und 37 KJHG einschließlich TAG (Tagesbetreuungsbaugesetz) sowie KiföG (Kinderförderungsgesetz). Bremisches Tageseinrichtungs- und Tagespflegesatzgesetz - BremKTG Konzeptionen (KEP, Zusammenarbeit Jugendhilfe/Schule, Integrationskonzept) Fachliche Weisungen Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses Beschlüsse der Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration	
Zuzuordnende Kapitel:	
0402; 3432; 3496	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Versorgungsquote für Kinder unter 3 J.	[%]	21,30	19,13	12,89	
Versorgungsquote für Kinder 3- <6 J.	[%]	106,00	100,00	103,12	
Vers.quote <3jährige Kinder Tagespflege	[%]	4,00	3,52	3,04	
Jahresganztagspl.(JGP)f. Ki. zw. 0-14 J.	[ST]	266.386,000	244.408,000	224.670,000	
Referenzwert je JGP f. Ki. zw. 0-14 J.	[ST]	506,770	506,770	484,720	
Versorgungsquote f. Kinder von 6 -10 J.	[%]	17,50	16,75	17,80	
Versorgungsquote f. Kinder v. 10 -14 J.	[%]	2,20	1,69	1,96	
Tagesbetr.plätze f. Ki. zw. 3- <6 Jahren	[ST]	14.082,000	13.111,000	13.271,000	
Tagesbetr.plätze f. Ki. unter 3 Jahre	[ST]	2.915,000	2.586,000	1.732,000	
Tagesbetr.plätze f. Ki. zw. 6 und 10 J.	[ST]	3.012,000	2.973,000	3.184,000	
Tagesbetr.plätze f. Ki. zw. 10 und 14 J.	[ST]	419,000	324,000	378,000	
Versorgungsquote unter 3 (ohne soz.Päd.S	[%]	17,00	14,82	12,20	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
JGP = Jahresganztagsplätze JGP dienen der Kostenermittlung. Berechnung der JGP: die in den jeweiligen Angebotsformen vorhandenen Plätze werden mit der Zahl der Monate eines Kindergartenjahres multipliziert (Ergebnis sind "Jahresplätze"). Die so ermittelte Zahl der Jahresplätze wird dann mit einer für die jeweilige Angebotsform (unterschiedlich) je nach Betreuungszeit und -art festgelegten Relation zu einem Ganztagsplatz (=1) multipliziert (z. B. Kostenfaktor eines Halbtagsplatzes = 0,53). Das Ergebnis sind JGP (z. B. 580 Halbjahresp lätze X 0,53 = 307 JGP). Diese JGP werden zur Kostenermittlung dann mit dem Referenzwert multipliziert.					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	0	168
Investive Einnahmen	2.716	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	2.716	168
Personalausgaben	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.103	118.184
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	489	2.227
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	2.592	120.411
Saldo	124	-120.243
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011
Versorgungsquote unter 3 (ohne soz.Päd.S	[%]	17,00
Jahresganztagspl.(JGP)f. Ki. zw. 0-14 J.	[ST]	266.386,000
Tagesbetr.plätze f. Ki. zw. 3- <6 Jahren	[ST]	14.082,000
Tagesbetr.plätze f. Ki. unter 3 Jahre	[ST]	2.915,000
Tagesbetr.plätze f. Ki. zw. 6 und 10 J.	[ST]	3.012,000
Tagesbetr.plätze f. Ki. zw. 10 und 14 J.	[ST]	419,000
Versorgungsquote für Kinder unter 3 J.	[%]	21,30
Versorgungsquote für Kinder 3- <6 J.	[%]	106,00
Vers.quote <3jährige Kinder Tagespflege	[%]	4,00
Versorgungsquote f. Kinder von 6 -10 J.	[%]	17,50
Versorgungsquote f. Kinder v. 10 -14 J.	[%]	2,20
Referenzwert je JGP f. Ki. zw. 0-14 J.	[ST]	506,770

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 41.01.03	Verantwortlich: Dr. Marquard
Wiederherst./Stärk. d. Fam. a. Lebensort	
Stadtgemeinde	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.01	Verantwortlich: Dr. Rose
Hilfen für junge Menschen und Familien	
Produktplan: 41	Verantwortlich: Sen. Rosenkötter
Jugend und Soziales	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Hilfe zur Erziehung/Hilfen zum Erhalt der Familie (z.B. Familienhelferprogramm, Erziehungsbeistandschaft, Streetwork, soziale Gruppenarbeit)	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Ausführung der im SGB VIII (KJHG) festgelegten Aufträge unter Berücksichtigung der Handlungsprinzipien: Prävention (rechtzeitig vorbeugend), Lebensweltorientiert (dezentral, regional), Alltagsorientiert (systemisch, ganzheitlich), Integrativ (keine Ausgrenzung/ Aussonderung), Existenzsicherung (selbstbestimmtes Leben), Freiwilligkeit (Selbstorganisation, Mitgestaltung), Einmischung (Beteiligung der Jugendhilfe z.B. Ausbildung, Stadtentwicklung u.a.). Ziele der Leistungen in der Produktgruppe sind die Schaffung von stabilen familiären Entwicklungsbedingungen und der Erhalt der Familie und des familiären Umfeldes als Lebensort des jungen Menschen. Bei akuten (krisenhaften) oder andauernden Gefährdungen des Wohles junger Menschen durch eine gesellschaftliche und/oder familiäre Leistungsminderung (mangelnde entwicklungsunterstützende erz. Leistungsfähigkeit) sollen die Familien und der junge Mensch durch geeignete Angebote in ihren Bewältigungsstrategien gestärkt werden. -Aufbau von Netzwerken im Sinne eines sozialen Frühwarnsystems in den Stadtteilen; und Entwicklung von Instrumenten der Qualitätssicherung und des Risikomanagements in der Kinderschutzarbeit -Qualifizierte Umsetzung der Vereinbarungen zur Wahrnehmung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung mit den Trägern von Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe und den Schulen. -Schutz von Minderjährigen, Minimierung von Entwicklungsrisiken, Sicherstellung einer dem Wohl des Jungen Menschen entsprechenden Erziehung und Erhalt der Familie als Lebensort im Rahmen präventiver und unterstützender Maßnahmen.	
Auftragsgrundlage:	
SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz), insbesondere §§ 27 bis 32 SGB VIII; BGB; FGG Konzeptionen, fachliche Weisungen Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses Beschlüsse der Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration.	
Zuzuordnende Kapitel:	
3434; 3496	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	700	995	931	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	700	995	931	
Personalausgaben	10.716	9.214	9.794	
Sonst. konsumtive Ausgaben	55.943	54.319	47.194	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	66.659	63.533	56.988	
Saldo	-65.959	-62.538	-56.057	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	1,05	1,57	1,63	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	210,6	150,0	147,4	
Personalbestand	154,1	153,1	154,4	
=> Netto-Personalbedarf	56,5	- 3,0	- 7,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	18,8	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	37,3	
Frauenquote	50,0	50,0	68,2	
Teilzeitquote	35,0	35,0	39,9	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	5,1	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Integr. Hilfen für Kinder in Tagesbetr.	[PRS]	1.442,000	1.442,000	1.310,000	
Integr. Hilfen für Vorschkd je 1000	[PRS]	83,000	83,000	77,130	
Erziehungsbeist. Modul III / 1000 JEW	[PRS]	3,850	3,790	3,650	
Soz.Päd.Familienhilfe / 1000 JEW	[ST]	10,940	10,760	10,340	
HzE-Quotient Neufälle	[ST]	1,600	1,600		

Produktgruppe: 41.01.04

Verantwortlich: Dr. Marquard

Betreuung u. Unterbring. außerh. d. Fam.

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.01

Verantwortlich: Dr. Rose

Hilfen für junge Menschen und Familien

Produktplan: 41

Verantwortlich: Sen. Rosenkötter

Jugend und Soziales

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

1. Kurzfristige Unterbringung von Kindern und Jugendlichen außerhalb ihrer Herkunftsfamilie (z.B. Inobhutnahme in Einrichtungen, Kriseneinrichtungen wie Mädchenhäuser, Übergangspflege in Pflegestellen)
2. Unterbringung im Rahmen der Familienpflege (Pflegestellen)
3. Unterbringung in Einrichtungen
4. Sonstige (z.B. Erziehungsstellen, gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder)

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Für den Fall, dass Herkunftsfamilien nicht in der Lage sind, trotz des Einsatzes ambulanter, teilstationärer Hilfe, ihren Erziehungsauftrag wahrzunehmen, kann die (zeitweise) Herausnahme von Kindern/Jugendlichen aus der Familie notwendig werden. Ziel der Maßnahmen ist die Rückkehr in die Herkunftsfamilie oder auch - wenn notwendig - eine auf längere Zeit angelegte Unterbringung, ggf. mit anschließender Verselbständigung.

- Aufbau von Netzwerken im Sinne eines sozialen Frühwarnsystems in den Stadtteilen; und Entwicklung von Instrumenten der Qualitätssicherung und des Risikomanagements in der Kinderschutzarbeit
- Qualifizierte Umsetzung der Vereinbarungen zur Wahrnehmung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung mit den Trägern von Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe und den Schulen.
- Schutz von Minderjährigen, Minimierung von Entwicklungsrisiken, Sicherstellung einer dem Wohl des Jungen Menschen entsprechenden Erziehung und Erhalt der Familie als Lebensort im Rahmen präventiver und unterstützender Maßnahmen.
- Sicherung des Kindeswohls durch unabweisbare vorübergehende oder dauerhafte Unterbringung außerhalb der Herkunftsfamilie in Pflegefamilien, Heimen und betreuten Wohnformen; bei akuter Gefährdung durch Inobhutnahme

Auftragsgrundlage:

SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz); insbesondere §§ 8a, 33 bis 35 a SGBVIII, BGB, FGG
Konzeptionen
Fachliche Weisungen
Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses
Beschlüsse der Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration.

Zuzuordnende Kapitel:

3434

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Vollzeitpflege, Anteil an d. Fremdplatz.	[%]	36,00	37,00	39,70	
Hilfe in Einrichtungen	[PRS]	995,000	955,000	822,800	
Fälle Vollzeitpflege	[PRS]	561,000	552,000	542,700	
Zugänge in Inobhutneinr u. Überpflege	[PRS]	608,000	600,000	550,000	
Belegtage Notaufneinr. und Übergpf/1000	[TAG]	495	487	560	
Fälle in Notaufnahmeeinrichtungen	[ST]	61,000	60,000	71,800	
Fälle in Übergangspflege	[ST]	51,000	50,000	59,000	
Fremdplatzierende Maßn. / 1000 JugendEW	[PRS]	15,080	14,670	13,200	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
JugendEW= Jugendeinwohner. Angesichts der Entwicklung seit 2007, die geprägt war durch Sensibilisierung der Institutionen, Privatpersonen und Multiplikatoren/-innen in Hinsicht auf den Kinderschutz, und der Prognose unter Berücksichtigung fachlicher Steuerung zur Weiterentwicklung familienunterstützender Maßnahmen wird mit weiteren Bedarfen gerechnet. Zu den Leistungskennzahlen: Bei den Hilfen gem. § 34 SGB VIII (Heimerziehung, sonst. betreute Wohnformen), § 35 SGB VIII (intensive sozialpäd. Einzelbetreuung) und § 35 a SGB VIII (Eingliederungshilfe f. seelisch beh. Kinder und Jugendliche) wurden alle stat. Maßnahmen erfasst. Das strategische Ziel ist der Abbau ausserfamiliärer Maßnahmen zugunsten ambulanter Maßnahmen. Bei den Belegtagen und Fällen in Notaufnahmeeinrichtungen und Übergangspflegestellen werden auch die Zeiten anschließender befristeter Unterbringung (§§ 33 und 34 SGB VIII) bis zum Abschluss der Hilfeplanung erfasst.					

Produktgruppe: 41.01.06	Verantwortlich: Dr. Marquard
Andere Aufgaben der Jugendhilfe	
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.01	Verantwortlich: Dr. Rose
Hilfen für junge Menschen und Familien	
Produktplan: 41	Verantwortlich: Sen. Rosenkötter
Jugend und Soziales	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
1) Erstattungen an und von andere(n) Jugendhilfeträger(n) Bei den Erstattungen handelt es sich in Einnahme und Ausgabe um "Verrechnungen" zwischen den einzelnen KJHG-Trägern, die nicht mit Kennzahlen etc. hinterlegt werden können. 2) Gewinnung von Einzelvormundschaften in Kooperation mit freien Trägern. 3) Rechtliche Unterstützungen im Rahmen der Aufgaben der Jugendgerichtshilfe, in Familienrechtssachen, beim Vormundschaftsgericht (gilt für Personal)	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Planung der Dienste und Einrichtungen, so dass Kontakte in der Familie und im sozialen Umfeld erhalten und gepflegt werden können, ein möglichst wirksames, vielfältiges und aufeinander abgestimmtes Angebot von Jugendhilfeleistungen gewährleistet ist, junge Menschen und Familien in gefährdeten Lebens- und Wohnbereichen besonders gefördert werden, Mütter und Väter Aufgaben in der Familie und Erwerbstätigkeit besser miteinander vereinbaren können (§ 80 Abs. 2 SGB VIII). Sicherung einer ausreichenden Ausstattung des Jugendamtes und einer bedarfsgerechten Anzahl von Fachkräften. Sicherstellung der ständigen Qualifizierung der Fachkräfte durch Fortbildung und Praxisberatung. Beratung und Unterstützung ehrenamtlicher Tätigkeit in der Jugendhilfe. Umsetzung des rechtlichen Rahmens nach §§ 1773 ff BGB für die Gewinnung von Einzelvormündern in Kooperation mit freien Trägern mit dem Ziel der Reduzierung der Amtsvormundschaften.	
Auftragsgrundlage:	
SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) BGB, Adoptionsvermittlungsgesetz, Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG), Jugendgerichtsgesetz (JGG) fachliche Weisungen Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses Beschlüsse der Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration	
Zuzuordnende Kapitel:	
0408; 3434; 3496	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	2.009	2.200	734	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	2.009	2.200	734	
Personalausgaben	3.043	2.155	2.768	
Sonst. konsumtive Ausgaben	3.356	3.300	2.590	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	6.399	5.455	5.358	
Saldo	-4.390	-3.255	-4.624	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	31,40	40,33	13,70	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	66,5	43,5	43,5	
Personalbestand	56,6	58,3	59,4	
=> Netto-Personalbedarf	9,8	- 14,8	- 15,9	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	7,9	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	18,2	
Frauenquote	50,0	50,0	78,8	
Teilzeitquote	35,0	35,0	34,6	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	5,6	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
.					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamernale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	0	2.009
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	0	2.009
Personalausgaben	0	3.043
Sonst. konsumtive Ausgaben	102	3.254
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	102	6.297
Saldo	-102	-4.288
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	66,5
Personalbestand	0,0	56,6
=> Netto-Personalbedarf	0,0	9,8
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 41.01.07		Verantwortlich: N.N.
Unterhaltsvorschuss		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.01	Verantwortlich: Dr. Rose
Hilfen für junge Menschen und Familien	
Produktplan: 41	Verantwortlich: Sen. Rosenkötter
Jugend und Soziales	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Unterhaltsvorschuss- und Unterhaltsausfallleistungen zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Begegnung von Schwierigkeiten alleinstehender Elternteile und ihren Kindern, wenn der andere Elternteil, bei dem das Kind nicht lebt, sich der Pflicht zur Zahlung von Unterhalt ganz oder teilweise entzieht, hierzu nicht oder nicht in hinreichendem Maße in der Lage ist oder wenn er verstorben ist.	
Auftragsgrundlage:	
Unterhaltsvorschussgesetz	
Zuzuordnende Kapitel:	
0408; 3408; 3434	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	5.519	5.251	4.704	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	5.519	5.251	4.704	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	12.577	12.367	10.514	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	12.577	12.367	10.514	
Saldo	-7.058	-7.116	-5.810	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	43,88	42,46	44,74	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Die Leistungen im Bereich des Unterhaltsvorschussgesetzes werden zu 1/3 vom Bund finanziert (1/3 der Einnahmen fließen zurück und werden insofern zusätzlich als Ausgabe an den Bund ausgewiesen). Eine Steuerung der Ausgabe ist nicht möglich, da im Einzelfall ein gesetzlicher Anspruch auf die Leistung besteht. Höhe und Dauer der Leistung ist bundesgesetzlich festgeschrieben.

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011		Planung 2010		Ist 2009		
Fälle UVG Stadtgemeinde Bremen	[ST]	4.800,000		4.800,000		4.795,000		
Fälle UVG Stadt i.V. Bevölk. 0-12jährige	[%]	8,70		8,70		8,30		
Rückgriffsquote	[%]	10,00		11,10		11,51		

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamernale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	4.599	920
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	4.599	920
Personalausgaben	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	3.372	9.205
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	3.372	9.205
Saldo	1.227	-8.285
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011
Rückgriffsquote [%]		10,00
Fälle UVG Stadtgemeinde Bremen [ST]		4.800,000
Fälle UVG Stadt i.V. Bevölk. 0-12jährige [%]		8,70

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Beratung, Betreuung, ambulante Hilfen, Tagesstrukturierung, Arbeit und Beschäftigung, Betreutes Wohnen und Wohnen in Einrichtungen für geistig, körperlich und mehrfach behinderte Erwachsene.
Verhinderung von Obdachlosigkeit, Sicherstellung der Betreuung und Wohnversorgung für alleinstehende wohnungslose und strafentlassene Menschen.
Hilfen nach dem Betreuungsgesetz, Förderung von Betreuungsvereinen,
Förderung von Selbsthilfe und sozialen Projekten.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Einführung eines bundeseinheitlichen Systems zur Ermittlung der Hilfebedarfe und Leistungsentgelte (Maßnahmepauschalen) im Wohnbereich für geistig, körperlich und mehrfach behinderte Erwachsene.
Entwicklung von Versorgungsstrukturen für alt werdende behinderte Menschen.
Verstärkte Vermittlung behinderter Menschen in den ersten Arbeitsmarkt und in WfBM statt Tagesstätten (Ziel für die Stadt Bremen).
Aufgabe der geteilten Kostenzuständigkeit zwischen örtlichen und überörtlichen Kostenträgern entsprechend § 98 Abs.2 SGB XII.
Beteiligung an bundesweiten Systemen der Leistungs- und Kostenvergleiche in der Behindertenhilfe nach Entwicklung vergleichbarer Indices.
Angleichung der Betreuungsstandards und - häufigkeit zwischen Bremen und Bremerhaven einerseits sowie Niedersachsen andererseits. Darüber hinaus Orientierung an Mittelwerten der alten Länder lt. Benchmark-Verfahren.
Wohnungsnotfallhilfe:
a) Vereinheitlichung der Beratung und Vermittlung in Wohnungsnotfällen (SGB II und SGB XII) als Kooperationsprojekt öffentlicher und freier Träger (AfSD und freie Träger der Wohnungslosen-, Straffälligen- und Drogenhilfe): Hilfen zum Wohnraumerhalt; kurzfristige Vermittlung in niedrigschwellige Unterbringungsformen bei akuter Obdachlosigkeit
b) Umsteuerung der Obdachlosenunterbringung: Umwandlung von OPR-Wohnraum in normale Mietverhältnisse bzw. Umzüge aus OPR in Normalwohnraum (mit Unterstützung durch ein zeitlich befristetes Umzugsmanagement).

Langfristige Perspektiven:

Begrenzung des Anstiegs der Kosten der Eingliederungshilfe nach Kap. VI SGB XII. Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Leistungen für behinderte Menschen. Entwicklung von Konzepten zur Wirksamkeitskontrolle im Rahmen der Eingliederungshilfe.
Weitere Stärkung ambulanter Hilfsangebote für alleinstehende Wohnungslose.
Verringerung des Zuwachses der Zahl gesetzlich betreuter Menschen durch verstärkte Nutzung vorgelagerter Instrumente (Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen).
Ausbau der Freiwilligenarbeit und Förderung des Bürgerengagements.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	4.845	4.877	3.957	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	15	
Gesamteinnahmen	4.845	4.877	3.972	
Personalausgaben	3.334	2.755	3.055	
Sonst. konsumtive Ausgaben	107.233	105.982	102.815	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	110.567	108.737	105.870	
Saldo	-105.722	-103.860	-101.898	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	4,38	4,49	3,75	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	62,1	53,1	52,8	
Personalbestand	55,9	56,5	57,1	
=> Netto-Personalbedarf	6,2	- 3,5	- 4,3	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	3,4	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	43,0	
Frauenquote	50,0	50,0	62,3	
Teilzeitquote	35,0	35,0	34,5	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	8,2	

C. Erläuterungen zu 1. A-B

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009
Fälle Arb. WfbM f.g.k.m. Beh. im Land	[ST]	1.664,000	1.645,000	1.606,000
OPR-Wohnungen in der Stadt Bremen	[ST]	80,000	89,000	131,000
Fallz.Betr.Wo beh. Erw. (Land HB)	[ST]	346,000	356,000	318,000
Fälle Stat. Wo je 1000 Erw. La HB	[ST]	2,606	2,646	2,563
Fälle Stat. + BW Wo (Land HB)	[ST]	1.788,000	1.766,000	1.753,000
Fälle in teilst. Tagesför. (Land Bremen)	[ST]	550,000	597,000	572,000
OPR Einweisungen in der Stadt Bremen	[ST]	8,000	12,000	1,000

B. Erläuterungen zu 2.

Erläuterungen:

WfbM = Werkstatt für behinderte Menschen

g.k.m. Beh. = geistig, körperlich, mehrfach Behinderte

BW = Betreutes Wohnen

Produktgruppe: 41.02.01

Verantwortlich: Dr. Lüsebrink

Hilfen für Erwachsene mit Behinderungen

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.02

Verantwortlich: Dr. Bronke

Hilfen und Leistungen für Erwachsene

Produktplan: 41

Verantwortlich: Sen. Rosenkötter

Jugend und Soziales

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Hilfen und Leistungen für geistig, körperlich und mehrfach behinderte Erwachsene, die auf Grund ihrer Beeinträchtigungen auf besondere Hilfen zur Eingliederung in die Gesellschaft angewiesen sind.

Dazu werden folgende Leistungen angeboten:

- Beratung und Betreuung
- Ambulante Hilfen für Grundbedürfnisse/Alltagsbewältigung
- Tagesstrukturierung, Ausbildung, Arbeit und Beschäftigung
- Betreutes Wohnen, Wohnen in Einrichtungen
- Beschäftigung im Arbeitsbereich einer Werkstatt für behinderte Menschen
- Tagesgestaltung im Alter

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Ambulantisierung
Gemeindenaher Versorgung
Normalisierung
Förderung und Erhalt der Selbständigkeit
Stabilisierung lebenspraktischer, sozialer und kommunikativer Fähigkeiten
Stabilisierung des Gesundheitszustandes
Unterstützung von Angehörigen
Selbstbestimmung
Eingliederung in das Arbeitsleben

Auftragsgrundlage:

Bundesgleichstellungsgesetz, Bremisches Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (BremBGG)
SGB IX
Eingliederungshilfe nach Kap. 6 SGB XII
Hilfe zur Pflege nach Kap. 7 SGB XII
Werkstättenverordnung, Heimgesetze,
Senatsbeschlüsse,
Rahmenkonzept zur gemeindenahen Versorgung psychisch kranker und geistig behinderter Erwachsener
Deputationsbeschlüsse

Zuzuordnende Kapitel:

0410; 3408; 3412; 3413; 3418; 3419; 3420; 3473; 3496

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Fallz. erw gkm Beh. TagFörd HB	[ST]	463,000	505,000	482,000	
Fallz. erw gkm Beh. TagFörd Bhv	[ST]	87,000	92,000	90,000	
Fallz. Stat.Wo. gkm. beh. Erw. HB	[ST]	1.149,000	1.164,000	1.138,000	
Fallz. Stat.Wo. gkm. beh. Erw. Brhv	[ST]	293,000	300,000	297,000	
Fallz. Betr.Wohn gkm beh.Erw. HB	[ST]	257,000	261,000	229,000	
Fallz. Betr.Wohn gkm beh.Erw. Brhv	[ST]	89,000	95,000	89,000	
Fallz. Arb.WfbM gkm.beh.Erw.HB	[ST]	1.194,000	1.162,000	1.142,000	
Fallz. Arb. WfbM g.k.m. Beh. Brhv	[ST]	470,000	483,000	464,000	
Fallz. WfbM Beh. 1000 EW 18-65 La	[ST]	3,906	3,861	3,838	
Fälle Arb. WfbM f.g.k.m. Beh. im Land	[ST]	1.664,000	1.645,000	1.606,000	
Fallz.TagFörd. je 1000 EW La 18-65	[ST]	1,291	1,408	1,367	
Fallz. erw gkm Beh. TagFörd Land	[ST]	550,000	597,000	572,000	
Fallz. Stat.Wo Beh 1000 Erw Land	[ST]	2,606	2,646	2,563	
Fallz.Stat.Wo gkm. beh Erw. Land	[ST]	1.442,000	1.464,000	1.435,000	
Fallz. BW Beh je 1000 Erw Land	[ST]	0,625	0,643	0,570	
Fallz. B.W. beh. Erw HB Brhv	[ST]	346,000	356,000	318,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	0	4.341
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	0	4.341
Personalausgaben	0	2.637
Sonst. konsumtive Ausgaben	18.583	86.352
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	18.583	88.989
Saldo	-18.583	-84.648
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	49,4
Personalbestand	0,0	45,4
=> Netto-Personalbedarf	0,0	4,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011
Fälle Arb. WfbM f.g.k.m. Beh. im Land [ST]	1.664,000	
Fallz. WfbM Beh. 1000 EW 18-65 La [ST]	3,906	
Fallz.TagFörd. je 1000 EW La 18-65 [ST]	1,291	
Fallz. erw gkm Beh. TagFörd Land [ST]	550,000	
Fallz. erw gkm Beh. TagFörd HB [ST]		463,000
Fallz. erw gkm Beh. TagFörd Bhv [ST]		87,000
Fallz. Stat.Wo Beh 1000 Erw Land [ST]	2,606	
Fallz.Stat.Wo gkm. beh Erw. Land [ST]	1.442,000	
Fallz. Stat.Wo. gkm. beh. Erw. HB [ST]		1.149,000
Fallz. Stat.Wo. gkm. beh. Erw. Brhv [ST]		293,000
Fallz. BW Beh je 1000 Erw Land [ST]	0,625	
Fallz. B.W. beh. Erw HB Brhv [ST]	346,000	
Fallz. Betr.Wohn gkm beh.Erw. HB [ST]		257,000
Fallz. Betr.Wohn gkm beh.Erw. Brhv [ST]		89,000
Fallz. Arb.WfbM gkm.beh.Erw.HB [ST]		1.194,000
Fallz. Arb. WfbM g.k.m. Beh. Brhv [ST]		470,000

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 41.02.02	Verantwortlich: Dr. Lüsebrink
Leistungen zur rechtlichen Betreuung	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.02	Verantwortlich: Dr. Bronke
Hilfen und Leistungen für Erwachsene	
Produktplan: 41	Verantwortlich: Sen. Rosenkötter
Jugend und Soziales	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Hilfen für volljährige Bürger, die auf Grund einer psychischen Krankheit, einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung ihre Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht mehr selbst regeln können (rechtliche Vertretung). Einführung von Betreuern in ihre Aufgaben, Beratung und Unterstützung sowie Fortbildung von Betreuern. Beratung und Unterstützung von Betreuern bei der Betreuungsplanung. Beratung und Unterstützung von Bevollmächtigten. Beratung und Aufklärung von Bürgern über Vorsorgemaßnahmen (Vorsorgevollmachten, Betreuungsverfügungen). Beratung von Bürgern bei der Erstellung vorsorgender Verfügungen und öffentliche Beglaubigung durch die Urkundsperson der Betreuungsbehörde. Überprüfung der Geeignetheit von Betreuern. Wahrnehmung von Aufgaben der Aufsicht über Berufsbetreuer.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Wahrnehmung und Sicherstellung der der Betreuungsbehörde übertragenen Aufgaben der Steuerung, Koordination, Qualitätssicherung, Aufsicht, Beratung und Unterstützung. Beratung und Unterstützung für betroffene Bürger, Betreuer und Bevollmächtigte. 1. Führung von Behördenbetreuungen. 2. Unterstützung der Vormundschaftsgerichte. 3. Werbung, Beratung, Schulung und Unterstützung von Betreuern und Unterstützung bei der Betreuungsplanung. 4. Beratung und Unterstützung von Bevollmächtigten, Beratung von Bürgern bei der Erstellung vorsorgender Verfügungen und öffentliche Beglaubigung von Verfügungen. 5. Produktübergreifende Aufgaben/ Netzwerkaufgaben.	
Auftragsgrundlage:	
Bürgerliches Gesetzbuch(BGB), Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit (FGG), Betreuungsbehördengesetz (BtBG), Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz (VBVG) und entsprechende Ausführungs- und landesrechtliche Regelungen. 1. §§ 1896 ff BGB, BremAG-BtG, Dienstanweisung v. 01.10.2002. 2. §§ 7, 8 BtBG, BremAG-BtG. 3. §§ 1, 4, 5, 6 BtBG, § 70 ff FGG, BremAG-BtG, § 1908f BGB, Allgemeine Verwaltungsvorschriften für das Verfahren zur Anerkennung von Betreuungsvereinen v.19.04.2007, Förderrichtlinie. 4. §§ 4, 6 BtBG, § 70 ff FGG. 5. BGB, BtBG, FGG, VBVG.	
Zuzuordnende Kapitel:	
0401	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Rechtliche Betreuungen im Land Bremen	[ST]	13.500,000	13.000,000	12.695,000	
Anteil männliche Betreute Land HB	[%]	45,00	45,00	45,56	
Anteil weibliche Betreute Land HB	[%]	55,00	55,00	54,44	
Rechtl. Betreuungen je 1000 Erw. Land HB	[ST]	24,170	23,270	22,670	
Männl.Betr.je 1000 männl.Erw. Land HB	[PRS]	22,740	21,890	21,480	
Weibl.Betr.je 1000 weibl.Erw. Land HB	[PRS]	25,480	24,540	23,770	
Anteil rechtl. Betreuungen d. Ehrenamtl.	[%]	50,00	50,00	44,44	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Produktgruppe: 41.02.03	Verantwortlich: Ohlenburg
Hilfen für Wohnungsnotfälle	
Stadtgemeinde	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.02	Verantwortlich: Dr. Bronke
Hilfen und Leistungen für Erwachsene	
Produktplan: 41	Verantwortlich: Sen. Rosenkötter
Jugend und Soziales	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Zielgruppen: 1. Wohnungsnotfälle gem. BremPolG (Zielgruppe 1) 2. Von Obdachlosigkeit bedrohte und betroffene Menschen (Zielgruppe 2) Angebote je nach Hilfebedarf: - polizeirechtliche Unterbringung - Hilfen zum Wohnraumerhalt und Vermittlung von Wohnraum - Absicherung sozialer Wohnraumversorgung/ Kurzfristige Unterbringung und Reintegration in Normalwohnraum.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Am 01.04.2006 ist die Zentralen Fachstelle Wohnen (ZFW) als Kooperationsprojekt zwischen dem Amt für Soziale Dienste und den freien Trägern der Wohlfahrtspflege eröffnet worden, die sich an alle Wohnungsnotfälle unabhängig von der Art des Einkommens richtet. Der ZFW wurden Kompetenzen nach SGB II von der BAGis übertragen (§ 22 SGB II). Die Aufgaben der Obdachlosenpolizeibehörde werden vom AfSD seit 01.04.06 in der ZFW wahrgenommen. Leitlinien: Für alle Leistungen und Hilfen gilt: 1. Vorhandener Wohnraum ist vorrangig zu erhalten. 2. Beratung erfolgt vor Leistungsgewährung. 3. Hilfen mit präventivem Charakter ist Vorrang einzuräumen. 4. Ambulante Hilfen haben Vorrang vor stationären. 5. Beratung und finanzielle Hilfen sind grundsätzlich Maßnahmen von Vorrang, bevor es zu (Wieder-)Einweisungen gem. BremPolG kommen kann. 6. Die Hilfen müssen die Normalisierung von Lebensverhältnissen zum Ziel haben. 7. Die Hilfen fordern die Mitwirkung der/des Betroffenen ein und fördern ihre/seine Fähigkeiten, eigenverantwortlich zu handeln. Ziele: 1. Reduktion von Neueinweisungen gem. BremPolG mittels Hilfen und Leistungen zur Überwindung und Vermeidung von Obdachlosigkeit (Prävention) 2. Abbau von OPR-Wohneinheiten durch Umwandlung in privatrechtliche Mietverträge und Organisation von Umzügen in Normalwohnraum. Entwicklungsziele: Die Entwicklungsziele sind den gen. Aufgaben und Leitlinien verpflichtet.	
Auftragsgrundlage:	
Sicherstellung der Versorgung mit Wohnraum Art. 14,1 Brem. Landesverfassung Bremisches Polizeigesetz (BremPolG) SGB II § 22 und SGB XII §§ 29 und 34 Senats- und Deputationsbeschlüsse	
Zuzuordnende Kapitel:	
3408; 3496	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	270	320	390	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	270	320	390	
Personalausgaben	696	537	658	
Sonst. konsumtive Ausgaben	915	900	977	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	1.611	1.437	1.635	
Saldo	-1.341	-1.117	-1.245	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	16,76	22,27	23,85	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	12,7	9,8	9,8	
Personalbestand	10,5	11,6	12,7	
=> Netto-Personalbedarf	2,2	- 1,8	- 2,8	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	8,7	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	37,3	
Frauenquote	50,0	50,0	47,8	
Teilzeitquote	35,0	35,0	22,4	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,7	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
OPR-Wohnungen in der Stadt Bremen [ST]				80,000	89,000	131,000	
OPR Einweisungen in der Stadt Bremen [ST]				8,000	12,000	1,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							

Produktgruppe: 41.02.04

Verantwortlich: Frenzel-Heiduk

Förderung des bürgerschaftl. Engagements

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.02

Verantwortlich: Dr. Bronke

Hilfen und Leistungen für Erwachsene

Produktplan: 41

Verantwortlich: Sen. Rosenkötter

Jugend und Soziales

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Förderung und Unterstützung von Gruppen von Menschen, die sich aus einer persönlichen Betroffenheit heraus zusammenfinden, um gemeinsam Lösungswege zu entwickeln und auch Dritten entsprechende Möglichkeiten aufzeigen.

Selbstorganisierte Projekte, die sich überwiegend aus einem Selbsthilfeszusammenschluss entwickelt haben und nun, auch als Ergänzung des bestehenden Systems der gesundheitlichen und/oder sozialen Versorgung, professionelle Dienstleistungen erbringen: Frauenprojekte, Behinderten- und Psychiatrieprojekte (z.B. Blaumeieratelier), Straffälligenprojekte, Obdachlosenprojekte.

Förderung der Freiwilligenarbeit und des Bürgerengagements.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Häufig besonders kostengünstige oder zielgenaue Ergänzung des Regelsystems von Versorgung und Dienstleistung in den unterschiedlichsten Bereichen / für die unterschiedlichen Zielgruppen.

Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement, ehrenamtliche und freiwillige Tätigkeiten bestimmen wesentlich die Qualität unseres demokratischen Gemeinwesens.

Auftragsgrundlage:

Programm zur Förderung der Selbsthilfe
Senats- und Deputationsbeschlüsse
Vereinbarung zur Zusammenarbeit für die 17. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft (2007-2011)

Gesetzliche Grundlagen wie beim Regelsystem, insbesondere die Sozialgesetzbücher

Zuzuordnende Kapitel:

0401; 3401; 3411; 3491

A. Kämmerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	234	216	2.867	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	234	216	2.867	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	682	682	964	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	682	682	964	
Saldo	-448	-466	1.903	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	34,31	31,67	297,41	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Förderung des Ehrenamtes	[EUR]	145.000,00	145.000,00	144.000,00	
Veranstaltungen	[ST]	4,000	4,000	6,000	
Männl. Teiln. an den Veranstaltungen	[PRS]	40,000	40,000	40,000	
Teilnehmerinnen a.d. Veranstaltungen	[PRS]	40,000	40,000	61,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	91	143
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	91	143
Personalausgaben	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	136	546
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	136	546
Saldo	-45	-403
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011
Männl. Teiln. an den Veranstaltungen [PRS]	40,000	
Teilnehmerinnen a.d. Veranstaltungen [PRS]	40,000	
Förderung des Ehrenamtes [EUR]	145.000,00	
Veranstaltungen [ST]	4,000	

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 41.02.06

Verantwortlich: Dr. Lüsebrink

Zuwendungen der offenen Behindertenhilfe

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.02

Verantwortlich: Dr. Bronke

Hilfen und Leistungen für Erwachsene

Produktplan: 41

Verantwortlich: Sen. Rosenkötter

Jugend und Soziales

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Hilfen für erwachsene behinderte Menschen in Form von Angeboten der Beratung und Begegnung:
Individuelle Beratung blinder, gehörloser, körperbehinderter Menschen sowohl in sozialpsychologischer als auch in sozialrechtlicher Hinsicht.
Bedarflagen zusammenfassen, Seminare, Kurse organisieren, informieren, Kontakte und Hilfen vermitteln; Durchführen von Aktivitäten zur
Begegnung für geistig, körperlich und mehrfach behinderte Menschen mit dem Charakter der aktiven Freizeitgestaltung als auch dem der Lern- und
Fördersituation; Dolmetschleistungen für gehörlose Menschen;
Interessenvertretung.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Stärkung der Alltagskompetenz,
Normalisierung und Verbleib im ambulanten System,
Selbstbestimmung,
Unterstützung von Angehörigen.

Auftragsgrundlage:

Bremisches Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (BremBGG)
SGB IX, Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft nach Kapitel 7.
Deputationsbeschlüsse

Zuzuordnende Kapitel:

3411

A. Kameratele Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	567	578	534	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	567	578	534	
Saldo	-567	-578	-534	
Deckungsgrad (Ild. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal konsumtiv investiv	0 0 0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %) (Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Zahl der geförderten Angebote	[ST]	10,000	10,000	10,000	
Zahl der Angebote mit überw. Beratung	[ST]	2,000	2,000	2,000	
Zahl der Beratungen	[ST]	2.117,000	2.117,000	1.748,000	
Zahl der Kursangebote	[ST]	2.044,000	2.044,000	2.039,000	
Zahl der Angebote mit überw.Begegnung	[ST]	5,000	5,000	5,000	
Zahl der Beratungen weiblich	[ST]	1.352,000	1.352,000	1.107,000	
Zahl der Beratungen männlich	[ST]	765,000	765,000	641,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Leistungen an Asylbewerber und Flüchtlinge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz: Geldleistungen, Sachleistungen, Unterkünfte, Betreuung.
Aufnahme und Unterbringung Bremen zugewiesener Spätaussiedler/innen.
Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten zur Teilhabe am gesellschaftlichen und sozialen Leben sowie am Erwerbsleben;
Beratung, Orientierungshilfen, Maßnahmen und Projekte.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Wahrnehmung der gesetzlich definierten Aufgaben. Die Anzahl der Empfänger von Leistungen nach dem AsylbLG selbst ist nicht direkt beeinflussbar. Die Zahl der Rückgänge aus dem Bestand wird jedoch wesentlich beeinflusst von der Zahl der Rückführungen/Abschiebungen und freiwilligen Ausreisen im Zuständigkeitsbereich des Senators für Inneres und Sport. Die Leistungshöhe ist im Wesentlichen nicht steuerbar, da der größte Teil der Leistungen gesetzlich festgeschrieben ist.

Der Bestand an Unterkünften ist möglichst eng am Bedarf zu orientieren, unter Beibehaltung einer Platzreserve für erwartbare Schwankungen. Die Kosten pro Unterkunftsplatz sind zu begrenzen durch Akquisition günstiger und Aufgabe teurer Objekte.

Umsetzung und Begleitung der festgelegten Ziele und Vorhaben für die Zielgruppe der Spätaussiedler/innen und Ausländer/innen mit verfestigten aufenthaltsrechtlichem Status in der vom Senat beschlossenen "Konzeption zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderer im Lande Bremen 2007-2011".

Ermöglichung des Zugangs zu Fördermaßnahmen für Ausländer/innen ohne gesichertes Aufenthaltsrecht, wenn und soweit dies für eine sozialverträgliche Teilnahme am Alltagsleben erforderlich ist.

Maßnahmen zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung.

Langfristige Perspektiven:

Sicherstellung der Integration von Zuwanderern durch gezielte und bundesweit verabredete Integrationshilfen einschließlich der Entwicklung von Anreizsystemen.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	646	639	551	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	646	639	551	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	23.121	24.104	21.567	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	23.121	24.104	21.567	
Saldo	-22.475	-23.465	-21.016	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	2,79	2,65	2,55	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				

C. Erläuterungen zu 1. A-B

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009
Ausgaben Regelleistungen	[EUR]	15.941.800,80	15.704.400,00	15.209.376,00
Ausgaben Besondere Leistungen	[EUR]	4.868.298,40	6.292.600,00	4.517.711,00
Ausgaben pro Person (Regelleistungen)	[EUR]	5.225,80	5.324,00	5.184,00
Ausgaben pro Person (Besond. Leistungen)	[EUR]	1.596,16	2.133,00	1.540,00
Fälle nach dem AsylbLG	[ST]	1.500,000	1.425,000	1.428,000
Personen nach dem AsylbLG	[ST]	3.050,000	2.950,000	2.934,000
Plätze Gem.unterk. Asylb Stadt HB+Zast	[ST]	480,000	480,000	520,000
Plätze betr. Gem.unterk. Asylb. Stadt HB	[ST]	380,000	430,000	470,000
Plätze Unterbr. Spätauss. Stadt Bremen	[ST]	365,000	436,000	468,000

B. Erläuterungen zu 2.

Produktgruppe: 41.03.01

Verantwortlich: Heintze

Hilfen für Asylbewerber und Flüchtlinge

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.03

Verantwortlich: Dr. Bronke

Hilfen und Leistungen für Zuwanderer

Produktplan: 41

Verantwortlich: Sen. Rosenkötter

Jugend und Soziales

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Leistungen an Asylbewerber und Flüchtlinge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz: Geldleistungen, Sachleistungen, Unterkünfte, Betreuung.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Die Anzahl der Empfänger von Leistungen nach dem AsylbLG lässt sich nicht steuern. Zwar sind die Asylzugangszahlen seit Jahren rückläufig, die Zahl der Rückgänge aus dem Bestand wird jedoch wesentlich beeinflusst von der Zahl der Rückführungen/Abschiebungen und freiwilligen Ausreisen. Hierauf hat das Sozialressort keinen unmittelbaren Einfluss. Die Leistungshöhe ist im wesentlichen nicht steuerbar, da der größte Teil der Leistungen gesetzlich festgeschrieben ist.

Der Bestand an Unterkünften ist möglichst eng am Bedarf zu orientieren, unter Beibehaltung einer Platzreserve für erwartbare Schwankungen. Die Unterbringung in Wohnraum ist in geeigneten Fällen vorrangig zu realisieren. Die Kosten pro Unterkunftsplatz sind zu begrenzen durch Akquisition günstiger und Aufgabe teurer Objekte.

Übertragung der Krankenhilfe auf die AOK. Durch verbesserte fachliche Steuerung durch AOK ausgabemindernde Effekte.

Verstärkung der Zusammenarbeit mit Inneres/Ausländerbehörde im Zusammenhang mit der Zuordnung von Berechtigten zu Leistungen nach § 2 AsylbLG und von Leistungskürzungen bei Missbrauch. Steuerung durch Verwaltungsanweisungen und fallbezogene Steuerung.

Auftragsgrundlage:

Asylbewerberleistungsgesetz.

Zuzuordnende Kapitel:

0401; 0411; 3417

A. KAMERALE FINANZDATEN (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	391	391	296	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	391	391	296	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	21.492	22.433	20.130	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	21.492	22.433	20.130	
Saldo	-21.101	-22.042	-19.834	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	1,82	1,74	1,47	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal konsumtiv investiv	0 0 0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %) (Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Ausgaben Regelleistungen	[EUR]	15.941.800,80	15.704.400,00	15.209.376,00	
Ausgaben Besondere Leistungen	[EUR]	4.868.298,40	6.292.600,00	4.517.711,00	
Ausgaben pro Person (Regelleistungen)	[EUR]	5.225,80	5.324,00	5.184,00	
Ausgaben pro Person (Besond. Leistungen)	[EUR]	1.596,16	2.133,00	1.540,00	
Fälle nach dem AsylbLG	[ST]	1.500,000	1.425,000	1.428,000	
Personen nach dem AsylbLG	[ST]	3.050,000	2.950,000	2.934,000	
Pl. Aufnahmeeinr. Asylb.+ Fl. (Land HB)	[ST]	100,000	50,000	50,000	
Plätze betr. Gem.unterk. Asylb. Stadt HB	[ST]	380,000	430,000	470,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	277	114
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	277	114
Personalausgaben	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.101	20.391
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	1.101	20.391
Saldo	-824	-20.277
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011
Pl. Aufnahmeeintr. Asylb.+ Fl. (Land HB) [ST]	100,000	
Plätze betr. Gem.unterk. Asylb. Stadt HB [ST]		380,000

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 41.03.02

Verantwortlich: Heintze

Hilfen für Spätaussiedler

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.03

Verantwortlich: Dr. Bronke

Hilfen und Leistungen für Zuwanderer

Produktplan: 41

Verantwortlich: Sen. Rosenkötter

Jugend und Soziales

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Aufwendungen für die Erstbetreuung und Unterbringung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern in Erstaufnahme- und Folgeeinrichtungen der Stadtgemeinde Bremen.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Integration in die deutsche Gesellschaft / das soziale Umfeld mit dem Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Auftragsgrundlage:

BVFG

Zuzuordnende Kapitel:

3461

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)		Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen		253	246	245	
Investive Einnahmen		0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen		0	0	0	
Gesamteinnahmen		253	246	245	
Personalausgaben		0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben		769	810	648	
Zinsausgaben		0	0	0	
Tilgungsausgaben		0	0	0	
Investive Ausgaben		0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen		0	0	0	
Gesamtausgaben		769	810	648	
Saldo		-516	-564	-403	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %		32,90	30,37	37,81	
Verpflichtungsermächtigungen		Anschlag 2011			
Personal		0			
konsumtiv		0			
investiv		0			
B. Personaldaten		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl		0,0	0,0	0,0	
Personalbestand		0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf		0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre					
Beschäftigte über 55 Jahre					
Frauenquote					
Teilzeitquote					
Schwerbehindertenquote					
C. Kapazitätsdaten		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C					

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Plätze Unterbr. Spätauss. Stadt Bremen	[ST]	365,000	436,000	468,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Produktgruppe: 41.03.03		Verantwortlich: Heintze
Leistungen für Migranten		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.03		Verantwortlich: Dr. Bronke
Hilfen und Leistungen für Zuwanderer		
Produktplan: 41		Verantwortlich: Sen. Rosenkötter
Jugend und Soziales		
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:		
- Beratungs- und Orientierungshilfen - Informations-, Aufklärungs-, und Öffentlichkeitsarbeit - Maßnahmen gegen Diskriminierung - Interkulturelle Maßnahmen zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit - Maßnahmen der Selbsthilfe und Projektförderung - Projekte in Stadtregionen wie z.B. elternbildende Projekte, sportbezogene Projekte - Projekte zum kennen lernen der Kulturen anderer Länder - Gesundheitliche und psychosoziale Hilfen - Interkulturelle Öffnung; Fortbildung		
Auftrag/Ziele/Perspektiven:		
- Förderung des friedlichen Zusammenlebens aller Menschen in Bremen - Förderung des Integrationsprozesses von Neuzuwanderern und von Zuwanderern, die bereits länger in Bremen leben - Förderung von kulturellen und sprachlichen Kompetenzen - Mobilisierung von Selbsthilfepotentialen; Förderung von Mitwirkung und Beteiligung - Kooperation mit angrenzenden Hilfesystemen wie z.B. Frauenförderung, Eintreten gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit		
Auftragsgrundlage:		
- Gesetze und Richtlinien des Bundes - Bremische Verfassung - Bürgerschafts-, Senats- und Deputationsbeschlüsse - Vereinbarung zur Zusammenarbeit für die 17. Wahlperiode der bremischen Bürgerschaft (2007 - 2011) - Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen 2007 - 2011 - Nationaler Integrationsplan		
Zuzuordnende Kapitel:		
0451; 3411		

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	2	2	10	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	2	2	10	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	860	861	789	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	860	861	789	
Saldo	-858	-859	-779	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,23	0,23	1,27	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anz. Neuzuwanderer (Ausländer) Brhv.	[PRS]	80,000	80,000		
Anz. Neuzuwanderer (Ausländer) HB	[PRS]	500,000	500,000		
Anz. Neuzuwanderer (Aussiedler) Brhv.	[PRS]	10,000	10,000	2,000	
Anz. Neuzuwanderer (Aussiedler) HB	[PRS]	40,000	40,000	29,000	
Anz. Teiln. geförd. Selbsthilfeproj.	[ST]	0,000	0,000		
Anz. Sitz. Bremer Netzwerk f. Zuwand.	[ST]	8,000	8,000	8,000	
Anz. Sitz. Bremer Rates f. Integra.	[ST]	4,000	4,000	4,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	2	0
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	2	0
Personalausgaben	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	762	98
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	762	98
Saldo	-760	-98
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011
Anz. Neuzuwanderer (Ausländer) Brhv. [PRS]		80,000
Anz. Neuzuwanderer (Ausländer) HB [PRS]		500,000
Anz. Neuzuwanderer (Aussiedler) Brhv. [PRS]		10,000
Anz. Neuzuwanderer (Aussiedler) HB [PRS]		40,000
Anz. Sitz. Bremer Netzwerk f. Zuwand. [ST]	8,000	
Anz. Sitz. Bremer Rates f. Integra. [ST]	4,000	

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Sicherstellung von altersgerechten Dienstleistungen und Gewährung von ergänzenden Hilfen bei Hilfs- und Pflegebedürftigkeit.
Bereitstellung präventiver Hilfen.
Beitrag zur Förderung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.
Das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz wird insbesondere für die Ausgestaltung ambulanter Wohnformen umgesetzt. Für die in 2009 errichteten Pflegestützpunkte ist in 2010 die Wirksamkeit der Pflegestützpunkte zu überprüfen. Schnittstellen zwischen den Pflegekassen und den Ämtern in Bremen und Bremerhaven sind zu verringern.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Sicherung und Weiterentwicklung der Dienstleistungsqualität der Leistungserbringer für ältere und pflegebedürftige Menschen.
Sicherung der Koordination der präventiven und pflegerischen Hilfesysteme für ältere und pflegebedürftige Menschen in und außerhalb von Einrichtungen.

Langfristige Perspektiven:

Beitrag zu einer altersgerechten Stadt.
Gestaltung des demographischen Wandels im Land Bremen, insbesondere für ältere Menschen.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamurale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	3.470	3.430	3.424	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	3.470	3.430	3.424	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	59.812	59.359	55.052	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	2.336	2.354	2.072	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	62.148	61.713	57.124	
Saldo	-58.678	-58.283	-53.700	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	5,58	5,56	5,99	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				

C. Erläuterungen zu 1. A-B

B. Erläuterungen zu 2.				

Produktgruppe: 41.04.01

Verantwortlich: Krancke

Präventive und offene Altenhilfe

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.04

Verantwortlich: Dr. Bronke

Hilfen und Leistungen f. ältere Menschen

Produktplan: 41

Verantwortlich: Sen. Rosenkötter

Jugend und Soziales

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Aufwendungen für Dienstleistungszentren, Altentages- und Begegnungsstätten städt. und freier Träger.

Vermittlung von Dienstleistungen für Hilfen zur Weiterführung des Haushaltes.

Aktivierung von älteren Menschen.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Gewährleistung einer leistungsfähigen zahlenmäßig ausreichenden und wirtschaftlichen pflegerischen Versorgungsstruktur im Rahmen der Richtlinien/Verträge zur Förderung von DLZ/AT/BGSt.

Auftragsgrundlage:

§ 71 SGB XII

Zuzuordnende Kapitel:

3411

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Bei der Ressourcenplanung wurde davon ausgegangen, daß der Leistungsumfang gehalten wird. Dies soll durch höhere Eigenbeteiligungen und effizienteren Personaleinsatz erreicht werden.

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Produktgruppe: 41.04.02		Verantwortlich: Wichert
Hilfen zur Pflege		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.04		Verantwortlich: Dr. Bronke
Hilfen und Leistungen f. ältere Menschen		
Produktplan: 41		Verantwortlich: Sen. Rosenkötter
Jugend und Soziales		
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:		
Die Hilfeleistungen beziehen sich auf pflegeversicherte Menschen, deren Pflegesachleistungsbedarfe durch die Pflegekasse nicht abgedeckt werden und zwar für ambulante, teilstationäre und vollstationäre Leistungen. Zugleich erhalten Personen, die nicht pflegeversichert sind, bedarfsdeckende Hilfen, ebenso Personen, die pflegerischen Hilfebedarf haben unterhalb der Pflegestufe I. Der Zugang und der Umfang der vorrangigen Leistungen der Pflegeversicherung ist bundeseinheitlich geregelt durch Pflegestufen, Begutachtung durch den MDK und nicht bedarfsdeckende Pflegeleistungen. Leistungsentgelte der Pflegedienste u. der Pflegeheime werden durch die Pflegekassen vereinbart, unter Beteiligung des SHT. Der Zugang zur HzP ist abhängig vom Einkommen u. Vermögen, Art u. Umfang des Hilfebedarfs und familiärer u. sozialer Situation. Im Einzelfall wird bei ambulanter HzP die Bedarfslage zur Ergänzung der bestehenden Leistungen durch Beratung, Hausbesuch durch Sozialdienst bzw. Gesundheitsamt erhoben. Bei stationärer Versorgung wird die Entscheidung des MDK zur Notwendigkeit des Bedarfes vom SHT anerkannt.		
Auftrag/Ziele/Perspektiven:		
Generell richten sich die Steuerungsziele auf den mittelbaren Einfluss zu Vermeidung und Verzögerung von stationärer Versorgung, unter Beachtung der grundsätzlichen Entscheidung des MDK zur Notwendigkeit der stationären Versorgung. Für den Übergang von Krankenhausversorgung zur ambulanten oder stationären Pflege soll der Vorrang der ambulanten Versorgung gestärkt werden durch Beratung des Sozialdienstes mittels Kooperationsvereinbarung mit dem Sozialdienst im Krankenhaus. Bei der ambulanten Versorgung gilt es bei der Feststellung von zusätzlichen Hilfeleistungen und der Vermittlung von Hilfen eine "Hilfemix" von Pflegedienstleistungen und Nachbarschaftshilfen (z.B. durch DLZ) zu erzielen, um eine kostengünstige ambulante Versorgung sicherzustellen. Die Investitionskosten des Landes Bremen für Kurzzeitpflege und Tagespflege verringern die Ausgaben des Sozialhilfeträgers.		
Auftragsgrundlage:		
Kap. 7 SGB XII pp 61-66 SGB XII Hinweis: Die investiven Aufwendungen des Landes Bremen nach dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI) werden bei der Produktgruppe 41.04.04 nachgewiesen.		
Zuzuordnende Kapitel:		
0408; 0410; 3408; 3412; 3413; 3418; 3473		

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Pers. stat. Leist. der HzPfl Bremerh.	[PRS]	635,000	625,000	552,000	
Anzahl Pers. mit ambul. Pflegeleistungen	[ST]	1.170,000	0,000	1.119,000	
Anzahl Pers. mit station. Pflegeleistg.	[ST]	2.150,000	2.150,000	2.141,000	
Anz. Pers. m. amb. Pflege Brhv	[PRS]	345,000	350,000	342,000	

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	0	3.470
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	0	3.470
Personalausgaben	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	8.158	45.018
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	8.158	45.018
Saldo	-8.158	-41.548
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011
Pers. stat. Leist. der HzPfl Bremerh. [PRS]	0,000	635,000
Anz. Pers. m. amb. Pflege Brhv [PRS]		345,000
Anzahl Pers. mit ambul. Pflegeleistungen [ST]	0,000	1.170,000
Anzahl Pers. mit station. Pflegeleistg. [ST]	0,000	2.150,000

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 41.04.03		Verantwortlich: Wichert
Blindenhilfe und Landespflegegeld		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.04		Verantwortlich: Dr. Bronke
Hilfen und Leistungen f. ältere Menschen		
Produktplan: 41		Verantwortlich: Sen. Rosenkötter
Jugend und Soziales		
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:		
Blinde Menschen haben Anspruch auf die pauschale Geldleistung der Blindenhilfe in Höhe von monatlich ca. 595,- Euro zum Ausgleich von behinderungsbedingten Mehraufwendungen. Leben blinde Menschen in stationären Einrichtungen verringert sich der Betrag auf 50 %. Minderjährige erhalten ebenfalls 50 % der Hilfe. Die Anpassung der Höhe des Betrages ist abhängig von der Änderung des Rentenwertes der GRV. Er ist in 2007 und 2008 gestiegen und steigt voraussichtlich auch in 2009. Das Landespflegegeld gewährt für Blinde u. Schwerstbehinderte ebenfalls eine pauschale Geldleistung, jedoch unabhängig v. Einkommen u. Vermögen in Höhe von ca. 350,- Euro für Volljährige, das analog der Blindenhilfe steigt. Leistungen der Pflegeversicherung werden auf das LPG und die Blindenhilfe angerechnet. Im Übrigen ist der Zugang zur Hilfe abhängig von der med. Feststellung der Blindheit und daher nicht steuerbar.		
Auftrag/Ziele/Perspektiven:		
Zweck des Landespflegegeldgesetzes ist es, Blinden und vergleichbar schwer betroffene behinderte Menschen den behinderungsbedingten Mehraufwand anteilig zu finanzieren. Blinde Menschen erhalten Blindenhilfe, wenn sie die Einkommens- und Vermögensgrenzen nach SGB XII nicht überschreiten. Liegen die rechtlichen Voraussetzungen "Blindheit" bzw. "Schwerstbehinderung" vor, besteht Anspruch auf die Geldleistung. Der Gesetzgeber hat durch das SGB XII den Zugang zur Blindenhilfe für Menschen mit höheren Einkommen ab 2005 deutlich beschränkt. Hieraus folgt ein Rückgang der Fallzahlen. Fallzahlen und Ausgaben zur Blindenhilfe lassen sich aufgrund der individuellen Einkommens- und Vermögenssituation nicht steuern.		
Auftragsgrundlage:		
Landespflegegeldgesetz Kap. 9; § 72 SGB XII		
Zuzuordnende Kapitel:		
0408; 0410; 3408; 3418		

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anz. Pers. m. Blindenhilfe Bremen	[PRS]	210,000	180,000	200,000	
Anz. Pers. m. Blindenhilfe Brhv.	[PRS]	90,000	100,000	89,000	
Anz. Pers. m. Land.pflegeg. Bremen	[PRS]	530,000	550,000	526,000	
Anz. Pers. m. Land.pflegeg. Brhv.	[PRS]	210,000	250,000	188,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	0	0
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	0	0
Personalausgaben	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	965	2.645
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	965	2.645
Saldo	-965	-2.645
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011
Anz. Pers. m. Blindenhilfe Bremen [PRS]		210,000
Anz. Pers. m. Blindenhilfe Brhv. [PRS]		90,000
Anz. Pers. m. Land.pflegeg. Bremen [PRS]		530,000
Anz. Pers. m. Land.pflegeg. Brhv. [PRS]		210,000

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 41.04.04	Verantwortlich: Wienstroer
Investitionsförderung für Einrichtungen	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.04	Verantwortlich: Dr. Bronke
Hilfen und Leistungen f. ältere Menschen	
Produktplan: 41	Verantwortlich: Sen. Rosenkötter
Jugend und Soziales	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Finanzielle Regelförderung der investitionsbedingten Aufwendungen stationärer Pflegeeinrichtungen nach SGB XI. Finanzielle Förderung ausgewählter Projekte zur Unterstützung und Weiterentwicklung der ambulanten Pflege und der sie ergänzenden Pflegeformen.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Gewährleistung einer zahlenmäßig ausreichenden, leistungsfähigen und wirtschaftlichen pflegerischen Versorgungsstruktur.	
Auftragsgrundlage:	
§ 9 SGB XI in Verbindung mit BremAGPflegeVG; § 9 SGB XI in Verbindung mit BremAGPflegeVG	
Zuzuordnende Kapitel:	
0401	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	0	0	0	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	2.266	2.280	1.993	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	2.266	2.280	1.993	
Saldo	-2.266	-2.280	-1.993	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Im Bereich der Investitionsförderung für stationäre Pflegeeinrichtungen sind die Ausgaben von der Kapazitätsnutzung (Belegung) der Einrichtungen abhängig. In die Förderung gehen nur die Plätze ein, die von stationär Pflegebedürftigen im Sinne des SGB XI belegt werden. Der nicht durch die Förderung gedeckte Anteil der Investitionsfolgekosten (IFK) geht zu Lasten der Nutzer der Einrichtungen, ggfs. des Sozialhilfeträgers.

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Produktgruppe: 41.04.05

Verantwortlich: Krancke

Sonstige Leistungen für ältere Menschen

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.04

Verantwortlich: Dr. Bronke

Hilfen und Leistungen f. ältere Menschen

Produktplan: 41

Verantwortlich: Sen. Rosenkötter

Jugend und Soziales

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Förderung der Teilnahme älterer Menschen am gesellschaftlichen und kulturellen Leben.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Aktivierung von älteren Menschen; Herausführung aus der Isolation und Vereinsamung durch

- kulturelle, gesellschaftliche und informative Veranstaltungen für ältere Menschen
- Erholungsangebote für ältere Menschen.

Auftragsgrundlage:

§ 71 SGB XII

Zuzuordnende Kapitel:

3412

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	214	210	255	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	214	210	255	
Saldo	-214	-210	-255	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				
Mehrkosten müssen durch höhere Eigenbeteiligungen aufgefangen werden.				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Unterstützung derjenigen, die nicht dazu in der Lage sind, aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt sicherzustellen, so dass ihnen ein Leben in Würde möglich ist (vg. Art 1 GG, § 1 SGB XII);

Unterstützung derjenigen, die Leistungen nach dem SGB II erhalten, soweit dieses im Rahmen der kommunal zu erbringenden Leistungen (insbesondere KdU und flankierende Maßnahmen) zu erfolgen hat.

Ausgestaltung der Hilfen und Leistungen, die laufend oder einmalig zur Gewährleistung des Existenzminimums erforderlich sind; effektive und verlässliche Organisation der Entscheidungen dazu; effektive und verlässliche Übermittlung der Leistungen;

Selbsthilfekräfte stärkende und vorrangige Hilfemöglichkeiten systematisch und effizient nutzen, insbesondere im Rahmen einer gezielten Eingangsberatung mit Prüfung der Erwerbsfähigkeit und ggf. Orientierung auf das Leistungssystem des SGB II; ggf. Stärkung der Selbsthilfepotentiale durch Nutzung von Beschäftigungsmöglichkeiten mit dem Ziel der Orientierung ins SGB II bzw. der Überwindung des Hilfebedarfs.

Sonstige Hilfen und Leistungen zum Lebensunterhalt nach anderen rechtlichen Vorgaben spielen zur Zeit keine, perspektivisch allenfalls eine geringe Rolle.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Finanzwirtschaftliche Transparenz und Stabilität durch effiziente und effektive Leistungsgewährung und ein entsprechendes Verwaltungshandeln für die Klienten mit Ansprüchen nach SGB XII und SGB II, gesteuert durch strategische Ziele, fachliche Weisungen und überprüft durch ein regelmäßiges Controlling; Aufbau bzw. Ergänzung der dazu erforderlichen EDV-Unterstützung und Datenlage.

Langfristige Perspektiven:

Für das SGB II ist globales Ziel, die kommunalen Ausgaben langfristig und dauerhaft zu senken (vor allem die Kosten der Unterkunft). Das ist nur über eine möglichst dauerhafte Integration in den vorzugsweise 1. Arbeitsmarkt in der Verantwortung der BAGIS möglich. Die Aktivitäten der BAGIS dazu sind entsprechend zu begleiten.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	79.811	74.384	76.855	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	16	
Gesamteinnahmen	79.811	74.384	76.871	
Personalausgaben	16.986	16.288	16.873	
Sonst. konsumtive Ausgaben	255.480	249.424	235.991	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	272.466	265.712	252.864	
Saldo	-192.655	-191.328	-175.993	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	29,29	27,99	30,40	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	144,7	134,9	136,7	
Personalbestand	141,9	146,0	148,4	
=> Netto-Personalbedarf	2,8	- 11,2	- 11,7	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	25,8	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	15,5	
Frauenquote	50,0	50,0	68,0	
Teilzeitquote	35,0	35,0	26,3	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,3	

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anz. Pers. HLU+GSi, Kap. 3+4 SGB XII	[PRS]	10.200,000	9.849,000	9.258,000	
darunter Kap. 3 HLU (a.v.E.)	[PRS]	1.560,000	1.404,000	1.337,000	
darunter Kap. 4 GSi (a.v.E.)	[PRS]	8.640,000	8.445,000	7.922,000	
Anz. Leist.Fälle KdU SGB II	[ST]	41.066,000	41.402,000	38.079,000	
Zahl d. Leistungsempf/-innen nach SGBII	[PRS]	75.972,000	76.800,000	70.736,000	
durchschn. anerkannte KdU LE/Monat SGBII	[EUR]	190,00	188,00	194,00	
B. Erläuterungen zu 2.					

Produktgruppe: 41.05.03	Verantwortlich: Janzer-Bertzbach
Leistungen zur Existenzsich.nach SGB XII	
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.05	Verantwortlich: Dr. Bronke
Leist. z. Existenzsich. n. SGB XII u. II	
Produktplan: 41	Verantwortlich: Sen. Rosenkötter
Jugend und Soziales	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Leistungen nach Kap. 3 (HLU) und Kap. 4 (GSi-AE) SGB XII für den notwendigen Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen(im Wesentlichen sind das: Regelbedarf, Unterkunft und Heizung, einmalige Bedarfe, Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung u.a.). Leistungsberechtigt nach diesen Kapiteln sind Personen, die nicht im Sinne des SGB II erwerbsfähig sind.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Die Zahl der Leistungsberechtigten leitet sich für Kap. 3 aus der Zuordnung zu dem Status "nicht erwerbsfähig" ab. Dieses geschieht korrespondierend mit der Zuordnung zum SGB II für dem Grunde nach Erwerbsfähige und ggf. durch Entscheid durch die Einigungsstelle. Für Kap. 4 leitet sich die Zahl der Leistungsberechtigten ab aus dem Status "dauerhaft voll erwerbsgemindert" bzw. aus der Vollendung der Altersgrenze nach § 41 Abs. 2 SGB XII. Die Zahl der Leistungsberechtigten ist i.d.R. nicht durch gezielte Maßnahmen zu beeinflussen. Die Anzahl der Empfänger nach Kap. 4 SGB XII lässt sich nicht steuern. Die Anzahl der Empfänger nach Kap. 3 SGB XII lässt sich nur in geringem Umfang steuern. Hier geht es zum Einen um eine sachgerechte Entscheidung über die Erwerbsfähigkeit, die die Interessen des Sozialhilfeträgers berücksichtigt und zum anderen um die Heranführung an die Erwerbsfähigkeit, insbesondere durch Maßnahmen nach § 11 Abs. 3 SGB XII. Die Leistungshöhe ist im wesentlichen nicht steuerbar, da der größte Teil der Leistungen pauschal festgesetzt ist, so z.B. der Regelsatz. Auch einmalige Leistungen wie z.B. Erstaussattung der Wohnung sind im Wesentlichen pauschaliert. Steuerungsmöglichkeiten bestehen bei der Frage, wann einmalige Leistungen möglich sind. Die Steuerung erfolgt durch Verwaltungsanweisungen und fallbezogene Steuerung. Eine Beeinflussung, Steuerung der Höhe der Unterkunftskosten ist im Wesentlichen vom Angebot preiswerter freier Wohnungen und der Entwicklung der Heizkosten abhängig. Steuerungsmittel sind hier die Regelungen zu den angemessenen Kosten (Verwaltungsanweisung) und fallbezogene Steuerungen. Vor dem Hintergrund der vorstehenden Aussagen sind für das Jahr 2011 keine quantitativen Steuerungsziele gesetzt.	
Auftragsgrundlage:	
SGB XII	
Zuzuordnende Kapitel:	
0408; 3412; 3413; 3473; 3496	

A. KAMERALE FINANZDATEN (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	11.469	10.511	9.718	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	11.469	10.511	9.718	
Personalausgaben	4.958	4.352	5.001	
Sonst. konsumtive Ausgaben	55.938	55.225	49.811	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	60.896	59.577	54.812	
Saldo	-49.427	-49.066	-45.094	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	18,83	17,64	17,73	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	106,1	96,4	96,9	
Personalbestand	103,7	107,7	109,7	
=> Netto-Personalbedarf	2,4	- 11,3	- 12,8	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	5,3	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	22,3	
Frauenquote	50,0	50,0	69,2	
Teilzeitquote	35,0	35,0	30,9	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,5	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anz. Pers. HLU+GSi, Kap. 3+4 SGB XII	[PRS]	10.200,000	9.849,000	9.258,000	
darunter Kap. 3 HLU (a.v.E.)	[PRS]	1.560,000	1.404,000	1.337,000	
darunter Kap. 4 GSi (a.v.E.)	[PRS]	8.640,000	8.445,000	7.922,000	

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamernale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	8.873	2.596
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	8.873	2.596
Personalausgaben	0	4.958
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.707	54.231
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	1.707	59.189
Saldo	7.166	-56.593
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	106,1
Personalbestand	0,0	103,7
=> Netto-Personalbedarf	0,0	2,4
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011
Anz. Pers. HLU+GSi, Kap. 3+4 SGB XII [PRS]		10.200,000
darunter Kap. 3 HLU (a.v.E.) [PRS]		1.560,000
darunter Kap. 4 GSi (a.v.E.) [PRS]		8.640,000

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 41.05.04

Verantwortlich: Janzer-Bertzbach

Komm.Leist. zur Existenzsich.nach SGB II

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.05

Verantwortlich: Dr. Bronke

Leist. z. Existenzsich. n. SGB XII u. II

Produktplan: 41

Verantwortlich: Sen. Rosenkötter

Jugend und Soziales

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Kommunale Leistungen zur Existenzsicherung nach SGB II für Unterkunft und Heizung, einmalige Bedarfe, flankierende Maßnahmen. Leistungsberechtigt sind Personen, die erwerbsfähig im Sinne des SGB II sind.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Die Zahl der Leistungsberechtigten ist abhängig von der Arbeitsmarktsituation, also der Vermittlung der Personen in Arbeit, vorzugsweise auf dem 1. Arbeitsmarkt und von hier aus nicht zu steuern.
Globales Ziel für die Leistungsberechtigten nach SGB II ist, diese schnell und dauerhaft in Arbeit zu vermitteln, um so kommunale Ausgaben zu senken, dieses meint vor allem die Kosten der Unterkunft. Dabei ist denkbar, dass diesen Steuerungsprozess begleitende Maßnahmen, z.B. Kinderbetreuung verstärkt eingesetzt werden müssen und es hier zu entsprechenden Ausgabenerhöhungen kommen kann. Es ist auch kommunales Ziel, die durchschnittlichen Ausgaben für die Kosten der Unterkunft mittelfristig auch für Leistungsbezieher/-innen moderat zu senken.

Auftragsgrundlage:

SGB II, SGB XII

Zuzuordnende Kapitel:

0408; 3408; 3472; 3493

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	68.342	63.873	67.137	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	16	
Gesamteinnahmen	68.342	63.873	67.153	
Personalausgaben	12.028	11.935	11.873	
Sonst. konsumtive Ausgaben	199.542	194.199	186.180	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	211.570	206.134	198.053	
Saldo	-143.228	-142.261	-130.900	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	32,30	30,99	33,91	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	38,7	38,4	39,8	
Personalbestand	38,3	38,3	38,7	
=> Netto-Personalbedarf	0,4	0,1	1,1	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	34,0	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	12,7	
Frauenquote	50,0	50,0	67,5	
Teilzeitquote	35,0	35,0	24,5	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,2	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Die Personalausgaben i.H.v. 11.935 Tsd. Euro beinhalten 10.150 Tsd. Euro Personalkostenerstattungen von der Bundesagentur für Arbeit. Es handelt sich damit um refinanziertes Personal, das nicht in der Beschäftigungszielzahl und dem Personalbestand ausgewiesen wird.

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
durchschn. anerk. KdU Fall/Monat SGB II	[EUR]	351,50	357,00	360,00	
Zahl der Leistungsfälle nach SGB II	[ST]	41.066,000	37.929,000	38.079,000	
Zahl d. Leistungsempf/-innen nach SGBII	[PRS]	75.972,000	72.409,000	70.736,000	
Zahl d. Leistungsempf.innen nach SGBII w	[PRS]	37.849,000	36.349,000	35.494,000	
Zahl d. Leistungsempfänger nach SGBII m	[PRS]	38.123,000	36.060,000	35.242,000	
Anteil Leist.empf (w) an LE gesamt SGBII	[%]	49,82	50,20	50,18	
Anteil Leist.empf (m) an LE gesamt SGBII	[%]	50,18	49,80	49,82	
durchschn. anerkannte KdU LE/Monat SGBII	[EUR]	190,00	187,00	194,00	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	53.838	14.504
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	53.838	14.504
Personalausgaben	0	12.028
Sonst. konsumtive Ausgaben	10.606	188.936
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	10.606	200.964
Saldo	43.232	-186.460
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	38,7
Personalbestand	0,0	38,3
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,4
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011
Zahl d. Leistungsempf/-innen nach SGBII [PRS]		75.972,000
durchschn. anerkannte KdU LE/Monat SGBII [EUR]		190,00
Zahl der Leistungsfälle nach SGB II [ST]		41.066,000
Zahl d. Leistungsempf.innen nach SGBII w [PRS]		37.849,000
Zahl d. Leistungsempfänger nach SGBII m [PRS]		38.123,000
Anteil Leist.empf (w) an LE gesamt SGBII [%]		49,82
Anteil Leist.empf (m) an LE gesamt SGBII [%]		50,18
durchschn.anerk. KdU Fall/Monat SGB II [EUR]		351,50

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Finanzierung der Krankenhilfeleistungen für nichtkrankenversicherte Sozialhilfebezieher/innen und der Eingliederungshilfeleistungen für Minderjährige und Betreuungs- und Unterstützungsleistungen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten, sowie andere Einzelfallhilfen in besonderen Lebenslagen. Trotz weitestgehender Versicherungspflicht wurden in vielen Fällen Sozialhilfebezieher nicht in die Krankenversicherung aufgenommen.

Der Leistungsbereich umfasst eine Vielzahl verschiedenartiger Einzelfallhilfen, die teilweise in Ergänzung anderer Hilfen nach SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung nach Kap. 3 und 4) oder nach SGB VIII (Kindertagesstätten) erbracht werden.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- Überprüfung der Vergleichbarkeit der Krankenbehandlungskosten zwischen den Krankenkassen im Lande Bremen und konsequente Realisierung vorrangiger Ansprüche nach dem SGB V (Krankenversicherung)
- Verbesserung der Transparenz der Leistungsdaten für die Eingliederungshilfeleistungen und die Leistungen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten und Überprüfung der Vergleichbarkeit der Hilfen in Bremen und Bremerhaven

Langfristige Perspektiven:

Überprüfung der Vergleichbarkeit der Leistungen im Rahmen des Benchmarking der Großstädte bzw. der Stadtstaaten.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	2.747	2.613	7.458	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	2.747	2.613	7.458	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	35.787	37.216	33.875	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	35.787	37.216	33.875	
Saldo	-33.040	-34.603	-26.417	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	7,68	7,02	22,02	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	0,0	0,0		
Beschäftigte unter 35 Jahre	0,0	0,0		
Beschäftigte über 55 Jahre	0,0	0,0		
Frauenquote	0,0	0,0		
Teilzeitquote	0,0	0,0		
Schwerbehindertenquote	0,0	0,0		
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anz. ber. Personen Stadt/Land Bremen	[PRS]	1.702,000	1.736,000	1.824,000	
Plätze gem. § 67 SGB XII Stadt/Land HB	[ST]	279,000	259,000	234,000	
amb/stat Fälle § 68 u. HLU Land Bremen	[ST]	0,000	279,000		

B. Erläuterungen zu 2.

Produktgruppe: 41.06.01		Verantwortlich: Wichert
Hilfen zur Gesundheit		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.06		Verantwortlich: Dr. Bronke
Hilfe bei Krankheit u.a.bes. Lebenslagen		
Produktplan: 41		Verantwortlich: Sen. Rosenkötter
Jugend und Soziales		
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:		
Leistungen der Hilfen zur Gesundheit gem. §§ 47 ff SGB XII (V. Kapitel des SGB XII) in Verbindung mit den Leistungen der Krankenkassen gem. § 264 Abs. 2 bis 7 SGB V für den Personenkreis der bisher nicht krankenversicherten Leistungsberechtigten. Mit Inkrafttreten des GKV-WSG besteht seit dem 01.04.2007 grundsätzlich eine vorrangige Versicherungspflicht für nicht krankenversicherte Personen. Die Zahl der Leistungsberechtigten nach dem V. Kapitel des SGB XII hat sich durch Einführung des SGB II 2005 deutlich verringert, da bei einem Bezug von ALG II nach dem SGB II auch Krankenversicherungsschutz nach dem SGB V (Pflichtmitgliedschaft) besteht. Leistungsberechtigt nach dem V. Kapitel des SGB XII sind vor allem erwerbsunfähige Personen und ältere Menschen. Die durchschnittlichen Behandlungskosten dieser Berechtigten liegen naturgemäß deutlich höher als die der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Unter Berücksichtigung der Versicherungspflicht ab dem 01.04.2007 ist zwar langfristig mit einem weiteren Rückgang der anspruchsberechtigten Personen zu rechnen. Trotz der Versicherungspflicht haben allerdings vereinzelt auch immer wieder Neuantragssteller Ansprüche auf Leistungen nach §§ 47 ff SGB XII, teilweise in Verbindung mit § 264 Abs. 2 bis 7 SGB V.		
Auftrag/Ziele/Perspektiven:		
Leistungen gem. §§ 47 ff SGB XII und gem. § 48 SGB XII in Verbindung mit § 264 Abs. 2 bis 7 SGB V erhalten Personen in und außerhalb von Einrichtungen, - die nicht krankenversichert sind, - über kein ausreichendes Einkommen und Vermögen verfügen. Mit wenigen Ausnahmen erfolgt eine Betreuung der Leistungsberechtigten durch die Gesetzlichen Krankenkassen. Nur ausnahmsweise werden unter Beachtung enger Kriterien Leistungen der Hilfen zur Gesundheit gem. §§ 47 ff SGB XII direkt durch die Sozialhilfeträger erbracht. Diese Leistungen haben den Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung zu entsprechen. Die Krankenkassen rechnen die Leistungen der Krankenbehandlung gem. § 264 Abs. 7 SGB V pro Quartal mit den Sozialhilfeträgern ab. Verwaltungskosten werden in Höhe von bis zu 5 % der Leistungsaufwendungen gezahlt. Die Zahl der berechtigten Personen lässt sich nur eingeschränkt steuern. Im Zusammenhang mit den Leistungen des III. und IV. Kapitels des SGB XII geht es grundsätzlich um eine sachgerechte Entscheidung über die Erwerbsfähigkeit, da beim Bezug von ALG II ein Krankenversicherungsverhältnis entsteht. Bei fehlender Erwerbsfähigkeit sind vor Bewilligung der Leistungen der Hilfen zur Gesundheit stets die Möglichkeiten einer Pflichtversicherung, eines Familienversicherungsschutzes bzw. einer freiwilligen Krankenversicherung zu prüfen.		
Auftragsgrundlage:		
Kap.5 §§ 47-52 SGB XII und § 264 SGB V (Gesundheitsmodernisierungsgesetz)		
Zuzuordnende Kapitel:		
0410; 3412; 3418		

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009				
Anz. Betr. Krankenhilfeber. Stadt HB	[PRS]	1.644,000	1.677,000	1.757,000				
Anz. Betr. Krankenhilfeber. Bremerh.stat	[PRS]	58,000	59,000	67,000				
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009				
C. Vergleichskennzahlen		Bremen	Hamburg	Berlin	Dortmund	Köln	Frankfurt	Hannover
Dichte Krankenhilfe								
Anzahl / 1000 Einwohner 2007	4,1	n.V.	2,7	3,6	n.V.	7,4	6,7	
Anzahl / 1000 Einwohner 2008	3,9	n.V.	n.V.	3,5	n.V.	6,6	6,6	
Anzahl / 1000 Einwohner 2009	3,7	n.V.	n.V.	3,4	n.V.	n.V.	6,2	
Ausgaben je LE / Jahr		6,543	n.V.	9.680	6.980	n.V.	5.173	6.793
Ø Ausgaben pro LE 2007	5,805	n.V.	n.V.	9.363	n.V.	5.956	7.605	
Ø Ausgaben pro LE 2007	7,100	n.V.	n.V.	7.166	n.V.	n.V.	7.258	
Ø Ausgaben pro LE 2007								
D. Erläuterungen zu 3. A-C								
Frankfurt= Frankfurt am Main								
Datenquelle:Kennzahlenvergleich der großen Großstädte für das Jahr 2007, Datensettings SGB XII								
Dichte Hilfe zur Gesundheit:								
Anteil der Leistungsempfänger/-innen nach dem 5. Kapitel des SGB XII (Anzahl pro 1.000 Einwohner) am 31.12.2007 mit Hauptwohnsitz am 31.12.2007 lt. Einwohnerdatei).								
Gesamtausgaben pro Leistungsempfänger:								
Gesamtausgaben pro Leistungsempfänger/in Hilfen zur Gesundheit am 31.12.2007.								

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamernale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	0	22
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	0	22
Personalausgaben	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	432	13.189
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	432	13.189
Saldo	-432	-13.167
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011
Anz. Betr. Krankenhilfeber. Stadt HB [PRS]		1.644,000
Anz. Betr. Krankenhilfeber. Bremerh.stat [PRS]		58,000

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 41.06.02		Verantwortlich: Wichert
Hilfe bei anderen besonderen Lebenslagen		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.06		Verantwortlich: Dr. Bronke
Hilfe bei Krankheit u.a.bes. Lebenslagen		
Produktplan: 41		Verantwortlich: Sen. Rosenkötter
Jugend und Soziales		
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:		
Andere besondere Lebenslagen umfassen insbesondere Eingliederungshilfeleistungen für behinderte Minderjährige, Leistungen für Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten in Bremen und Bremerhaven, Kostenerstattungen für Schwangerschaftsabbrüche für bedürftige Frauen an die Krankenkassen, Kostenerstattungen an andere Sozialhilfeträger sowie weitere Einzelleistungen nach SGB XII bzw. auf der Basis anderer Rechtsgrundlagen.		
Auftrag/Ziele/Perspektiven:		
Ein Teil der geleisteten Hilfen wird gewährt: 1.für erheblich geistig, körperlich und mehrfachbehinderte Kinder und Jugendliche in stationären Einrichtungen, als teilstationäre (Assistenz-) Maßnahmen in Kindertageseinrichtungen zur Sicherstellung der Integration und als ambulante Eingliederungshilfe/heilpädagogische Leistungen in Familien. Vorrangig werden die Leistungen als ambulante und teilstationäre Maßnahmen erbracht. 2.für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten, die aufgrund ihrer instabilen Lebenslage (Straffälligkeit, Wohnungslosigkeit, Suchtverhalten, Erwerbsunfähigkeit) in Verbindung mit sozialer Ausgrenzung und persönlichen Hemmnissen zur Überwindung dieser Notlage besondere Betreuungs- und Unterstützungsleistungen benötigen. Sie werden vorrangig als ambulante Hilfe erbracht, aber auch als langfristige stationäre Maßnahme in Wohnheimen, soweit ein Wechsel in das System SGB II (Alg II) nicht möglich ist. Zu 1: Es handelt sich um mit individuellen Rechtsansprüchen hinterlegte Leistungen der Eingliederungshilfe nach SGB XII, die innerhalb des rechtlichen Rahmens sowie auf Grundlage gutachterlich festgestellter Hilfebedarfe nach Art und Umfang nicht bzw. nur eng begrenzt steuerbar sind. Im Rahmen der fallbezogenen örtlichen Hilfesamtplanung soll die Zielsetzung der individuellen Leistungsauswahl nach dem Kriterium ambulant/teilstationär vor stationär weiter verfolgt werden. Im Rahmen der zielgruppenspezifisch noch auszubauenden leistungsbezogenen Fall- und Finanzdokumentation ist mittelfristig eine Darstellung weiterer Leistungs- und Vergleichskennzahlen vorgesehen. Zu 2: Auch für diese Hilfen nach Kap. 8 SGB XII werden die Steuerungsmaßnahmen hinsichtlich der Auswahl der individuell geeigneten Leistungen (ambulant/teilstationär/stationär) weiter entwickelt u. d. Darstellung der Leistungs- u. Vergleichszahlen verbessert. Für die übrigen Hilfen liegen ebenfalls rechtlich festgelegte Einzelhilfeansprüche oder sonstige Pflichtleistungen vor, die im wesentlichen nicht steuerbar sind.		
Auftragsgrundlage:		
Kap. 6, Kap. 8, Kap. 9 SGB XII		
Zuzuordnende Kapitel:		
0401; 0408; 0410; 3408; 3412; 3413; 3418; 3473		

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	2.725	2.591	7.439	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	2.725	2.591	7.439	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	22.167	21.796	21.823	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	22.167	21.796	21.823	
Saldo	-19.442	-19.205	-14.384	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	12,29	11,89	34,09	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	0,0	0,0		
Beschäftigte über 55 Jahre	0,0	0,0		
Frauenquote	0,0	0,0		
Teilzeitquote	0,0	0,0		
Schwerbehindertenquote	0,0	0,0		
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
amb/ stat Fälle §68 u. stat HLU Stadt HB	[ST]	219,000	229,000	179,000	
stat. Plätze gem. § 67 SGB XII in BHV	[ST]	15,000	40,000	15,000	
Einglh. stationär Kinder Brhv.	[PRS]	1,540	1,540	1,532	
Einglh. stationär Kinder HB Stadt	[PRS]	0,830	0,830	0,840	
amb/ stat Fälle §68 u. stat HLU Stadt HB	[ST]	0,000	0,000	0,000	
amb. Plätze Stadt HB § 67 SGB XII	[ST]	0,000	0,000	66,000	
Stat. Plätze gem. § 67 SGB XII in HB	[ST]	158,000	219,000	153,000	
amb/stat Fälle § 68 Stadt Brhv	[ST]	50,000	50,000		
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kameraler Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	0	2.725
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	0	2.725
Personalausgaben	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	7.095	15.071
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	7.095	15.071
Saldo	-7.095	-12.346
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011
stat. Plätze gem. § 67 SGB XII in BHV [ST]		15,000
Einglh. stationär Kinder Brhv. [PRS]		1,540
Einglh. stationär Kinder HB Stadt [PRS]		0,830
Stat. Plätze gem. § 67 SGB XII in HB [ST]		158,000
amb/stat Fälle § 68 Stadt Brhv [ST]	50,000	

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktbereich: 41.07

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Hilfen f. Sucht-, Drogen-, psych. Kranke

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Leistungen für psychisch Kranke, Sucht- und Drogenkranke sowie Leistungen für Patientinnen und Patienten des Maßregelvollzuges.
Erstattung der Eingliederungshilfekosten für die o.g. Zielgruppen durch den überörtlichen Kostenträger an Bremerhaven

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Aufrechterhaltung eines Systems zur Beratung und Unterstützung für Sucht- und Drogenkranke sowie psychisch Kranke zum Zwecke der gesundheitlichen und sozialen Stabilisierung und Integration.
Weitere Vernetzung der ambulanten, teilstationären und stationären Angebote.
Schaffung von Beschäftigungs- und Arbeitsmöglichkeiten.

Langfristige Perspektiven:

Lt. Suchthilfeplan Zusammenführung der bisher unterschiedlichen Systeme der illegalen und legalen Suchtberatung zur Optimierung der bisherigen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen. Integration der verschiedenen Unterstützungssysteme für psychisch Kranke im ambulanten, stationären und rehabilitativen Bereich. Stärkung der Früherkennung und Frühintervention für Sucht- und Drogenkranke.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	1.180	1.180	22	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	1.180	1.180	22	
Personalausgaben	752	730	689	
Sonst. konsumtive Ausgaben	62.106	60.379	57.319	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	62.858	61.109	58.008	
Saldo	-61.678	-59.929	-57.986	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	1,88	1,93	0,04	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	13,6	13,6	12,6	
Personalbestand	8,7	11,7	11,9	
=> Netto-Personalbedarf	4,9	1,9	0,7	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	0,0	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	45,3	
Frauenquote	50,0	50,0	46,9	
Teilzeitquote	35,0	35,0	46,4	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,2	

C. Erläuterungen zu 1. A-B

B. Erläuterungen zu 2.

Produktgruppe: 41.07.01

Verantwortlich: N.N.

Leistungen für Sucht- und Drogenkranke

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.07

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Hilfen f. Sucht-, Drogen-, psych. Kranke

Produktplan: 41

Verantwortlich: Sen. Rosenkötter

Jugend und Soziales

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Das Angebot für Drogenkranke erfolgt durch das Kontakt- und Beratungszentrum für Drogenkranke - Grundversorgungszentrum mit niedrigschwelligen Angeboten: Essensausgabe, Spritzentausch, Kleiderkammer und med. Grundversorgung incl. Substitutionsprogramme (EMP) durch den Träger (comeback gGmbH) und die Drogenberatungszentren Mitte und Nord (Träger: Ambulante Drogenhilfe gGmbH). Das vorgenannte Leistungspaket wird in der Produktgruppe 51.01.04 kontrollt. In dieser Produktgruppe wird nur das an die Träger überlassene Personal des Amtes für Soziale Dienste erfasst.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Übergeordnete Ziele der Hilfen sind:

- die Befähigung zu einem selbst- und sozialverträglichen Konsum, ggf. zu einer abstinenten Lebensform herstellen
- die Erhaltung der körperlichen und psychischen Gesundheit sowie der sozialen Integration.

Auftragsgrundlage:

SGB II, SGB XII, ÖGDG, PsychKG, Senats- und Deputationsbeschlüsse

Zuzuordnende Kapitel:

3496

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	752	730	689	
Sonst. konsumtive Ausgaben	0	0	0	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	752	730	689	
Saldo	-752	-730	-689	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	13,6	13,6	12,6	
Personalbestand	8,7	11,7	11,9	
=> Netto-Personalbedarf	4,9	1,9	0,7	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	0,0	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	45,3	
Frauenquote	50,0	50,0	46,9	
Teilzeitquote	35,0	35,0	46,4	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,2	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				
Die Drogenberatungsstellen und das Kontakt- und Beratungszentrum TIVOLI waren bis Ende 2004 in kommunaler Trägerschaft des AfSD und wurden zum 1.1.2005 an die freigemeinnützigen Träger 'Ambulante Drogenhilfe Bremen gGmbH' und 'comeback gGmbH' abgegeben. Seit 2005 wird hier nur noch das Personal geführt, dass im Rahmen der Personalüberlassung vom AfSD an die Träger ' Ambulante Drogenhilfe Bremen gGmbH' und 'comeback gGmbH' übertragen wurde. Da freiwerdende Stellen in Zuwendungsmittel umgewandelt werden, wird sich der kommunale Personalbestand schrittweise reduzieren.				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Produktgruppe: 41.07.02		Verantwortlich: N.N.
Sozialpsychiatrische Leistungen		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.07	Verantwortlich: Dr. Gruhl
Hilfen f. Sucht-, Drogen-, psych. Kranke	
Produktplan: 41	Verantwortlich: Sen. Rosenkötter
Jugend und Soziales	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Sozialhilfeleistungen in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven für psychisch kranke, sucht- und drogenkranke Erwachsene, die aufgrund der Schwere ihrer Erkrankung auf besondere Hilfen und Leistungen angewiesen sind. Zu den Leistungen zählen: Ambulante und stationäre Förder- und Unterstützungshilfen in den Bereichen Selbstversorgung und Wohnen, zur Tagesstrukturierung und Kontaktgestaltung, bei der Inanspruchnahme sozialer und med. Hilfen und im Bereich Beschäftigung/Arbeit/Ausbildung. Die PG umfasst folgende zielgruppenspezifischen Leistungen: Betreutes Wohnen für Psychisch Kranke, Wohnheime in Bremen für Psychisch Kranke, Wohnheime außerhalb Bremens für Psychisch Kranke, Tagesstätten ,Familienpflege, Nichtbehandlungs- fälle/Pflegefälle in Klinik, Beschäftigte in einer Werkstatt für Behinderte(WfBM),Sonstige teilstationäre Hilfen zu Arbeit und Beschäftigung (WeBeSo). Siehe weitere unter "Auftrag/ Ziele/ Perspektiven".	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Fortsetzung: Betreutes Wohnen für Suchtkranke, Wohnheime in Bremen für Suchtkranke, Wohnheime außerhalb Bremens für Suchtkranke, Übergangswohnheime für Suchtkranke, Betreutes Wohnen für Drogenkranke, Wohnheime außerhalb Bremens für Drogenkranke. Übergeordnete Ziele der Hilfen sind: · zu einer weitgehend selbständigen Lebensführung und zur Teilhabe am Leben in der Gesellschaft einschließlich der Teilhabe an Arbeit und Beschäftigung zu befähigen · die behinderungsbedingten Beeinträchtigungen und deren Folgen zu überwinden bzw. zu mildern Bei der Planung und Umsetzung der Hilfen gelten folgende Leitlinien: - ambulant vor stationär - eine möglichst gemeindenahе Versorgung - personenzentrierte Gestaltung der Hilfen und Leistungen - Weiterentwicklung der Kooperations- und Koordinationsbezüge - eine fortlaufende Qualitätsentwicklung der Hilfen	
Auftragsgrundlage:	
SGB II, III, V, VIII, IX, und XII, ÖGDG, BtMG, PsychKG, Senats- und Deputationsbeschlüsse, Drogen- und Suchthilfepläne	
Zuzuordnende Kapitel:	
0410; 3412; 3413; 3418; 3419; 3420; 3473	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	1.150	1.150	1	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	1.150	1.150	1	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	45.559	44.109	42.503	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	45.559	44.109	42.503	
Saldo	-44.409	-42.959	-42.502	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	2,52	2,61	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Fallzahl Forensik Klinikum Bremen-Ost	[PRS]	0,000	118,000		
Beschäft in einer Werkst f beh. Menschen	[PRS]	380,000	370,000	366,000	
Bremer in Wohnh. f. Suchtkranke außerh.	[ST]	37,000	30,000	32,000	
Bremer in Wohnh. f. Drogenkranke außerh.	[ST]	75,000	60,000	59,000	
Betreutes Wohnen für Drogenkranke	[ST]	150,000	150,000	145,000	
Betreutes Wohnen suchtkranke Menschen	[ST]	102,000	90,000	90,000	
Wohnheime für suchtkranke Menschen	[ST]	85,000	70,000	73,000	
Wohnheime für psychisch kranke Menschen	[ST]	200,000	197,000	197,000	
Betreutes Wohnen für Psychisch Kranke	[ST]	640,000	600,000	568,000	
Bremer in Wohnheimen außerhalb	[ST]	90,000	80,000	91,000	
Nichtbehandlungsfälle	[ST]	8,000	10,000	10,000	
Familienpflege	[ST]	14,000	10,000	10,000	
Übergangswohnheime	[ST]	50,000	45,000	46,000	
Sonst. teilst. HzA und Besch. (WeBeSo)	[ST]	80,000	80,000	80,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	0	1.150
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	0	1.150
Personalausgaben	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	8.967	36.592
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	8.967	36.592
Saldo	-8.967	-35.442
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011
Beschäft in einer Werkst f beh. Menschen [PRS]		380,000
Betreutes Wohnen für Psychisch Kranke [ST]		640,000
Bremer in Wohnh. f. Suchtkranke außerh. [ST]		37,000
Bremer in Wohnh. f. Drogenkranke außerh. [ST]		75,000
Betreutes Wohnen für Drogenkranke [ST]		150,000
Betreutes Wohnen suchtkranke Menschen [ST]		102,000
Wohnheime für suchtkranke Menschen [ST]		85,000
Wohnheime für psychisch kranke Menschen [ST]		200,000
Bremer in Wohnheimen außerhalb [ST]		90,000
Nichtbehandlungsfälle [ST]		8,000
Familienpflege [ST]		14,000
Übergangswohnheime [ST]		50,000
Sonst. teilst. HzA und Besch. (WeBeSo) [ST]		80,000

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 41.07.03	Verantwortlich: Stroth
Kosten des Maßregelvollzuges	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.07	Verantwortlich: Dr. Gruhl
Hilfen f. Sucht-, Drogen-, psych. Kranke	
Produktplan: 41	Verantwortlich: Sen. Rosenkötter
Jugend und Soziales	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Leistungen für Patientinnen und Patienten des Maßregelvollzuges	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Stationäre und komplementäre Versorgung von Patientinnen und Patienten im Maßregelvollzuges nach §§ 63, 64 StGB. Stärkung und Ausbau der Forensischen Nachsorge zur Stabilisierung und zur Vermeidung von Rückfällen von Patientinnen und Patienten des Maßregelvollzuges nach Entlassung aus dem stationären Bereich.	
Auftragsgrundlage:	
SGB II, III, V, VIII, IX, und XII, StGB, BtMG, PsychKG, BrAG SGB XII, Senats- und Deputationsbeschlüsse	
Zuzuordnende Kapitel:	
0408; 0410	

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	30	30	21	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	30	30	21	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	16.547	16.270	14.816	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	16.547	16.270	14.816	
Saldo	-16.517	-16.240	-14.795	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,18	0,18	0,14	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Fallzahl Forensik Klinikum Bremen-Ost	[PRS]	123,000	118,000	122,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Produktbereich: 41.90

Verantwortlich: Härtl

Sonstiges Jugend und Soziales

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

- Zusammenfassung der zentralen Produktgruppen 41.90.01-04 des Produktplans Jugend und Soziales.
- Steuerungsunterstützung für die Ressortleitungen und zentrale Dienstleistungen für die senatorische Behörde, einschließlich der Produktpläne Arbeit und Gesundheit.
- Steuerung und Koordination der zugeordneten Produktgruppen.
- Aufsicht über die zugeordneten Dienststellen und Eigenbetriebe.
- Steuerungs- und Regieaufgaben des Amtes für Soziale Dienste.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Langfristige Perspektiven:

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	495	533	364	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	401	
Gesamteinnahmen	495	533	765	
Personalausgaben	18.388	16.886	20.819	
Sonst. konsumtive Ausgaben	9.390	7.860	8.189	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	649	428	572	
Verrechnungen/Erstattungen	167	167	1.732	
Gesamtausgaben	28.594	25.341	31.312	
Saldo	-28.099	-24.808	-30.547	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	1,73	2,10	2,44	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	296,6	281,9	301,2	
Personalbestand	321,8	350,7	545,4	
=> Netto-Personalbedarf	- 25,3	- 68,8	- 244,2	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	5,2	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	33,7	
Frauenquote	50,0	50,0	62,7	
Teilzeitquote	35,0	35,0	29,0	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	11,7	
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Erläuterungen zu 2.				

Produktgruppe: 41.90.01		Verantwortlich: Härtl
Sen. Angelegenheiten - Zentrale Dienste		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.90	Verantwortlich: Härtl
Sonstiges Jugend und Soziales	
Produktplan: 41	Verantwortlich: Sen. Rosenkötter
Jugend und Soziales	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Steuerungsunterstützung für die Ressortleitung und zentrale Dienstleistungen für die senatorische Behörde, einschließlich der Produktpläne Arbeit und Gesundheit.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Auftragsgrundlage:	
Geschäftsverteilung der senatorischen Behörde.	
Zuzuordnende Kapitel:	
0400; 0401; 3400; 3401	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	241	239	215	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	3.882	3.882	4.367	
Gesamteinnahmen	4.123	4.121	4.582	
Personalausgaben	7.626	6.108	6.702	
Sonst. konsumtive Ausgaben	3.140	2.576	2.437	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	420	187	228	
Verrechnungen/Erstattungen	167	167	744	
Gesamtausgaben	11.353	9.038	10.111	
Saldo	-7.230	-4.917	-5.529	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	36,32	45,60	45,32	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	110,8	77,1	84,5	
Personalbestand	137,6	97,0	99,3	
=> Netto-Personalbedarf	- 26,9	- 19,9	- 14,9	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	4,9	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	34,7	
Frauenquote	50,0	50,0	56,6	
Teilzeitquote	35,0	35,0	30,3	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	8,0	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamernale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	241	0
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	3.882	0
Gesamteinnahmen	4.123	0
Personalausgaben	6.931	695
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.875	265
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	420	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	167
Gesamtausgaben	10.226	1.127
Saldo	-6.103	-1.127
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	110,8	0,0
Personalbestand	137,6	0,0
=> Netto-Personalbedarf	- 26,9	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Verantwortlich: Dr. Rose

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

Verantwortlich: Härtl

Verantwortlich: Sen. Rosenkötter

0400; 0401; 0402; 3408

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	41	17	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	41	17	
Personalausgaben	2.306	1.028	1.618	
Sonst. konsumtive Ausgaben	508	508	511	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	2.814	1.536	2.129	
Saldo	-2.814	-1.495	-2.112	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	2,67	0,80	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	35,2	15,4	14,6	
Personalbestand	34,0	23,0	23,7	
=> Netto-Personalbedarf	1,2	- 7,6	- 9,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	6,2	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	41,7	
Frauenquote	50,0	50,0	65,8	
Teilzeitquote	35,0	35,0	38,6	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	2,2	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	0	0
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	0	0
Personalausgaben	2.306	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	199	309
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	2.505	309
Saldo	-2.505	-309
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	35,2	0,0
Personalbestand	34,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	1,2	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Verantwortlich: Dr. Bronke

Land und Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Verantwortlich: Härtl

Verantwortlich: Sen. Rosenkötter

- Steuerung und Koordination der zugeordneten Produktgruppen
- Aufsicht über die zugeordneten Dienststellen und Eigenbetriebe

Geschäftsverteilungen des Senats und der senatorischen Behörde.

0400; 3401

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	55	54	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	55	54	0	
Personalausgaben	3.417	2.238	3.107	
Sonst. konsumtive Ausgaben	12	0	0	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	3.429	2.238	3.107	
Saldo	-3.374	-2.184	-3.107	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	1,60	2,41	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	52,9	37,8	39,6	
Personalbestand	57,2	49,5	51,5	
=> Netto-Personalbedarf	- 4,3	- 11,7	- 11,9	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	1,1	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	44,7	
Frauenquote	50,0	50,0	66,8	
Teilzeitquote	35,0	35,0	26,1	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	10,2	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamernale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	55	0
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	55	0
Personalausgaben	3.417	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	12	0
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	3.429	0
Saldo	-3.374	0
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	52,9	0,0
Personalbestand	57,2	0,0
=> Netto-Personalbedarf	- 4,3	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 41.90.04	Verantwortlich: Dr. Marquard
Amt f. Soziale Dienste/Zentrale Steuerung	
Stadtgemeinde	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.90 Sonstiges Jugend und Soziales	Verantwortlich: Härtl
Produktplan: 41 Jugend und Soziales	Verantwortlich: Sen. Rosenkötter
Kurzbeschreibung der Produktgruppe: Zusammenfassung der Steuerungs- und Regieaufgaben des Amtes für Soziale Dienste	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Auftragsgrundlage: Geschäftsverteilung des Amtes für Soziale Dienste	
Zuzuordnende Kapitel: 3400; 3490; 3496	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	199	199	132	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	336	
Gesamteinnahmen	199	199	468	
Personalausgaben	5.038	7.512	9.393	
Sonst. konsumtive Ausgaben	5.730	4.776	5.241	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	229	241	344	
Verrechnungen/Erstattungen	3.882	3.882	5.291	
Gesamtausgaben	14.879	16.411	20.269	
Saldo	-14.680	-16.212	-19.801	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	1,34	1,21	2,31	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	97,6	151,6	162,5	
Personalbestand	94,1	181,2	185,5	
=> Netto-Personalbedarf	3,6	- 29,6	- 22,9	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	6,3	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	29,0	
Frauenquote	50,0	50,0	64,3	
Teilzeitquote	35,0	35,0	27,6	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	15,2	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

51.01 Gesundheitsförderung, -schutz und -hilfe

- 51.01.01 Gesundheitsförderung, -hilfe u. -schutz
- 51.01.02 Gesundheitsamt Bremen
- 51.01.03 Hafengesundheitsamt Bremerhaven/Bremen
- 51.01.04 Ambulante Drogen- und Suchtkrankenhilfe
- 51.01.06

51.02 Veterinärwesen, Lebensmittelsicherheit

- 51.02.01 LMTVet-Dienste des Landes Bremen
- 51.02.02 Landesuntersuchungsamt (LUA)

51.03 Sicherstellung der Krankenhausversorgung

- 51.03.01 Krankenhausplanung, Investitionsförd.

51.04 Arbeitsschutz, Sicherheit, Eichwesen

- 51.04.01 Fachdienste für Arbeitsschutz
- 51.04.02 Gewerbeaufsicht des Landes Bremen
- 51.04.03 Landeseichdirektion Bremen

51.90 Sonstiges Gesundheit

- 51.90.01 Senatorische Angelegenheiten Gesundheit

Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:¹

Ziel der bremischen Gesundheits- und Verbraucherschutzpolitik ist die Bewahrung und Förderung der gesundheitlichen Integrität der Bürgerinnen und Bürger.

Dafür sollen im Gesundheitswesen solidarisch finanzierte, qualitätsgesicherte und effiziente Gesundheitsdienstleistungen im notwendigen Maße erbracht werden, wobei der Zusammenhang zwischen der sozialen Lage und dem gesundheitlichen Wohlergehen besonders beachtet werden soll.

Das Gesundheitswesen im Lande Bremen soll dabei nicht nur für eine qualitativ hochstehende Versorgung der Bevölkerung sorgen, es soll auch einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigung und zur Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes leisten.

Der öffentliche Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz unterstützt das Ziel sicherer Arbeitsbedingungen und guter Produkte und Dienstleistungen.

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:

Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der Krankenhäuser auch im Rahmen der neuen Struktur der städtischen Kliniken durch Konzentration von Disziplinen, durch Erschließung hausübergreifender Rationalisierungspotentiale sowie Erweiterung des Leistungsspektrums durch die Integration nicht stationärer Leistungen. Konkretisierung der notwendigen Krankenhausinvestitionen für Bremen und Bremerhaven auch im Hinblick auf die neuen Vergütungsformen.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der kommunalen Krankenhäuser in Bremen zu erhöhen, werden die Möglichkeiten konsequent für verstärkte Kooperation und Expansion mit dem Ziel ausgeglichener Budgets genutzt. Die oberzentrale Funktion der Krankenhäuser mit einem hohen Versorgungsgrad auch niedersächsischer Patienten soll gesichert werden.

Zur Förderung und Sicherung des gesundheitlichen Kindeswohls werden beratende, aber auch kontrollierende Maßnahmen ausgebaut.

Die eingeleitete Reform der psychiatrischen Versorgung im ambulanten und stationären Bereich soll durch die weitere Regionalisierung der Krankenhausversorgung für alle Regionen der Stadt Bremen umgesetzt werden. In der Forensik sollen durch Differenzierung des therapeutischen Angebots die Behandlungschancen erhöht werden und zugleich der Schutz der Bevölkerung gesichert bleiben.

Die bremische Drogenpolitik wird mit ihren Säulen Prävention, gesundheitliche und soziale Hilfen, Schadensbegrenzung sowie repressive Elemente fortgesetzt.

Der staatliche Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz wird seine Kontroll- und Überwachungstätigkeit an dem Risikoprofil der einzelnen Betriebe ausrichten und den Auf- und Ausbau von betriebseigenen Qualitätsmanagement-Systemen und Arbeitsschutzstrategien dabei berücksichtigen.

Die Kooperation zwischen Lebensmittelüberwachung und Lebensmittelindustrie soll durch besondere Absprachen über das Qualitätsniveau Bremer und Bremerhavener Waren auch für ein überregionales Marketing genutzt werden. Die Kooperation zwischen Bremen und den norddeutschen Ländern im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes soll weiter ausgenutzt werden.

Die Leistungstransparenz im Gesundheitswesen wie auch für den Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz wird zur Verbesserung der Entscheidungskompetenz der Bürgerinnen und Bürger ausgebaut.

Um Arbeitsplätze zu sichern und neue zukunftssichere Beschäftigung in Bremen und Bremerhaven zu schaffen, wird die Gesundheitswirtschaft im Rahmen der Wirtschafts- und Innovationsförderung verstärkt unterstützt.

¹ z.B. gesetzliche Vorgaben, produktplanrelevante Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, des Senats sowie von Ausschüssen / Fachdeputationen etc.

Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	12.567	12.456	13.796	
Investive Einnahmen	0	11	10	
Verrechnungen/Erstattungen	46	46	57	
Gesamteinnahmen	12.613	12.513	13.863	
Personalausgaben	21.150	21.120	22.452	
Sonst. konsumtive Ausgaben	14.676	14.623	13.856	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	27.136	27.932	30.168	
Verrechnungen/Erstattungen	15	15	612	
Gesamtausgaben	62.977	63.690	67.088	
Saldo	-50.364	-51.177	-53.225	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	20,03	19,65	20,66	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	289,5	300,6	299,7	
Personalbestand	285,1	290,5	374,1	
=> Netto-Personalbedarf	4,4	10,1	- 74,3	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	6,3	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	29,6	
Frauenquote	50,0	50,0	60,1	
Teilzeitquote	35,0	35,0	41,1	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	7,0	
C. Erläuterungen zu A-B				

A. Strategische Leistungsziele/Kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009
Kontrollen i. d. amtl. Lebensmittelüberwachung	7.500	7.500	8.567
Planbetten im Land Bremen gesamt	5.861	5.861	5.775
B. Erläuterungen zu den Leistungsangaben Zu "Planbetten im Land Bremen gesamt" ist anzumerken, dass der Landeskrankenhausplan ab dem Jahr 2010 noch nicht existiert, weshalb zunächst in den Jahren 2010 und 2011 die Werte des Krankenhausplans 2009 eingetragen wurden.			

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Gesundheitsförderung, Gesundheitsschutz und Gesundheitshilfe durch den öffentlichen Gesundheitsdienst insbesondere das Gesundheitsamt Bremen und das Hafengesundheitsamt Bremerhaven/Bremen sowie freie Träger.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Unter Einhaltung der Budgetvorgaben

- Erfüllung der bundes- und landesrechtlich vorgeschriebenen Leistungen
- Vorhaltung eines niedrigschwelligen Angebotes für Sucht- und Drogenkranke
- Unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips besondere Förderung und Hilfen für benachteiligte Bevölkerungsgruppen organisieren.
- Stärkung des Kinderwohls in gesundheitlicher Hinsicht.

Langfristige Perspektiven:

Unter Beachtung des Subsidiaritätsgebotes:

Umbau der Leistungsverwaltung zur Steuerungsverwaltung, soweit nicht die eigene Leistungserbringung zwingend erforderlich ist.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	2.609	2.583	4.086	
Investive Einnahmen	0	11	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	2.609	2.594	4.086	
Personalausgaben	8.365	8.379	8.676	
Sonst. konsumtive Ausgaben	7.886	7.333	7.518	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	194	205	1.106	
Verrechnungen/Erstattungen	5	5	515	
Gesamtausgaben	16.450	15.922	17.815	
Saldo	-13.841	-13.328	-13.729	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	15,86	16,29	22,94	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	120,8	125,1	125,5	
Personalbestand	118,3	122,7	123,4	
=> Netto-Personalbedarf	2,5	2,4	2,1	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	9,2	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	27,6	
Frauenquote	50,0	50,0	71,4	
Teilzeitquote	35,0	35,0	52,5	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	5,3	

C. Erläuterungen zu 1. A-B

B. Erläuterungen zu 2.

Produktgruppe: 51.01.01	Verantwortlich: Dr. Gruhl
Gesundheitsförderung, -hilfe u. -schutz	
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 51.01	Verantwortlich: Dr. Gruhl
Gesundheitsförderung, -schutz und -hilfe	
Produktplan: 51	Verantwortlich: Sen. Rosenkötter
Gesundheit	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung von HIV; Entwicklung und Förderung eines frauenspezifischen Konzepts zur Gesundheitsförderung und Krankheitsbewältigung; Umsetzung des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes, des Krebsregistergesetzes und des Leichengesetzes; Gesundheitsberichterstattung; Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Umweltmedizin, Erteilung und Entzug von Approbationen, Erlaubnissen, Ermächtigungen, Anerkennungen und Zeugnissen; Überwachung von Herstellern, Betrieben und Einrichtungen; überregionale Einrichtungen im Gesundheitswesen.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Förderung gesunder Lebens- und Umweltbedingungen einschließlich Gesundheitsbildung. Sicherstellung, dass die Bevölkerung von entsprechend qualifizierten Fachkräften versorgt wird. Gewährleistung einer optimalen Arzneimittelversorgung (einschl. Medizinprodukte) der Bevölkerung.	
Auftragsgrundlage:	
Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst; Bürgerschafts-, Senats- und Deputationsbeschlüsse; Bundesärzteordnung, Zahnheilkundengesetz, Heilpraktikergesetz, Gesetz zur Ausführung der EG-Richtlinie Allgemeinmedizin, Bundesapothekerordnung, PTA-Gesetz, RöntgenVO, StrahlenschutzVO, Rettungsassistentengesetz, div. Ausbildungs- u. PrüfungsVO; TrinkwasserVO, Chemikaliengesetz, SGB V, Gewerbeordnung, Schwangeren- u. Familienhilfegesetz; Krebsregistergesetz, Gentechnik-Gesetz; Apothekengesetz, Apotheken-Betriebsordnung, Arzneimittelgesetz, Betäubungsmittelgesetz, Heilmittelwerbegesetz, Medizinproduktegesetz, EG-Richtlinien; Psychotherapeutengesetz, diverse Länderabkommen.	
Zuzuordnende Kapitel:	
0501; 3501	

A. Kämmerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	137	137	1.548	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	137	137	1.548	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.800	2.731	2.811	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	917	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	2.800	2.731	3.728	
Saldo	-2.663	-2.594	-2.180	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	4,89	5,02	41,52	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal konsumtiv investiv	0 0 0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %) (Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Persönliche Beratung zu HIV/AIDS	[ST]	400,000	400,000	598,000	
Telefonische Beratung zu HIV/AIDS	[ST]	600,000	600,000	607,000	
Betreute Menschen mit HIV/ AIDS	[ST]	30,000	30,000	97,000	
Schwangersch.-konfliktberatung (SFHG)	[ST]	2.500,000	2.500,000	2.410,000	
Telefonische Beratung zu HIV/AIDS	[ST]			239,000	
Beratung z. Familienplanung (SFHG)	[ST]	3.400,000	3.400,000	3.892,000	
Sonst. Beratungen nach dem SFHG	[ST]	3.600,000	3.600,000	3.785,000	
Berufsrechtliche Anerkennung	[ST]	550,000	550,000	627,000	
Einrichtungsbezogene Anerkennungen	[ST]	50,000	50,000	40,000	
Überw. von Apotheken, Hersteller u.a.	[ST]	75,000	75,000	64,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	137	0
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	137	0
Personalausgaben	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.768	1.032
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	1.768	1.032
Saldo	-1.631	-1.032
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011
Berufsrechtliche Anerkennung [ST]	550,000	
Einrichtungsbezogene Anerkennungen [ST]	50,000	
Überw. von Apotheken, Hersteller u.a. [ST]	75,000	
Sonst. Beratungen nach dem SFHG [ST]	3.600,000	
Beratung z. Familienplanung (SFHG) [ST]	3.400,000	
Betreute Menschen mit HIV/ AIDS [ST]		30,000
Persönliche Beratung zu HIV/AIDS [ST]		400,000
Schwangersch.-konfliktberatung (SFHG) [ST]	2.500,000	
Telefonische Beratung zu HIV/AIDS [ST]		600,000

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 51.01.02

Verantwortlich: Dr. Stümpel

Gesundheitsamt Bremen

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Produktbereich: 51.01

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Gesundheitsförderung, -schutz und -hilfe

Produktplan: 51

Verantwortlich: Sen. Rosenkötter

Gesundheit

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Wahrnehmung der insbesondere nach dem Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Lande Bremen (Gesundheitsdienstgesetz-ÖGDG) vorgegebenen Durchführungsaufgaben

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Betrachtung und Darstellung ausgewählter Daten über die Gesundheitssituation (Jahresgesundheitsbericht) sowie Beteiligung an der Gesundheitsberichterstattung; Hinwirken auf gesundheitserhaltende und -fördernde ökologische und soziale Rahmenbedingungen; gesundheitliche Aufklärung, Gesundheitsbildung und -vorsorge, Bewertung von Umwelteinflüssen; subsidiäres Angebot gesundheitlicher Hilfen; gesundheitlicher Verbraucherschutz; Hinwirken auf gesundheitlich, insbesondere hygienisch unbedenkliche Verhältnisse zur Vermeidung von Gesundheitsgefährdungen oder -schädigungen; Verhütung und Eingrenzung übertragbarer Krankheiten; Aufsicht über Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens; Erstellen von amtlichen Bescheinigungen, Zeugnissen und amtlichen Gutachten; Bewertung gesundheitlicher Fragestellungen bei öffentlichen Planungen und Maßnahmen; Stärkung des Kindeswohls in gesundheitlicher Hinsicht.

Auftragsgrundlage:

Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Lande Bremen (Gesundheitsdienstgesetz-ÖGDG) und weitere Landes- und Bundesgesetze und -verordnungen sowie die Bestimmungen der Europäischen Union

Zuzuordnende Kapitel:

3510

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)		Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen		2.205	2.181	2.222	
Investive Einnahmen		0	11	0	
Verrechnungen/Erstattungen		0	0	0	
Gesamteinnahmen		2.205	2.192	2.222	
Personalausgaben		7.564	7.583	7.810	
Sonst. konsumtive Ausgaben		3.679	3.188	3.150	
Zinsausgaben		0	0	0	
Tilgungsausgaben		0	0	0	
Investive Ausgaben		143	154	146	
Verrechnungen/Erstattungen		5	5	515	
Gesamtausgaben		11.391	10.930	11.621	
Saldo		-9.186	-8.738	-9.399	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %		19,36	20,05	19,12	
Verpflichtungsermächtigungen		Anschlag 2011			
Personal		0			
konsumtiv		0			
investiv		0			
B. Personaldaten		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl		106,3	110,1	110,3	
Personalbestand		102,2	108,1	108,0	
=> Netto-Personalbedarf		4,1	2,0	2,3	
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre		22,5	22,5	9,9	
Beschäftigte über 55 Jahre		17,5	17,5	26,9	
Frauenquote		50,0	50,0	75,1	
Teilzeitquote		35,0	35,0	54,5	
Schwerbehindertenquote		6,0	6,0	5,2	
C. Kapazitätsdaten		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C					

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Gemeldete Infektionskrankheiten	[ST]	2.000,000	2.000,000	4.374,000	
Amts-/Vertrauensärztl. Gutachten Erwachs.	[ST]	2.600,000	2.600,000	2.598,000	
Beratungskontakte HIV / AIDS / STD	[ST]	3.100,000	3.100,000	3.028,000	
Bürgerberatung zu Orts-/Umwelthygiene	[ST]	4.000,000	4.000,000	3.816,000	
Anz. v. Beratungsgespr. für Selbsthilfe	[ST]	800,000	800,000	945,000	
Betreuungsaufnahmen Familienhebammen	[ST]	220,000	220,000	216,000	
Untersuchung u.Behand.ausländ.Zuwanderer	[ST]	1.800,000	1.800,000	1.318,000	
Betreute seel. kranke Kinder u. Jugendl.	[PRS]	500,000	500,000	455,000	
Unters. neu in KTH aufgen. Ki./Schulanf.	[ST]	5.350,000	5.350,000	5.241,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Die Daten für die Untersuchung von Kindergartenkindern und Schulanfängern beziehen sich auf ein Schuljahr.					

Produktgruppe: 51.01.03	Verantwortlich: Dr. Nettesheim
Hafengesundheitsamt Bremerhaven/Bremen	
Stadtgemeinde	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 51.01	Verantwortlich: Dr. Gruhl
Gesundheitsförderung, -schutz und -hilfe	
Produktplan: 51	Verantwortlich: Sen. Rosenkötter
Gesundheit	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Überwachung von Schifffahrt und Häfen in medizinischer und hygienischer Hinsicht entsprechend der gesetzlichen Vorschriften; Überwachung des Trinkwassers, der Hygiene, der Lebensmittelhygiene und der medizinischen Ausrüstung auf Schiffen und im Hafengebiet; Ärztliche Behandlung von geschlechtskranken ausländischen Seeleuten; Reise- und tropenmedizinische Beratungen und Durchführung von Impfungen.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Schutz der Bevölkerung vor der Einschleppung von Krankheiten; Präventiver Gesundheitsschutz auf Schiffen und im Hafengebiet; Verbesserung der medizinischen Versorgung auf Schiffen; Aufklärung über Infektionskrankheiten und Schutzmaßnahmen; Durchführung von Schutzimpfungen.	
Auftragsgrundlage:	
Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst im Lande Bremen, Internationale Gesundheitsvorschriften, Brüsseler Abkommen, Infektionsschutzgesetz, Betäubungsmittelgesetz, Trinkwasserverordnung, Logisverordnung, Verordnung über die Krankenfürsorge auf Kauffahrteischiffen, Vereinbarung über die Hafenstaatskontrolle, Impfpfehlungen, Bekanntmachung über Schutzimpfungen.	
Zuzuordnende Kapitel:	
3512	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Schiffsabfertigungen durch Bordbesuche	[ST]	6.200,000	6.200,000	4.857,000	
Schiffsabfert. anhand gespeich. Daten	[ST]	3.800,000	3.800,000	2.180,000	
Schutzimpfungen	[ST]	2.400,000	2.400,000	2.875,000	
Reisemedizinische Beratungen	[ST]	4.000,000	4.000,000	4.239,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Produktgruppe: 51.01.04

Verantwortlich: Dr. Stümpel

Ambulante Drogen- und Suchtkrankenhilfe

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Produktbereich: 51.01

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Gesundheitsförderung, -schutz und -hilfe

Produktplan: 51

Verantwortlich: Sen. Rosenkötter

Gesundheit

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Das Angebot für Sucht- und Drogenkranke erfolgt durch das Kontakt- und Beratungszentrum für Drogenkranke -Grundversorgungszentrum mit niedrigschwelligen Angeboten durch den Träger comeback gGmbH und die Drogenberatungsstellen Mitte und Nord durch den Träger Ambulante Drogenhilfe Bremen gGmbH.
Über Zuwendungen werden darüber hinaus noch weitere Projekte der Suchtkranken- und Drogenhilfe finanziert, überwiegend im Bereich Selbsthilfe.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Übergeordnete Ziele der Hilfen sind:

- die Wiederherstellung bzw. Verbesserung der Fähigkeit eines selbst- und sozialverträglichen Konsums
- die Erhaltung, Verbesserung bzw. Wiederherstellung der körperlichen und psychischen Gesundheit sowie der sozialen Integration sowie
- die Wiederherstellung bzw. Verbesserung der Fähigkeit einer abstinenten Lebensführung.

Auftragsgrundlage:

SGB II, V, XII, ÖGDG, PsychKG

Senats- und Deputationsbeschlüsse

Drogenhilfepläne; Suchtkrankenhilfeplan

Selbsthilfeförderung

Zuzuordnende Kapitel:

3510

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.224	1.224	1.365	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	50	50	40	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	1.274	1.274	1.405	
Saldo	-1.274	-1.274	-1.405	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				
Die Drogenberatungsstellen und das Kontakt- und Beratungszentrum TIVOLI waren bis Ende 2004 in kommunaler Trägerschaft des AfSD und wurden zum 1.1.2005 an die freigemeinnützigen Träger "Ambulante Drogenhilfe Bremen gGmbH" und "comeback gGmbH" abgegeben. Aufgeführt sind nur aus Zuwendungen finanzierte Projekte der Drogen- und Suchtkrankenhilfe. Personalkosten des AfSD für ehem. Mitarbeiter/innen der Drogenhilfe, die im Rahmen des Personalüberganges ab 1.1.2005 bei den neuen Trägern beschäftigt sind, werden in der Produktgruppe 41.07.01 veranschlagt. Die Mitarbeiter der med. Ambulanz werden weiterhin vertraglich und kostenseitig beim Gesundheitsamt geführt. Organisatorisch ist das Personal per Überlassungsvertrag seit dem 15.5.07 bei der comeback gGmbH eingebunden.				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Betreute Klienten/Angehörige in den DBS	[PRS]	1.100,000	1.100,000	1.063,000	
Betr.Klienten Kontakt- u.Beratungszentr.	[PRS]	1.100,000	1.100,000	1.046,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Überwachung der Lebensmittel produzierenden, herstellenden und vertreibenden Betriebe in Verbindung mit den notwendigen Untersuchungen
Bewertung und Beurteilung hygienischer Fragen in Verbindung mit der Untersuchung von Infektionserregern
Angelegenheiten des Tierschutzes und der Tierversuche
Ein-, Aus- und Durchfuhr von tierischen Produkten, Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zur Sicherung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes unter Berücksichtigung der Anforderung aufgrund neuer Tierseuchen
- Darauf aufbauend Entwicklung eines den neuen Prinzipien des gesundheitlichen Verbraucherschutzes verpflichteten Lebensmittelüberwachungskonzeptes, das risikoorientiert ausgerichtet wird
- Erweiterung des mit Niedersachsen abgeschlossenen Staatsvertrags auf Norddeutschland im Bereich der Lebensmittelüberwachung und -untersuchungen unter Berücksichtigung bestimmter Schwerpunkte.
- Erhöhung der Transparenz durch den aktiven Aufbau verbraucherfreundlicher Informationsmöglichkeiten.

Langfristige Perspektiven:

- Absicherung eines hohen Niveaus beim gesundheitlichen Verbraucherschutz (Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit).
- Optimierung der Untersuchungseinrichtung

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	6.999	6.938	7.307	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	46	46	46	
Gesamteinnahmen	7.045	6.984	7.353	
Personalausgaben	4.723	4.586	4.941	
Sonst. konsumtive Ausgaben	5.283	5.170	4.548	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	427	427	533	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	10.433	10.183	10.022	
Saldo	-3.388	-3.199	-2.669	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	67,53	68,58	73,37	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	50,5	51,5	46,3	
Personalbestand	43,1	43,6	44,3	
=> Netto-Personalbedarf	7,3	7,9	2,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	3,6	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	22,8	
Frauenquote	50,0	50,0	47,7	
Teilzeitquote	35,0	35,0	26,2	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	8,9	
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009
Einfuhrsendungen Grenzkontrollstelle	[ST]	20.000,000	20.000,000	23.601,000
Probenannahme i.d. amtl. Lebensm.-überw.	[ST]	3.000,000	3.000,000	2.579,000
Tierschutzfälle	[ST]	450,000	450,000	593,000
Schlachtungen	[ST]	330.000,000	330.000,000	576.573,000
abgefert. Sendungen i.d. Pflanzenbeschau	[ST]	11.000,000	11.000,000	11.629,000
Untersuchung i.R.d.amtl. Lebensm.-überw.	[ST]	147.200,000	147.200,000	145.874,000
Unters. Veterinärdiagnostik/Fleischhyg.	[ST]	30.000,000	30.000,000	35.027,000
Untersuchungen im Bereich Wasser	[ST]	19.000,000	19.000,000	24.982,000
Kontrollen i. d. amtl. Lebensm.-überw.	[ST]	7.500,000	7.500,000	8.567,000
zu überwachende Betriebe	[ST]	7.200,000	7.200,000	7.431,000
Anzahl der überwachten Betriebe	[ST]	4.000,000	4.000,000	3.955,000
Anzahl der beanstandeten Betriebe	[ST]	2.400,000	2.400,000	2.692,000

B. Erläuterungen zu 2.

Produktgruppe: 51.02.01

Verantwortlich: Dr. Schröder

LMTVet-Dienste des Landes Bremen

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 51.02

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Veterinärwesen, Lebensmittelsicherheit

Produktplan: 51

Verantwortlich: Sen. Rosenkötter

Gesundheit

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Durchführung der Lebensmittelüberwachung und Probenahme; Überwachung EU-zugelassener Betriebe; Vorbeugende und spezielle Tierseuchenbekämpfung; Tierschutzrechtliche Überwachung der zugelassenen Tierhaltungen; Bearbeitung von Tierschutzfällen; Abfertigung relevanter Produkte zur Ein- und Durchfuhr in der Grenzkontrollstelle; Abfertigung der Ein- und Durchfuhr von Futtermitteln; Schlachtier- und Fleischuntersuchungen an den Schlachthöfen; Tierarzneimittelüberwachung; Aufgaben des Pflanzenschutzes und der Pflanzenbeschau sowie Abfertigung der Einfuhr gentechnisch veränderter Saatgüter.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Sicherstellung der Rechtskonformität der im Verkehr befindlichen Lebensmittel (Gesundheitsschutz und Täuschungsschutz); Verhinderung und Bekämpfung von Tierseuchen und Durchsetzung der Tierkörperbeseitigungsbestimmungen; Durchsetzung der Tierschutz- und Pflanzenschutzbestimmungen; Sicherung des Gesundheitsschutzes an den Schlachthöfen; Sicherstellung der Rechtskonformität der Futtermittel; Sicherstellung der rechtmäßigen Verwendung der Tierarzneimittel bei Tieren, die für die Lebensmittelproduktion bestimmt sind; Erfüllung gesetzlicher Meldepflichten

Auftragsgrundlage:

Basisverordnungen der EU zur Überwachung von Lebensmitteln und Futtermitteln, Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz und Folgeverordnungen, Fleischhygiene-, Geflügelfleischhygienegesetz und Folgeverordnungen, Einfuhruntersuchungsverordnung, Tierschutzgesetz, Pflanzenschutzgesetz, Tierseuchengesetz und Folgeverordnungen, Futtermittelgesetz und FolgeVO, Arzneimittelgesetz und FolgeVO, diverse EG-Richtlinien und Verordnungen, Verwaltungsverfahrensgesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz, Bremische Kostenordnung etc.

Zuzuordnende Kapitel:

0515; 3501

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Einfuhrsendungen Grenzkontrollstelle	[ST]	20.000,000	20.000,000	23.601,000	
Kontrollen i. d. aml. Lebensm.-überw.	[ST]	7.500,000	7.500,000	8.567,000	
Probenannahme i.d. aml. Lebensm.-überw.	[ST]	3.000,000	3.000,000	2.579,000	
Tierschutzfälle	[ST]	450,000	450,000	593,000	
Schlachtungen	[ST]	330.000,000	330.000,000	576.573,000	
abgefert. Sendungen i.d. Pflanzenbeschau	[ST]	11.000,000	11.000,000	11.629,000	
zu überwachende Betriebe	[ST]	7.200,000	7.200,000	7.431,000	
Anzahl der überwachten Betriebe	[ST]	4.000,000	4.000,000	3.955,000	
Anzahl der beanstandeten Betriebe	[ST]	2.400,000	2.400,000	2.692,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	6.999	0
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	46	0
Gesamteinnahmen	7.045	0
Personalausgaben	4.723	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	3.173	0
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	27	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	7.923	0
Saldo	-878	0
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	50,5	0,0
Personalbestand	43,1	0,0
=> Netto-Personalbedarf	7,3	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011
Einfuhrsendungen Grenzkontrollstelle [ST]	20.000,000	
zu überwachende Betriebe [ST]	7.200,000	
Kontrollen i. d. aml. Lebensm.-überw. [ST]	7.500,000	
Anzahl der überwachten Betriebe [ST]	4.000,000	
Anzahl der beanstandeten Betriebe [ST]	2.400,000	
Probenannahme i.d. aml. Lebensm.-überw. [ST]	3.000,000	
Schlachtungen [ST]	330.000,000	
abgefert. Sendungen i.d. Pflanzenbeschau [ST]	11.000,000	
Tierschutzfälle [ST]	450,000	

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Der Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst nimmt sowohl Landes- als auch kommunale Aufgaben wahr. Für die kommunalen Aufgaben werden die Kosten von den beiden Stadtgemeinden erstattet.

Produktgruppe: 51.02.02	Verantwortlich: Dr. Schmidt
Landesuntersuchungsamt (LUA)	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 51.02	Verantwortlich: Dr. Gruhl
Veterinärwesen, Lebensmittelsicherheit	
Produktplan: 51	Verantwortlich: Sen. Rosenkötter
Gesundheit	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Untersuchungen und Begutachtungen im Rahmen der amtlichen Lebensmittelüberwachung; veterinärmedizinische Untersuchungen im Rahmen der Fleischhygiene und Tiergesundheit; Wasser-, Abwasser-, Trinkwasser- und Badewasseruntersuchungen; Außenstelle Bremerhaven mit dem Untersuchungsschwerpunkt "Fisch und Fischerei-Erzeugnisse (Mikrobiologie)". Untersuchungen in den Schwerpunkten "Kaffee, Tee und Kakao" sowie "Fisch und Fischerei-Erzeugnisse (Mikrobiologie)" im Rahmen des abgeschlossenen Staatsvertrags für Niedersachsen.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Auftragsgemäße Probenuntersuchungen und Begutachtungen; Anpassung der Untersuchungen an aktuelle Fragestellungen (z.B. spezielle Pflanzenschutzmittel und Kontaminanten); Erfüllung gesetzlicher Meldepflichten; Rationalisierung der Arbeitsabläufe zur Effizienzsteigerung.	
Auftragsgrundlage:	
Basisverordnungen der EU zur Überwachung von Lebensmitteln und Futtermitteln, Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB); Fleischhygienegesetz und Folgeverordnungen; Tierseuchengesetz; EG-Verordnungen (Wein, neuartige Lebensmittel) und EG-Richtlinien (Veterinärbereich); Infektionsschutzgesetz; Wasserhaushaltsgesetz und Verordnung.	
Zuzuordnende Kapitel:	
0501	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.110	2.076	2.204	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	400	400	405	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	2.510	2.476	2.609	
Saldo	-2.510	-2.476	-2.609	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre			0,6	
Beschäftigte über 55 Jahre			28,5	
Frauenquote			79,0	
Teilzeitquote			55,0	
Schwerbehindertenquote			6,8	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				
Das Landesuntersuchungsamt wird als Sonderhaushalt geführt. Im staatlichen Haushalt werden nur die Zuschüsse ausgewiesen (Netto-Veranschlagung). Daher enthält diese Produktgruppe auch keine Personaldaten; diese sind nur im Sonderhaushalt dargestellt.				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Untersuchung i.R.d.amtl. Lebensm.-überw.	[ST]	147.200,000	147.200,000	145.874,000	
Unters. Veterinärdiagnostik/Fleischhyg.	[ST]	30.000,000	30.000,000	35.027,000	
Untersuchungen im Bereich Wasser	[ST]	19.000,000	19.000,000	24.982,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Landeskrankenhausplanung und Investitionsförderung für die Krankenhäuser des Landes Bremens

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- Anpassung der Krankenhausversorgung an die sich verändernden medizinischen und demographischen Erfordernisse
- Verbesserung der wirtschaftlichen Strukturen der Krankenhäuser in Vorbereitung neuer Abrechnungssysteme und sich verschärfender regionaler Konkurrenz

Langfristige Perspektiven:

- Absicherung der stationären Krankenhausversorgung
- Mitwirkung beim Aufbau von Versorgungsketten im Sinne der integrativen Versorgung nach SGB V

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	331	1.048	1.069	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	26.452	27.235	28.403	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	26.783	28.283	29.472	
Saldo	-26.783	-28.283	-29.472	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				

C. Erläuterungen zu 1. A-B

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Planbetten im Land Bremen gesamt	[ST]	5.861,000	5.861,000	5.775,000	
KHG-Förderung pro Planbett	[EUR]	5.209,00	5.222,00	5.505,00	

B. Erläuterungen zu 2.

Die Planwerte stehen unter dem Vorbehalt der Fortschreibung des Landes-Krankenhausplans 2010.

Produktgruppe: 51.03.01

Verantwortlich: Buscher

Krankenhausplanung, Investitionsförd.

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 51.03

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Sicherstellung der Krankenhausversorgung

Produktplan: 51

Verantwortlich: Sen. Rosenkötter

Gesundheit

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Die Sicherstellung der Krankenhausversorgung ist seit Inkrafttreten des Krankenhausfinanzierungsgesetzes im Jahre 1972 eine öffentliche Aufgabe. Das Land Bremen erstellt hierfür einen Landes-Krankenhausplan, der die bedarfsgerechten Krankenhäuser, medizinischen Disziplinen sowie Ausbildungsstätten ausweist. Die notwendigen Investitionen für die aufgrund der Aufnahme in den Landes-Krankenhausplan als förderungsfähig beschiedenen Krankenhäuser haben das Land Bremen und die Gemeinden Bremen und Bremerhaven jeweils anteilig (2/3 zu 1/3) zu gewährleisten.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser, um eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen, eigenverantwortlich wirtschaftenden Krankenhäusern zu gewährleisten und zu sozial tragbaren Pflegesätzen beizutragen.

Auftragsgrundlage:

Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (KHG-Bundesgesetz); entsprechendes Landesgesetz (BremKHG)

Zuzuordnende Kapitel:

0520; 3520

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	331	1.048	1.069	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	26.452	27.235	28.403	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	26.783	28.283	29.472	
Saldo	-26.783	-28.283	-29.472	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011		Planung 2010		Ist 2009		
Planbetten im Land Bremen gesamt	[ST]	5.861,000		5.861,000		5.775,000		
KHG-Förderung pro Planbett	[EUR]	5.209,00		5.222,00		5.505,00		

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	0	0
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	0	0
Personalausgaben	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	220	110
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	20.130	6.322
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	20.350	6.432
Saldo	-20.350	-6.432
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Durchführung der staatlichen Aufgaben des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, des technischen Verbraucherschutzes und des Eichwesens.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Ausrichtung der Aufgabenwahrnehmung in den Bereichen Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie technischer Verbraucherschutz an dem Risikoprofil der einzelnen Betriebe.

Unterstützung der Umsetzung der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie im Land Bremen.

Langfristige Perspektiven:

Absicherung eines hohen Niveaus beim Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie technischer Verbraucherschutz.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	2.199	2.178	1.966	
Investive Einnahmen	0	0	10	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	2.199	2.178	1.976	
Personalausgaben	5.063	5.139	5.181	
Sonst. konsumtive Ausgaben	736	660	674	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	63	65	123	
Verrechnungen/Erstattungen	10	10	98	
Gesamtausgaben	5.872	5.874	6.076	
Saldo	-3.673	-3.696	-4.100	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	37,45	37,08	32,52	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	81,4	83,9	87,3	
Personalbestand	74,9	79,8	160,4	
=> Netto-Personalbedarf	6,5	4,1	- 73,2	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	3,8	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	34,8	
Frauenquote	50,0	50,0	34,1	
Teilzeitquote	35,0	35,0	26,2	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	7,0	
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
FAS Erfüllungsgrad Finanzen	[%]	100,00	100,00	100,00	
FAS Erfüllungsgrad Leistung	[%]	100,00	100,00	86,00	
GAL Erfüllungsgrad Finanzen	[%]	100,00	100,00	97,20	
GAL Erfüllungsgrad Leistung	[%]	100,00	100,00	90,00	
LED HB Erfüllungsgrad Finanzen	[%]	100,00	100,00	140,90	
LED HB Erfüllungsgrad Leistung	[%]	100,00	100,00	111,00	
Eichungen u.messtechnische Kontrollen	[ST]	9.000,000	9.000,000		
Aussendienstgeschäfte	[ST]	2.650,000	2.650,000		
Arbeitsmedizinische Betreuung u.Beratung	[STD]	4.680,0	5.790,0		
Sicherheitstechn. Betreuung und Beratung	[STD]	9.930,0	12.600,0		
Betriebl. Sozialberatung	[STD]	2.907,0	3.120,0		
Aufgesuchte Betriebe	[ST]	1.332,000	1.332,000		
Überwachungen (gesamt)	[ST]	96,000	96,000		

B. Erläuterungen zu 2.

Produktgruppe: 51.04.01		Verantwortlich: Gronau/Dr. Schack
Fachdienste für Arbeitsschutz		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 51.04	Verantwortlich: Dr. Gruhl
Arbeitsschutz, Sicherheit, Eichwesen	
Produktplan: 51	Verantwortlich: Sen. Rosenkötter
Gesundheit	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Unterstützung und Beratung in allen Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in weisungsfreier Anwendung der Fachkunde und ganzheitlicher systemhafter Betrachtungsweise (Mensch/Technik/Organisation)	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Schaffung eines leistungsfähigen, multidisziplinär ausgestatteten, beteiligungs- u. kooperationsorientierten Arbeitsschutzsystems, das mit geeigneten Mitteln die Gesundheit der Arbeitnehmer erhält, schützt und fördert und die Arbeit menschengerecht gestaltet; Verhütung arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren, Unfälle und Berufskrankheiten; Hinwirken auf ein gesundheitsgerechtes Verhalten; Früherkennung v. gesundheitsgefährdenden Beeinträchtigungen u. arbeitsbedingten Erkrankungen; Schutz der Beschäftigten vor berufsbedingten Infektionen durch Krankheitserreger; Vermittlung aktueller Informationen und Sensibilisierung zu/für Arbeitsschutzthemen; Sensibilisierung für Suchtprobleme und Hilfe für Suchtkranke und Suchtgefährdete.	
Auftragsgrundlage:	
Wahrnehmung der Aufgaben nach §§ 3 und 6 des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Arbeitssicherheitsgesetz/ASiG) vom 12. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1885; BGBl III 805-2), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3843); berufsgenossenschaftliche Vorschriften und staatliche Rechtsgrundlagen; Kooperationsvereinbarungen zwischen den FAS vertreten durch Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und den jeweiligen Eigenbetrieben, Stiftungen u. GmbH'en der Freien Hansestadt Bremen; Produktspezifische Auftragsgrundlagen. Bremische Dienstvereinbarung mit Arbeitsschutzbezug.	
Zuzuordnende Kapitel:	
0350; 0510; 3301; 3501	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	395	391	402	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	395	391	402	
Personalausgaben	1.228	1.234	1.342	
Sonst. konsumtive Ausgaben	203	207	204	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	14	14	17	
Verrechnungen/Erstattungen	1	1	1	
Gesamtausgaben	1.446	1.456	1.564	
Saldo	-1.051	-1.065	-1.162	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	27,32	26,85	25,70	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	13,9	14,3	15,3	
Personalbestand	14,2	13,7	14,8	
=> Netto-Personalbedarf	- 0,3	0,6	0,5	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	3,6	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	30,7	
Frauenquote	50,0	50,0	52,7	
Teilzeitquote	35,0	35,0	34,0	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	7,1	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Arbeitsmedizinische Betreuung u.Beratung	[STD]	4.680,0	5.790,0	6.085,0	
spez. arbeitsmedizinische Untersuchungen	[STD]			1.142,0	
Vorsorgeunters. Bildschirmarbeitsplätze	[STD]			526,0	
Betriebl. Sozialberatung	[STD]	2.907,0	3.120,0	2.551,0	
Brandschutzberatung	[STD]			1.563,0	
Gefahrgutbeauftragten-Beratung (Straße)	[STD]			32,0	
QualiModul "Fachfrau i.Reinigungsfragen"	[STD]			102,0	
Betriebsmittelmanagement	[STD]			172,0	
Sicherheitstechn. Betreuung und Beratung	[STD]	9.930,0	12.600,0	9.346,0	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Aus der Übernahme der Unfallverhütungsvorschrift GUV 0.5 bzw. VBG 122 und 123 kann außerdem eine weitere Reduzierung der konsumtiven Einnahmen für die Produkte "Arbeitsmedizinische Betreuung/Beratung" und "Sicherheitstechnische Betreuung/Beratung" resultieren, da die Einsatzzeitfaktoren nach jetzigem Stand der Dinge reduziert werden bzw. andere Betreuungsformen theoretisch möglich sind (z.B. alternative Betreuung).					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	395	0
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	395	0
Personalausgaben	1.228	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	203	0
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	14	0
Verrechnungen/Erstattungen	1	0
Gesamtausgaben	1.446	0
Saldo	-1.051	0
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	13,9	0,0
Personalbestand	14,2	0,0
=> Netto-Personalbedarf	- 0,3	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011
Arbeitsmedizinische Betreuung u.Beratung [STD]	4.680,0	
Sicherheitstechn. Betreuung und Beratung [STD]	9.930,0	
Betriebl. Sozialberatung [STD]	2.907,0	

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 51.04.02	Verantwortlich: Dr. Hittmann
Gewerbeaufsicht des Landes Bremen	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 51.04	Verantwortlich: Dr. Gruhl
Arbeitsschutz, Sicherheit, Eichwesen	
Produktplan: 51	Verantwortlich: Sen. Rosenkötter
Gesundheit	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Überwachung von Betrieben und Arbeitsstätten aller Art auf Einhaltung der Arbeitsschutzvorschriften sowie der Vorschriften über die technische Sicherheit und zum Immissionsschutz. Erteilung von Genehmigungen und Ausnahmen. Durchführung von Bußgeldverfahren.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Schutz der Arbeitnehmer vor negativen Einwirkungen durch Arbeitsbedingungen, Arbeitsmittel, Arbeitsstoffe und Arbeitsstätten, Schutz vor Überbeanspruchung durch zu lange Arbeitszeiten sowie zu kurze Pausen und Ruhezeiten. Schutz der Verwender bzw. Benutzer von technischen Arbeitsmitteln und Anlagen, einschließlich Drittschutz. Schutz der Verwender bzw. Benutzer von Medizinprodukten einschließlich Patientenschutz. Schutz der Allgemeinheit vor schädlichen Immissionen.	
Auftragsgrundlage:	
Arbeitsschutzgesetz, Gerätesicherheitsgesetz, Arbeitszeitgesetz, Mutterschutzgesetz und Jugendarbeitsschutzgesetz mit den jeweiligen Rechtsverordnungen. Sozialvorschriften im Straßenverkehr, Medizinproduktegesetz, Gefahrstoffverordnung, Arbeitssicherheitsgesetz, Seemannsgesetz, Sprengstoffgesetz, Bundesimmissionsschutzgesetz und weitere Vorschriften.	
Zuzuordnende Kapitel:	
0310; 0517	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	1.090	1.079	918	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	1.090	1.079	918	
Personalausgaben	3.123	3.170	3.252	
Sonst. konsumtive Ausgaben	383	361	369	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	6	6	41	
Verrechnungen/Erstattungen	7	7	33	
Gesamtausgaben	3.519	3.544	3.695	
Saldo	-2.429	-2.465	-2.777	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	30,97	30,45	24,84	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	52,8	53,9	55,3	
Personalbestand	58,0	54,4	53,7	
=> Netto-Personalbedarf	- 5,2	- 0,5	1,6	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	3,0	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	35,8	
Frauenquote	50,0	50,0	29,7	
Teilzeitquote	35,0	35,0	24,8	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	7,5	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011		Planung 2010		Ist 2009		
Aufgesuchte Betriebe	[ST]	1.332,000		1.332,000		1.135,000		
Aussendienstgeschäfte	[ST]	2.650,000		2.650,000		2.453,000		
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011		Planung 2010		Ist 2009		
C. Vergleichskennzahlen								
D. Erläuterungen zu 3. A-C								

Produktgruppe: 51.04.03
Landeseichdirektion Bremen

Verantwortlich: Dr. Gillandt

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 51.04

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Arbeitsschutz, Sicherheit, Eichwesen

Produktplan: 51

Verantwortlich: Sen. Rosenkötter

Gesundheit

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Prüfung und Eichung von Messgeräten, die im geschäftlichen oder amtlichen Verkehr, im Gesundheits-, Arbeits-, Umwelt- oder Strahlenschutz oder im Verkehrswesen verwendet werden, einschließlich Überwachung.

Kontrolle von Fertigpackungen beim Hersteller, Importeur und im Handel.

Überwachung von medizinischen Laboratorien.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Den Verbraucher bei Erwerb messbarer Güter und Dienstleistungen zu schützen und im Interesse eines lauterer Handelsverkehrs die Voraussetzungen für richtiges Messen im geschäftlichen Verkehr zu schaffen.

Die Messsicherheit im Gesundheits-, Arbeits- und Umweltschutz und in ähnlichen Bereichen des öffentlichen Interesses zu gewährleisten.

Das Vertrauen in amtliche Messungen zu stärken.

Auftragsgrundlage:

Eichgesetz, Medizinproduktegesetz

Zuzuordnende Kapitel:

0320; 0518

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)		Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen		714	707	645	
Investive Einnahmen		0	0	10	
Verrechnungen/Erstattungen		0	0	0	
Gesamteinnahmen		714	707	655	
Personalausgaben		712	735	587	
Sonst. konsumtive Ausgaben		150	91	101	
Zinsausgaben		0	0	0	
Tilgungsausgaben		0	0	0	
Investive Ausgaben		43	44	65	
Verrechnungen/Erstattungen		2	2	64	
Gesamtausgaben		907	872	817	
Saldo		-193	-165	-162	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %		78,72	81,08	80,17	
Verpflichtungsermächtigungen		Anschlag 2011			
Personal		0			
konsumtiv		0			
investiv		0			
B. Personaldaten		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl		14,7	15,7	16,6	
Personalbestand		12,7	11,7	11,6	
=> Netto-Personalbedarf		2,0	4,0	5,0	
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre		22,5	22,5	7,5	
Beschäftigte über 55 Jahre		17,5	17,5	35,3	
Frauenquote		50,0	50,0	24,8	
Teilzeitquote		35,0	35,0	16,8	
Schwerbehindertenquote		6,0	6,0	4,6	
C. Kapazitätsdaten		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C					

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Eichungen u.messtechnische Kontrollen	[ST]	9.000,000	9.000,000	9.970,000	
Überwachung Fertigpackungen (Betriebe)	[ST]	74,000	74,000	71,000	
Überwachungen	[ST]	22,000	22,000	21,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Produktbereich: 51.90

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Sonstiges Gesundheit

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Steuerung und Koordinierung

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Langfristige Perspektiven:

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	759	758	437	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	11	
Gesamteinnahmen	759	758	448	
Personalausgaben	2.999	3.016	3.654	
Sonst. konsumtive Ausgaben	439	412	47	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	3	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	3.438	3.428	3.704	
Saldo	-2.679	-2.670	-3.256	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	22,08	22,11	12,10	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	36,9	40,2	40,7	
Personalbestand	48,8	44,4	46,0	
=> Netto-Personalbedarf	- 11,9	- 4,3	- 5,3	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	1,3	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	30,2	
Frauenquote	50,0	50,0	57,2	
Teilzeitquote	35,0	35,0	30,0	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	7,5	

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

B. Erläuterungen zu 2.

In diesem Produktbereich können keine Leistungsangaben gemacht werden.

Produktgruppe: 51.90.01

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Senatorische Angelegenheiten Gesundheit

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 51.90

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Sonstiges Gesundheit

Produktplan: 51

Verantwortlich: Sen. Rosenkötter

Gesundheit

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

- Steuerung und Koordinierung der zugeordneten Produktgruppen

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Auftragsgrundlage:

Geschäftsverteilung des Senats und der senatorischen Behörde

Zuzuordnende Kapitel:

0400; 0401; 0501; 3401

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							
Zu dieser Produktgruppe sind keine Leistungsangaben möglich.							

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	759	0
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	759	0
Personalausgaben	2.933	66
Sonst. konsumtive Ausgaben	439	0
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	3.372	66
Saldo	-2.613	-66
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	36,9	0,0
Personalbestand	48,8	0,0
=> Netto-Personalbedarf	- 11,9	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

PRODUKTPLAN **68**
Umwelt, Bau, Verkehr u. Europa

68.01 Verkehr / ÖPNV

- 68.01.01 ÖPNV / Konsumtive Finanzhilfen
- 68.01.02 Öffentliche Verkehrswege / Finanzhilfen

68.02 Fachbereich Bau und Stadtentwicklung

- 68.02.01 Wohngeld (bis 2009)
- 68.02.02 Wohnraumförderung (bis 2009)
- 68.02.03 Stadtumbau (bis 2009)
- 68.02.05 Stadtentwicklung/-planung/Bauordnung
- 68.02.06 Städtebau/Stadtumbau/Wohnungswesen
- 68.02.07 Bauamt Bremen-Nord
- 68.02.08 Landesamt für GeoInformation

68.03 Fachbereich Umwelt

- 68.03.01 Umweltwirtschaft / Energie / Ressourcen
- 68.03.03 Natur / Wasser
- 68.03.04 Abwasserabgabe/Wasserentnahmegebühr

68.04 Europa und Entwicklungszusammenarbeit

- 68.04.01 Dienstleistungen im Bereich Europa
- 68.04.02 Maßnahmen zur Entwicklungszusammenarbeit

68.90 Sonstiges Umwelt, Bau, Verkehr, Europa

- 68.90.01 Senatorische Angelegenheiten SUBVE

Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:¹

Das Ressort ist verantwortlich für Bau, Planung und Erhaltung der öffentlichen Infrastruktur unter besonderer Berücksichtigung umweltpolitischer Belange, wie dem Natur-, Klima-, Ressourcen- und Immissionsschutz. Darüber hinaus ist das Ressort verantwortlich für die Vertretung Bremens bei der Europäischen Union und die Entwicklungszusammenarbeit. Es besteht der Anspruch, lebenswerte, moderne Städte zu erhalten und weiter zu entwickeln, in denen Mensch und Natur in Einklang leben und Umwelt- und Klimaschutz höchste Priorität besitzen.

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:

- Weitere Ausgestaltung einer klimaschonenden Energieversorgung
- Ausrichtung der Baupolitik an ökologischen und energetischen Aspekten
- Umweltverträgliche Gestaltung der Verkehrspolitik
- Weitere Verbesserung der Lebens- und Standortqualität
- Nachhaltige Entwicklung der städtischen Infrastruktur
- Ausbau des ÖPNV
- Sicherstellung einer ausreichenden und wirtschaftlichen Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistung im ÖPNV und Verbesserung der Erreichbarkeit im Straßenverkehr
- Beitrag zum ausgeglichenen Wohnungsmarkt und Verbesserung der Wohnqualität
- Lenkung, städtebaulicher Entwicklung und Gestaltung der Stadt
- Leistungen von Beiträgen zum aktiven Umwelt-, Klima und Ressourcenschutz und insgesamt zu einer nachhaltigen Entwicklung durch effizientere Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen, verstärkter Einsatz erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe
- Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft
- Schutz von Boden, Luft und Wasser

¹ z.B. gesetzliche Vorgaben, produktplanrelevante Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, des Senats sowie von Ausschüssen / Fachdeputationen etc.

Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	38.080	30.972	32.856	
Investive Einnahmen	34.260	33.841	34.064	
Verrechnungen/Erstattungen	3.068	3.068	3.192	
Gesamteinnahmen	75.408	67.881	70.112	
Personalausgaben	48.395	41.288	43.748	
Sonst. konsumtive Ausgaben	158.497	155.737	126.893	
Zinsausgaben	1.367	1.367	1.384	
Tilgungsausgaben	928	4.991	5.119	
Investive Ausgaben	109.934	110.539	87.195	
Verrechnungen/Erstattungen	32	26	59.946	
Gesamtausgaben	319.153	313.948	324.285	
Saldo	-243.745	-246.067	-254.173	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	23,63	21,62	21,62	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	600			
investiv	30.296			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	736,8	650,0	670,8	
Personalbestand	733,9	646,4	646,5	
=> Netto-Personalbedarf	2,9	3,5	24,3	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	6,0	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	28,0	
Frauenquote	50,0	50,0	43,9	
Teilzeitquote	35,0	35,0	28,6	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	8,3	
C. Erläuterungen zu A-B				

Leistungsangaben

A. Strategische Leistungsziele/Kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009
Anzahl beförderter Personen im VBN	137.400.000	136.300.000	137.000.000
Verlustrausgleich BSAG in Mio. €	54,7	53	52,7
Empfänger Wohngeldzahlungen	9.220	8.500	7.829
Zu bearbeitende WiN-Anträge bewilligtes Volumen	1.425.000	1.425.000	1.126.970
CO2-Reduktion durch energiepolitische Breitenförderprogramme	96.000	96.000	115.948
Car-Sharing-Nutzer/innen pro 10.000 Einwohner im Land Bremen	77,75	74,75	79
B. Erläuterungen zu den Leistungsangaben			

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Maßnahmen zur Erhaltung, Verbesserung und Weiterentwicklung der Bedingungen für den ÖPNV (einschließlich SPNV) und den Straßenverkehr.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- Umsetzung der Regionalisierung des ÖPNV (einschl. SPNV)
- Sicherstellung einer ausreichenden und wirtschaftlichen Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistung im ÖPNV (einschl. SPNV) im Schwerpunkt Einführung der Regio-S-Bahn und Linienverlängerungen der Straßenbahn
- Verlängerung Linie 4; Verlängerung Linie 1 Mahndorf; Verlängerung Linie 1 Huchting gleichzeitig mit Linie 8 auf Bremer Gebiet
- Verbesserung der Erreichbarkeit des Oberzentrums Bremen in der Region im Schwerpunkt durch den Bau der A281 / B 212 neu
- Vermögenserhalt Infrastruktur durch ein Pavement-Management-System zur wirtschaftlich optimierten Erhaltung von Straßen
- Erhalt des Sondervermögens Infrastruktur im Teilvermögen Verkehr u.a.
- Kontrakt mit der BSAG: Entsprechend der Koalitionsvereinbarung wird eine weitere Reduzierung des jährlichen Defizitausgleiches unter Beibehaltung des Leistungsniveaus bei der BSAG betrieben. Der hierfür erforderliche Abschluss einer Folgevereinbarung wird angestrebt.
- Planung und Management der Straßeninfrastruktur: Es sollen transparente Strukturen und durchgängige Prozesse im Gesamtthema Straßeninfrastruktur entwickelt und umgesetzt werden. Die inhaltliche Ausrichtung soll auf den Werterhalt des Vermögens Infrastruktur, auf Nachhaltigkeit und eine der Größe und dem Bedarf Bremens angemessene Infrastruktur sowie deren optimierten Betrieb konzentriert sein.
- Bahnübergänge Oberneuland
- Ortsentlastungsstraße Weyhe/Dreyhe
- BAB 281

Langfristige Perspektiven:

Weiterführen des Kontraktmanagements mit der BSAG und des Projektes "Planung und Management der Straßeninfrastruktur".

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	7.045	6.625	7.174	
Investive Einnahmen	24.042	23.865	23.251	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	31.087	30.490	30.425	
Personalausgaben	15.564	15.601	16.028	
Sonst. konsumtive Ausgaben	105.551	107.207	61.361	
Zinsausgaben	367	367	367	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	79.709	80.011	57.264	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	58.279	
Gesamtausgaben	201.191	203.186	193.299	
Saldo	-170.104	-172.696	-162.874	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	15,45	15,01	15,74	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	26.000			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	225,4	235,2	242,1	
Personalbestand	219,7	226,4	230,0	
=> Netto-Personalbedarf	5,6	8,8	12,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	7,4	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	24,1	
Frauenquote	50,0	50,0	28,5	
Teilzeitquote	35,0	35,0	19,6	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	7,8	

C. Erläuterungen zu 1. A-B

B. Erläuterungen zu 2.

Produktgruppe: 68.01.01	Verantwortlich: Wunderlich
ÖPNV / Konsumtive Finanzhilfen	
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 68.01	Verantwortlich: Wunderlich
Verkehr / ÖPNV	
Produktplan: 68	Verantwortlich: Senator Dr. Loske
Umwelt, Bau, Verkehr u. Europa	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
- Finanzhilfen zu den Betriebskosten des SPNV, zur Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im ÖPNV und zur Kooperationsförderung. - Finanzhilfen für Aufwendungen im ÖPNV, die durch Fahrgeldeinnahmen nicht gedeckt sind (Beiträge zur VBN, Ausgleichszahlungen im Schülerverkehr und Erstattung von Fahrgeldausfällen nach dem Schwerbehindertengesetz). - Verlustausgleich der BSAG.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Umsetzung der Regionalisierung des ÖPNV (einschließl. SPNV). - Sicherstellung einer ausreichenden und wirtschaftlichen Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistung im ÖPNV gemäß Nahverkehrsplan. - Sicherstellung der Erreichbarkeit in der Region. - Verringerung der Umweltbelastung und des Unfallrisikos. - Reduzierung des Verlustausgleiches bei der BSAG unter Beibehaltung des Verkehrsangebotes (Quantität, Qualität).	
Auftragsgrundlage:	
Gesetz zur Regionalisierung des öffentlichen Personenverkehrs (Regionalisierungsgesetz) vom 27.12.1996, in der Fassung vom 26.06.2002, Gesetz über den öffentl. Personennahverkehr im Land Bremen vom 15.05.1995, § 45a Personenbeförderungsgesetz, § 62 Schwerbehindertengesetz. Verbandssatzung f. d. ZVBN, Rahmenvertrag zwischen ZVBN u.d. VBN-GmbH vom 12.12.1996, Gesellschaftsvertrag d. Bremer Versorgungs- u. Verkehrsgesellschaft (BVV) vom 22.12.1982, Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vom 22.12.1982 i.V.m. der Mitt. d. Sen.f.Finzen vom 22.12.1982 über die Verlustabdeckung der BVV, Investitionsvertrag zwischen dem Betrieb gewerb. Art "Bau u. Vermietung von Nahverkehrsanlagen d. Freien Hansestadt Bremen-Stadtgemeinde" und der BSAG vom 13.11.1973 i.d.F. vom 11.12.1996, Nahverkehrsplan in der jeweils gültigen Fassung, Vergabegesetz für das Land Bremen vom 12.02.2002	
Zuzuordnende Kapitel:	
0680; 0681; 0687; 3681	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anz. beförderte Pers. im VBN	[PRS]	137400.000,000	136300.000,000	137000.000,000	
Bestellte Zug-km im SPNV im Land	[KM]	2.850.000	2.850.000	2.800.000	
Anz. SchülerInnen in Bremen	[PRS]	18.400.000,000	18.800.000,000	19.400.000,000	
Anz. Schwerbeh. unentgeltl.Benutz. ÖPNV	[PRS]	32.000,000	32.000,000	31.459,000	
Verlustausgleich BSAG	[EUR]	54.700.000,00	0,00	52.693.000,00	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Vergleichskennzahlen aus dem Benchmark-Bericht werden nicht aufgeführt, da keine aktuellen Daten vorliegen.					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	290	0
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	290	0
Personalausgaben	2.030	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	10.321	38.995
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	11.732
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	12.351	50.727
Saldo	-12.061	-50.727
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	29,8	0,0
Personalbestand	27,7	0,0
=> Netto-Personalbedarf	2,1	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011
Anz. SchülerInnen in Bremen [PRS]	18.400.000,000	
Anz. Schwerbeh. unentgeltl.Benutz. ÖPNV [PRS]	32.000,000	
Verlustausgleich BSAG [EUR]	54.700.000,00	
Bestellte Zug-km im SPNV im Land [KM]	2.850.000	
Anz. beförderte Pers. im VBN [PRS]	137400.000,000	

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 68.01.02

Verantwortlich: N.N.

Öffentliche Verkehrswege / Finanzhilfen

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 68.01

Verantwortlich: Wunderlich

Verkehr / ÖPNV

Produktplan: 68

Verantwortlich: Senator Dr. Loske

Umwelt, Bau, Verkehr u. Europa

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

- Planung, Bau, Erhaltung und Betrieb von Straßen, Wegen, Plätzen, Ingenieurbauwerken und Lichtsignalanlagen.
- Planung, Bau und Erhaltung der öffentlichen Beleuchtung.
- Straßenreinigung.
- Entwässerung der Verkehrsflächen.
- Auftragsverwaltung für den Bund.
- Planung, Bau, Erhaltung von Bundesfernstraßen (Personal- u. Sachkosten).
- Planung, Bau, Erhaltung von Anlagen des ÖPNV.
- Finanzhilfen für Planung und Bau von Verkehrsanlagen.
- Bewirtschaftung, Entwicklung und Erhalt von Anlagegütern im Teilvermögen Verkehr des Sondervermögens Infrastruktur.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Verbesserung der Erreichbarkeit in der Region.
- Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Verkehrssysteme.
- Sicherung der Qualität von Erschließungsanlagen.
- Erhöhung der Verkehrssicherheit.
- Erhalt der technischen Vermögenswerte der Verkehrsinfrastruktur
- Weiterentwicklung der systematischen Verzahnung des komplexen Projekt- und Finanzcontrollings für Verkehrsinfrastruktur-Projekte und
- Maßnahmen unter Einbeziehung der beiden Steuerungsebenen Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa und Amt für Straßen- und Verkehr

Auftragsgrundlage:

Konkrete rechtl. Grundlagen (Gremienbeschlüsse); Artikel 90 Grundgesetz; Bundesfernstraßengesetz; 1. und 2. AVVFSTR; Bundesfernstraßenvermögensgesetz; BHO; VV-BHO; Erlasse des BMF und des BMVBW; Regionalisierungsgesetz; Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Haushaltsgesetz; LHO; RL-Bau; Landesstraßengesetz; BremÖPNVG; Baugesetzbuch; WA-Programm; ISP; AIP; Investitionsvertrag (BSAG); Straßenbenutzungsvertrag (BSAG); Eisenbahnkreuzungsgesetz; Sondervermögen

Zuzuordnende Kapitel:

0687; 3681; 3687

D. Erläuterungen zu 2. A-C

-708-

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	1.360	5.395
Investive Einnahmen	23.042	1.000
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	24.402	6.395
Personalausgaben	0	13.533
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.502	54.733
Zinsausgaben	367	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	34.125	33.852
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	35.994	102.118
Saldo	-11.592	-95.723
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	26.000
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	195,5
Personalbestand	0,0	192,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	3,5
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011
Unterhaltsausgaben je m2 Straße [EUR]		0,46
Straßenreinigung-u.Abwasserausg. je m2 [EUR]		2,09
Anzahl Verkehrsanordnungen [ST]		400,000
Anzahl Ausnahmegenehmigungen [ST]		5.220,000
Anzahl Baustellenanordnungen [ST]		1.400,000
Erhaltungsausgaben je m2 Straße [EUR]		0,18
Anz. Bewohner-/ Gewerbeparkgenehmigungen [ST]		3.600,000
Anzahl Schwertransportgenehmigungen [ST]		3.000,000
Anzahl Zustimmungen zu Schwertransporten [ST]		18.000,000
Anteil Ausnahmegenehmig. Umweltzone [ST]		1.305,000
Anteil Ausnahmegenehmig. Weserstadion [ST]		522,000
Entwickl. techn.Vermögensverlust Straßen [EUR]		15.400.000,00

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Fachliche Verantwortung und Steuerung in den Aufgabenbereichen Städtebau, Stadtumbau, Bau- und Wohnungswesen (zum Teil für Land und Stadtgemeinde Bremen) durch:

- Sicherung der Gestaltqualität im öffentlichen Raum
- Stärkung der Zentren- und Innenentwicklung im Rahmen von Schwerpunktprogrammen (u. a. Stadtteilprogramme, Baulückenprogramme und Stadt-Wohn-Programme)
- Stabilisierung nachhaltiger Stadtstrukturen und Aufwertung von Gebieten mit besonderen Entwicklungsbedarfen (Städtebauförderungsprogramme)
- Förderung von Maßnahmen des Wohnungsbaus, vorrangig im Mietwohnungsbestand zur Anpassung an die Anforderungen des demographischen Wandels (Abbau von Barrieren) und des Klimaschutzes (Wohnraumförderprogramme)
- Wirtschaftliche Absicherung des Wohnens durch Gewährung von Wohngeld (Wohngeldgesetz des Bundes)
- Allgemeine baufachliche Regelungen für den öffentlichen Hochbau (insbesondere Baustandards)

Stadtentwicklung / Stadtplanung / Bauordnung:

- Förderung der Kooperation mit den Umlandgemeinden und der Region.
- Steuerung der gesamtstädtischen Entwicklung.
- Gestaltung der städtebaulichen Entwicklung und Gestaltung der Stadt.
- Durchführung der Genehmigungs- und Freistellungsverfahren für bauliche Vorhaben sowie Bauüberwachung.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Städtebau / Stadtumbau / Wohnungswesen: Schwerpunkte sind die Sicherung der Gestaltqualität und die Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Raumes. Mit der Neuvergabe der Werberechte im öffentlichen Raum soll eine Optimierung der Werbeträger und der Ertragspotentiale erzielt werden. Stärkung der Zentren in den Stadtteilen, der Innenentwicklung durch Stadt-Wohn-Programme und Aktivierung von zentrennahen Wohnungsangeboten. Dabei sollen Projekte des gemeinschaftlichen Bauens und Wohnens unterstützt werden.

Mit den Förderprogrammen EFRE und WiN/ Soziale Stadt und dem Einsatz der Programme der Städtebauförderung in Verbindung mit dem besonderen Städtebaurecht hat Bremen erfolgreiche strategische Instrumente zur Stabilisierung und Stärkung von Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf. Als Schwerpunkte im Rahmen der Programme Städtebauförderung und Stadtumbau sind neben den Gebieten Lüssum-Bockhorn und Walle zusätzlich die Quartiere Hohentor und Huckelriede als Fördergebiete festgelegt worden.

Wesentliches Ziel ist die Entwicklung nachhaltiger Stadtstrukturen und dabei insbesondere die Förderung der sozialen Integration unter Beteiligung der Bewohner in den jeweiligen Stadtteilen, die Verbesserung der Infrastruktur sowie die Stärkung der baulichen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen. Ein weiteres Ziel ist die Umsetzung des Baulückenprogramms.

Die Wohnraumförderung soll ein bezahlbares generationengerechtes Mietwohnangebot gewährleisten. Die Schwerpunkte der Förderung liegen weiterhin im Mietwohnungsbestand, wobei der Beseitigung von Barrieren eine besondere Beachtung zukommt. Im Neubau sollen vorrangig Modellvorhaben gefördert werden. Dabei sollen ökologische Belange in besonderer Weise berücksichtigt werden. Das Wohngeld dient als einkommensabhängige Sozialleistung der wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens.

Stadtentwicklung / Stadtplanung / Bauordnung: Im Aufgabenbereich Bauordnung geht es insbesondere um die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (Leben und Gesundheit) bei Errichtung, Änderung und Instandhaltung baulicher Anlagen. Die Einhaltung der Vorschriften wird teilweise präventiv im Rahmen von Genehmigungsverfahren geprüft, teilweise auch unmittelbar durch ordnungsbehördliche Maßnahmen durchgesetzt. Durch Bauberatung sowie städtebauliche Verträge und die Beteiligung an Wettbewerbsverfahren wird außerdem die gestalterische und energetische Optimierung von Vorhaben angestrebt.

In den Aufgabenbereichen Stadtplanung und Stadtentwicklung stehen folgende Projekte im Vordergrund:

- Aufstellung eines neuen Flächennutzungsplanes, insbesondere mit dem Ziel der Innenentwicklung
- Entwicklung der Überseestadt zu einem neuen Stadtteil, geprägt von einer lebendigen Mischung aus Wohnen, Dienstleistung, Freizeiteinrichtungen, Gewerbe und Einzelhandel
- Entwicklung eines städtebaulichen Konzepts für die freiwerdenden Flächen auf dem Gelände des Klinikums Bremen-Mitte
- Umsetzung des Rahmenplans für das neue Wohnquartier auf dem Stadtwerder.

Langfristige Perspektiven:

- Strukturwandel planerisch begleiten (z.B. Brachen revitalisieren)
- Umlandkooperation ausbauen (gemeinsame Projekte)
- Rahmenbedingungen für generationengerechte und bezahlbare Wohnungsangebote schaffen
- Genehmigungsverfahren beschleunigen
- Kundenorientierung ausbauen
- Sozialen Zusammenhalt in den Stadtteilen und Quartieren sichern
- Innenentwicklung stärken
- Nachhaltiges Bauen entwickeln

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	18.314	13.369	13.131	
Investive Einnahmen	2.898	2.656	3.322	
Verrechnungen/Erstattungen	3.068	3.068	3.068	
Gesamteinnahmen	24.280	19.093	19.521	
Personalausgaben	19.244	12.129	12.365	
Sonst. konsumtive Ausgaben	26.771	22.874	37.067	
Zinsausgaben	1.000	1.000	1.017	
Tilgungsausgaben	928	4.991	5.119	
Investive Ausgaben	9.178	9.085	4.738	
Verrechnungen/Erstattungen	8	2	1.244	
Gesamtausgaben	57.129	50.081	61.550	
Saldo	-32.849	-30.988	-42.029	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	42,50	38,12	31,72	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	329,0	222,1	228,7	
Personalbestand	316,9	215,2	209,7	
=> Netto-Personalbedarf	12,1	6,9	19,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	5,3	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	33,1	
Frauenquote	50,0	50,0	56,7	
Teilzeitquote	35,0	35,0	35,0	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	7,8	
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Neueingänge Bauanträge	[ST]	1.900,000	1.900,000	1.964,000	
Genehmigtes Bauvolumen	[EUR]	365.000.000,00	365.000.000,00	499.181.303,00	
Ha der Bebauungspläne	[HAR]	105	115	134	
Erstbewilligung Mietwhg. u. Eigentum	[ST]	0,000	0,000	64,000	
Zu bearb. WiN-Anträge Anzahl	[ST]	240,000	240,000	244,000	
Zu bearb. WiN-Anträge bewillig. Volumen	[EUR]	1.425.000,00	1.425.000,00	1.126.970,00	
Empfänger Wohngeldzahlungen	[ST]	9.220,000	8.500,000	7.829,000	

B. Erläuterungen zu 2.

Produktgruppe: 68.02.01	Verantwortlich: Schroeder
Wohngeld (bis 2009)	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 68.02	Verantwortlich: Höing
Fachbereich Bau und Stadtentwicklung	
Produktplan: 68	Verantwortlich: Senator Dr. Loske
Umwelt, Bau, Verkehr u. Europa	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Wohngeld ist eine einkommensabhängige Sozialleistung. Wohngeld wird auf Antrag in Form von Mietzuschuss oder als Lastenzuschuss (für selbstgenutztes Wohneigentum) geleistet. Wohngeld wird je zur Hälfte von Bund und Land getragen.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Das Wohngeld dient der wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens. Nach Wirksamwerden der Hartz IV-Gesetzgebung ab 01.01.2005 erhalten Transferleistungsempfänger kein Wohngeld mehr; ihre Wohnkosten werden abschließend vom jeweiligen Transferleistungsträger im angemessenen Rahmen übernommen.	
Auftragsgrundlage:	
Wohngeldgesetz, § 7 Sozialgesetzbuch (SGB I)	
Zuzuordnende Kapitel:	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	0	0	0	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	0	0	0	
Saldo	0	0	0	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

A. Leistungsziele/-kennzahlen

Durchschn. mtl. Wohngeld Land (MZ+LZ)	[EUR]	128,00
Empf. von Mietzuschuss (MZ) im Land	[ST]	7.239,000
Empf. von Lastenzuschuss (LZ) im Land	[ST]	590,000
Antragseingänge für Wohngeld in Bremen	[ST]	14.174,000
Bescheide für Wohngeld in Bremen	[ST]	21.179,000
Negative Bescheide f. Wohngeld in Bremen	[ST]	6.443,000

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken

C. Vergleichskennzahlen

C. Vergleichskennzahlen							

D. Erläuterungen zu 3. A-C

Produktgruppe: 68.02.02

Verantwortlich: Gerken

Wohnraumförderung (bis 2009)

1. Basisinformationen

Produktbereich: 68.02

Verantwortlich: Höing

Fachbereich Bau und Stadtentwicklung

Produktplan: 68

Verantwortlich: Senator Dr. Loske

Umwelt, Bau, Verkehr u. Europa

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

- Neue Programme: Eigentumsförderung (Neubau und Bestand), Mietwohnungsförderung (Modernisierungen im Bestand und Modellvorhaben im Neubau), auch durch Baulückenförderung
- Abwicklung bestehender Förderungsverhältnisse: Neufestsetzung von Aufwendungszuschüssen im Rahmen des Mietgrenzensystems, Modernisierungen im geförderten Mietwohnungsbestand, Abschluss von Kooperationsverträgen
- Überwachung der Zweckbindung: Erteilung von Wohnberechtigungsscheinen, Erteilung von Einkommensbescheinigungen für die Neufestsetzung von Aufwendungszuschüssen, Überwachung der Zweck- und Mietbindung im geförderten Wohnungsbau

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Wohnungsbau ist ein wesentlicher Beitrag zur Steigerung der Attraktivität Bremens als Wohn- und Wirtschaftsstandort. Ohne ein bezahlbares generationengerechtes Wohnungsangebot in lebenswerten Wohnquartieren ist auch eine nachhaltige, erfolgreiche Wirtschafts- und Arbeitsplatzentwicklung nicht erreichbar. Aufgrund der Entwicklungen am Wohnungsmarkt soll der Schwerpunkt der Förderung zukünftig im Bestand liegen und ökologische Belange besonders berücksichtigen.

Aufgrund dieser Zielsetzungen soll die Wohnraumförderung dazu beitragen:

- benachteiligte Wohnquartiere aufzuwerten und zu stabilisieren,
- die Versorgung von Haushalten mit geringem Einkommen zu verbessern,
- Anreize für Modernisierungen zu bieten, die der Energieeinsparung dienen,
- Anreize für die Umsetzung von Modellbauvorhaben zu bieten.

Die Überwachung der Zweckbindung im geförderten Wohnungsbau ist eine gesetzliche Pflichtaufgabe. Sie hat zum Ziel, die Umsetzung der o.g. Zielsetzungen auf Dauer sicher zu stellen.

Auftragsgrundlage:

- Wohnraumförderungsgesetz
- Zweites Wohnungsbaugesetz nebst Ausführungsgesetzen und -verordnungen
- Wohnungsbindungsgesetz
- bremische Förderrichtlinien
- Gesetz zur Übertragung von Aufgaben staatlicher Förderung auf juristische Personen des privaten Rechts nebst Beleihungsverträgen mit der Bremer Investitions-Gesellschaft GmbH und der Bremer Aufbau-Bank GmbH

Zuzuordnende Kapitel:

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	0	0	0	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	0	0	0	
Saldo	0	0	0	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	6,3	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	6,3	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	0,0	0,0	0,0	
Beschäftigte über 55 Jahre	0,0	0,0	53,6	
Frauenquote	0,0	0,0	68,3	
Teilzeitquote	0,0	0,0	63,3	
Schwerbehindertenquote	0,0	0,0	10,9	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Wohnberechtigungsscheine	[ST]			2.485,000	
Einkommensbeschein. Für Neufestset.v. AZ	[ST]			657,000	
Erteilte wohnwirtschaftl. Genehmigungen	[ST]			903,000	
Erteilte Freistellungen	[ST]			201,000	
Erstbewilligung Mietwohnungen	[ST]			64,000	
Weitergewährung Aufwendungszuschuss	[ST]			8.000,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Produktgruppe: 68.02.03	Verantwortlich: Jüngst
Stadtumbau (bis 2009)	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 68.02	Verantwortlich: Höing
Fachbereich Bau und Stadtentwicklung	
Produktplan: 68	Verantwortlich: Senator Dr. Loske
Umwelt, Bau, Verkehr u. Europa	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Eine kontinuierliche und aktive Politik der Stadterneuerung und Stadtentwicklung bewirkt eine erfolgreiche Umkehr der negativen Entwicklung bestehender Ortskerne, Stadtteilzentren und anderer strukturell zu überplanender Gebiete. Bauliche Mängel und soziale Probleme sind Gegenstand einer nachhaltigen Stadterneuerungsstrategie, die sich u.a. auf das Instrumentarium der Städtebauförderung stützt. Der ganzheitliche Ansatz der städtebaulichen Erneuerung führt neben der baulichen auch zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensverhältnisse. Mit den Programmen EFRE und WiN/Soziale Stadt, dem Einsatz von Städtebauförderungsmitteln und dem Städtebaurecht hat Bremen erfolgreiche Programme zur Stabilisierung und Entwicklung von benachteiligten Gebieten vorzuweisen. Die Umsetzung des Baulückenprogramms trägt zur Nachverdichtung entlang der innerstädtischen Infrastrukturaachsen und der Innenentwicklung bei.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation, Wohnen und Arbeiten in der Stadt - Verbesserung der Standortqualität "lebenswerte Stadt" als Wettbewerbsfaktor (regional, überregional) - Förderung der sozialen Integration unter Beteiligung der Bewohner in den Stadtteilen - Verbesserung der Infrastruktur, Stärkung der baulichen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen (Wohnen, Gewerbe, Dienstleistung) - Schließung von Baulücken - Beiträge zur Flächenmobilisierung (u.a. Innenverdichtung, Brachenentwicklung, Baulücken incl. Nachverdichtung an Infrastrukturaachsen) - Entwicklung neuer Baugebiete (insbesondere durch städtebauliche Entwicklungsbereiche)	
Auftragsgrundlage:	
u.a. Baugesetzbuch (BauGB)	
Zuzuordnende Kapitel:	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	0	0	0	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	0	0	0	
Saldo	0	0	0	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Zu bearb. WiN-Anträge Anzahl	[ST]			244,000	
Zu bearb. WiN-Anträge bewillig. Volumen	[EUR]			1.126.970,00	
Anz.Genehm. i.Sanierungsgeb. u. Entw.b.	[ST]			221,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Produktgruppe: 68.02.05

Verantwortlich: Viering

Stadtentwicklung/-planung/Bauordnung

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 68.02

Verantwortlich: Höing

Fachbereich Bau und Stadtentwicklung

Produktplan: 68

Verantwortlich: Senator Dr. Loske

Umwelt, Bau, Verkehr u. Europa

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

- Förderung der Kooperation mit den Umlandgemeinden und der Region.
- Steuerung der gesamtstädtischen Entwicklung.
- Gestaltung der städtebaulichen Entwicklung und Gestaltung der Stadt.
- Durchführung der Genehmigungs- und Freistellungsverfahren für bauliche Vorhaben sowie Bauüberwachung.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Planerisch werden Lösungen erarbeitet, die mit den Bürgern, den politischen Gremien und den Dienststellen erörtert werden. Kern der abschließenden Entscheidung ist die Abwägung aller betroffenen Belange.

Im Aufgabenbereich Bauordnung geht es insbesondere um die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (Leben und Gesundheit) bei Errichtung, Änderung und Instandhaltung baulicher Anlagen. Die Einhaltung der Vorschriften wird teilweise präventiv im Rahmen von Genehmigungsverfahren geprüft, teilweise auch unmittelbar durch ordnungsbehördliche Maßnahmen durchgesetzt. Durch Bauberatung sowie städtebauliche Verträge und die Beteiligung an Wettbewerbsverfahren wird außerdem die gestalterische und energetische Optimierung von Vorhaben angestrebt.

Auftragsgrundlage:

Das öffentliche Baurecht ist dreigeteilt. Es besteht aus den bundesrechtlichen Bestimmungen zur Nutzung von Grund und Boden (Baugesetzbuch; Raumordnungsgesetz etc.), den Bebauungsplänen als kommunale Satzungen sowie aus der Landesbauordnung (BremLBO), deren Regelungen sich insbesondere auf bauliche Anlagen beziehen (Gefahrenabwehr; soziale Standards etc.) und die Verfahren zu deren Genehmigung regeln.

Zuzuordnende Kapitel:

0680; 0681; 3681; 3682

A. KAMERALE FINANZDATEN (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	5.011	4.897	5.007	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	5.011	4.897	5.007	
Personalausgaben	7.082	6.932	6.701	
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.836	7.028	7.520	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	382	692	348	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	9.300	14.652	14.569	
Saldo	-4.289	-9.755	-9.562	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	53,88	33,42	34,37	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal konsumtiv investiv	0 0 0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	117,2	121,7	122,6	
Personalbestand	112,5	110,8	112,3	
=> Netto-Personalbedarf	4,8	10,9	10,3	
Personalstruktur (in %) (Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5		
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5		
Frauenquote	50,0	50,0		
Teilzeitquote	35,0	35,0		
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0		
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Zahl d. erteilten Baufreig. §66 BremLBO	[ST]	230,000	230,000	137,000	
Anzahl der erteilten Baugenehmigungen	[ST]	1.200,000	1.200,000	707,000	
Genehmigtes Bauvolumen	[EUR]	350.000.000,00	350.000.000,00	238.548.060,00	
Deputationsvorlagen für Bebauungspläne	[ST]	50,000	50,000	16,000	
Ha der Bebauungspläne	[HAR]	100	100	74	
Neueingänge Bauanträge	[ST]	1.600,000	1.600,000	816,000	
Bauordnungsbehördliche Verfahren	[ST]	3.200,000	3.200,000	1.775,000	
Zahl d. erteilten Baufreig. §66 BremLBO	[ST]			113,000	
Anzahl der erteilten Baugenehmigungen	[ST]			669,000	
Genehmigtes Bauvolumen	[EUR]			228.983.940,00	
Deputationsvorlagen für Bebauungspläne	[ST]			25,000	
Neueingänge Bauanträge	[ST]			908,000	
Bauordnungsbehördliche Verfahren	[ST]			1.742,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	0	5.011
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	0	5.011
Personalausgaben	7.082	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.251	585
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	332	50
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	8.665	635
Saldo	-8.665	4.376
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	117,2	0,0
Personalbestand	112,5	0,0
=> Netto-Personalbedarf	4,8	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011
Zahl d. erteilten Baufreig. §66 BremLBO [ST]		230,000
Anzahl der erteilten Baugenehmigungen [ST]		1.200,000
Bauordnungsbehördliche Verfahren [ST]		3.200,000
Neueingänge Bauanträge [ST]		1.600,000
Genehmigtes Bauvolumen [EUR]		350.000.000,00
Ha der Bebauungspläne [HAR]		100
Deputationsvorlagen für Bebauungspläne [ST]		50,000

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 68.02.06

Verantwortlich: Bluhm

Städtebau/Stadtumbau/Wohnungswesen

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 68.02

Verantwortlich: Höing

Fachbereich Bau und Stadtentwicklung

Produktplan: 68

Verantwortlich: Senator Dr. Loske

Umwelt, Bau, Verkehr u. Europa

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Fachliche Verantwortung und Steuerung in den Aufgabenbereichen Städtebau, Stadtumbau, Bau- und Wohnungswesen (zum Teil für Land und Stadtgemeinde Bremen) durch:

- Sicherung der Gestaltqualität im öffentlichen Raum (insbesondere Werbeanlagen)
- Stärkung der Zentren- und Innenentwicklung im Rahmen von Schwerpunktprogrammen (u. a. Stadtteilprogramme, Baulückenprogramme und Stadt-Wohn-Programme)
- Stabilisierung nachhaltiger Stadtstrukturen und Aufwertung von Gebieten mit besonderen Entwicklungsbedarfen (Städtebauförderungsprogramme)
- Förderung von Maßnahmen des Wohnungsbaus, vorrangig im Mietwohnungsbestand zur Anpassung an die Anforderungen des demographischen Wandels (Abbau von Barrieren) und des Klimaschutzes (Wohnraumförderprogramme)
- Wirtschaftliche Absicherung des Wohnens durch Gewährung von Wohngeld (Wohngeldgesetz des Bundes)
- Allgemeine baufachliche Regelungen für den öffentlichen Hochbau (insbesondere Baustandards)

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Städtebau: Schwerpunkte sind die Sicherung der Gestaltqualität und die Steigerung der Attraktivität des öffentl. Raumes. Dazu zählt die Neuvergabe der Werberechte im öffentl. Raum, hier soll eine Optimierung der Werbeträger und der Ertragspotentiale erzielt werden. Die Zentrenentwicklung und die Innenentwicklung für das zentrennahe Wohnen sollen im Rahmen von Programmen gestärkt werden.

Stadtumbau: Mit den Förderprogrammen EFRE und WiN/ Soziale Stadt und dem Einsatz der Programme der Städtebauförderung in Verbindung mit dem besonderen Städtebaurecht hat Bremen erfolgreiche strategische Instrumente zur Stabilisierung und Stärkung von Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf. Für die Fortsetzung sollen die Programme WiN/Soziale Stadt konzeptionell weiterentwickelt werden. Als Schwerpunkte für Städtebauförderung und Stadtumbau sind neben den Gebieten Lüssum-Bockhorn und Walle zusätzlich die Quartiere Hohentor und Huckelriede als Fördergebiete festgelegt worden. Das Baulückenprogramm wird fortgesetzt.

Wohnungswesen: Die Wohnraumförderung soll dazu beitragen, ein bezahlbares generationengerechtes Mietwohnangebot zu gewährleisten. Daher soll diese Förderung fortgesetzt werden.
Das Wohngeld dient als einkommensabhängige Sozialleistung der wirtschaftlichen Sicherung angemessen und familiengerechten Wohnens. Mit dem neuen Wohngeldgesetz des Bundes erhöhte sich ab 2009 die Zahl der antragsberechtigten Haushalte deutlich und auch die Wohngeldleistungen (in Form von Mietzuschuss bzw. als Lastenzuschuss für selbstgenutztes Eigentum) sind verbessert worden.

Bauwesen: Für den öffentlichen Hochbau werden allgemeine baufachliche Regelungen erarbeitet und fortgeschrieben.

Auftragsgrundlage:

Stadtumbau:
Baugesetzbuch, Verwaltungsvereinbarungen mit dem Bund, Landesförderprogramme der Städtebauförderung, Beschlüsse von Deputation und Bürgerschaft zu Fördergebieten und Förderprogrammen

Wohnungswesen:
Wohnraumförderungsgesetz, Bremisches Wohnungsbindungsgesetz, bremische Förderrichtlinien, Gesetz zur Übertragung von Aufgaben staatlicher Förderung auf juristische Personen des privaten Rechts nebst Beleihungsverträgen mit der Bremer Investitions-Gesellschaft GmbH und der Bremer Aufbau-Bank GmbH, Wohngeldgesetz, Sozialgesetzbuch (SGB I)

Zuzuordnende Kapitel:

0680; 0681; 0696; 0697; 3681; 3696

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011		Planung 2010		Ist 2009		
Wohnberechtigungsscheine	[ST]	2.200,000		2.500,000				
Einkommensbeschein. Für Neufestset.v. AZ	[ST]	800,000		800,000				
Erteilte wohnwirtschaftl. Genehmigungen	[ST]	700,000		800,000				
Erteilte Freistellungen	[ST]	150,000		150,000				
Zu bearb. WiN-Anträge Anzahl	[ST]	240,000		240,000				
Zu bearb. WiN-Anträge bewillig. Volumen	[EUR]	1.425.000,00		1.425.000,00				
Erstbewilligung Mietwohnungen	[ST]	150,000		150,000				
Weitergewährung Aufwendungszuschuss	[ST]	5.050,000		5.950,000				
Durchschn. mtl. Wohngeld Land (MZ+LZ)	[EUR]	140,00		140,00				
Empf. von Mietzuschuss (MZ) im Land	[ST]	8.600,000		7.880,000				
Empf. von Lastenzuschuss (LZ) im Land	[ST]	620,000		620,000				
Antragseingänge für Wohngeld in Bremen	[ST]	12.600,000		12.600,000				
Bescheide für Wohngeld in Bremen	[ST]	12.200,000		10.000,000				
Negative Bescheide f. Wohngeld in Bremen	[ST]	6.800,000		6.000,000				
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011		Planung 2010		Ist 2009		
C. Vergleichskennzahlen		Bremen St	Hamburg	Berlin	Düsseldor	Hannover	Dortmund	
Anz. Wohngeldempfängerhaushalte in 2007	[ST]	4.564	13.304	23.902	9.294	4.413	4.703	
Wohngeld: Empf. je 1.000 Einw. in 2007	[ST]	8,33	7,51	7,00	15,99	8,52	8,01	
D. Erläuterungen zu 3. A-C								
zu 3 C: Angaben aus Benchmark-Bericht 2008								

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	8.120	0
Investive Einnahmen	2.898	0
Verrechnungen/Erstattungen	3.068	0
Gesamteinnahmen	14.086	0
Personalausgaben	3.730	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	22.092	507
Zinsausgaben	1.000	0
Tilgungsausgaben	928	0
Investive Ausgaben	1.162	7.534
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	28.912	8.041
Saldo	-14.826	-8.041
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	71,6	0,0
Personalbestand	69,1	0,0
=> Netto-Personalbedarf	2,4	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011
Wohnberechtigungsscheine [ST]		2.200,000
Einkommensbeschein. Für Neufestset.v. AZ [ST]		800,000
Durchschn. mtl. Wohngeld Land (MZ+LZ) [EUR]	140,00	
Erstbewilligung Mietwohnungen [ST]	150,000	
Zu bearb. WiN-Anträge Anzahl [ST]	240,000	
Zu bearb. WiN-Anträge bewillig. Volumen [EUR]	1.425.000,00	
Weitergewährung Aufwendungszuschuss [ST]	5.050,000	
Antragseingänge für Wohngeld in Bremen [ST]	12.600,000	
Bescheide für Wohngeld in Bremen [ST]	12.200,000	
Negative Bescheide f. Wohngeld in Bremen [ST]	6.800,000	
Erteilte wohnwirtschaftl. Genehmigungen [ST]		700,000
Erteilte Freistellungen [ST]		150,000
Empf. von Mietzuschuss (MZ) im Land [ST]	8.600,000	
Empf. von Lastenzuschuss (LZ) im Land [ST]	620,000	

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 68.02.07

Verantwortlich: Donaubauer

Bauamt Bremen-Nord

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Produktbereich: 68.02

Verantwortlich: Höing

Fachbereich Bau und Stadtentwicklung

Produktplan: 68

Verantwortlich: Senator Dr. Loske

Umwelt, Bau, Verkehr u. Europa

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Aufgaben der Stadtentwicklung, Bauleitplanung, Stadtgestaltung und Bauordnung für den Stadtbezirk Bremen-Nord.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Bauamt Bremen-Nord

Das Bauamt Bremen-Nord erbringt als nachgeordnete Dienststelle des Senators für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa koordinierte Verwaltungsleistungen für Planungs- und Bauangelegenheiten im eigenen Zuständigkeitsbereich. In diesem Bereich ist es Ansprechpartner für die Bürger, die Unternehmen und die örtlichen politischen Gremien.

Stadtplanung

Sicherung der nachhaltigen Stadtentwicklung und städtebaulichen Ordnung unter Beachtung gestalterischer, funktionaler, sozialer, ökologischer und ökonomischer Belange im Rahmen der Bauleitplanung sowie bei Stellungnahmen zu Planungen und Maßnahmen anderer Stellen.

Schwerpunktprojekte der Stadtplanung werden u. a. die Entwicklung von Flächen der Kaisen-Kaserne zum Gesundheitspark, der Bremer Wollkämmerer (BWK) sowie des ehemaligen Bremer Vulkan sein.

Bauordnung

Förderung von Bauvorhaben und sonstiger baulicher Maßnahmen auf Grundlage der Sicherheitsvorschriften sowie unter Beachtung gestalterischer und ökologischer Gesichtspunkte im Rahmen der Verfahren nach der Bremischen Landesbauordnung und der begleitenden Bauberatung.

Auftragsgrundlage:

Geschäftsverteilungspläne des Senats, der senatorischen Dienststelle und des Bauamtes Bremen-Nord, Baugesetzbuch, Bremische Landesbauordnung sowie die jeweils ergänzenden Rechtsvorschriften.

Zuzuordnende Kapitel:

3691

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)		Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen		335	353	495	
Investive Einnahmen		0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen		0	0	0	
Gesamteinnahmen		335	353	495	
Personalausgaben		1.549	1.526	1.666	
Sonst. konsumtive Ausgaben		208	237	215	
Zinsausgaben		0	0	0	
Tilgungsausgaben		0	0	0	
Investive Ausgaben		9	9	30	
Verrechnungen/Erstattungen		2	2	2	
Gesamtausgaben		1.768	1.774	1.913	
Saldo		-1.433	-1.421	-1.418	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %		18,95	19,90	25,88	
Verpflichtungsermächtigungen		Anschlag 2011			
Personal		0			
konsumtiv		0			
investiv		0			
B. Personaldaten		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl		24,9	26,0	26,9	
Personalbestand		22,7	28,4	28,2	
=> Netto-Personalbedarf		2,2	- 2,4	- 1,3	
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre		22,5	22,5		
Beschäftigte über 55 Jahre		17,5	17,5		
Frauenquote		50,0	50,0		
Teilzeitquote		35,0	35,0		
Schwerbehindertenquote		6,0	6,0		
C. Kapazitätsdaten		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C					

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Ha der Bebauungspläne	[HAR]	15	15	60	
Deputationsvorlagen für Bebauungspläne	[ST]	15,000	15,000	18,000	
Neueingänge Bauanträge	[ST]	300,000	300,000	240,000	
Anzahl der erteilten Baugenehmigungen	[ST]	200,000	200,000	183,000	
Zahl d. erteilten Baufreig. §66 BremLBO	[ST]	30,000	30,000	51,000	
Bauordnungsbehördliche Verfahren	[ST]	150,000	150,000	149,000	
Genehmigtes Bauvolumen	[EUR]	15.000.000,00	15.000.000,00	31.649.303,00	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Produktgruppe: 68.02.08	Verantwortlich: N.N.
Landesamt für GeoInformation	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 68.02	Verantwortlich: Höing
Fachbereich Bau und Stadtentwicklung	
Produktplan: 68	Verantwortlich: Senator Dr. Loske
Umwelt, Bau, Verkehr u. Europa	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
- Führung des Liegenschaftskatasters - Landesvermessung (Raumbezug und Geotopographie) - Bodenordnung - Erzeugung, Führung und Bereitstellung von Geobasisdaten - Wertermittlung von Immobilien - Geodateninfrastruktur (GDI) - Sonderaufgaben für den Bund aus dem Bereich der Liegenschaftsverwaltung	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Nachweis des Eigentums an Grund und Boden, im Rahmen der Daseinsvorsorge sowie der Landesverteidigung, des Umwelt- und Katastrophenschutzes. - Basisfunktion für alle raumbezogenen Fach- und Informationssysteme. - Bedarfsgerechte Bereitstellung von Daten für öffentliche und private Planungs- und Bauvorhaben, den Grundstücks- und Immobilienverkehr. - Länderübergreifende Zusammenarbeit im amtlichen deutschen Vermessungswesen mit den Zielen einer weitgehenden Harmonisierung und Einheitlichkeit. - Bewertung von Grundstücken und Gebäuden. - Schaffung einer erhöhten Transparenz auf dem Grundstücksmarkt. - Koordinierung der Geodateninfrastruktur für die Freie Hansestadt Bremen (GDI-FHB). - Konzeption, Entwicklung und Betrieb von geographischen Informationssystemen. - Erstellung von Unschädlichkeitszeugnissen für die freiwillige Gerichtsbarkeit. - Durchführung von Bodenordnungsverfahren.	
Auftragsgrundlage:	
Landeshaushaltsordnung (§ 64), Vermessungs- und Katastergesetz, Flurbereinigungsgesetz, Baugesetzbuch, Geodatenzugangsgesetz, Verwaltungsvereinbarung GDI-DE, Richtlinie 2007/2/EG Schaffung einer Geodatenstruktur in der EU (INSPIRE), Richtlinie für die Durchführung von Bauvorhaben des Bundes (RBBau), Erlasse des BMVBS und des BMVg.	
Zuzuordnende Kapitel:	
0682	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	4.848	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	4.848	0	0	
Personalausgaben	6.882	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.129	0	0	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	91	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	7	0	0	
Gesamtausgaben	9.109	0	0	
Saldo	-4.261	0	0	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	53,22	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	115,3	0,0	0,0	
Personalbestand	112,6	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	2,7	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5			
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5			
Frauenquote	50,0			
Teilzeitquote	35,0			
Schwerbehindertenquote	6,0			
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Migration auf ALKIS vorbereitete Fläche	[%]	25,00			
Ausgewertete Kaufverträge	[ST]	6.500,000			
Übernahmen von Liegenschaftsvermessungen	[ST]	1.000,000			
Einn. v. öffentli. Dienststellen GeoInfo	[EUR]	3.452.000,00			
Einnahmen von Privaten	[EUR]	1.830.000,00			
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Aufgaben des Naturschutzes, der Landschaftsplanung sowie der Wasserwirtschaft und des Hochwasser- und Gewässerschutzes (Wasserwirtschaft, Hochwasserschutz, Oberflächenwasserschutz, wasserrechtliche Verfahren, Mittelbezogener Gewässerschutz, Grundwasserschutz, Natur- und Landschaftsschutz, Biotop- und Artenschutz, Grünordnung, Schutzverordnungen) sowie der Abwasserwirtschaft

Aufgaben der Umweltwirtschaft, der Umweltkommunikation und -innovation, des Klimaschutzes, der Energiepolitik und Energieeffizienz, der Abfallwirtschaft, des Boden- und des Immissionsschutzes inkl. der Fragen zur nachhaltigen Mobilität

Förderung von Technologien und der angewandten Umweltforschung zur Ressourcenschonung und der Verringerung von Schadstoffemissionen

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- Optimierung der Planungs- und Genehmigungsprozesse im Umweltbereich, im Naturschutz, im Wasser- und Abwasser- sowie im Abfallbereich.
- Leistung von Beiträgen zum aktiven Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz und insgesamt zu einer nachhaltigen Entwicklung durch sparsame und effizientere Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen, verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe sowie Schadstoffminimierung.
- Schutz, Pflege, Entwicklung von Natur und Landschaft; Neuausrichtung und Restrukturierung des flächenbezogenen Umweltschutzes.
- Erhaltung und Entwicklung öffentlicher Grün- und Freiflächen für die verstärkte Nutzung durch die Öffentlichkeit.
- Schutz von Boden, Luft und Wasser
- Bereitstellung von umweltgerechten und wirtschaftlichen Entsorgungssystemen.
- Bereitstellung von Anreizinstrumenten im Bereich der Umweltinnovation und des Ressourcenschutzes.
- Entwicklung von Angeboten einer nachhaltigen Mobilität.
- Erreichung der Deichbestickhöhe gem Generalplan Küstenschutz auf der gesamten Deichlänge

Langfristige Perspektiven:

- Sicherung und Erhaltung einer lebenswerten Umwelt
- Erreichung der Klimaschutzziele

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	8.607	8.671	8.208	
Investive Einnahmen	7.120	7.120	7.380	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	58	
Gesamteinnahmen	15.727	15.791	15.646	
Personalausgaben	7.278	7.178	8.473	
Sonst. konsumtive Ausgaben	17.925	17.927	18.800	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	18.966	19.415	21.673	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	158	
Gesamtausgaben	44.169	44.520	49.104	
Saldo	-28.442	-28.729	-33.458	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	35,61	35,47	31,86	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	600			
investiv	4.296			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	87,9	91,8	90,1	
Personalbestand	95,4	98,5	99,1	
=> Netto-Personalbedarf	- 7,5	- 6,8	- 9,1	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	3,1	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	27,9	
Frauenquote	50,0	50,0	45,6	
Teilzeitquote	35,0	35,0	33,9	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	4,9	
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Anz. der Prüfungen auf Altlasten	[ST]	850,000	850,000	1.181,000	
CO2-Redukt. energiepol.Breitenförderpro.	[TO]	96.000	96.000	115.948	
Entwäss.-Gebühr-Entw. z.Bundesdurchschn.	[%]			120,00	
Öffentliche Grünanlagen	[HAR]	1.030	1.027	1.013	
Öffentliche Grünanlagen pro Einwohner	[M2]	18,84	18,78	18,53	
Gesamtausgaben aus der Abwasserabgabe	[EUR]	3.500.000,00	3.500.000,00	4.428.169,00	
Gesamtausgab. aus d.Wasserentnahmegebühr	[EUR]	3.950.000,00	3.950.000,00	2.967.672,00	
Kompensationsflächen	[HAR]	4.500	4.300	4.800	
Partnerschaft Umwelt untern.-Mitglieder	[ST]	144,000	132,000	107,000	
Car-Sharing-Nutzer/innen / 10.000 Einw.	[ST]	77,750	74,750	79,000	
Aufklärungsgespr.Umwelt-u.Ordnungsdienst	[ST]	600,000	6.000,000	5.104,000	
Hochwasserschutz	[%]	40,00	35,00		

B. Erläuterungen zu 2.

Die Kennzahl "Hochwasserschutz" beinhaltet die Erreichung der Deichbestickhöhe gem. Generalplan Küstenschutz auf der gesamten Deichlänge.

Produktgruppe: 68.03.01		Verantwortlich: Dr. Kellner-Stoll
Umweltwirtschaft / Energie / Ressourcen		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 68.03		Verantwortlich: Lübbing von Gaertner
Fachbereich Umwelt		
Produktplan: 68		Verantwortlich: Senator Dr. Loske
Umwelt, Bau, Verkehr u. Europa		
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:		
Klimaschutz, Ressourcenschutz, -effizienz und -einsparung, Förderung der Umweltwirtschaft: Strukturentwicklung, Standortprofilierung, Netzwerkarbeit, umweltorientierte Produkte und Prozesse, Umweltmanagementsysteme, Umwelttechnologieförderung Energiepolitik, CO₂-Reduktion, rationelle Energienutzung, regenerative Energien, Förderung von Umweltprojekten und freiwilligem Umweltengagement, Umweltberichterstattung, Luftreinhaltung, Maßnahmen zum Schutz vor Lärmeinwirkungen, umweltverträgliche Mobilität, Abfallwirtschaftsplanung, Abfallüberwachung, Genehmigung von Abfallentsorgungsanlagen, kommunale Entsorgung (öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger), Leitstelle Saubere Stadt Erfassung, Untersuchung, Sanierung und Überwachung von Altlasten, Bodeninformationssystem, vorsorgender Bodenschutz, UVP, Verfahrensmanagement		
Auftrag/Ziele/Perspektiven:		
Minderung der CO₂-Emissionen u. Einsparung nicht erneuerbarer Primärenergie, u.a. durch Steigerung der Energieeffizienz u. verstärkte Nutzung von erneuerbaren Energien. Auf- u. Ausbau von Umwelt entlastenden (Wirtschafts-)Strukturen z.B. durch Umweltmanagementsysteme oder Anreizinstrumente wie mit der "partnerschaft umwelt unternehmen". Verbesserung der Umwelt- u. Lebensqualität durch Innovation, Umweltverbrauch reduzierende Technologien u. verstärkte Kooperation zw. Forschungseinrichtungen u. Unternehmen, Förderprogramme wie PFAU u. angewandte Umweltforschung. Stärkung des gesellschaftlichen Umweltbewusstseins u. kontinuierliche Information über relevante Umweltdaten z.B. im Internet (BUI SY) u. regelmäßige Umweltberichterstattung. Unterstützung des freiwilligen Umweltengagements in Wirtschaft u. Gesellschaft z.B. durch Veröffentlichung von best practice-Beispielen, Netzbildungen, Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen u. im FÖJ. Förderung der Kreislaufwirtschaft durch Abfallvermeidung u. -verwertung, Sicherung einer umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen u. Beratung von Abfallerzeugern in Verbindung mit einer effektiven Abfallüberwachung v. Entsorgungsanlagen. Sicherung einer wirtschaftlichen u. umweltverträglichen kommunalen Abfallentsorgung durch Weiterentwicklung des bürgerfreundl. u. kostengünstigen Entsorgungssystems. Gewährleistung eines attraktiven Stadtbildes durch Maßnahmen zur Reinhaltung von Straßen u. Plätzen insbes. durch Einführung von Qualitätsstandards u. Verstetigung des Umwelt- u. Ordnungsdienstes. Verbesserung der Luftqualität u. Verringerung der Lärmbelastung durch Einhaltung von Qualitätszielen in Verkehr, Industrie u. Gewerbe u. Maßn. zur nachhaltigen Mobilität insbes. durch die Förderung einer umweltorientierten Mobilitätskultur mit verstärkter Car-Sharing-Nutzung u. Unterstützung umweltfreundl. Fahrzeugantriebe. Weiterf. der Luftreinhalte- u. Lärminderungsplanung u. Sicherung der entsprechenden Datenbasis mit dem Luftmessnetz. Förderung überregionaler u. europäischer Zusammenarbeit durch Netzwerke u. Modellprojekte, aktive Mitgliedschaft z.B. bei ICLEI oder Mitwirkung in EU-Projekten im Bereich nachhaltiger Mobilität, Klimaschutz u. Umweltengagement der Wirtschaft. Erfassung u. Darstellung der Bodensituation u.a. durch Erhebung, Sammlung u. Verfügbarmachung bodenrelevanter Daten, Bereitstellung der Informationen.		
Auftragsgrundlage:		
Internationale und europäische Programme, Konventionen und Vereinbarungen, Grün- und Weißbücher der EU Umwelt- und Energiegesetze der EU, des Bundes und des Landes Landesprogramme (inkl. Senatsstrategien, Koalitionsvertrag) und Förderrichtlinien Förderprogramme (EU, Bund) Selbstverpflichtungen auf EU-Ebene, im Bund oder Land (z.B. puu-Mitgliedschaft) vertragliche Bindungen (z.B. Straßenreinigung)		
Zuzuordnende Kapitel:		
0601; 0627; 0680; 3601; 3603; 3627		

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	771	835	474	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	771	835	474	
Personalausgaben	3.080	3.057	3.495	
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.137	2.114	2.268	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	4.380	4.705	5.305	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	11	
Gesamtausgaben	9.597	9.876	11.079	
Saldo	-8.826	-9.041	-10.605	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	8,03	8,45	4,28	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	600			
investiv	4.296			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	43,5	45,4	42,9	
Personalbestand	45,6	49,1	47,0	
=> Netto-Personalbedarf	- 2,1	- 3,8	- 4,1	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	2,1	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	22,9	
Frauenquote	50,0	50,0	52,2	
Teilzeitquote	35,0	35,0	35,1	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	5,3	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

C. Vergleichskennzahlen

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	85	686
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	85	686
Personalausgaben	3.080	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.083	1.055
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	4.130	250
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	8.293	1.305
Saldo	-8.208	-619
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	600	0
investiv	4.296	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	43,5	0,0
Personalbestand	45,6	0,0
=> Netto-Personalbedarf	- 2,1	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011
Umweltinspektionen Abfallentsorgungsanl. [ST]	13,000	
Monatl. Belegstatus beim FÖJ bei 35Plätz [PRS]	420,000	
Lärmbetroffene Einwohner 60 db(A) nachts [ST]	3.800,000	
Messungen der Altlastenüberwachungen [ST]	265,000	
Aufklärungsgespr. Umwelt-u. Ordnungsdienst [ST]	6.000,000	
Anteil Förderung an Gesamtkosten FV [%]	75,00	
Beschwerdeindex in 0/00 [ST]	0,350	
Anz. der Prüfungen auf Altlasten [ST]	850,000	
Car-Sharing-Nutzer/innen / 10.000 Einw. [ST]	77,750	
CO2-Redukt. energiepol. Breitenförderpro. [TO]	96,000	
Partnerschaft Umwelt untern.-Mitglieder [ST]	144,000	
Index Verfahrensschritte UVP [ST]	100,000	
jährl. Stromerzeug./Neue Windkraftanlagen [KWH]	48.000.000	

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 68.03.03		Verantwortlich: Musiol
Natur / Wasser		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 68.03		Verantwortlich: Lübbling von Gaertner
Fachbereich Umwelt		
Produktplan: 68		Verantwortlich: Senator Dr. Loske
Umwelt, Bau, Verkehr u. Europa		
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:		
Wasserwirtschaft: Hochwasserschutz, Küstenschutz, Grünordnungsstrategie für das Land Bremen und Bedarfsträger für öffentliche Grünanlagen, Parks, Kleingärten, Friedhöfe und Straßenbäume für die Stadtgemeinde Bremen Natur- und Landschaftsschutz: Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft Ökologisch orientierte Landwirtschaft; Forstwirtschaft (als oberste Forstbehörde für das Land Bremen); Jagd (als oberste Jagdbehörde für das Land Bremen); Rechtsangelegenheiten des Naturschutzes und der Landschaftspflege Bewirtschaftung, Entwicklung und Erhalt von Grünflächen im Teilvermögen Grün des Sondervermögens Infrastruktur		
Auftrag/Ziele/Perspektiven:		
- Erreichung des guten, ökologischen Zustands für alle Oberflächengewässer - Erreichung des guten, chemischen und mengenmäßigen Zustands des Grundwassers - Sicherung des Gewässernetzes (Gräben und Fleete) für die schadlose Ableitung des Niederschlagswassers - Sicherung der Küstenschutzanlagen und. Anpassung an veränderte Wasserstandssituationen - Sicherung einer wirtschaftlichen und umweltverträglichen Abwasserentsorgung - Schutz vor Risiken im Zusammenhang mit dem Umgang mit wassergefährdenden Stoffen - Weiterentwicklung und Umsetzung des Grün- und Freiraumkonzeptes - Steigerung der Attraktivität Bremer Parks und Grünanlagen; Veranstaltungen - Entwicklung der Erholungsmöglichkeiten im besiedelten und unbesiedelten Bereich - Landschaftsplanung für Bremen - Vollzug der Eingriffsregelung, Flächen- und Maßnahmebevorratung für die Kompensation von Eingriffen (Kompensationsflächenpool) - Strategie und Vollzug des Biotop- und Artenschutzes, Umsetzung europa- , bundes- und landesrechtlicher Schutzvorschriften - Umsetzung des Bundes- und Landeswaldrechts - Sicherung und Weiterentwicklung einer naturverträglichen Land- und Forstwirtschaft - Nutzung und Schutz natürlicher Ressourcen		
Auftragsgrundlage:		
- EU-Recht - Bundesrecht - Landes- und ortsgesetzliche Regelungen Weltweit: U.a. Washingtoner Artenschutzabkommen, CITES, Biodiversitätskonvention, Agenda 21; Europa: U.a. EU-VogelschutzRL, EU-FFH-RL; EU-ZOO-RL, EU-Landschaftskonventionen; Bund: U.a. BNatSchG, BundesartenschutzVO; Bremen: U.a. BremNatSchG, div. Landschaftsschutz- und Naturschutzverordnungen, BaumschutzVO, FeldordnungsG; Plan des Landes Bremen zur Entwicklung des ländlichen Raumes; Agrarstrukturelles Entwicklungsprogramm Blockland; Bundeswaldgesetz; Rahmenplan zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes; BJagdG, BremLJagdG; Koalitionsvereinbarung		
Zuzuordnende Kapitel:		
0601; 0627; 0680; 3601; 3627		

-744-

C. Vergleichskennzahlen

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kameraler Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	381	5
Investive Einnahmen	7.120	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	7.501	5
Personalausgaben	3.643	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.225	12.463
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	11.972	2.204
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	16.840	14.667
Saldo	-9.339	-14.662
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	44,3	0,0
Personalbestand	49,8	0,0
=> Netto-Personalbedarf	- 5,5	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011
Hochwasserschutz [%]	40,00	
Straßenbäume [ST]	69.000,000	
Geförd. naturverträgl. bewirt. Flächen [HAR]	3.000	
Öffentliche Grünanlagen [HAR]	1.030	
Öffentliche Grünanlagen pro Einwohner [M2]	18,84	
Geschützte Flächen [HAR]	11.000	
Kompensationsflächen [HAR]	4.500	

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 68.03.04	Verantwortlich: Musiol
Abwasserabgabe/Wasserentnahmegebühr	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 68.03	Verantwortlich: Lübking von Gaertner
Fachbereich Umwelt	
Produktplan: 68	Verantwortlich: Senator Dr. Loske
Umwelt, Bau, Verkehr u. Europa	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
- Erteilung von Bescheiden an Einleiter und Grundwasserentnehmer - Bewirtschaftung der Mittel entsprechend der vorhandenen Ressourcen - Zweckgebundene Verwendung der Mittel für Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässergüte, für den Schutz und die Sicherung der öffentlichen Trinkwasserversorgung und den Schutz und die Sicherung von Umweltressourcen - Prüfung des Verwendungszweckes und Projekt-Controlling der laufenden Vorhaben	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte - Sicherung der öffentlichen Trinkwasserversorgung - Schutz und Sicherung von Umweltressourcen	
Auftragsgrundlage:	
Umweltabgabengesetze	
Zuzuordnende Kapitel:	
0628; 0629	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	7.450	7.450	6.862	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	7.450	7.450	6.862	
Personalausgaben	556	556	960	
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.100	2.100	3.955	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	410	410	2.106	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	147	
Gesamtausgaben	3.066	3.066	7.168	
Saldo	4.384	4.384	-306	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	242,99	242,99	95,73	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre			4,5	
Beschäftigte über 55 Jahre			27,2	
Frauenquote			48,4	
Teilzeitquote			42,2	
Schwerbehindertenquote			4,1	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

In dieser Produktgruppe gibt es kein kernfinanziertes Personal, daher erfolgt kein Ausweis von Beschäftigungszielzahlen und es erfolgt keine Darstellung des Personalbestands.

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Gesamtausgaben aus der Abwasserabgabe	[EUR]	3.500.000,00	3.500.000,00	4.428.169,00	
Gesamtausgab. aus d.Wasserentnahmegebühr	[EUR]	3.950.000,00	3.950.000,00	2.967.672,00	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Beteiligung Bremens an der europapolitischen Willensbildung, Wahrnehmung und Vertretung bremischer Interessen auf Europaebene und die Darstellung Bremens u.a. als leistungsfähiger Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort sowie als innovative Kulturmetropole in Brüssel. Stärkung der Europafähigkeit der bremischen Verwaltung, europabezogene Öffentlichkeitsarbeit, europapolitische Bildung in schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen in Bremen.

Entwicklungszusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen zur Bekämpfung der Armut, Schutz der Ressourcen und der Menschenrechte, Ausbau lokaler Selbstverwaltung und der Demokratieentwicklung. Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit sowie internationale wirtschaftsbezogene Qualifizierungsprogramme.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Bremen muss als europäische Region intensiver als Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturstandort in das Bewusstsein gerückt werden und präsent sein. Nach der Koalitionsvereinbarung sind die spezifischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen des Landes Bremen konsequent zu sichern. Die direkte und netzwerkorientierte Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern und europäischen Regionen ist interessengeleitet zu intensivieren. Die aktive Mitwirkung in innerstaatlichen und europäischen Gremien ist fortzusetzen.

Überdies müssen durch geeignete Maßnahmen die Europafähigkeit der bremischen Verwaltung gestärkt, die Inanspruchnahme europäischer Fördermittel gesteigert werden. Die Verbreitung und Vertiefung des europäischen Gedankens auf zivilgesellschaftlicher Ebene in Bremen muss durch geeignete Maßnahmen europabezogener Informations- und Öffentlichkeitsarbeit verbessert werden.

Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit sind Entwicklungspartnerschaften für Klima- und Ressourcenschutz von Wirtschaft, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen zu stärken. Durch Nutzung spezifischer Bremer Kompetenzen in der Zusammenarbeit mit internationalen Partnern der Entwicklungszusammenarbeit sollen Vorteile für den Standort Bremen erzielt werden.

Langfristige Perspektiven:

Stärkung der Position Bremens gegenüber in der EU. Ausbau der interregionalen Kooperationen und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit Ausbau des bremischen Beitrags zu den Millennium Development Goals - MDGs, zur Konfliktvermeidung, Fluchtursachenbekämpfung und gegen Fremdenfeindlichkeit sowie zum Klimaschutz.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	5	5	34	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	5	5	34	
Personalausgaben	1.075	1.110	1.151	
Sonst. konsumtive Ausgaben	856	861	889	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	2	2	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	1.933	1.973	2.040	
Saldo	-1.928	-1.968	-2.006	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,26	0,25	1,67	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	11,4	12,3	12,3	
Personalbestand	12,5	15,2	15,2	
=> Netto-Personalbedarf	- 1,1	- 2,9	- 2,8	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	3,6	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	27,7	
Frauenquote	50,0	50,0	74,0	
Teilzeitquote	35,0	35,0	17,4	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	0,0	
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Interessenvertretung in Brüssel	[ST]	600,000	600,000	675,000	
Koordinierung EU-Angelegenheiten in HB	[ST]	16,000	16,000	23,000	
Berat. Förderprog./EU-Recht, Bürgeranfr.	[ST]	330,000	330,000	434,000	
Mitwirk. innerstaatl.u.europ.Gremien	[ST]	16,000	16,000	11,000	
Europabezogene Öffentlichkeitsarbeit	[ST]	47,000	47,000	74,000	
Instit.transnat.u. regionale Zus.-Arbeit	[ST]	100,000	100,000	138,000	
Stärkung Europafähigkeit d.F.H.B.-Verw.	[ST]	8,000	8,000	4,000	
Grundbedürfnisorientierte Projekte (EZ)	[ST]	20,000	20,000	19,000	
Training Küstenzonenentwicklung (EZ)	[ST]	4,000	4,000	3,000	
Epol.Bildung u. Netzwerke (EZ)	[ST]	13,000	13,000	13,000	
Publikationen (EZ)	[ST]	3,000	3,000	1,000	

B. Erläuterungen zu 2.

EZ = Entwicklungszusammenarbeit

Produktgruppe: 68.04.01	Verantwortlich: Bruns
Dienstleistungen im Bereich Europa	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 68.04	Verantwortlich: Bruns
Europa und Entwicklungszusammenarbeit	
Produktplan: 68	Verantwortlich: Senator Dr. Loske
Umwelt, Bau, Verkehr u. Europa	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Vertretung bremischer Interessen gegenüber der EU.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Umfassende Sicherung der spezifischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen des Landes Bremen auf EU-Ebene; Stärkere Profilierung des Zwei-Städte-Staates als europäisches Kompetenzzentrum z. B. im Bereich der Raumfahrt und der maritimen Technologien; Grundsatzfragen der Europapolitik; Ressortübergreifende Koordinierung der EU-Angelegenheiten; Stärkung der Europafähigkeit der Verwaltungen in Bremen und Bremerhaven; Europabezogene Öffentlichkeitsarbeit im Land Bremen; Sicherung der europäischen Dimension in der schulischen sowie außerschulischen Bildung; Sicherung der Inanspruchnahme europäischer Förderprogramme durch Schwerpunktsetzung und bessere Koordination bei der Fördermittelakquisition sowie Verbesserung des einschlägigen Informationsangebotes insbesondere für bremische kleine und mittlere Unternehmen (KMU); direkte und netzwerkbezogene interregionale Zusammenarbeit.	
Auftragsgrundlage:	
Geschäftsverteilung des Senats, Koalitionsvereinbarung für die 17. Legislaturperiode.	
Zuzuordnende Kapitel:	
0650	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

C. Vergleichskennzahlen

Produktgruppe: 68.04.02

Verantwortlich: Bruns

Maßnahmen zur Entwicklungszusammenarbeit

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 68.04

Verantwortlich: Bruns

Europa und Entwicklungszusammenarbeit

Produktplan: 68

Verantwortlich: Senator Dr. Loske

Umwelt, Bau, Verkehr u. Europa

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Entwicklungszusammenarbeit:

Unterstützung von Entwicklungsprozessen, Verbesserung der Entwicklungschancen in ausgewählten Partnerregionen durch:

- Projekte zur Armutsbekämpfung
- Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit/Netzwerke
- Entwicklungspartnerschaften für Klima- und Ressourcenschutz
- Internationale wirtschaftsbezogene Qualifizierungsprogramme mit dem Schwerpunkt nachhaltige Entwicklung im maritimen Sektor
- Projekte/Aktivitäten zum interkulturellen Management

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Förderung nachhaltiger Entwicklung in Entwicklungsländern gemeinsam mit Partnern durch:

- Beiträge zur Erreichung der Millennium Development Goals (Armutsbekämpfung; Umwelt- und Ressourcenschutz durch Förderung angepasster Technologien/erneuerbarer Energien);
- Nachhaltige Entwicklung im maritimen Sektor;
- Stärkung der Freien Hansestadt Bremen als Standort für Umwelttechnologien/ erneuerbare Energien und als maritimes Kompetenzzentrum;
- Bewusstseinsbildung und Verankerung der Entwicklungspolitik durch Informations- und Bildungsarbeit;
- Förderung der Geschlechtergerechtigkeit (Gender Mainstreaming)

Auftragsgrundlage:

Geschäftsverteilung des Senats, Koalitionsvereinbarung für die 17. Legislaturperiode.

Zuzuordnende Kapitel:

0650

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Grundbedürfnisorientierte Projekte (EZ)	[ST]	20,000	20,000	19,000	
Training Küstenzonenentwicklung (EZ)	[ST]	4,000	4,000	3,000	
Epol.Bildung u. Netzwerke (EZ)	[ST]	13,000	13,000	13,000	
Publikationen (EZ)	[ST]	3,000	3,000	1,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
EZ = Entwicklungszusammenarbeit					

Produktbereich: 68.90

Verantwortlich: Golasowski

Sonstiges Umwelt, Bau, Verkehr, Europa

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Service und die Ressortplanung:

dazu zählen die Querschnittsfunktionen Organisations- und Personalentwicklung, Personalbetreuung und Zentrale Dienste, Finanzen, IuK-Management, Justizariat, Beteiligungsmanagement, Vergabe- und Vertragswesen sowie Innenrevision, Korruptionsprävention und Steuerung des Sondervermögens Infrastruktur.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- Unterstützung der Produktplan-, -bereichs- und -gruppenverantwortlichen bei der Erreichung der Leistungs- und Haushaltsziele
- Erhöhung der Steuerungsmöglichkeiten des Ressorts durch weitere Integration und Ausbau der Planungs- Controlling- und Prognoseinstrumente
- Gewinnen, halten und entwickeln von guten Mitarbeitern, Mitarbeiterführung stärken
- Beitrag zu mehr Flexibilität und Wirtschaftlichkeit des Ressorts und aufgabenkritischer Prozesse
- Entwicklung und Verwertung von Anlagegütern im Sondervermögen Infrastruktur

Langfristige Perspektiven:

Optimierung der Strukturen, Prozesse und Aufgaben des Ressorts vor dem Hintergrund eines erheblich reduzierten Budgets.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	4.110	2.303	4.311	
Investive Einnahmen	200	200	112	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	66	
Gesamteinnahmen	4.310	2.503	4.489	
Personalausgaben	5.234	5.269	5.730	
Sonst. konsumtive Ausgaben	7.394	6.868	8.776	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	2.079	2.026	3.520	
Verrechnungen/Erstattungen	24	24	265	
Gesamtausgaben	14.731	14.187	18.291	
Saldo	-10.421	-11.684	-13.802	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	29,26	17,64	24,54	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	83,1	88,6	97,6	
Personalbestand	89,3	91,0	92,5	
=> Netto-Personalbedarf	- 6,2	- 2,4	5,1	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	7,7	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	26,4	
Frauenquote	50,0	50,0	50,6	
Teilzeitquote	35,0	35,0	31,8	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	11,6	

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Erläuterungen zu 2.				
Siehe Produktgruppe 68.90.01.				

Produktgruppe: 68.90.01

Verantwortlich: Rüpke

Senatorische Angelegenheiten SUBVE

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 68.90

Verantwortlich: Golasowski

Sonstiges Umwelt, Bau, Verkehr, Europa

Produktplan: 68

Verantwortlich: Senator Dr. Loske

Umwelt, Bau, Verkehr u. Europa

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Dieser Produktgruppe ist der Service und die Ressortplanung zugeordnet. Dazu zählen die Querschnittsfunktionen Organisations- und Personalentwicklung, Personalbetreuung und Zentrale Dienste, Finanzen, IuK-Management, Justizariat, Beteiligungsmanagement, Vergabe- und Vertragswesen sowie Innenrevision, Korruptionsprävention und Steuerung des Sondervermögens Infrastruktur.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Unterstützung der Produktplan-, -bereichs- und -gruppenverantwortlichen bei der Erreichung der Leistungs- und Haushaltsziele
- Erhöhung der Steuerungsmöglichkeiten des Ressorts durch weitere Integration und Ausbau der Planungs- Controlling- und Prognoseinstrumente
- Gewinnen, halten und entwickeln von guten Mitarbeitern, Mitarbeiterführung stärken
- Beitrag zu mehr Flexibilität und Wirtschaftlichkeit des Ressorts und aufgabenkritischer Prozesse
- Entwicklung und Verwertung von Anlagegütern im Sondervermögen Infrastruktur

Auftragsgrundlage:

Allgemeine Organisationsgrundsätze, GVP, Verwaltungsvorschriften, Eigenbetriebsgesetze, GGO, Geschäftsverteilung im Senat, Sondervermögensgesetz, Beamtengesetze, Tarifgesetze

Zuzuordnende Kapitel:

0601; 0680; 0681; 0682; 3601; 3680; 3681

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	4.110	2.303	4.311	
Investive Einnahmen	200	200	112	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	66	
Gesamteinnahmen	4.310	2.503	4.489	
Personalausgaben	5.234	5.269	5.730	
Sonst. konsumtive Ausgaben	7.394	6.868	8.776	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	2.079	2.026	3.520	
Verrechnungen/Erstattungen	24	24	265	
Gesamtausgaben	14.731	14.187	18.291	
Saldo	-10.421	-11.684	-13.802	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	29,26	17,64	24,54	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	83,1	88,6	97,6	
Personalbestand	89,3	91,0	92,5	
=> Netto-Personalbedarf	- 6,2	- 2,4	5,1	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	7,7	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	26,4	
Frauenquote	50,0	50,0	50,6	
Teilzeitquote	35,0	35,0	31,8	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	11,6	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							
Diese Produktgruppe beinhaltet die Querschnittsfunktionen des Ressorts. Deshalb können ihr keine eigenen Kennzahlen zugeordnet werden.							

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	411	3.699
Investive Einnahmen	0	200
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	411	3.899
Personalausgaben	5.085	149
Sonst. konsumtive Ausgaben	5.807	1.587
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	140	1.939
Verrechnungen/Erstattungen	24	0
Gesamtausgaben	11.056	3.675
Saldo	-10.645	224
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	83,1	0,0
Personalbestand	89,3	0,0
=> Netto-Personalbedarf	- 6,2	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

PRODUKTPLAN **71**
Wirtschaft

71.01 Wirtschaftsstrukturpolitik (WAP)

71.01.01 Wirtschaftsstrukturpolitik (WAP)

71.02 Sektorale Wirtschaftsförderung/Sonstiges

71.02.01 Sektorale Wirtschaftsförderung/Sonstiges

Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:¹

Langfristiges Ziel der Wirtschaftsstrukturpolitik ist es, dass die Freie Hansestadt Bremen über eine Finanzkraft verfügt, die ausreicht, einer sich entfaltenden Wirtschaft günstige Rahmenbedingungen zu bieten und für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung zu sorgen.

Übergeordnetes Ziel ist die Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit in nachhaltiger Weise, in deren Folge die Sicherung bestehender und Schaffung neuer zukunftsfähiger und Existenz sichernder Arbeitsplätze erreicht werden soll.

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:

Mit gezielter Strukturpolitik in den Bereichen Mittelstand, Dienstleistung, Technologie und Innovation sowie mit Sondermaßnahmen in Bremerhaven werden folgende Schwerpunkte und strategische Ziele verfolgt:

- Stärkung der am Standort vorhandenen Potentiale und Kompetenzen
- Verstärkung der internationalen und regionalen Wettbewerbsfähigkeit
- Schaffung von wirtschafts-, innovations- und investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen
- Förderung von Innovationen in wachstumsorientierten Zukunftsfeldern und des branchenübergreifenden Wissens- und Technologietransfers
- Diversifizierung der Unternehmens- und Branchenstruktur
- Verbesserung der Standortbedingungen insbesondere für KMU
- Stärkung der Innenstädte und Zentren
- Verbesserung der wirtschaftlichen Situation Bremerhavens

¹ z.B. gesetzliche Vorgaben, produktplanrelevante Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, des Senats sowie von Ausschüssen / Fachdeputationen etc.

Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	4.482	4.429	2.070	
Investive Einnahmen	26.176	25.244	25.904	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	131	
Gesamteinnahmen	30.658	29.673	28.105	
Personalausgaben	5.625	5.708	6.458	
Sonst. konsumtive Ausgaben	29.808	29.943	34.028	
Zinsausgaben	3.186	4.219	5.397	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	100.601	98.139	122.083	
Verrechnungen/Erstattungen	46	46	1.084	
Gesamtausgaben	139.266	138.055	169.050	
Saldo	-108.608	-108.382	-140.945	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	22,01	21,49	16,63	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	5.000			
investiv	30.500			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	80,2	86,1	85,7	
Personalbestand	90,1	85,8	86,0	
=> Netto-Personalbedarf	- 9,8	0,3	- 0,3	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	7,9	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	22,3	
Frauenquote	50,0	50,0	52,0	
Teilzeitquote	35,0	35,0	31,8	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	4,1	
C. Erläuterungen zu A-B				

2. Leistungsangaben

A. Strategische Leistungsziele/-Kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009
Neuschaffung von Arbeitsplätzen (Land) [ST]	770	770	659
a) Investitionsförderung (GRW/LIP) * [ST]	190	190	45
b) Existenzgründungen * [ST]	580	580	614
Investitionsförd. gesicherte AP(GRW/LIP)[ST]	600	600	186
Erschließung neuer Gew.Flächen (HB) [HA]	19	16	16
Vermarktung von Gewerbeflächen (HB) [HA]	29	26	10
Arbeitsplätze aufgrund Vermarktung(HB) [ST]	2.000	1.750	55
Erschließung neuer Gew.Flächen (BHV) [HA]	10	10	15
Vermarktung von Gewerbeflächen (BHV) [HA]	10	10	---
Arbeitsplätze aufgr. Vermarktung(BHV) [ST]	250	250	---

B. Erläuterungen zu den Leistungsangaben

* Arbeitsplätze

Arbeitsplätze aufgrund der Vermarktung enthalten ab 2010 die neu geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätze.

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Gezielte Strukturpolitik in den Bereichen Mittelstand, Dienstleistung, Technologie und Innovation sowie Sondermaßnahmen in Bremerhaven.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- Schaffung von wirtschafts-, innovations- und investitionsfreundlichen infrastrukturellen Rahmenbedingungen (z.B. Gewerbeflächenerschließung und -vermarktung)
- Innovationsförderung (Forschung und Entwicklung, Wissens- und Technologietransfer, Clusterpolitik) in wachstumsorientierten Zukunftsfeldern wie Luft- und Raumfahrt, maritime Wirtschaft, Logistik, Umwelt und Energiewirtschaft
- Diversifizierung der Unternehmens- und Branchenstruktur, Festigung des industriellen Bestandes, Stärkung des Dienstleistungsbereiches
- Verbesserung der Standortbedingungen insbesondere für KMU durch Investitionsförderung und Existenzgründungsförderung
- Stabilisierung und Weiterentwicklung der Innenstädte und Stadtteilzentren sowie Stärkung des Tourismus in Bremen und Bremerhaven
- Verbesserung der wirtschaftlichen Situation Bremerhavens

Langfristige Perspektiven:

Die Wirtschaftsstrukturpolitik wird im Rahmen des "Strukturkonzepts Land Bremen 2015" weitergeführt (Senatsbeschluss vom 15.07.2008).

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	4.201	4.174	1.958	
Investive Einnahmen	25.922	25.010	25.852	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	30.123	29.184	27.810	
Personalausgaben	2.598	2.656	3.375	
Sonst. konsumtive Ausgaben	26.673	26.812	31.118	
Zinsausgaben	3.186	4.219	5.397	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	100.182	97.765	121.912	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	1.038	
Gesamtausgaben	132.639	131.452	162.840	
Saldo	-102.516	-102.268	-135.030	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	22,71	22,20	17,08	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	5.000			
investiv	30.500			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	30,8	32,2	33,2	
Personalbestand	34,6	33,4	32,7	
=> Netto-Personalbedarf	- 3,9	- 1,2	0,5	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	3,8	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	17,7	
Frauenquote	50,0	50,0	52,9	
Teilzeitquote	35,0	35,0	32,3	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	3,9	
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Neuschaffung von Arbeitsplätzen (Land)	[ST]	770,000	770,000	659,000	
a) Investitionsförderung (GRW/LIP) *	[ST]	190,000	190,000	45,000	
b) Existenzgründungen *	[ST]	580,000	580,000	614,000	
Invest. Förd. gesicherte AP (GRW/LIP) *	[ST]	600,000	600,000	186,000	
Erschließung neuer Gew.-Flächen (HB)	[HAR]	19	16	16	
Erschließung neuer Gew.-Flächen (BHV)	[HAR]	10	10	15	
Vermarktung von Gewerbeflächen (HB)	[HAR]	29	26	10	
Arbeitsplätze aufgrund Vermarktung (HB)	[ST]	2.000,000	1.750,000	55,000	
Vermarktung von Gewerbeflächen (BRHV)	[HAR]	10	10		
Arbeitsplätze aufgrund Vermarkt. (BRHV)	[ST]	250,000	250,000		

B. Erläuterungen zu 2.

* Arbeitsplätze

Arbeitsplätze aufgrund der Vermarktung enthalten ab 2010 die neu geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätze.

Produktgruppe: 71.01.01		Verantwortlich: Dr. Heseler
Wirtschaftsstrukturpolitik (WAP)		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 71.01	Verantwortlich: Dr.Heseler
Wirtschaftsstrukturpolitik (WAP)	
Produktplan: 71	Verantwortlich: Senator Günthner
Wirtschaft	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Siehe Produktbereich 71.01.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Siehe Produktbereich 71.01.	
Auftragsgrundlage:	
- Strukturkonzept Land Bremen 2015, Landesförderprogramme und -Richtlinien, EU- und Bundesprogramme - EU-Vorschriften - Außenwirtschaftsgesetz - Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) - Integriertes Flächenprogramm für Gewerbe und Dienstleistungen in der Stadt Bremen (IFP 2010) - Beschlüsse der für Wirtschaftspolitik zuständigen Gremien - Beschluß der Deputation für Umweltschutz und Gesundheit vom 17.10.1997 - Geschäftsverteilung im Senat - Ministerielle Aufgaben	
Zuzuordnende Kapitel:	
0700; 0701; 0703; 0704; 0705; 0706; 0709; 0715; 0716; 0717; 0754; 3708; 3709; 3754	

2. Ressourceneinsatz

A. KAMERALE FINANZDATEN (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	4.201	4.174	1.958	
Investive Einnahmen	25.922	25.010	25.852	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	30.123	29.184	27.810	
Personalausgaben	2.598	2.656	3.375	
Sonst. konsumtive Ausgaben	26.673	26.812	31.118	
Zinsausgaben	3.186	4.219	5.397	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	100.182	97.765	121.912	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	1.038	
Gesamtausgaben	132.639	131.452	162.840	
Saldo	-102.516	-102.268	-135.030	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	22,71	22,20	17,08	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	5.000			
investiv	30.500			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	30,8	32,2	33,2	
Personalbestand	34,6	33,4	32,7	
=> Netto-Personalbedarf	- 3,9	- 1,2	0,5	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	3,8	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	17,7	
Frauenquote	50,0	50,0	52,9	
Teilzeitquote	35,0	35,0	32,3	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	3,9	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Für die Leistungsdaten siehe Produktbereich 71.01.					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	3.538	663
Investive Einnahmen	25.922	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	29.460	663
Personalausgaben	2.598	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	22.748	3.925
Zinsausgaben	3.186	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	78.082	22.100
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	106.614	26.025
Saldo	-77.154	-25.362
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	5.000	0
investiv	21.500	9.000
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	30,8	0,0
Personalbestand	34,6	0,0
=> Netto-Personalbedarf	- 3,9	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Förderung der Landwirtschaft und Verbraucherberatung

Beteiligungsmanagement/ -controlling, Preisrecht, Öffentliches Auftrags- und Beschaffungswesen, Rechstangelegenheiten, Kammeraufsicht.

Amtsleitung, Personalverwaltung, TUI und Organisation sowie innere Dienste, Koordinierung im Senats-, Bürgerschafts- und Deputationsangelegenheiten, Aufstellung und Vollzug der Haushalte, Projektfinanzierungen, Controlling, Zuwendungsangelegenheiten.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Sicherung von Einkommen und Beschäftigung in der Landwirtschaft. Intensivierung der Grundlagen für eine verstärkte Nachhaltigkeit in der Produktion und Unterstützung der Naturschutzfunktion.
Verbraucherunterrichtung und -beratung.

Optimierung von Beteiligungsmanagement und -controlling; Ausnutzung der durch Föderalismusreform I gesetzten Spielräume zur Deregulierung im Wirtschaftsrecht; Sicherstellung der optimalen Leistungsfähigkeit der Kammern, Qualitative Aufsicht über die zugeordneten Institutionen; Sicherstellung der Preisprüfung und Überwachung; Optimierung des Öffentlichen Auftrags- und Beschaffungswesens; Beratung in Rechtsangelegenheiten; Vergabepflichtstelle.

Leitung des Amtes. Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit des Ressorts hinsichtlich Personal- und Sachmittelausstattung. Unterstützung der Amtsleitung in Fragen parlamentarischer und sonstigen Gremien. Wahrnehmung der Ressourcenverantwortung für Bereiche Wirtschaft und Häfen.

Langfristige Perspektiven:

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	281	255	112	
Investive Einnahmen	254	234	52	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	131	
Gesamteinnahmen	535	489	295	
Personalausgaben	3.027	3.051	3.083	
Sonst. konsumtive Ausgaben	3.135	3.132	2.910	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	419	374	171	
Verrechnungen/Erstattungen	46	46	46	
Gesamtausgaben	6.627	6.603	6.210	
Saldo	-6.092	-6.114	-5.915	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	8,07	7,41	4,75	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	49,4	53,9	52,5	
Personalbestand	55,4	52,4	53,3	
=> Netto-Personalbedarf	- 6,0	1,5	- 0,8	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	12,2	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	27,1	
Frauenquote	50,0	50,0	50,4	
Teilzeitquote	35,0	35,0	30,7	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	4,3	
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Erläuterungen zu 2.				

Produktgruppe: 71.02.01		Verantwortlich: Dr.Heseler
Sektorale Wirtschaftsförderung/Sonstiges		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 71.02	Verantwortlich: Dr.Heseler
Sektorale Wirtschaftsförderung/Sonstiges	
Produktplan: 71	Verantwortlich: Senator Günthner
Wirtschaft	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Siehe Produktbereich 71.02.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Siehe Produktbereich 71.02.	
Auftragsgrundlage:	
- Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur u. Küstenschutz (GAK) - Gesetz zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisation - EU-Richtlinien für Viehprämien, Stützungsregelung EU für Erzeuger bestimmter landwirtschaftlicher Kulturpflanzen - Landesrichtlinie Zuwendungen zur Durchführung markt- und standortangepaßter Landbewirtschaftung - Brem. Handbuch Beteiligungsmanagement; Preisrecht; GWB; LandesvergabeG; GewO und Nebengesetze; IHK-G; HwO und WPO - Personalrechtliche Vorschriften - Deputationsgesetz, Geschäftsordnungen von Bürgerschaft, Senat etc. - Haushaltsrechtliche Vorschriften - Strukturkonzept Land Bremen 2015 und sonstige Programme	
Zuzuordnende Kapitel:	
0700; 0701; 0702; 0711; 0712; 3700; 3701	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	281	255	112	
Investive Einnahmen	254	234	52	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	131	
Gesamteinnahmen	535	489	295	
Personalausgaben	3.027	3.051	3.083	
Sonst. konsumtive Ausgaben	3.135	3.132	2.910	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	419	374	171	
Verrechnungen/Erstattungen	46	46	46	
Gesamtausgaben	6.627	6.603	6.210	
Saldo	-6.092	-6.114	-5.915	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	8,07	7,41	4,75	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	49,4	53,9	52,5	
Personalbestand	55,4	52,4	53,3	
=> Netto-Personalbedarf	- 6,0	1,5	- 0,8	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	12,2	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	27,1	
Frauenquote	50,0	50,0	50,4	
Teilzeitquote	35,0	35,0	30,7	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	4,3	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Für die Leistungsdaten siehe Produktbereich 71.02.					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamernale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	281	0
Investive Einnahmen	254	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	535	0
Personalausgaben	3.027	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	3.130	5
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	419	0
Verrechnungen/Erstattungen	46	0
Gesamtausgaben	6.622	5
Saldo	-6.087	-5
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	49,4	0,0
Personalbestand	55,4	0,0
=> Netto-Personalbedarf	- 6,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

PRODUKTPLAN

81

Häfen

81.01	Häfen
81.01.01	Häfen
81.01.02	Hafenbehörde

Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:¹

Langfristiges Ziel der Wirtschaftsstrukturpolitik ist es, dass die Freie Hansestadt Bremen über eine Finanzkraft verfügt, die ausreicht, einer sich entfaltenden Wirtschaft günstige Rahmenbedingungen zu bieten und für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung zu sorgen.

Übergeordnetes Ziel ist die Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit in nachhaltiger Weise.

Sicherstellung des reibungslosen Hafenbetriebs in Bremen und Bremerhaven incl. Planung, und Neubau von Hafenanlagen in den Fachbereichen Wasserbau, Straßen- und Tiefbau, Elektro- und Maschinenbau, Eisenbahnbau, Hochbau, Substanzerhaltung und Baggerungen.

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:

Erfüllung des staatlichen Auftrags, einen reibungslosen Hafenbetrieb zu gewährleisten.

Neubau und Modernisierung von Anlagen mit dem Ziel, den weltweiten Güterverkehr zu sichern und schnellen Umschlag und weitergehende Distribution marktorientiert anzubieten.

Den Strukturwandel so effektiv zu gestalten, dass sich das Land als zentraler Standort einer grenzüberschreitenden international nachgefragten Seehafen- und Logistikregion behauptet und entwickelt.

¹ z.B. gesetzliche Vorgaben, produktplanrelevante Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, des Senats sowie von Ausschüssen / Fachdeputationen etc.

Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	2.096	2.098	2.109	
Investive Einnahmen	10.737	10.737	10.737	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	12.833	12.835	12.846	
Personalausgaben	6.947	6.891	7.739	
Sonst. konsumtive Ausgaben	3.436	3.471	2.957	
Zinsausgaben	21.408	26.379	16.194	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	97.470	57.477	30.076	
Verrechnungen/Erstattungen	19	19	93	
Gesamtausgaben	129.280	94.237	57.059	
Saldo	-116.447	-81.402	-44.213	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	9,93	13,62	22,51	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	110,0	116,0	121,7	
Personalbestand	113,6	114,4	120,8	
=> Netto-Personalbedarf	- 3,6	1,5	0,9	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	6,0	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	26,4	
Frauenquote	50,0	50,0	19,8	
Teilzeitquote	35,0	35,0	13,6	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	8,8	
C. Erläuterungen zu A-B				

B. Erläuterungen zu den Leistungsangaben

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Sicherstellung des reibungslosen Hafenbetriebs in Bremen und Bremerhaven incl. Planung, und Neubau von Hafenanlagen in den Fachbereichen Wasserbau, Straßen- und Tiefbau, Elektro- und Maschinenbau, Eisenbahnbau, Hochbau, Substanzerhaltung und Baggerungen.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- Hafeninfrastruktur an veränderte Nutzungsanforderungen und hinsichtlich Flächenoptimierungen und Produktivitätssteigerung anpassen
- Hafen- und Logistikwirtschaft bei den Themen Prozessoptimierungen beim Umschlag, innovative Logistikdienstleistungen und Sicherheit unterstützen
- hafennahe und wertschöpfungsstarke Ansiedlungspotenziale identifizieren und durch Ansiedlungsstrategien befördern / gewerbliche Wirtschaft und Hafenwirtschaft verzahnen
- Profil Bremens als bedeutender Reederei- und Schifffahrtsstandort schärfen
- Verbesserung der Hinterlandanbindungen
- Abstimmung der Anforderungen der europäischen Flora-Fauna-Habitat- und der Wasserrahmenrichtlinie und der Interessen der Hafenwirtschaft und des Schiffsverkehrs durch den "Integrierten Bewirtschaftungsplan Weser"

Langfristige Perspektiven:

Die langfristigen Perspektiven werden im Rahmen des "Strukturkonzepts Land Bremen 2015" definiert und weitergeführt. (Senatsbeschluss vom 15.07.2008)

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	2.096	2.098	2.109	
Investive Einnahmen	10.737	10.737	10.737	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	12.833	12.835	12.846	
Personalausgaben	6.947	6.891	7.739	
Sonst. konsumtive Ausgaben	3.436	3.471	2.957	
Zinsausgaben	21.408	26.379	16.194	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	97.470	57.477	30.076	
Verrechnungen/Erstattungen	19	19	93	
Gesamtausgaben	129.280	94.237	57.059	
Saldo	-116.447	-81.402	-44.213	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	9,93	13,62	22,51	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	110,0	116,0	121,7	
Personalbestand	113,6	114,4	120,8	
=> Netto-Personalbedarf	- 3,6	1,5	0,9	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	6,0	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	26,4	
Frauenquote	50,0	50,0	19,8	
Teilzeitquote	35,0	35,0	13,6	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	8,8	

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Hafenumschlag Bremen in 1.000	[TO]	16.600	16.600	11.285	
Hafenumschlag Bremerhaven in 1.000	[TO]	63.100	63.100	51.751	
Containerumschlag BHV in 1.000 T.E.U.	[ST]	5.800,000	5.800,000	4.535,000	
Einnahmen aus Raumgebühren	[TEU]	23.875,00	23.175,00	22.068,00	

B. Erläuterungen zu 2.

Produktgruppe: 81.01.01

Verantwortlich: Wülbers

Häfen

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 81.01

Verantwortlich: Dr.Heseler

Häfen

Produktplan: 81

Verantwortlich: Senator Günthner

Häfen

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Sicherstellung des reibungslosen Hafenbetriebs in Bremen und Bremerhaven incl. Planung, und Neubau von Hafenanlagen in den Fachbereichen Wasserbau, Straßen- und Tiefbau, Elektro- und Maschinenbau, Eisenbahnbau, Hochbau, Substanzerhaltung und Baggerungen.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Erfüllung des staatlichen Auftrags, entsprechend der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung den reibungslosen Hafenbetrieb sicherzustellen (s.o.).

Wirtschaftlichen Einsatz von Ressourcen. Ressourcen unter Beachtung späterer betrieblicher Aufwendungen so einsetzen, dass mit einem Minimum an Mitteleinsatz die optimale Wirkung erzielt wird (u.a. durch Schadstoffminimierungen sowie Reduzierung der Baggermengen). Steigerung der Umschlagsmengen zur Erzielung höherer Einnahmen (Hafengebühren, Steuern usw.).

Administrative Ziele (Kundenorientierung): Durch moderne Anlagen dem weltweiten Güterverkehr sichern und schnellen Umschlag und weitergehende Distribution anbieten.

Mitarbeitergerechte Ziele (Mitarbeiterorientierung): Moderne sichere Anlagen / Arbeitsplatzsicherung.

Auftragsgrundlage:

Artikel 38 Abs. 2 LV: "Die Wirtschaft der Freien Hansestadt Bremen ist ein Glied der einheitlichen deutschen Wirtschaft und hat in ihrem Rahmen die besondere Aufgabe, Seehandel, Seeschifffahrt und Seefischerei zu pflegen."

Geschäftsverteilung im Senat: "Planung, Bau und Unterhaltung von Hafenanlagen".

Hafenordnung, Hafengebührenordnung u.a.

Zuzuordnende Kapitel:

0700; 0701; 0801; 3701; 3801

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	1.228	1.230	1.049	
Investive Einnahmen	10.737	10.737	10.737	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	11.965	11.967	11.786	
Personalausgaben	1.595	1.579	2.276	
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.721	2.747	2.219	
Zinsausgaben	21.408	26.379	16.194	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	97.420	57.427	30.041	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	74	
Gesamtausgaben	123.144	88.132	50.804	
Saldo	-111.179	-76.165	-39.018	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	9,72	13,58	23,20	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	21,6	22,8	26,3	
Personalbestand	31,1	28,1	29,2	
=> Netto-Personalbedarf	- 9,4	- 5,3	- 2,9	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	9,1	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	21,1	
Frauenquote	50,0	50,0	45,8	
Teilzeitquote	35,0	35,0	28,5	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	7,9	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							
Für die Leistungsdaten siehe Produktbereich 81.01.							

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	1.228	0
Investive Einnahmen	10.737	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	11.965	0
Personalausgaben	1.538	58
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.721	0
Zinsausgaben	1.519	19.889
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	5.121	92.299
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	10.899	112.246
Saldo	1.066	-112.246
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	21,6	0,0
Personalbestand	31,1	0,0
=> Netto-Personalbedarf	- 9,4	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 81.01.02

Verantwortlich: Mai

Hafenbehörde

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Produktbereich: 81.01

Verantwortlich: Dr.Heseler

Häfen

Produktplan: 81

Verantwortlich: Senator Günthner

Häfen

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Erfüllung der hoheitlichen Aufgabenstellungen u.a. im Bereich der Hafenbehörden Bremerhaven und Bremen, der Hafensicherheit, der Gefahrenabwehr, der Schleusen und Seemannsämler im 24-Stunden Schichtdienst sowie Sicherstellung eines reibungslosen Hafenbetriebs.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Erfüllung des staatlichen Auftrags entsprechend der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Auftragsgrundlage:

Artikel 38 Abs. 2 LV: "Die Wirtschaft der Freien Hansestadt Bremen ist ein Glied der einheitlichen deutschen Wirtschaft und hat in ihrem Rahmen die besondere Aufgabe, Seehandel, Seeschifffahrt und Seefischerei zu pflegen."

Bremisches Hafenbetriebsgesetz, Bremische Hafenordnung, Bremische Hafengebietsverordnung u.a

Zuzuordnende Kapitel:

3701; 3854

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)		Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen		868	868	1.060	
Investive Einnahmen		0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen		0	0	0	
Gesamteinnahmen		868	868	1.060	
Personalausgaben		5.351	5.312	5.463	
Sonst. konsumtive Ausgaben		715	724	738	
Zinsausgaben		0	0	0	
Tilgungsausgaben		0	0	0	
Investive Ausgaben		50	50	35	
Verrechnungen/Erstattungen		19	19	19	
Gesamtausgaben		6.135	6.105	6.255	
Saldo		-5.267	-5.237	-5.195	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %		14,15	14,22	16,95	
Verpflichtungsermächtigungen		Anschlag 2011			
Personal		0			
konsumtiv		0			
investiv		0			
B. Personaldaten		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl		88,4	93,2	95,4	
Personalbestand		82,6	86,3	91,6	
=> Netto-Personalbedarf		5,8	6,8	3,8	
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre		22,5	22,5	4,8	
Beschäftigte über 55 Jahre		17,5	17,5	28,5	
Frauenquote		50,0	50,0	9,8	
Teilzeitquote		35,0	35,0	7,8	
Schwerbehindertenquote		6,0	6,0	9,1	
C. Kapazitätsdaten		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C					

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							
Für die Leistungsdaten siehe Produktbereich 81.01.							

91.01 Finanzsteuerung

- 91.01.01 Steuergesetzgebung / überreg. Finanzbez.
- 91.01.02 FA für GroßBP Bremen (bis 2010)
- 91.01.03 Finanzamt Bremerhaven
- 91.01.04 Finanzamt Bremen-Mitte
- 91.01.05 Finanzamt Bremen-Ost
- 91.01.06 Finanzamt Bremen-West
- 91.01.07 Finanzamt Bremen-Nord
- 91.01.08 Finanzamt für Außenprüfung Bremen

91.02 Haushalt und Vermögen

- 91.02.01 Haushalt und Vermögen
- 91.02.02 Landeshauptkasse Bremen

91.03 Personal- und Verwaltungmanagement

- 91.03.01 Personal- und Verwaltungmanagement
- 91.03.02 Ausb., Nachw.k.- u.Besch.-Pool (bis 2010)
- 91.03.03 Aus- und Fortbildung am AFZ
- 91.03.04 Aus- und Fortbildung an der Verw.schule
- 91.03.05 Ausbildung/Forschung/Dienstleistung HfÖV

91.90 Sonstiges Finanzen

- 91.90.01 Senatorische Angelegenheiten
- 91.90.02 Geschäftsbereich Bundesbau

Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:¹

- Sicherstellung und Verbesserung der Einnahmesituation Bremens durch
 - vollständige und zeitnahe Erhebung der Steuern
- Mitarbeit auf Bund-Länder-Ebene an der Steuergesetzgebung und Steuerverteilung sowie am bundesstaatlichen Finanzausgleich
- Sanierung der bremischen Haushalte
- Umsetzung der Vorhaben und Maßnahmen des Personalmanagementkonzepts für den Konzern Freie Hansestadt Bremen

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:

- Sanierung der bremischen Haushalte
- Erstellung eines doppischen Jahresabschlusses zum 31.12.2010 in Ergänzung zur kameralen Haushaltsrechnung
- Sicherstellung der Personalhaushalte
- Neuordnung der Aufgaben im Bereich der Aus- und Fortbildung

¹ z.B. gesetzliche Vorgaben, produktplanrelevante Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, des Senats sowie von Ausschüssen / Fachdeputationen etc.

Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	9.906	10.028	11.855	
Investive Einnahmen	0	0	2	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	9.906	10.028	11.857	
Personalausgaben	71.284	67.654	69.596	
Sonst. konsumtive Ausgaben	16.039	13.731	18.616	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	508	534	736	
Verrechnungen/Erstattungen	15	15	3.039	
Gesamtausgaben	87.846	81.934	91.987	
Saldo	-77.940	-71.906	-80.130	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	11,28	12,24	12,89	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	1.222,8	1.406,6	1.428,3	
Personalbestand	1.203,7	1.423,9	1.479,2	
=> Netto-Personalbedarf	19,1	- 17,3	- 50,9	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	10,5	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	26,3	
Frauenquote	50,0	50,0	53,3	
Teilzeitquote	35,0	35,0	32,9	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	7,8	
C. Erläuterungen zu A-B				

Leistungsangaben

A. Strategische Leistungsziele/Kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	IST 2009 ¹
Geplanter Primärsaldo ²	[Tsd. €]	-286.062	-392.784	-157.580
Finanzierungssaldo ²	[Tsd. €]	-908.677	-1.043.858	-782.770
Geplante Primärausgaben ²	[Tsd. €]	3.675.209	3.516.162	3.417.643
Brem. Gesellschaften mit Entsprechens-Erklärung ³	[%]	100	100	
Anzahl Gender-Pilotprojekte	[St]	15	15	
Steuerklärungs-Eingang Est-Vorjahr	[%]	79,00	79,00	80,40
Veranlagungsstand Est-Vorjahr	[%]	71,00	71,00	74,10

B. Erläuterungen zu den Leistungsangaben

¹) Inklusive I. und II. Nachtragshaushalt

²) Die Werte beziehen sich auf den Gesamthaushalt für das Land und die Stadtgemeinde Bremen.

Der Primärsaldo ist die Differenz aus den Primärausgaben (s.u.) und den Primäreinnahmen, also die Summe aller Einnahmen, die um die Erlöse aus der Veräußerung von Vermögen, um die Kreditaufnahme, um haushaltstechnische Einnahmen aus Erstattungen und Verrechnungen sowie um Rücklagenentnahmen vermindert werden.

Der Finanzierungssaldo ergibt sich aus einer Gegenüberstellung der bereinigten Einnahmen (einschl. Konsolidierungshilfe) und der bereinigten Ausgaben des Kernhaushalts (bereinigt = ohne besondere Finanzierungsvorgänge - z. B. Kreditaufnahme/Schuldentilgung am Kreditmarkt und Rücklagenbewegungen - sowie haushaltstechnische Verrechnungen und Erstattungen).

Bei den Primärausgaben handelte es sich um die Summe aus Personalausgaben, konsumtiven Ausgaben, Tilgungsausgaben an Verwaltungen und Investitionsausgaben.

³) Vollständige Umsetzung des Public Corporate Governance Codex (PCGK)

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

- Steuerpolitik
- Steuern und Steuerwesen der Europäischen Union
- Überregionale Finanzangelegenheiten
- Aus- und Fortbildung der Steuerverwaltung

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Sicherstellung und Verbesserung der Einnahmesituation Bremens durch

- vollständige und zeitnahe Erhebung der Steuern
- Mitarbeit auf Bund-Länder-Ebene
 - an der Steuergesetzgebung und Steuerverteilung
 - am bundesstaatlichen Finanzausgleich

Ausbildung der Nachwuchskräfte der Steuerverwaltung an der Landesfinanzschule

Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern auf dem Gebiet der Aus- und Fortbildung

Langfristige Perspektiven:

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	3.322	3.311	3.098	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	3.322	3.311	3.098	
Personalausgaben	42.980	41.034	43.951	
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.579	2.320	2.719	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	53	54	34	
Verrechnungen/Erstattungen	11	11	210	
Gesamtausgaben	45.623	43.419	46.914	
Saldo	-42.301	-40.108	-43.816	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	7,28	7,63	6,60	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	952,6	951,4	964,0	
Personalbestand	932,4	979,2	1.006,3	
=> Netto-Personalbedarf	20,3	- 27,7	- 42,3	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	10,6	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	26,0	
Frauenquote	50,0	50,0	55,9	
Teilzeitquote	35,0	35,0	35,8	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,7	

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
PersBB-Deckungsgrad	[%]	76,00	77,00	77,00	
Steuererklärungs-Eingang ESt Vorvorjahr	[%]	98,00	98,00	97,60	
Veranlagungsstand ESt Vorvorjahr	[%]	96,00	96,00	96,90	
Steuererklärungs-Eingang ESt Vorjahr	[%]	79,00	79,00	80,40	
Veranlagungsstand ESt Vorjahr	[%]	71,00	71,00	74,10	
Steuererklärungs-Eingang KöSt Vorvorjahr	[%]	98,00	98,00	97,50	
Veranlagungsstand KöSt Vorvorjahr	[%]	95,00	95,00	94,70	
Steuererklärungs-Eingang KöSt Vorjahr	[%]	64,00	64,00	65,80	
Veranlagungsstand KöSt Vorjahr	[%]	50,00	50,00	49,30	
USt-Sonderprüf.: %-Satz geprüft. Unternehmen	[%]	0,00	0,00	1,70	
LoSt-Außenprüfungen (bei über 100 AN)	[JHR]	0	3,333		
Prüfungturnus bei Grossbetrieben	[JHR]	4,417	4,333	4,333	
Prüfungturnus bei Mittelbetrieben	[JHR]	14	13	14,167	
Prüfungturnus bei Kleinbetrieben	[JHR]	30	28	27,417	
Prüfungturnus bei Kleinstbetrieben	[JHR]	85	80	124,667	
USt-Sonderprfg. (geprüfte Unternehmen)	[%]	1,80	1,90		
USt-Sonderprfg. (durchgef. Nachschauen)	[%]	0,80	0,70		
B. Erläuterungen zu 2.					

Produktgruppe: 91.01.01

Verantwortlich: Albers

Steuergesetzgebung / überreg. Finanzbez.

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 91.01

Verantwortlich: Albers

Finanzsteuerung

Produktplan: 91

Verantwortlich: Senatorin Linnert

Finanzen / Personal

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

- Steuerpolitik
- Steuern und Steuerwesen der Europäischen Union
- Überregionale Finanzangelegenheiten
- Aus- und Fortbildung der bremischen Steuerverwaltung

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Begleitung der steuerlichen Gesetzgebung auf Bundesebene
- Analyse der steuerlichen Einnahmen
- Begleitung der Modellprojekte in den Veranlagungsbereichen der Finanzämter Bremen-Ost und Bremen-West
- Aufgabenkritische Würdigung der Ablauforganisation in den Finanzämtern des Landes
- Implementierung der von FISCUS erstellten Software
- Sicherstellung und Verbesserung der Einnahmesituation Bremens in den Bereichen
 - des bundesstaatlichen Finanzausgleichs
 - der originären Steuerverteilungdurch Klärung finanzwirtschaftlicher Grundsatzfragen und durch Mitarbeit auf Bund-Länder-Ebene
- Sicherstellung der Aus- und Fortbildung der Bediensteten der Steuerverwaltung

Auftragsgrundlage:

- Grundgesetz
- Steuerrechtliche Bestimmungen (Gesetze, Verordnungen, Verfügungen, Erlasse)
- Steuerbeamten-Ausbildungsgesetz

Zuzuordnende Kapitel:

0900

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							
Die Steuerabteilung der senatorischen Behörde ist auch für die Lenkung des Personaleinsatzes und der Ziele innerhalb der Steuerverwaltung zuständig. Hinsichtlich der Leistungsziele der Steuerverwaltung wird auf die Angaben zum Produktbereich 91.01 sowie zu den Produktgruppen 91.01.02 bis 91.01.07 verwiesen.							

Produktgruppe: 91.01.02	Verantwortlich: Kallmann
FA für GroßBP Bremen (bis 2010)	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 91.01 Finanzsteuerung	Verantwortlich: Albers
Produktplan: 91 Finanzen / Personal	Verantwortlich: Senatorin Linnert
Kurzbeschreibung der Produktgruppe: Prüfung von Betrieben	
Auftrag/Ziele/Perspektiven: - Zeitgerechte Bewältigung des Arbeitspensums - Bündelung von personellen Ressourcen durch Konzentration auf bedeutende sowie mißbrauchs- und fehleranfällige Sachverhalte	
Auftragsgrundlage: Grundgesetz und steuerrechtliche Bestimmungen (Gesetze, Verordnungen, Verfügungen, Erlasse)	
Zuzuordnende Kapitel: 0956	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	5	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	5	
Personalausgaben	0	4.036	4.139	
Sonst. konsumtive Ausgaben	0	56	72	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	6	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	0	4.098	4.211	
Saldo	0	-4.098	-4.206	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,12	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	75,6	75,9	
Personalbestand	0,0	70,2	74,1	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	5,5	1,8	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	0,0	22,5	5,3	
Beschäftigte über 55 Jahre	0,0	17,5	39,8	
Frauenquote	0,0	50,0	32,1	
Teilzeitquote	0,0	35,0	15,3	
Schwerbehindertenquote	0,0	6,0	6,0	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Produktgruppe: 91.01.03

Verantwortlich: N.N.

Finanzamt Bremerhaven

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 91.01

Verantwortlich: Albers

Finanzsteuerung

Produktplan: 91

Verantwortlich: Senatorin Linnert

Finanzen / Personal

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

- Festsetzung und Vereinnahmung von Steuern
- Ausbildung von Nachwuchskräften im Steuerbereich

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Stärkere Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeit bei der Fallbearbeitung in der Veranlagungsstelle
- Zeitgerechte Bewältigung des Arbeitspensums
- Bündelung von personellen Ressourcen auf bedeutende sowie mißbrauchs- und fehleranfällige Sachverhalte
- Flexibilisierung des Verwaltungshandelns
- Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen Verwaltung und Steuerbürgern

Auftragsgrundlage:

Grundgesetz und steuerrechtliche Bestimmungen (Gesetze, Verordnungen, Verfügungen, Erlasse)

Zuzuordnende Kapitel:

0955

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	652	652	450	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	652	652	450	
Personalausgaben	4.891	5.541	5.614	
Sonst. konsumtive Ausgaben	335	323	352	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	12	13	1	
Verrechnungen/Erstattungen	7	7	7	
Gesamtausgaben	5.245	5.884	5.974	
Saldo	-4.593	-5.232	-5.524	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	12,43	11,08	7,53	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	102,1	121,6	123,7	
Personalbestand	104,1	122,3	126,4	
=> Netto-Personalbedarf	- 2,0	- 0,7	- 2,6	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	6,2	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	28,3	
Frauenquote	50,0	50,0	58,5	
Teilzeitquote	35,0	35,0	44,5	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	4,0	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Steuererklärungs-Eingang ESt Vorvorjahr	[%]	98,00	98,00		
Veranlagungsstand ESt Vorvorjahr	[%]	96,00	96,00		
Steuererklärungs-Eingang ESt Vorjahr	[%]	79,00	79,00		
Veranlagungsstand ESt Vorjahr	[%]	71,00	71,00		
Steuererklärungs-Eingang KöSt Vorvorjahr	[%]	98,00	98,00		
Veranlagungsstand KöSt Vorvorjahr	[%]	95,00	95,00		
Steuererklärungs-Eingang KöSt Vorjahr	[%]	64,00	64,00		
Veranlagungsstand KöSt Vorjahr	[%]	50,00	50,00		
PersBB-Deckungsgrad	[%]	77,00	78,00		
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Produktgruppe: 91.01.04	Verantwortlich: Steiner
Finanzamt Bremen-Mitte	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 91.01	Verantwortlich: Albers
Finanzsteuerung	
Produktplan: 91	Verantwortlich: Senatorin Linnert
Finanzen / Personal	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
- Festsetzung und Vereinnahmung von Steuern - Ausbildung von Nachwuchskräften im Steuerbereich	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Stärkere Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeit bei der Fallbearbeitung in der Veranlagungsstelle. - Zeitgerechte Bewältigung des Arbeitspensums. - Bündelung von personellen Ressourcen durch Konzentration auf bedeutende sowie mißbrauchs- und fehleranfällige Sachverhalte. - Flexibilisierung des Verwaltungshandelns. - Verbesserung des Informationsaustausches zwischen Verwaltung und Steuerbürgern.	
Auftragsgrundlage:	
Grundgesetz und steuerrechtliche Bestimmungen (Gesetze, Verordnungen, Verfügungen, Erlasse)	
Zuzuordnende Kapitel:	
0951	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	1.703	1.697	2.137	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	1.703	1.697	2.137	
Personalausgaben	10.079	11.690	12.225	
Sonst. konsumtive Ausgaben	438	556	892	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	9	10	1	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	11	
Gesamtausgaben	10.526	12.256	13.129	
Saldo	-8.823	-10.559	-10.992	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	16,18	13,85	16,28	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	218,6	272,6	276,2	
Personalbestand	215,6	263,9	271,6	
=> Netto-Personalbedarf	3,0	8,8	4,6	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	10,5	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	25,1	
Frauenquote	50,0	50,0	55,1	
Teilzeitquote	35,0	35,0	33,2	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	7,4	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Steuererklärungs-Eingang KöSt Vorvorjahr	[%]	98,00	98,00		
Veranlagungsstand KöSt Vorvorjahr	[%]	95,00	95,00		
Steuererklärungs-Eingang KöSt Vorjahr	[%]	64,00	64,00		
Veranlagungsstand KöSt Vorjahr	[%]	50,00	50,00		
LoSt-Außenprüfungen (bei über 100 AN)	[JHR]	0	3,333		
PersBB-Deckungsgrad	[%]	76,00	77,00		
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Produktgruppe: 91.01.05

Verantwortlich: Junker

Finanzamt Bremen-Ost

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 91.01

Verantwortlich: Albers

Finanzsteuerung

Produktplan: 91

Verantwortlich: Senatorin Linnert

Finanzen / Personal

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

- Festsetzung und Vereinnahmung von Steuern
- Ausbildung von Nachwuchskräften im Steuerbereich

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Stärkere Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeit bei der Fallbearbeitung in der Veranlagungsstelle
- Zeitgerechte Bewältigung des Arbeitspensums
- Bündelung von personellen Ressourcen durch Konzentration auf bedeutende sowie mißbrauchs- und fehleranfällige Sachverhalte
- Flexibilisierung des Verwaltungshandelns
- Verbesserung des Informationsaustausches zwischen Verwaltung und Steuerbürgern

Auftragsgrundlage:

Grundgesetz und steuerrechtliche Bestimmungen (Gesetze, Verordnungen, Verfügungen, Erlasse)

Zuzuordnende Kapitel:

0952

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	451	448	354	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	451	448	354	
Personalausgaben	6.054	7.607	8.605	
Sonst. konsumtive Ausgaben	393	480	557	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	6	6	1	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	9	
Gesamtausgaben	6.453	8.093	9.172	
Saldo	-6.002	-7.645	-8.818	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	6,99	5,54	3,86	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	140,4	190,9	193,1	
Personalbestand	137,1	212,8	217,3	
=> Netto-Personalbedarf	3,3	- 21,9	- 24,2	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	13,8	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	22,9	
Frauenquote	50,0	50,0	60,4	
Teilzeitquote	35,0	35,0	41,3	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,0	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Steuererklärungs-Eingang ESt Vorvorjahr	[%]	98,00	98,00		
Veranlagungsstand ESt Vorvorjahr	[%]	96,00	96,00		
Steuererklärungs-Eingang ESt Vorjahr	[%]	78,00	78,00		
Veranlagungsstand ESt Vorjahr	[%]	70,00	70,00		
PersBB-Deckungsgrad	[%]	76,00	77,00		
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Produktgruppe: 91.01.06	Verantwortlich: Burhop
Finanzamt Bremen-West	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 91.01	Verantwortlich: Albers
Finanzsteuerung	
Produktplan: 91	Verantwortlich: Senatorin Linnert
Finanzen / Personal	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
- Festsetzung und Vereinnahmung von Steuern - Ausbildung von Nachwuchskräften im Steuerbereich	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Stärkere Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeit bei der Fallbearbeitung in der Veranlagungsstelle - Zeitgerechte Bewältigung des Arbeitspensums - Bündelung von personellen Ressourcen durch Konzentration auf bedeutende sowie mißbrauchs- und fehleranfällige Sachverhalte - Flexibilisierung des Verwaltungshandelns - Verbesserung des Informationsaustausches zwischen Verwaltung und Steuerbürgern	
Auftragsgrundlage:	
Grundgesetz und steuerrechtliche Bestimmungen (Gesetze, Verordnungen, Verfügungen, Erlasse)	
Zuzuordnende Kapitel:	
0953	

-822-

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Steuererklärungs-Eingang ESt Vorvorjahr	[%]	98,00	98,00		
Veranlagungsstand ESt Vorvorjahr	[%]	96,00	96,00		
Steuererklärungs-Eingang ESt Vorjahr	[%]	79,00	79,00		
Veranlagungsstand ESt Vorjahr	[%]	71,00	71,00		
PersBB-Deckungsgrad	[%]	76,00	77,00		
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
zu A. Leistungsziele/-kennzahlen: Ohne aktenlose Fälle des früheren Arbeitnehmer-Bereichs					

Produktgruppe: 91.01.07

Verantwortlich: Kreitz

Finanzamt Bremen-Nord

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 91.01

Verantwortlich: Albers

Finanzsteuerung

Produktplan: 91

Verantwortlich: Senatorin Linnert

Finanzen / Personal

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

- Festsetzung und Vereinnahmung von Steuern
- Ausbildung von Nachwuchskräften im Steuerbereich

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Stärkere Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeit bei der Fallbearbeitung in der Veranlagungsstelle
- Zeitgerechte Bewältigung des Arbeitspensums
- Bündelung von personellen Ressourcen auf bedeutende sowie mißbrauchs- und fehleranfällige Sachverhalte
- Flexibilisierung des Verwaltungshandelns
- Verbesserung des Informationsaustausches zwischen Verwaltung und Steuerbürgern

Auftragsgrundlage:

Grundgesetz und steuerrechtliche Bestimmungen (Gesetze, Verordnungen, Verfügungen, Erlasse)

Zuzuordnende Kapitel:

0954

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	207	207	15	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	207	207	15	
Personalausgaben	4.756	3.338	3.446	
Sonst. konsumtive Ausgaben	468	277	232	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	12	13	6	
Verrechnungen/Erstattungen	4	4	177	
Gesamtausgaben	5.240	3.632	3.861	
Saldo	-5.033	-3.425	-3.846	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	3,95	5,70	0,39	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	112,5	81,0	82,8	
Personalbestand	115,1	82,9	84,7	
=> Netto-Personalbedarf	- 2,6	- 2,0	- 1,9	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	8,7	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	32,1	
Frauenquote	50,0	50,0	59,3	
Teilzeitquote	35,0	35,0	33,1	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	7,1	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Steuererklärungs-Eingang ESt Vorvorjahr	[%]	98,00	98,00		
Veranlagungsstand ESt Vorvorjahr	[%]	96,00	96,00		
Steuererklärungs-Eingang ESt Vorjahr	[%]	80,00	80,00		
Veranlagungsstand ESt Vorjahr	[%]	72,00	72,00		
PersBB-Deckungsgrad	[%]	77,00	78,00		
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Produktgruppe: 91.01.08	Verantwortlich: Petersen
Finanzamt für Außenprüfung Bremen	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 91.01	Verantwortlich: Albers
Finanzsteuerung	
Produktplan: 91	Verantwortlich: Senatorin Linnert
Finanzen / Personal	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
- Prüfung von Betrieben - Ausbildung von Nachwuchskräften im Steuerbereich	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Zeitgerechte Bewältigung des Arbeitspensums - Bündelung von personellen Ressourcen durch Konzentration auf bedeutende sowie missbrauchs- und fehleranfällige Sachverhalte - Flexibilisierung des Verwaltungshandelns - Verbesserung des Informationsaustausches zwischen Verwaltung und Steuerbürgern	
Auftragsgrundlage:	
Grundgesetz und steuerrechtliche Bestimmungen (Gesetze, Verordnungen, Verfügungen, Erlasse)	
Zuzuordnende Kapitel:	
0957	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerales Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0	
Personalausgaben	8.466	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	416	0	0	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	7	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	8.889	0	0	
Saldo	-8.889	0	0	
Deckungsgrad (Ist. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	180,7	0,0	0,0	
Personalbestand	166,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	14,6	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5			
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5			
Frauenquote	50,0			
Teilzeitquote	35,0			
Schwerbehindertenquote	6,0			
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

C. Vergleichskennzahlen

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

- Grundsatzangelegenheiten der Finanzplanung, Haushaltsaufstellung und Haushaltsdurchführung (kamerale Haushalte und Produktgruppenhaushalt) sowie Begleitung aller Produktpläne in Haushaltsangelegenheiten
- Controlling (Gesamthaushalt, Produktgruppenhaushalt, Eigenbetriebe, Beteiligungen, Sonstige Sondervermögen, Liegenschaften) einschl. Benchmarking und Berichtswesen über Zuwendungen
- Grundsatzfragen des Zuwendungswesens und des Kassen-, Buchführungs- und Rechnungswesens sowie Fortentwicklung betriebswirtschaftlicher Steuerungsinstrumente
- Beteiligungsmanagement und Finanzierungsmanagement
- Immobilienwirtschaft und Immobilienmanagement
- Aufsicht (Kommunalaufsicht in Haushaltsangelegenheiten, Kreditinstitute/Versicherungen)
- Koordinierung Rechnungshofangelegenheiten und Begleitung des Rechnungsprüfungsausschusses
- Kamerale Buchführung und Zahlungsverkehr der Dienststellen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen, Führung und Verwaltung der Konten der Betriebe und einiger Gesellschaften; Gerichtskasse und Gerichtsvollstreckungsstelle

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

1. Weiterentwicklung und Controlling der bremischen Finanzziele (Einhaltung des Sanierungspfades einschl. Vorgaben im Rahmen der Föderalismuskommission II) sowie Entwicklung von Steuerungsvorschlägen im Falle von Abweichungen; Weiterentwicklung des Controllings einschl. Vorgaben im Rahmen der Föderalismuskommission II mit dem Ziel einer adressatengerechteren Informationsaufbereitung; Controlling der Umsetzung des Konjunkturpaktes II; Verzahnung der Instrumente Produktgruppenhaushalt, Benchmarking und Kosten-Leistungs-Rechnung
2. Erstellung eines doppischen Jahresabschlusses zum 31.12.2010, bestehend aus Vermögens-, Erfolgs-, und Finanzrechnung sowie Anhang und Lagebericht
3. Einführung der Kosten-Leistungs-Rechnung in den bremischen Dienststellen
4. Einführung des Gender-Budgeting im Haushaltsverfahren
5. Implementierung eines Pilotprojektes "Bürgerbeteiligung bei der Mittelvergabe in bremischen Quartieren" sowie Erarbeitung einer Konzeption "Bürgerhaushalt"
6. vollständige Umsetzung des Public Corporate Governance Codex (PCGK)
7. Umsetzung der mit der Neuordnung des Liegenschaftsmanagements verfolgten Zielsetzungen
8. Sicherstellung der Finanzierungen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen einschl. der Sondervermögen mit dem Ziel, mit den vereinbarten Finanzierungsinstrumenten möglichst langfristige Zinsbindungen mit geringen Risiken und geringer Zinsbelastung einzugehen
9. Aufbau einer Zuwendungsdatenbank;
10. Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie im Kostenrecht
11. Begleitung der Umsetzung der Ergebnisse aus den Rechnungshofberichten
12. sicherer Betrieb des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesenverfahrens der Freien Hansestadt Bremen (SAP)

Langfristige Perspektiven:

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	820	820	1.323	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	820	820	1.323	
Personalausgaben	5.880	5.399	5.947	
Sonst. konsumtive Ausgaben	349	858	738	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	17	16	111	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	1	
Gesamtausgaben	6.246	6.273	6.797	
Saldo	-5.426	-5.453	-5.474	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	13,13	13,07	19,46	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	103,7	101,0	104,4	
Personalbestand	102,9	102,1	105,4	
=> Netto-Personalbedarf	0,9	- 1,0	- 1,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	9,9	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	26,7	
Frauenquote	50,0	50,0	44,3	
Teilzeitquote	35,0	35,0	20,7	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	9,3	
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Primärausgaben (L+G Bremen)	[TEU]		3.516.162,00		
Primärsaldo (L + G Bremen)	[TEU]		392.784,00-		
Finanzierungssaldo (L+G Bremen)	[TEU]		1.043.858-		
Mittelabfluss des Konjunkturprogramms	[TEU]		58.384,00		
Zeit-Maßnahmen-Plan Eröffnungsbilanz	[%]	100,00	100,00		
Anzahl Gender-Pilotprojekte	[ST]	15,000	15,000		
brem.Gesellsch.mit Entsprechenserklärung	[%]	100,00	100,00		
Zeit-Maßnahmen-Plan Zuwendungsdatenbank	[%]	100,00	100,00		
Zinsausgabenanschläge	[EUR]	622.615.000,00	651.074.050,00		
Durchschnitt. Verzins. Schuldenbestand	[%]	1,00	1,00		
Inanspruchnahme Ausfallbürgschaften	[%]	5,00	5,00		
Variables Finanzierungsrisiko	[%]	10,00	10,00		
Durchschnittliche Zinsbindungsfrist	[JHR]	4	4		

B. Erläuterungen zu 2.

Die Planwerte der Kennzahlen "Primärausgaben, Primär- und Finanzierungssaldo" werden aus den veranschlagten Einnahmen und Ausgaben der Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Brmeen berechnet. Aufgrund der erst im I. Quartal des Haushaltsjahres erwarteten Festlegungen zur Mittelzufluss-/Mittelabflussplanung (=unterjährige Planwerte) sind aktuell bei diesen Kennzahlen noch keine Planwerte ausgewiesen.

In der Planung soll bei der Kennzahl "Inanspruchnahme Ausfallbürgschaften" ein Wert kleiner 5% erreicht werden.

In der Planung soll bei der Kennzahl "durchschn. Zinsbindungsfrist" ein Wert größer 4 Jahre erreicht werden.

In der Planung soll bei der Kennzahl "variables Finanzierungsrisiko" ein Wert zwischen 10% und 25% erreicht werden.

Die Kennzahl "durchschn. Verzinsung Schuldenstand" ist vergangenheitsorientiert. Der Planwert (1,00) ist lediglich als Erinnerungsposten zu verstehen. Die IST-Ergebnisse werden jeweils im Controlling zum Jahresende ausgewiesen.

Die Bildung von Kennzahlen ist nicht in allen Fällen der unter "Auftrag/Ziele/Perspektiven" genannten Ziele sinnvoll. Im Rahmen des unterjährigen Controllings wird über die Erreichung des jeweiligen Sachstands der nicht mit Kennzahlen hinterlegten Ziele berichtet werden.

Im Rahmen eines noch abzuschließenden Kontrakts mit Immobilien Bremen soll vereinbart werden, geeignete steuerungsrelevante Ziele und Kennzahlen für das Immobilienmanagement zu entwickeln.

Produktgruppe: 91.02.01		Verantwortlich: Pörksen
Haushalt und Vermögen		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 91.02		Verantwortlich: Pörksen
Haushalt und Vermögen		
Produktplan: 91		Verantwortlich: Senatorin Linnert
Finanzen / Personal		
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:		
- Grundsatzangelegenheiten der Finanzplanung, Haushaltsaufstellung und Haushaltsdurchführung (kamerale Haushalte und Produktgruppenhaushalt) sowie Begleitung aller Produktpläne in Haushaltsangelegenheiten - Controlling (Gesamthaushalt, Produktgruppenhaushalt, Eigenbetriebe, Beteiligungen, Sonstige Sondervermögen, Liegenschaften) einschl. Benchmarking und Berichtswesen über Zuwendungen - Grundsatzfragen des Zuwendungswesens und des Kassen-, Buchführungs- und Rechnungswesens sowie Fortentwicklung betriebswirtschaftlicher Steuerungsinstrumente - Beteiligungsmanagement und Finanzierungsmanagement - Immobilienwirtschaft und Immobilienmanagement - Aufsicht (Kommunalaufsicht in Haushaltsangelegenheiten, Kreditinstitute/Versicherungen) - Koordinierung Rechnungshofangelegenheiten und Begleitung des Rechnungsprüfungsausschusses		
Auftrag/Ziele/Perspektiven:		
1. Weiterentwicklung und Controlling der bremschen Finanzziele (Einhaltung des Sanierungspfades einschl. Vorgaben im Rahmen der Föderalismuskommision II) sowie Entwicklung von Steuerungsvorschlägen im Falle von Abweichungen; Weiterentwicklung des Controllings einschl. Vorgaben im Rahmen der Föderalismuskommision II mit dem Ziel einer adressatengerechteren Informationsaufbereitung; Controlling der Umsetzung des Konjunkturpaktes II; Verzahnung der Instrumente Produktgruppenhaushalt, Benchmarking und Kosten-Leistungs-Rechnung 2. Erstellung eines doppischen Jahresabschlusses zum 31.12.2010, bestehend aus Vermögens-, Erfolgs-, und Finanzrechnung sowie Anhang und Lagebericht 3. Einführung der Kosten-Leistungs-Rechnung in den bremschen Dienststellen 4. Einführung des Gender-Budgeting im Haushaltsverfahren 5. Implementierung eines Pilotprojektes "Bürgerbeteiligung bei der Mittelvergabe in bremschen Quartieren" sowie Erarbeitung einer Konzeption "Bürgerhaushalt" 6. vollständige Umsetzung des Public Corporate Governance Codex (PCGK) 7. Umsetzung der mit der Neuordnung des Liegenschaftsmanagements verfolgten Zielsetzungen 8. Sicherstellung der Finanzierungen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen einschl. der Sondervermögen mit dem Ziel, mit den vereinbarten Finanzierungsinstrumenten möglichst langfristige Zinsbindungen mit geringen Risiken und geringer Zinsbelastung einzugehen 9. Aufbau einer Zuwendungsdatenbank; 10. Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie im Kostenrecht 11. Begleitung der Umsetzung der Ergebnisse aus den Rechnungshofberichten 12. sicherer Betrieb des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesenverfahrens der Freien Hansestadt Bremen (SAP)		
Auftragsgrundlage:		
Landesverfassung / Haushaltsgrundsatzgesetz / Landeshaushaltsordnung / Haushaltsgesetze / Beschlüsse der Bürgerschaft, der Ausschüsse und des Senats / Vorschriften des Zivil- und Gesellschaftsrechts sowie andere Rechtsgebiete		
Zuzuordnende Kapitel:		
0900; 3901		

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	228	228	613	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	228	228	613	
Personalausgaben	3.005	2.430	3.039	
Sonst. konsumtive Ausgaben	13	514	374	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	85	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	3.018	2.944	3.498	
Saldo	-2.790	-2.716	-2.885	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	7,55	7,74	17,52	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	39,4	31,7	32,5	
Personalbestand	39,9	39,0	40,6	
=> Netto-Personalbedarf	- 0,4	- 7,3	- 8,1	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	8,2	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	26,3	
Frauenquote	50,0	50,0	34,5	
Teilzeitquote	35,0	35,0	17,1	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	4,6	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Primärsaldo (L + G Bremen)	[TEU]		392.784,00-		
Primärausgaben (L+G Bremen)	[TEU]		3.516.162,00		
Finanzierungssaldo (L+G Bremen)	[TEU]		1.043.858,00-		
Mittelabfluss des Konjunkturprogramms	[TEU]		58.384,00		
Zeit-Maßnahmen-Plan Eröffnungsbilanz	[%]	100,00	100,00		
Anzahl Gender-Pilotprojekte	[ST]	15,000	15,000		
brem.Gesellsch.mit Entsprechenserklärung	[%]	100,00	100,00		
Zeit-Maßnahmen-Plan Zuwendungsdatenbank	[%]	100,00	100,00		
Zinsausgabenanschläge	[EUR]	622.615.000,00	651.074,00		
Durchschnitt. Verzins. Schuldenbestand	[%]	1,00	1,00		
Inanspruchnahme Ausfallbürgschaften	[%]	5,00	5,00		
Variables Finanzierungsrisiko	[%]	10,00	10,00		
Durchschnittliche Zinsbindungsfrist	[JHR]	4	4		
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Die Planwerte der Kennzahlen "Primärausgaben, Primär- und Finanzierungssaldo" werden aus den veranschlagten Einnahmen und Ausgaben der Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Brmeen berechnet. Aufgrund der erst im I. Quartal des Haushaltsjahres erwarteten Festlegungen zur Mittelzufluss-/Mittelabflussplanung (=unterjährige Planwerte) sind aktuell bei diesen Kennzahlen noch keine Planwerte ausgewiesen. In der Planung soll bei der Kennzahl "Inanspruchnahme Ausfallbürgschaften" ein Wert kleiner 5% erreicht werden. In der Planung soll bei der Kennzahl "durchschn. Zinsbindungsfrist" ein Wert größer 4 Jahre erreicht werden. In der Planung soll bei der Kennzahl "variables Finanzierungsrisiko" ein Wert zwischen 10% und 25% erreicht werden. Die Kennzahl "durchschn. Verzinsung Schuldenstand" ist vergangenheitsorientiert. Der Planwert (1,00) ist lediglich aus technischen Gründen erforderlich. Die IST-Ergebnisse werden jeweils im Controlling zum Jahresende ausgewiesen. Die Bildung von Kennzahlen ist nicht in allen Fällen der unter "Auftrag/Ziele/Perspektiven" genannten Ziele sinnvoll. Im Rahmen des					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamernale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	228	0
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	228	0
Personalausgaben	3.005	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	13	0
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	3.018	0
Saldo	-2.790	0
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	39,4	0,0
Personalbestand	39,9	0,0
=> Netto-Personalbedarf	- 0,4	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 91.02.02	Verantwortlich: Heldt
Landeshauptkasse Bremen	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 91.02	Verantwortlich: Pörksen
Haushalt und Vermögen	
Produktplan: 91	Verantwortlich: Senatorin Linnert
Finanzen / Personal	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Die Landeshauptkasse ist verantwortlich für die kamerales Buchführung und den Zahlungsverkehr der Dienststellen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen, die Führung und Verwaltung der Konten der Betriebe und einiger Gesellschaften und ist Gerichtskasse und Gerichtskostenvollstreckungsstelle. Sie ist auch tätig als Dienstleister im Bereich der Finanzbuchhaltung.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Sichere, ordnungsgemäße und wirtschaftliche Erledigung der Kassenaufgaben. Insbesondere: - Sicherstellung des zentralen Ein- und Auszahlungsverkehrs für alle bremischen Behörden und Betriebe sowie für einige bremische Gesellschaften. - Durchführung der kameralen Buchführung und Rechnungslegung für alle bremischen Dienststellen - Durchführung der zentralen Zahlungsüberwachung einschl. Mahnung und Beitreibung aller Forderungen der bremischen Behörden - Vollstreckung und Wahrnehmung der Gläubigerrechte für Gerichtskostenforderungen der bremischen Gerichte und Staatsanwaltschaften - Abrechnung der Zahlstellen - Abwicklung des Abrechnungsverkehrs für die Finanzkassen - Buchung des Steueraufkommens und Ermittlung der Steuerverteilung für Bund, Land, Stadtgemeinden, Kirchen und Kammern - Verwaltung von gerichtlichen Geld- und Werthinterlegungen, Bürgschaften, Depots und Sicherheitshinterlegungen - Verarbeitung der Schnittstellendaten und Betreuung der über HKR-Verfahren angebundenen Fachverfahren bremischer Dienststellen - Durchführung der kaufmännischen Buchführung einschließlich Zahlungsverkehr und -überwachung für den Eigenbetrieb KITA - SAP-Verfahrensbetreuung (CCC) für alle bremischen Dienststellen, Eigenbetriebe und Gesellschaften In den Folgejahren ist zusätzlich geplant: - die Übernahme des Buchungsgeschäftes für einzelne ausgegliederte Einheiten - Umsetzung der Beschlüsse zur Neuordnung des Kassenwesens - die Mitarbeit bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz - die Weiterentwicklung des elektronischen Zahlungsverkehrs, u.a. SEPA (single euro payments area/einheitlicher Euro Zahlungsverkehrsraum).	
Auftragsgrundlage:	
Landesverfassung/Haushaltsgrundsatzgesetz/Landeshaushaltsordnung/Haushaltsgesetze/Abgabenordnung/Justizbeitreibungsordnung /Datenschutzgesetz Senatsbeschlüsse vom 19.04.2005 und 25.09.2007	
Zuzuordnende Kapitel:	
0910	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerales Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	592	592	711	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	592	592	711	
Personalausgaben	2.875	2.969	2.908	
Sonst. konsumtive Ausgaben	336	344	364	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	17	16	26	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	1	
Gesamtausgaben	3.228	3.329	3.299	
Saldo	-2.636	-2.737	-2.588	
Deckungsgrad (Ist. Rechnung) in %	18,34	17,78	21,55	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	64,3	69,4	71,9	
Personalbestand	63,0	63,1	64,8	
=> Netto-Personalbedarf	1,3	6,3	7,1	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	11,3	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	27,0	
Frauenquote	50,0	50,0	52,4	
Teilzeitquote	35,0	35,0	23,7	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	13,0	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Zahlungsverkehr	[TEU]	82.700.000,00	82.700.000,00	85.100.000,00	
Zahlfälle	[ST]	2.900.000,000	2.900.000,000	2.900.000,000	
Buchungen der Kernverwaltung	[ST]	4.700.000,000	4.700.000,000	4.100.000,000	
Mahnungen	[ST]	84.000,000	84.000,000	69.000,000	
Beitreibungen (ohne Gerichtskasse)	[ST]	39.000,000	39.000,000	33.000,000	
Kunden außerhalb der Kernverwaltung	[ST]	62,000	62,000	68,000	
Bankkonten der Landeshauptkasse Bremen	[ST]	116,000	116,000	116,000	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

- Steuerungsunterstützung für den Senat und ressortübergreifende Steuerung für die Bereiche Personal- und Verwaltungsmanagement
- Unterstützung der Dienststellen/Betriebe in ihrer Personal- und Organisationsverantwortung und auf dem Gebiet der Technik unterstützen Informationsverarbeitung durch Entwicklung von Konzepten und Instrumenten sowie durch fachliche Beratung
- Gestaltung der dienst- und tarifrechtlichen Rahmenbedingungen für die Modernisierung des öffentlichen Sektors
- Mitwirkung an der Realisierung des Sanierungsprogramms durch u.a. Finanzplanung und Haushaltsaufstellung der Personalausgaben, Unterstützung des Aufbaus einer Konzernstruktur, Koordinierung der Binnenoptimierung des öffentlichen Sektors und Ausbau der Bürgerorientierung.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- Konsequente Neuausrichtung der Abteilung Personal- und Verwaltungsmanagement auf die strategische Steuerungsunterstützung
- Ausgestaltung der Vorhaben und Maßnahmen des Personalmanagementkonzepts für den Konzern Freie Hansestadt Bremen
- Sicherstellung der Personalhaushalte
- Sicherstellung einer einheitlichen Anwendung in den o.g. Rechts- und Aufgabengebieten
- Neuordnung der Aufgaben im Bereich der Ausbildung

Langfristige Perspektiven:

Etablierung eines konsolidierten und zukunftsfähigen Technik unterstützten Personal- und Verwaltungsmanagements bei neugeordneter Aufgabenwahrnehmung, das den Standort Bremen durch eine moderne und innovative Verwaltung mit hohem Bürgerservice unterstützt.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	56	56	1.251	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	56	56	1.251	
Personalausgaben	15.451	15.733	11.284	
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.877	2.463	6.730	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	185	190	272	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	532	
Gesamtausgaben	18.513	18.386	18.818	
Saldo	-18.457	-18.330	-17.567	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,30	0,30	6,65	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	94,8	310,8	297,2	
Personalbestand	97,9	269,5	293,7	
=> Netto-Personalbedarf	- 3,1	41,2	3,6	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	13,7	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	24,0	
Frauenquote	50,0	50,0	51,8	
Teilzeitquote	35,0	35,0	25,7	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	35,6	
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Fortbildungsveranstaltungen	[ST]	550,000	550,000	626,000	
Veranstaltungsteilnehmer	[PRS]	8.250,000	8.250,000	8.326,000	
Projektberatungen	[ST]	0,000	0,000	16,000	
Verbesserungsvorschläge	[ST]	140,000	140,000	173,000	

B. Erläuterungen zu 2.

Produktgruppe: 91.03.01		Verantwortlich: Dr. Saebetzki
Personal- und Verwaltungmanagement		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 91.03		Verantwortlich: Dr. Saebetzki
Personal- und Verwaltungmanagement		
Produktplan: 91		Verantwortlich: Senatorin Linnert
Finanzen / Personal		
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:		
Ministerielle Aufgaben und Querschnittsfunktionen in den Teilbereichen - Öffentliches Dienstrecht; Personalvertretungsrecht; Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht - Personalhaushalte; Personalcontrolling, -berichterstattung und -statistik; Stellenplan (-recht); Kennzahlensysteme und interkommunale Ausstattungsvergleiche - Technik unterstützte Informationsverarbeitung im Personalwesen; Übergreifende Personalentwicklung; Aus-, Fort- und Weiterbildung; Personal- und Stellenbörse - Verwaltungsmodernisierung, Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung; Verwaltungsorganisation, -recht; Betriebswirtschaftliche Steuerungsinstrumente - Gestaltung der Vertriebswege und der Geschäftsprozesse; Neue Medien/eGovernment; Informationsrecht; Korruptionsvermeidung		
Auftrag/Ziele/Perspektiven:		
Ministerielle Aufgaben und Querschnittsfunktionen: - Sicherstellung einheitlicher Anwendung in den o.g. Rechts- und Aufgabengebieten - Fortentwicklung und Ausgestaltung der (rechtlichen) Rahmenbedingungen zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes/Sektors - Weiterentwicklung des Personalcontrollings zum Personalmanagement und der TuI im Personalwesen; Sicherstellung der Personalhaushalte - Steuerung der Beschäftigungs- und Ausbildungsentwicklung sowie Optimierung der Personalstruktur; Aufbau eines Personalmarketing - Optimierung der strategischen Personalentwicklung - Weiterentwicklung des Neuen Steuerungsmodells und betriebswirtschaftlicher Instrumente bei dezentraler Umsetzungsverantwortung; Einführung der KLR - Weiterentwicklung der (IT-gestützten) Informations und Kommunikationsstrukturen und der eGovernment-Strategie Unterstützung des Aufbaus und der Steuerung des Konzerns FHB: - Koordinierung der Entwicklung von Standards bei Verwaltungsmodernisierung und-organisation, Betriebswirtschaft, des Personalmanagements und eGovernment bei weitgehender Dezentralisierung der Verantwortung und Aufgabenwahrnehmung durch Dritte - Koordination von Finanz- und Personalplanung im Verbund des Konzernmanagements - Aufbau von Ausbildungspartnerschaften, übergreifendem Personaleinsatz und von Grundstrukturen einer Konzerninteressenvertretung - Einführung neuer Steuerungsprozesse/-formen, Evaluierung deren Wirksamkeit - Optimierte Steuerung der übergreifenden Fort- und Weiterbildung		
Auftragsgrundlage:		
- Verfassungsrecht, EU-Recht, Öffentliches Dienstrecht, Arbeits- und Tarifrecht, Sozial- und Sozialversicherungsrecht; Schwerbehinderten- und Gleichstellungsrecht - Landshaushaltsordnung und Haushaltsgesetze und hierzu bestehende Richtlinien und Verordnungen - Tarifverträge zwischen der FHB/dem KAV und den Gewerkschaften - Beschlüsse der Bürgerschaft und von parlamentarischen Ausschüssen - Geschäftsverteilung im Senat; Richtlinien und Beschlüsse des Senats zu den Arbeitsfeldern im Personal- und Verwaltungmanagement - Dienstvereinbarungen zwischen der FHB und dem GPR - Aufträge und Anfragen aus Dienststellen, Einrichtungen, Betrieben und bremischen Gesellschaften		
Zuzuordnende Kapitel:		
0900; 0901; 3901		

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	9	9	786	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	9	9	786	
Personalausgaben	3.144	3.419	3.062	
Sonst. konsumtive Ausgaben	643	711	1.265	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	48	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	3.787	4.130	4.375	
Saldo	-3.778	-4.121	-3.589	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,24	0,22	17,97	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	43,6	51,1	39,4	
Personalbestand	43,6	39,7	40,7	
=> Netto-Personalbedarf	- 0,1	11,4	- 1,3	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	15,6	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	23,2	
Frauenquote	50,0	50,0	46,3	
Teilzeitquote	35,0	35,0	25,3	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	3,3	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamernale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	3	6
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	3	6
Personalausgaben	3.049	95
Sonst. konsumtive Ausgaben	307	337
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	3.356	432
Saldo	-3.353	-426
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	43,6	0,0
Personalbestand	43,6	0,0
=> Netto-Personalbedarf	- 0,1	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 91.03.03		Verantwortlich: Wendel
Aus- und Fortbildung am AFZ		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 91.03	Verantwortlich: Dr. Saebetzki
Personal- und Verwaltungmanagement	
Produktplan: 91	Verantwortlich: Senatorin Linnert
Finanzen / Personal	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
1. Qualifizierungstätigkeiten auf den Gebieten der Informations- und Kommunikationstechnologien sowie des Verwaltungsmanagements in der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung im Rahmen des strategischen Personalmanagements der Freien Hansestadt Bremen 2. Berufliche Ausbildung und Praktika in der bremischen Verwaltung einschließlich Geschäftsbesorgung für die "Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH" 3. Allgemeine Verwaltung (Organisation, Haushalt, Personal, Liegenschaft, Schul- und Hochschulverwaltung, Bibliothek) für die Verwaltungsschule, die Hochschule für Öffentliche Verwaltung, die Landesfinanzschule und Aufgaben des Allgemeinen Geschäftsbetriebes für das Referat 33 der Senatorin für Finanzen	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung soll die Leistungen der Verwaltung verbessern. Es soll ermöglicht werden, dass die Mitarbeiter/-innen, Auszubildenden und Studenten/Studentinnen berufliche Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten erwerben, erweitern sowie der technischen, gesellschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Entwicklung anpassen können. Darüberhinaus sind Auszubildende in den gewerblich-technischen und kaufmännisch-verwaltenden Ausbildungsberufen so zu qualifizieren, dass sie im bremischen Öffentlichen Dienst eingesetzt und / oder in den allgemeinen Arbeitsmarkt als qualifizierte Nachwuchskräfte integriert werden können. Die Fortbildung ist bedarfsbezogen, praxis- und zeitnah an den konkreten Anforderungen der Dienststellen auszurichten und permanent zu optimieren (Qualitätsmanagement) Das Aus- und Fortbildungszentrum wird zu einem Kompetenzzentrum für die Öffentliche Verwaltung der Freien Hansestadt Bremen weiterentwickelt	
Auftragsgrundlage:	
1. Beschlüsse des Senats vom 16./17.12.1986, 07./08.12.1987, 18.10.1988 und 04.04.1995 2. Beschluss der Deputation für Verwaltungsreform und öffentlicher Dienst vom 29.10.1996 3. § 20 Abs.1 Brem LV 4. Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für die einzelnen Ausbildungsberufe 5. Dienstvereinbarung über berufliche Weiterbildung der Mitarbeiter/-innen 6. Strategisches Personalentwicklungskonzept für die bremische Verwaltung 7. Personalmanagementkonzept für den Konzern Freie Hansestadt Bremen 8. Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2007 - 2011	
Zuzuordnende Kapitel:	
0922; 0926; 3901	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	5	5	437	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	5	5	437	
Personalausgaben	10.649	10.653	6.489	
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.078	1.591	5.317	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	185	190	224	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	532	
Gesamtausgaben	12.912	12.434	12.562	
Saldo	-12.907	-12.429	-12.125	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,04	0,04	3,48	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	27,9	26,6	27,2	
Personalbestand	28,9	28,4	29,3	
=> Netto-Personalbedarf	- 1,0	- 1,9	- 2,1	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	15,7	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	23,2	
Frauenquote	50,0	50,0	68,5	
Teilzeitquote	35,0	35,0	29,9	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	37,1	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

zu A. und B.

Auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem AFZ, der VwSch und der HfÖV nehmen die Bediensteten der Zentralverwaltung des AFZ gleichzeitig die Verwaltungsaufgaben für die VwSch und die HfÖV wahr. Die Mittel für die Dienstbezüge (ohne Sekretärinnen der Leiter und ohne Verwaltungsleiter/Kanzler) werden im Kapitel 0926 (AFZ) veranschlagt.

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							
Die Angaben zu den Anzahlen der Kurse, der Veranstaltungen und Teilnehmer/-innen sind dem jährlichen Weiterbildungsbericht des Sff -Ref. 33- zu entnehmen.							

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	5	0
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	5	0
Personalausgaben	10.649	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.078	0
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	185	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	12.912	0
Saldo	-12.907	0
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	27,9	0,0
Personalbestand	28,9	0,0
=> Netto-Personalbedarf	- 1,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Die Angaben zu den Anzahlen der Kurse, der Veranstaltungen und Teilnehmer/-innen sind dem jährlichen Weiterbildungsbericht des SfF -Ref. 33- zu entnehmen.

Produktgruppe: 91.03.04	Verantwortlich: Wendel
Aus- und Fortbildung an der Verw.schule	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 91.03	Verantwortlich: Dr. Saebetzki
Personal- und Verwaltungmanagement	
Produktplan: 91	Verantwortlich: Senatorin Linnert
Finanzen / Personal	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
1. Berufsschul- und dienstbegleitender Unterricht in dualen Berufsausbildungsgängen (BBiG) der öffentlichen Verwaltung (Verwaltungsfachangestellte, Justizfachangestellte, Fachangestellte für Bürokommunikation) 2. Theoretischer Teil der Beamtenausbildung für die Funktionsebene des mittleren Dienstes (z.B. Justizvollzugsdienst, Feuerwehr) 3. Fortbildungslehrgänge zur Vorbereitung auf Aus- und Fortbildungsprüfungen nach dem Berufsbildungsgesetz (Verwaltungsfachangestellte, Verwaltungsfachwirte) 4. Sonstige Fortbildungsmaßnahmen im Rahmen des Fortbildungsprogramms der Senatorin für Finanzen	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Vermitteln einer berufl. Grund- und Fachbildung und Erweiterung der allg. Bildung, insbesondere Vorbereitung auf erfolgreiches Absolvieren der Prüfungen. Bei Förderungsfortbildungslehrgängen zudem Förderung von Mobilität und Aufstiegschancen der Teilnehmer/-innen. Weiterentwicklung der Verwaltungsschule als Teil des AFZ zu einem regionalen Kompetenzzentrum.	
Auftragsgrundlage:	
1. Ausbildung: BBiG; Brem.SchulG und Brem. SchVwG, insbesondere Berufsschulverordnung; APO sowie Lehrpläne für die verschiedenen Ausbildungsgänge; Senatsbeschlüsse vom 29.05.1990 (228/90), 09.03.1993 (139/93) und 19.08.1997, Aufträge der zuständigen Behörden 2. Fortbildung: §57a Brem.BG; §20 Brem LV; DV über berufliche Weiterbildung der Mitarbeiter/-innen vom 09.09.1986; BBiB; Senatsbeschluss vom 29.05.1990 (228/90); Strat. Personalentwicklungskonzept für die Brem. Verwaltung, Personalmanagementkonzept für den Konzern Freie Hansestadt Bremen; Aufträge des Senators für Finanzen	
Zuzuordnende Kapitel:	
0923	

-852-

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Produktgruppe: 91.03.05

Verantwortlich: Greuel

Ausbildung/Forschung/Dienstleistung HfÖV

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 91.03

Verantwortlich: Dr. Saebetzki

Personal- und Verwaltungmanagement

Produktplan: 91

Verantwortlich: Senatorin Linnert

Finanzen / Personal

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

1. Ausbildung für die Laufbahnen des gehobenen Dienstes durch internes FH-Studium für den Allgemeinen Verwaltungsdienst (zur Zeit nicht), Steuerverwaltungsdienst (zur Zeit nicht) und Polizeivollzugsdienst
2. Ausbildung im Rahmen des integrierten Studiengangs "Internationaler Studiengang Steuer- und Wirtschaftsrecht (ISWR)" in Kooperation mit der Hochschule Bremen
3. Ausbildung im Bachelor-Studiengang RSM (Risiko- und Sicherheitsmanagement)
4. Ausbildung für den Aufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst (I.Studienjahr)
5. Fortbildung für die Polizei im Lande Bremen
6. Anwendungsbezogene verwaltungswissenschaftliche Forschung und Entwicklung
7. Planung und Durchführung von überregionalen Konferenzen und Tagungen

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

1. Das Studium soll die Studierenden dazu befähigen, nach erfolgreichem Bestehen der Laufbahnprüfung und einer Einarbeitungszeit Aufgaben ihres Berufsfeldes im öffentl. Dienst eigenständig wahrnehmen zu können.
2. Die Forschung bezieht sich schwerpunktmässig auf das staatliche Handeln und dessen Verknüpfung mit Wirtschaft und Gesellschaft im Bereich der Polizei und der Sicherheit.
3. Im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung sind die Einführung des NSM und die Reform der Polizei zu unterstützen
4. Durch die Fortbildung sollen die Bediensteten der Polizei lernen, auf die ihnen gestellten Anforderungen, insbesondere bei der Reform der Polizei, sowie auf die aktuellen Ereignisse des täglichen Dienstes reagieren zu können Ein besonderer Schwerpunkt sind die Fortbildung der Führungskräfte, die Systematischen Einsatztrainings sowie die Stress- und Konfliktbewältigungstrainings für die Polizei.
5. Beteiligung an der europäischen Zusammenarbeit im Hochschulbereich durch die Pflege und den Ausbau von Partnerschaften sowie der Austausch von Studierenden und Hochschullehrern.
6. Umstellung des Studiums auf das Bachelorsystem.

Auftragsgrundlage:

HfÖVG, BremHG; BremBG, StBAG; Brem LV, Pol LV; Pol BA APO; Bachelorprüfungsordnung f.d. Studiengang RSM und Einstufungsprüfungsordnung, Studienordnungen, Aus- und Fortbildungskonzept der Polizei im Land Bremen (Senatsbeschluss vom 23.05.2000), Kooperation der HfÖV und der Hochschule Bremen bei der befristeten Durchführung des integrierten Studienganges "Internationaler Studiengang Steuer- und Wirtschaftsrecht".

Zuzuordnende Kapitel:

0927

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	42	42	28	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	42	42	28	
Personalausgaben	1.108	1.140	1.207	
Sonst. konsumtive Ausgaben	130	134	120	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	1.238	1.274	1.327	
Saldo	-1.196	-1.232	-1.299	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	3,39	3,30	2,11	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	14,4	15,6	16,2	
Personalbestand	14,4	14,1	15,5	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	1,4	0,7	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	14,2	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	28,1	
Frauenquote	50,0	50,0	51,8	
Teilzeitquote	35,0	35,0	22,3	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	0,0	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				
zu A und B: Aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem AFZ und der HfÖV werden die Verwaltungsaufgaben der HfÖV von den Bediensteten der Zentralverwaltung des AFZ in Personalunion wahrgenommen. Die Zentralverwaltung des AFZ ist auch die Verwaltung der Hochschule. Die Mittel für die Dienstbezüge der Bediensteten der Zentralverwaltung des AFZ (ohne Kanzler und Sekretärin des Rektors) werden im Kapitel 0926 (AFZ) veranschlagt.				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Allgemeine Verwaltung der Behörde der Senatorin für Finanzen mit den Aufgabenfeldern

- Personalangelegenheiten
- Haushaltsangelegenheiten
- Organisationsangelegenheiten
- TUI-Angelegenheiten

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- Bearbeitung der Personalangelegenheiten der Beschäftigten der Behörde des Senators für Finanzen
- Bearbeitung der organisatorischen Angelegenheiten der Behörde des Senators für Finanzen
- Aufstellung und Vollzug der Haushalte des Bereichs Finanzen/Personal
- Einführung und Weiterentwicklung von Informationstechnologien
- Aufsicht über die nachgeordneten Dienststellen in diesen Angelegenheiten

- Erhöhung der Frauenquote in Leitungsfunktionen
- Anhebung der Teilzeitquote

Langfristige Perspektiven:

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	5.707	5.840	6.183	
Investive Einnahmen	0	0	2	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	5.707	5.840	6.185	
Personalausgaben	6.973	5.488	8.415	
Sonst. konsumtive Ausgaben	10.234	8.091	8.428	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	253	274	320	
Verrechnungen/Erstattungen	4	4	2.296	
Gesamtausgaben	17.464	13.857	19.459	
Saldo	-11.757	-8.017	-13.274	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	32,68	42,14	31,78	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	71,6	43,4	62,6	
Personalbestand	70,6	73,2	73,8	
=> Netto-Personalbedarf	1,0	- 29,8	- 11,2	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	0,0	
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	5,2	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	32,2	
Frauenquote	50,0	50,0	38,2	
Teilzeitquote	35,0	35,0	23,6	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	3,1	

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Erläuterungen zu 2.				

Produktgruppe: 91.90.01

Verantwortlich: Obst-Kruse

Senatorische Angelegenheiten

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 91.90

Verantwortlich: Melloh

Sonstiges Finanzen

Produktplan: 91

Verantwortlich: Senatorin Linnert

Finanzen / Personal

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Allgemeine Verwaltung der Behörde der Senatorin für Finanzen mit den Aufgabenfeldern

- Personalangelegenheiten
- Haushaltsangelegenheiten
- Organisationsangelegenheiten
- TuI-Angelegenheiten

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Bearbeitung der Personalangelegenheiten der Beschäftigten der Behörde der Senatorin für Finanzen

Bearbeitung der organisatorischen Angelegenheiten der Behörde der Senatorin für Finanzen

Aufstellung und Vollzug der Haushalte des Bereichs Finanzen / Personal

Einführung und Weiterentwicklung von Informationstechnologien

Aufsicht über die nachgeordneten Dienststellen in diesen Angelegenheiten

Erhöhung der Frauenquote in Leitungsfunktionen

Anhebung der Teilzeitquote

Auftragsgrundlage:

Bremische Landesverfassung

Beamten- und Tarifrecht

Sozialgesetze

Haushaltrecht (Gesetze und Verordnungen)

Beschlüsse der parlamentarischen Gremien und des Senats

Organisationsgrundsätze

Verträge

Zuzuordnende Kapitel:

0900; 0901; 3900; 3901

2. Ressourceneinsatz

A. KAMERALE FINANZDATEN (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	556	555	1.018	
Investive Einnahmen	0	0	2	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	556	555	1.020	
Personalausgaben	6.973	5.488	7.456	
Sonst. konsumtive Ausgaben	5.082	2.805	4.168	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	253	274	320	
Verrechnungen/Erstattungen	4	4	2.230	
Gesamtausgaben	12.312	8.571	14.174	
Saldo	-11.756	-8.016	-13.154	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	4,52	6,48	7,20	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	71,6	43,4	62,6	
Personalbestand	70,6	73,2	73,8	
=> Netto-Personalbedarf	1,0	- 29,8	- 11,2	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	5,7	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	32,9	
Frauenquote	50,0	50,0	39,2	
Teilzeitquote	35,0	35,0	25,2	
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	3,4	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	551	4
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	551	4
Personalausgaben	6.971	2
Sonst. konsumtive Ausgaben	5.054	29
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	253	0
Verrechnungen/Erstattungen	4	0
Gesamtausgaben	12.282	31
Saldo	-11.731	-27
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	71,6	0,0
Personalbestand	70,6	0,0
=> Netto-Personalbedarf	1,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 91.90.02	Verantwortlich: Sieker
Geschäftsbereich Bundesbau	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 91.90	Verantwortlich: Melloh
Sonstiges Finanzen	
Produktplan: 91	Verantwortlich: Senatorin Linnert
Finanzen / Personal	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Der Geschäftsbereich Bundesbau ist zuständig für - die Durchführung von Baumaßnahmen des Bundes, - andere liegenschaftsbezogene Aufgaben des Bundes (z.B. Gutachten, Wertermittlungen etc.), - Betreuung von Zuwendungsbaumaßnahmen des Bundes im Lande Bremen.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Auftragsgrundlage:	
Verträge zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der Bundesrepublik Deutschland.	
Zuzuordnende Kapitel:	
0900	

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	5.152	5.286	5.165	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	5.152	5.286	5.165	
Personalausgaben	0	0	959	
Sonst. konsumtive Ausgaben	5.152	5.286	4.260	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	66	
Gesamtausgaben	5.152	5.286	5.285	
Saldo	0	0	-120	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	100,00	100,00	97,73	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre			0,0	
Beschäftigte über 55 Jahre			17,6	
Frauenquote			19,2	
Teilzeitquote			5,1	
Schwerbehindertenquote			0,0	
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							

PRODUKTPLAN **92**
Allgemeine Finanzen

92.01 Allgemeine Finanzen

92.01.02 Allgemeine Finanzen (Sonstiges)

92.02 Zentral veranschlagte Personalausgaben

92.02.01 Versorgung

92.02.03 Globale Mehrausgaben Personal

92.02.04 Zentr. veranschl. Pers.ausg. (Sonstiges)

92.03 Zentral finanziertes Personal

92.03.01 Nachwuchskräfte- und Beschäftigungspool

Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:¹

vgl. "Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven"

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:

Steuerung der Ausgaben für Versorgungsbezüge und Beihilfen für Versorgungsempfänger

Absicherung der Versorgungslasten durch Aufbau einer Rücklage für Versorgungsvorsorge und Entwicklung einer (teil-)kapitalgedeckten Versorgung

Finanzielle Absicherung von Tarif- und Struktureffekten sowie künftiger Ausbildungsjahrgänge

¹ z.B. gesetzliche Vorgaben, produktplanrelevante Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, des Senats sowie von Ausschüssen / Fachdeputationen etc.

Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	114.414	105.835	103.190	
Investive Einnahmen	0	0	2.029	
Verrechnungen/Erstattungen	80	80	121.813	
Gesamteinnahmen	114.494	105.915	227.032	
Personalausgaben	399.080	420.053	365.660	
Sonst. konsumtive Ausgaben	55.533	90.645	56.500	
Zinsausgaben	0	0	4.243	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	27.066	376	39.075	
Verrechnungen/Erstattungen	3.068	3.068	3.068	
Gesamtausgaben	484.747	514.142	468.546	
Saldo	-370.253	-408.227	-241.514	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	23,62	20,60	48,45	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	445.000			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Erläuterungen zu A-B				
Personalausgaben: Die Personalausgaben bestehen überwiegend aus den Pensionen, Ruhelöhnen und Beihilfen für Versorgungsempfänger sowie weiteren zentral veranschlagten Personalausgaben, die erst im Haushaltsvollzug dezentralisiert werden. In den Anschlägen 2011 sind die Mengenzuwächse in der Versorgung und die Versorgungserhöhungen 2009/2010 berücksichtigt. Korrespondierend zu den veranschlagten Einnahmen aus Kapitalerträgen der Anstalt Versorgungsvorsorge und des Sondervermögens Versorgungsrücklage sind entsprechende Versorgungsausgaben veranschlagt. Die Zuführungen an die Anstalt für Versorgungsvorsorge i.H.v. rd. 32 Mio. Euro sind erstmalig ab dem Haushaltsjahr 2011 nicht mehr bei den besonderen Finanzierungsausgaben der Hauptgruppe 9, sondern bei Ausgaben der Gruppe 634 veranschlagt. Im Gegenzug sind die im Anschlag 2010 noch global eingestellten Echtmieten/-pachten i.H.v. rd. 64 Mio. Euro ab dem Haushaltsjahr 2011 dezentralisiert worden. Hierin sind die Entlastungseffekte aus der Verbeamtung von angestellten Beschäftigten und die zweckentsprechende Verwendung der Versorgungsumlage ausgegliederter Einrichtungen berücksichtigt. Bisher für das Sondervermögen Versorgungsrücklage des Landes Bremen in den Haushalten des Landes und der Stadtgemeinde Bremen veranschlagte Mittel (Gruppen 424 und 434) werden in 2011 direkt zur Deckung von steigenden Versorgungslasten verwendet.				

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Haushaltsmäßige Abwicklung ressortunspezifischer Finanzierungsvorgänge in Einnahme und Ausgabe, insbesondere:

- Vereinnahmung der Konzessionsabgabe der Stadtwerke Bremen AG u.a.
- Vereinnahmung einer Eigenkapitalverzinsung von den Sondervermögen Immobilien und Technik
- Vereinnahmung von Gewinnen aus Beteiligungen
- Schadenersatzleistungen bei Haftpflichtfällen im Rahmen der Mitgliedschaft der Stadtgemeinde Bremen im HADG
- Abwicklung von Nachlässen
- Bereitstellung globaler Mehrausgaben für Tarifvorsorge bei (konsumtiven) Personalkostenzuschüssen
- Verlustausgleich der Bremer Verkehrsgesellschaft mbH (BVG)

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Sicherstellung, dass die veranschlagten Einnahmen wegen ihrer erheblichen Bedeutung für das Sanierungsziel/Finanzierungsdefizit/Tilgungsziel der Haushalte insgesamt auch tatsächlich erzielt werden.

Langfristige Perspektiven:

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	87.355	80.008	78.387	
Investive Einnahmen	0	0	2.029	
Verrechnungen/Erstattungen	80	80	121.805	
Gesamteinnahmen	87.435	80.088	202.221	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	15.457	81.997	47.941	
Zinsausgaben	0	0	4.243	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	27.052	352	39.075	
Verrechnungen/Erstattungen	3.068	3.068	3.068	
Gesamtausgaben	45.577	85.417	94.327	
Saldo	41.858	-5.329	107.894	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	191,84	93,76	214,38	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	445.000			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				

C. Erläuterungen zu 1. A-B

Der Abwachs bei den konsumtiven Ausgaben 2011 gegenüber dem Anschlag 2010 beruht hauptsächlich auf der Dezentralisierung zentral veranschlagter Echtsmieten/-pachten, die im Anschlag 2010 i.H.v. 63.902 Tsd. EUR enthalten sind.

Der Zuwachs bei den investiven Ausgaben 2011 gegenüber dem Anschlag 2010 resultiert aus der Veranschlagung eines Betrages i.H.v. 26.700 Tsd. Euro für Sanierungsinvestitionen.

B. Erläuterungen zu 2.

Wegen der im Vergleich zu den übrigen Produktplänen atypischen Einnahme- und Ausgabearten des Produktplans 92 "Allgemeine Finanzen" besteht das vorherrschende Leistungsziel für den Produktbereich 92.01 des Produktplans 92 "Allgemeine Finanzen" darin, dass die veranschlagten Einnahmen wegen ihrer erheblichen Bedeutung für das Sanierungsziel/Finanzierungsdefizit/Tilgungsziel der Haushalte insgesamt auch tatsächlich erzielt werden.

Produktgruppe: 92.01.02		Verantwortlich: Meyer
Allgemeine Finanzen (Sonstiges)		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 92.01	Verantwortlich: Pörksen
Allgemeine Finanzen	
Produktplan: 92	Verantwortlich: Lühr
Allgemeine Finanzen	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Abwicklung ressortunspezifischer Finanzierungsvorgänge in Einnahme und Ausgabe.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Haushaltsmäßige Abwicklung ressortunspezifischer Finanzierungsvorgänge in Einnahme und Ausgabe, insbesondere: - Vereinnahmung der Konzessionsabgabe der Stadtwerke Bremen AG u.a. - Vereinnahmung einer Eigenkapitalverzinsung von den Sondervermögen Immobilien und Technik - Vereinnahmung von Gewinnen aus Beteiligungen - Schadenersatzleistungen bei Haftpflichtfällen im Rahmen der Mitgliedschaft der Stadtgemeinde Bremen im HADG - Abwicklung von Nachlässen - Bereitstellung globaler Mehrausgaben für Tarifvorsorge bei (konsumtiven) Personalkostenzuschüssen - Verlustausgleich der Bremer Verkehrsgesellschaft mbH (BVG)	
Auftragsgrundlage:	
Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen Beschlüsse des Senats der Freien Hansestadt Bremen und der Bremischen Bürgerschaft Umsatzsteuergesetz Konzessionsvertrag Stadtwerke Bremen AG u.a. Gesellschaftsverträge Abwicklung sonstiger Verträge	
Zuzuordnende Kapitel:	
0972; 0980; 0986; 0987; 0995; 3972; 3980; 3986; 3987; 3992; 3995	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	87.355	80.008	78.387	
Investive Einnahmen	0	0	2.029	
Verrechnungen/Erstattungen	80	80	121.805	
Gesamteinnahmen	87.435	80.088	202.221	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	15.457	81.997	47.941	
Zinsausgaben	0	0	4.243	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	27.052	352	39.075	
Verrechnungen/Erstattungen	3.068	3.068	3.068	
Gesamtausgaben	45.577	85.417	94.327	
Saldo	41.858	-5.329	107.894	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	191,84	93,76	214,38	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	445.000			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Der Abwachs bei den konsumtiven Ausgaben 2011 gegenüber dem Anschlag 2010 beruht hauptsächlich auf der Dezentralisierung zentral veranschlagter Echtmieten/-pachten, die im Anschlag 2010 i.H.v. 63.902 Tsd. EUR enthalten sind.

Der Zuwachs bei den investiven Ausgaben 2011 gegenüber dem Anschlag 2010 resultiert aus der Veranschlagung eines Betrages i.H.v. 26.700 Tsd. Euro für Sanierungsinvestitionen.

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							
Zu 3.A Leistungsziele/-kennzahlen und den dazugehörigen Erläuterungen siehe Produktbereich 92.01.							

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamernale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	7.919	79.437
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	80
Gesamteinnahmen	7.919	79.517
Personalausgaben	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	6.444	9.012
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	352	26.700
Verrechnungen/Erstattungen	0	3.068
Gesamtausgaben	6.796	38.780
Saldo	1.123	40.737
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	220.000	225.000
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Steuerung und Finanzierung der Versorgungsaufwendungen und Beihilfen für Versorgungsempfänger

Aufbau von Versorgungsrücklagen über das "Sondervermögen Versorgungsrücklage" und die "Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge"

Sicherstellung der Personalhaushalte

Fachaufsicht über Performa Nord bezogen auf folgende Aufgaben:

- Beamten- und Zusatzversorgung
- Arbeitnehmer-eigenbeiträge und Versorgungsrücklagen
- Versorgungskostenerstattungen ausgegliederter Konzernbereiche
- Beihilfe
- Unfall- und Schülerunfallversicherung
- Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch IX

Dem Produktbereich sind die außerhaushaltsmäßigen Konten (L+G), auf denen die Alterteilstzeitfälle seit dem 1.1.2008 während der Passivphase geführt werden, zugeordnet.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Steuerung der Versorgungs- und Beihilfeaufwendungen

Sicherstellung der Versorgungsaufwendungen durch Bildung von Versorgungsrücklagen

Entwicklung neuer Steuerungsmodelle für bislang zentral veranschlagte Personalausgaben und Einnahmen unter Stärkung dezentraler Verantwortung

Sicherstellung der ordnungsgemäßen und zügigen Aufgabenerledigung durch die Performa Nord für die der Fachaufsicht unterliegenden Aufgaben

Steuerung der Personalhaushalte aufgrund von Tarif-, Besoldungs- und Struktureffekten sowie der Entwicklung von Lohnnebenkosten

Sicherstellung künftiger Ausbildungsjahrgänge

Absicherung personalwirtschaftlicher Umbaumaßnahmen und Impulse durch zentrale Rücklagen

Langfristige Perspektiven:

Entwicklung einer (teil-)kapitalgedeckten Versorgung

Zentral veranschlagte Personalausgaben

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	27.059	25.827	24.713	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	27.059	25.827	24.713	
Personalausgaben	391.453	412.036	359.239	
Sonst. konsumtive Ausgaben	40.076	8.648	8.559	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	14	24	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	431.543	420.708	367.798	
Saldo	-404.484	-394.881	-343.085	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	6,27	6,14	6,72	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				

C. Erläuterungen zu 1. A-B

Konsumtive Einnahmen:

Tendenziell sind die Versorgungskostenumlagen aus ausgegliederten Einrichtungen -wegen abnehmender Beamtenanteile, ruhelohnberechtigter Arbeitnehmer und Sonderzahlungsaufwendungen- rückläufig. Diese machen den Hauptteil der konsumtiven Einnahmen aus. Durch die Überführung ruhelohnberechtigter Reinigungskräfte aus dem Kernhaushalt in die Anstalt für Immobilien steigen die Einnahmen aus der Versorgungskostenumlage jedoch. Darüber hinaus sind die Kapitalerträge aus der Anstalt für Versorgungsvorsorge und des Sondervermögens Versorgungsrücklage veranschlagt.

Personalausgaben:

Die Personalausgaben bestehen überwiegend aus den Pensionen, Ruhelöhnen und Beihilfen für Versorgungsempfänger sowie weiteren zentral veranschlagten Personalausgaben, die erst im Haushaltsvollzug dezentralisiert werden. In den Anschlägen 2011 sind die Mengenzuwächse in der Versorgung und die Versorgungserhöhungen 2009/2010 berücksichtigt. Korrespondierend zu den veranschlagten Einnahmen aus Kapitalerträgen der Anstalt Versorgungsvorsorge und des Sondervermögens Versorgungsrücklage sind entsprechende Versorgungsausgaben veranschlagt.

Die Zuführungen an die Anstalt für Versorgungsvorsorge i.H.v. rd. 32 Mio. Euro sind erstmalig ab dem Haushaltsjahr 2011 nicht mehr bei den besonderen Finanzierungsausgaben der Hauptgruppe 9, sondern bei Ausgaben der Gruppe 634 veranschlagt.

Hierin sind die Entlastungseffekte aus der Verbeamtung von angestellten Beschäftigten und die zweckentsprechende Verwendung der Versorgungsumlage ausgegliederter Einrichtungen berücksichtigt.

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Versorgungsvorsorgequote	[%]	103,88	91,42	83,82	
Versorgungsausgabenquote	[%]	29,32	28,21	28,91	
Beihilfeausgabenquote	[%]	4,05	4,13	3,90	
Beamtenversorgung (Volumen)	[VK]	6.602,420	6.443,000	6.218,170	
Zusatzversorgung (Volumen)	[VK]	844,690	852,000	862,060	
Rückstellungsquote	[%]	7,75	9,13	9,17	

B. Erläuterungen zu 2.

Da vermehrt das Versorgungsvolumen ausgaben- und steuerungsrelevant ist, werden die Kennzahlen Beamtenversorgung (Volumen) und Zusatzversorgung (Volumen) im Produktbereich 92.02 ausgewiesen, während Beamtenversorgung (Fallzahlen) und Zusatzversorgung (Fallzahlen) in der Produktgruppe 92.02.01 dargestellt werden. Seit 2005 werden keine Angestellten mehr in der bremischen Ruhelohnkasse versichert, sondern nur noch in der VBL.

Die Versorgungsausgabenquote stellt den Anteil der Versorgungsausgaben an den Personalausgaben dar.

Die Beihilfeausgabenquote stellt hier den Anteil der Beihilfeausgaben für Aktive sowie Versorgungsempfänger an den Personalausgaben dar.

Die Rückstellungsquote zeigt das Verhältnis der jährlichen Versorgungsrückstellungen in der Anstalt für Versorgungsvorsorge, dem Sondervermögen Versorgungsrücklage und der Ruhelohnvorsorge zu den jährlichen Bezügesausgaben für Beamte, Richter und Senatoren. In 2011 sollen dem Sondervermögen Versorgungsrücklage keine Mittel zugeführt werden. Daher ist die Rückstellungsquote niedriger als noch in 2010.

Die Versorgungsvorsorgequote zeigt das Verhältnis von Rückstellungen für Versorgungslasten (Bestand in Sondervermögen nach § 14a BBesG, Anstalt Versorgungsvorsorge und Ruhelohnrücklage) zu den Versorgungsbezügen im jeweiligen Haushaltsjahr.

Produktgruppe: 92.02.01		Verantwortlich: Kahnert/Söller
Versorgung		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 92.02		Verantwortlich: Dr. Saebetzki
Zentral veranschlagte Personalausgaben		
Produktplan: 92		Verantwortlich: Lühr
Allgemeine Finanzen		
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:		
Beamten- und Zusatzversorgung der Freien Hansestadt Bremen (Land & Stadt) inkl. der Performa Nord-Entgelte für deren Anweisung Steuerung und Finanzierung von Versorgungsaufwendungen (Versorgungsbezüge und Beihilfen für Versorgungsempfänger) Aufbau von Versorgungsrücklagen über das "Sondervermögen Versorgungsrücklage" und die "Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge" Fachaufsicht über Performa Nord beim Vollzug folgender Aufgaben: - Versorgung der Senatsmitglieder, Beamten und Richter sowie Zusatzversorgung der Arbeitnehmer - Beihilfen für Versorgungsempfänger - Arbeitnehmerbeteiligung an den Kosten der Zusatzversorgung sowie Zuführung an die Versorgungsrücklage - Anteil. Versorgungskostenerstattung durch ausgegl. Konzernbereiche sowie von Dritten (gem. § 107b BeamtVG und Staatsvertrag zur Versorgungslastenteilung)		
Auftrag/Ziele/Perspektiven:		
Steuerung der Versorgungs- und Beihilfeaufwendungen im Rahmen rechtlicher Gestaltungsspielräume Entwicklung, Finanzierung und dezentrale Steuerung der Versorgungsaufwendungen einschließlich Ausgaben im Sinne des § 48 LHO und § 31 Bremisches Beamten- und Besoldungsgesetz Sicherstellung der Versorgungsaufwendungen durch Bildung von Versorgungsrücklagen - bis hin zur (teil-)kapitalgedeckten Versorgung - und zweckentsprechender Verwendung von Versorgungszuschlägen bei refinanzierter Beschäftigung bzw. von ausgegliederten Einrichtungen Sicherstellung der ordnungsgemäßen und zügigen Bearbeitung und Anweisung von Versorgungsansprüchen durch die Performa Nord		
Auftragsgrundlage:		
Bremisches Beamtenversorgungsgesetz, Senatsgesetz, Bremisches Beamten- und Besoldungsgesetz, Landeshaushaltsordnung (LHO), Bremisches Ruhelohngesetz, SGB VI, BGB, Versorgungsausgleichshärteregelungsgesetz, Kindererziehungszuschlagsgesetz, Gesetz über eine Versorgungsrücklage des Landes Bremen (BremVersRücklG), Gesetz über die Errichtung einer Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen, Staatsvertrag über die Verteilung von Versorgungslasten bei bund- und länderübergreifendem Dienstherrnwechsel (Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag)		
Zuzuordnende Kapitel:		
0010; 0011; 0020; 0028; 0029; 0031; 0034; 0045; 0101; 0120; 0201; 0251; 0273; 0401; 0601; 0681 0701; 0901; 0990; 0995; 3025; 3031; 3054; 3192; 3239; 3289; 3401; 3601; 3681; 3701; 3901; 3990 3995		

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	26.629	25.397	24.305	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	26.629	25.397	24.305	
Personalausgaben	371.140	359.287	356.598	
Sonst. konsumtive Ausgaben	35.638	4.309	4.092	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	406.778	363.596	360.690	
Saldo	-380.149	-338.199	-336.385	
Deckungsgrad (Ild. Rechnung) in %	6,55	6,98	6,74	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				
Konsumtive Einnahmen: Die Gründe für den Anstieg der Konsumtiven Einnahmen sind bereits auf Produktbereichsebene dargestellt worden.				
Personalausgaben: Im Anschlag 2011 sind die Mengenzuwächse in der Versorgung (auch Beihilfen für Versorgungsempfänger) berücksichtigt.				
Konsumtive Ausgaben: Es handelt sich bei den konsumtiven Ausgaben ausschließlich um Performa Nord Entgelte für die Anweisung von Versorgungsbezügen (ansteigend), die Finanzierung einer zentralen Beschaffungsstelle bei der Immobilienanstalt Bremen (90 Tsd. Euro) sowie Versorgungskostenerstattungen an andere Dienstherren gemäß §107b Beamtenversorgungsgesetz (absinkend). Der Anschlagsanstieg gegenüber 2009 bei den Performa Entgelten ist in dem Wechsel der bisher im PPL 91 verorteten Mittel für Abschreibungserstattungen auf das Performa Gebäude (rd. 200 Tsd. Euro) sowie dem Anstieg an Versorgungsempfängern begründet.				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beamtenversorgung (Volumen)	[VK]	6.602,420	6.442,880	6.218,174	
Zusatzversorgung (Volumen)	[VK]	844,690	852,320	862,059	
Beihilfeausgabenquote	[%]	8,93	9,19	8,099	
Beamtenversorgung (Fallzahlen)	[PRS]	13.590,830	12.318,900	10.652,000	
Zusatzversorgung (Fallzahlen)	[PRS]	6.218,670	6.274,800	5.776,000	
Versorgungsausgabenquote	[%]	29,32	28,21	28,905	
Beamtenversorgungsausgabenquote	[%]	95,11	94,85	94,833	
Zusatzversorgungsausgabenquote	[%]	4,89	5,15	5,167	
Mengen- und Struktureffekte	[%]	2,04	4,48	2,109	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beamtenversorgungszuschlag	[%]	35,00	35,00	35,00	
Zusatzversorgungszuschlag	[%]	14,29	14,29	14,29	
Hinterbliebenen-Urheber-Relation	[PRS]	2,900	2,900	3,048	
Beihilfeausgaben/Vers.empf. (priv.vers.)	[EUR]	3.114,60	2.994,80	3.924,69	
Beihilfeausgaben/Vers.empf.(krank.vers.)	[EUR]	2.230,95	2.145,14	2.649,49	
Ant.Beihilf.f. Versorg.empf. an Beihilf.	[%]	63,19	62,72	63,042	
Beamtenversorgungszuschlag Refinanzierte	[%]	3.000,00	30,00	30,00	
Durchschnittl. Volumen BeamtenVers.	[VK]	48,580	52,300	58,376	
Durchschnittl. Volumen ZusatzVers.	[VK]	13,580	13,580	14,925	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Die Beihilfeausgabenquote stellt hier den Anteil der Beihilfen für Versorgungsempfänger an den Ausgaben für Versorgungsempfänger dar.					
Die Kennzahl Hinterbliebenen- Urheber- Relation bezieht sich auf den Beamtenversorgungsbereich.					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	6.523	20.106
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	6.523	20.106
Personalausgaben	163.730	207.410
Sonst. konsumtive Ausgaben	6.317	29.321
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	170.047	236.731
Saldo	-163.524	-216.625
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 92.02.03

Verantwortlich: Weineck

Globale Mehrausgaben Personal

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 92.02

Verantwortlich: Dr. Saebetzki

Zentral veranschlagte Personalausgaben

Produktplan: 92

Verantwortlich: Lühr

Allgemeine Finanzen

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Die Produktgruppe enthält Mittel für zunächst global in den Personalhaushalten berücksichtigte personalwirtschaftliche Rahmensetzungen, die im Vollzug der jeweiligen Haushalte aufgelöst werden.

Berücksichtigt werden grundsätzlich

- Ausbildungsmittel für künftige Ausbildungsjahrgänge
- künftige Tarif- und Besoldungseffekte sowie sonstige kostenrelevante Faktoren
- Mittel für organisatorische Weiterentwicklungen

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Die Produktgruppe dient der Steuerung und Sicherung der Personalhaushalte, indem

- künftige Maßnahmen (Ausbildung) oder Ereignisse (Tarife) erst bei Konkretisierung budgetrelevant aufgelöst werden
- dezentrale Ressourcenverantwortung vor zentraler Absicherung kommt
- exogene Faktoren (z. B. Tarife, Lohnnebenkosten) im beschlossenen Rahmen ausgeglichen bzw. Erwartungen an veränderte Rahmenbedingungen oder personalwirtschaftliche Rahmensetzungen quantifiziert berücksichtigt werden
- Rücklagen für zusätzliche personalwirtschaftliche Maßnahmen oder Risiken im Personalbereich eingesetzt werden

Auftragsgrundlage:

LHO, Haushaltsgesetze, Senatsbeschlüsse, Finanz- und Personalplanung

Zuzuordnende Kapitel:

0990; 3990

-885-

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Zentral veranschlagte Ausbildungsmittel [EUR]				3.211.600,00	2.160.000,00	0,00	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							
Die zentral veranschlagten Ausbildungsmittel werden im Haushaltsvollzug dezentralisiert und dann verausgabt.							

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamernale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	0	0
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	0	0
Personalausgaben	10.666	7.033
Sonst. konsumtive Ausgaben	0	0
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	10.666	7.033
Saldo	-10.666	-7.033
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 92.02.04	Verantwortlich: Kahnert/Söller
Zentr. veranschl. Pers.ausg. (Sonstiges)	
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 92.02	Verantwortlich: Dr. Saebetzki
Zentral veranschlagte Personalausgaben	
Produktplan: 92	Verantwortlich: Lühr
Allgemeine Finanzen	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Fachaufsicht über Performa Nord beim Vollzug folgender Aufgaben: - Gewährung von Beihilfen für Aktive und Abrechnung der Freien Heilfürsorge - Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen nach dem Bremischen Beamtenengesetz, BAT, BMT-G, Entgeltfortzahlungsgesetz - Beiträge an die Schülerunfallversicherung und an die Unfallkasse Freie Hansestadt Bremen - Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch IX - Nachversicherung ausgeschiedener Beamter und Richter - Beamtenrechtliche Unfallfürsorge	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Steuerung der Beihilfe- und personalbezogenen Sachausgaben Sicherstellung der ordnungsgemäßen und zügigen Bearbeitung und Anweisung von Beihilfeansprüchen durch die Performa Nord Prüfung alternativer Organisationsformen der beamtenrechtlichen Krankenfürsorge Vereinnahmung von Ersatzansprüchen und Bereitstellung der Ressourcen zur Aufgabenerfüllung gemäß Beschreibung Auflösung der Produktgruppe und Überführung in dezentrale Fach-, Personal- und Ressourcenverantwortung	
Auftragsgrundlage:	
Bremisches Beamten- und Besoldungsgesetz, Landeshaushaltsordnung (LHO), Bremische Beihilfeverordnung, Gesetzliche Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Verordnung über die Freie Heilfürsorge der Polizeivollzugs- und Feuerwehrbeamten, Bremisches Reisekostengesetz, Bremische Trennungsgeldverordnung, BAT, BMT-G, Sozialgesetzbuch, Entgeltfortzahlungsgesetz	
Zuzuordnende Kapitel:	
0990; 0995; 3990; 3995	

-889-

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Unfallversicherungsquote	[%]	0,17	0,17	0,195	
Beihilfeanträge (Fallzahlen)	[PRS]	55.000,000	54.500,000	55.109,000	
Beihilfeausgabenquote	[%]	1,43	4,13	3,90	
Bearbeitungsdauer	[WCH]	1,417	1,417	1,167	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Schadenersatzansprüche	[EUR]	429.820,00	429.820,00	302.675,92	
Beiträge an die Unfallversicherung	[EUR]	1.965.350,00	1.930.350,00	1.683.339,00	
Beiträge an d. Schülerunfallversicherung	[EUR]	4.217.400,00	4.110.000,00	4.220.943,00	
Beihilfeausgaben/Beamte(priv.versichert)	[EUR]	1.534,49	1.475,47	1.790,37	
Beihilfeausgaben/Beamte(krankenversich.)	[EUR]	2.400,12	2.307,81	2.339,04	
Beihilfeausgaben/Arbeitnehmer	[EUR]	28,77	27,66	23,68	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Die Beihilfequote wurde hier neu definiert. Gemessen wurden bisher Beihilfe für Aktivbeschäftigte und Versorgungsempfänger an den Gesamtausgaben. Nunmehr wird nur noch die Aktivbeihilfe gemessen. In Produktgruppe 92.02.01 bezieht sich die Beihilfekennzahl auf die Versorgungsempfänger und im Produktbereich 92.02 auf die Gesamtbeihilfe. Die Unfallversicherungsquote gibt den Anteil der Beiträge an die Unfallkasse an den Personalausgaben an.					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamernale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	270	159
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	270	159
Personalausgaben	1.333	1.282
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.337	3.101
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	7	7
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	2.677	4.390
Saldo	-2.407	-4.231
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktbereich: 92.03

Verantwortlich: Dr. Saebetzki

Zentral finanziertes Personal

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Stellenplantechnisch der Senatorin für Finanzen zugeordnetes Personal

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- Sicherstellung einer ressortübergreifenden Personalersatz- und einsatzreserve
- Sicherstellung der Beschäftigung von Schwerbehinderten

Langfristige Perspektiven:

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	90	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	8	
Gesamteinnahmen	0	0	98	
Personalausgaben	7.626	8.017	6.421	
Sonst. konsumtive Ausgaben	0	0	0	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	7.626	8.017	6.421	
Saldo	-7.626	-8.017	-6.323	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,00	0,00	1,53	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	190,0	0,0	0,0	
Personalbestand	180,1	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	9,9	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				

C. Erläuterungen zu 1. A-B

Anschlag 2010 und Ist 2009 sind die Werte der Produktgruppe 91.03.02. Diese Produktgruppe ist ab 2011 nicht mehr aktuell.

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

B. Erläuterungen zu 2.

Produktgruppe: 92.03.01	Verantwortlich: Ninierza
Nachwuchskräfte- und Beschäftigungspool	
Land	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 92.03	Verantwortlich: Dr. Saebetzki
Zentral finanziertes Personal	
Produktplan: 92	Verantwortlich: Lühr
Allgemeine Finanzen	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Stellenplantechnisch der Senatorin für Finanzen zugeordnetes Nachwuchskräftekontingent sowie andere zentrale Personalkontingente	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
- Sicherstellung einer ressortübergreifenden Personalersatz- und einsatzreserve - Sicherstellung der Beschäftigung von Schwerbehinderten	
Auftragsgrundlage:	
Geschäftsverteilung des Senats, Beamtenrecht, Tarifrecht, Berufsbildungsgesetz, Prüfungsordnungen	
Zuzuordnende Kapitel:	
0901	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	90	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	8	
Gesamteinnahmen	0	0	98	
Personalausgaben	7.626	8.017	6.421	
Sonst. konsumtive Ausgaben	0	0	0	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	7.626	8.017	6.421	
Saldo	-7.626	-8.017	-6.323	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	0,00	1,53	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	190,0	0,0	0,0	
Personalbestand	180,1	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	9,9	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Anschlag 2010 und Ist 2009 sind die Werte der Produktgruppe 91.03.02. Diese Produktgruppe ist ab 2011 nicht mehr aktuell.

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							
Die Produktgruppe bildet eine personalwirtschaftliche Basis für die Aufgaben der Stellenbörse (vgl. Produktgruppe 91.03.01) und für die Steuerung des Einsatzes von Schwerstbehinderten. Die Personalbewegungen stehen in Wechselwirkung zur Ausbildungsquote und zur Personalplanung in den Ressorts. Kennzahlen werden im Zuge der Fortentwicklung der Produktgruppe gebildet.							

PRODUKTPLAN **93**
Zentrale Finanzen

93.01 **Zentrale Finanzen**

93.01.01	Steuern, steuerabhängige Einnahmen/Ausg.
93.01.02	Kredite, zentrale Zinseinnahmen/-ausgaben
93.01.03	Steuerähnliche Abgaben
93.01.04	Umsetzung von Zukunftsinvestitionen

Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:¹

Erreichung des Sanierungsziels. Ziel ist die dauerhafte Stärkung der Steuerkraft des Stadtstaates.

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:

Die Summe der nichteckwertrelevanten Einnahmen und Ausgaben stellen im Saldo den nicht kreditfinanzierten, d.h. eigenfinanzierten Mittelrahmen für die Haushaltsaufstellung und deren Verteilung auf die Kommunen dar.

¹ z.B. gesetzliche Vorgaben, produktplanrelevante Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, des Senats sowie von Ausschüssen / Fachdeputationen etc.

Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	80.628	80.994	44.691	
Investive Einnahmen	0	0	17.787	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	80.628	80.994	62.478	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	127.462	104.418	101.474	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	2.797	2.785	28.976	
Verrechnungen/Erstattungen	3.223	3.207	2.611	
Gesamtausgaben	133.482	110.410	133.061	
Saldo	-52.854	-29.416	-70.583	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	60,40	73,36	46,95	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Erläuterungen zu A-B				

2. Leistungsangaben

A. Strategische Leistungsziele/ Kennzahlen	Planung 2011	Anschlag 2010	Ist 2009
B. Erläuterungen zu den Leistungsangaben			
Auf die Abbildung von strategischen Leistungszielen wird aufgrund der übergeordneten Aufgabenschwerpunkte zur Zeit verzichtet.			

Produktbereich: 93.01

Verantwortlich: Pörksen

Zentrale Finanzen

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Steuern, Länderfinanzausgleich; Bundesergänzungszuweisungen, Kommunalen Finanzausgleich; haushaltsmäßige Abwicklung von Zins- und Tilgungsleistungen in Einnahme und Ausgabe.

Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes (Konjunkturpaket II) und der hierzu zwischen dem Bund und den Ländern abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Die Summe der nichteckwertrelevanten Einnahmen (Steuern, Länderfinanzausgleich, Bundesergänzungszuweisungen, Zinseinnahmen) und Zinsausgaben stellen im Saldo den nicht kreditfinanzierten, d.h. eigenfinanzierten Mittelrahmen für die Haushaltsaufstellung dar.

Termingerechte Umsetzung des auf das Land Bremen und seine Gemeinden entfallenden Anteils des Konjunkturpakets II (Gesamtvolumen Bremen: rd. 117,9 Mio. EUR). Die letzten Maßnahmen müssen vor dem 31. Dezember 2010 begonnen worden sein.

Langfristige Perspektiven:

Erreichen des Sanierungsziels. Ziel ist die dauerhafte Stärkung der Steuerkraft des Stadtstaates, d.h. die Verbesserung der originären Steuereinnahmen.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	80.628	80.994	44.691	
Investive Einnahmen	0	0	17.787	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	80.628	80.994	62.478	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	127.462	104.418	101.474	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	2.797	2.785	28.976	
Verrechnungen/Erstattungen	3.223	3.207	2.611	
Gesamtausgaben	133.482	110.410	133.061	
Saldo	-52.854	-29.416	-70.583	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	60,40	73,36	46,95	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Erläuterungen zu 1. A-B				

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

B. Erläuterungen zu 2.

Produktgruppe: 93.01.01		Verantwortlich: Schröder
Steuern, steuerabhängige Einnahmen/Ausg.		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 93.01	Verantwortlich: Pörksen
Zentrale Finanzen	
Produktplan: 93	Verantwortlich: Lühr
Zentrale Finanzen	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Steuern, Länderfinanzausgleich, Bundesergänzungszuweisungen, Zuweisungen und Zuschüsse an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven durch das Land Bremen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Ziel ist die Stärkung der Steuerkraft des Stadtstaates, d.h. die Verbesserung der originären Steuereinnahmen. Aufgrund des unausgewogenen Einnahmeaufkommens von Ländern und Gemeinden werden den Gemeinden im Rahmen des gesetzlich vorgeschriebenen kommunalen Finanzausgleichs Mittel von den Ländern zur Erfüllung ihrer Aufgaben zugewiesen. Ziel ist es, die Gemeinden so zu stellen, dass sie ihre Aufgaben in kommunaler Selbstverwaltung eigenständig und eigenverantwortlich wahrnehmen können. Controlling der steuerabhängigen Einnahmen und Ausgaben.	
Auftragsgrundlage:	
Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen Bundes-, Landes- und Kommunalsteuergesetzgebung Gesetz über die Finanzaufweisungen an die Stadtgemeinde Bremen und Bremerhaven (FZG) Spielbankgesetz Beschlüsse des Senats der Freien Hansestadt Bremen und der Bremischen Bürgerschaft Gesetz über Totalisatoren und Lotterien Bremisches Glücksspielgesetz (BremGlüG) Gesetz zur Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer v. 29.05.2009	
Zuzuordnende Kapitel:	
0970; 0972; 0973; 0995; 3972; 3995	

-907-

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Einwohner Stadtgemeinde Bremerhaven	[PRS]	113.000,000			
Einwohner Stadtgemeinde Bremen	[PRS]	546.000,000			
Einwohner Land Bremen	[PRS]	659.000,000			
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	57.739	7.768
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	57.739	7.768
Personalausgaben	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	127.433	0
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	547	0
Verrechnungen/Erstattungen	3.223	0
Gesamtausgaben	131.203	0
Saldo	-73.464	7.768
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 93.01.02		Verantwortlich: Schröder
Kredite,zentrale Zinseinnahmen/-ausgaben		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 93.01	Verantwortlich: Pörksen
Zentrale Finanzen	
Produktplan: 93	Verantwortlich: Lühr
Zentrale Finanzen	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Allgemeines Kapitalvermögen, Schuldendienst, Rücklagen.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Haushaltsmäßige Abwicklung von Zins- und Tilgungsleistungen in Einnahme und Ausgabe. Ziel ist ein optimiertes Zins- und Kreditmanagement.	
Auftragsgrundlage:	
Landeshaushaltsordnung der Freien Hansestadt Bremen Beschlüsse des Senats der Freien Hansestadt Bremen und der Bremischen Bürgerschaft Gesellschaftsverträge Haushaltsgesetze Land und Stadtgemeinde Bremen	
Zuzuordnende Kapitel:	
0980; 3980	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	1.671	2.181	2.430	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	1.671	2.181	2.430	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	29	29	48	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	29	29	48	
Saldo	1.642	2.152	2.382	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	5.762,07	7.520,69	5.062,50	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamernale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	1.082	589
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	1.082	589
Personalausgaben	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	29	0
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	29	0
Saldo	1.053	589
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 93.01.03		Verantwortlich: Schröder
Steuerähnliche Abgaben		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 93.01	Verantwortlich: Pörksen
Zentrale Finanzen	
Produktplan: 93	Verantwortlich: Lühr
Zentrale Finanzen	
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:	
Finanzierungsvorgänge in Einnahmen und Ausgaben, die den Produktgruppen 93.01.01 und 93.01.02 nicht eindeutig zuzuordnen sind.	
Auftrag/Ziele/Perspektiven:	
Auftragsgrundlage:	
Spielbankgesetz Beschlüsse des Senats der Freien Hansestadt Bremen und der Bremischen Bürgerschaft	
Zuzuordnende Kapitel:	
0951; 0952; 0953; 0954; 0955; 0995; 3995	

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	13.451	13.345	10.854	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamteinnahmen	13.451	13.345	10.854	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	0	0	0	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	2.250	2.250	2.063	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	2.250	2.250	2.063	
Saldo	11.201	11.095	8.791	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	597,82	593,11	526,13	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
D. Erläuterungen zu 2. A-C				

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	13.451	0
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	13.451	0
Personalausgaben	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	0	0
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	2.250	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	2.250	0
Saldo	11.201	0
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 93.01.04		Verantwortlich: Schröder
Umsetzung von Zukunftsinvestitionen		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 93.01		Verantwortlich: Pörksen
Zentrale Finanzen		
Produktplan: 93		Verantwortlich: Lühr
Zentrale Finanzen		
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:		
Mit dem Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder (Zukunftsinvestitionsgesetz - ZuInvG) gewährt der Bund gemäß Sinn und Zweck von § 6 (2) des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft den Ländern Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen der Länder und Gemeinden nach Artikel 104 b des Grundgesetzes in Höhe von insgesamt 10 Milliarden Euro. Das Bremen zur Verfügung stehende Gesamtvolumen beträgt rd. 177,9 Mio. EUR (dies entspricht 0,8845% des Gesamtprogramms). Der Bund beteiligt sich zu 75% an den Kosten, 25% trägt Bremen.		
Auftrag/Ziele/Perspektiven:		
Ziel des "Konjunkturpakets II" ist die Förderung von Investitionen zur Bekämpfung der globalen Wirtschaftskrise. Anstehende Investitionen sollen zügig umgesetzt werden, um der Wirtschaft die benötigten Impulse zu geben. Finanziert werden Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur (65% des Programms) und ausgewählte Maßnahmen der Infrastruktur (35% des Programms). Gefördert werden Maßnahmen im Land Bremen und seinen beiden Gemeinden, wobei 25% des gesamten auf Bremen entfallenden Programmrahmens für Maßnahmen in Bremerhaven vorgesehen sind.		
Auftragsgrundlage:		
Artikel 104 b GG, § 6 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder, Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder.		
Zuzuordnende Kapitel:		
0996; 3996		

-919-

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken				Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamernale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	0	0
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamteinnahmen	0	0
Personalausgaben	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	0	0
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	0	0
Saldo	0	0
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C

2011

PRODUKTPLAN **96**
IT-Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen

96.01 **IT/E-Government-Budget der FHB**

96.01.01 **IT/E-Government-Budget der FHB**

Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:¹

Informationstechnik (IT) ist eine der zentralen Ressourcen des Verwaltungshandelns. Sie hat strategische Bedeutung als Mittel für die Erreichung der fachlichen Ziele der Verwaltung. Deswegen und weil sie immer umfangreicher wird müssen die IT-Aufgaben aus Effizienz- und Effektivitätsgründen selber strategisch verwaltet werden. Der Produktplan 96 fasst über alle Ressorts die IT-Aufgaben zusammen, um so eine einheitliche Steuerung zu ermöglichen und Synergieeffekte zu realisieren. Dabei bleibt die Planung und Mittelbewirtschaftung für die Fachaufgaben der Ressorts in der jeweiligen dezentralen Verantwortung. Für Querschnittsaufgaben findet eine gemeinsame Planung und Bewirtschaftung statt.

Die wesentlichen strategischen Ziele wurden vom Senat in 2006 beschlossen. Sie sind:

- Bereitstellung kostengünstiger IT
- Verbesserung der Qualität der IT
- Stärkung des IT-Standorts Bremen
- Innovation

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:

Im Zentrum der aktuellen Haushaltsperiode stehen:

- Bündelung von IT-Querschnittsaufgaben: z B. Daten/ Dokumentenmanagement, standardisierter PC-Arbeitsplatz, E-Mail-Postfächer.
- Optimierung der IT-Organisation und Prozesse durch eine stärkere Standardisierung und inhaltlich durch die Übernahme bewährter gemeinsamer Lösungen mit den anderen norddeutschen Ländern, insbesondere Hamburg und Schleswig-Holstein.
- Transparentes IT-Budget, um das Controlling und die Bewirtschaftung der für IT zur Verfügung stehenden Mittel durch die Einrichtung eines transparenten IT-Gesamtbudgets zu optimieren.
- Im Rahmen der IT- Strategie des Landes Bremen soll geprüft werden, in welchen Bereichen der öffentlichen Verwaltung Open Source Anwendungen vermehrt eingesetzt werden können.
- Bremen.de soll als das zentrale Stadtinformationsportal für Bürger und Bürgerinnen, Unternehmen und Touristen ausgebaut werden. Der Einsatz von web 2.0. Elementen (interaktive Anwendungen) soll zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen von bremen.de erprobt werden.
- Verstärkte Umsetzung von E-Government-Angeboten für Unternehmen und sog. Mittler, d.h. professionelle Kunden der Verwaltung, u.a. Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie (Internal Market Information System).
- Verstärkung der Zusammenarbeit in der Region in IT-Angelegenheiten

Mittel- bis langfristige Perspektiven:

Die Aufgaben werden auch in der nächsten Haushaltsperiode fortbestehen. Neue gesetzliche und technische Aufgaben, insbesondere durch den von EU-Richtlinien und deutschen Gesetzen immer mehr geforderten Einsatz von IT, müssen entsprechende Innovationen nach sich ziehen. Angesichts der Haushaltsnotlage müssen dazu durch Optimierung der IT-Organisation geeignete Antworten gefunden werden; dazu werden durch die Standardisierung, Transparenz und Bündelungsstrategien der aktuellen Haushaltsperiode die Voraussetzungen geschaffen.

¹ z.B. gesetzliche Vorgaben, produktplanrelevante Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, des Senats sowie von Ausschüssen / Fachdeputationen etc.

Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	588	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	60	54	211	
Gesamteinnahmen	60	54	799	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	25.928	26.270	17.202	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	2.399	6.534	5.820	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	28.327	32.804	23.022	
Saldo	-28.267	-32.750	-22.223	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,21	0,16	3,47	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Erläuterungen zu A-B				
Grundsätzlich werden die Fachaufgaben auf Finanzpositionen veranschlagt, die von den entsprechenden Produktgruppenverantwortlichen bewirtschaftet werden. Für die Querschnittsaufgabe "PC-Arbeitsplätze" wurde eine Pauschale festgesetzt. Teilweise haben die Ressorts von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, zur Finanzierung eigene Personalmittel einzusetzen. Sofern sie diese für Personal verwenden möchten, werden sie zu Beginn der Haushaltsjahre auf die Personalhaushaltsstellen der Ressorts nachbewilligt. Der investive Anteil der IT-Querschnittspauschale wird von den Ressorts gemeinsam beplant, so dass nach fünf Jahren alle PC-Arbeitsplätze einmal neu ausgestattet werden. IT-Personal ist nicht im Produktplan 96 enthalten.				

Leistungsangaben

A. Strategische Leistungsziele/Kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	IST 2009
IT-Kosten pro Arbeitsplatz (IT-Querschnittspauschale)	1.380,02	1.380,02	
Anteil zentral gemanagter PC-Arbeitsplätze	36	25	
Betreute PC-Arbeitsplätze pro IT-Mitarbeiter	80	80	
Anzahl gemeinsam betriebener Fachverfahren			
Kundenzufriedenheit			
Anzahl der IT-Fortbildungen pro IT-Mitarbeiter			
Anteil des IT-Budgets für Bremer Unternehmen			
Anteil des IT-Budgets für Projekte im Verhältnis zu den Ausgaben für den laufenden IT-Betrieb	33	33	

B. Erläuterungen zu den Leistungsangaben

Zu 1.) IT-Kosten pro Arbeitsplatz (IT-Querschnittspauschale): Diese Kennzahl gibt die Höhe aller investiven und konsumtiven Ausgaben für einen Standard-PC-Arbeitsplatz wieder. Die Preise basieren auf den geltenden Beschaffungslisten bzw. den Preisen der bremischen IT-Dienstleister.

Zu 2.) Anteil zentral gemanagter PC-Arbeitsplätze: Anteil PC-Arbeitsplätze, die von einem zentralen Dienstleister (hier: Dataport) für die Verwaltung der FHB betreut werden, gemessen an der Gesamtzahl aller PC-Arbeitsplätze der FHB.

Zu 3.) Betreute PC-Arbeitsplätze pro IT-Mitarbeiter: Anteil PC-Arbeitsplätze, die rechnerisch durch einen IT-Mitarbeiter (Definition: 50 % der Arbeitszeit entfallen auf Betreuung/Schulung anderer Nutzer, bzw. Betriebsaufgaben)) in der Bremer Verwaltung betreut werden.

Zu 4.) Anzahl gemeinsam betriebener Fachverfahren: Gezählt werden die Fachverfahren, die für mindestens zwei Länder bei einem zentralen Dienstleister (i.d.R. Dataport) betrieben werden.

Zu 5.) Kundenzufriedenheit: Gemessen wird die Zufriedenheit mit Hardware und Softwareausstattungen, Support und Schulungen. Der Wert nennt den Anteil der Antworten, die auf die beiden höchsten Zufriedenheitsstufen entfallen.

Zu 6.) Anzahl der IT-Fortbildungen pro IT-Mitarbeiter: Eine hohe Anzahl von IT-Fortbildungen ist ein Indiz für eine bessere Qualität der IT. Basis sind die Anzahl der IT-Fortbildungen des AFZ.

Zu 7.) Anteil des IT-Budgets für Bremer Unternehmen: Summierter Wert der Aufträge, die aus dem IT-Budget an Bremer Unternehmen erteilt werden. Ein Bremer Unternehmen ist ein Unternehmen, das Beschäftigte am Standort Bremen beschäftigt.

Zu 8.) Anteil des IT-Budgets für Projekte im Verhältnis zu den Ausgaben für den laufenden IT-Betrieb: Gemessen werden die Ausgaben für Projekte im Vergleich zu den Betriebsausgaben, um ein Indiz für die Innovationskraft der IT-Aufgabenwahrnehmung zu erhalten.

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Die IT-Aufgaben der FHB umfassen:

- die Netzwerke, d.h. die physische Verkabelung sowie dazugehörige Hard- und Software, insb. Router, Gateways, Firewalls usw.,
- die Telekommunikation, d.h. die Telefonanlagen, -geräte und -netze,
- IT-Querschnittskomponenten, die an allen PC-Arbeitsplätzen zur Verfügung stehen, insb. Standard-PCs,
- Basis-Anwendungskomponenten, die von allen oder vielen Dienststellen gemeinsam benötigte Aufgaben unterstützen,
- Fachanwendungen, die in den Dienststellen zur Unterstützung von Fachaufgaben benötigt werden, wie z.B. das Melde-, Steuer- oder Sozialhilfewesen.
- Organisatorische Maßnahmen, wie zentrale und dezentrale IT-Managementaufgaben, die Organisation der IT-Dienstleister, und die Organisation der IT-Prozesse.
- Schulungsmaßnahmen, d.h. die Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten in IT und Akzeptanzförderung bei Entscheidern, Anwendern und Kunden.
- Rechtliche Maßnahmen, wie z.B. die Bewertung von neuen Gesetzen, rechtliche Begleitung bei der Vergabe und Setzen von Richtlinien und Verordnungen

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Im Aufstellungszeitraum sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Bereitstellung kostengünstiger IT: Durch die erstmals beschlossene IT-Querschnittspauschale soll die PC-Ausstattung in den Bremer Behörden standardisiert werden. Es wird eine gemeinsame Investitionsplanung der Ressorts über fünf Jahre aufgebaut. Durch den gemeinsamen Betrieb von Fachverfahren mit anderen Ländern sollen weitere Synergieeffekte erzielt werden.
- Verbesserung der Qualität der IT: Durch die Optimierung der Supportstrukturen und eine Zentralisierung beim zentralen IT-Dienstleister Dataport soll eine optimale Ausstattung der Ressorts sichergestellt werden.
- Stärkung des IT-Standorts Bremen: Die Auftragslage bremischer IT-Dienstleister, darunter der zentrale IT-Dienstleister Dataport und die Gesellschaften bremen online services GmbH & Co KG sowie bremen.online, soll verbessert werden.
- Innovation: Der Ausbau von E-Government soll vorangetrieben werden; u.a. durch die Ressorts, die durch die Optimierung der Querschnittsaufgaben nun Ressourcen besser für Fachaufgaben einsetzen können.

Langfristige Perspektiven:

Die langfristigen Perspektiven in den Bereichen neue gesetzliche und technische Aufgaben, Haushaltsnotlage und Optimierung der IT-Organisation wurden auf Ebene des Produktplans 96 beschrieben.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	588	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	60	54	211	
Gesamteinnahmen	60	54	799	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	25.928	26.270	17.202	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	2.399	6.534	5.820	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	28.327	32.804	23.022	
Saldo	-28.267	-32.750	-22.223	
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,21	0,16	3,47	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Verwaltungspersonalquote				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				

C. Erläuterungen zu 1. A-B

Grundsätzlich werden die Fachaufgaben auf Finanzpositionen veranschlagt, die von den entsprechenden Produktgruppenverantwortlichen bewirtschaftet werden. Für die Querschnittsaufgabe "PC-Arbeitsplätze" wurde eine Pauschale festgesetzt. Teilweise haben die Ressorts von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, zur Finanzierung eigene Personalmittel einzusetzen. Sofern sie diese für Personal verwenden möchten, werden sie zu Beginn der Haushaltsjahre auf die Personalhaushaltsstellen der Ressorts nachbewilligt.

Der investive Anteil der IT-Querschnittspauschale wird von den Ressorts gemeinsam geplant, so dass nach fünf Jahren alle PC-Arbeitsplätze einmal neu ausgestattet werden.

IT-Personal ist nicht im Produktplan 96 enthalten.

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

B. Erläuterungen zu 2.

Erläuterungen siehe auf Planebene, Seite 3.

Produktgruppe: 96.01.01		Verantwortlich: Dr. Hagen
IT/E-Government-Budget der FHB		
Land und Stadtgemeinde	siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4	

1. Basisinformationen

Produktbereich: 96.01		Verantwortlich: Dr. Hagen
IT/E-Government-Budget der FHB		
Produktplan: 96		Verantwortlich: Lühr
IT-Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen		
Kurzbeschreibung der Produktgruppe:		
Die IT-Aufgaben wurden beim Produktbereich 96.01 beschrieben.		
Auftrag/Ziele/Perspektiven:		
Im Aufstellungszeitraum sollen folgende Ziele erreicht werden: - Bereitstellung kostengünstiger IT: Durch die erstmals beschlossene IT-Querschnittspauschale soll die PC-Ausstattung in den Bremer Behörden standardisiert werden. Es wird eine gemeinsame Investitionsplanung der Ressorts über fünf Jahre aufgebaut. Durch den gemeinsamen Betrieb von Fachverfahren mit anderen Ländern sollen weitere Synergieeffekte erzielt werden. - Verbesserung der Qualität der IT: Durch die Optimierung der Supportstrukturen und eine Zentralisierung beim zentralen IT-Dienstleister Dataport soll eine optimale Ausstattung der Ressorts sichergestellt werden. - Stärkung des IT-Standorts Bremen: Die Auftragslage bremischer IT-Dienstleister, darunter der zentrale IT-Dienstleister Dataport und die Gesellschaften bremen online services GmbH & Co KG sowie bremen.online, soll verbessert werden. - Innovation: Der Ausbau von E-Government soll vorangetrieben werden; u.a. durch die Ressorts, die durch die Optimierung der Querschnittsaufgaben nun Ressourcen besser für Fachaufgaben einsetzen können.		
Auftragsgrundlage:		
u.a. TuI-Regelwerk zu Durchführung und Koordinierung, Einsatz, Beschaffung, Altgeräten, E-Mail-Richtlinie, BVN Dienstvereinbarungen über Einsatz automatischer Datenverarbeitungsanlagen, Personalausgleich, Bildschirmarbeitsplätze, Telekommunikationsanlagen, E-Mail, Internet und Telearbeit TuI-Regelwerk Senatsbeschlüsse vom 18.7.2006 zur IT-Strategie und vom 1.8.2006 zum E-Government-Masterplan, vom 25.9.2007 zum Produktplan 96 und Staatsräte-Jourfix vom 30.10.2008 zur IT-Querschnittspauschale, Aufstellungsrichtlinien 2010/2011, DataportStVG und Dataport-Staatsvertrag, IFG und Datenschutzgesetz.		
Zuzuordnende Kapitel:		
0950; 3950		

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2011	Anschlag 2010	Ist 2009	
Konsumtive Einnahmen	0	0	588	
Investive Einnahmen	0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen	60	54	211	
Gesamteinnahmen	60	54	799	
Personalausgaben	0	0	0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	25.928	26.270	17.202	
Zinsausgaben	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	
Investive Ausgaben	2.399	6.534	5.820	
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	
Gesamtausgaben	28.327	32.804	23.022	
Saldo	-28.267	-32.750	-22.223	
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,21	0,16	3,47	
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2011			
Personal	0			
konsumtiv	0			
investiv	0			
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	
Personalstruktur (in %)				
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)				
Beschäftigte unter 35 Jahre				
Beschäftigte über 55 Jahre				
Frauenquote				
Teilzeitquote				
Schwerbehindertenquote				
C. Kapazitätsdaten	Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Grundsätzlich werden die Fachaufgaben auf Haushaltsstellen veranschlagt, die von den entsprechenden Produktgruppenverantwortlichen bewirtschaftet werden. Für die Querschnittsaufgabe "PC-Arbeitsplätze" wurde eine Pauschale festgesetzt. Teilweise haben die Ressorts von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, zur Finanzierung eigene Personalmittel einzusetzen. Sofern sie diese für Personal verwenden möchten, werden sie zu Beginn der Haushaltsjahre auf die Personalhaushaltsstellen der Ressorts nachbewilligt. Der investive Anteil der IT-Querschnittspauschale wird von den Ressorts gemeinsam beplant, so dass nach fünf Jahren alle PC-Arbeitsplätze einmal neu ausgestattet werden. IT-Personal ist nicht im Produktplan 96 enthalten.

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2011	Planung 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen					
D. Erläuterungen zu 3. A-C					
Die Leistungsziele/-kennzahlen werden auf Ebene des Produktbereichs erhoben.					

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land	Stadtgemeinde
	Anschlag 2011	Anschlag 2011
Konsumtive Einnahmen	0	0
Investive Einnahmen	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	53	7
Gesamteinnahmen	53	7
Personalausgaben	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	21.220	4.708
Zinsausgaben	0	0
Tilgungsausgaben	0	0
Investive Ausgaben	1.825	574
Verrechnungen/Erstattungen	0	0
Gesamtausgaben	23.045	5.282
Saldo	-22.992	-5.275
Verpflichtungsermächtigungen		
Personal	0	0
konsumtiv	0	0
investiv	0	0
B. Personaldaten	Planung 2011	Planung 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2011	Planung 2011

D. Erläuterungen zu 4. A-C